

JACOB TOURY

Die politischen
Orientierungen der Juden
in Deutschland

*Schriftenreihe
wissenschaftlicher Abhandlungen
des Leo Baeck Instituts
15*

Mohr Siebeck

SCHRIFTENREIHE WISSENSCHAFTLICHER ABHANDLUNGEN
DES LEO BAECK INSTITUTS

Die politischen
Orientierungen der Juden
in Deutschland

Von Jena bis Weimar

von

JACOB TOURY



1966

J. C. B. MOHR (PAUL SIEBECK) TÜBINGEN

Dieses Open Access eBook wird durch eine Förderung des Leo Baeck Institute London
und des Bundesministeriums des Innern und für Heimat ermöglicht.



Leo Baeck Institut, Jerusalem

J. C. B. Mohr (Paul Siebeck) Tübingen 1966

Alle Rechte vorbehalten

Dieses Werk ist seit 04/2024 lizenziert unter der Lizenz ‚Creative Commons Namens-
nennung – Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 International‘ (CC BY-SA 4.0).

Eine vollständige Version des Lizenztextes findet sich unter:

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>

Printed in Germany

Satz und Druck: Buchdruckerei Eugen Göbel, Tübingen

Einband: Großbuchbinderei Heinr. Koch, Tübingen

ISBN 978-3-16-821122-8 / eISBN 978-3-16-158916-4 unveränderte eBook-Ausgabe 2024

VORWORT

Diese Arbeit behandelt die Stellungnahme der in Deutschland ansässigen Juden zu den Problemen der deutschen Politik vom Beginn des 19. Jahrhunderts bis zum Ausgang des ersten Weltkrieges. Gegenstand der Untersuchung sind sowohl die in der Politik aktiv hervortretenden Einzelpersonen wie auch die breiteren Schichten der jüdischen Allgemeinbevölkerung. Dementsprechend werden folgende Fragen zu beantworten sein: Wer waren die politisch aktiven Juden? Wie sind sie soziologisch einzuordnen? Welches waren ihre Motive und Anschauungen? In welchem Verhältnis standen sie zur übrigen jüdischen Bevölkerung? Wieweit war diese jüdische Bevölkerung allgemein politisch interessiert? Welches waren ihre politischen Orientierungen? Gab es überhaupt eine mehr oder weniger ausgeprägte Stellungnahme der Juden als Juden zu den Problemen der deutschen Politik, und worin unterschieden sich nachweisbare politische Orientierungen der Juden von denen der Nichtjuden?

Hier werden auch diejenigen Getauften – allerdings mit gebotener Einschränkung und in Kürze – mitbehandelt, die ihre jüdische Abstammung nicht verleugneten. Das ist nicht nur dadurch gerechtfertigt, daß viele Nichtjuden, ebenso wie nicht wenige Juden, sie weiterhin als Juden betrachteten, sondern auch durch die Beobachtung, daß Denken und Handeln vieler Renegaten natürlicherweise von ihrer Herkunft mitbeeinflußt wurden.

Bei der Feststellung der politischen Orientierungen wird häufig zwischen politischer „Neigung“ und „Stellungnahme“ unterschieden, denn einerseits waren die meisten Juden zunächst zum Eintritt in das deutsche politische Leben kaum vorbereitet, andererseits aber war die deutsche Umwelt nicht überall willens, ihnen Gelegenheit zur Meinungsäußerung zu bieten. Besonders die Parteien der Rechten lehnten eine jüdische Beteiligung am politischen Leben grundsätzlich ab, so daß es Juden mit konservativen Neigungen schwer wurde, ein politisches Forum zu finden.

Weiterhin wird zwischen „Interessenvertretung“ und „Opportunismus“ unterschieden. Als Interessenvertretung ist diejenige Haltung bezeichnet, welche materiellen Überlegungen oder einem vorübergehenden Gruppeninteresse entspringt. Als „opportunistisch“ wird die Haltung bezeichnet, die lediglich die Gunst der herrschenden Kreise sucht.

Heute im allgemeinen als Werturteile verstandene Begriffe, wie „Assimilation“, „Symbiose“ etc. sind im Text soweit wie möglich vermieden worden. Statt ihrer wird häufig der sachlichere Ausdruck „Amalgamierung“ zur Bezeichnung einer Verbindung zwischen zwei Gruppen angewandt. Dieses Wort wurde auch deshalb vorgezogen, weil die Quellen des 19. Jahrhunderts es häufig gebrauchen.

Der Akzent dieser Untersuchung liegt auf Herausarbeitung der Stellungnahme der Juden zu deutsch-politischen Problemen, nicht aber auf der Wertung ihres Beitrags zum politischen Leben in Deutschland. Daher sind überwiegend jüdische Quellen benutzt worden. Um die Quellen so deutlich wie möglich zu Wort kommen zu lassen, wurde im Text mehr zitiert als üblich, was auch in Hinblick auf das meist schwer zugängliche Quellenmaterial dem heutigen Leser eine Urteilsbildung erleichtern dürfte. Die Rechtschreibung der Quellen wurde meist modernisiert, und nur dort, wo bisher ungedrucktes Material verwandt wurde, oder wo der ursprünglichen Schreibweise ein besonderer Beiklang anhaftet, wurde sie beibehalten. Die im Anhang erstmalig abgedruckten Quellen sind textgetreu, wenn auch teilweise gekürzt wiedergegeben. Allerdings konnten die Materialien aus den deutschen Archiven bei der Drucklegung nicht nochmals auf die Genauigkeit des Textes hin untersucht werden, so daß kleine Lesart-Abweichungen sich ergeben mögen.

Soweit wie möglich wurde, um den Rahmen der Darstellung nicht zu sprengen, auf die Zusammenstellung von langen Namenslisten sowie auf biographische Einzelheiten verzichtet. Zusammenfassende Statistiken im Text und im Anhang berücksichtigen jedoch alles bearbeitete Material. Die Literaturangaben in den Fußnoten stellen lediglich zweckdienlich gekürzte Hinweise dar. Die vollen Titel befinden sich in der alphabetisch geordneten Bibliographie.

Diese Arbeit ist die Frucht mehrjähriger Forschung. Die Anregung zu ihr verdanke ich meinem verehrten Lehrer und Mentor, Professor Dr. Jacob Katz von der Hebräischen Universität Jerusalem, unter dessen Anleitung eine erste Fassung der Abschnitte A bis C als Dissertation entstand. Die Weiterführung der Arbeit wurde mir durch die großzügige Hilfe des Leo Baeck Instituts und des Anne-Frank-Stipendiums e. V., Frankfurt a. M., ermöglicht. Möge die Arbeit ein nicht unwürdiger Ausdruck des Dankes sein.

Ebenso verpflichten mich auch Frau Dr. Eleonore Sterling von der Universität Frankfurt a. M., Herr Professor Dr. Hans Liebeschütz von der Universität Liverpool und mein Freund Helmut Dan Schmidt, M. A., L. L. B. vom Carmel-College in England zu großem Dank. Ihre Ratschläge waren für die Arbeit von großem Nutzen. In gleicher Weise trug der ermutigende Beistand der Herren Schalom Adler-Rudel und Dr. Hans Tramer vom Leo Baeck Institut in Jerusalem zur Durchführung der Arbeit wesentlich bei.

Besonders sei die Mühewaltung von Herrn Dr. Tramer bei der Endredaktion dankend anerkannt.

Treue Hilfe bei der Vorbereitung des Manuskripts leisteten mir meine Frau Eva und meine Kinder Irith und Gideon. Die Einrichtung des Textes und der Anmerkungen besorgte mit Sachkenntnis und Sorgfalt Herr Eli Rothschild, Tel Aviv. In die Mühe des Korrekturlesens teilten sich mit liebevoller Aufmerksamkeit Frau Helga Nissenbaum und Frau Käthe Sauer.

Freundliche Unterstützung erfuhr ich von seiten der Bibliothekare der National- und Universitätsbibliothek Jerusalem, vor allem von Herrn Benno Goldmann und Herrn Akiba Distenfeld s. A. Dankbar gedenke ich auch der großen Hilfe, die mir Herr Oberarchivrat Dr. Walter Latzke vom Bundesarchiv, Abteilung Frankfurt a. M., angedeihen ließ, der mich mit dem dort vorhandenen Material bekanntmachte und mir den Weg zu anderen deutschen Archiven ebnete. Mögen all die Genannten und die vielen Ungenannten, die der Arbeit auf ihrem langen Wege geholfen haben, in ihrem Erscheinen einen Ausdruck meines Dankes an sie sehen!

Jacob Toury

Tel-Aviv University

Januar 1966

INHALT

Vorwort	V
Abkürzungen	XI

A. VORMÄRZ

1. Die ersten Schritte in die Politik	1
2. Die politischen Orientierungen der jüdischen Allgemeinbevölkerung im Vormärz	16
3. Nationalismus, Liberalismus, Radikalismus und die Lösung der Judenfrage	28

B. REVOLUTION UND REAKTION

1. Die revolutionäre Tat	47
2. Messianische Schwärmer und Revolutionäre wider Willen	68
3. Opportunistische Passivität und konfessionelle Politik	85
4. Reaktion und politische Apologetik	99

C. DIE WEGGEMEINSCHAFT MIT DEN LIBERALEN (1858-1878)

1. Von der „Neuen Ära“ bis zum Norddeutschen Bund	110
a) Die jüdische Beteiligung am politischen Leben Deutschlands	110
b) Das Bündnis mit dem deutschen Liberalismus	116
2. Die Herrlichkeit des Reiches	123
a) „Reden und Majoritätsbeschlüsse“	123
b) Die deutsche Einigung und der nationalliberale „Staatsbürger jüdischen Glaubens“	131

3. Die Opposition	153
a) Doktrinäre und Resignierte	153
b) Die Anfänge einer sozialistischen Orientierung	159

D. DIE KRISE (1879–1892)

1. „Vergebens gelebt und gearbeitet?“	170
2. Vom Nationalliberalismus zur fortschrittlich-freisinnigen Verteidigungsstellung	177
3. „Wählet keine Juden!“	192

E. POLITIK ALS MITTEL ZUR ABWEHR DES ANTISEMITISMUS

1. Der CV und die freisinnige „Judenschutztruppe“	202
2. Die sozialdemokratische Alternative	212
3. Die jüdischen Politiker des Wilhelminischen Reiches	229

F. DIE NICHT REALISIERTEN MÖGLICHKEITEN

1. Vom Kulturkampf Bismarcks zum Kulturkampf Bülow's	246
2. Konservatismus und Kulturkonservatismus – „Nur-Deutsche“ und Kultur-Deutsche	261
3. Ein jüdisches Zentrum	276

G. DIE PROBLEME DER AUSSEN- UND WEHRPOLITIK

1. Die Politik der „gepanzerten Faust“	295
2. Vollendete Tatsachen	310

Anhang

A – Tabellen	319
B – Dokumente	326
C – Listen	345
D – Exkurse	355
Bibliographie	358
Namenregister	374

ABKÜRZUNGEN

[Sigel der Quellen, s. Bibliographie]

AEG	= Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft
anon.	= anonym
antis.	= antisemitisch
CV	= Central-Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens
Diss.	= Dissertation
dt.	= deutsch
FVg	= Freisinnige Vereinigung
FVP	= Freisinnige Volkspartei
get.	= getauft
HAPAG	= Hamburg-Amerika Linie (<i>Hamburg-Amerikanische Paketfahrt A.G.</i>)
KC	= Kartell-Convent der Verbindungen deutscher Studenten jüdischen Glaubens
MdR	= Mitglied des Reichstags
Pseud.	= Pseudonym
Q.	= Quelle(n)
Red.	= Redakteur
SPD	= Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Tab.	= Tabelle
USPD	= Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
VDJ	= Verband der deutschen Juden
zit.	= zitiert in
Ztg.	= Zeitung
ZVfD	= Zionistische Vereinigung für Deutschland
(?)	= Angabe ungesichert

A. VORMÄRZ

1. DIE ERSTEN SCHRITTE IN DIE POLITIK

Der Eintritt der Juden in das politische Leben Deutschlands vollzog sich in der bewegten Zeit zwischen den Napoleonischen Kriegen und der Revolution von 1848. Die ersten Schritte waren schwierig. Das Bürgerrecht wurde den Juden in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts in Deutschland durch gesetzliche und gesellschaftliche Beschränkungen vorenthalten, und besonders nach dem Wiener Kongreß waren die in Deutschland vorherrschenden christlich-ständischen Tendenzen wenig dazu angetan, Juden den Weg in die Politik zu ebnen.

Überdies darf nicht ohne weiteres vorausgesetzt werden, daß die Juden als Gesamtheit bereits im Vormärz befähigt und gewillt waren, am deutschpolitischen Leben teilzunehmen. Es zeigt sich sogar, daß sie vor der Revolution von 1848 nur zu einem kleinen Teil offen bekundetes politisches Interesse an den Tag legten. Das lag nicht nur daran, daß ihre volle Emanzipation auf sich warten ließen, sondern mindestens ebenso sehr an der sich nur ganz allmählich vollziehenden Wandlung ihrer wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und geistigen Struktur.

Vor 1848 war zwar die organische Einordnung der Juden ins deutsche Wirtschaftsleben schon eingeleitet, ihre Berufsstruktur aber von der der Nichtjuden noch recht weit entfernt. Trotz eines gewissen Ansteigens der produktiven Berufe und des Rückgangs der früher beträchtlichen Zahl berufsloser Existenzen, erwiesen sich die Bestrebungen zur Förderung von Handwerk und Landwirtschaft nicht als sonderlich erfolgreich. Die Juden wurden nämlich, nicht zuletzt infolge der generationenlangen Beschränkung auf begrenzte Betätigungsfelder, auch in dem sich anbahnenden Kapitalisierungsprozeß der deutschen Wirtschaft dorthin gezogen, wo sich ihnen adäquate Existenzchancen boten. Jedenfalls ging ihre Urbanisierung Hand in Hand mit einer Intensivierung ihrer Betätigung auf dem Gebiete des Kredit- und Bankwesens, des Handels und der Industrie¹.

Infolge dieses Umformungsprozesses gab es bereits vor 1848 eine dünne Schicht jüdischer Unternehmer im modern-kapitalistischen Sinne. Aber die

¹ Vgl. *Weinryb*, S. 279 ff. und *Liebeschütz*, *Problems*, S. 103 ff.

Mehrheit mußte ihren mühseligen und unsicheren Lebensunterhalt nach wie vor in der hergebrachten Weise suchen. Die Zahl der größeren und kleineren Geldverleiher war, besonders in den ländlichen Bezirken², noch immer beträchtlich. Scharen von Hausierern und Maklern übten auch weiterhin ihr ambulantes Gewerbe aus³. Desgleichen bildeten die zahlreichen Bettler, Almosensammler und überhaupt Berufslose noch immer eine Belastung des wirtschaftlich selbständigen Teils der Juden⁴. Ganz allgemein läßt sich feststellen, daß die wirtschaftliche Umgestaltung in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts nur den *kleineren* Teil der deutschen Juden erfaßte, während der größere Teil noch in den überkommenen Erwerbszweigen verharrete.

Wie für das wirtschaftliche Gebiet ist auch in bezug auf das geistige Verhalten der Juden vor 1848 zu sagen, daß sie weitgehend an den althergebrachten jüdischen Lebensformen festhielten. Das veranlaßte z. B. im Jahre 1845 einen Breslauer „fortschrittlichen“ Juden darüber Klage zu führen, daß der „größte Teil der Juden“, der noch zu den Altgläubigen gehöre, „sich durch nichts belehren“ lasse, vielmehr „hartnäckig bei dem Worte ihrer Väter“⁵ verbleibe.

Wie groß in Wirklichkeit dieser „größte Teil“ war, läßt sich einigermaßen abschätzen. Selbst wenn man die von einer orthodoxen Zeitschrift⁶ damals behauptete Zugehörigkeit von 75 % der Juden Deutschlands zur Orthodoxie als etwas übertrieben ansehen muß, so wird man doch wohl, sogar bei vorsichtiger Berechnung, mehr als 200 000 von den 350 000 bis 400 000 Juden, die damals in Deutschland ansässig waren, der Orthodoxie zuzuzählen haben⁷.

Da also die Mehrzahl der Juden Deutschlands vor 1848 noch an den alten Denk- und Lebensformen hing⁸, muß bei ihnen auch mit einer entsprechenden Unzugänglichkeit⁹ gegenüber den Zeitproblemen gerechnet werden. Das bedeutet, daß die Fragen der Emanzipation und der bereits in gewissen Kreisen betriebenen Reform im Judentum, ebenso wie auch die politischen Vorgänge innerhalb der *deutschen* Umwelt, bei der Mehrheit der jüdischen Bevölkerung nur ein geringes Echo fanden¹⁰. Daher kam es wohl, daß nur eine kleine Minderheit in der Zeit des sogenannten Vormärz bereit war, aktiv am politischen Leben teilzunehmen, soweit von deutscher Seite die Bedingungen dazu überhaupt gegeben waren.

² AZJ 1839, S. 185 f., S. 196 f., S. 208 f.; 1847, S. 539 f., S. 641.

³ Vgl. Ref. Ztg. 1847, S. 48 („Bayrische Schacherjuden“); Statistik bei *Tänzer*, Württemberg, S. 57 („Schacherhändler“).

⁴ Lt. Sulamith IX, S. 105 lebten in Schlesien 1843 noch 8 % der Juden von Wohltätigkeit und Bettelei oder waren jedenfalls berufslos.

⁵ *F. Pinoff*, S. 17.

⁶ TZ I, 1845, S. 44.

⁷ Statistische Unterlagen dafür s. meinen Aufsatz „Deutsche Juden im Vormärz“ im BLBI.

⁸ S. dazu TZ I–V, 1845–1849, bes. die Leitartikel.

⁹ Vgl. die Charakterisierung der Altorthodoxie durch *Heinemann*, S. 46.

¹⁰ Material für diese Auffassung in meinem in Anm. 7 genannten Aufsatz.

Diese kleine Minderheit vollzog ihren Eintritt in das politische Leben nicht durch die Tore der Regierungsämter und die Portale der ständischen Vertretungen. Solange die Fürsten und die Regierungen am Ideal des christlich-deutschen Ständestaates festhielten, waren die Juden von Ständeversammlungen¹¹ und von der Beamtenlaufbahn¹² nahezu völlig ausgeschlossen. Selbst das preußische Edikt betreffend „die bürgerlichen Verhältnisse der Juden“ vom 11. März 1812, das allgemein als die erste von einem souveränen deutschen Staate verliehene Emanzipationsurkunde gilt, enthielt Vorbehalte über die Zulassung von Juden zu Staatsämtern.

Die Ergebnisse der Verhandlungen über die Judenfrage auf dem Wiener Kongreß stellten in mannigfacher Hinsicht einen schweren Rückschlag gegenüber der früheren Situation dar. In den Ländern, die vor 1814 unter dem Einfluß Napoleons Emanzipationsgesetze erlassen hatten, fiel die Gleichberechtigung der Juden dem berüchtigten Kompromiß im Artikel 16 der deutschen Bundesakte zum Opfer, in dem ihnen nur die „von [anstatt: in] den einzelnen Bundesstaaten bereits eingeräumten Rechte“ bestätigt wurden. Auch in Preußen, das eigentlich durch diesen Artikel nicht berührt wurde¹³, schränkte man das Edikt von 1812 auf administrativem Wege mehr und mehr ein, so daß nicht einmal mehr der Schein einer Emanzipation gewahrt blieb. In den anderen deutschen Ländern lagen die Dinge ähnlich. Eine Ausnahme bildeten nur Braunschweig und Hessen-Kassel, deren Regierungen zu An-

¹¹ Doch gab es kuriose Ausnahmen: Israel Jacobson und sein Bruder erwarben in Mecklenburg ein Gut und wurden seit 1816 zu den Landständen des reaktionärsten deutschen Staates geladen. Der bayrische Hofbankier Joseph v. Hirsch wurde Ende 1845 in die Bayrische Ständekammer gewählt, konnte aber seine Funktion, da sie Leistung des christlichen Treuschwurs zur Voraussetzung gehabt hätte, nicht ausüben. Die Ernennung des Mannheimer Bankiers Joseph Hohenemser zum Vertreter Badens beim allgemeinen deutschen Wechsel-Kongreß war die einzige repräsentative Mission eines ungetauften Juden im Vormärz. Getaufte Juden allerdings saßen in den ständischen Körperschaften: Johann Hermann Detmold in Hannover, Maximilian Reinganum und Ludwig Braunfels (Ersatzmann) in Frankfurt a. M. und Dr. Nikolaus Ferdinand Haller in Hamburg. Vielleicht waren auch der Hamburger Bürgermeister Abendroth und der Mainzer Abgeordnete Joseph Glaubrech jüd. Abstammung. Erwähnt sei auch Friedrich Julius Stahl als Vertreter der Erlanger Universität in der Bayrischen Ständekammer. Später nach Berlin berufen, wurde er einer der grundlegenden Theoretiker des preußischen Konservatismus.

¹² Im Vormärz gab es nur zwei jüd. Staatsbeamte in Preußen: Regierungs-Bauinspektor Salomo Sachs und Major Meno Burg, der ein Lehramt an der Berliner Artillerieschule innehatte. Sonst eröffnete nur die Taufe den Weg zu politischen Ämtern. Von Getauften im preußischen Staatsdienst sind erwähnenswert: David Ferdinand Koreff im Kultusministerium; Jacob Salomo Bartholdy, Johann Carl Heinrich Philippsborn und Julius Schmidt (ein Sohn von David Ephraim aus Berlin) im Konsular- und auswärtigen Dienst; Julius Eduard Hitzig (vorm. Itzig) und Joel Jacoby im Polizeidienst; Heinrich Simon im Justizdienst. Außerhalb Preußens gelangte Ernst Philipp v. Sensburg im badischen Staatsdienst bis zum Ministerrang.

¹³ Jedenfalls hinsichtlich derjenigen Landesteile, die 1812 unter preußischer Herrschaft gestanden hatten.

fang der dreißiger Jahre neue Emanzipationsgesetze erließen. Tatsächlich kandidierte in Braunschweig der erste deutsche Jude zu den Landstände-Wahlen des Jahres 1833¹⁴, erreichte aber nicht die notwendige Stimmenzahl.

Infolgedessen war der direkte Zugang zur politischen Betätigung den Juden verschlossen. Aber der Zugang auf dem Umwege über die Literatur und das Zeitungswesen blieb ihnen unverwehrt. Als Schriftsteller, Kritiker, Verleger und politische Publizisten konnten sie sich einen gewissen Einfluß sichern, und auch der Eintritt in die Munizipalpolitik eröffnete sich ihnen noch vor dem Jahre 1815.

Eigentlich hätte die Ausübung der Stadtbürgerrechte durch die Juden in den unter Napoleonischer Vormundschaft stehenden Teilen Deutschlands den Anfang machen sollen. Aber die Bürger der Staaten von Napoleons Gnaden erfreuten sich kaum eines aktiven Einflusses auf das politische Leben¹⁵. So blieb die Zulassung der ersten jüdischen Munizipalvertreter Preußen vorbehalten. Durch die Städteordnung vom 19. November 1808 waren die preußischen Juden zu Stadtbürgern geworden, und alsbald wurden auch in einigen preußischen Städten jüdische Stadtverordnete und Stadträte gewählt. Bald danach (1813) erhielten die Juden Bayerns das Munizipalwahlrecht, und besonders in der bayrischen Pfalz blieb auch nach 1815 etwas von dem französischen Einfluß lebendig, der eine tolerante Haltung den Juden gegenüber förderte. Eine ähnliche Tendenz ist für Hessen-Kassel und Hessen-Darmstadt nachweisbar. Dort soll sogar der erste jüdische Bürgermeister Deutschlands gewählt worden sein¹⁶. Später zogen auch in Württemberg und Baden Juden in die Ortsverwaltung ein¹⁷.

¹⁴ Samuel Meyer Ehrenberg, vgl. *L. and A. Zunz*, S. 70 und Anm. 21 dazu.

¹⁵ Die Juden Westfalens, Frankfurts und der Hansestädte erlangten für kurze Zeit ihre bürgerliche Gleichstellung, traten aber nicht einmal in der Lokalpolitik hervor. Allerdings saß in Frankfurt der Bankier Mayer Amschel Rothschild, und nach seinem Tode Joseph Oppenheimer, im Wahlmänner-Kollegium, und zur selben Zeit fand auch Ludwig Börne Beschäftigung im Polizeidienst der Stadt. Da jedoch die Emanzipation in den Staaten der französischen Einflußsphäre durch den Artikel 16 der Bundesakte einen Rückschlag erfuhr, läßt sich kaum eine gradlinige Entwicklung von den Frankfurter Anfängen zur späteren Aktivität der Juden aufzeigen. Amschel Mayer Rothschilds Ernennung zum österreichischen Generalkonsul änderte das nicht. Der tatsächliche politische Einfluß der *deutschen* Rothschilds war unbedeutend. Corti, der einen solchen Einfluß aufzeigen wollte, erbrachte keinerlei Beweise.

¹⁶ *Der Jude (Riesser)* I, Januar 1833, S. 181, ohne Ortsangabe. Es dürfte sich um einen Dorfschulzen gehandelt haben.

¹⁷ Das Wahlrecht zu den Stadtverwaltungen war in den meisten Orten an die Zahlung direkter Steuern gebunden. Die Wähler waren meist in drei Klassen eingeteilt und wählten ihre Vertreter gesondert; so in Preußen, Baden und in vielen Kleinstaaten. Jedoch gab es auch Länder, in denen die Wähler nach lokalen, nicht klassenmäßigen Maßstäben eingestuft wurden. Einige wenige Orte hatten sogar einheitliches gleiches Wahlrecht. Für die Wahl der Magistrate und Bürgermeister gab es keine festen Regeln: teils gingen sie aus den Stadtverordnetenversammlungen hervor, teils wurden sie gesondert in direkter Wahl gewählt (vgl. hierzu *Hugo Preuss* im

Innerhalb der preußischen Provinzen fällt die verhältnismäßig hohe Zahl von jüdischen Stadtverordneten und Magistratsmitgliedern in den Städten Oberschlesiens und Posens auf¹⁸. Posen hatte damals, mit 6 0/0 der Gesamtbevölkerung, die dichteste jüdische Besiedlung eines deutschen Landes. In einigen Städten dieser Provinz erreichten die Juden sogar die Hälfte der Einwohnerschaft. Darin ist wohl der Grund dafür zu suchen, daß dort die Regierungsstellen den Anteil der Juden an den Munizipalämtern auf ein Viertel oder höchstens ein Drittel aller Gewählten beschränkten¹⁹. Auf diese Weise entstand in vielen Städten Posens eine inoffizielle jüdische Wahlkurie, die häufig das Zünglein an der Waage zwischen den Polen und den Deutschen bildete. Auch in Oberschlesien nahmen die Juden eine gewisse Mittelstellung zwischen den deutschen Protestanten und den polnischen Katholiken ein. Doch war die Zahl der Juden zu gering, und ihre Neigung zur deutschen Seite zu deutlich, als daß eine Sondergruppierung möglich gewesen wäre. Einzelne Juden scheinen aber in den kleinen Orten Oberschlesiens gerade deshalb gewählt worden zu sein, weil sie nicht einer der großen Gruppen angehörten, also als Juden eine gewisse Mittlerstellung in Nationalitäts- und Religionsfragen einnehmen konnten²⁰.

Es mag sein, daß den Stadtverwaltungen, in welche die Juden vor der Revolution von 1848 einzogen, nur eine geringe allgemeinpolitische Bedeutung zukam, was wohl an der Passivität und Interesselosigkeit vieler Bürger, einschließlich der Juden, lag²¹. Doch gab es darüber hinaus in den Städten noch andere Konzentrationspunkte bürgerlicher Betätigung, die besonders während der vierziger Jahre eine nicht unbeträchtliche Aktivität an den Tag legten und sogar auf die Stadtverordnetenversammlungen Einfluß ausübten. Dies waren die „Ressourcen“, „Casinos“ und „Bürgervereine“. Ursprünglich hatte man sie als gesellschaftliche Mittelpunkte ins Leben gerufen, bald aber wurden sie in der lebhaften Atmosphäre der Jahre vor Ausbruch der Revolution von 1848 zu einer Art von politischen Debattiervereinen.

Diejenigen Klubs, die sich liberal und fortschrittlich gaben, konnten sich nicht auf die Dauer den Juden verschließen. Für die Juden, die nach öffent-

Handbuch der Politik, 2. Aufl., 1914, S. 213–218). Für den Vormärz finden sich keinerlei Angaben darüber, in welcher Besitzklasse die Juden gewählt wurden. Nach Berichten aus späteren Jahren läßt sich annehmen, daß sie hauptsächlich in der ersten und zweiten Klasse kandidierten, wo ihre Wahl als Vertreter des besitzenden Bürgertums leichter durchzusetzen war als in der dritten Klasse.

¹⁸ Über Posen, vgl. *Heppner* u. *Herzberg*, Posener Lande, passim. Über Oberschlesien s. z. B. den Aufsatz von A. Muhr in der Zeitschrift „Zur Judenfrage in Deutschland“, Januar 1844, S. 54 ff.

¹⁹ *Heppner* u. *Herzberg*, Posener Lande, S. 230 f. Speziell über Grätz, dort S. 423 bis 429. Ähnlich *M. Philippson*, I, S. 264, AZJ 1844, S. 706 f. (über Krotoschin), und AZJ 1869, S. 1004 (über Rogasen).

²⁰ Vgl. z. B. AZJ 1844, S. 274 und Orient 1844, S. 151.

²¹ Über die Gleichgültigkeit der preußischen Bürger im allgemeinen, vgl. *Benda*, Katechismus, S. 12. Über die politische Passivität der Juden s. weiter unten.

licher Betätigung suchten, bedeutete die Zulassung zu den Bürgervereinen nicht nur einen gesellschaftlichen Erfolg, sondern eben auch einen Zugang zu einem weiteren politischen Wirkungskreis. In stärkerem Maße noch als die Bürgervereine waren die Schützengilden und Turnvereine von bestimmter politischer Färbung, erstere mehr liberal, letztere mehr nationalistisch orientiert. Daneben entstanden auch die neuen Handwerkervereine, die eine ziemlich oppositionelle Haltung einnahmen. Alle diese Vereinigungen, mit Ausnahme der Handwerkervereine, waren den Juden erst nach gewissen Auseinandersetzungen zugänglich, und sie empfanden daher ihre Aufnahme in eine derartige Organisation als ein politisches Ereignis, das auch von den jüdischen Zeitungen sorgfältig verzeichnet wurde.

Aus den zeitgenössischen jüdischen Pressestimmen sowie aus anderen Quellen²² lassen sich für den Vormärz ungefähr 300 Stadtverordnete und Stadträte in den deutschen Städten, zusammen mit den Mitgliedern der Bürgervereine und ähnlichen Vereinigungen sogar rund 350 in der Lokalpolitik tätige Juden feststellen. Diese Zahl ist für eine Zeitspanne von beinahe 30 Jahren recht gering, selbst wenn man annimmt, daß ein Teil der Namen nicht verzeichnet wurde. Man darf also wohl zu dem Schluß kommen, daß der Weg in die Municipalpolitik von den Juden anfänglich nur sehr zögernd betreten wurde oder eben doch auf große Schwierigkeiten stieß.

Wie stand es aber mit dem Umweg in die Politik, mit der Betätigung im literarischen und publizistischen Bereich? Das erste Auftreten der Juden auf diesem Gebiet fällt zeitlich mit ihrem Eintritt in die Municipalpolitik zusammen. Schon im Jahre 1821 glaubte der Judenfeind Dr. Ludolf Holst öffentlich feststellen zu müssen, daß die Juden „sich die Redaktion sehr vieler politischer Blätter und Zeitschriften zu verschaffen“ strebten. Nach seiner Ansicht suchten sie sich „Eingang bei Staatszeitungen zu eröffnen . . . endlich hätten sie auch in unseren Tagen den Versuch gemacht, sich in den Buchhandel ‚hineinzusetzen‘, um eine völlige Herrschaft über die Ideenwelt zu erringen“²³. In der Tat waren und sind Buchhandel und Verlagswesen eng verknüpfte Berufssphären. Ein Teil der jüdischen Verleger kam vom Antiquariats- oder Kommissionsbuchhandel her und betrieb auch, zunächst meist als Nebenzweig, die gelegentliche Herausgabe von Publikationen jüdischen und allgemeinen Inhalts. Der erste Verleger, der seit dem Jahre 1808 allgemeine Literaturwerke

²² Über den Anteil der Juden an der städtischen Selbstverwaltung, vgl. meinen gleichnamigen Aufsatz im BLBI. Für die Mitgliedschaft in Bürgervereinen etc. vgl. u. a.: AZJ 1844, S. 252, S. 298 und S. 748; AZJ 1845, S. 626, S. 752; AZJ 1846, S. 127, S. 222, S. 480; AZJ 1847, S. 30, S. 91, S. 240; Orient 1844, S. 248; Orient 1846, S. 50; Orient 1848, S. 36 und S. 59; Annalen (*Jost*) 1839, S. 15; Isr. 19. Jh. 1845, S. 184; Isr. 19. Jh. 1846, S. 328; Sinai 1847, S. 52; Ref. Ztg. 1847, S. 62 und S. 71. Vgl. auch die Schriften: *Born*, S. 2 f. und S. 23 f.; *Falkson*, S. 122; *A. Lewin*, S. 278.

²³ *Holst*, Das Judenthum. Gegen dieses Buch schrieb Börne seinen kritisch-apologetischen Aufsatz „Der ewige Jude“. Obiges Zitat nach *Börne*, Schriften II, S. 287.

druckte, war der getaufte Jude Eduard Hitzig²⁴, ein Enkel des friderizianischen Finanziers Daniel Itzig. Nach 1815 stieg die Zahl der jüdischen Verleger allmählich an²⁵, und ihre Tätigkeit verzweigte sich. Auf dem Gebiete der Literatur traten besonders die Verlage von Dr. Moritz Veit²⁶ in Berlin und von Dr. Zacharias Löwenthal in Mannheim und Frankfurt hervor. Veit, der auch selber schriftstellerisch tätig war, wurde später politisch aktiv, ohne deswegen seinen Verlag aufzugeben. Von 1855 bis 1861 führte er den Vorsitz im Börsenverein der Deutschen Buchhändler. Löwenthal machte sich durch die von ihm herausgegebenen Schriften des „Jungdeutschen“ Karl Gutzkow den Behörden verdächtig. In Frankfurt begründete er dann die „Literarische Anstalt“ und blieb auch dort seinen radikalen politischen Ansichten treu, indem er u. a. „Die Heilige Familie“ von Marx und Engels herausbrachte. Bald nachdem er den Frankfurter Joseph Rindskopf als Partner aufgenommen hatte, wechselten beide ihre Namen und führten gemeinsam die später sehr bekannt gewordene „Literarische Anstalt Rütten und Loening“²⁷ zu hohem Ansehen.

Im Zeitungswesen sind jüdische Verleger zunächst in Schlesien anzutreffen. In Breslau gab Leopold Freund noch im Vormärz das „Breslauer Handelsblatt“ und den „Breslauer Anzeiger“ heraus, und in Grünberg verlegte Friedrich Wilhelm Levysohn das „Grünberger Wochenblatt“. In Berlin war es Bernhard Wolff, der im Jahre 1844 die „Berliner Bank-, Börsen- und Handelszeitung“ und später die „Nationalzeitung“ erwarb²⁸.

Sowohl die bisher Genannten, wie viele hier nicht aufgeführte Verleger²⁹, betätigten sich, insbesondere im Revolutionsjahr 1848, als aktive Politiker. Daraus läßt sich schließen, daß das Verlagswesen nicht nur einen beruflichen Weg für jüdische Intellektuelle eröffnete, sondern daß es in besonderem Maße auch politisch rege Elemente anzog, denen zunächst die Möglichkeit einer andern Einflußnahme versperrt war.

Das gleiche gilt, wenn von der Betätigung der Juden als Schriftsteller und politische Journalisten die Rede ist. Einer der ersten jüdischen Publizisten, die

²⁴ Vgl. Paul Landau in: *Kaznelson*, Sammelwerk, S. 874 f. Über jüd. Verleger und Buchhändler s. den Artikel von *Siegmund Kaznelson* im gleichen Sammelwerk, S. 131–146.

²⁵ Einzelheiten, Q. und viele Namen in meinem Aufsatz „Jüdische Buchhändler und Verleger“; s. auch: W. A. Berendsohn in: BLBI, Nr. 22, 1963.

²⁶ Über die literarische Tätigkeit Veits vgl. die Aufsätze von *Ludwig Geiger* in: IDR 1895, S. 17 f.; MGWJ 1908, S. 513 f.; „Die dt. Literatur“, passim.

²⁷ Löwenthal ließ sich taufen, Rütten anscheinend nicht.

²⁸ Wolff gründete auch eine Telegraphenagentur und kam auf diesem neuen Gebiet des Nachrichtenwesens Paul Julius Reuter (get.) noch zuvor. Die Nachrichtenagentur Wolffs (WTB) wurde bei der Reichsgründung die offizielle deutsche Presseagentur.

²⁹ S. BLBI, Nr. 9, 1960. Dort wird die Zahl der jüd. Buchhändler und Verleger im Vormärz auf 2 % aller Angehörigen dieser Berufsgruppe geschätzt, gegenüber einem jüd. Anteil von 1,2 % an der Gesamtbevölkerung.

politisches Aufsehen in der Öffentlichkeit erregten, war Saul Ascher³⁰, dessen im Jahre 1815 erschienene Flugschrift „Germanomanie“ von den Studenten beim Wartburgfest feierlich verbrannt wurde. Aschers öffentliche Wirkung trat aber bald ganz hinter der von Ludwig Börne und Heinrich Heine zurück, die besonders in den dreißiger Jahren einen starken Einfluß auf die politische Meinungsbildung in Deutschland hatten. Beide stießen dabei häufig mit den Zensurbehörden zusammen. Denn die Freiheit der politischen Publizistik war seit den „Karlsbader Beschlüssen“ von 1819, die Presse und Universitäten unter strenge Zensur stellten, schwer beeinträchtigt. Die Zeitungen hatten in jener Zeit oft nicht mehr als zusammengestückelte Auslandsnachrichten zu bieten, ergänzt durch lokalen Gesellschaftsklatsch und Berichte aus Hof- und Regierungskreisen. Ein einigermaßen unbeeinflusstes Arbeitsfeld blieb den Publizisten eigentlich nur in den Bereichen der Kunstkritik, der Theaternachrichten oder der reinen Wissenschaft und Literatur, die vor dem Stift des Zensors ziemlich sicher waren. Damit mußten sich die damaligen Zeitungsleser begnügen, selbst wenn sie ernsthaft am politischen Geschehen interessiert waren³¹.

Wenn trotzdem bereits im Jahre 1819 „an vierzig mehr oder minder bedeutende deutsche Schriftsteller“³² jüdischer Abstammung sich einen gewissen Namen gemacht hatten und gelegentlich oder regelmäßig für Tageszeitungen schrieben, oder wenn Lazarus Bendavid (seit 1802) oder Leopold Zunz (1824 bis 1831) als Redakteure an der Haude und Spener'schen Zeitung in Berlin, und Gabriel Riesser in ähnlicher Stellung an der Hamburger „Börsenhalle“ (1833 bis 1836) tätig waren, so läßt dies angesichts der erwähnten Beschränkungen den Schluß zu, daß diese Berufswahl von ihnen nicht nur aus Neigung und zum Zwecke des Broterwerbs vorgenommen wurde, sondern daß sie gleichzeitig einen, wenn auch noch so begrenzten, Schritt in die politische Öffentlichkeit bedeutete.

Tatsächlich gelang es einigen Redakteuren literarischer Zeitschriften, wie August Lewald in Königsberg (get.) und Joseph Lehmann in Glogau, ihren Blättern den Stempel einer gewissen politischen Richtung aufzudrücken. Lewalds Zeitschrift „Europa“ war liberal orientiert, während Lehmanns „Magazin für die Literatur des Auslandes“ sich mehr auf die loyalistische Seite stellte. Lehmanns Einstellung war wahrscheinlich durch die Anfänge seiner publizistischen Karriere bei der offiziellen „Allgemeinen Preußischen Staatszeitung“ beeinflusst³³, und obwohl er zum Freundeskreis von Heine gehörte, suchte er sich peinlichst, „aller politischen Diskussionen oder Sticheleien [zu] enthalten“ und empfand es als seine Aufgabe, „jede Anerkennung deutscher

³⁰ Biographisches und Literaturnachweis s. *Littmann*, S. 107 ff.

³¹ Vgl. *Ras*, S. 15 f.

³² *L. L. Hellwitz* (Leopold Zunz!), *Die Organisation der Israeliten in Deutschland*, Magdeburg 1819, S. 28.

³³ *Geiger*, *Die dt. Literatur*, S. 186.

Kunst und Literatur im Auslande ganz besonders hervorzuheben“³⁴. Sein „Magazin“ bestand jahrzehntelang. Er begann seine redaktionelle Tätigkeit bereits in den zwanziger Jahren, während Lewald erst nach 1830 aktiv tätig wurde. Zu jener Zeit erregte noch ein anderer liberaler Redakteur die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit: Karl Weil in Stuttgart. Weil arbeitete in der jüdischen Gemeindeorganisation und in der Redaktionsstube des „Deutschen Courier“, der eine Zeitlang von Louis Philippe von Frankreich subventioniert wurde³⁵. Später gab Weil die „Constitutionellen Jahrbücher“ heraus, die vor 1848 ein Organ des gemäßigten Liberalismus darstellten.

Wer sich mit der Tätigkeit der genannten Publizisten näher beschäftigt, dem wird deutlich, daß diese Juden auch die Lücken in den Zensurbestimmungen auszunutzen wußten, um Kritik an gesetzlichen Beschränkungen und gesellschaftlichen Zurücksetzungen zu üben. Besonders bevorzugt wurde dabei die Form der literarischen Satire, deren bedeutendster Vertreter damals Moritz Saphir war. Er erklärte das Vorherrschen von Juden in den satirischen Zeitungen als „jenen Waffendienst . . . bei dem sie es mit der Zeit bis zum Offizier bringen können“. „Es ist wahr und bleibt auffallend“, sagte er weiter,

„daß die Juden den Witz fast ausschließend wie den Handel an sich gebracht haben . . . In dem hochtragischen Schicksal dieser Nation liegt die Essigmutter ihres Witzes. . . Das Christentum hat seinen alten greisen Vater: das Judentum . . . in ein finsternes Loch gesperrt, Luft und Licht geraubt und reicht ihm elende Kost. Es bleibt diesem alten mißhandelten Vater nichts übrig, als in herzerreißender Resignation, in der tollen Lustigkeit der Ohnmacht aus seinem Kerker herauszulachen. Klagen und Worte kann man ersticken, aber lachen, fürchterlich lachen, gräßlich lachen kann auch der Geknebelte.“³⁶

Begrenzte Bedeutung als Vertreter dieser Literaturgattung erlangte noch Ludwig Walesrode, der während der vierziger Jahre in Königsberg wirkte und wegen seines politischen Radikalismus des öfteren in Konflikt mit der Zensur kam. Ferner sind als Satiriker und Possendichter zu nennen Ernst Kosak, Ludwig Kalisch und vor allem David Kalisch und Rudolf Löwenstein. Die meisten der Genannten ließen sich allerdings früher oder später taufen.

Sie alle blieben an Wirksamkeit und Fähigkeit weit hinter Ludwig Börne und Heinrich Heine zurück, deren scharfe Federn zu echten politischen Waffen wurden³⁷. Börnes Begabung machte den politischen Feuilletonismus zu einer hohen Kunst, und für Heines Genius wurde die Kunst das Florett seines politischen Kampfes. Zwar ließen sich beide taufen, Börne im Jahre 1818 und Heine im Jahre 1825, aber sie verleugneten nie ihre jüdische Abkunft und wurden auch von ihren literarischen und politischen Feinden stets als Juden angesehen und angegriffen.

³⁴ Jenaische Literaturzeitung, zit.: Sulamith VIII 1, S. 254.

³⁵ Hess, Briefwechsel, S. 90. Weil nahm auch einige anonyme Aufsätze von Moses Hess in seine Zeitschrift auf.

³⁶ Saphir, S. 135 f.

³⁷ Über Heine und Börne als politische Schriftsteller, vgl. Ras.

Beide begannen ihre schriftstellerische Karriere bereits kurz nach den Freiheitskriegen, fanden aber eigentlichen politischen Einfluß erst, nachdem sie unter dem Eindruck der französischen Julirevolution von 1830 nach Paris übersiedelt waren. Börne verfaßte dort seine „Briefe aus Paris“, die in liberalen Kreisen Deutschlands ein weites Echo fanden. Bis zu seinem Tode im Jahre 1837 blieb er ein Exponent des Radikalismus. Auch Heinrich Heine widmete sich in Paris einige Jahre lang der politischen Publizistik. Seine Aufsätze zu den Zeitereignissen, die zuerst in der „Augsburger Allgemeinen Zeitung“ und später als Buch unter dem Titel „Französische Zustände“ erschienen, verfielen in Deutschland der Zensur. Seinem Gesuch an die Versammlung des Deutschen Bundes um Freigabe der Aufsätze wurde nicht stattgegeben.

Zu der Verbotswelle, die seit 1835 Heines und Börnes Schriften traf, hatten besonders die Angriffe des deutschen Schriftstellers Wolfgang Menzel beigetragen. Er richtete seine Spitze zuerst gegen Heine, später aber auch gegen Börne, bezeichnete sie als vaterlandslose Gesellen und bezichtigte sie des unheilvollen Einflusses auf die literarische Bewegung des „Jungen Deutschland“, die er wegen ihrer Beziehungen zu den beiden als „Junges Palästina“ verspottete. Heines Verbindung zu diesem Kreis war aber keineswegs sehr eng gewesen, wie er sich überhaupt niemals einer bestimmten politischen Richtung ganz anschloß. Als er sich schließlich auch gegen Börne wandte, führte das zugleich zum Abbruch seiner Beziehungen zum „Jungen Deutschland“. Heines Schrift gegen Börne, die erst nach dessen Tod erschien, machte jedoch, zusammen mit einer von dem jungdeutschen Schriftsteller Gutzkow veröffentlichten Börne-Biographie, erneut auf diesen aufmerksam, und Börnes Schriften übten sogar nach seinem Tode einen größeren Einfluß aus als zu seinen Lebzeiten.

Die zeitgenössische öffentliche Meinung sah aber in Heine und Börne, ohne Rücksicht auf ihre tatsächliche Rolle in der Bewegung, die eigentlichen Repräsentanten des „Jungen Deutschland“³⁸. Dabei waren sie gar nicht einmal die einzigen Schriftsteller jüdischer Abstammung, die dieser Richtung nahestanden. Als die Bewegung die Herausgabe einer Zeitschrift „Deutsche Revue“ plante, meldeten sich, außer Heine und Börne und siebzehn nichtjüdischen Anhängern, auch noch drei oder vier jüdische Literaten zur Mitarbeit. Wegen Zensurschwierigkeiten mußte jedoch der Plan der Veröffentlichung einer solchen Zeitschrift aufgegeben werden.

Die nicht übersehbare, Beachtung erzwingende Rolle von Börne und Heine in der politisch-literarischen Bewegung der dreißiger Jahre war jedenfalls allein schon Wasser auf die Mühle der Judenfeinde. Und wenn auch die Zahl der übrigen Schriftsteller jüdischer Abstammung nicht allzu groß war, wurde doch ihr Einfluß von ihren Gegnern geflissentlich aufgebauscht. Als daher der Judenfeind F. W. Ghillany aus Nürnberg die Angriffe von Ludolf Holst wie-

³⁸ Vgl. *Auerbach*, Judenthum, S. 45 f.

der aufnahm und im Jahre 1843 behauptete, daß ein „großer Teil der deutschen Journale“ von Juden redigiert werde, und daß bei anderen „Hebräer finanziell beteiligt“ seien, ja daß die Juden überhaupt eine unbegrenzte „Herrschaft in der deutschen Tagesliteratur“³⁹ ausübten, entsprach diese Übertreibung zwar nicht den tatsächlichen Verhältnissen, zeigt aber den heftigen Widerstand gegen das Auftreten von Juden *überhaupt* in der deutschen Literatur. Das Einzige, was aus dieser Halbwahrheit zu lernen ist, und was etwas Neues darstellt, ist die Tatsache, daß es jetzt eine nicht unerhebliche Zahl jüdischer Gelegenheitschriftsteller gab, die von Mal zu Mal einen Artikel oder einen offenen Brief in der Presse veröffentlichten. Allein aus dem Hamburg der vierziger Jahre sind etwa sechzig solcher Gelegenheitsmitarbeiter (mehr als zwanzig davon getaufte Juden) bekannt⁴⁰. Auch sollte man vielleicht den zu literarischer Betätigung anregenden Einfluß der Literatur-Zirkel und „Kränzchen“ nicht unterschätzen, die sich seit den zwanziger Jahren in jüdischen Häusern der großen Städte bildeten und eine gewisse Fortsetzung der „Salons“ der Rahel Varnhagen und der Schwestern Mendelssohn darstellten⁴¹.

Ghillanys Angriff konnte sich aber auch auf die Tatsache stützen, daß gerade zu Anfang der vierziger Jahre die Zahl der jüdischen Journalisten in der Provinzpresse zunahm, und daß besonders in dem Gründerkreis der Kölner „Rheinischen Zeitung“ auffallend viel Juden zu finden waren⁴².

Das Rheinland scheint überhaupt zu Beginn der vierziger Jahre ein Zentrum der politisch-publizistischen Aktivität von Juden gewesen zu sein. Ein zwei-

³⁹ Ghillany, S. 4 (Anmerkung).

⁴⁰ Haarbleicher, S. 316.

⁴¹ Z. B. der „Sonntagszirkel“ von Ludwig Lesser, die „Mittwochs-Gesellschaft“ von J. E. Hitzig und das „Donnerstagskränzchen“ des Vaters von Moritz Veit; außerhalb Berlins beispielsweise das „Montagskränzchen“ in Frankfurt a. M. Juden waren keineswegs die einzigen Teilnehmer dieser Gesellschaften.

⁴² Außer den oben bereits genannten waren in den vierziger Jahren die folgenden in der Provinzialpresse als Redakteure tätig: Louis Lax, Aachener Ztg.; Emil Jonas, Flensburger Ztg.; Dr. Jacob Pinhas, Cassel'sche Allgem. Ztg.; Dr. Jacob Henle, Nürnbr. Corresp.; Lippmann Hirsch Löwenstein, Frankfurter Ober-Post-Amts-Ztg.; Sally Gumbinner, Spener'sche Ztg.; Ludwig Braunfels (get.), Rhein- u. Moselztg.; Ferdinand Behrend, Volksspiegel, Breslau; David Schiff, „Eisenbahn“, Leipzig; David Assur-Russa, Schweriner Ztg.; Dr. Eduard Reis, Rheinischer Telegraph.

Als Mitarbeiter von Provinzzeitungen sind belegt: Maxim. Reinganum (get.), Frankfurt a. M.; Louis Simon, Hamburg; Dr. Haas, Frankfurt a. M.; Dr. J. Lasker, Danziger Dampfboot; Dr. Max Ring, Oberschl. Wanderer; Sally Gumbinner, Köln. Ztg.; Ferdinand Pinoff, Dampfboot u. Telegraph, Danzig; Dr. Karl Kirsch, Wiesbaden; Karl Beck (get.); Moses Hess, Gesellschaftsspiegel, Elberfeld.

Zum vorbereitenden Komitee der „Rheinischen Zeitung“ gehörte außer dem Begründer Dagobert Oppenheim auch Moses Hess. An der Administration waren beteiligt: Dr. Andreas Gottschalk (get.), S. B. Cohen, L. Hellwitz, Jacob de Jonge, M. Morel, Abraham Ochse-Stern. Unter den Mitarbeitern und Redakteuren ragten hervor: Karl Marx (get.), Moses Hess, Heinrich Heine (get.), Rudolf Benfey, Theodor Creizenach und Moritz Fleischer. Benfey, Marx und Hess beteiligten sich nach der Schließung der „Rheinischen Zeitung“ an einem anderen politisch-publizistischen Unternehmen – den „Französischen Jahrbüchern“, die 1844 in Paris erschienen.

tes bildete offenbar Königsberg, wo außer Lewald und Walesrode besonders Ferdinand Falkson und Johann Jacoby von sich reden machten. Königsberg war auch der Sammelpunkt von jungen Dichtern, die sich als Erben und Fortsetzer des „Jungen Deutschland“ fühlten. Zu diesem Kreise um Dingelstedt und Hoffmann v. Fallersleben gehörte auch der (später getaufte) jüdische Dichter und Publizist Karl Beck. Um diese Zeit begann sich in Berlin ebenfalls ein neuer Mittelpunkt des politischen Lebens herauszubilden. Dort hatten die zeitweisen Zensurerleichterungen durch König Friedrich Wilhelm IV. auch Nicht-Berufsschriftsteller angeregt, als „Zeitungskorrespondenten und Broschürensreiber“⁴³ am öffentlichen Meinungs Austausch teilzunehmen. Unter diesen ist der Arzt Dr. Julius Waldeck, ein Verwandter von Johann Jacoby, als Anhänger „der ultraliberalen Schule“ zu nennen, die „bei der literarischen Welt . . . in keiner besonderen Achtung“ stand und die auch nur „ein paar Studenten, junge Doktoren der Medizin *und Juden*“ umfaßte⁴⁴.

In den vierziger Jahren waren also jüdische Intellektuelle bereits merklich regsamer im Bereich der politischen Literatur als in den zwanziger und dreißiger Jahren. Einige von ihnen begannen nun auch, sich einen Namen auf dem Gebiete der politischen Wissenschaften zu machen und Bücher zu veröffentlichen, die vor allem auf dem linken Flügel der Radikalen schrittmachend wirkten.

Zunächst erschienen zwei Bücher von Moses Hess – im Jahre 1837 „Die Heilige Geschichte der Menschheit“ und vier Jahre später „Die Europäische Triarchie“. Kurze Zeit danach kamen die „Studien der innern Politik“ von Heinrich Bernhard Oppenheim heraus, und im Jahre 1845 wurde das erste größere Werk von Marx und Engels, „Die Heilige Familie“, veröffentlicht, das als eine frühe Schrift der beiden Autoren erwähnenswert ist, weil sie bereits die Grundthesen des dialektischen Materialismus enthält, die später von entscheidender Bedeutung für die Entwicklung des Sozialismus werden sollten. Das breite Publikum wußte aber damals kaum etwas von diesen Publikationen. Wirkliches, allgemeines politisches Aufsehen erregte dagegen das Pamphlet „Vier Fragen, beantwortet von einem Ostpreußen!“ des Königsberger Arztes Dr. Johann Jacoby, der es 1841 zunächst anonym erscheinen ließ, sich aber nach dem Verbot durch die Zensur zu erkennen gab und bei Friedrich Wilhelm IV. um Rechtsschutz nachsuchte. Jacoby kam jedoch trotzdem wegen Landesverrats und Majestätsbeleidigung vor Gericht. Sein Prozeß wurde mit großem Interesse verfolgt. Nachdem die erste Instanz durch Verhängung einer dreijährigen Festungshaft gegen Jacoby entschieden hatte, sprach ihn das Oberappellationsgericht frei. Die „Vier Fragen“ und die Verteidigungsreden Jacobys, die als Flugschriften Verbreitung fanden, waren wohl die ersten gedruckten Äußerungen eines ungetauften Juden zu den *konkreten*

⁴³ Bericht des Innenministers v. Arnim in: *G. Mayer, Radikalismus*, S. 45.

⁴⁴ AaO.

Fragen der deutschen Tagespolitik, bei denen – wenigstens nach außen hin – das Judentum des Verfassers und die Judenfrage *keine* besondere Rolle spielten⁴⁵.

Die Bedeutung der „Vier Fragen“ für die vorrevolutionäre Entwicklung in Deutschland wurde von Arnold Ruge mit der Bedeutung der Schrift von Sieyès „Was ist der dritte Stand?“ am Vorabend der französischen Revolution verglichen⁴⁶. Seit ihrer Veröffentlichung stand Jacoby in der vordersten Reihe der radikal-liberalen Politiker Preußens.

Eine ähnliche Stellung als Vorkämpfer des liberalen Gedankens⁴⁷ erwarb sich der mit Jacoby befreundete Jurist Heinrich Simon, Sohn einer Breslauer Familie, die, obwohl zum Christentum übergetreten, sich ihrer jüdischen Abstammung immer bewußt blieb. Simon gab 1844, in vielbeachtetem Protest gegen die von Friedrich Wilhelm IV. verfügte Einschränkung der richterlichen Unabhängigkeit, sein Richteramt auf, erregte aber drei Jahre danach noch mehr Aufsehen durch seine anlässlich der Einberufung des vereinigten Preussischen Landtages veröffentlichte Streitschrift „Annehmen oder Ablehnen“, in der er die konstitutionellen Zugeständnisse des Königs als unzureichend ablehnte. Durch diese Schrift rückte er in die Führungsschicht der Radikal-Liberalen ein⁴⁸.

Im Vormärz traten also nur einige wenige Juden (oder getaufte Juden) als Politiker im engeren Sinne in Erscheinung. Faßt man jedoch den Begriff der politischen Tätigkeit weiter, so sind auch diejenigen Juden in Betracht zu ziehen, die als einfache Mitglieder politischer Organisationen tätig waren und die auf diesem Wege an einer gewissen politischen Meinungsbildung teilhatten.

Da es im Vormärz keinerlei öffentliche Parteitätigkeit in Deutschland gab, müssen besonders diejenigen illegalen Organisationen betrachtet werden,

⁴⁵ Dadurch unterscheidet sich Jacobys Broschüre z. B. von Saul Aschers Schrift „Germanomanie“, die zwar zur allgemeinen Politik Stellung nahm und in Deutschland viel beachtet wurde, aber der jüdisch-apologetischen Absicht, die Anschuldigungen von Ruehs zurückzuweisen, ihre Entstehung verdankt. Heine und Börne hielt man, obwohl sie getauft waren, stets ihre *jüdischen* Motive vor, was eben Jacoby nicht geschah. Der Rücktritt von Leopold Zunz von der Redaktion der Spener'schen Zeitung wegen seiner Gegnerschaft zur antipolnischen Politik des Blattes und seiner Inhaber blieb unbeachtet, und es ist zweifelhaft, ob Zunz' Polenbegeisterung (vgl. *L. Geiger*, *Zunz*, S. 246) nicht vielleicht doch von der Freiheitsliebe des gedrückten *Juden* mehr beeinflusst war als von allgemein-politischen Überlegungen.

⁴⁶ *Ruge*, S. 220.

⁴⁷ Bis dahin war die parteimäßige Aufspaltung in gemäßigte „Liberale“ und „Radikale“ oder „Demokraten“ noch wenig ausgeprägt. Eher als diese kristallisierte sich eine kommunistische Ideologie heraus. Zwischen den drei Richtungen wurden die zunächst als selbständige Gruppe auftretenden Junghegelianer vollkommen aufgerieben, und ihr politischer Einfluß wurde nur indirekt durch ihre Schriften fühlbar, mag aber mit dazu beigetragen haben, die Unterscheidungsmerkmale zwischen den gemäßigten *Liberalen* und den doktrinären *Radikalen* zu verschärfen.

⁴⁸ Vgl. *Jacoby*, Simon, passim.

welche dem reaktionären Regime den Kampf angesagt hatten, wie die geheimen sozialistischen Vereine und die Verbindungen der deutschen Studenten – die Burschenschaften.

Man sollte eigentlich annehmen, daß für Juden die Mitgliedschaft in den nationalistischen Burschenschaften von vornherein unmöglich war. In Wahrheit wurden aber einzelne Juden in diese studentischen Verbände auch aufgenommen, ohne gezwungen zu sein, sich taufen zu lassen. Allerdings trat die Hälfte von ihnen, wenn auch nicht immer gleich bei der Aufnahme, zum Christentum über. Im ganzen lassen sich für den Vormärz über 50 Burschenschafter jüdischer Abstammung nachweisen⁴⁹, und sehr viel größer wird ihre Zahl auch wohl nicht gewesen sein.

Feststellungen über die Zugehörigkeit von Juden zu den – verbotenen – sozialistischen Geheimbünden sind naturgemäß weit schwieriger zu treffen. Aus dem sogenannten „Schwarzen Buch“ des „Deutschen Bundes“ und aus den „Periodischen Übersichtsberichten“ der Bundes-Centralbehörde⁵⁰ sowie aus anderen Schriften⁵¹ lassen sich nur die Namen von ungefähr 15 jüdischen Sozialisten und von 6 anderweitig des Radikalismus, besonders der Pressevergehen Verdächtigten herausfinden. Mindestens 6 von diesen 21 waren getauft. Auch diese Zahl spricht nicht für eine besonders beachtenswerte Anteilnahme von Juden an den radikal-politischen Bestrebungen des behandelten Zeitabschnitts.

Eine Zusammenfassung aller im Vormärz irgendwie politisch hervorgetretenen Juden bestätigt den gewonnenen Eindruck: Es konnten 70 Verleger, Schriftsteller und Journalisten (außer Gelegenheitsschreibern) festgestellt werden. Kaum 20 – meist Getaufte – hatten Regierungsämter und Konsularstellungen inne und traten auf der sogenannten großen politischen Bühne auf. Auch wenn man die etwas über 50 Burschenschafter und die 15 Sozialisten zu den in der großen Politik Handelnden hinzurechnet, ergibt sich doch nur eine Gesamtzahl von 160 Juden (unter ihnen nahezu 50 getaufte), die man mit einem gewissen Recht als Politiker bezeichnen kann. Das illustriert, wie langsam der Eintritt der Juden in das deutsche politische Leben vor sich ging. Die wenigen, die bereits im Vormärz als Vorkämpfer einer politischen Meinungsbildung das Auge der Öffentlichkeit stärker auf sich lenkten, bewirkten allerdings, daß ihre deutschen Kritiker um ihretwillen der jüdischen *Gesamtheit* einen politischen Wirkungswillen zuschrieben, der, jedenfalls damals und in diesem Umfange, nicht existierte.

⁴⁹ Die nachgeprüften Listen sind außer dem sogenannten „Schwarzen Buch“ der Untersuchungskommission des Deutschen Bundes nebst Nachträgen (BUAFF/BTI/82) die folgenden (Seitenzahlen verweisen auf dort gefundene jüd. Namen): *Scheuer*, S. 13, 20, 21, 27, 36–38. – Kösemer Korpslisten, S. 103, 449–451. – Burschenschaftslisten, Görlitz 1942, Bd. I, S. 90 und Bd. II, S. 72, 84, 89, 90, 171.

⁵⁰ BUAFF/BTI/81.

⁵¹ Z. B. die anon. Schrift „Das Urtheil gegen Scheffer, Eichelberg“ etc., Marburg 1843, S. 54 f. und *Adler*, S. 84, 96 f.

Selbst wenn man zu den sogenannten „Politikern“ die etwa 350 Juden, die in der Lokalverwaltung ihrer Wohnorte mitarbeiteten, hinzurechnet, ändert sich nichts an dem Gesamteindruck, daß der Anteil der Juden an der Munizipal- ebenso wie an der Landespolitik gering war.

Es ist jedoch erforderlich, hier auf gewisse Unterschiede in den allgemeinen soziologischen und geistigen Merkmalen der im Landes- bzw. Ortsbereich tätigen Politiker hinzuweisen. Ein solcher Unterschied tritt schon bei der Beobachtung der geographischen Verteilung der Betätigungen⁵² zutage. Die Zentren der *Landespolitik* befanden sich in den großen Städten Berlin, Königsberg, Köln, Frankfurt und Hamburg, während die Brennpunkte der *Lokalpolitik* in Oberschlesien und Posen, in zweiter Linie in Westpreußen und im Rheinland lagen. In all diesen Gegenden, außer dem Rheinland, waren aber keine Juden in der Landespolitik tätig.

Ein weiterer tiefgehender Unterschied zwischen den Lokalpolitikern und den Landespolitikern enthüllt sich in der Berufszugehörigkeit der beiden Gruppen⁵³. Dreiviertel der Landespolitiker gehörten den freien Berufen an. Wenn man das Verlagswesen als freien Beruf ansieht, steigt der Prozentsatz sogar auf fast 85 % an. Dagegen übten nur 18–19 % der Lokalpolitiker einen freien Beruf aus, während ihre Hauptberufe kommerzieller und industrieller Natur waren: 60 % von ihnen waren Kaufleute, Fabrikanten und Bankiers⁵⁴, eine Berufsgruppe, der nur 9 % der Landespolitiker zugerechnet werden können.

Das bedeutet, daß die Angehörigen der kommerziellen Berufe das Feld der Landespolitik meist den *Intellektuellen* überließen, während sie selbst höchstens zur Beteiligung an der Munizipalpolitik bereit waren, die ja unmittelbar mit ihren beruflichen Interessen verknüpft war. Wenn trotzdem auch in der Lokalpolitik der Prozentsatz der Intellektuellen höher lag als ihr Anteil an den jüdischen Berufsgruppen (18–19 % gegenüber 2,7 % im Vormärz), entsprach das wahrscheinlich einem ähnlichen Bilde bei den nichtjüdischen Honoratioren.

Auffallend ist für den Bereich der Lokalpolitik die Zahl der untereinander verwandten jüdischen Inhaber von Ämtern. Ziemlich hoch ist auch der Prozentsatz der Lokalpolitiker, die gleichzeitig Ehrenämter in der Verwaltung der jüdischen Gemeinden innehatten. Das kann als Beweis für ihre Zugehörigkeit zu einer Schicht gelten, bei der das jüdische Zusammengehörigkeitsgefühl intensiver ausgebildet war als bei denjenigen, die sich für Landespolitik interessierten. So gab es unter ihnen auch nur sehr wenige Getaufte. Allerdings ebnete die Taufe in der engeren Welt der kleineren Städte ohnehin nicht sofort den Weg zu Munizipalämtern⁵⁵.

⁵² Vgl. Tab. A 1 im Anhang.

⁵³ Vgl. Tab. A 2 im Anhang.

⁵⁴ Wahrscheinlich war der Prozentsatz noch viel höher. Denn freie Berufe und Dokortitel wurden in den Q. sicherlich zumeist angegeben, kaufmännische Berufe hingegen oft gar nicht erwähnt; in Tab. A 2 im Anhang daher 70 % eingesetzt.

⁵⁵ In den Großstädten jedoch, und besonders in Frankfurt und Hamburg, bildeten

Jedenfalls steht fest, daß die jüdischen Lokalpolitiker als Gruppe keineswegs mit den Landespolitikern identisch waren. Ihre weltanschaulichen und sozialen Eigenschaften entsprachen denen der jüdischen Gesamtbevölkerung weit mehr als denen der Landespolitiker. Demnach darf man sie auch weit mehr als Repräsentanten der jüdischen Allgemeinheit ansehen, als die in der Landespolitik tätigen Juden. Dementsprechend ist auch die politische Einstellung der Landespolitiker im Vormärz weder identisch mit derjenigen der jüdischen Gesamtheit noch richtunggebend für sie. Wenn 21 % der jüdischen Landespolitiker⁵⁶ zum Loyalismus und Konservativismus neigten, und wenn je 32–35 % gemäßigt-liberal und demokratisch und die restlichen 11–12 % linksradikal-sozialistisch eingestellt waren⁵⁷, so ist damit die politische Orientierung der jüdischen *Gesamtbevölkerung* nicht umschrieben. Die Orientierungen der Juden als Gesamtheit müssen daher im folgenden noch näher untersucht werden.

2. DIE POLITISCHEN ORIENTIERUNGEN DER JÜDISCHEN ALLGEMEINBEVÖLKERUNG IM VORMÄRZ

Über die politische Einstellung der allgemeinen jüdischen Bevölkerung liegen keinerlei direkte Angaben vor. Bis auf wenige Ausnahmen sind nicht einmal die Orientierungen der Lokalpolitiker bekannt. Man ist auf mehr oder minder zufällige Notizen in den Quellen angewiesen, die überdies noch aus ihren tendenziösen und apologetischen Verkleidungen herausgelöst werden müssen, bevor sie als Belege für die Einstellung der Allgemeinbevölkerung dienen können.

Was z. B. bedeutet es, wenn eine Nachricht lautet, daß der Kölner Bankier Abraham Oppenheim „als Kandidat der Konservativen“ in die Stadtverordnetenversammlung gewählt wurde¹, oder daß der Stadtverordnetenvorsteher Bernhard Klausner aus Kobylin (Posen) sich stets „in politischer Hinsicht konservativ loyal bewährt bewiesen“² habe? Bildeten die Genannten eine auffallende Ausnahme, oder waren Konservativismus und Loyalismus eine allgemeine Regel in der jüdischen Bevölkerung? Waren in der Landespolitik

die Getauften einen großen Teil, wenn nicht die Mehrzahl, der politisch Aktiven. Deshalb, also nicht nur aus dem formalen Grunde der Souveränität der Freien Städte, sind die Frankfurter und Hamburger Bürgerschaftsmitglieder den Landespolitikern zugezählt.

⁵⁶ Von den 160 bekannten aktiven Politikern. Dieser Prozentsatz ist vielleicht zu hoch. Er enthält einen Teil der Burschenschafter. Ohne diese sind nur 13 % den Konservativen und Loyalisten zuzurechnen.

⁵⁷ Die Junghegelianer, ca. 10 % der Politiker, werden hier teils zu den Demokraten, teils zu den Sozialisten gezählt, was ihrer späteren Entwicklung entsprechen dürfte.

¹ AZJ 1846, S. 642.

² Brief des Magistrats von Kobylin vom 20. 5. 1851, in: *Heppner u. Herzberg, Posener Lande*, S. 532 f. (Anm.).

die als loyalistisch bekannten Juden, wie Joseph Lehmann und L. H. Löwenstein³, Vertreter einer allgemein verbreiteten Haltung unter den Juden, oder waren sie nur Exponenten bestimmter enger Kreise, zu denen auch Oppenheim und Klausner gehörten? Und schließlich: können die Einstellungen von Oppenheim und Klausner, von Löwenstein und Lehmann als identisch angesehen werden und entsprangen sie tatsächlich ähnlichen Motiven? Oder war ihr Loyalismus nur eine Art Deckmantel, unter dem sich andere Tendenzen verbargen?

Bei näherer Betrachtung ergeben sich wirklich einige wichtige Unterschiede zwischen den Genannten, die gewisse Rückschlüsse in bezug auf ihre Grundeinstellung zulassen: Oppenheim führte sofort bei Ausbruch der Revolution von 1848 seine politische Anhängerschaft aus dem Lager der Konservativen in das der Liberalen über⁴, während Klausner auch weiterhin konservativ blieb. Darüber hinaus kehrte Oppenheim, der in jüdisch-traditioneller Umgebung aufgewachsen war, später den religiösen Traditionen ebenso den Rücken, wie er es dem politischen Loyalismus gegenüber getan hatte. Klausner hingegen blieb strenggläubiger Jude. Von den beiden anderen änderte der ursprünglich fromme und loyalistische Redakteur L. H. Löwenstein, der bis 1848 an der offiziellen Frankfurter Ober-Post-Amts-Zeitung gearbeitet hatte, bei Ausbruch der Revolution seine politische Orientierung in ganz extremer Weise und schloß sich der linksradikalen Arbeiterbewegung an⁵. Dagegen bewahrte Joseph Lehmann, der sich unabhängig von seiner Redaktionsarbeit im „Magazin“ außerdem noch als Unternehmer in der Industrie und im Eisenbahnwesen betätigte, weiterhin seinen politischen Loyalismus, ohne ein besonders frommer Jude zu sein.

Die unterschiedliche Laufbahn der Vier, die, vom gemeinsamen Loyalismus ausgehend, am Ende weit auseinander geriet, läßt schwerlich auf eine *einheitliche* Grundlage der loyalistischen Haltung bei den Juden schließen. Vielmehr muß angenommen werden, daß diese ihre Einstellung sehr verschiedenen Motiven entsprang. Einerseits neigten viele orthodoxe Juden gemäß ihrer *religiös-konservativen* Grundhaltung zu politischem Konservativismus. Andererseits bewahrten auch manche religiös-indifferenten Juden, selbst unter widrigen Zeitumständen, ihre aus ideologisch-politischen Gründen gewonnene Neigung zu Konservativismus und Loyalismus. Neben diesen Gruppen, deren politischer Loyalismus eine gewisse weltanschauliche Fundierung besaß, fehlte es aber auch nicht an Kreisen und Einzelnen, bei denen er interessenmäßig

³ Über Joseph Lehmann, s. oben, Kap. 1. L. H. Löwenstein wirkte in Frankfurt a. M. an der Ober-Post-Amts-Zeitung, die in den vierziger Jahren von Metternich subventioniert wurde.

⁴ *Kober*, Revolution, S. 152. An der Spitze der Rheinischen Liberalen stand der Großunternehmer Mevissen, mit dem Oppenheim geschäftlich eng verbunden war. Vgl. *Hallgarten* I, S. 123.

⁵ *Neue Rheinische Zeitung*, 1. 6. 1848 und BUAFF/RMJ, H. 14.

ja opportunistisch bedingt war, und deren politische Haltung sich mit dem Ablauf der Zeitereignisse als wandelbar erwies.

Da im Vormärz die orthodoxen Juden noch die Mehrzahl der jüdischen Bevölkerung bildeten, soll zunächst der Nachweis erbracht werden, daß es dieser Schicht in politischer Hinsicht, ähnlich wie Bernhard Klausner, mit ihrem politischen Loyalismus im allgemeinen doch ernst war.

Es gab im vormärzlichen Obrigkeitsstaat – wie wohl stets und in allen politischen Zusammenhängen, aber in bezug auf die Juden hat es seine besondere Bedeutung – zwei Schattierungen der staats- und regierungstreuen Haltung: die der aktiv Mitwirkenden und die der passiv Gehorchenden. Der aktive Loyalismus trat durch die Tätigkeit und überhaupt das Vorhandensein der konservativen Parteien in Erscheinung, die grundsätzlich dem dynastischen Herrscher ihre Unterstützung gewährten⁶. Der passive Loyalismus fand seinen Ausdruck in der Subordinierung des „beschränkten Untertanenverständes“ unter die „Regierungsweisheit“⁷ und in der „bescheidensten Duldung“, ja sogar Zurückstellung der „eigenen Ansicht“ gegenüber „jeder hohen Verordnung“ des Herrschers⁸.

Es ist kaum anzunehmen, daß Juden in einer in Betracht kommenden Zahl ihren Loyalismus im Rahmen der konservativen Parteien aktiv betätigen konnten. Die Doktrin des christlichen Ständestaates verbot das von sich aus. Einzelne Ausnahmen, wie der erwähnte Bankier Abraham Oppenheim, bestätigen wohl nur die allgemeine Regel. Dennoch mag es einige jüdische Bankiers und Finanziere gegeben haben, die durch „Geldspenden und ähnliche untergeordnete Mittel“ ihre „konservative Gesinnung“ zu beweisen suchten, während sie „die eigentliche, in die Augen fallende Wirksamkeit“ den Nichtjuden – oder den Getauften – überlassen mußten⁹. Demnach scheint passiver Loyalismus – wie wir es nennen wollen – bei ihnen die Regel gewesen zu sein. Folgende etwas naiv anmutende, aber durchaus sachlich gemeinte Nachricht eines jüdischen Lokalkorrespondenten aus Pyritz (Pommern) mag dafür als Beleg dienen:

„Die Juden in Pyritz sind die trefflichsten Stadt- und Staatsbürger, sie lieben ihren König und achten seine Gesetze hoch als die eines Gottesgesalbten, sie tragen nach Kräften zu den Kommunallasten [bei] und steuern oft doppelt zur Armenkasse, aber sie verschmähen fast jede Teilnahme an den städtischen Ehrenämtern, deren Führung ihnen nur unangenehm sein würde... Die Pyritzer Juden sind streng orthodox...“¹⁰

Dieser Berichtersteller charakterisiert durch diese kurze Notiz seine Pyritzer jüdischen Mitbürger in dreifacher Weise: als loyal gegenüber dem Landesfür-

⁶ Deswegen waren die Partei-Konservativen dem Bestehenden gegenüber nicht unkritisch, beteiligten sich an ideologischen Auseinandersetzungen über Staats- und Regierungsformen und traten gelegentlich gewissen Regierungsmaßnahmen gegenüber auch oppositionell auf.

⁷ *A. Bernstein I*, S. 15.

⁸ *A. Lewin*, S. 272.

⁹ *Einhorn*, S. 12.

¹⁰ *Orient 1840*, S. 294.

sten, als zurückhaltend, ja vielleicht sogar gleichgültig gegenüber der Politik und als jüdisch orthodox. Was die Verknüpfung von Orthodoxie – wie von Juden überhaupt – und politischer Passivität angeht, so lassen sich dafür noch zahlreiche Belege beibringen¹¹. Gerade die orthodoxen Juden Posens¹² – und ebenso, wenn auch in geringerem Maße, die Oberschlesiens¹³ – hatten zunächst keinerlei Absicht, ihre zahlenmäßige Konzentration politisch auszunützen. Es darf daher wohl angenommen werden, daß der orthodoxe Jude im Vormärz, aus welchen Gründen auch immer, an politischer Aktivität weitgehend uninteressiert war. Und die zeitgenössischen Quellen lassen durchaus erkennen, daß diese Passivität der Juden in der Tat mit Regierungstreue verbunden war.

Der orthodoxe „Zionswächter“ bemühte sich wiederholt, den Loyalismus der Juden als eine göttlichem Willen entsprechende, eben passive jüdische Grundlehre zu erklären: „Sie trotzten nicht, sie stellten ihr Recht dem Weisheits-, dem Sittlichkeitsgefühle ihrer Mitmenschen, ihrer Oberen, vor allem aber dem Schutze des Höchsten anheim.“¹⁴

Diese Zeitung sah im Obrigkeitsstaat geradezu den Ausdruck „einer vernünftigen Gesetzmäßigkeit, einer auf Recht und Sittlichkeit gleich beruhenden, unvergänglichen Weltenordnung“¹⁵, und sie schärfte darum ihren Lesern ein, „die ewigen Wahrheiten, den positiven Begriff der Offenbarung“ nicht um den Preis der „reizenden Worte ‚Freiheit‘ und ‚Menschenverbrüderung‘“¹⁶ zu veräußern:

„Nicht allein, daß das orthodoxe Judentum den Staat und seine Obrigkeit als ein erhabenes, unantastbares Heiligtum, als ein heiliges Werkzeug des göttlichen Willens anerkennt, nicht allein, daß der Talmud die staatlichen Gesetze als heilig bezeichnet, nicht allein, daß der Talmud die höchste Untertanentreue befiehlt, – verbietet er ausdrücklich, daß der Jude Schritte tue, die seine Stellung im Staate ändern können, indem er das Verhältnis zum Staate als ein Verhältnis zur Gottheit darstellt, dem dann auch jede Leitung unseres Geschickes vorbehalten bleiben muß.“¹⁷

Es gibt noch weitere Zeugnisse für den inneren Zusammenhang zwischen jüdischem Traditionalismus und dem passiven politischen Loyalismus¹⁸. Be-

¹¹ Vgl. Kap. 1, Anm. 7–10.

¹² Seit 1833 konnten die Juden Posens sich naturalisieren lassen. Bis 1836 hatten aber kaum 600 Juden der Stadt Posen von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht. Bis 1848 erhöhte sich die Zahl auf 1021, als die jüd. Bevölkerung der Stadt die Zahl 7000 bereits weit überschritten hatte. Die Zahl der Naturalisierten, die das Vollbürgerrecht erwarben, war noch viel geringer. Vgl. *Heppner* u. *Herzberg*, Posener Lande, S. 846 und *Heppner* u. *Herzberg*, Juden in Posen, S. 143 und S. 152.

¹³ Die Klagen über die Passivität der frommen Oberschlesier scheinen sich allerdings weniger auf die lokale als auf die große Politik zu beziehen, vgl. *AZJ* 1848, S. 476 f. und S. 686.

¹⁴ *TZ* III, 1847, S. 52.

¹⁵ *AaO*.

¹⁶ *AaO* II, 1846, S. 404.

¹⁷ *AaO* I, 1845, S. 88.

¹⁸ Als interessante Parallelerscheinung sei hier vermerkt, daß drei von den getauf-

sonders für Posen bestätigen einige unverdächtige Nachrichten, daß unter den dortigen „armen gemißhandelten Juden . . . eine gewaltige Achtung vor der preußischen Monarchie und vor den Hohenzollern vorgeherrscht“ habe¹⁹. So rühmte der Korrespondent des „Orient“ während der Unruhen, die im Jahre 1847 in der Provinz Posen ausbrachen, als dort Hungersnot und Mißernte drohten, die loyalistische Haltung der Juden und betonte, daß sie sich nicht den „Kommunisten“ anschlossen, und daß man „nicht einen einzigen Juden unter den Tumultuanten wahrgenommen“ habe, trotzdem es auch unter den Juden massenhaft Arme gebe²⁰. Ein anderer Verfasser erklärte, daß die überwältigende Mehrheit der Posener Juden „Orthodoxe“ wären, die sich als „abgesagte Feinde aller revolutionären Bestrebungen“ auszeichneten²¹.

Auch aus Bayern und Hessen liegen Zeugnisse über die loyalistische Einstellung der orthodoxen Juden vor²², und ein Korrespondent der „Didascalie“ berichtete ausdrücklich²³, es sei bei den politischen Untersuchungen in der Rheinpfalz nach dem Hambacher Fest nicht ein einziger jüdischer Verdächtiger gewesen.

Allerdings muß gesagt werden, daß die Juden, die ihre Strenggläubigkeit wahren und trotzdem in vollkommener politischer Loyalität einen Platz im christlichen Ständestaat erringen wollten, das nur erreichen konnten, wenn sie sich damit begnügten, statt voller Gleichberechtigung individuelle, bzw. korporative *Teilrechte* zu akzeptieren, soweit sie ihnen vom Staat als einer konfessionellen Gruppe zugestanden wurden. Tatsächlich waren im Vormärz viele Juden, und vorwiegend im orthodoxen Lager, bereit, sich mit solchen Teilrechten abzufinden. Eine Begründung dieser Stellungnahme findet sich u. a. im „Zionswächter“ vom Jahre 1847: „Wir leben in der festen Zuversicht, daß selbst der Besitz politischer Rechte teilweise entbehrt und geopfert werden könne und müsse, sobald das vorherrschende religiöse Element solches Opfer . . . notwendig mache.“²⁴

Noch deutlicher spricht dies ein oberschlesischer Rabbiner in einer Zusage an den „Orient“ aus: „Die Orthodoxie will . . ., daß . . . Rabbiner . . . dieses Judentum auch wirklich nach innen und außen wahren, daß sie nicht mit der herrschenden Kirche liebäugeln und um einige Brocken politischer Rechte das Judentum verhandeln.“²⁵

Diese „Brocken“ aber waren es gerade, welche den Juden zur Gleichberechtigung fehlten. Die strenge Orthodoxie sah es jedoch nicht als ihre Aufgabe an,

ten Konservativen streng christlich-orthodox waren (v. Sensburg, Fr. J. Stahl und Joel Jacoby).

¹⁹ *Lasker*, Biographie, S. 28.

²⁰ *Orient* 1847, S. 181.

²¹ *Kastan*, Alt-Kempen, S. 125.

²² Vgl. *Riesser*, Schriften II, S. 665 f. R. versucht, die Juden gegen den Vorwurf des „schmählichen Servilismus“ und der Anhängerschaft an das „juste milieu“ zu verteidigen.

²³ Zit.: *AZJ* 1838, S. 343.

²⁴ *TZ* III, 1847, S. 181.

²⁵ *Orient* 1845, S. 156.

sich für die uneingeschränkte Emanzipation einzusetzen, solange politische Gleichstellung mit Beeinträchtigung religiöser Tradition erkaufte werden mußte.

Die echt konservativ-loyalistische Haltung der orthodoxen Kreise entsprach sowohl dem traditionellen Grundsatz, daß der religiöse Jude sich dem jeweiligen Staatsgesetz unterzuordnen habe, wie auch zugleich dem Willen, die überkommenen Lebensformen und Inhalte vor Neuerungen zu schützen.

Von diesen beiden Tendenzen hatte sich jedoch das Reformjudentum damals bereits weitgehend entfernt. Um so bemerkenswerter ist, daß auch die religiös-liberalen jüdischen Zeitungen den orthodoxen nur wenig nachstanden, wenn es um die Beteuerung der *grundsätzlichen* Loyalität für Staat und Regierung ging. So forderte z. B. „Sulamith“²⁶ ihre Leser noch am Ende der dreißiger Jahre auf, den Staat und seine Gesetze zu ehren, ohne zu fragen, ob der Staat diese Haltung anerkenne oder nicht; denn Loyalität und Respekt vor der Regierungsautorität sei den Juden durch die Jahrhunderte als heiliges Vermächtnis überliefert worden. In der „Allgemeinen Zeitung des Judentums“ finden sich wiederholt ähnliche Äußerungen. Ludwig Philippson, ihr Redakteur, betonte z. B. in einer Geburtstagshuldigung für Friedrich Wilhelm III. das loyalistische und dynastische Element viel stärker, als es der Anlaß erforderte: „Ich bin ein Preuße. Darum ist mir der dritte August ein heiliger, gesegneter Tag. Mein König ward an ihm geboren. Einen Gott und einen König . . . Alles was Preuße ist, dessen König ist er. Preuße bin ich aber, wenn auch Jude . . .“²⁷

Philippson war nicht der einzige, der seinen Loyalismus so demonstrativ ausdrückte. Auch Moritz Lazarus lobte den „gut preußischen, altkonservativen, man darf sagen *religiös-dynastischen* Patriotismus“, der während seiner Jugendzeit in Posen die Juden mit der „Zuversicht erfüllte, daß die Regierung das Recht, den Frieden und die religiöse Übung aller Volksteile redlich beschütze“²⁸.

Jedoch besteht wohl ein Unterschied zwischen Lazarus und Philippson. Während Philippsons Loyalismus nicht konsequent war, neigte Lazarus sein Leben lang zur Rechten, selbst nachdem er der Orthodoxie den Rücken gekehrt hatte. Seine Haltung war also der des Redakteurs Joseph Lehmann ähnlich. Allerdings lassen sich für diesen konsequenten Loyalismus eines nicht-orthodoxen Juden nur wenige Beispiele beibringen. Dies ist kaum verwunderlich, denn Intellektuelle von der Art Lehmanns und Lazarus repräsentierten damals noch nicht breitere jüdische Schichten. Für sie war Loyalismus wohl die ganz persönlich gezogene Schlußfolgerung aus ihrer Entscheidung für das „Deutschsein“ und die deutsche Kulturwelt. Sie wollten auf diese Weise auch

²⁶ Sulamith VIII 1, S. 38 f., Anm. d. Red.

²⁷ AZJ 1837, S. 177.

²⁸ Lazarus, Aus einer jüd. Gemeinde vor 50 Jahren, in: Treu und Frei, S. 307.

den politischen Beweis erbringen, daß sie sich gänzlich amalgamiert und damit die Berechtigung auf völlige bürgerliche und politische Gleichstellung erworben hätten.

Eine so weitgehende Bereitschaft, sich in ihrem geistigen und politischen Habitus der deutschen Umwelt anzupassen, war der breiteren Schicht religiöser Juden zunächst noch fremd²⁹. Verständlicher war ihnen schon eher die apologetische Haltung Philipppsons. Lazarus und Lehmann gingen weiter als die jüdische Allgemeinheit, Philipppson aber rechnete mit ihr. In seiner Zeitung und in seinen übrigen Schriften war er bestrebt, den Anspruch auf gleiches Recht für *alle* Juden zu begründen. Aus diesem Grunde verteidigte er z. B. gerade das Reformjudentum gegenüber der Anschuldigung umstürzlerischer Gesinnung: Reform sei nicht Revolution, sondern geschichtliche Entwicklung der Grundsätze des Offenbarungsglaubens. Deshalb erwarteten die Juden so sehnsüchtig die Anerkennung durch den Staat, denn ohne diese würden sie nicht einmal für ihre Rechte und für ihre Emanzipation kämpfen können. In diesem Sinne betonte er:

„Der Inhalt dieser jüdischen Bestrebung ist demnächst gerade auf Konservierung und Vervollständigung der bürgerlichen Verfassung gerichtet . . . Diese jüdische Bestrebung will die Erhaltung, indem sie sich dem Bestehenden anpaßt; sie ist demnach jeder gesunden Vernunft gemäß entschieden *conservativ*.“³⁰

Allerdings unterstrich Philipppson an anderer Stelle gerade die Tatsache, daß er auch ein jüdisches Sonderinteresse vertrete. Der Loyalismus der Juden könne deshalb nur ein bedingter sein, weil sie noch nicht in den Besitz der erwarteten vollen Bürgerrechte gekommen wären. Er schreibt:

„So lange aber die Juden noch kein vollständiges Bürgerrecht erlangt haben . . . so lange bleibt auch die nationale Individualität, d. h. so lange haben die Juden noch besondere Interessen . . . nämlich allein die, zu der vollständig bürgerlichen Stellung zu kommen . . . und die Erlaubnis zu erlangen, uns dem Volke amalgamieren zu können . . .“³¹

In welchem Maße Philipppsons Bedingungen, als Voraussetzung für die ungeteilte Loyalität der Juden, in weiten jüdischen Kreisen großen Anklang fanden, ergibt sich schon aus der Tatsache, daß seine AZJ allein von allen im Vormärz erscheinenden jüdischen Zeitungen die Stürme der Revolutions- und Reaktionszeit überstand und, von ihrem Leserkreis finanziert, bis zu Philipppsons Tode im Jahre 1889 das repräsentative jüdische Publikationsorgan Deutschlands blieb.

²⁹ Nach 1867 machten sich weite jüd. Kreise diese Haltung zu eigen und sahen in Lazarus einen der Ihren. Über verschiedene Auffassungen von Lazarus' Stellungnahme vgl. meinen Aufsatz in BLBI, Nr. 16, 1961 und die Entgegnung von David Baumgardt in: BLBI, Nr. 19, 1962.

³⁰ In der Broschüre „Die Juden“, in welcher er jüd. Schriftsteller und Verleger gegen Vorwürfe revolutionärer Neigungen verteidigte, S. 17 f. und S. 20.

³¹ AZJ 1837, S. 161.

Hiermit darf als bewiesen angesehen werden, daß im Vormärz nicht nur orthodoxe, sondern auch reformfreundliche Juden von loyalistischer Gesinnung erfüllt waren. Zwar gab es nur wenige politisch hervortretende Konservative unter den Juden³², *passiver* Loyalismus war jedoch in der jüdischen Gesamtheit viel weiter verbreitet, als sich aus der Zahl ihrer konservativen Politiker schließen läßt.

Die Motive für die Regierungstreue der verschiedenen jüdischen Schichten mögen nicht gleich gewesen sein, aber Konservative und Loyalisten der verschiedensten Kategorien hatten doch *ein* Grundmotiv gemeinsam, nämlich das ihres Judeseins, welches sie auf getrennten Wegen zu annähernd denselben politischen Konsequenzen brachte. Wer als Jude seinen Lebensunterhalt sichern wollte, mußte sich einer loyalistischen, den Behörden genehmen politischen Haltung befleißigen, denn die Juden standen ja nun einmal unter Sonderrecht³³. Diejenigen Juden, die nach Amalgamierung³⁴ mit der übrigen Bevölkerung und nach voller Gleichberechtigung strebten, glaubten unter dem reaktionären Regime des Vormärz keinen besseren Weg zu sehen, als den der offen bezeugten Loyalität³⁵. Und ein Großteil der orthodoxen Juden betrachtete aus seiner religiösen Sicht die Treue zur herrschenden Dynastie und zu der von ihr eingesetzten Behörde als seine ihm gebotene profane Pflicht. Woher auch die Motive für den Loyalismus der Juden kamen – im Vormärz war er unter ihnen vorherrschend.

Inwieweit neigte nun die von dieser Haltung abweichende Minorität zu liberalen oder radikaleren Richtungen? Bis zum Vorabend der 48er Revolution lassen sich in dem Teil der jüdischen Bevölkerung, der zum Liberalismus neigte, kaum ideologische Unterschiede nachweisen. Wahrscheinlich konnte der Durchschnittsjude den ideologischen Auseinandersetzungen und beginnenden Parteibildungen in jener Zeit noch gar nicht folgen, und deshalb wird er wohl, sofern er nicht eben bewußt loyalistisch eingestellt war, schon mit Rücksicht auf sein Streben nach bürgerlicher Gleichstellung einem gemäßigten Liberalismus gehuldigt haben.

Zusammen mit dem deutschen Bürgertum wollte man die Schranken des christlichen Ständestaates brechen, um „den Einfluß der Mittelstände . . . zur Geltung zu bringen“³⁶. Aber der Boden für eine eindeutige Weggemeinschaft zwischen diesem Bürgertum und den Juden war im Vormärz noch keineswegs

³² Außer den Getauften (s. Anm. 18), deren einige wohl hofften, durch Verbreitung ihrer Einstellung der vollkommnen Lösung der Judenfrage zu dienen.

³³ Beispiele für diese Haltung sind Abraham Oppenheim und L. H. Löwenstein.

³⁴ Der Ausdruck „Amalgamierung“ war im Vormärz in jüd. Kreisen sehr gebräuchlich (s. z. B. den Brief des Rabb. *I. Deutsch* v. 12. 11. 1839, in: Literarischer Nachlaß, S. 68 und AZJ 1837, S. 161). Er wird in meinem Text dem weniger objektiven Ausdruck „Assimilierung“ vorgezogen.

³⁵ Typisch dafür ist die Haltung von Joseph Lehmann und Moritz Lazarus, auch die von Ludwig Philippson.

³⁶ Brief von Karl Weil an Gervinus (?), HUH/HHS 2539–40.

bereitet. Die exzentrische Stellung der Juden in der deutschen Wirtschaft war einer der Hauptgründe für die Ablehnung der jüdischen Gleichberechtigung durch weite Kreise der kleinen und mittleren Bürger, die die liberale Parole der gewerblichen Freiheit nicht ohne weiteres auch auf jüdische Mitbürger angewandt sehen wollten. Sogar manche Führer der gemäßigten Liberalen traten durchaus zögernd für die Emanzipation ein, und nur die radikaleren Politiker identifizierten sich fast uneingeschränkt mit der jüdischen Forderung nach Gleichberechtigung. Folglich hätten also eigentlich auch die jüdischen Liberalen durchweg den radikalen Gruppen zuneigen sollen, und in der Tat verhielten sich ihre aktivsten Elemente auch dementsprechend.

Doch war der zu den Liberalen neigende Teil der jüdischen Gesamtheit so weitgehend loyalistisch gesinnt, daß er eine der englischen „loyalen Opposition“ entsprechende Haltung einnahm. Statistische Belege dafür lassen sich aus den Untersuchungsurkunden des „Deutschen Bundes“ gegen politisch Verdächtige beibringen³⁷, nach denen der Anteil der Juden an den während der Jahre 1833 bis 1838 Verdächtigten und Verurteilten nicht einmal in der Relation ihren Prozentsatz in der Gesamtbevölkerung erreichte.

Eine ähnliche Zurückhaltung läßt sich auch in bezug auf die Stellungnahme der Juden als Gesamtheit zu einigen politisch auftretenden Gruppen des Vormärz klar belegen, wie zum „Jungen Deutschland“, zu der radikal-demokratischen Bewegung der vierziger Jahre und insbesondere zu der religiös-politischen Erscheinung der „Freien Gemeinden“³⁸.

Nach dem anfänglichen „Freiheitstaumel“³⁹ gewisser jüdischer Kreise als Ausdruck der liberalen Erregung, die der Julirevolution folgte, hüteten sie sich in der anschließenden Reaktionszeit geflissentlich vor jeder Identifizierung mit radikalen Gruppen. In besonderem Maße distanzierten sie sich vom „Jungen Deutschland“, da die Angriffe gegen diese Gruppe freiheitlich gesinnter Dichter und Schriftsteller, für die Börne und Heine als repräsentativ galten, von loyalistischen Schriftstellern und von den Regierungsorganen mit eindeutig judenfeindlichen Argumenten geführt wurden. Aus diesem Grunde entfaltete man in der jüdischen Öffentlichkeit eine beachtliche apologetische Aktivität, um sich gegen die Identifizierung der Juden und ihrer Emanzipationsbestrebungen mit den Intentionen des „Jungen Deutschland“ zu wehren⁴⁰.

³⁷ Besonders aus dem großen Register (= „Schwarzes Buch“), BUAFF/BTI/82 für die Jahre 1833/38. Unter den 1867 dort aufgeführten Namen von Verdächtigten sind nur 11 mit Sicherheit jüdisch. Von den wegen unloyalen Verhaltens Verurteilten waren nur 7 Juden. Zu ähnlichem Ergebnis gelangt *E. Sterling* auf Grund ihrer Forschung in Berliner und Karlsruher Archiven, s. „Er ist wie Du“, S. 196 f., Anm. 84. Für eine spätere Epoche ergaben die Untersuchungen von *H. Liebeschütz* loyale Opposition als Grundhaltung der Juden, s. „Problems“, S. 107.

³⁸ Gemeint sind die protestantischen Gemeinden von der Art der „Lichtfreunde“ und die deutschkatholische Bewegung von Ronge und Czerny.

³⁹ Wort eines Berliner Korrespondenten der AZJ 1838, S. 320.

⁴⁰ Vgl. z. B. die Flugschrift von *B. Auerbach*, Judentum. Auch die in der vorigen Anm. erwähnte Äußerung in der AZJ ist apologetisch gefärbt.

Philipppsons „Allgemeine Zeitung des Judentums“ ging sogar so weit, die Jungdeutschen als Judegegner hinzustellen, wenn sie schreibt:

„Auch bei dem Jungen Deutschland läuft die Toleranz auf das leidige: wer nicht für mich ist, der ist wider mich, und wider den bin ich, hinaus. Diese Herren hatten geglaubt, in den jüngeren Juden gerade die nötigen Pierrots und Harlequins zu finden, die den beabsichtigten Maskenzug . . . eröffnen sollten, und da nun das Material sich etwas spröde zeigt, und seine innere Konsistenz nicht beim ersten Anhauch verliert, – anathema sit!“⁴¹

Es ist bereits darauf hingewiesen worden, daß Philipppsons apologetischer Eifer ihn gelegentlich zu Übertreibungen verleitete. Im Falle des „Jungen Deutschland“ läßt sich jedoch vermuten, daß die ihm ergebene Leserschaft seinen Angriff billigte, sei es auch nur, weil er der Abschwächung öffentlichen Mißtrauens gegen die Loyalität der Juden diene.

Wenn man alles zusammennimmt, kann kein Zweifel daran bestehen, daß die „Gebildeteren“ der jüdischen Oberschicht in Deutschland innerlich dem „Fortschritt freisinniger Ideen“ zuneigten, wie das z. B. durch Gabriel Riesser bezeugt wird⁴². Aber auch er betonte, daß es sich um einen gemäßigten Liberalismus handelte, also etwa um loyale Opposition.

Demnach ergibt sich, daß es sich hier um eine von zwei Gesichtspunkten bestimmte Haltung für die nicht-orthodoxen, nicht unbedingt loyalistischen Kreise der jüdischen Allgemeinheit handelt: sie neigten gewissermaßen zwangsmäßig zur Kritik am Bestehenden, eben weil der jüdische Status ungesichert war, überschritten aber nicht die Grenze loyaler Opposition. Insbesondere aber rückten sie von solchen Ausdrucksformen des Radikalismus ab, die irgendwie mit Juden und Judentum in Verbindung gebracht werden konnten⁴³, wie etwa dem Herweghschen Schriftsteller- und Dichterkreis, der sich Börnes politisches und literarisches Vermächtnis zum Vorbild nahm, oder wie dem Kreis der freireligiösen Gemeinden. Dem Herweghschen Kreise standen nur wenige Juden nahe⁴⁴. Obwohl z. B. Ludwig Walesrode in Königsberg öffentliche, politisch recht ausfällige Vorträge hielt, die ein sehr zahlreiches Publikum anzogen⁴⁵, sind aus jüdischen Kreisen keinerlei Reaktionen auf seine Vorlesungen in den zeitgenössischen Publikationen zu finden. Es mag sein, daß man sich bewußt hütete, mit einem Mann von so extremen Anschauungen in Verbindung gebracht zu werden. Nur Johann Jacoby machte aus

⁴¹ AZJ 1838, S. 422.

⁴² Riesser, Schriften II, S. 669.

⁴³ Auch Riesser verurteilte den politischen Extremismus von Heine und Börne, ohne damit von seinem grundsätzlichen Liberalismus abzugehen. Schriften IV, S. 96 f. und S. 305 f.

⁴⁴ Der Kölner Arzt Dr. Andreas Gottschalk (1847 get.) war ein Freund Herweghs; ebenso der in Ungarn geborene und später getaufte Karl Beck, der sich als Dichter einen gewissen Namen in Deutschland machte, ohne politisches Gewicht zu erlangen. Nur Ludwig Walesrode, der Herwegh nahestand und ihm eines seiner Bücher widmete, übte in den vierziger Jahren einen größeren Einfluß aus.

⁴⁵ Walesrode, Glossen, Vorwort, S. IX.

seiner Wertschätzung für Walesrode keinen Hehl, aber gerade er war ja schon als politisch radikal abgestempelt, so daß sein Eintreten für den angefeindeten Gesinnungsgenossen die Distanzierung der allen riskanten Demonstrationen abholden jüdischen Majorität nur noch deutlicher werden läßt.

Gemessen an dem geringen Echo, das der politisch-literarische Radikalismus der vierziger Jahre in der jüdischen Öffentlichkeit fand, war die Diskussion über den religiösen Radikalismus der Freien Gemeinden überaus heftig. Hier ging es aber auch um die Sache derjenigen jüdischen Gruppen, die den Weg der Reform beschritten hatten, wobei sie, veranlaßt durch ihren extremen Reformwillen, im Grunde eine ganz ähnliche Ideologie wie die Freien Gemeinden entwickelten. Selbstverständlich waren auf jüdischer Seite die Orthodoxen, und mit ihnen die religiös Konservativen, die schärfsten Gegner der Freien Gemeinden. Da zudem viele Junghegelianer, und insbesondere die Männer um Bruno Bauer, antijüdische Tendenzen verfolgten, fiel es den Sprechern der Juden, die sich der freireligiösen Bewegung widersetzen, nicht schwer, die Freien Gemeinden mit den Junghegelianern zu identifizieren (was nicht auf alle Freien Gemeinden zutraf) und Radikalismus, Junghegelianismus und extreme religiöse Reform in einem zu verurteilen. Als Beispiel für die ablehnende Haltung der konservativen Juden diene die Meinungsäußerung von Zacharias Frankel:

„Deutschland hat auch den falschen [Radikalismus] eines Herwegh, Dingelstedt, Ruge, B. Bauer u. a., die – Terroristen auf dem Gebiete der Freiheit – für den, der nicht ihre Gesinnung über Staat oder den anthropologischen Gott teilt, Fesseln in Bereitschaft halten und den Juden, der freilich von seinem positiven Glaubensboden zu diesen Schwindeleien und Selbst- und Staatsvergötterung sich nicht erheben kann, entweder aus dem Lande jagen oder zurück in sein Ghetto verbannen wollen.“⁴⁶

Mit anderer Begründung, aber mit nicht geringerer Schärfe, wandte sich der Hamburger Korrespondent des „Orient“⁴⁷ gegen die Freien Gemeinden. Er fürchtete, daß sie – und insbesondere die *jüdischen* Reformvereine, deren einer gerade in Frankfurt a. M. gegründet worden war – den Zorn der Behörden erregen könnten. Diese loyalistisch begründete Warnung im „Orient“, der selbst für Reform kämpfte, ist in unserem Zusammenhang von stärkster Beweiskraft. Die Philippponsche AZJ fügte der gleichen Warnung einen politischen Einwand hinzu, wenn sie kurz und bündig erklärte:

„... Es ist kein wahrhaftes religiöses Leben in allem dem, sondern nur ein hierarchisches, verkrüppelt politisches Wesen.“⁴⁸

Lediglich die eine extreme Reform auf religiösem Gebiet bejahenden jüdischen Kreise, die sich in der Berliner Reformgemeinde und ähnlichen Verbänden zusammengeschlossen hatten und von der „Reform-Zeitung“ und dem „Israe-

⁴⁶ ZRI III, 1846, S. 389.

⁴⁷ Orient 1843, S. 195.

⁴⁸ AZJ 1845, S. 20.

lit des 19. Jahrhunderts“ repräsentiert wurden, hegten deutliche Sympathien für die Freien Gemeinden⁴⁹, ohne sich jedoch eindeutig mit politischem Radikalismus zu identifizieren⁵⁰. Zahlenmäßig hatten diese Kreise jedoch kein besonderes Gewicht, und es kann als ziemlich sicher gelten, daß die Juden Deutschlands in ihrer übergroßen Mehrheit damals mit einem Artikel des orthodoxen „Zionswächter“ übereinstimmten, der die Radikalen aller Schattierungen insgesamt als „Communisten“ brandmarkte⁵¹.

Dieser Artikel, nicht ganz frei von denunziatorischen Nebenabsichten, übertrieb den Einfluß des Radikalismus außerordentlich. Denn im Vormärz neigte, außer den genannten radikalen Intellektuellen, nur eine ganz geringe Zahl von jüdischen Handarbeitern, vor allem im Druckergewerbe, zum Sozialismus in seinen vormarxistischen Formen⁵².

Zusammenfassend kann also behauptet werden, daß sich das politische Verhalten – wenn auch nicht immer die Neigung und die Einstellung politischen Gegebenheiten gegenüber – der jüdischen Gesamtheit mit seinen loyalistischen Tendenzen stark von dem der relativ wenigen, im politischen Kampf hervortretenden Juden abhob. Fast die Hälfte dieser Letzteren stand im linksradikalen Lager, während kaum ein Bruchteil der jüdischen Bevölkerung radikale Neigungen erkennen ließ. Nur im mittleren Bereich des politischen Spektrums, dem gemäßigten immer noch loyalistisch gefärbten Liberalismus, scheint die allgemeine jüdische Bevölkerung in ähnlichem Maße wie die aktiven Politiker ihren Platz gefunden zu haben. Die folgende Tabelle faßt die divergierenden politischen Orientierungen der aktiven Politiker und der Gesamtheit im Vormärz, wie sie im Text belegt sind, zusammen:

Richtung	Gesamtheit	Aktive Politiker
Konservative, Loyalisten	55,0 % – 60,0 %	13 % } 21 % 8 % }
Nationalisten	0,0 % – 0,1 %	
Gemäßigte Liberale	30,0 % – 35,0 %	32 % – 35 %
Radikaldemokraten ⁵³	9,0 %	32 % – 35 %
Sozialisten ⁵³	0,1 %	11 % – 12 %

Der eigentliche Unterschied zwischen den politischen Orientierungen der jüdischen Gesamtheit und denen der politisch Hervortretenden besteht demnach darin, daß die Juden schlechthin in *passiver Ergebnisheit*⁵⁴ verharren und

⁴⁹ Vgl. z. B. Isr. 19. Jh. 1845, S. 88 und ZRI II, 1845, S. 24, 235, 426.

⁵⁰ Dr. Sigismund Stern z. B., einer der Führer der Berliner Reformgemeinde, war politisch durchaus gemäßigt-liberal, vgl. AZJ 1848, S. 617.

⁵¹ TZ III, 1847, S. 51 f.

⁵² Vgl. z. B. die Listen BUAFF/BTI/81.

⁵³ Über die Junhegelianer, s. Anm. 57 zu Kap. 1.

⁵⁴ Allerdings hatte die politische Passivität der Juden Deutschlands damals bereits durch den Abbröckelungsprozeß der traditionellen Lebensformen und Inhalte sehr an Tiefe verloren. Aber zumindest nach außen hin bewahrte sich diese Haltung bis zur Revolution von 1848, teilweise sogar bis in die „Neue Ära“; s. unten Abschn. B, Kap. 3–4.

höchstens hofften, daß jemand ihre Lage verbessern werde, während die Politiker versuchten, *aktiv* einzugreifen, um die sie bewegenden Fragen einer Lösung näher zu bringen. Nunmehr gilt es zu untersuchen, inwieweit diese dabei als Vorkämpfer der jüdischen Gesamtheit betrachtet werden können, oder ob ihre politische Betätigung sie etwa der Gesamtheit entfremdete. Ferner muß geprüft werden, welcher Art die Beweggründe und Ideologien waren, die die jüdischen Politiker aktivierten und in bestimmte politische Lager brachten.

3. NATIONALISMUS, LIBERALISMUS, RADIKALISMUS UND DIE LÖSUNG DER JUDENFRAGE

Es kann vorausgeschickt werden, daß dem Denken und Handeln der meisten jüdischen Politiker eine Mischung von deutsch-politischen und jüdisch-gruppenmäßigen Motiven und Ideologien zugrunde lag, und daß sie an eine *gemeinsame Lösung* der deutschen und jüdischen Schicksalsfragen glaubten.

Die theoretisch einfachste Lösung war zugleich die am schwersten durchführbare: völliges Aufgehen im Deutschtum. Politisch hätte das für sie eigentlich nur durch den Anschluß an den extremen deutschen Nationalismus erreicht werden können, der sich bald nach dem Wiener Kongreß in der Burschenschaftsbewegung einen organisatorischen Rahmen geschaffen hatte. Diesen Weg suchte, jedenfalls zu dem hier behandelten Zeitpunkt, nur der kleinste Teil der Juden Deutschlands zu gehen.

Sogar vor dem Jahre 1819 waren einige Burschenschaften bereit, einzelne Juden aufzunehmen¹. Sie setzten das, nach kurzer Unterbrechung, seit 1827 fort, ohne dafür den Preis der Taufe zu verlangen. Zu den früh aufgenommenen Juden zählten Johann Jacoby in Königsberg, Berthold Auerbach in Tübingen und noch einige andere².

Das wohl krasseste Beispiel für die Geisteshaltung derjenigen jüdischen Burschenschafter, die gänzlich im Deutschtum aufgehen wollten, war Heinrich Marx, der in Heidelberg den burschenschaftlichen Kreisen nahestand und dann in Freiburg/Br. der Mitbegründer der dortigen Burschenschaft wurde. Marx lebte sich „so stark und feurig in die christlich-germanischen Anschauungen . . . ein . . ., daß gerade er, der Jude, sie mit am stärksten vertrat“³. Er begnügte sich nicht etwa mit der Definition des Begriffs Deutschtum als Kulturgemein-

¹ Scheuer, S. 32.

² Zusätzlich seien noch die folgenden ungetauften frühen Burschenschafter genannt: Der Medizinstudent Levy, Beuthen O/S; der Lehrer Joseph Hinrichsen, Güstrow und J. (Karl Friedrich) Rubino, der sich erst später zur Erlangung der Professur taufen ließ.

³ Paul Wentzcke, Die Anfänge der Freiburger Burschenschaft, in: Quellen u. Darstellungen z. Gesch. d. Burschenschaften III, Heidelberg 1912, S. 14 f.

schaft, wie es ihm als Jude wohl hätte anstehen können, sondern er betonte ausdrücklich die irrationalen Bande des Nationalismus. Für ihn ist Deutscher „nicht wer die teutsche Zunge führt, sondern wem Teutschlands Not die Seele verzehrt . . .“⁴.

Da Heinrich Marx das Christentum mehr und mehr als integralen Bestandteil eines solchen Deutschtums sehen lernte, ließ er sich folgerecht taufen. Aber es gab zahlreiche Juden, die an die Möglichkeit der Amalgamierung von Deutschtum und Judentum eben auch *ohne* Taufe glaubten. Besonders nachdem die Julirevolution einen liberalen Zug in die Burschenschaftsbewegung gebracht hatte, stieg die Zahl der ungetauften jüdischen Mitglieder schnell an. Während der vierziger Jahre wirkten sich die neuen Integrationschancen auf die Juden ebenfalls dahingehend aus, daß deutsch-nationale Gesinnung bei ihnen auch außerhalb der Burschenschaften anzutreffen war. Eine neugegründete Zeitschrift versprach z. B. ihren Lesern, daß sie für eine Orientierung eintreten werde, deren Wesen darin bestehe, „daß sie *deutsch* ist“⁵. In ähnlichem Sinne erklärte sich eine andere Zeitschrift für *Identität* des deutschen und jüdischen politischen Weges:

„Die deutsche Nation einerseits arbeitet sich immer mehr und mehr aus ihren mannigfachen Gliederungen und Sonderungen zu einer höheren National-Einheit . . . hervor. Wer auf deutschem Boden lebt und wirkt, wer in deutscher Zunge redet, wer Deutschlands Wohl und Wehe zu dem seinigen macht, der soll ein Glied des großen deutschen Nationalbundes sein; der deutsche Nationalsinn allein soll das Erkennungszeichen der Deutschen werden. . . Und die deutschen Israeliten arbeiten sich darum immer mehr aus den alten asiatischen Formen des Judentums heraus und ringen nach zeitgemäßer, nach deutscher Gestaltung desselben.“⁶

Der Artikel fordert zum Schluß, daß die Juden „vollständig in die deutsche Nationalität eingehen“ sollten⁷. Soweit dabei Gegensätze zwischen Deutschtum und Judentum zutage träten, müßte das *Judentum* auf seine Eigenheiten verzichten, wie z. B. auf die „asiatischen Formen“, die innerjüdische Solidarität und die stolze Absonderung von den Nichtjuden. Als Muster, wie deutsch-nationale Sentiments damals von gewissen jüdischen Intellektuellen dargestellt wurden, seien noch zwei Sätze aus einem Briefe des Rabbiners Abraham Geiger zitiert:

„Ich liebe Deutschland, trotzdem daß mich, den Juden, dessen Staatseinrichtungen verstoßen; fragt die Liebe nach einem Grunde? Ich fühle mich mit seiner Wissenschaft, seinem ganzen geistigen Ernste verwebt, und wer wird den Nerv seines Lebens ungestraft durchschneiden?“⁸

All diese und viele ähnliche Äußerungen wirken auf den ersten Blick wie extrem-nationalistische Bekenntnisse. Bei näherer Betrachtung unterscheiden sich jedoch diese Stellungnahmen der Juden von dem Nationalismus, wie ihn die deutschen Burschenschafter verstanden. Während die Burschenschaften von

⁴ AaO und *Scheuer*, S. 22.

⁵ *Der Jude in Deutschlands Gegenwart* 1846, S. 9.

⁶ *Zur Judenfrage in Deutschland* 1844, S. 1–2.

⁷ AaO, S. 3.

⁸ *S. Kobler*, *Juden in Briefen*, S. 253.

einem christlich-volksmäßigen Deutschtum schwärmten, in dem „gläubiges und volkstümliches Streben innig eins“ seien⁹, waren die patriotischen Äußerungen der jüdischen Intellektuellen vom Schlage Geigers in erster Linie ein Ausdruck der Verbundenheit mit der deutschen *Kultur*, wie denn auch Geiger betont von der „Wissenschaft“ und dem „geistigen Ernste“ sprach. Hingegen waren die Burschenschaften und die ihnen nahestehenden Kreise nicht frei von nationalistischer Überheblichkeit in ihrer Einstellung zu anderen Völkern und ergingen sich in antifranzösischen, besonders aber in antijüdischen Äußerungen. Das trug ihnen auch den Vorwurf der „Germanomanie“ durch den Publizisten Saul Ascher ein, der diesen Ausdruck in seiner Kampfschrift gegen ihren Chauvinismus einführte.

Aschers Widerwille gegen die nationalistischen Übertreibungen dieser Kreise wurde ebenso sehr von seiner Verehrung für die politischen Theorien des französischen Rationalismus¹⁰ genährt, wie von der offenen Judenfeindschaft etwa des Professors Ruehs, gegen den seine Broschüre gerichtet war¹¹. Er hatte erkannt, was viele jüdische Burschenschafter nicht wahrhaben wollten, daß nämlich der überspitzte Nationalismus in seiner Exklusivität letztlich zur Aufhebung der freiheitlichen Bestrebungen und zur Verfolgung von Andersdenkenden und Andersfühlenden führen müsse. Gewiß war es diese Überlegung, die viele gebildete Juden vom extremen Nationalismus und von der Burschenschaftsbewegung fernhielt.

Von diesen Erwägungen ausgehend rechnete auch Gabriel Riesser mit den extrem-nationalistischen Strömungen in Deutschland ab. Er schilderte sie als irreführte Opfer der Reaktion, die das „Recht“ zum Judenhass und zur Franzosenfeindschaft gegen die freiheitlichen Bestrebungen eingetauscht hätten. Sehr eindeutig hält er ihnen vor, sie seien:

„Toren, die . . . einen engherzigen, jämmerlichen Haß gegen eine schwache bedrückte Minderzahl der Mitbürger für einen angemessenen Hebel des Nationalgefühls hielten und die deutsche Nationalität anstatt der starken und festen Grundlagen der gemeinsamen Freiheit, des gemeinsamen Rechts und der gemeinsamen Wohlfahrt – wie auf den Franzosenhaß im Großen – so auf den Judenhass im Kleinen begründen wollten . . .“¹²

Für Riesser erschöpfte sich Patriotismus nicht in bloßem Fremdenhaß. Er verherrlichte in seinen Reden geradezu jene „Vaterlandsliebe . . . die gegen den inneren Druck, gegen das eingeborene Unrecht mit gleicher Kraft sich auflehnt“ wie gegen den äußeren Feind¹³. Mit besonderer Klarheit gab er seinem *liberalen* Patriotismus am Vorabend der Revolution von 1848 Ausdruck:

„Deutschlands Einheit soll erwachsen aus der freien begeisterten Liebe aller seiner Söhne . . . Wir werden keine Unterordnung haben, sondern Gleichheit und *freie Einigung*.“¹⁴

⁹ S. Scheuer, S. 10.

¹¹ AaO, S. 47–52.

¹³ AaO IV, S. 391 f.

¹⁰ Ascher, S. 6 f., S. 44.

¹² Riesser, Schriften II, S. 360 f.

¹⁴ AaO, Hervorhebung im Original.

Während also die extrem-nationalistischen Strömungen nur insoweit in Opposition zur bestehenden Ordnung standen, als sie die Kleinstaaterei beseitigen und dafür möglicherweise sich zunächst mit dem reaktionären Regime im Innern abfinden wollten, betonte Riesser, und mit ihm die gesamte von ihm vertretene Gruppe, die unbedingte Notwendigkeit zur Änderung der inneren Zustände in freiheitlichem Sinne. Diese liberalen Kreise waren zutiefst davon überzeugt, daß die Einheit nicht ohne die Freiheit bestehen könnte.

Der Wille zur Beseitigung des christlich-ständischen Staats- und Regierungsystems, der den deutschen Liberalismus in seinen Hauptströmungen kennzeichnete, war auch den meisten politisch tätigen Juden zu eigen und bildete die Grundlage zu einer *Weggemeinschaft* zwischen ihnen und den deutschen Liberalen. Die auf Gleichberechtigung drängenden Juden sahen in den Prinzipien des christlichen Ständestaates das Haupthindernis für ihre volle Einordnung in den deutschen Lebenskreis, und darum war für sie der Gedanke der allgemeinen Freiheit und Gleichheit von erstrangiger Bedeutung. Die prägnanteste Formulierung für die enge Verknüpfung allgemeiner und jüdischer Freiheitsbestrebungen fand Leopold Zunz in einem Briefe von 1833: „Die Sache der Juden siegt im gleichen Maße und also auch in gleicher Epoche, als die der allgemeinen Freiheit.“¹⁵

Als der deutsche Liberalismus sich während des Vormärz langsam in Parteiströmungen gliederte, begannen auch die jüdischen Politiker verschiedene Wege zu gehen. Vom gemäßigten Konstitutionalismus bis zum extremen Radikalismus waren alle ideologischen Schattierungen bei ihnen vertreten. Aber im Gegensatz zu den Nichtjuden hatten sie, trotz ihrer ideologischen Verschiedenheiten, zwei, wenn man will drei, Grundlagen gemeinsam: Die Motivierung ihres politischen Weges durch die Hoffnung auf eine endgültige Lösung der Judenfrage und die Begründung ihrer freiheitlichen Anschauungen im angelsächsisch-französischen Rationalismus¹⁶ und in der Idee des Rechtsstaates. Über die spezifische Rolle der Judenfrage beim politischen Auftreten jüdischer Politiker wird noch zu sprechen sein. Hier sollen zunächst ihre gemeinsamen ideologischen Grundlagen aufgezeigt werden.

Saul Ascher, der erste Jude, der sich im 19. Jahrhundert als politischer Theoretiker versuchte, war auch der erste, der seine Anschauungen mit den Argumenten der französischen Rationalisten belegte¹⁷. Ebenso berief sich Gabriel Riesser auf die französischen Staatstheoretiker und die Väter der amerikanischen Unabhängigkeit und nannte in einem Atemzug Washington, Franklin, Thomas Paine, Mirabeau, Bailly und Condorcet¹⁸ als seine Zeugen. Eine besonders innige Verbindung zwischen deutschen, englischen und französischen

¹⁵ L. and A. Zunz, S. 68.

¹⁶ Frankreich und die Vereinigten Staaten dienten ihnen als Vorbilder, als die Staaten, in denen die Juden volle Gleichberechtigung genossen. In England fehlte ihnen nur das passive Wahlrecht.

¹⁷ S. oben, Anm. 10.

¹⁸ Riesser, Schriften II, S. 182 f.

Elementen stellte Moses Hess in seinen Theorien her, als er den Deutschen Idealismus, Geistesfreiheit und Innerlichkeit zuschrieb, die Franzosen aber als Vorkämpfer der sittlichen Freiheit und die Engländer als Träger der Verwirklichung aller theoretischen Freiheiten in der praktischen Form des sozialpolitischen Lebens ansprach¹⁹. Mehr zum englisch-konstitutionellen Vorbild tendierte der Jurist Eduard Simson (get.)²⁰. Dagegen folgte Karl Weil dem Stile Rousseaus und der Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten, als er den Satz formulierte, „daß der Mensch . . . ein ewiges unveränderliches Recht mitbringt auf die freie Anwendung seiner geistigen und körperlichen Kräfte“, und daß dieses unveränderliche Recht ein Teil der „ewigen Gerechtigkeit“ sei²¹.

Von dem entscheidenden Einfluß der französischen Julirevolution auf Heine und Börne und von ihrer Übersiedlung nach Paris ist bereits die Rede gewesen²², ebenso davon, daß sie in Deutschland deshalb stark angefeindet wurden. Aber beide behaupteten, daß sie nur die Bande zwischen Frankreich und Deutschland stärken und so etwas wie eine deutsch-französische Synthese herbeiführen wollten. Eine Versöhnung beider Völker schien ihnen wünschenswert und logisch, da – wie Börne behauptete – beide Völker mit Eigenschaften ausgestattet seien, die von Natur einander ergänzten²³.

Zusammenfassend konnte daher Johann Jacoby, ohne viel zu übertreiben, die Behauptung aufstellen, „daß seine Generation ihr politisches Interesse vom Jahre 1830, dem Jahre der Julirevolution“ in Frankreich, herleitete²⁴. Jacobys politische Kampfschriften, darunter die oben erwähnten „Vier Fragen“, lassen auch besonders deutlich den Einfluß französischen Gedankengutes erkennen. Und bereits in seinem ersten politischen Aufsatz hatte er im Sinne Rousseaus und im Stile der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung den programmatischen Satz aufgestellt: „Der ideelle Zweck jedes Staates ist Menschenveredlung und Menschenbeglückung.“²⁵ Nach Jacobys Überzeugung kann nur der *Rechtsstaat* diesen Zweck erfüllen, denn: „Es ist ein über allen Widerspruch erhabener Rechtssatz, daß jeder Bürger im Staate auf gleiche Rechte Anspruch hat.“²⁶

Während die französisch-angelsächsische Einflüsse bei den Juden viel stärker hervortreten als bei den Nichtjuden, war die Idee des Rechtsstaates in gleichem Maße den nichtjüdischen Politikern, von den Liberalen bis zu den Demokraten, gemeinsam. Doch gerade die jüdischen Politiker, von den ge-

¹⁹ Hess, *Triarchie*, S. 141, 148, 151.

²⁰ Vgl. den Brief aus England, in dem er erzählte, er habe dort der Meinung Ausdruck gegeben, daß „Preußen . . . dem Studium der vollendeten englischen Verfassung die Anfänge seiner eigenen“ verdanke. *Simson*, S. 92 f.

²¹ Weil, Über die Bedingungen zur Emanzipation der Juden, 1831, in: *Der Jude (Riesser)* I, 1833, S. 202.

²² S. oben, Abschn. A, Kap. 1.

²³ Vgl. Börne, *Schriften* II, S. 611–621.

²⁴ So berichtet *Falkson* in seiner Schrift.

²⁵ *Jacoby*, *Schriften* I, S. 17.

²⁶ *AaO*, S. 9.

mäßigten Liberalen, wie Moritz Veit, Gabriel Riesser und Karl Weil, bis zu den Anhängern des Radikalismus, wie Johann Jacoby und Ludwig Börne, maßen dem Gedanken des Rechtsstaates eine zentrale Bedeutung bei, da sie doch die Emanzipation der Juden nach dem Grundsatz der Rechtsgleichheit forderten und nur im Rechtsstaate wirklich gesichert sahen.

Einige begründeten ihre Idee vom Rechtsstaat auf der französisch-rationalistischen Staatsvertrags-Theorie (wie z. B. Saul Ascher und Karl Weil), andere auf der Hardenbergschen Formel „Gleiche Pflichten – gleiche Rechte“ (wie z. B. Johann Jacoby²⁷), und wieder andere gaben der Forderung nach dem Rechtsstaat eine humanitäre Begründung. Hier berühren sich beispielsweise die gemäßigt-liberalen Anschauungen von Riesser und die radikalen Sentiments von Börne. Riesser schreibt:

„Die Anerkennung des Menschen im Staate als *Mensch* ist seine Anerkennung als Bürger, der Anspruch des Menschen an den Staat . . . ist sein Anspruch auf Bürgerrecht. Dem Staate aber gehört der an, . . . der seinen Gesetzen gehorchen muß. . . Wer unter diesen Verhältnissen das Recht des Bürgers nicht erhält, dem wird das Recht des Menschen entzogen.“²⁸

Börne drückt denselben Gedanken der Identität von Menschenrecht und Bürgerrecht im Rechtsstaate in der ihm eigenen aggressiven Weise aus:

„Daß sich aber Menschenrecht von Civilrecht, religiöse von politischer Duldung so unterscheiden solle, daß man Anspruch auf das eine haben könne, ohne auf das andere, dem widerspreche ich . . . Was Ihr Menschenrechte nennt, das sind nur Tierrechte; das Recht, seine Nahrung aufzusuchen, zu essen . . . Diese Rechte genießt auch das Wild auf dem Felde – bis Ihr es erlegt, und diese wollt Ihr auch den Juden lassen. Die *Bürgerrechte*, diese allein sind die *Menschenrechte*: denn der Mensch wird erst in der bürgerlichen Gesellschaft zum Menschen. Er wird darin geboren, er wird also als Bürger geboren. Dieses ist der Grundsatz Englands, Frankreichs und jedes freien Staates.“²⁹

Eine ähnliche Verbindung zwischen französisch beeinflusster Theorie und der Forderung nach dem Rechtsstaat findet sich auch bei Heinrich Simon, dem Vorkämpfer der Unabhängigkeit des preußischen Richterstandes³⁰.

In größter Ausführlichkeit behandelt alle diese den damals wirkenden jüdischen Politikern gemeinsamen Grundsätze – die französisch-doktrinäre Grundlage, die humanitäre Forderung nach Gleichberechtigung, die Definition der Bürgerrechte als Menschenrecht, die Begründung des Prinzips des Rechtsstaates und das Postulat des unabhängigen Richterstandes – der Berliner Stadtrat Daniel Alexander Benda³¹ in seinen utopistischen Schriften. Zwar

²⁷ AaO II, S. 103.

²⁸ Riesser, Schriften II, S. 181 f.

²⁹ Börne, Der ewige Jude, Schriften II, S. 290 f.

³⁰ Vgl. Jacoby, Simon I, S. 209 f.

³¹ Benda schrieb schon 1827 den ersten Teil einer Utopie „Die Felicier“, der nach seinen Worten von der Zensur schwer verstümmelt wurde, bevor er veröffentlicht werden konnte. Deshalb unternahm er im Alter eine nochmalige Rekonstruktion seiner Gedanken und veröffentlichte 1863 außerdem seine praktischen „Grundsätze“

rechtfertigt Bendas geringe Bedeutung als Politiker nicht, seine Anschauungen ausführlich darzulegen. Zusammenfassend kann aber von ihm ausgesagt werden, daß er gerade diejenigen Gedankengänge aufnimmt, von denen die meisten fortschrittlichen Politiker des Vormärz erfüllt waren. Auch für ihn ist die Hoffnung auf Verwirklichung von Deutschlands Einheit nur durch die Erringung der *Freiheit* denkbar. Seine utopischen Felicier sind „Teutsche“³², und ihre mustergültigen *Gesetze* bilden die Grundlage zu ihrer *freien Einigung*. „Dieses Volk“, erklärt er, „bildet eine echt deutsche freie Gemeinde, die durch allgemein verbreitete Geistesbildung gekräftigt, durch Verstand und Energie selbständig zu einem mächtigen . . . Staat sich entwickelt hat.“³³ Eben durch die Bejahung der Einigung auf freiheitlichem Wege entging Benda der Gefahr der nationalistischen Überspitzung. Sein Endziel war humanitär. Er forderte: „Die Menschheit muß jedem noch höher als selbst das Vaterland stehen.“³⁴

Diese letzte Forderung Bendas wird den Ansichten von Männern wie Ascher, Jacoby, Heine und Börne vollauf entsprochen haben, zweifelhaft ist jedoch, ob sehr viele andere jüdische Politiker des damaligen Deutschland sie bestätigt hätten. Denn besonders die gemäßigten Liberalen gaben damals der Verwirklichung der deutschen Einheit den Vorrang vor allen anderen politischen und humanitären Zielen. Allerdings traten bezüglich der Einigung Deutschlands naturgemäß auch im jüdischen Lager Meinungsverschiedenheiten zutage.

Die gemäßigten Liberalen zielten, wie Benda, vorwiegend auf „freiheitliche Einigung“ ab und rechneten fest auf ihre Verwirklichung. In diesem Sinne beantwortete auch Riesser die Frage eines Abgeordneten der Badischen Ständeversammlung nach der zu erwartenden Antwort der Juden, wenn die Forderung nach deutscher Nationaleinheit zur Diskussion gestellt werde: der Jude könne nur eine Stimme erheben, „die Stimme der tiefsten Überzeugung, die Stimme der durch die inhaltsschwerste Erfahrung gewonnenen Einsicht in all die Gemeinheit und Erbärmlichkeit, welche durch die politische Zerrissenheit Deutschlands, durch das engherzige, kümmerliche, jammervolle Treiben eines engen, kleinlichen Staatslebens begünstigt wird“³⁵.

In gleicher Richtung äußerte sich der dem radikalen Lager nahestehende Hamburger Schuldirektor Dr. Anton Rée, der 1844 den Juden sagte, daß sie, „wenn auch keine preußischen, hannöverschen, hamburgener Bürger, doch so gut wie diese voll und gleich berechnigte Deutsche seien, und nicht Preußen, Hannover, Hamburg, sondern Deutschland heißt unser Vaterland“³⁶.

der Regierung im felicischen Staate. Außerdem besitzen wir ein politisch-philosophisches Werk von ihm aus dem Jahre 1829, „Der Krieg im Osten“, das in Grundzügen den „Felicieren“ ähnelt.

³² Benda, Felicier, Vorwort, S. IV und S. 412 f. Vgl. auch nächste Anm.

³³ Benda, Grundsätze, S. 146.

³⁴ Benda, Krieg, S. 67.

³⁵ Riesser, Schriften II, S. 672.

³⁶ Rée, Sprachverhältnisse, S. 58.

Wo standen nun dieser Frage gegenüber die zwei damals prominentesten Schriftsteller jüdischer Abstammung? Heine, mit all seinem Zukunftsglauben an Demokratie und seiner immer wieder bezeugten Liebe für Deutschland, blieb temperamentmäßig, als Künstler und Einzelgänger, zeit seines Lebens ungeneigt, sich von irgendeiner politischen Partei oder Forderung in die deutsche oder irgendeine aktuelle Politik hineinziehen zu lassen. Börne, der von den beiden der politisch stärker Engagierte war, wandte sich scharf gegen den „dupe du patriotisme“³⁷. Er räumte zwar ein, Patriotismus sei an sich „etwas Angeborenes, Natürliches und Heiliges“, was aber wie alles Heilige oft mißbraucht wird³⁸.

Hinsichtlich der Einigung Deutschlands bestand also zwischen den radikal gerichteten jüdischen Politikern und den Liberalen eine Kluft. Infolgedessen mußten Heine und genauso Börne, angesichts der ihnen wohlbekannten reaktionären Kräfte in Deutschland und gemäß ihrer eignen Betonung *übernationaler* freiheitlicher Ziele, eine Bewegung, die auf eine deutsche Einigung ausging, mit größtem Mißtrauen betrachten. Saul Ascher hielt eine Einigung überhaupt für unmöglich³⁹. Hierin sind sie nicht fern den Anschauungen der Junghegelianer, die im Nationalismus eine anziehende Verkleidung der Reaktion zu erkennen glaubten.

Ließen sich diese Radikalen, gerade weil sie für die Freiheit der Völker kämpften, auch nicht in bezug auf die ihnen verfrüht erscheinenden Einheitsbestrebungen in Deutschland unter Druck setzen, so hinderte sie das jedoch nicht, sich mit dem *Volk* der Deutschen solidarisch zu fühlen. In diesem Sinne etwa schrieb Ludwig Walesrode im Jahre 1847:

„Jetzt muß das Volk sprechen . . . Vielleicht läßt es uns die Zukunft auf den Gassen finden, wo die Weltgeschichte sich noch immer ihre Helden gesucht hat, um ihre großen Agitationspläne auszuführen.“⁴⁰

Eine ähnliche Ansicht hegte auch Johann Jacoby, wenn er sich in einem Brief an seinen Freund und Verwandten Dr. Waldeck in Berlin äußerte:

„Von den Fürsten haben wir nichts zu erwarten . . . Ganz anders verhält es sich mit der Volkspartei. ‚Vernichtung jedem Vorurteil, Krieg jeder unnützen Freiheitsbeschränkung‘ heißt hier die Losung. Unter dieses Banner müssen wir uns reihen, um zugleich Vorurteile und Beschränkungen, die uns drücken, zu vertilgen. Hier seien wir mit Wort und Tat zu streiten bereit, wo – abgesehen von der Judenfrage – uns auch schon Herz und Verstand hinzieht!“⁴¹

Jedoch scheint dieses Streben nach Identifizierung mit dem Volke und seinen Befreiungswünschen zumindest bei einigen jüdischen Politikern gewisse Zweifel erweckt zu haben. So stellt z. B. Dr. Waldeck, der Empfänger des Briefes von Jacoby, die bange Frage, wo denn eigentlich die Grenzlinie

³⁷ Börne, Schriften II, S. 612.

³⁸ Ras, S. 101.

³⁹ Ascher, S. 29.

⁴⁰ BUAFF/Nachlaß Pinder, Brief von Walesrode an Frau Pinder v. 20. 2. 1847.

⁴¹ In: G. Mayer, Liberales Judentum, S. 675 f.

zwischen einem Volksmanne und einem Junghegelianer oder einem Kommunisten verlaufe:

„Wie oft sage ich es diesen Leuten, wir alle sind doch eigentlich im Innersten, und ich glaube *Du ebenso*, Kommunisten und Atheisten, nur mit dem Unterschiede, daß die einen die Unmöglichkeit, jenes ersehnte Ziel jetzt schon herbeizuführen einsehend, auf *Erreichbares* ausgehen, während die anderen, eben die Bauers, Buhl etc. darin eine Heuchelei sehen und behaupten, man müsse nach mehr streben... müsse die Unhaltbarkeit der jetzigen sozialen Verhältnisse des Himmels und der Erde auf das Krasseste dartun und so die Notwendigkeit der Umgestaltung, oder vielmehr der Neubildung, in der Theorie beweisen, in der Praxis mache sie sich dann von selbst...“⁴²

Waldeck sah also den Unterschied zwischen dem demokratischen Radikalismus und den junghegelianischen, zum Kommunismus tendierenden Strömungen eigentlich nur darin, daß die einen auf das praktisch Erreichbare ausgingen, während die anderen sich mit der Aufzeigung des theoretisch zu Erstrebenden begnügten. Insofern grenzte er sich auch nicht grundsätzlich vom Sozialismus ab. Damit stand er aber in den vierziger Jahren bereits dort, wohin Johann Jacoby erst viel später gelangen sollte. Trotzdem war Waldeck nicht etwa ein besonders extremer Radikaler. Zu dem entschieden sozialistisch-kommunistischen Flügel gehörten schon im Vormärz Hess und Marx; auch Heine bekannte sich ja eine Zeitlang als Anhänger Saint-Simons. Ebenso näherten sich noch vor der 1848er Revolution Andreas Gottschalk aus Köln und Stephan Born dem Marx-Engelsschen Kreise, ohne sich ihm jedoch völlig anzuschließen.

Heinrich Heine blieb, wie schon kurz angedeutet, obwohl er sich an der praktisch-politischen Debatte beteiligte, stets mehr der sich in theoretisierender Distanz haltende Mann, der eigener praktischer Mitwirkung durchaus abgeneigt war. Für ihn sind „die politischen Staatsformen und Regierungen nur Mittel; Monarchie oder Republik, demokratische oder aristokratische Institutionen sind gleichgültige Dinge, solange der Kampf um die ersten Lebensprinzipien, um die Idee des Lebens selbst, noch nicht entschieden ist“⁴³. Von solcher Höhe der Prinzipien herab kann er dann seine Ansichten in geradezu messianischer Form verkünden:

„Wenn wir es dahin bringen, daß die große Menge die Gegenwart versteht, so lassen die Völker sich nicht mehr von den Lohnschreibern der Aristokratie zu Haß und Krieg verhetzen, das große Völkerbündnis, die heilige Alliance der Nationen, kommt zustande, wir brauchen aus wechselseitigem Mißtrauen keine stehenden Heere von vielen hunderttausend Mördern mehr zu füttern, wir benutzen zum Pflug ihre Schwerter und Rosse, und wir erlangen Friede und Wohlstand und Freiheit. Dieser Wirksamkeit bleibt mein Leben gewidmet.“⁴⁴

Während sich also Heine immer wieder aus der praktischen Sphäre der Politik in den Bereich der Theorie zurückzog, hatten die politischen Theorien

⁴² In: G. Mayer, Radikalismus, S. 71. Hervorhebung im Original.

⁴³ Brief an H. Laube v. 23. 12. 1835, in: Autobiographie, S. 328.

⁴⁴ „Französische Zustände“, Vollständige Vorrede, Werke XII, S. 53 f.

für Karl Marx eigentlich nur den Zweck, die revolutionäre Tat vorzubereiten. Gewiß, auch die Lehren von Marx gingen ja – wie Waldeck in dem erwähnten Briefe mit Recht hervorhob – vom junghegelianischen Radikalismus und der bürgerlich-demokratischen Bewegung der vierziger Jahre aus. Marx hielt z. B. noch 1848 im „Kommunistischen Manifest“ am Wert der Zusammenarbeit zwischen Kommunisten und demokratischer Bourgeoisie fest, wenn er erklärt: „Die Kommunisten arbeiten . . . überall an der Verbindung und Verständigung der demokratischen Parteien aller Länder.“⁴⁵ Und insbesondere in Deutschland kämpfte „die kommunistische Partei, sobald die Bourgeoisie revolutionär auftritt, gemeinsam mit der Bourgeoisie gegen die absolute Monarchie“⁴⁶. Gleichzeitig aber geben die Kommunisten ganz offen zu, daß sich ihre Ziele nur durch einen gewaltsamen Umsturz der bestehenden Gesellschaftsordnung erreichen lassen. Der Zweck dieses gewaltsamen Umsturzes ist, „der Bourgeoisie nach und nach alles Kapital zu entreißen, alle Produktionsinstrumente in den Händen des Staates, d. h. des als herrschende Klasse organisierten Proletariats zu zentralisieren und die Masse der Produktionskräfte möglichst rasch zu vermehren“⁴⁷.

Den Kommunisten und den Junghegelianern war die Idee gemeinsam, „alles aus einem Prinzip heraus zu er- und zu bekämpfen“⁴⁸. Auch die Judenfrage erklärt sich nach Meinung der Junghegelianer, einschließlich Marx und Hess, aus ihrem Grundprinzip der Unhaltbarkeit des Bestehenden, ihre Lösung also müsse durch Auflösung der Juden als Gruppe in einer neuen Gesellschaft erfolgen⁴⁹. In diesem Sinne spricht auch H. B. Oppenheim in seinen „Studien der innern Politik“ vom „rühmlichen Untergang“ des Judentums⁵⁰, wodurch sozusagen das Opfer des Judentums für die Erlösung der Menschheit dargebracht wird.

Diese Gedankengänge im Lager der Junghegelianer sind wichtig. Sie zeigen, daß sogar diejenigen, die dem Judentum jegliche gesonderte Daseinsberechtigung für die Zukunft absprachen, eine Lösung der Judenfrage für erforderlich hielten und auf sie hinarbeiten wollten⁵¹.

Man kann sagen, in diesem Bestreben, ganz äußerlich und dem Worte nach verstanden, trafen sich die jüdischen Politiker von rechts bis links. Loyalisten, Liberale und Radikale, ja sogar viele von den Getauften⁵², bemühten sich ganz offen um eine Lösung der Judenfrage und wollten durch ihre politische Tätigkeit nicht zuletzt auch diesem Ziele dienen. Hierin liegt der Grund, daß so viele von ihnen damals im Kampf um die jüdische Gleichberechtigung füh-

⁴⁵ Zit. nach: Kleine Bücherei des Marxismus-Leninismus, Nr. 11, Moskau-Leningrad 1935, S. 48.

⁴⁶ AaO, S. 47.

⁴⁷ AaO, S. 34.

⁴⁸ M. Hess an B. Auerbach, in: *Kobler*, Jüd. Geschichte, S. 215.

⁴⁹ Hess, *Triarchie*, S. 139.

⁵⁰ S. 90 und 97.

⁵¹ Vgl. *Sterling*, *Reaction*, S. 108 f.

⁵² Nur die jüdischen Motive von Marx sind nicht eindeutig klar. Darüber weiter unten im Text.

rend hervortraten. Bei den Liberalen entsprach das ja sowieso ihrer Grundauffassung von der Identität jüdischer und deutscher Freiheits- und Gleichheitsbestrebungen.

Bei allem guten Willen, die Sache der Juden zu verfechten, lehnten sie aber eine *gesonderte jüdisch-politische* Tätigkeit grundsätzlich ab und waren auch nicht etwa bereit, um politische *Minderheitsrechte* zu kämpfen, die in völligem Widerspruch zu der von ihnen angestrebten Amalgamierung standen.

Ludwig Philippson gab zwar zu, daß bis zur Verwirklichung der Emanzipation gewisse jüdische Sonderinteressen unleugbar bestehen bleiben würden⁵³, zog aber daraus zunächst keine jüdisch-politischen Konsequenzen⁵⁴. Eine deutliche Absage an ein gesondertes Auftreten in der Politik erteilte ein damals anonym in einer jüdischen Zeitschrift erschienener Aufsatz, der die Juden aufforderte, sich bei Wahlen: „... nicht abgesondert repräsentieren, nicht als politische Körperschaft darstellen zu lassen“, da sie ja keine „eigene politische Körperschaft“ mehr bildeten⁵⁵.

Die jüdischen Politiker im liberalen Lager wollten *deutsche* Politik machen, ohne darin einen Widerspruch zu ihren doch auch vorhandenen jüdischen Aktionsmotiven zu sehen. Im Gegenteil, sie bemühten sich sogar, die *Identität* der jüdischen und der deutsch-liberalen Interessen zu *beweisen*. Am eindeutigen tat dies Gabriel Riesser, als er in einem seiner bekanntesten Aussprüche die Lösung der Judenfrage als untrennbar verbunden mit dem positiven Ausgang des Kampfes um die deutsche Freiheit und Einheit hinstellte:

„Bietet man mir mit der einen Hand die Emanzipation, auf die alle meine innigsten Wünsche gerichtet sind, mit der andern die Verwirklichung des schönen Traumes von der politischen Einheit Deutschlands mit seiner politischen Freiheit verknüpft, ich würde ohne Bedenken letztere wählen: denn ich habe die feste, tiefste Überzeugung, daß in ihr auch jene enthalten ist.“⁵⁶

Judentum und Deutschtum sah er nicht etwa als zwei einander fremde oder sogar entgegengesetzte Erlebnisbereiche an. Nach seiner Auffassung sollten sie einander ergänzen, wie etwa Vater und Mutter im Leben des Kindes. Dieser Anschauung, die allerdings nur das allgemein religiöse Element berührt, gab er in einem Wahlspruch Ausdruck, der wiederholt in seinen Schriften vorkommt:

„Einen Vater in den Höhen, eine Mutter haben wir,
Gott, ihn aller Wesen Vater, Deutschland unsre Mutter hier.“⁵⁷

Dabei hatte Riesser in den dreißiger Jahren viele Zurücksetzungen und Demütigungen als Jude erfahren, die seine Hoffnung auf die Möglichkeit einer Verwurzelung der Juden in Deutschland stark erschütterten. In Heidelberg und Jena war ihm die Zulassung als Privatdozent verweigert worden, in Hamburg erhielt er als Jude keine Erlaubnis zur Ausübung einer juristischen

⁵³ AZJ 1837, S. 161. Diesen Gesichtspunkt greift Philippson später bei Versuchen auf, eine gesonderte jüdisch-politische Aktion zu starten; s. Abschn. B, Kap. 4.

⁵⁴ AZJ 1837, S. 2.

⁵⁵ Sulamith VIII 1, S. 107.

⁵⁶ Riesser, Schriften II, S. 672.

⁵⁷ AaO, S. 92 und 456.

Praxis, und als es ihm sogar auch mißlang, in Hessen-Kassel das Staatsbürger- und Berufsrecht zu erwerben, beschäftigte er sich ernstlich mit *Auswanderungsplänen*⁵⁸, um wie viele andere Juden, die allerdings keinen besonderen Anspruch darauf erhoben als Deutsche angesehen zu werden, sein Glück im Ausland zu versuchen. Er gestand damals, daß man ihm den „Aufenthalt hier zu Lande verleidet“ habe und bezeichnete seine „Deutschheit“ als „eine ganz gemäßigte“⁵⁹.

Wie weitgehend Riessers politische Ziele mit seinen persönlichen Absichten übereinstimmten, zeigt ein bisher nicht beachteter Privatbrief aus dem Jahre 1840. Dort gab er für seinen Wunsch nach Einbürgerung in Hessen-Kassel die folgende Begründung: „Was mir als das höchste Ideal vorschwebte, war ein Sitz in der Ständeversammlung; dieser wäre auch . . . nach erworbenem Bürgerrecht nicht gar so schwer zu erhalten gewesen.“⁶⁰ Riesser dachte also, der erste jüdische Abgeordnete in Hessen-Kassel und damit in ganz Deutschland zu werden. Als aber dieser Traum zusammenbrach, konnte sein „gemäßigtes Deutschsein“ sich durchaus auch mit dem Gedanken der Auswanderung vertraut machen. Zwar war ihm „die Aussicht, Deutschland zu verlassen . . . eine schmerzliche“⁶¹, aber sie gehörte eben zu den realistischen Konsequenzen eines Juden, der vom Land seiner Geburt und seiner Wahl zurückgestoßen wird.

Dennoch war Riesser bereit, mehr für Deutschland zu tun, als er von Deutschland – zumindest für den Bereich seines Lebens – erwarten konnte. Es darf angenommen werden, daß er seine Auswanderungspläne nicht nur aufgab, weil sich seine wirtschaftlichen Aussichten besserten, sondern weil ihn auch die Erkenntnis zurückhielt, daß der Kampf um ein freiheitliches Deutschland wie zugleich um die Rechte der Juden sein Ausharren im Lande erforderte⁶². Diese Erkenntnis war es auch, die ihn in den vierziger Jahren, und besonders nach Ausbruch der Revolution von 1848, mit vollem Einsatz seiner Person im Lager des gemäßigten Liberalismus für die Freiheit Deutschlands eintreten ließ. Denn Freiheit verbürgte ja nach seiner Auffassung die Anerkennung des Grundsatzes vom gleichen Recht für alle, und war ihm darum gleichbedeutend mit voller Emanzipation der Juden.

Jüdisches Schicksal, persönlich erlitten, verflochten mit dem Kampf um eine deutsche Lösung, bestimmte auch das Leben anderer jüdischer Politiker. In ähnlicher Weise wie Gabriel Riesser erstrebte Johann Jacoby⁶³ zunächst und vor allem die Befreiung der Deutschen, weil sie, unumgänglich, die Gleichberechtigung der Juden nach sich ziehen würde. Mit seinen Worten heißt das:

„In froher Gewißheit des Sieges wollen wir mit Aufopferung aller anderen Interessen für Konstitution, Pressfreiheit und wahre Volksvertretung kämpfen:

⁵⁸ Vgl. besonders die Briefe an Frau Haller v. 13. 3. 1838 und v. 11. 9. 1838, in: *Riesser, Schriften I*, S. 271 und S. 284.

⁵⁹ AaO, S. 284 und S. 322. Brief an Frau Haller. Hervorhebung von mir.

⁶⁰ AaO, S. 325. Brief an Frau Haller.

⁶¹ AaO, S. 271. Brief an Frau Haller.

⁶² Vgl. *Rinott*, S. 29.

⁶³ Vgl. dazu *Adam*, S. 48 ff.

diese allgemeinen Wohltaten bringen sicher in ihrem Gefolge auch unsere Emanzipation!“⁶⁴

Der Eintritt Jacobys in die politische Arena⁶⁵ und sein frühes Wirken als Politiker erhielten also ebenfalls ihre letzten Antriebe und sogar ihre Motivierung durch den Kampf um die Emanzipation der Juden. Insoweit verhielt es sich bei ihm ganz ähnlich wie bei Riesser⁶⁶. Um so merkwürdiger ist es daher, daß er schließlich in das Lager des Radikalismus (und des Sozialismus) hinüberwechselte, während doch Riesser stets ein gemäßigter Liberaler blieb.

Ein zeitgenössischer Berichtersteller bezeichnete als Jacobys hervorstechende Eigenschaft seinen „klaren Rektorenverstand“, dem zwar „alles Hinreißende“ fehlte, der aber dennoch einen „gewaltigen Einfluß“ ausübte⁶⁷. Mit anderen Worten: er war ein Doktrinär reinsten Wassers, begabt mit einem unnachgiebigen Intellekt, der es für möglich und erwünscht hielt, praktische Probleme nach theoretischen Grundsätzen zu lösen – ein Mann, der keineswegs bereit war, seine Doktrin den Forderungen der Wirklichkeit anzupassen. Dieser starr auf ein Endziel hinstrebende Doktrinarismus kennzeichnet manche hervorragenden jüdischen Politiker. Er war, neben Jacoby, auch Friedrich Julius Stahl und Marx und vielen anderen eigentümlich, von denen jeder auf seine Weise kompromißlos bestrebt war, das Reich der Gerechtigkeit auf Erden zu errichten. Für Jacoby scheint er jedenfalls besonders charakteristisch gewesen zu sein. Sein Kampf ging nicht um Zugeständnisse, sondern um *das Recht* schlechthin. Seine Forderung nach absoluter Gerechtigkeit trieb ihn in das radikale Lager und von dort, gegen Ende seines Lebens, zum Anschluß an die Sozialdemokratie. Jacoby selbst sah in dieser politischen Grundhaltung, von welcher er niemals abwich, die vollkommene Synthese zwischen seinem Judentum und seinem Deutschtum. Dies bezeugt ein Brief aus dem Jahre 1837, dessen wichtigste Sätze lauten:

„Wie ich selbst Jude und Deutscher zugleich bin, so kann in mir der Jude nicht frei werden ohne den Deutschen, und der Deutsche nicht ohne den Juden. Wie ich mich selbst nicht trennen kann, ebensowenig vermag ich in mir die Freiheit des einen von der des anderen zu trennen . . .“⁶⁸

Wie sehr auch für Jacoby feststeht, daß bei ihm die Identität des deutschen und des jüdischen Weges in die Freiheit als die erste Voraussetzung für seinen

⁶⁴ In: G. Mayer, *Liberales Judentum*, S. 676.

⁶⁵ Jacobys erstes öffentliches Hervortreten ist mit der Abwehr jüdenfeindlicher Äußerungen des Oberregierungsrates Streckfuss verbunden. *Jacoby*, Schriften I, S. 4 ff.

⁶⁶ Im persönlichen Leben der beiden findet sich eine Ähnlichkeit in einem Punkte, der für nicht wenige jüdische Politiker Geltung hat (z. B. Heinrich Simon, Eduard Lasker, Walther Rathenau): ihre Einsamkeit. Viele von den jüd. Politikern blieben unverheiratet. Als Motiv für ihre politische *Einstellung* kann dieser Umstand natürlich nicht gelten.

⁶⁷ Artikel in der Köln. Ztg., zit.: AZJ 1848, S. 674 f.

⁶⁸ In: G. Mayer, *Liberales Judentum*, S. 676. Das gleiche sagt ein Brief aus dem Revolutionsjahre 1848 aus, in dem sich Jacoby als Abgeordneter im Frankfurter Vorparlament zu seiner Verantwortung als Deutscher wie als Jude bekennt; s. Anhang B 1.

politischen Kampf anzusehen ist, ließ es andererseits sein Doktrinarismus und sein kalter Rationalismus nicht zu, ein „gefühlbetontes Verbundensein mit der organischen politischen Entwicklung“⁶⁹ zu empfinden. Das führte ihn sowohl aus dem jüdischen wie auch aus dem deutschen Bereich heraus und brachte ihn in letzter Konsequenz zum Universalismus und zum Ideal des sozialen Menschentums⁷⁰. Damit kam Jacoby, über die ihm mit Riesser gemeinsamen Zielsetzungen hinaus, zu einer Endkonzeption kosmopolitischer Prägung.

Aus verwandten Motiven gelangten ja auch Börne und Heine zu ähnlichen Endzielen. Im Jahre 1807 schrieb die Polizei dem Löb Baruch die Worte „Juif de Francfort“ in seinen Paß. „Wartet nur“, soll der später als Ludwig Börne bekannte Paßinhaber ausgerufen haben, „ich schreibe Euch auch einmal einen Paß, Euch und Allen!“⁷¹ Ein dickes Heft mit Börnes Lesefrüchten, Auszüge aus seiner Lektüre über Geschichte und Rechtsstellung der Juden⁷² enthaltend, gibt Kunde davon, daß er sich gerade in diesem Jahre 1807, neben seinen Universitätsstudien, intensiv mit jüdischer Geschichte zu beschäftigen begann.

Nicht weniger wichtig für Börnes spätere Entwicklung waren, ebenso wie bei Riesser, die persönlichen Erlebnisse seiner beruflichen Zurücksetzung als Jude; in seinem Falle handelte es sich um die Entlassung aus dem Frankfurter Polizeidienst⁷³ nach Widerruf der jüdischen Gleichberechtigung in der Freien Stadt. Hierdurch setzte sich in ihm, ähnlich wie bei Riesser und Jacoby, die seine weitere politische Tätigkeit bestimmende Erkenntnis fest, daß die Unterdrückung der Juden und das Fehlen allgemeiner Freiheit in Deutschland ein und dieselbe Ursache haben – die Bedrückung des deutschen Volkes durch die „Könige und Aristokraten“:

„Ich rede aus gleichem Grunde für Juden und gegen Adel, denn dieser verhält sich zum Bürgerstande, wie die christliche Welt zur jüdischen. Beide gründen Vorrechte auf den Zufall der Geburt.“⁷⁴

Er ist überzeugt, die Hetze gegen die Juden diene als eins der Mittel zur Unterdrückung der *Bürger*, die ihrerseits wiederum ihre vermeintliche Freiheit dazu benutzen, die Gefängniswärter für die Juden zu spielen. Aber weder die Wärter noch die Gefangenen dürfen den Kerker verlassen; „daß eine Tür mehr den Ausgang versperre, eine weniger, das ist der Unterschied; unfrei sind sie beide“⁷⁵.

Börne rechtfertigte einmal seine Taufe damit, daß sein Kampf gegen die allgemeine Reaktion wirksamer wäre, wenn man ihm nicht mehr vorhalten

⁶⁹ *Adam*, S. 74.

⁷⁰ *Jacoby*, Schriften II, Nachtrag, S. 185–191.

⁷¹ *Geiger*, Die dt. Literatur, S. 178.

⁷² HUBFF/Nachlaß Börne. ⁷³ *Ras*, S. 25.

⁷⁴ *Börne*, Der ewige Jude, Schriften II, S. 278.

⁷⁵ *Börne*, Für die Juden, Schriften I, S. 213.

könne, daß er sich als Jude bedrückt fühle. An anderer Stelle jedoch beklagte er die „törichte Verschwendung der Taufe“. Ob er nun diesen Schritt bereute oder nicht, jedenfalls war für ihn die jüdische Gleichberechtigung, im Gegensatz zu Riesser, nicht die Triebfeder oder jedenfalls nicht die einzige Veranlassung seines Kampfes zur Befreiung *aller* Unterdrückten: „Ich liebe nicht den Juden, nicht den Christen, *weil* Jude oder Christ; ich liebe sie nur, weil sie *Menschen* sind und zur Freiheit geboren.“⁷⁶

Ja, er betrachtete die Juden als für ihre gedrückte Lage weitgehend mitverantwortlich: „Das jüdische Volk hat ganz genau in der Secunde seine Selbständigkeit verloren, wo es aufgehört hat, sie zu verdienen“⁷⁷, sagt er einmal. In seiner Einstellung zur Judenfrage lassen sich Parallelen zu Marx aufzeigen. Wie dieser bezeichnet er als „jüdisch“ alle diejenigen Eigenschaften, die ihm verhaßt sind und die sich bei Juden und im nichtjüdischen Bürgerstand herausgebildet hatten. Dementsprechend setzt er „Judentum“ mit „Philistertum“ gleich und ruft den Philistern zu: „Frei sein wollen, heißt frei sein . . . Liebt Euch und vereinigt Euch. Doch müßt Ihr hassen . . . so haßt was hassenswert ist: die Falschheit, die Gewalt, die Selbstsucht – seid keine Philister!“⁷⁸

Philiströsen Haß sieht er als eine Teilerscheinung menschlicher Unzulänglichkeit an. Im Streben nach reinem Menschentum sprengt Börne, wie auch Jacoby, den Rahmen innerdeutscher Zielsetzung: „Menschen . . . zur Freiheit geboren“ sind die Träger der Zukunft. So erfahren auch bei Börne, wie bei Jacoby, die Motive ihre Entwicklung vom Persönlichen über das Jüdische und das Deutsche zum Universellen.

Bei Heine läßt sich die Entwirrung der Motive schwieriger vornehmen. Zuweilen scheint er lediglich der kühne Freiheitskämpfer zu sein, ein andermal wieder versucht er, dem Zusammenstoß mit den Vertretern des herrschenden Systems vorzubeugen⁷⁹, um sich ungebunden und „nur der Lust gehorchend“⁸⁰ seiner Berufung als Dichter hinzugeben. Wo immer er aber in die politische Polemik eingreift, begründet er es mit der Zwangslage des als Juden Geborenen. An Varnhagen von Ense schreibt er am 16. Juli 1833:

„Ich hatte die Wahl zwischen gänzlichem Waffenniederlegen oder lebenslanglichem Kampfe, und ich wählte diesen, und wahrlich nicht mit Leichtsinn. Daß ich aber einst die Waffen ergriff, dazu war ich gezwungen durch fremden Hohn, durch frechen Geburtsdünkel – in meiner Wiege lag schon meine Marschrouten für das ganze Leben.“⁸¹

Jedoch auch dabei widerspricht Heine oft sich selber. Einerseits stellt er seinen Entschluß zum Kampfe als das Ergebnis freier Wahl dar, andererseits aber gesteht er, daß er durch seine Geburt zum Kampfe gezwungen war. Doch

⁷⁶ Börne, *Der ewige Jude*, Schriften II, S. 301. Hervorhebung von mir.

⁷⁷ AaO.

⁷⁸ AaO.

⁷⁹ Vgl. auch seinen Brief an die Bundesversammlung v. 28. 1. 1836, in: *Autobiographie*, S. 331.

⁸⁰ Heine, *Atta Troll*, Werke IV, S. 29.

⁸¹ Heine, Brief an Varnhagen v. Ense v. 16. 7. 1833, in: *Hirth* II, S. 39.

war er wohl aus seinem innersten Wesen heraus nicht kampfeslustig, denn er bezeichnete es geradezu als „Ironie des Geschickes“, daß er, der sich „so gerne auf die Pfühle des stillen beschaulichen Gemütslebens bette“, dazu berufen sein sollte, die Deutschen „aus ihrer Behaglichkeit hervorzugeißeln und in die Bewegung hineinzuhetzen“. In seinen Briefen und autobiographischen Fragmenten finden sich immer wieder Bemerkungen, in denen er darüber stöhnt und klagt, daß gerade er „politische Annalen herausgeben, Zeitinteressen vortragen, revolutionäre Wünsche anzetteln, die Leidenschaften aufstacheln, den armen deutschen Michel beständig an der Nase zupfen“⁸² müsse.

Heines politische Stellungnahme hängt wohl in der Tat weitgehend von seiner künstlerisch bedingten Individualität ab, und ähnlich liegen die Dinge auch bezüglich der Wandlungen seiner Stellungnahme zum Judentum. Auch hier schwankt er zwischen der positiven Beurteilung, wie sie etwa im fragmentarischen „Rabbi von Bacharach“ ihren Ausdruck findet, und der negativen Haltung, die ihn zu seinen Spötteleien an manchen Stellen der „Hebräischen Melodien“ veranlaßt, in denen sich dann zugleich auch wieder sehr positive Aussagen finden. Ihre philosophische Begründung fand diese Polarität im Begriffe des „Nazarenischen“ im Gegensatz zum „Hellenischen“:

„Ich sage nazarenisch, um mich weder des Ausdrucks ‚jüdisch‘ noch ‚christlich‘ zu bedienen, obgleich beide Ausdrücke für mich synonym sind und von mir nicht gebraucht werden, um einen Glauben, sondern um ein Naturell zu bezeichnen. ‚Juden‘ und ‚Christen‘ sind für mich ganz sinnverwandte Worte im Gegensatz zu ‚Hellenen‘, mit welchem Namen ich ebenfalls kein bestimmtes Volk, sondern eine sowohl angeborne als angebildete Geistesrichtung und Anschauungsweise bezeichne. In dieser Beziehung möchte ich sagen: alle Menschen sind entweder Juden oder Hellenen, Menschen mit ascetischen, bildfeindlichen, vergeistigungssüchtigen Trieben oder Menschen von lebensheiterem, entfaltungsstolzem und realistischem Wesen.“⁸³

Das Jüdische, das Heine „nazarenisch“ nennt, ist also alles, was er, in Umkehrung der Position Börnes, haßt: Asketismus, Bildfeindlichkeit, Vergeistigungssucht. Dahingegen ist „hellenisch“ alles, was Heine selbst sein will und erstrebt: Lebensheiterkeit, Entfaltungsstolz, Realismus. Heines Gegner nannten diese Eigenschaften Sensualismus, Subjektivismus und Opportunismus⁸⁴. Was immer aber auch die Betrachtungsweise sein mag, sicherlich war seine Beziehung zum Politischen wie auch zum Judentum von seinem ganz persönlichen Erleben geprägt. Und vielleicht erklärt gerade sein ausgesprochener Subjektivismus die tiefgreifende Wirkung des *Dichters* Heine auf Umwelt und Nachwelt.

Selbst wenn Heine in den letzten Jahren seines Lebens für sich den Rückweg zum Jüdischen suchte⁸⁵, es also zutrifft, „daß er das Judentum nicht aus Haß verlassen hat, sondern daß es eine unglückliche Liebe des Dichters war,

⁸² Heine, Ludwig Börne, Werke XIV, S. 41.

⁸³ AaO, S. 24 f.

⁸⁴ Auerbach, Judentum, S. 46–48.

⁸⁵ Vgl. z. B. Nachwort zum „Romanzero“, Werke II, S. 266 ff.

die sicherlich nicht zum wenigsten seinen Weltschmerz verursachte“⁸⁶, selbst dann bleibt der Hinweis berechtigt, daß er beim politischen Emanzipationskämpfe der Juden in den dreißiger und vierziger Jahren beiseitestand. Sein Argument: „Nur vor den Toren Roms kann man Karthago verteidigen“⁸⁷ wiegt nicht schwer, denn gerade „vor den Toren Roms“, d. h. da, wo es darauf ankam, hat Heine nicht in den Kampf für das Recht der Juden eingegriffen.

Während nun aber Heine und Börne noch das Bestehen einer jüdischen Problematik offen anerkannten, leugnete Karl Marx die Existenz einer spezifischen Judenfrage. In einem Milieu aufgewachsen, das sich bereits bewußt vom Judentum abgewandt hatte, versuchte er, demonstrativ und in stärkerem Maße als viele andere Getaufte, seine jüdische Abstammung aus seinem Bewußtsein zu eliminieren, wobei er selbst dafür noch eine Definition fand: „Judentum“ war für ihn lediglich ein Schulbeispiel der allgemeinen gesellschaftlichen Entwicklung, die sich im kapitalistischen Stadium ihrer sozialen Verpflichtung entzogen habe und deshalb zum Verschwinden verurteilt sei. Aus diesem Grunde werde es auch zu einer Auflösung des Judentums kommen, denn „die Selbstemanzipation unserer Zeit“ und die „Judenemanzipation“ seien identisch und bedeuteten letzten Endes nichts anderes als „die Emanzipation der Menschheit vom Judentum“⁸⁸. Zwar billigte Marx dem Juden als Einzelnem den vollen Anspruch auf politische Gleichberechtigung zu, doch war diese in seinen Augen ohne reale Bedeutung, solange nicht die soziale Emanzipation, womit er wohl bereits damals den Sozialismus meinte, erkämpft sei.

Marx' Stellung dem Jüdischen gegenüber hat immerhin mit der von Börne und Heine darin Ähnlichkeit, daß alle drei „Judentum“ durch ihre subjektiven willkürlichen Definitionen ins Soziologische, Philosophische oder Psychologische versetzen, um auf diesem Umwege aus dem „jüdischen magischen Kreis“ herauszukommen⁸⁹. Aber Heine, nachdem er „lange Zeit bei den Hegelianern die Schweine gehütet“, kehrte schließlich „wie ein verlorener Sohn zurück“ und suchte nicht mehr auf den „schwindligsten Bergpfaden der Dialektik“ einen „Fortschritt“ in Richtung auf die Radikallösung „in der Politik“⁹⁰. Und Börne begnügte sich mit dem Verlangen nach Lösung der Judenfrage durch geistige Emanzipierung vom „Philistertum“ und durch gesetzliche Gleichstellung. Marx allein beharrte auf seinem dialektischen Extremismus⁹¹. Er schuf sich durch die Identifizierung von Kapitalismus und

⁸⁶ Jungmann, Heine, S. 46.

⁸⁷ Brief an Moses Moser v. 8. 11. 1836, in: *Hirth* II, S. 127.

⁸⁸ Marx, Zur Judenfrage, S. 372 f.

⁸⁹ Sterling, Reaction, S. 110. Dort auch Hinweise auf jüd. Junghegelianer, die ähnliche Theorien vertraten.

⁹⁰ Nachwort zum „Romanzero“, s. Anm. 85.

⁹¹ Zu Börne und Marx über „Judentum“, s. Vergleichstabelle im Anhang D 1. Obwohl Börne das „Judentum“ der „Handelswelt“ und dem „Philistertum“ gleichsetzt, verwahrt er sich doch dagegen, die Juden für die allgemeine Korruption ver-

„Judentum“ die Möglichkeit, fernerhin die Judenfrage nicht mehr als ein selbständiges Problem mit Anspruch auf separate Lösung betrachten zu müssen, und dadurch entfiel für ihn, jedenfalls im Bereich des Intellektuellen, die Notwendigkeit, sich überhaupt noch mit ihr zu befassen.

Die Marxschen Motive laufen zwar mit denen der anderen jüdischen Politiker parallel, sind aber von ihnen durch ihre negative Richtung unterschieden: Negation des jüdischen Schicksals, Negation einer deutsch-nationalen Lösungsmöglichkeit, nur noch Bejahung der universalistischen „Emanzipation der Welt“ als Gesamtlösung.

Eine einzige, alle Probleme umfassende Gesamtlösung erstrebte auch Moses Hess. Jedoch behielt er stets das Sondersein der Juden als objektive Gegebenheit im Auge. Anfangs bezeichnete er sie als „Ferment der westlichen Menschheit“, seit je dazu bestimmt, „ihr den Typus der Bewegung aufzudrücken“⁹². Zur Zeit seiner Mitarbeit an der „Rheinischen Zeitung“ erklärte er, „für die Juden . . . aus einem Prinzip heraus“ einzutreten⁹³, damit ihnen als *Menschen* die Gleichberechtigung zuteil würde. Und wenn er zunächst auch rät, sie sollten ihre Sonderexistenz aufgeben⁹⁴, bricht dann doch seine „jüdische Ader“ wieder durch⁹⁵. Schließlich negierte er sogar die Möglichkeit des Aufgehens im Deutschtum oder in einer neuen Weltenordnung und findet die Antwort im Jüdisch-Nationalen, in dem sich ethischer Sozialismus und religiöses Traditionsgefühl verbinden⁹⁶.

Man kann sich bei Betrachtung des Weges von Moses Hess – vom Junghegelianismus über Marxismus und Anarchismus zum jüdischen Nationalismus – dem Eindruck nicht entziehen, daß er von einer messianistischen Grundidee beherrscht war, die auf die Erlösung des Judentums und der gesamten Menschheit abzielte. Nur daß einmal der Schwerpunkt auf der Menschheit, einschließlich der Juden, lag, ein andermal auf dem Judentum als Ferment der Menschheit. Ausgehend vom persönlichen Erleben jüdischen Schicksals suchte er im Deutschen wie im Universellen den Weg zur Lösung aller Widersprüche zu finden. Als er sich aber von der Unmöglichkeit und der Unerfüllbarkeit seiner Wunschträume überzeugt hatte – da die „Naturbasis“ des Judentums „nicht . . . durch eine andere verdrängt werden kann“⁹⁷ –, wurde er zum Verkünder des Zionismus.

antwortlich zu machen, während Marx sich nicht scheut, „dem Juden“ alle negativen Eigenschaften des von ihm verketzerten und dem Kapitalismus gleichgesetzten „Judentums“ zuzuschreiben. Trotzdem sollte wohl auch bei Marx „der Jude“ als Abstraktion nicht unbedingt mit „den Juden“ identifiziert werden.

⁹² Hess, *Triarchie*, S. 111.

⁹³ In: *Kobler*, *Jüd. Geschichte*, S. 215.

⁹⁴ Hess, *Triarchie*, S. 139.

⁹⁵ In: *Kobler*, *Jüd. Geschichte*, S. 215.

⁹⁶ Hess, *Rom und Jerusalem*, passim.

⁹⁷ Hess, *Judentum und Nationalität*, in: *Ost und West*, 1904, Sp. 638.

Doch fand er damit in seiner Zeit kein Gehör. Seine jüdischen Zeitgenossen ließen sich, soweit sie in der politischen Arena standen, in ihrem Glauben an einen gemeinsamen Weg, der zur Lösung der jüdischen und deutschen Fragen führen sollte, nicht beirren und begrüßten, wie auch er zunächst, die Revolution von 1848 als den Wendepunkt, der ihre Hoffnungen einer Erfüllung nahebringen würde.

B. REVOLUTION UND REAKTION

1. DIE REVOLUTIONÄRE TAT

Der Ausbruch der Revolution bestärkte die meisten jüdischen Politiker in ihrer Überzeugung, daß damit für die deutschen und die jüdischen Freiheitsideale gemeinsam der Sieg gekommen sei. Unter dem Eindruck der Ereignisse gaben alsbald auch weitere jüdische Kreise der Auffassung Ausdruck, daß die Stunde der Tat geschlagen habe. „Israel, sei tätig! Schlafe und schlummere nicht!“¹, beschwor bereits am 11. März 1848 der Redakteur des „Orient“ seine Leser, und Ludwig Philippson empfahl seinem Publikum, sich „aufrichtig und mit ganzem Herzen der Bewegung der Zeit“ anzuschließen und für die Ziele der Revolution einzutreten². Tatsächlich zeigten viele Juden während der Märztage eine rege und lebhaftige Aktivität, die sich deutlich von der fast allgemein geübten Passivität des Vormärz abhob³.

„Soll ich Ihnen von dem makabäisch-heldenmütigen Kampfe unserer Brüder erzählen? Von den Deputationen, an denen die Juden teilgenommen? Von dem Hoch, das den Juden ausgebracht worden?“, fragte ein Korrespondent des „Orient“ nach den Märzkämpfen in Berlin. Ein anderer bemerkte voll Stolz: „Wir haben gerungen als echte Preußen, als wahre Deutsche.“⁴

Überraschend groß ist die Zahl der Juden, die in der Revolution mitkämpften. Mindestens 130 von ihnen sind als aktive Teilnehmer an den bewaffneten Zusammenstößen in Berlin und Frankfurt, an den Aufständen in Baden, Sachsen und der Pfalz und an den Kämpfen in Posen und Schleswig-Holstein nachweisbar⁵, möglicherweise war ihre Zahl sogar noch größer.

¹ Orient 1848, S. 82.

² AZJ 1848, S. 204.

³ Damit wird nicht behauptet, daß die *Mehrheit* der Juden die Revolution bejahte.

⁴ Orient 1848, S. 105 und 114.

⁵ Hauptsächlich Q. für dieses Kapitel ist BUAFF, dessen Akten aus dem Revolutionsjahr Hunderte von jüd. Namen und viele Dutzende von handschriftlichen und gedruckten Belegen enthalten. Jedoch auch die jüd. Zeitungen des Revolutionsjahres führen häufig Namen und Zahlen an. Ich konnte ungefähr 750 politisch Aktive feststellen, ohne daß diese Zahl endgültig sein muß. *A. Kober* (Revolution) hat mit ungefähr 90 Namen nur einen kleinen Teil der im Revolutionsjahr tätigen Juden erfaßt. Die von mir in Text und Anmerkungen aufgenommenen Namen sollen aber lediglich Muster revolutionärer Aktivität geben, erstreben also keine Vollständigkeit.

Die überwiegende Mehrheit der Juden aber stand auch weiterhin einer Politik der Gewalt ablehnend gegenüber. „Ordnung und Gesetzlichkeit“⁶ blieb sogar während der Revolution ihr Wahlspruch. Sie traten in die Bürgervereine und Bürgerwehren ein und beteiligten sich an Kongressen, Delegationen und Kommissionen, um „auf gesetzlichem Wege gegen die Sklavengesetze anzukämpfen“⁷.

Die Gewährung des Stimmrechts verschaffte ihnen Zutritt zu den Wahlversammlungen und Wahllokalen, und in stolzem Eifer bemühten sie sich, ihre neuen Rechte und Pflichten gewissenhaft wahrzunehmen. Als Ergebnis wiesen die „Wahlmännerlisten . . . eine überraschend große Zahl jüdischer Namen“ auf⁸, und in die Lokalbehörden wie auch in die neuzusammentretenden konstituierenden Versammlungen zog beinahe ein halbes Hundert jüdischer Abgeordneter ein⁹.

Der Umfang der jüdischen Beteiligung an den Ereignissen des „tollen Jahres“ wird klarer, wenn man, außer den revolutionären Vorgängen in den Landeshauptstädten, die lange Reihe von Lokalgeschehnissen betrachtet, die in ihrem Ablauf den anfänglichen Sieg und den schließlichen Zusammenbruch der Revolution mitbestimmten.

An diesen örtlichen Ereignissen nahmen Juden in 19 der deutschen Staaten aktiven Anteil¹⁰, wenn auch mit unterschiedlicher Intensität. In vielen Kleinstaaten ist wenig von der revolutionären Tätigkeit zu spüren, und nur aus Oldenburg, Braunschweig und Anhalt gibt es verbürgte Nachrichten über das Hervortreten von Juden während des Revolutionsjahres. Von erheblicher Bedeutung war ihre Parteinahme (für und wider) bei den Unruhen in Anhalt, die über die Forderung nach Vereinigung der Teilfürstentümer Anhalt-Bernburg und Anhalt-Dessau ausbrachen¹¹. Kaum weniger gewichtig erwies sich die jüdische Aktivität in Mecklenburg. In den kleinen Orten dieses Landes traten Juden als Sprecher in Volksversammlungen auf und wurden zu Führern von Deputationen und Vorsitzenden von Bürgervereinen gewählt. Mecklenburg entsandte sogar drei jüdische Abgeordnete in den Landtag.

Der Eindruck, daß die Juden sich desto mehr für die Revolution einsetzten, je gedrückter ihre Lage vorher gewesen war, bedarf aber einer gewissen Berichtigung, denn nicht in allen Staaten, in denen sie unter schweren Benachteiligungen litten, waren sie von Anfang an auf ein politisches Eingreifen vorbereitet. Dies beweist z. B. eine Nachricht aus Sachsen, der zufolge der Dresdner Rabbiner Zacharias Frankel eine besondere Versammlung abhielt,

⁶ AZJ 1848, S. 204.

⁷ Orient 1848, S. 82.

⁸ AZJ 1849, S. 77.

⁹ Genaue Ziffern für die einzelnen Betätigungsfelder, s. unten Anm. 79 und 81.

¹⁰ Statistik, s. Anhang A 3. Namenslisten der jüd. Parlamentarier, s. Anhang C 1.

¹¹ Bei diesem Anlaß kam es sogar um die Person des Lederfabrikanten Meyer Calm aus Bernburg zu einem bewaffneten Zusammenstoß mit dem Militär, der ein weites Echo in ganz Deutschland fand. Das Material über die Vorgänge in: BUAFF/RMI, Anhalt-Bernburg, Nr. 5.

um den Gemeindemitgliedern die verschiedenen Regierungsformen und ihre Vor- und Nachteile zu erklären¹². Doch bekundeten auch in Dresden einige Intellektuelle schon seit Ausbruch der Revolution lebhaftere Teilnahme an den Ereignissen. Besonders aber in Leipzig wurden die Juden in beachtlichem Maße aktiv. Zu einer merkbaren Blüte kam dort während der Revolution das Zeitungswesen, in welchem Jakob Kaufmann, Ignaz Kuranda, ein gewisser Nordmann und Stephan Born sich als Herausgeber radikaler, der letztere sogar sozialistischer, Blätter hervortaten. Allerdings waren die Genannten ausnahmslos von auswärts zugezogen und gehörten nicht zur kleinen jüdischen Gemeinde des Ortes¹³.

Umfassender als in Sachsen äußerte sich wohl die revolutionäre Begeisterung der Juden in Bayern. In München beteiligten sie sich bereits an den ersten Demonstrationen gegen die Tänzerin Lola Montez, die Geliebte des Königs, um derentwillen Ludwig I. abdanken mußte. Hier in München wurden Juden auch – zumindest während dieser Revolutionszeit – als Mitglieder in den verschiedenen politischen Klubs akzeptiert. In der Landeshauptstadt und in Fürth, selbst in Nürnberg, wo sie gerade erst das Wohnrecht erhalten hatten, entfalteten sie eine rege Tätigkeit in den Wahlkämpfen zum Landtag, fehlten auch in den bayrischen Kleinstädten nicht in den Bürgerwehren und bei Volksversammlungen. An einigen Orten wirkten sie sogar als Wanderredner für die revolutionäre Sache¹⁴.

Gemessen an dieser Regsamkeit in Bayern, tritt ihre politische Aktivität in den anderen Mittelstaaten, wie Hannover und Württemberg, auffällig zurück. Innerhalb der hessischen Fürstentümer ist ihre Beteiligung eigentlich nur für Hessen-Darmstadt ausdrücklich nachweisbar. Als Zentren erscheinen hier Worms und insbesondere Mainz, wo Ludwig Bamberger seine Karriere als politischer Organisator begann.

Recht beträchtlich war die Aktivität von Juden im Rahmen der revolutionären Bewegung in den Freien Städten Hamburg und Frankfurt, in denen sie im Vormärz schweren Beschränkungen ausgesetzt gewesen waren. In Lübeck und Bremen, wo bis 1848 keine Juden wohnen durften, nahm man einige von ihnen, bald nachdem sie das Stadtbürgerrecht erhalten hatten, in die Bürgervereine, dann sogar als Vertreter in die Bürgerschaft auf.

In Hamburg setzten sich Juden seit Beginn der Revolution gemeinsam mit den nichtjüdischen Liberalen dafür ein, die Bürgerschaft zur Annahme einer

¹² Orient 1848, S. 148.

¹³ Z. B. Julius Fürst, der Herausgeber des „Orient“, und Juden aus Österreich und Böhmen, wie der spätere Gemeindevorsitzende Moritz Kohner.

¹⁴ Z. B. der Sohn des Ortsrabbiners von Ichenhausen, namens Hochheimer, der selber vor der Revolution bereits als Prediger amtiert hatte. Mit Ausbruch der Revolution besuchte er Volksversammlungen in der Umgebung und hielt begeisterte republikanische Reden (TZ 1849, S. 277). Als es in einer dieser Versammlungen zu einer Schlägerei kam, fürchtete er Verfolgung durch die Behörden und flüchtete nach Amerika (AZJ 1850, S. 427).

liberaleren Verfassung zu zwingen, die auch den Juden Gleichberechtigung bringen sollte. Hier zeichneten sich besonders Isaak Wolffson, Gabriel Riesser und der Täufling Moritz Heckscher aus, denen in der Folgezeit wichtige Aufgaben in der großen Politik Deutschlands zufielen.

Auch in Frankfurt a. M. taten sich Juden anlässlich der Wahlen zur konstituierenden Bürgerschaft hervor. Die Zahl der Wahlmänner und Bürgerschaftsmitglieder aus ihren Kreisen war erheblich, wozu der Korrespondent des „Orient“ aus Frankfurt anmerkte, daß sie überall „in den vordersten Reihen“ standen: „Oft leiteten sie die Freiheitsbewegung oder waren unter den Leitern, immer in würdiger und ehrenhafter Haltung.“¹⁵ Jedoch scheint gerade in Frankfurt das plötzliche Hervortreten der Juden auch Anlaß zu einigen Bedenken bei den Nichtjuden gegeben zu haben. Denn nachdem innerhalb kurzer Zeit zwischen 50 und 60 Juden zum Bürgerverein Zugang gefunden hatten, beschloß der Verein, daß von nun an ein neuer Kandidat nur dann als bestätigt gelte, wenn zwei Drittel der Mitglieder für ihn stimmten¹⁶.

Auffällig ist in jener Zeit die Hinneigung gewisser jüdischer Kreise in Frankfurt zu den radikalen Organisationen¹⁷ und ihre tätige Unterstützung der Arbeiterbewegung¹⁸. Das läßt sich durchaus als jüdische Reaktion auf die bisherige Unterdrückungspolitik der Frankfurter Stadtbehörden erklären, die selbst während der Revolution nur höchst ungern den Juden die Gleichberechtigung zugestanden hatten. Fühlbar wurden die antijüdischen Tendenzen besonders nach den Massendemonstrationen des 18. September 1848, die zur Ermordung zweier Abgeordneter der Nationalversammlung geführt hatten. Zwar waren nur wenige Juden in die Demonstrationen verwickelt¹⁹, aber die

¹⁵ Orient 1848, S. 91.

¹⁶ AZJ 1848, S. 472.

¹⁷ Besonders rührig war das sogenannte „Montagskränzchen“, das seit dem Vormärz bestand und während der Revolution eine radikal-demokratische Politik verfolgte. Dies Kränzchen, dessen Mitglieder zu einem ansehnlichen Teile Juden waren, propagierte u. a. auch die Gründung einer „Deutschen Nationalkirche“ auf interkonfessioneller Grundlage. Die Behörden verdächtigten den Klub, mit der Arbeiterbewegung in der Stadt zusammengearbeitet zu haben, und ein Polizeibericht an den Senat nennt ihn als Miturheber der Unruhen des 17.–18. September 1848 (STDAFF/Acta Senatus B. 120/8, Polizeiamtl. Bericht an den Senat v. 22. 12. 1851. Ähnlich BUAFF/Nachlaß Nover 3, S. 374).

¹⁸ Daß der vorher loyalistische L. H. Löwenstein dem Arbeiterverein beitrug, wurde schon erwähnt. Wegen seines plötzlichen Überganges ins Lager der Linksradi- kalen lud er anscheinend den besonderen Haß der Stadtbehörden auf sich, denn im Juni 1848 wurde er plötzlich aus der Stadt ausgewiesen. Er kämpfte verzweifelt gegen die Behörden um Rückgängigmachung der Ausweisung, doch wollten sich weder die Frankfurter Stadtverwaltung noch die Nationalversammlung für ihn einsetzen. Er starb wenige Monate später außerhalb der Stadt. In den Frankfurter Archiven (BUAFF und STDAFF) finden sich viele Akte über diese Angelegenheit; s. auch L. H. Löwensteins Verteidigungsschrift.

¹⁹ Der Täufling M. Reinganum wurde als einer der intellektuellen Urheber der Demonstrationen bezeichnet, s. BUAFF/Nachlaß Venedey, Aufzeichnungen über den 18. 9. 1848: „Als Wortführer für alle trat Reinganum auf die Bühne neben den

Behörden nutzten die Gelegenheit dazu aus, den Lehrer Saul Buchweiler aus Friedberg als einen der Urheber des Blutvergießens anzuklagen²⁰.

Ebenfalls beteiligt waren Juden an den republikanischen Aufständen in Sachsen und der Pfalz²¹, am zahlreichsten wohl an den Kämpfen in Baden im Frühjahr 1849. Allerdings griffen dort nicht alle freiwillig zu den Waffen. Erwiesen ist z. B., daß die Bewohner einiger badischer Dörfer sich nur unter Druck den Freischaren anschlossen. Zweifellos trat aber auch eine Reihe von Freiwilligen aus demokratisch-republikanischer Überzeugung den Freischaren bei²². Als die konstituierende Versammlung der badischen Aufständischen in Karlsruhe tagte, gehörten zu den Abgeordneten zwei Träger jüdischer Namen: Bronner und Weil, deren jüdische Abstammung jedoch nicht gesichert ist.

Wie es nun eben Juden im Lager der Aufständischen gab, so fehlten sie andererseits keineswegs bei den Loyalisten, die jeden bewaffneten Widerstand verurteilten und zur badischen Dynastie hielten. Die Karlsruher Bürgerwehr, und in ihr eine beachtliche Zahl von Juden, hielt dem Großherzog die Treue, ebenso wie der Vaterländische Verein in Mannheim, dem ebenfalls Juden angehörten. Im Mannheimer Vaterländischen Verein taten sich drei der geachteten Mitglieder der jüdischen Gemeinde hervor: Abraham Nauen sen., Dr. Leon Ladenburg und Moritz Lenel. Ladenburg vor allem war seit Anfang März 1848 in gemäßigt-konstitutioneller Richtung tätig gewesen. Er hatte einen Aufruf zur Gründung eines deutschen Parlaments veröffentlicht, in dem er Ruhe und Ordnung als die Grundpfeiler jeder Politik bezeichnete, die, in Zusammenarbeit mit den Regierungen, eine Einigung Deutschlands verwirklichen sollte²³. Zu den Stützen von „Ruhe und Ordnung“ zählte gleichfalls der Bankier Joseph Hohenemser. Außerhalb Mannheims fiel sogar ein Jude als Opfer seines Loyalismus: In Rastatt töteten die Aufständischen den Lehrer Weil, einen Bruder des schon wiederholt genannten Karl Weil, den sie der Spionage verdächtigten.

Wenn auch die Aufstände in Baden, Sachsen und der Pfalz eigentlich nur lokaler Natur waren, ihr Ausgang beeinflusste dennoch den Verlauf der Revo-

Präsidenten. Auch er ist ein Jude, ein getaufter, desto schlimmer. Er trat hervor in schiefer Stellung, und hielt mit scharfer, schneidiger Stimme eine kleine Rede. . . Die Rede sagte nichts, ließ aber viel durchschimmern . . .“

²⁰ Für B. ist nachweisbar, daß er an verschiedenen Straßenecken aufrührerische Reden hielt; ob ihm aber eine direkte Teilnahme am Blutvergießen hätte nachgewiesen werden können, bleibt zweifelhaft. Es gelang ihm, ins Ausland zu entkommen. Ausführliche Q. über ihn, s. BUAFF/Nachlaß Nover 5.

²¹ Während aus Sachsen nur der Name von Stephan Born überliefert ist, hatten sich am pfälzischen Aufstand mindestens vier Juden aktiv beteiligt: Ludwig Bamberger, Ludwig Kalisch aus Mainz, der schon in Mainz durch seinen Republikanismus Anstoß erregt hatte, der Arzt Dr. (Raphael?) Löwenthal aus Ludwigshafen und Arnold Reinach aus Frankfurt a. M.

²² A. Lewin, S. 281 f.; s. auch „Aufschlüsse über die badische Revolution“ (anon.), Zürich 1876, insbesondere S. 126.

²³ HUH 2523–29.

lution im Gesamtdeutschland. Der örtliche Konflikt in Schleswig-Holstein endete gar in einem gesamtdeutschen Krieg gegen Dänemark. Das Ringen um den Anschluß Schleswig-Holsteins an Deutschland ließ die Wellen allgemeiner nationaler Begeisterung hochschlagen. Juden des umstrittenen Gebietes und anderer deutscher Gaue schlossen sich den Kämpfern, besonders in den Reihen der schleswig-holsteinschen Freischaren an. Nachweisbar sind ungefähr 30 jüdische Rekruten im Landheer und in der jungen deutschen Flotte²⁴. Möglicherweise war ihre Zahl noch größer, denn eine in Altona erscheinende jüdische Zeitung schrieb sorgenvoll und stolz zugleich über die Beteiligung „gar zu vieler“ jüdischer Jünglinge an der Schlacht von Eckernförde²⁵ und über 8–10 jüdische Gefangene in einem dänischen Gefangenenlager.

Der Zulauf jüdischer Freiwilliger dauerte bis zu den letzten schleswig-holsteinschen Kämpfen an, und noch im Jahre 1850 folgten zwei junge Männer aus Frankfurt a. O. dem „vielleicht zum letzten Male entfalteten Panier deutscher Freiheit“ in die Schlacht²⁶.

Wichtiger noch als die Beteiligung der Juden an den Vorgängen in Schleswig-Holstein und an den Aufständen in Baden, der Pfalz und in Sachsen war ihre Rolle in der Auseinandersetzung zwischen Polentum und Deutschtum im Großherzogtum Posen. Obwohl gewisse Teile der jüdischen Bevölkerung eine den Polen nicht unfreundliche Gesinnung hegten, wie noch nachgewiesen werden wird, unterstützte die Mehrheit der politisch *aktiv* Hervortretenden die deutschen Interessen. Mit Ausbreitung der polnischen Insurgentenbewegung in Posen bildeten sich an vielen Orten deutsche Abwehrorganisationen und Bürgerwehren, denen sich viele Juden anschlossen. Hunderte jüdischer Unterschriften tragen die Petitionen an die Nationalversammlung in Frankfurt, in denen die Wahrung des deutschen Charakters der Posener Lande gefordert wurde²⁷.

Mit der Waffe in der Hand reihten sich zahlreiche Juden in die von deutscher Seite aufgestellte Selbstwehr in Lissa, Krotoschin, Schubin, Schwersenz und Filehne ein, während sich andererseits kaum Nachrichten über eine aktive jüdische Beteiligung an der polnischen Insurgentenbewegung finden²⁸. Der polnischen Seite näherten sich die Juden wohl nur in den kleineren Orten und im Osten der Provinz, während sie in den dichter von Deutschen bevölkerten

²⁴ Die deutschen Liberalen, und die Juden unter ihnen, waren eifrige Förderer der Flotte.

²⁵ TZ 1849, S. 143.

²⁶ Orient 1850, S. 139.

²⁷ BUAFF Petitionen, fasc. 61.

²⁸ Die Juden wurden sogar an einigen Orten von den polnischen Insurgenten überfallen. Die Frage jüdischer Parteinahme im Kampf zwischen den Deutschen und Polen wird weiter unten behandelt werden; hier sei nur *ein* Name eines aktiv für die polnische Sache wirkenden Juden, Dr. Marcus Mosse aus Grätz, angeführt, dem seine Polenfreundschaft eine Festungshaft in Preußen einbrachte. Vgl. *W. Mosse*, S. 238.

großen Städten und in den westlichen Gebieten offen für die deutschen Interessen eintraten.

Die Ereignisse in Posen riefen von Anfang an auch außerhalb der Provinz ein starkes Echo hervor. In Preußen diskutierte man heftig darüber, ob man den Polen Autonomie oder gar die volle Freiheit gewähren, oder aber sie durch das Militär unterdrücken solle. Viele Juden sahen sich in diese Auseinandersetzung hineingezogen, die einen der Streitpunkte darstellte, an denen sich in Preußen die gemäßigten und die radikalen Geister schieden.

Überhaupt scheint in Preußen die Stimmung hitziger als in den anderen Staaten gewesen zu sein. Dementsprechend war die Parteinahme der preußischen Juden leidenschaftlicher als anderswo. Doch gilt das hauptsächlich für die drei Bollwerke des Liberalismus: Breslau, Königsberg und Berlin, während man sich anderwärts, außer vielleicht in Köln²⁹, im ganzen gemäßigter verhielt. Verglichen mit ihrer als durchaus erheblich zu bezeichnenden lokalpolitischen Rührigkeit in der Zeit des Vormärz trat z. B. die in diese Periode fallende politische Betätigung der Juden Oberschlesiens fast gänzlich zurück. Grund hierfür waren einerseits wohl die Unruhen, die zu Anfang der Revolution in einigen ober-schlesischen Orten ausgebrochen waren, andererseits aber entsprach diese Mäßigung außerhalb der größeren Städte überhaupt dem Verhalten der nichtjüdischen Bevölkerung. Zwar schlossen sich die Juden Preußens hie und da den Bürgervereinen und Bürgerwehren an, vielleicht wählte man sie auch häufiger in Munizipalämter als früher; doch nur in Berlin, Breslau und Königsberg wird ein energisches Eintreten der Juden für die revolutionären Strömungen deutlich erkennbar.

Königsberg hatte sich, seit dem Erscheinen der „Vier Fragen“ von J. Jacoby, zu einer der Hochburgen der liberalen Bewegung in Preußen entwickelt. In den beiden letzten Jahren vor der Revolution verstärkte sich die Unruhe in der Stadt. Einen der Gründe hierfür lieferte der Kampf des jüdischen Arztes Dr. Ferdinand Falkson um behördliche Anerkennung der von ihm geschlossenen Mischehe. Falkson war einer der aktiv tätigen Mitglieder des demokratischen Kreises der Stadt und stand zunächst Johann Jacoby nahe. Neben Leuten wie Jacoby, Falkson, Walesrode wirkte zu Beginn der Revolution eine gemäßigtere liberale Gruppe, welcher der damalige Stadtverordnete Dr. Eduard Simson (get.) und Dr. Raphael Kosch angehörten. Die beiden letzteren

²⁹ In Köln wirkte neben einigen gemäßigt-liberalen Juden, wie der schon erwähnte Bankier A. Oppenheim, auch der revolutionäre Arzt Dr. Andreas Gottschalk, der eine Demonstration von Arbeitern vor das Stadthaus führte, in deren Namen er den Stadtverordneten radikale politische und soziale Forderungen stellte. Noch am selben Abend verhaftet, wurde er bald darauf wieder freigelassen, obwohl man in der Stadt fürchtete, er werde mit Unterstützung der Massen die revolutionäre Republik ausrufen. Gottschalk setzte seine organisatorische Tätigkeit unter den Arbeitern in Bonn fort (s. *Reppen*, S. 21–26, 89, 182, 245, 246). Zu seinem Kreise in Köln gehörten noch zwei andere Juden, der Optiker Sussmann und Samuel Hess, Bruder von Moses Hess (s. *Hess*, Briefwechsel, S. 177).

wurden, gleich Jacoby, in die gesetzgebenden Körperschaften gewählt und begannen damit ihre Laufbahn als Politiker.

Als ähnlich gespannt wie in Königsberg erwies sich die Situation am Anfang der Revolutionszeit auch in Breslau. Bereits Mitte März entsandte man von dort Delegationen nach Berlin, um einen Druck auf die preußische Regierung in Richtung auf konstitutionelle Verbesserungen auszuüben. Besonders tat sich in einer Delegation Breslauer Bürger Heinrich Simon (get.) hervor, der vor dem König entschieden die Forderung des allgemeinen Wahlrechts zum Landtag vertrat. Später in die Nationalversammlung gewählt, zog er sich von der Lokaltätigkeit in Breslau zurück, fand aber dort Nachfolger³⁰. Zu nennen ist z. B. sein Mitdelegierter, der Lottereeinnehmer Moritz Schreiber, der nach Ende der Revolution für seine politische Tätigkeit mit Entziehung der Lotteriekollekte bestraft wurde³¹. Während eines kurzen Aufenthalts in Breslau waren auch Berthold Auerbach³² und Eduard Lasker an den dortigen Entwicklungen beteiligt³³. Als tatkräftige Demokraten bewährten sich weiterhin in dieser Stadt David Honigmann und die Ärzte Dr. Sigismund Asch und Dr. Borchard.

Die Wahlen zur Frankfurter Nationalversammlung und zum konstituierenden Landtag in Berlin erregten bei den Breslauer Juden ein lebhaftes Interesse. Unter den Wahlmännern zählte man ungefähr 18 Juden, von denen der Rabbiner Abraham Geiger, der damals dem demokratischen Lager zuneigte³⁴, wohl der prominenteste war. Zum Abgeordneten beim preußischen konstituierenden Landtag in Berlin wurde der Schriftsetzer und Daguerreotypist Julius Brill gewählt, mit einem Ersatzmann, Dr. Stein³⁵, der möglicherweise auch jüdischer Abstammung war.

Eine nicht geringe Anzahl der in Breslau aktiv hervortretenden Juden stammte aus Oberschlesien, Niederschlesien und vor allem aus Posen³⁶. Ähnliches gilt von den in *Berlin* politisch Tätigen. Sie waren teils gebürtige Posener, teils aus Orten in Brandenburg, Pommern und Westpreußen zugezogen. Das bedeutet keine Rechtfertigung der Behauptung aus reaktionären Kreisen, die Revolution sei durch „Fremde“ angezettelt worden; denn Berlin zog bereits vor der Revolution nicht nur jüdische, sondern ebensowohl oder gar noch mehr³⁷ nichtjüdische Studenten, Wissenschaftler, Kaufleute und

³⁰ BUAFF/Nachlaß Pinder, Tagebuch der Frau Pinder. Dort sind noch viele weitere Breslauer Juden genannt.

³¹ AaO und AZJ 1872, S. 41.

³² Er war der Schwiegersohn von Moritz Schreiber. Seine Frau kam während der Revolution ums Leben. Vgl. *Bettelheim*, S. 210–213 und *Kober*, Revolution, S. 150. Dort auch weitere Namen von Breslauer Politikern.

³³ *Baron*, Impact, S. 217.

³⁴ *Schlesische Zeitung* 1848, S. 1125.

³⁵ AaO, S. 1173.

³⁶ Z. B. der Redakteur (und spätere Rabbiner) Dr. Bernhard Friedmann aus Nakel und der Zeitungsverleger Leopold Freund aus Leobschütz.

³⁷ Die verhältnismäßig starke Vermehrung der Juden Berlins begann erst *nach*

Handwerker aus den Provinzen an; die städtische Bevölkerung hatte sich ganz allgemein in schnellem Tempo durch Zuzug vermehrt. Berlin war außerdem seit den Märzereignissen der Treffpunkt vieler Deputationen und Kongresse³⁸, deren Teilnehmer in gewissem Umfang in der Hauptstadt verblieben und dort in revolutionärem Sinne wirkten.

Keinem Zweifel unterliegt jedoch, daß sich in Berlin die Juden, gemessen an ihrem Prozentsatz, ungewöhnlich zahlreich an den revolutionären Ereignissen engagiert zeigten. Der Anteil der Juden an den Kämpfen läßt sich heute ebenso schwer rekonstruieren³⁹ wie die Zahl der jüdischen Märzgefallenen, da die allgemeinen Gefallenenlisten⁴⁰ die religiöse Zugehörigkeit nicht aufführen. Außer dem des „Philosophen“ Levin Weiss, dessen Tod auf den Barrikaden ein beträchtliches Echo in den jüdischen Zeitungen fand⁴¹, nennt weder der „Orient“ noch die AZJ Namen jüdischer Gefallener. Die eine Zeitung stellte zwar fest, daß fünf jüdische Opfer zu beklagen seien, doch korrigierte die andere das später dahingehend, daß die Zahl sich möglicherweise auf 21 belaufe⁴², aber Einzelheiten fehlen. Aus den allgemeinen Listen, aus Grabinschriften⁴³ und aus anderen Quellen lassen sich 9 bis 11 mehr oder weniger sicher als jüdisch identifizierbare Namen von Märzgefallenen herauslesen⁴⁴.

1848. Dafür, daß bei der Zuwanderung von auswärts Juden keine besondere Rolle spielten, genüge der Hinweis auf die Liste der Berliner Märzgefallenen, die zu 35 % auswärtige Gefallene enthält (s. Anm. 40).

³⁸ Z. B. der Arbeiterkongreß (4 jüdische Teilnehmer) im August 1848, ein Kongreß der Bürgerwehren (2–3 jüdische Teilnehmer) und der zweite demokratische Kongreß im Oktober 1848 (25 jüdische Teilnehmer). Der erste demokratische Kongreß fand jedoch im Juni in Frankfurt statt (16 jüdische Teilnehmer).

³⁹ Manche Juden suchten während der Reaktionszeit ihre vorherige Aktivität so weit wie möglich zu vertuschen, so daß z. B. unklar bleibt, ob der Gelehrte Moritz Steinschneider oder der Danziger Student Levin Goldschmidt oder der Kantor der Reformgemeinde Aron Bernstein am Barrikadenbau und bei den Kämpfen beteiligt waren. Von dem Schriftsteller Dr. Löwenstein scheint allerdings festzustehen, daß er bei den Kämpfen verwundet wurde. Vgl. *Kober*, *Revolution*, S. 140, 163; *Goldschmidt*, *Lebensbild*, S. 17–20.

⁴⁰ a) *Vossische Ztg.* v. 24. 3. 1848; b) *Brass*, S. 123–127; c) *A. Wolff*, S. 174 f.; d) *E. Bernstein*, *Geschichte I*, S. 27, Faksimile.

⁴¹ *Orient* 1848, S. 114.

⁴² *AaO* und *AZJ* 1848, S. 222.

⁴³ Das Photo eines Grabsteins in Friedrichshain, das mir Frau Dr. Eleonore Sterling freundlichst verfügbar machte, enthält Namen, die in den unter Anm. 40 angeführten Q. fehlen. Nach *W. Wohlberedt*, *Verzeichnis d. Grabstätten bekannter u. berühmter Persönlichkeiten in Groß-Berlin*, Berlin o. J., scheint dies Grab sich auf dem Friedhof Schönhauser Allee befunden zu haben.

⁴⁴ Entsprechend den in Anm. 40 und 43 angegebenen Q. sind die als jüdisch einigermaßen gesicherten Namen von Märzgefallenen: Levin Weiss, Student aus Danzig; Mordechai-Moritz (Alexander?) Goldmann; Berthold Simon, Handlungsdiener aus Schivelbein; Magnus Bernstein, Buchdrucker aus Ellrich; Blumenthal, Privatsekretär; Leopold Brünn (?), Kattundrucker; Moritz Kohn, Handlungsdiener aus Schönlanke; Helene Rosenfeld geb. Eichelmann (?), Arbeitsfrau. Dazu kommen wohl noch die Brüder Freund (Tischlergesellen), denn Leopold Zunz bemerkt in einem Brief: „Ein

Die Zahl von 21 Gefallenen ist jedenfalls nirgends belegt. Daß aber jüdische Männer für die Sache der deutschen Freiheit ihr Leben hingaben, gereichte sicherlich vielen Juden zur Genugtuung⁴⁵.

Die Zahl von etwa 10 Opfern der Barrikadenkämpfe bleibt ja auch in der Tat bemerkenswert genug, da sie 4 0/0 bis 5 0/0 aller Gefallenen ausmacht, bei einem Anteil der Juden von nur 2 0/0 an der Einwohnerschaft Berlins. Jedoch ist hier in Rechnung zu stellen, daß manche Opfer nicht direkt auf den Barrikaden fielen, sondern auf den Straßen und in den Häusern vom Militär erschossen wurden. Als auffällig gering erweist sich der Prozentsatz der freien Berufe unter den Märzgefallenen im Gegensatz zur großen Zahl der Handlungsgehilfen und Handwerker. Man darf wohl daraus den Schluß ziehen, daß die jüdischen Märzkämpfer zu den gleichen sozialen Schichten gehörten wie die, welche auch in der Allgemeinbevölkerung das Hauptkontingent der Revolutionäre stellten.

Die Wirkungssphäre der jüdischen *Intellektuellen* lag dagegen – wie nur natürlich – vor allem in den Massenversammlungen, den politischen Klubs und den Vereinen. Wenn der „Orient“ rühmte: „In allen Vereinen sind Juden an der Spitze“⁴⁶, so war damit wohl zunächst die Zeit *vor* den Straßenkämpfen und *vor* dem Nachgeben des Königs gemeint. Denn bereits bei den ersten Volksversammlungen im Tiergarten gehörten Juden, wie H. B. Oppenheim und Dr. Löwenberg, zu den Organisatoren und Rednern. In den Massenversammlungen und später in den Arbeiterorganisationen Berlins spielten der Arzt Dr. M. Löwinsohn und der Kaufmann Friedrich Wilhelm Levinsohn eine wichtige Rolle⁴⁷. Der extremistische Levinsohn befand sich sogar unter den Anführern der Menge, die am 14. Juni das Zeughaus stürmte.

Es würde zu weit führen, hier die Namen all der Männer anzuführen, die sich für die Revolution einsetzten. Betont sei jedoch, daß die Neigung vieler Juden nicht den Radikalen, sondern dem gemäßigt-konstitutionellen Lager galt⁴⁸. Wenn demnach der Student Moritz Lazarus, der Redakteur der Ber-

Vater (von auswärts) hat zwei Söhne verloren“, in: *Glatzer, Zunz and the Revolution*, S. 139; s. auch *L. and A. Zunz*, S. 204. Unter den Gefallenen erscheinen noch einige jüd. klingende Namen, wie Carl Ludwig Kuhn (Knabe); Benno Hinz (Schneider aus Königsberg); Hirschmann; Dr. Heine; Isaac Seiffert (Handlungsdiener); A. Reichstein (Schneider aus Ohlau). Dafür, daß sie Juden waren, fehlen jedoch sichere Anhaltspunkte. Weitere möglicherweise jüd. Namen sind, nach freundlichen Angaben von Dr. Lachmann vom Landesarchiv Berlin, eher als polnische oder hugenottische anzusehen.

⁴⁵ S. z. B. Brief von S. M. Ehrenberg an Zunz: „Hoffentlich haben doch auch die Juden an dem Kampf dort Theil genommen. Hat man nicht gehört ob welche darin getödtet oder verwundet worden sind?“, in: *L. and A. Zunz*, S. 203.

⁴⁶ *Orient* 1848, S. 314.

⁴⁷ Für alle diese Namen vgl. *A. Wolff*, S. 12 f., 18, 30, 34 ff. Wolff schreibt versehenlich die beiden letzten Namen in gleicher Schreibweise: Löwinson. *Kober, Revolution*, S. 140 redet nur von einem Dr. Löwinsohn.

⁴⁸ Z. B. Professor Agathon Benary (get.), der Kaufmann Arnold Witkowski und

liner Bürgerwehrzeitung, von sich bezeugt, er habe das Blatt im Geiste des liberalen Berliner Bürgertums geführt⁴⁹, so meinte er damit: im Sinne eines gemäßigten konstitutionellen Liberalismus. Nach dem Zusammenbruch der Revolution war man bestrebt, den Nachweis zu führen, daß sich gerade unter den konservativen Elementen, die nicht in den Wirbel der Revolution hineingerissen worden waren, eine große Anzahl von Juden befunden hätte. Man wies z. B. auf Selig Cassel hin, der – im Gegensatz zu seinem Bruder David – eine konservative Haltung bewahrt habe⁵⁰ und notierte ausdrücklich, daß Prinz Wilhelm, zu Anfang der Revolution als Reaktionär verhaßt, durch den Seidenwarenkauflmann Julius Wolf Meyer⁵¹ vor der Wut der Menge gerettet und in dessen Wagen aus der Stadt befördert worden war⁵². Eine andere loyale Tat in Zusammenhang mit der Flucht des Prinzen wurde nicht öffentlich bekannt: Der Bankier Moritz Cohn aus Anhalt stellte ihm die nötigen Gelder für seine Fahrt durch Hamburg nach London zur Verfügung, legte damit allerdings auch den Grundstein für seine eigene Karriere, die ihm den Titel Hofbankier und Baron einbrachte⁵³. Die jüdische Presse bewahrte ferner die loyalistische Tat des Soldaten M. J. Marcus, der sich durch die Festnahme eines Ordnungsstörers im Oktober 1848 auszeichnete⁵⁴.

Diese Beweise regierungstreuer Gesinnung sind nicht als Ausnahmefälle anzusehen. Es gabe viele Juden – auf Umfang und Einfluß dieser Kreise wird noch des weiteren einzugehen sein –, die sich nach Kräften bemühten, die Geister zu beruhigen und an der Wiederherstellung der Ordnung mitzuwirken. Als Beispiele dafür sollte man weniger die Beteiligung des Historikers Siegfried Hirsch (get.) an der Gründung der „Kreuzzeitung“⁵⁵ oder die Flucht des Professors Friedrich Julius Stahl aus dem revolutionären Berlin⁵⁶ ansehen, als etwa Aktionen wie die der Bankiers B. Burchardt und A. Mendelssohn. Burchardt unterzeichnete einen Aufruf zur Versorgung der Arbeitslosen durch freiwillige Spenden, damit sie an ihrer „ruhmwürdigen Zurückhaltung“ auch weiterhin festhielten⁵⁷. Mendelssohn wurde von den Ministern Camphausen und Hansemann zu den Beratungen über die Förderung von Handel und Industrie hinzugezogen⁵⁸. Die Erwähnung solcher Loyalisten in den jüdischen Reihen darf in einer Schilderung der Beteiligung der Juden an den Ereignissen in Berlin jener Tage nicht fehlen.

der Jurist Heinrich Friedberg (get.), der spätere preußische Justizminister. Besonders aktive gemäßigte Liberale waren zwei Mitglieder der Berliner Reformgemeinde, Dr. Sigismund Stern und der Buchhändler und Verleger M. Simion.

⁴⁹ Lazarus, Aus meiner Jugend, S. 121 f.

⁵⁰ Orient 1849, S. 30 f.

⁵¹ Wolbe, S. 263 f.

⁵² Eine ähnliche Tat wird aus dem kleinen Fürstentum Schwarzburg-Sondershausen berichtet (AZJ 1855, S. 606 f.).

⁵³ Feder, Paul Nathan, in: YLBI III, S. 61.

⁵⁴ AZJ 1900, Nr. 5, Beil. S. 4.

⁵⁵ Kaznelson, Sammelwerk, S. 350 und 547.

⁵⁶ A. Wolff, S. 185.

⁵⁷ AaO, S. 202 f.

⁵⁸ AaO, S. 224.

Ebenso unvollständig aber wäre der Bericht über die Rolle der Juden in der Revolution ohne Angaben über ihre literarische Betätigung. Der als Redakteur der Bürgerwehrzeitung in Berlin schon genannte Lazarus war keineswegs der einzige Jude, dem die Revolution die Feder in die Hand drückte. An Berliner Blättern arbeiteten der Industrielle Leonor Reichenheim, M. Goldschmidt, Dr. Sally Gumbinner, Dr. J. L. Gumbinner und der Arzt Dr. Cohnfeld mit. Reichenheim veröffentlichte nur gelegentlich Aufsätze, während Sally Gumbinner und J. L. Gumbinner Berufsjournalisten der gemäßigt-liberalen Richtung waren, deren Beiträge in der „Spener’schen Zeitung“ und der „Kölnischen Zeitung“ zum Abdruck kamen. M. Goldschmidt gab während der Monate Mai bis Juni 1848 die Zeitung „Das Neue Preußen“ heraus⁵⁹. Besonderer Popularität erfreuten sich die von Dr. Cohnfeld unter dem Titel „Buddelmeyer, Dages-Schriftsteller mit’m großen Bart“ veröffentlichten humoristischen Blätter⁶⁰.

Der Einfluß der Herausgeber und Redakteure einiger größerer Zeitungen reichte natürlich über derart lokalen Rahmen hinaus. Hervorhebenswert sind in diesem Zusammenhang die folgenden Berliner Blätter sowie deren Besitzer und Mitarbeiter:

Die Reform – Dr. H. B. Oppenheim
 Parlamentszeitung – Horwitz
 Kladderadatsch – David Kalisch, Rudolf Löwenstein (get.), Ernst Dohm (get.)
 Urwählerzeitung (1849) – Aron Bernstein, Theodor Heymann
 Nationalzeitung – Bernhard Wolff – im Verwaltungsrat: J. Lehfeldt (get.), David Kalisch
 Berliner Zeitungshalle – Gustav Julius⁶¹, Dr. Louis Heilberg
 Konstitutionelle Zeitung (1849) – Karl Weil

Viele der Journalisten aus Berlin und der Provinz⁶² begnügten sich nicht damit, lediglich mit der Feder für ihre Ideale zu wirken, sondern sie nahmen

⁵⁹ AaO, S. 281.

⁶⁰ E. Bernstein, Geschichte I, S. 45 und 49.

⁶¹ Außer einer Erwähnung im „Semi-Kürschner“ und der Tatsache, daß es Juden dieses Namens gab, liegt kein Beweis dafür vor, daß Gustav Julius jüdischer Abstammung war. Seine „Zeitungshalle“ war zu Anfang der Revolution in linksradikalen Kreisen sehr beliebt; er selbst aber verband sich bereits im Juni 1848 mit rechtsradikalen Kreisen. Preuß. Geh. Staatsarchiv, Berlin-Dahlem, Nachlaß Radowitz, Rep. 92/I, Reihe 57. Brief v. G. Julius an v. Radowitz v. 18. 7. 1848. Abschrift in: BUAFF.

⁶² Die wichtigsten Zeitungen außerhalb Berlins mit prominenten jüd. Mitarbeitern waren die folgenden:

Köln:	Neue Rheinische Zeitung	– Karl Marx (get.)
Mainz:	Mainzer Zeitung	– Ludwig Bamberger
Mainz:	Der Demokrat	– Ludwig Kalisch
Breslau:	Neue Oder-Zeitung	– Bernhard Friedmann
Breslau:	Schlesische Zeitung	– Ludwig Ernst Hahn (get.)

aktiv, oft an führender Stelle, teil an den revolutionären Bestrebungen und Ereignissen⁶³.

Dem Widerhall, den die journalistische Belehrung und Anfeuerung erfuhr, ist wohl auch das Echo gleichzusetzen, das die Wahlkämpfe zu den neu zu wählenden konstituierenden Versammlungen in den deutschen Ländern und insbesondere zur Nationalversammlung in Frankfurt a. M. über den örtlichen Bezirk hinaus erzeugten. Sollte doch in dieser parlamentarischen Arena das Schicksal Deutschlands und zugleich das der jüdischen Emanzipation entschieden werden! Daher zeigten sich schon zur Zeit der Wahlvorbereitungen und dann besonders während der Wahlkämpfe die Juden an ihnen höchst interessiert. Das galt natürlich für alle deutschen Länder, aber vor allem für diejenigen Staaten, in denen die Rechte der Juden vor 1848 am stärksten beeinträchtigt gewesen waren, wie in Bayern, in Mecklenburg und in den Freien Städten Hamburg und Frankfurt a. M.

Der Natur der Verhältnisse entsprach es, daß die aus den Urwahlen hervorgehenden Wahlmänner zumeist von kaum mehr als lokalpolitischem Rang waren, doch befinden sich unter ihnen immerhin Männer wie Leopold Zunz und die Rabbiner Michael Sachs in Berlin und Abraham Geiger in Breslau. Einige von ihnen bemühten sich für ihre eigene Person – wenn auch erfolglos – um Sitze in den Parlamenten⁶⁴. Doch so erheblich auch unter den Wahlmännern die Zahl der Juden gewesen sein mag – in Berlin allein wurden bei den Landtagswahlen im Mai 1848 und im Januar 1849 jeweils etwa 50 nominiert –, das vorrangige Interesse der jüdischen Gesamtheit blieb auf diejenigen Juden gerichtet, die als direkte Kandidaten auftraten, und besonders auf diejenigen, welche dann Abgeordnetensitze gewannen.

Am stärksten waren Juden in der konstituierenden Bürgerschaft der Freien Stadt Hamburg vertreten, zu welcher 14 Abgeordnete und zwei Stellvertreter jüdischer Abstammung gewählt wurden⁶⁵. Frankfurt stand nur wenig hinter

Karlsruhe: Karlsruhe Zeitung (1849)	– H. B. Oppenheim
Schwerin: Neue Schwerin'sche Politische Zeitung	– David Assur-Russa
Leipzig: Die Verbrüderung	– Stephan Born (get.)

⁶³ Z. B. H. B. Oppenheim, L. Bamberger und Stephan Born.

⁶⁴ Zur Nationalversammlung kandidierten in Berlin: Sigismund Stern; Stephan Born (get.); Professor Carl Gustav Jacob Jacobi (get.); der Verleger Julius Sittenfeld; der ehemalige Stadtrat D. A. Benda und H. B. Oppenheim. Der Rabbiner Wälder kandidierte in Berlichingen, Berthold Auerbach in Heidelberg, Maximilian Reinganum in Frankfurt. Für den Bayrischen Landtag kandidierten ohne Erfolg der Fürther Rabbiner Dr. I. Löwi und die Brüder Marx aus München; erfolglos blieb auch die Kandidatur von Dr. Hirschel in Dresden bei den Wahlen zum Sächsischen Landtag. Bekannt ist die wiederholt erfolglose Kandidatur von Leopold Zunz zum Preussischen Landtag. Möglicherweise trat auch Dr. (Ferdinand, J.?) Pinoff in Schlesien als Kandidat für das Abgeordnetenhaus auf; seine Wahl ist aber in den offiziellen Listen nicht belegt, und die Angabe darüber (*A. Kober*, *Revolution*, S. 144) ist nicht als gesichert anzusehen. Der dort genannte Wollheim wurde wohl erst im Jahre 1849 gewählt.

⁶⁵ Die feststellbaren Namen der Gewählten, s. Anhang C 1.

Hamburg zurück: In der konstituierenden Bürgerschaft saßen 6 Juden und 4 Getaufte, und der Ende 1849 zusammentretenden Gesetzgebenden Versammlung gehörten – zusätzlich zu den Getauften, die alle ihre Sitze wiedererlangten – 5 Juden an. Selbst in Lübeck errangen zwei Juden Sitz und Stimme in der Gesetzgebenden Versammlung des Jahres 1849.

Groß war die Beteiligung der Juden Bayerns an den ersten Wahlen, zu denen sie mit aktivem und passivem Wahlrecht zugelassen wurden. So vor allem in Fürth und in München. Aber auch in Nürnberg, wo Juden erst während der Revolution das Niederlassungsrecht erhielten, entfalteten sie bald eine rege politische Tätigkeit. Von fünf Juden dieser Stadt, deren Kandidatur überliefert ist, zogen zwei, die Rechtsanwälte Fischel Arnheim und David Morgenstern, in den Landtag ein.

Bemerkenswert ist, daß es gerade in den Staaten, die im Vormärz als besonders liberal galten und die dann im Jahre 1848 als erste das Banner der Freiheit aufpflanzten, wie etwa Baden und Württemberg, kein Jude zu einem Landtagssitz brachte, während in den als reaktionär bezeichneten Staaten Juden in großer Anzahl als Kandidaten auftraten und auch zu Abgeordneten gewählt wurden. In den deutschen Kleinstaaten wurden sieben Juden in die gesetzgebenden Versammlungen entsandt: Dr. Adolf Aronheim in Braunschweig, der Prediger Dr. Gustav Philippson in Anhalt, der Bankier Kallmann L. Rothschild in Hessen-Homburg, Dr. Lewis Markus und die Kaufleute Mendel Aarons und Rudolph Josephy in Mecklenburg.

Einer der Staaten, die sich vor 1848 jüdenfeindlich gezeigt hatten, und in denen dann zu Beginn der Revolution die jüdische Beteiligung an den Wahlen einen hohen Prozentsatz erreichte, war Preußen. Im April 1848 gingen die Juden sozusagen in Massen zu den Wahlen für den konstituierenden Landtag und verbuchten es als großen Erfolg, daß drei Juden und ein Konvertit ins Abgeordnetenhaus einzogen und ein bis zwei weitere Juden Ersatzmänner wurden⁶⁶. Die jüdische öffentliche Meinung, die noch wenige Tage vor den Wahlen auf solche Ergebnisse nicht zu hoffen gewagt hätte, begeisterte sich nun derart an ihrem Ausgang, daß die Berichterstatter jüdischer Zeitungen auch noch einige weitere Wahl„erfolge“ frei dazu erfanden⁶⁷.

Einer der jüdischen Abgeordneten in Preußen, Julius Brill, scheint eine Enttäuschung für seine Wähler gewesen zu sein. Von Breslau nach Berlin gekommen, hatte er aktiv an den Versammlungen in den Zelten und an einer Dele-

⁶⁶ Julius Brill, Johann Jacoby, Raphael Kosch und Heinrich Simon (get.) waren die Abgeordneten. Letzterer nahm kaum an den Sitzungen teil, da er in der Paulskirche saß. Die Ersatzmänner waren Moritz Veit und möglicherweise Ludwig Philippson, der aber vielleicht nur Ersatzmann für die Nationalversammlung in Frankfurt war.

⁶⁷ Z. B. wurde aus Dyhernfurt (Schlesien) und aus Köln nicht nur über die Wahl von Landtagsabgeordneten, sondern über die Wahl eines Kölner „Herrn Cohn“ zur Frankfurter Nationalversammlung berichtet, was den Tatsachen nicht entsprach. Vgl. *Orient* 1848, S. 161, 178 und 323.

gation Berliner Arbeiter zum König teilgenommen⁶⁸; aber im Landtag, wo er als einer der wenigen Vertreter der Handarbeiter eine führende Rolle hätte spielen sollen, begnügte er sich damit, gewissenhaft mit der extremen Linken zu stimmen.

Dafür aber kamen die beiden Königsberger Dr. Raphael Kosch und vor allem Johann Jacoby bei den Beratungen der Landtagsgremien um so mehr zur Geltung. Jacoby, einer der Vorkämpfer der Radikalliberalen, tat sich besonders in den Verhandlungen des Oktober und November hervor, als sich die reaktionären Intentionen Friedrich Wilhelms IV. klarer abzuzeichnen begannen. Er versuchte, wenn auch vergeblich, den Landtag zu entschiedenem Auftreten gegen den Wiedereinzug des preußischen Militärs nach Berlin, gegen den Regierungswechsel und gegen den Befehl zur Verlegung der Landtagsitzungen von Berlin nach der Provinz zu bewegen. Besonders bekannt wurde sein mutiges Hervortreten in jener November-Delegation, die zu Friedrich Wilhelm IV. gegangen war und gegen die Ernennung des reaktionären Ministeriums Brandenburg protestierte. Jacoby soll bei dieser Gelegenheit dem abweisenden König die scharfen Worte zugerufen haben: „Dies eben ist das Unglück der Könige, daß sie die Wahrheit nicht hören wollen.“ Nach dem Scheitern dieser Deputation unterstützte Jacoby den Plan eines Aufrufs zur Steuerverweigerung für den Fall, daß der Landtag aufgelöst werden würde. Er wehrte sich jedoch gegen eine Politik des bewaffneten Widerstandes, die von einigen Extremisten vorgeschlagen wurde, und blieb dem eingeschlagenen Wege parlamentarischer Opposition treu⁶⁹.

Raphael Kosch, den die Königsberger Liberalen in ihren Bürgerversammlungen seiner Besonnenheit wegen schätzen gelernt hatten, war den Berliner Juden zunächst nicht einmal dem Namen nach bekannt. Er gewann aber bald genug als Sprecher des „Linken Zentrums“ im Abgeordnetenhaus einen solchen Einfluß, daß man ihm das Amt eines zweiten Vorsitzenden übertrug. Seine gemäßigte und taktvolle Haltung erwarb ihm allgemeine Achtung, so daß sein Name bei Verhandlungen über die Kabinettsumbildung sogar einige Male im Zusammenhang mit einem Ministerposten genannt wurde⁷⁰. Kosch war aber nicht bereit, den Preis der Taufe für eine solche Karriere zu zahlen, und deshalb kam seine Kandidatur nicht ernsthaft in Frage.

Durch die Wahlen zum zweiten Landtag, die Anfang 1849 stattfanden, erhielten erneut vier Männer jüdischer Herkunft Sitze im Abgeordnetenhaus. Julius Brill war nicht mehr Mitglied des neuen Landtags, dafür aber konnte Dr. Hermann Wollheim aus Dyhernfurt ein Mandat erwerben. Zugleich mit diesem neuen Abgeordnetenhaus wurde auch als konstitutionelle Neuerung

⁶⁸ Vgl. *E. Bernstein*, Geschichte I, S. 26 f.

⁶⁹ *Born*, S. 189.

⁷⁰ *Orient* 1848, S. 234. Vgl. auch die biographischen Notizen: *AZJ* 1867, S. 182; *AZJ* 1903, S. 519 ff.

eine Erste Kammer gewählt, in die fünf Mitglieder jüdischer Abstammung⁷¹ einzogen. Von ihnen gehörten vier der Rechten, einer der Mittelgruppe an.

Dieser zweite Landtag wurde nach zwei Monaten wieder aufgelöst. Im dritten Landtag⁷² behielten nur drei frühere Mitglieder der Ersten Kammer – Beer, Magnus (get.) und Stahl (get.) – ihre Mandate, während für die Abgeordnetenkommission lediglich noch der getaufte Eduard Simson als Vertreter für Königsberg durchkam. Nach dem Tode Beers im Jahre 1850 gab es dann überhaupt nur noch getaufte Juden im Landtag.

Die Tatsache, daß nun beiden Kammern lediglich getaufte Juden angehörten, ist nicht ausschließlich eine Folge der reaktionären Stimmung, die sich nach dem Scheitern der Revolution breitmachte. Es ist darüber hinaus in Betracht zu ziehen, daß die Linke, aus Protest gegen die Einführung des Dreiklassenwahlrechts, die Wahlen Ende 1849 boykottiert hatte, so daß an ihnen nur diejenigen Kreise teilnahmen, die für jüdische Kandidaturen wenig Sympathie aufbrachten.

Bei aller Bedeutung, die die preußischen Juden den Landtagswahlen beimaßen, richtet sich bei Ausbruch der Revolution ihr Augenmerk jedoch weit mehr auf die Wahlen zur deutschen Nationalversammlung in Frankfurt a. M. Schon im ersten Vorbereitungsstadium zur Schaffung dieser Körperschaft – der Einberufung des sogenannten Vorparlaments – beschäftigten die Frankfurter Ereignisse die jüdische Öffentlichkeit lebhaft, da immerhin zehn Delegierte jüdischer Abstammung zum Vorparlament geladen worden waren, acht aus Deutschland und zwei aus Österreich. Zwei weitere Männer jüdischer Abstammung aus Hessen bemühten sich bei Dr. Jucho, einem der Organisatoren des Vorparlaments, um Einladungen⁷³, gingen aber leer aus. Die zum Vorparlament Geladenen waren:

Juden aus Deutschland:

1. Berthold Auerbach, Württemberg
2. Dr. Julius Fürst, Posen-Leipzig
3. Dr. Johann Jacoby, Königsberg
4. Dr. Gabriel Riesser, Hamburg

Getaufte Juden aus Deutschland:

1. Friedenthal, Gutsbesitzer, Schlesien
2. Dr. Moritz Heckscher, Hamburg
3. Dr. Maximilian Reinganum,
Frankfurt a. M.
4. Heinrich Simon, Breslau

⁷¹ Wilhelm Beer, Kommerzienrat, Bankier, Berlin; M. Magnus (get.), Bankier, anscheinend aus Danzig; Eduard Simson (get.), Tribunalrat, Königsberg; Siegfried Guradze (später get.), Kfm., Bankier, Gutsbesitzer, Oppeln; Friedrich Julius Stahl (get.), Professor, Berlin.

⁷² Im Jahre 1849 gewählt, trat er erst Anfang 1850 zusammen.

⁷³ Es handelt sich um Dr. Sternberg aus Marburg und um Dr. Löbenstern, der anscheinend in Hanau lebte. HUBFF/Nachlaß Jucho, Mappe Vorparlament. Über Löbenstern schrieb Itzstein, ein Kollege Juchos, an diesen: „Was Dr. Löbenstern betrifft, so habe ich den Freunden hier eröffnet, daß dem G. Riesser eine Einladung geschickt worden sei; und als ich ihnen die Frage wegen Dr. Löbenstern vorgelesen habe, äußerten sich einige Stimmen: Es scheine ihnen hinreichend, wenn Riesser geladen sei.“ Daraus ist ersichtlich, daß Itzstein, der anscheinend nicht gern viele Juden zum Vorparlament zulassen wollte, in Riesser jedoch eine repräsentative Figur der deutschen Juden sah.

*Juden aus Österreich*⁷⁴:

1. Dr. Ignaz Kuranda

Getaufte Juden aus Österreich:

1. Dr. Adolf Wiesner (Wiener), Wien

An den Verhandlungen dieses Vorparlaments waren Moritz Heckscher und Heinrich Simon sehr aktiv beteiligt. Riessers Hauptanliegen bei den Besprechungen war die Sicherung des jüdischen Wahlrechts zur Nationalversammlung. Sonst trat er kaum in Erscheinung. Ebenso ergriffen Auerbach, Fürst oder Jacoby nur hin und wieder das Wort. Jacoby jedoch wurde Mitglied des Fünfzigerausschusses, der die Sitzungen der Nationalversammlung vorbereiten und bis zu deren Zusammentritt die Geschäfte führen sollte. Jacoby hatte sich dazu schon deshalb bereitgefunden, weil er annahm, er werde der einzige Jude im Ausschuss sein⁷⁵. Tatsächlich wurde aber auch Kuranda dorthin delegiert und zusätzlich die getauften Juden Heckscher, Simon und Wiesner. An der Nationalversammlung selbst nahmen die folgenden Männer jüdischer Abstammung teil oder wurden wenigstens zu Ersatzmännern bestimmt⁷⁶:

Juden aus Deutschland:

1. Dr. Gabriel Riesser (gew. in Lauenburg)
2. Dr. Moritz Veit (gew. in Berlin)
3. Dr. Fr. Wilhelm Levysohn (nachträglich gew. in Grünberg, Schlesien)
4. Dr. Ludwig Bamberger (bei Zusatzwahl in Mainz 1849 gew.)
5. Dr. Johann Jacoby (Ersatzmann in Berlin, dann dort 1849 gew.)⁷⁷
6. Dr. Lewis Markus (Ersatzmann in Schwerin)
7. Dr. Ludwig Philippson (Ersatzmann in Neuhaldensleben)

Getaufte Juden aus Deutschland:

1. Dr. Johann Detmold (Osnabrück)
2. Dr. Moritz Heckscher (Hamburg)
3. Dr. Heinrich Simon (Magdeburg)
4. Max Simon (Schlesien)
5. Dr. Eduard Simson (Königsberg)
6. Dr. Georg Simson (Stargard)
7. Dr. Wilhelm Stahl (Erlangen)

⁷⁴ Österreich ist nicht in den geographischen Bereich dieser Untersuchung einbezogen. Daher wurden die österreichischen Delegierten weder eingehend behandelt noch in den Statistiken berücksichtigt.

⁷⁵ S. seinen Brief im Anhang B 1.

⁷⁶ Über die jüd. Mitglieder der Nationalversammlung existiert eine 1941 in Weimar veröffentlichte Monographie von *Siegfried Erasmus*. Diese Abhandlung ist aber, abgesehen von ihrer nationalsozialistischen Tendenz, die Juden als Unterwühler der deutschen Moral hinzustellen, nicht einmal gründlich. Trotzdem enthält sie einige Hinweise, die in anderen Arbeiten fehlen. Dort, wie auch in anderen Werken, wird Ludwig Simon aus Trier als Jude bezeichnet. Die Dissertation von *Heinz Günther Böse* (Universität Mainz 1950, Maschinenschr.), Ludwig Simon von Trier (S. 1 und Anlagen Nr. 1, 2, S. 292 ff.), hat aber nachgewiesen, daß Ludwig Simon einer alt-eingesessenen katholischen Familie aus dem Moselland entstammt. Daher ist der Name in der Aufzählung fortgelassen.

⁷⁷ Jacoby verhielt sich uninteressiert an einer Kandidatur in Frankfurt (s. Brief an Berlepsch, im Anhang B 2), was aber wohl nicht allzu ernst zu nehmen ist, da wir auf einen Brief von Jacob Venedey an Jacoby hinweisen können, in dem von eifriger

Juden aus Österreich:

1. Moritz Hartmann
2. Dr. Ignaz Kuranda

Getaufte Juden aus Österreich:

1. Dr. Andreas Jeitteles
2. Leopold v. Neuwall
3. Dr. Adolf Wiesner (Wiener)

Beim Zusammentritt der Nationalversammlung waren die Abgeordneten ohne allzu feste Parteibindungen. Im Wahlkampfe hatte die Persönlichkeit des Kandidaten mindestens im gleichen Maße entschieden wie die von ihm vorgebrachten politischen Meinungen. Daher paßte sich auch zu Beginn der Verhandlungen die Stellungnahme vieler Abgeordneten zu aktuellen Fragen erst allmählich einer bestimmten Parteidisziplin an. Selbst nachdem eine deutlichere Gliederung in die „Rechte“, das „Centrum“ (rechtes und linkes) und die „Linke“ erfolgt war, blieben Übergänge zwischen den Lagern weiterhin bestehen, so wie auch noch Um- und Neugruppierungen politischer Anhänger-schaft vorkamen. Einige Abgeordnete rückten im Laufe der Zeit immer mehr nach links, während andere von der Linken weg zur Rechten hin tendierten. Daher läßt sich mit Sicherheit nur eine ganz allgemein gehaltene Gruppierung der Abgeordneten in Linke, Mitte und Rechte feststellen. Hiernach gehörten von den vier Juden und sieben Getauften aus Deutschland, die als Abgeordnete an den Sitzungen teilnahmen:

Zur *Linken* (einschließlich derjenigen Mitglieder des *linken Zentrums*, die sich später dem Rumpfparlament anschlossen) *vier* unter etwa 200 linksradikalen Abgeordneten, und zwar: Johann Jacoby und Fr. W. Levysohn sowie Heinrich und Max Simon.

Zur *Mitte* (einschließlich derjenigen Mitglieder des *linken Zentrums*, die später nach rechts tendierten) *fünf* unter etwa 220 Abgeordneten des Zentrums, und zwar: Gabriel Riesser und Moritz Veit sowie Moritz Heckscher, Eduard Simson und Wilhelm Stahl.

Zur *Rechten* *zwei* unter etwa 80 Abgeordneten, und zwar: Johann Detmold und Georg Simson.

Demnach standen mehr Abgeordnete jüdischer Abstammung im Zentrum und rechts davon als auf dem linken Flügel.

Einige von den Delegierten jüdischer Abstammung spielten in der Versammlung eine führende Rolle und gehörten ihrem Präsidium und später sogar als Minister der Regierung an, die von ihr gebildet wurde. Im Jahre

Suche nach einem sicheren Wahlbezirk für Jacoby die Rede ist. BUAFF/Nachlaß Jacoby, Brief Venedeys v. 7. 5. 1848: „Ich fürchte, es ist nichts zu erringen für Dich in Kreuznach. Die Leute sollen dort nicht entschieden genug sein, auch – da sie in Menge Bauern sind, Deinen Namen wenig kennen; endlich, ein Jammer ists – sich an dem *Juden* stoßen.“ Jacoby gegenüber, der selber seine Kandidatur nur als lästige politische Pflicht hinstellte, gab H. B. Oppenheim freimütig seine politischen Ambitionen zu. In einem Brief an Johann Jacoby v. 11. 4. 1848 (BUAFF/Nachlaß Jacoby) schrieb Oppenheim: „Ich möchte gerne ins Parlament, leider aber habe ich nirgends in Deutschland recht heimatliche Wurzeln geschlagen, und hier in Berlin, wo das eigentliche Volk leicht für mich zu gewinnen wäre, werden in allen Bezirken die Spießbürger den Ausschlag geben! – Wenn Sie mich bei irgend einem Wahl-Comitée in Vorschlag bringen können, so tuen Sie es. Sie und andere kennen mich ja!“

1848 war Moritz Heckscher Justizminister, dann auch Außenminister. Johann Detmold erhielt 1849 das Justiz- und Innenministerium. Eduard Simson bekleidete eine Zeitlang das Amt des Vorsitzenden der Nationalversammlung, Gabriel Riesser das eines zweiten Vizepräsidenten, zusätzlich zu seiner Mitgliedschaft in mehreren Ausschüssen, deren wichtigster der Verfassungsausschuß war. Riesser beteiligte sich maßgeblich an der Ausarbeitung der deutschen Verfassung und verteidigte ihre zentralen Bestimmungen vor den Vollsitzungen. In diesem Zusammenhang hielt er am 21. März 1849 die bekannte „Kaiserrede“, in der er für Annahme der Gesamtverfassung durch die Versammlung und für Übertragung der Kaiserkrone an Friedrich Wilhelm IV. von Preußen plädierte. Zusammen mit Simson gehörte er dann, nach Annahme des entsprechenden Antrages, der Deputation an, die Anfang April 1849 nach Berlin fuhr, um dem preußischen Monarchen die Krone anzutragen.

Ehrgeiz war damals wohl nur für wenige Juden die Triebfeder ihrer politischen Tätigkeit⁷⁸. Heinrich Simon z. B. lehnte die ihm angetragene Würde des Vorsitzenden der Nationalversammlung ab, konnte sich jedoch späterhin einem schweren Amt nicht entziehen: Nach Übersiedlung der Reste der Nationalversammlung, des sogenannten Rumpfparlaments, nach Stuttgart und nach Rücktritt des Erzherzogs Johann von seinem Posten als Reichsverweser, wurde Simon in die Fünfer-Kommission gewählt, der die zeitweilige Rolle der Verweserschaft über Deutschland zugeordnet war. Hierbei handelte es sich jedoch kaum um mehr als eine leere Demonstration des Rumpfparlaments, das bald darauf dem Militär weichen mußte. Heinrich Simon und einige seiner Kollegen sahen sich gezwungen, aus Deutschland zu fliehen. Simon wurde in Abwesenheit verurteilt, während Johann Jacoby und Fr. W. Levysohn sich ihren Richtern stellten und schließlich frei ausgingen.

Um die Aktivität der Juden während des „tollen Jahres“ in rechter Perspektive erscheinen zu lassen, hat man ihre Gesamtziffer mit der entsprechenden politischen Tätigkeit im Vormärz zu vergleichen. Eine Gegenüberstellung der Zahlen zeigt, daß in den kaum zwei Jahren der Revolution ebenso viele Juden in der großen Politik aktiv waren wie während der fast 34 Jahre seit dem Wiener Kongreß⁷⁹.

⁷⁸ Doch gab es auch Postenjäger, die sich ausdrücklich um Anstellung in den neu geschaffenen Ministerien bemühten. Der einzige von ihnen, der das erreichte und es bis zum Protokollführer des Ministerkollegiums brachte, war der getaufte Dr. Moritz Getz aus Frankfurt.

⁷⁹ Im Landesmaßstabe wirksam waren – gegenüber den 160 politisch Aktiven des gesamten Vormärz – ungefähr 150, die sich wie folgt zusammensetzten:

20 Zeitungsbesitzer, Redakteure und Mitarbeiter an weitverbreiteten Blättern.

66 Parlamentsabgeordnete und Ersatzmänner.

13 Erfolglose Kandidaten zu Parlamentswahlen.

51 Delegierte zu allgemeinen Kongressen.

1 Hoher Regierungsfunktionär.

Die österreichischen Parlamentarier sind in den Statistiken fortgelassen.

Im Vormärz besaßen nur wenige Juden einen Namen als Politiker. Daher erschienen, als sich die Teilnahme der Juden am politischen Geschehen während der Revolutionsjahre verstärkte, die meisten von ihnen erstmalig auf der politischen Bühne. Auch der Altersaufbau der politisch Tätigen beweist, daß eine neue Generation nachgerückt war: nur ungefähr ein Fünftel von ihnen hatte das vierzigste Lebensjahr überschritten und lediglich 4 % waren über fünfzig Jahre alt. Alle anderen gehörten zur Altersstufe unter vierzig, zu gutem Teil sogar zu der unter dreißig.

Am lokalen politischen Geschehen im „tollen Jahre“ beteiligten sich, soweit feststellbar, mehr als 600 Juden in 117 Städten⁸⁰ gegenüber 370 in 110 Städten im Vormärz. Nur vierzig von ihnen nahmen Stellungen von Stadtverordneten und Stadträten ein. Die Aktivität der großen Mehrzahl stand im Zusammenhang mit den revolutionären Zeitereignissen⁸¹.

Diesen relativ hoch erscheinenden Ziffern gegenüber ist aber einschränkend festzustellen, daß die Juden in 2000 Orten Deutschlands wohnten. Daran gemessen ist der Umfang der lokalen Aktivität denn doch als gering zu bezeichnen, zumal da die erwähnten vierzig Stadtverordneten und Räte *nicht* durchweg als Revolutionäre anzusprechen sind.

Die Zentren der lokalen Tätigkeit liegen auffallenderweise diesmal nicht in der Provinz Posen und in Oberschlesien, sondern in den zehn Großgemein-

⁸⁰ Die geographische Verteilung lokalpolitischer Tätigkeit, s. Anhang A 3.

⁸¹ Die Betätigungsfelder der Lokalpolitiker im Revolutionsjahr waren:

Wahlmänner und sonstige Aktivität bei Wahlen	166 =	26,0 %
Bürgervereine, politische Klubs	150 =	23,5 %
Bürgerwehr	45 =	7,0 %
Delegationen und Kommissionen	44 =	7,0 %
Munizipalämter	40 =	6,5 %
Lokalpresse	25 =	4,0 %
Leitende Teilnahme an Versammlungen	20 =	3,0 %
Arbeitervereine	20 =	3,0 %

510 = 80,0 %

An bewaffnetem Widerstand beteiligt waren:

Berliner Barrikaden und Zeughaussturm	24 =	3,5 %
Aufstände in Baden, Pfalz und Sachsen	63 =	10,0 %
Kämpfe in Schleswig-Holstein	30 =	4,5 %
Bewaffneter Widerstand in Posen	10 =	1,5 %
Septemberereignisse in Frankfurt	3 =	0,5 %

130 = 20,0 %

insgesamt 640 = 100,0 %

(Da sich einige Politiker sowohl in der Presse wie auch sonst öffentlich betätigten, kommt hier die Gesamtzahl von 640 heraus gegenüber den 609 Lokalpolitikern in Tab. A 3 im Anhang.)

den Breslau, Posen-Stadt, Königsberg, Hamburg-Altona, Köln, München, Fürth-Nürnberg, Mannheim und insbesondere in Frankfurt und Berlin, wo beinahe 60 % aller Politiker wirkten. Ähnlich bemerkenswerte Veränderungen beleuchtet ein Vergleich der Berufsstatistiken von Politikern, lokalen Revolutionären und Stadtverordneten⁸². Danach darf man annehmen, daß die lokalen Revolutionäre als Gruppe nun weniger den Munizipalpolitikern des Vormärz und der Jahre 1848/49 glichen, als vielmehr den aktiven Männern der großen Politik, da sie jetzt zu einem überwiegenden Teil aus den *freien Berufen* hervorgingen⁸³. Das wird noch weiterhin durch die Übereinstimmung der politischen Orientierungen der Landespolitiker und der revolutionären Lokalpolitiker bestätigt⁸⁴. Beide Gruppen gelangten zu fast völlig identischer Ausrichtung, die überdies den Orientierungen der Landespolitiker im Vormärz weitgehend entsprach.

Aus dieser Analyse ergibt sich, daß diejenigen Juden, die am lokalen Revolutionsgeschehen aktiv teilnahmen, *nicht* mit den Munizipalpolitikern und *nicht* mit der jüdischen Gesamtbevölkerung identifiziert werden können. Weiterhin folgt daraus, daß an den örtlichen revolutionären Ereignissen dieselben Gruppen der *Intellektuellen* teilnahmen, die auch im Bereich der Landespolitik tätig waren. Hingegen *verharrte die große Mehrheit der Kaufleute und Bankiers in politischer Passivität und distanzierte sich mehr oder weniger deutlich von der Revolution.*

⁸² Berufsstatistik der aktiven Politiker im Revolutionsjahre:

Beruf	Aktive Politiker im Landesmaßstab	Lokale Revolutionäre	Mitglieder munizipaler Körperschaften
Freie Berufe	83 0/0	63 0/0	15 0/0
Bank, Handel, Industrie	9 0/0	34 0/0	80 0/0
Andere Berufe	8 0/0	3 0/0	5 0/0

Ausführlichere Berufsstatistik der Landespolitiker, s. Anhang A 4.

⁸³ Eine auffallende Erscheinung innerhalb der freien Berufe war das prozentuale Ansteigen der Prediger, Rabbiner und Lehrer (9 0/0). Jedoch handelt es sich dabei um keine speziell *jüdische* Erscheinung. Im preussischen konstituierenden Landtag z. B. machten Lehrer und Geistliche sogar 19 0/0 aus. Interessant ist das Absinken der Zahl der Schriftsteller und Journalisten gegenüber dem Vormärz (von 22,5 0/0 auf 16 0/0). Aber die Revolution eröffnete eben auch den Journalisten neue politische Wirkungsmöglichkeiten.

⁸⁴ Die politischen Orientierungen der revolutionär Aktiven:

	Im Lokalmaßstab	Im Landesmaßstab
Konservative und Loyalisten	9 0/0 – 10 0/0	9 0/0
Gemäßigte Liberale	31 0/0 – 33 0/0	32 0/0
Radikaldemokraten	40 0/0 – 42 0/0	41 0/0
Sozialisten	18 0/0 – 20 0/0	18 0/0

Dieser Befund ist besonders wichtig für die Erhellung des Bildes der Orientierungen der jüdischen *Gesamtheit*. Er wird bekräftigt durch einen Blick auf die Stellungnahme derjenigen Politiker, von denen sowohl Berufe wie politische Parteinahme feststehen. Von den Angehörigen der Gruppe Bank, Handel und Industrie waren 21 % konservativ und loyalistisch gesinnt und 51 % neigten zum gemäßigten Liberalismus⁸⁵. Dagegen waren nur 7 % der Angehörigen freier Berufe konservativ, 51 % von ihnen aber sind als Radikale und 12 % als Sozialisten anzusprechen. Aus diesem erheblichen Unterschied darf gefolgert werden, daß die jüdische *Gesamtbevölkerung*, deren absolute Mehrheit zur Berufsgruppe Bank, Handel und Industrie gehörte, in ihren politischen Orientierungen noch stärker nach *rechts* tendierte als die Politiker, jedenfalls aber eine *passive*, die Ergebnisse der Revolution abwartende Haltung einnahm.

Die erhöhte jüdische Teilnahme an der Revolution bedeutete also im Grunde, daß sie ihre Anziehungskraft besonders auf jüdische *Intellektuelle* ausübte. So sinnvoll dieser Schluß auch erscheinen mag, so schwer ist er quellenmäßig zu belegen. Denn im März 1848 erweiterte sich der Kreis der Juden, die ihrer Revolutionsbegeisterung offen Ausdruck gaben, in einem solchen Maße, daß man in der Tat glauben könnte, als seien auch die vielen Loyalisten plötzlich in den Bann der Ereignisse gezogen worden, während sie sich in Wahrheit nur noch ängstlicher als früher aller entschiedenen Meinungsäußerungen enthielten. Das Verhältnis zwischen den revolutionären Schwärmern und der passiven Gesamtbevölkerung soll daher in den folgenden Kapiteln noch eingehender betrachtet werden.

2. MESSIANISCHE SCHWÄRMER UND REVOLUTIONÄRE WIDER WILLEN

In den ersten Märztagen des Jahres 1848 wurden weite Kreise der jüdischen Bevölkerung Deutschlands nahezu über Nacht von einem revolutionären Taumel ergriffen, der mancherorts fast messianischen Charakter annahm. Bei vielen Juden, die die Ankündigung von Freiheit und Gleichheit als Zeichen der messianischen Zeit begrüßten, entsprach allerdings diese Erlösungserwartung nur einer allgemeinen Tendenz, abgestreifte religiöse Werte durch politische Dogmen abzulösen. Manche aber glaubten, voll tief religiöser

⁸⁵ Allerdings waren 7 % von ihnen Sozialisten, doch waren dies meist nicht selbständige Unternehmer, sondern Angestellte. Daß der Prozentsatz der zum Konservatismus neigenden aktiven Politiker aus dem Handelsstande nicht größer als 21 % war, ist leicht dadurch erklärt, daß der politische Konservatismus bereits im Sommer 1848 deutliche anti-jüdische Tendenzen aufwies, wodurch den Juden der offene Anschluß erschwert wurde.

Überzeugung, in der Revolution eine Art Manifestation des messianischen Zeitalters zu erkennen. Zu letzteren darf man wohl Leopold Zunz zählen, dem die Märzereignisse das „Weltgericht“ für die Unterdrückten und den anbrechenden „Tag des Herrn“ für die Welt bedeuteten¹. Was immer jedoch die Beweggründe für die neue politisch-messianische Ideologie waren – zu Beginn der Revolution mehrten sich in der jüdischen Öffentlichkeit die Stimmen, die eine Erlösungsbotschaft eigener Art formulierten: „Unsere Geschichte ist abgeschlossen und aufgegangen in die allgemeine, das Judentum lebt nur noch in seiner Selbständigkeit in der Synagoge und in der Wissenschaft.“²

Während man vor der Revolution nur in den zur extremen Reform neigenden jüdischen Kreisen die Erwartung eines persönlichen Messias als Fundament jüdischer Religiosität offen negierte³, hieß es jetzt sogar in gemäßigeren Kreisen: „Nicht lange, und der Messias, um den Jahrtausende hindurch gebetet worden, ist erschienen, und unser Vaterland ist uns gegeben; der Messias aber ist die *Freiheit*, unser Vaterland: *Deutschland*.“⁴

Die Identifizierung deutscher Freiheit und jüdischer Gleichberechtigung und der Beginn ihrer Verwirklichung während der Revolution erhielten also eine messianische Interpretation. Der „Orient“ drückt das, recht selbstbewußt, folgendermaßen aus:

„Pressfreiheit, Volksbewaffnung, deutsches Parlament, . . . und das Sprengen der Fesseln jüdischer Deutscher, die völlige Emanzipation Israels, kann und darf nicht ausbleiben. Die Schmach Deutschlands, die in der Judenfrage verkörpert ist, muß schwinden; mit deutscher eigener Knechtschaft muß auch das Helotentum Israels verschwinden. . . Die Emanzipation der Juden wird die Oriflamme wahrer deutscher Freiheit sein.“⁵

Dieser politische Neo-Messianismus der ersten Revolutionswochen beschleunigte das Abbröckeln der hergebrachten jüdischen Lebensformen. Während vor 1848 die Mehrheit der Juden sich noch als mehr oder weniger geschlossene Sondergemeinschaft in Deutschland empfunden hatte, machte sich in der Revolutionszeit ein fieberhaftes Bemühen geltend, fortan als jüdische Deutsche anerkannt zu werden. Selbst der streng-orthodoxe „Zionswächter“ begann, von „Wir deutsche Israeliten“ zu sprechen⁶. Wenn also sogar die Orthodoxie sich dieser Tendenz, sei es auch mit etwas anderer Betonung, näherte, so nimmt nicht wunder, daß sich die der Reform nahestehenden Gruppen

¹ Glatzer, Zunz and the Revolution, S. 129 f.

² Orient 1848, Literaturblatt, Nr. 28, Sp. 437.

³ In Frankreich und in Holland hatte man schon während der französischen Revolution den Messias-Glauben politisch umgedeutet. Doch die Juden Deutschlands gaben im allgemeinen erst während der Revolution von 1848 solchen Gedanken häufigen und öffentlichen Ausdruck. Riesser hatte allerdings bereits 1831 in seiner Schrift gegen Paulus erklärt, daß „der Glaube an die Macht und den endlichen Sieg des Rechten und des Guten . . . unser Messiasglaube“ sei (Schriften II, S. 89).

⁴ Orient 1848, S. 257. Hervorhebung im Original.

⁵ AaO, S. 81 f.

⁶ TZ 1849, S. 5.

jetzt ostentativ als „israelitische Deutsche“ oder als „jüdische Deutsche“⁷ bezeichneten.

Mit der revolutionären Zeitenwende und der vollen Gleichsetzung der jüdischen und der deutschen Interessen durch viele gebildete Juden schienen alle jüdischen Sonderprobleme ihre Existenzberechtigung verloren zu haben. Die Sprecher der Juden jedenfalls verkündeten, daß von nun an die Angelegenheit der „vollkommenen politisch-bürgerlichen Gleichstellung aller Religionsbekenntnisse“ nur noch als eine „deutsche Frage“⁸ neben anderen deutschpolitischen Problemen anzusehen sei: „Wir erkennen unsere Sache fortan als keine besondere mehr, sie ist eins mit der Sache des Vaterlandes, sie wird mit dieser siegen und fallen . . . Wir sind und wollen nur Deutsche sein! Wir haben und wünschen kein anderes Vaterland als das deutsche! Nur dem Glauben nach sind wir Israeliten, in allem Übrigen gehören wir aufs Innigste dem Staate an, in welchem wir leben.“⁹

Wenn demnach die jüdischen und die deutschen Angelegenheiten als zusammengehörig betrachtet und gemeinsam entschieden werden sollten, ließ sich daraus, wie der „Orient“ recht emphatisch schrieb, das Recht, ja sogar die Pflicht ableiten, aktiv für die Revolution einzutreten und für die Verwirklichung ihrer Ziele zu kämpfen:

„Israel, sei tätig! Schlafe und schlummere nicht! Indem Du für die freieren Institutionen Germaniens heiß mitringst und mitkämpfst, indem Du mit Deinem Herzblut in hinreißender Begeisterung für freie Gestaltung Deutschlands tätig bist, vergiß auch nicht der Ghetti Deiner Glaubensbrüder, welche mehr unser deutsches Vaterland als Israel entehren; vergiß nicht auf gesetzlichem Wege gegen die Sklavengesetze anzukämpfen, unter welchen Hunderttausende Deiner Brüder seufzen. . .“¹⁰

Diese Gleichsetzung von Revolution und Emanzipation geschah auch durch diejenigen, deren Judesein längst allen Inhalts bar war. Levin Goldschmidt beispielsweise, der sich seiner „religiösen Anschauung nach *nicht* Jude“ nannte, pries die Chance, die es nunmehr dem Juden möglich mache, dem ihm wünschenswert erscheinenden Weg zu folgen, denn „auch er braucht sein Glück nicht mehr mit Abschwörung seines Glaubens zu erkaufen“¹¹.

Aber nicht nur die junge Generation der aktiven Politiker, denen „der Reichtum einer neuerworbenen *Bildung* . . . jedes Interesse am Judentum nahm“¹², begeisterte sich für die jüdische Gleichberechtigung, ohne sich um das Schicksal jüdischer Inhalte zu sorgen. Verantwortliche Führer des vor-

⁷ AZJ 1848, S. 204; Orient 1848, S. 81.

⁸ S. Begleitschreiben der Leipziger jüdischen Gemeinde für Dr. Julius Fürst, der als Delegierter des Preußenvereins zum Vorparlament nach Frankfurt entsandt wurde, HUBFF/Nachlaß Jucho 5.

⁹ AZJ 1848, S. 210.

¹⁰ Orient 1848, S. 82.

¹¹ Goldschmidt, Lebensbild, S. 27 und S. 111. Hervorhebung von mir.

¹² R. Weltsch, Introduction to YLBI II, 1957, S. XXVI. „Bildung“ deutsch im englischen Text.

märzlichen Emanzipationskampfes wie Gabriel Riesser vertraten nun gleichfalls die These, daß das Judentum „in bürgerlicher Hinsicht nichts mehr will als in Deutschland aufgehen“, und daß infolge der neuen Rechtsgleichheit „die Ehen gemischt werden und die Religion nicht mehr eine bleibende und unüberwindliche Scheidewand der Stammeseinigung“ sein dürfe¹³.

Entfremdung von den Wurzeln des Judentums kennzeichnete im Wirbel der Revolution in gleicher Weise die Politiker, die schon, wie Levin Goldschmidt und Gabriel Riesser, in zweiter oder dritter Generation in deutscher Kultur aufgewachsen waren, wie auch Menschen vom Schlage Berthold Auerbachs und Eduard Laskers¹⁴, die noch im altjüdischen Lehrhaus ihre Erziehung genossen hatten. Nicht so sehr in radikaler Loslösung durch Taufe als in völligem Aufgeben jüdischer Inhalte und Formen, in totaler Indifferenz dokumentierte sich die geistige Wendung, die viele von den Besten erfaßte und den Rest in „Ratlosigkeit und Verwirrung“¹⁵ zurückließ. Bald begannen jüdisch-bewußte Männer zu befürchten, daß „die vom Geiste der Zeit durchwehte Jugend . . . gänzlich abfallen“¹⁶ und deshalb auch auf alle autonomen Gemeinde-Institutionen freiwillig verzichten würde. Tatsächlich erklärte der „Orient“ in einem großen Aufsatz:

„Die phantastisch-romantischen Ausdrücke von dem geschichtlichen Boden des Judentums . . . sind leere Worte. . . Wir sind Bürger, obgleich Juden . . . und wenn jetzt der Jude in allen diesen Dingen sich abzuschließen fortfährt, . . . so ist er eine ewige Rückschrittskreatur und jeder Freiheit unwert. . .“¹⁷

Dieser Revolutionsmessianismus zeitigte demnach zwei Ergebnisse, die das jüdische Leben in Deutschland grundlegend beeinflussten: vollständige *Konfessionalisierung* des Judentums und bewußte Lossagung von stammesmäßigen Bindungen¹⁸. Infolgedessen wandte sich eine immer mehr wachsende

¹³ Riesser, Schriften IV, S. 405.

¹⁴ Über Auerbach, s. *Baron*, Impact, S. 227 f. und weiter unten im Text. Über Lasker s. Abschn. C.

¹⁵ *L. and A. Zunz*, S. 223.

¹⁶ *AZJ* 1848, S. 326.

¹⁷ *Orient* 1848, S. 329 f. Der Aufsatz nimmt Stellung zu dem eine entgegengesetzte Meinung vertretenden Aufruf von Zunz, Sachs u. a. (aaO).

¹⁸ Auch der Präzeptor der Neo-Orthodoxie, Samson Raphael Hirsch, formulierte eine Theorie des rein geistigen Charakters des jüdischen Seins, welche die Annahme der politischen Gleichberechtigung möglich machte. Hirsch betonte die „Pflicht soviel wie immer möglich, sich dem Staate anzubürgern, der uns aufgenommen; des Staates Zwecke zu fördern und das eigene Wohl nicht als getrennt von des Staates Wohl zu achten. Dieses Anschließen überall an die Staaten ist ja auch, dem Geiste des Judentums unbeschadet, möglich; denn jenes frühere selbständige Staatsleben war ja auch nicht Wesen und Zweck der Volkstümllichkeit Jissroels, war ja auch nur Mittel zur Lösung seines geistigen Berufes. Nie war Land und Boden sein Einigungsband, sondern die gemeinsame Aufgabe der Thauröh . . . Eben dieser rein geistigen Natur der Volkstümllichkeit Jissroels halber ist es darum auch überall zum innigen Anschluß an Staaten fähig“ (Brief 16 seiner „19 Briefe“). Damit hatte S. R. Hirsch seinen orthodoxen Anhängern den Weg in die Konfessionalisierung gewiesen. Die Alt-Orthodoxen, die weiterhin Emanzipation und Konfessionalisierung ablehnten, um die „von

Zahl von Juden ostentativ von jeglicher Teilnahme am jüdischen Gemeinschaftsleben ab. Besonders kraß trat diese Ignorierung jüdischer Interessen durch die Juden selbst in ihren Reaktionen auf die antijüdischen Ausbrüche zutage, die im ersten Monat der Revolution in vielen Gemeinden Deutschlands häufig vorkamen, und die an Umfang und Heftigkeit bei weitem die Hep-Hep-Stürme des Vormärz übertrafen¹⁹.

Die jüdischen Zeitungen versuchten, in ihrer Berichterstattung das Ausmaß der judenfeindlichen Ausschreitungen nicht zu sehr hervorzuheben, um der erwünschten Identifizierung von jüdischen und deutschen Interessen nicht entgegenzuwirken. Die AZJ mahnte in einem Leitartikel, doch nicht „den Kern des Volkes“ zu beschuldigen, wenn im entlegenen „Winkel... einige Unruhen gegen die Juden stattgefunden“ hätten²⁰. Der „Orient“ sprach zunächst überhaupt nur von Unruhen „gewerblicher Natur“²¹ und bezeichnete später beschönigend²² die neue Freiheit als eine „ungezogene Tochter, die um sich schlägt“²³. Ähnlichen Überlegungen entsprang wahrscheinlich auch die Äußerung des Lehrers Philipp Ehrenberg in Wolfenbüttel, der in der Lokalpolitik seiner Stadt eine gewisse Rolle spielte: „Einzelne Excesse, selbst gegen Juden, kümmern mich nicht; sie werden reichlich aufgewogen.“²⁴

Auf gleicher Linie liegt die Erklärung Berthold Auerbachs in einem Brief an seinen Schwiegervater, wenn er schreibt, daß man die Ausschreitungen gegen die Juden von „größeren Gesichtspunkten ... als gelegentliche ‚Tölpelleien‘“ betrachten müsse²⁵. Leopold Zunz drückte seine Meinung dahingehend aus, daß „die Pöbelstürme... spurlos wie anderer Unfug vorübergehen“

Gott selbstgezogene Scheidewand“ (TZ 1849, S. 5) zwischen Juden und Nichtjuden aufrecht zu erhalten, waren von da an in Deutschland eine kleine Minderheit.

¹⁹ Besonders in Baden, Oberfranken, Oberschlesien und Posen nahmen die antijüdischen Ausschreitungen erhebliche Ausmaße an und brachten schwere Schäden an Gut und Blut mit sich. Vielleicht kam es auch in Niederschlesien zu Ausschreitungen, doch sind ihre Spuren verwischt (Schlesische Ztg. 1848, S. 703). In Posen, und wahrscheinlich auch in Oberschlesien, waren die Unruhen durch die gespannten Verhältnisse zwischen Polen und Deutschen verursacht. In den anderen Bezirken bestand eine Ursache der Angriffe tatsächlich in der gedrückten sozialen Lage der deutschen Bevölkerung, so in Köln, wo man gegen Fremde, die die Arbeit wegnähmen, protestierte (Reppen, S. 53). Für Hessen und Baden schildert V. Valentin I, S. 344, 355 f. die Not der Agrarbevölkerung und stellt fest, daß die „Agrarrevolten überall als Judenverfolgungen“ begannen. Ausschreitungen sind für 9 Orte in Hessen, 2 Orte in Württemberg, 22 Orte in Baden, 10 oder mehr Orte in Bayern, 12 Orte in Posen und 5 Orte in Oberschlesien belegt. Teilweise Zusammenstellung s. E. Sterling, Er ist wie Du, S. 191 f. und A. Lewin, S. 280. Von zeitgenössischen Q. vgl. AZJ 1848, S. 175 f., 195, 222 f., 240, 260, 274, 309, 317, 320, 399. Orient 1848, S. 130, 139 ff., 162, 172, 180 f., 248, 324.

²⁰ AZJ 1848, S. 187.

²¹ Orient 1848, S. 88.

²² AaO, S. 98.

²³ Beide Zeitungen erklären die Reaktion für mitschuldig an den Ausschreitungen und erzählen, daß in Hamburg und Berlin Geld unter die Massen verteilt worden sei, um sie zu antijüdischen Krawallen aufzuwiegen. AZJ 1848, S. 390; Orient 1848, S. 218 f.

²⁴ L. and A. Zunz, S. 201.

²⁵ Bettelheim, S. 212.

würden, während die „Freiheit bestehen bleiben“²⁶ werde. Diese Äußerungen seriöser Männer wiegen um so schwerer, als sie in Privatbriefen gemacht wurden, also keiner öffentlichen Meinung Rechnung zu tragen brauchten.

Je radikaler die politische Position war, die von Juden bezogen wurde, desto eindeutiger trat wohl bei ihnen die Abkehr von den jüdischen Bindungen in Erscheinung²⁷. Bei diesem Entfremdungsprozeß fällt eine eigentümliche Entwicklung ins Auge. Einige Radikale bezeichneten ihre politische Aktivität geradezu als eine andere *Ausdrucksform der Religiosität*. So etwa ganz deutlich Ludwig Bamberger: „Man geht in den demokratischen Verein, wie der Fromme in die Kirche.“

In einer Rede im Jahre 1848 entwickelt er diesen Gedanken sogar in größerer Ausführlichkeit:

„Woher schöpft die Religion ihre riesige Ausbreitungs- und Widerstandskraft? Daraus eben, daß sie das ganze menschliche Dasein durchdringt, daß es keinen Akt des Lebens gibt . . ., den sie nicht in seinem innersten Wesen durchziehe. In solcher Weise muß das politische und soziale Streben Religion werden!“²⁸

Wenn dann Heinrich Simon dem „geoffenbarten Glauben“ den „außerordentlichen Wert“ einer „nicht geoffenbarten Religion“ überordnete²⁹, konnte er damit sehr wohl das allgemeine menschliche und politische Freiheitsstreben meinen. In diesem Sinne verfaßte Ferdinand Falkson ein Gedicht, dessen letzte Zeilen lauten:

„Den sie mit Schmach und Haß beluden,
Starr fanden sie den ew'gen Juden.
Kaum bieten Lind' rung sie den Schmerzen,
Erlöschen schon des Tempels Kerzen.
Der Mensch erkennt selbstbewußt
Den Gott in seiner eig'nen Brust,
Der Haß läßt sich nicht länger fristen,
Und aus dem Juden, aus dem Christen
Erhebet sich der *Mensch* mit Lust.“³⁰

Das Verlöschen der Tempelkerzen bezeichnet die Eklipse der alten geoffenbarten Religion, und die neue Religion wird durch „der Freiheit süßes Wort“ verkündet, das die Menschen in revolutionärer Brüderlichkeit und Gleichheit den Gott in der eigenen Brust finden läßt. Entsprechendes drückte Julius Brill in einer Berliner Arbeiterversammlung mit den Worten aus: „Die Hülfe

²⁶ Glatzer, *Zunz and the Revolution*, S. 132.

²⁷ Eine Ausnahme machte nur Leopold Zunz.

²⁸ *L. Bamberger*, *Erinnerungen*, S. 118 und S. 146.

²⁹ *Jacoby*, *Simon II*, S. 161 f.

³⁰ Das Gedicht ist auf die Parabel vom Wanderer aufgebaut, dem der Sturm den Mantel nicht entreißen kann, den dann aber die wärmenden Strahlen der Sonne alsbald von seinen Schultern gleiten lassen.

für die Menschheit kommt aus ihr selbst. Jeder hat den Heiland in seiner Brust!“³¹

Die Religiosität wurde also ihrer transzendentalen Bedeutung entkleidet³². Der politische Freiheitskampf sollte von nun an der einzig wahre Gottesdienst sein. Das politisch-religiöse Credo, das damals der junge Leopold Sonnemann niederschrieb, spiegelt ebenfalls diese neuen Vorstellungen wider: „Ich glaube an die Möglichkeit einer völligen Völkerfreiheit, an eine einstige irdische Glückseligkeit . . . dem gesunden Menschenverstand gemäß . . . Ich glaube, daß diese Glückseligkeit . . . nur durch die Einführung der Demokratie in Form der sozialen Republik mit dem System der Gemeinschaft einstens zu erreichen ist.“³³

Dieses Glaubensbekenntnis formulierte er wenige Wochen nach einer religiösen Krise, die mit der demonstrativen Abwendung von den jüdischen Religionsgesetzen geendet hatte³⁴. Freiheitsstreben und soziale Politik als Religionsersatz gehören somit zum Bilde des neuen weltlichen Messianismus und seiner Loslösung von traditionellen Lebensformen.

Allerdings beinhalteten die Definitionen von Freiheit und sozialer Politik, zu denen man in den Kreisen der gemäßigten Liberalen, der Demokraten und der Sozialisten gelangte, keineswegs das gleiche. Zwar trat im ersten Freiheits-taumel noch der gemeinsame Wille in den Vordergrund, zunächst einmal das alte Regime zu ändern³⁵, aber schon bei den ersten praktischen Schritten ergaben sich Meinungsverschiedenheiten, die bald zu einer Trennung der Wege führten.

Einen der Streitpunkte bildete die Frage des Wahlrechtes zu den parlamentarischen Körperschaften der Revolution. Hier schieden sich die Ansichten genau nach den alten Parteilinien. Riesser, als getreuer Vertreter des gemäßigten Liberalismus, unterstützte den Gedanken des beschränkten, sogar des indirekten Wahlrechtes, während der Demokrat Jacoby sich für direkte und allgemeine Wahlen einsetzte. Riessers Begründung für die Wahlrechtsbeschränkung war, daß unter Umständen „das völlig schrankenlose direkte Wahlrecht

³¹ In: *E. Bernstein, Geschichte I*, S. 30.

³² Man denke an *Heines* Vers: „Wir wollen hier auf Erden schon / das Himmereich errichten“ (Deutschland, ein Wintermärchen).

³³ *Sonnemann, Jugendgeschichte*, S. 77.

³⁴ *AaO*, S. 53–55. Er hatte öffentlich die jüd. rituellen Speisegesetze mißachtet.

³⁵ Die „Wünsche“, die nach einer Versammlung in Berlin von einer Delegation, der auch Löwenberg und Dr. Löwinsohn angehörten, dem preußischen König überreicht werden sollten, können als Muster für die vorherrschenden Bestrebungen angesehen werden: a) Uneingeschränkte Pressefreiheit – b) Vollständige Redefreiheit – c) Sofortige und vollständige Amnestie aller wegen politischer und Pressevergehen Verfolgten – d) Freies Versammlungs- und Vereinigungsrecht – e) Politische Gleichberechtigung aller, ohne Rücksicht auf religiöses Bekenntnis und Besitz – f) Geschworenen-Gerichte und Unabhängigkeit des Richterstandes – g) Verminderung des stehenden Heeres und Einführung der Volksbewaffnung – h) Allgemeine deutsche Volksvertretung. Vgl. *A. Wolff*, S. 12–18, insbes. S. 13.

der Freiheit mehr noch als der Ordnung gefährlich werden könnte“. Daher appellierte er an die Nationalversammlung, ihr Werk nicht „auf die einzige Spitze der Lehre vom allgemeinen Wahlrecht“ abzustellen³⁶. Ihm entgegnete Fr. W. Levysohn aus Grünberg, von der Parteigruppe Jacobys, indem er erklärte: „Sie wissen, daß ich als Demokrat für das allgemeine Stimmrecht und für die direkte Wahl bin . . . Die Gleichheit vor dem Gesetze haben wir verkündet, und hier gleich bei dem Wahlgesetze wollte man eine ungerechtfertigte Ausnahme einführen?“³⁷

Eine ähnliche Meinungsstaltung nach Parteien offenbarte sich in bezug auf das Verhalten zu den Fürstenregierungen, die von der Revolution nicht beseitigt worden waren. Während die Demokraten auf grundsätzlicher Opposition zu diesen Regierungen bestanden, die sie verdächtigten, insgeheim reaktionäre Pläne zu verfolgen, zeigten sich die gemäßigten Liberalen willig, auf viele ihrer Grundforderungen zu verzichten, wenn auf diese Weise die Unterstützung durch die bestehenden Regierungen hinsichtlich des Hauptpunktes – der Einigung Deutschlands auf gemäßigt konstitutioneller Basis – gesichert werden könnte. Auf Grund solcher Erwägungen sprach sich auch Moritz Veit, der Riessers Anschauungen nahestand, im November 1848 für die Verlegung des preußischen konstituierenden Landtages von Berlin nach Brandenburg aus und veröffentlichte sogar einen Aufruf „An meine preußischen Mitbürger“, in dem er diese Maßnahme als Schutz des Landtages „gegen die Eingriffe der Massen“³⁸ rechtfertigte. Gegen einen solchen Schritt interpellierte jedoch Fr. W. Levysohn in der Frankfurter Nationalversammlung mit der Anfrage: „Was ist geschehen, um die dem preußischen Volke zugesagten und verheißenen Rechte und Freiheiten gegen jeden Versuch einer Beeinträchtigung zu schützen und die schon vorgekommenen Beeinträchtigungen abzustellen?“³⁹

Doch handelte es sich hierbei mehr um die Methode der praktischen Politik als um anschauungsmäßige Gegensätze. In den theoretischen Grundlagen waren sich die jüdischen Politiker, das darf wohl festgestellt werden, im allgemeinen ziemlich einig. Die grundsätzliche Frage der Einigung Deutschlands jedenfalls enthielt für die Parteien kaum irgendwelchen Konfliktstoff.

Sicher stimmten nicht alle⁴⁰ mit den überschwänglichen Worten Gabriel Riessers überein, wenn er die Einheit Deutschlands als „Gedanken unseres Lebens“ und als „feurigen Traum unserer Jugend“ bezeichnete⁴¹, aber praktisch akzeptierten selbst auch die radikalsten Demokraten in dieser oder jener Form die Grundforderung, die in der Einigung Deutschlands bestand. Ludwig Bamberger, obgleich er im Jahre 1848 zum Sozialismus tendiert hatte, erklärte

³⁶ Riesser, Schriften IV, S. 465 und 505.

³⁷ Grünberger Wochenblatt, 26. 2. 1849, Brief Levysohns.

³⁸ BUAFF/Nachlaß M. Veit, Mappe 2, Flugblatt der Nationalversammlung.

³⁹ BUAFF/RMI fasc. 6, D. 69.

⁴⁰ Über jüd. Kosmopolitismus, vgl. weiter unten.

⁴¹ Riesser, Schriften IV, S. 427.

damals in einem Leitartikel in der Mainzer Zeitung, daß „nichts wünschenswerter sei, als Deutschland in einen einzigen Staat verwandelt zu sehen“⁴². Dasselbe sagte der „Rothrepublikaner und Hauptjude“ Fr. W. Levysohn, wenn er die Abgeordneten der Paulskirche aufforderte, „sich des Zweckes zu erinnern, um deswillen sie hier anwesend sind, nämlich die Einheit Deutschlands zu begründen“⁴³.

Auch im Lager der jüdischen Sozialisten fehlte es nicht an Stimmen, die ein geeintes Deutschland zu bejahen bereit waren, sofern es den sozial benachteiligten Schichten tatkräftige Hilfe verbürge. Eine solche Auffassung veranlaßte Andreas Gottschalk aus Köln zu den programmatischen Sätzen: „Wir wollen die Einheit des großen Vaterlandes . . ., glauben innig und fest an die große Zukunft des deutschen Volkes . . . lassen Sie uns sorgen, daß auf deutscher Erde keiner mehr elend ist!“⁴⁴

Was nun die Frage der zukünftigen Staatsform des geeinten Deutschlands angeht, so treten auch hierbei die Abgrenzungen der Parteien nicht ohne weiteres klar zutage. Es ließe sich beispielsweise nicht einfach konstatieren, die Demokraten seien automatisch Republikaner, die gemäßigten Liberalen selbstverständlich Monarchisten gewesen. Eher trifft zu, daß viele der gemäßigt-konstitutionellen Politiker, ebenso wie die Demokraten, theoretisch die *Republik* für die ideale Staatsform hielten, wenn sie sich auch ihrer sofortigen Ausrufung aus praktischen Gründen widersetzen. In den Briefen Levin Goldschmidts findet sich z. B. diese theoretische Bevorzugung der republikanischen Staatsform⁴⁵, wobei er sich zugleich von der *praktisch*-politischen Linie der Linken abgrenzte. Auch in den Reden Gabriel Riessers lassen sich republikanische Gedankengänge nachweisen, obwohl er die Republik in der Praxis ablehnte. In der berühmten Kaiserrede in der Nationalversammlung belegte er die erbliche Monarchie mit dem geringschätzigen Beiwort „Adoptivkind der politischen Vernunft“⁴⁶. Weitere ähnliche Äußerungen von ihm verstärken den Eindruck, er habe der Erbmonarchie nur als dem kleineren Übel zugestimmt. Das bestätigt die von ihm überlieferte Bemerkung, „daß die Republik, obgleich die ideal vollkommenste Regierungsform, für jetzt noch ungeeignet für die deutschen Zustände ist“⁴⁷.

In der *Praxis*, wie gesagt, unterstützten jedoch sogar Links-Demokraten die monarchistische Lösung für das geeinte Deutschland. Das erklärt den paradoxen Fall, daß gerade die Gruppe um den im allgemeinen intransigenten Heinrich Simon⁴⁸ durch ihre Stimmen in der Schlußabstimmung der National-

⁴² L. Bamberger, *Erinnerungen*, S. 38.

⁴³ Grünberger Wochenblatt, 26. 10. 1848, Brief Levysohns. Die vor dem Zitat aufgeführten Beiworte für L. sind einem anonymen Brief Grünberger Bürger an H. v. Gagern (BUAFF/RMI, fasc. 28/63) entnommen.

⁴⁴ *Reppen*, S. 23.

⁴⁵ *Goldschmidt*, *Lebensbild*, S. 44.

⁴⁶ *Riesser*, *Schriften IV*, S. 534 f.

⁴⁷ In: *Friedländer*, S. 98.

⁴⁸ Interessanterweise sah sich daraufhin gerade der gemäßigte M. Veit genötigt, in einer Presse-Erklärung Heinrich Simon gegen die Anschuldigung zu verteidigen,

versammlung den Ausschlag für das Angebot der deutschen Kaiserkrone an den Preußenkönig Friedrich Wilhelm IV. gab. Nachträglich sprach sich dann auch der Demokrat Levysohn aus Grünberg mit Genugtuung für die monarchistische Lösung der deutschen Frage aus⁴⁹.

Andererseits wurde der negative Ausgang der Verhandlungen mit dem preußischen König durch die Entscheidung der gemäßigten Liberalen Eduard Simson und Gabriel Riesser sozusagen besiegelt. Beide hatten die Bedingungen Friedrich Wilhelms IV. für die Annahme der Krone entgegenzunehmen. Ihnen war auferlegt worden, die Antwort des Preußenkönigs dahingehend zu beeinflussen, daß mindestens die Fortsetzung des Kontakts zwischen der Nationalversammlung und dem König gesichert bliebe. Riesser bemühte sich bis zum letzten Moment, eine gesamtdeutsche Lösung zu fördern. Als aber schließlich die Bedingungen Friedrich Wilhelms vorlagen, mußten er und auch Simson diese ablehnen, da die Antwort des Königs, „indem sie die gesamte Verfassung in Frage stellte und als eine durch die Fürsten umzubildende bezeichnete, der Wahl . . . alle und jede Grundlage entzog“⁵⁰. Diese Entscheidung wurde von den gemäßigten Liberalen und von den Radikalen wie Simon, Jacoby und Levysohn ebenfalls gut geheißt⁵¹. Damit war das Einigungswerk an der mangelnden Bereitschaft des Königs gescheitert, ein Minimum konstitutioneller Freiheit zu konzedieren.

Die Frage des Verhältnisses von Einheit und Freiheit hatte bereits im Vormärz die Politiker theoretisch beschäftigt. In der Revolution nahm die Auseinandersetzung konkretere Formen an, und auch jüdische Politiker diskutierten heftig darüber, ob und wie die „freiheitliche Einigung“ verwirklicht werden könne, und ob man der Freiheit oder der Einheit den Vorrang zu geben habe.

Für Präzedenz der Freiheit und Brechung der reaktionären Gewalten als *Vorbedingung* der Einigung kämpfte Johann Jacoby, der bei dem Auseinandergehen des Rumpfparlamentes das Fazit zog: „So ist die erste Periode der deutschen Revolution vollendet und hat dem Volke keinen anderen Vorteil als den der Selbsterkenntnis gebracht, zugleich aber auch die Lehre erteilt, daß jede Revolution verloren ist, welche die alten wohlorganisierten Gewalten neben sich fortbestehen läßt.“⁵²

Seine Worte implizierten die Warnung, daß Reaktion und Militarismus es niemals mit der Freiheit ernst meinen könnten und darum alle Einigungsversuche auf dieser Grundlage unterdrücken würden. Diese Einsicht machte

er habe an einem unfeinen Kuhhandel teilgenommen. BUAFF/Nachlaß Veit, Mappe 2, eigenhändiger Entwurf v. 23. 3. 1849.

⁴⁹ Grünberger Wochenblatt, 28. 3. 1849, Brief Levysohns.

⁵⁰ Riesser, Schriften IV, S. 575 f.

⁵¹ In der Praxis hingegen schieden sich ihre Wege. Während Veit, Riesser und die ihnen Nahestehenden aus der Versammlung demissionierten, schlossen sich Simon, Jacoby und Levysohn dem „Rumpfparlament“ an.

⁵² BUAFF/Nachlaß Jacoby, Brief an H. Simon, Juni 1849.

Jacoby und seine Anhänger zu prinzipiellen Gegnern des monarchistischen und autoritären Herrschaftssystems, und sie gaben ihre Gegnerschaft auch dann nicht auf, als dieses System schließlich die ersehnte Einheit verwirklichen half.

So konsequenter Widerstand blieb aber auf einen kleinen Kreis beschränkt. Die große Mehrheit der aktiven jüdischen Politiker war, wie zuvor geschildert, in der Praxis bereit, die demokratisch-republikanischen Prinzipien zurückzustellen und in der gemäßigt-konstitutionellen Monarchie eine ausreichende Bürgschaft für die Wahrung der bürgerlichen Freiheit und einen sicheren Wegbereiter der endlichen Einheit⁵³ zu sehen.

Demgegenüber neigte im Revolutionsjahre nur eine ganz geringe Minderheit der jüdischen Politiker zur bedingungslosen Aufgabe der Freiheit zugunsten der Einheit. Möglicherweise hat man Moritz Lazarus zu ihnen zu rechnen, der im Jahre 1850 das preußische Hegemoniestreben in Deutschland rechtfertigte, selbst wenn das zu Gewaltanwendung führen würde⁵⁴. Mit Sicherheit jedoch kann man nur von *einem* Juden sagen, daß er bereits im Revolutionsjahre der Einheit den Vorrang vor der Freiheit gab. Es war dies Philipp Ehrenberg, der im November 1848 schrieb: „... die deutsche Einheit ... steht mir noch höher als die Freiheit, weil in *ibr* allein die Garantie liegt für deren Festigkeit und Fortdauer.“⁵⁵

Seine Auffassung kam der Leitlinie der nationalliberalen Partei nahe, die sich im Jahre 1866 konstituierte und zu deren Begründern sehr viele Juden gehörten⁵⁶. Im Revolutionsjahre aber war man von der unbedingten Bevorzugung der Einheit noch sehr weit entfernt. Es gab damals Intellektuelle, denen die deutsche Einheit überhaupt nur als eine Station auf dem Wege zur Menschenverbrüderung etwas bedeutete. So verkündete der „Orient“ des Dr. Fürst beim Ausbruch der Revolution: „Ein Tag beginnt zu leuchten, ein Tag der Freiheit, der nicht den Nationen, sondern der *Menschheit* entgegenstrahlt.“⁵⁷ In visionärer Form schilderte der Prediger Gustav Philippson, ein entfernter Verwandter Ludwig Philippsons, seinen Glauben an die deutsche Einheit, an das Aufgehen der Juden in einer „Weltenkirche“ und an das Menschentum:

„Das Vespergebet begann und ein wohltuendes Gefühl war es für mich, meine Brüder innig und friedlich beten zu sehen, während die Völker da draußen über die Rechte der Menschheit sich streiten; und als der Vorbeter das Schema rezitierte, da dachte ich an unser Vaterland, an tausend Wunden blutend, an mein geliebtes Deutschland ... das da vereinigt werden soll zu einem großen Ganzen, an die Geschichte der Menschheit, an die Taten der Gegenwart, wie ein Menschentum wird

⁵³ Vgl. *Riesser*, Schriften IV, S. 415, 537 f.; *Jacoby*, Simon II, S. 24; *Simson*, S. 167 u. v. a.

⁵⁴ Vgl. *Lazarus*, Die sittliche Berechtigung Preußens, Vorwort nebst Nachschrift und S. 102–104.

⁵⁵ *L. and A. Zunz*, S. 212 f. Hervorhebung im Original.

⁵⁶ Darüber s. nächsten Abschnitt.

⁵⁷ *Orient* 1848, S. 92.

gegründet werden, eine Weltenkirche, zugänglich für alle Nationen, gegründet auf Liebe, Wahrheit und Einheit!“⁵⁸

Um die Synthese von Deutschtum, Judentum und Weltbürgertum ging es auch Ludwig Philippson, der dabei wagte, ganz offen gegen Nationalismus als Endziel aufzutreten. In einem Artikel in der AZJ schrieb er: „Es ist schlimm genug, daß in der Politik gegenwärtig die Nationalität zur hauptsächlichsten Frage geworden, daß die Sache der Freiheit nur die Sache der Nationalität geweckt hat, daß an die Stelle der Humanität die Nationalität sich aufgedrungen hat . . . Wir haben noch in diesem Augenblick die Synagoge nicht aus der jüdischen Nationalität heraus, und wollten ihr schon wieder eine neue aufprägen, nein!“⁵⁹

Gemessen an Strömungen des Vormärz wurden jedoch die allgemeinschlichen kosmopolitischen Tendenzen von den nationalistischen sichtlich zurückgedrängt. Je besser die Aussichten für einen Sieg von „Gleichheit und freier Einigung“⁶⁰ in Deutschland erschienen, desto schwächer klangen die universalistischen Stimmen. Sobald dann, mit dem Fortschreiten der Ereignisse, im Winter 1848/49 sich der Weg „durch die Freiheit zur Einheit“⁶¹ als versperrt erwies, und die Einheit nur auf Kosten der Freiheit realisierbar schien, erstarkten die kosmopolitischen Strömungen von neuem, und man bemühte sich nachzuweisen, daß der Jude „minder der selbstischen nationalen und mehr der kosmopolitischen Freiheitsidee zugetan“ sei⁶².

Wenn jedoch der gemäßigt-liberale Ludwig Philippson und der Demokrat Julius Fürst, die sich theoretisch zum Universalismus bekannten, bei Ausbruch der Revolution in ihren Zeitungen ostentativ den Gedanken der deutschen Einheit durch fette Überschriften propagierten⁶³, so zeigt das nur wiederum die für die meisten jüdischen Politiker charakteristische Divergenz zwischen ihren Theorien und ihrem tatsächlichen Verhalten. Diese Divergenz ließ sie in aktuellen politischen Situationen keineswegs immer im Einklang mit ihren gemäßigt-liberalen oder radikalen Parteiideologien handeln.

Ähnlich stellen sich die Dinge auf der Grenzlinie zwischen den bürgerlichen und den sozialistischen Politikern dar. Es gab viele Bürgerliche, die zu einem utopischen Sozialismus neigten, ohne sich parteipolitisch festzulegen, wohingegen viele Sozialisten durchaus bereit waren, in praktischen Fragen mit den bürgerlichen Demokraten zusammenzugehen.

Das Anschwellen der Zahl der zum Sozialismus tendierenden Politiker wird wohl zum Teil auf die soziale Gärung zurückzuführen sein, die bereits vor Ausbruch der Revolution und in deren ersten Phasen überall spürbar wurde.

⁵⁸ AZJ 1848, S. 486, überschrieben: „Ein Phantasiestück“.

⁵⁹ AaO, S. 388.

⁶⁰ Riesser, Schriften IV, S. 392.

⁶¹ Veit, S. 13 f.

⁶² Orient 1848, S. 376.

⁶³ Beide Zeitungen änderten in der Revolutionszeit die Überschriften ihres Nachrichtenteils, die AZJ überschrieb ihn „Deutschland“, der „Orient“ – „Deutschlands vereinigte Staaten“.

Auch gemäßigte Liberale wurden in ihren Entschlüssen von der Schwere des Loses der arbeitenden Massen beeindruckt. Ludwig Philippson hatte den Mut, in der AZJ auf den Ernst des sozialen Problems und die Dringlichkeit seiner Lösung hinzuweisen, indem er betonte: „Sicher ist es, daß die große Bewegung in der Gesellschaft zum wesentlichen Inhalte die soziale Umgestaltung hat.“⁶⁴

Um wieviel mehr noch mußten dann die jugendlichen Radikalen im Sozialismus den Weg zur Verbesserung der Verhältnisse sehen! Typisch für die Weltverbesserungspläne nach französisch-utopistischem Muster sind die Tagebucheintragungen des jungen Leopold Sonnemann. In der von ihm erträumten sozialen Republik werde Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit herrschen, und die Gleichheit solle auf dem Grundsatz aufgebaut sein, daß „niemand ein Recht auf Überfluß habe, solange noch nicht alle das Notwendigste hätten“. Späterhin nahm er noch mehr von den Lehren Cabets in sein Gedankengut auf⁶⁵.

Zu den von französischen Utopisten beeinflussten Männern gehörten auch Ludwig Bamberger, Julius Brill, Johann Jacoby, H. B. Oppenheim und Andreas Gottschalk. Letzterer war ursprünglich Marxist, machte sich während der Revolution aber von derartigen Gedankengängen frei und widmete sich fortan der Verwirklichung praktisch-sozialer Programme. In Köln forderte er das Recht zur freien Assoziation, das allgemeine aktive und passive Wahlrecht, Schutz der Arbeit, Garantie eines Existenzminimums und kostenlose Erziehungs- und Ausbildungsmöglichkeiten für alle⁶⁶. Julius Brill erhob in einer Arbeiterversammlung in Berlin ganz ähnlich lautende soziale Forderungen, die dem preußischen König unterbreitet werden sollten: Lohnerhöhung durch gütliche Übereinkunft mit den Meistern, Kürzung der Arbeitszeit zugunsten einer Volksbildung auf Kosten des Staates, sparsame Regierung, allgemeines Wahlrecht und die Einsetzung eines aus Fachleuten bestehenden Arbeitsministeriums⁶⁷.

Stephan Born, mehr als die anderen von Marx beeinflusst, besaß wohl ein ausgeprägteres politisches Bewußtsein als seine nur in vager Form zum Sozialismus neigenden Freunde⁶⁸. Nach seinem Programm wollten „die Arbeiter ihre Angelegenheiten selbst in ihre Hände nehmen ... Noch gäbe es keine geschlossene Arbeiterklasse in Deutschland, aber in der Zukunft sollte die Arbeiterklasse als eine ‚Macht im Staate‘ dastehen; die Organisation der Arbeit sei deshalb die erste Notwendigkeit, das Interesse der Arbeiter liege nicht mehr in der Hand einzelner Menschenfreunde, sondern in der Vereinigung der Arbeiter selbst, die vom Staate die Mittel der Fortentwicklung zu verlangen

⁶⁴ AZJ 1848, S. 426.

⁶⁵ *Sonnemann*, Jugendgeschichte, S. 58 und S. 77–79.

⁶⁶ *Reppen*, S. 21–23.

⁶⁷ *E. Bernstein*, Geschichte I, S. 28–30.

⁶⁸ Mit Ausnahme Lassalles, der damals aber aus persönlichen Gründen kaum hervortrat.

habe.“⁶⁹ Dabei rief Born nicht etwa zum sofortigen und unbedingten Klassenkampf auf, sondern er wollte sich durchaus mit den gesetzlichen politischen Mitteln zur Besserung der sozialen Lage der Arbeiterschaft begnügen.

Außer Born gab es unter den jüdischen Männern, die im Revolutionsjahre dem Sozialismus nahestanden, kaum praktisch-politische Kämpfer. Die meisten ließen es bei Theorien bewenden und unterschieden sich in ihrem tagtäglichen Auftreten so wenig von den „bürgerlichen“ Demokraten, daß – selbst bei Bamberger oder H. B. Oppenheim – schwer zu entscheiden wäre, ob sie zu den Sozialisten oder zu den Demokraten zu rechnen seien. Alles das zeigt, wie sehr auch bei den jüdischen Sozialisten Theorie und Praxis voneinander verschieden waren.

Zusammenfassend darf man daher wohl behaupten, daß nahezu alle jüdischen Politiker des Revolutionsjahres ein gemeinsames Kennzeichen trugen: In der *Theorie* waren sie intransigent; in der praktischen Politik aber neigten ebenso fast alle zu Mäßigung, zu Gewaltlosigkeit und somit zu Kompromissen, die der Anarchie entgegenwirken sollten.

Riesser sah deutlich den Konflikt „zwischen Freiheit und Ordnung“, den die Revolution heraufbeschwor, und verwahrte sich dagegen, die Ordnung als Sache der Regierungen, die Freiheit dagegen als die des Volkes aufzufassen:

„Wir, die wir in manchen Fällen auf der Seite der Ordnung gegen die Anarchie kämpfen, ... wir schöpfen die Liebe zur Ordnung ebenso aus dem Herzen des Volkes ... wie die Liebe zur Freiheit. Ich habe gegenüber meinen Wählern ebensogut von gesetzlicher Ordnung wie von Freiheit gesprochen, und ich werde niemals anders zu ihnen sprechen.“⁷⁰

Selbstverständlich war auch Ludwig Philippson davon durchdrungen, der wieder und wieder darauf hinwies, daß die Juden „nur in einer auf dem Rechte und der Volksfreiheit geordneten Staatsgesellschaft“ ihre neuerrungene Stellung wahren könnten⁷¹.

Einen weiteren Beleg der Prädisposition für Ruhe und Ordnung findet man in einem Privatbrief des Dresdner Gelehrten Bernhard Beer⁷². Bei Ausbruch der Revolution schon schrieb er, voller Besorgnis über die mögliche Entwicklung der Ereignisse: „Gott bewahre uns vor einem Rücksturz in Anarchie und Verwirrung.“ Und gegen Ende der Revolution argumentierte er gegen den Volksmann Zunz⁷³, daß das Volk „zuviel auf einmal wollte“ und nur Verwirrung gestiftet habe. Darum sei „es wohl nicht im Plane der Vorsehung, daß

⁶⁹ V. Valentin I, S. 534.

⁷⁰ Riesser, Schriften IV, S. 457.

⁷¹ AZJ 1849, S. 287.

⁷² Dr. Bernhard Beer, einer der Häupter der Dresdner jüd. Gemeinde, stand der Familie Zunz und Gabriel Riesser nahe. Mit letzterem verband ihn die politische Stellung. Mit Z. Frankel verband ihn dessen jüd. Einstellung. Frankel widmete ihm einen Nachruf in MGWJ 11, 1862, S. 81 ff. Die politische Tätigkeit Beers beschränkte sich auf gelegentliche Aufsätze, die anonym in sächsischen Zeitungen erschienen. Zit. Briefe, s. ZA, Mappe „Einzelne Couverts“, Nr. 11.

⁷³ Zunz dachte jedoch im Grunde ähnlich, s. Schriften I, S. 315 ff.

alles Volk gleich mündig und zum Herrschen mitberufen werde“. Auch er fürchtete wie Riesser, daß die „Anarchie“ die Erfolge der Revolution verschlingen könne, und dann würde sogar das „Prinzip der vollen Gleichstellung aller Culte . . . nicht im Stande seyn, uns zu trösten“. Er unterstrich seine Meinung mit dem Satz aus Jesajah 30, 15, der das Heil von Ruhe, Sicherheit und Vertrauen abhängig macht, und fügte dem hebräischen Text die Erklärung hinzu: „Überstürzungen stürzen gewöhnlich zurück.“

Aus der grundsätzlichen Neigung zu Ordnung und Ruhe erklärt sich paradoxerweise auch die theoretische Bevorzugung der Republik durch viele jüdische Politiker. Sie bezweifelten, daß das „Fortbestehen der alten wohllorganisierten Gewalten“⁷⁴ eine Garantie für Recht, Freiheit und Gleichheit biete, während ihrer Meinung nach gerade die Ablösung der alten Mächte, mindestens theoretisch, Ruhe und Ordnung herbeizuführen imstande sei.

Die Radikalen glaubten daran, daß „der sittliche Gesamtwille des Volkes“ siegen werde, und daß man in völliger Freiheit allein „das Recht, die Ordnung und die Ruhe“ schließlich als Idealzustand erwarten könne⁷⁵. Die Gemäßigten sahen darin eine schöne Theorie, fürchteten aber, daß in der Praxis die Massen des Volkes keine zuverlässigen Bundesgenossen sein und die rohen Instinkte der Menge in einer demokratischen Republik nicht genügend gezügelt werden könnten, um „Pöbelexesse“⁷⁶ und „blutige Herrschaft unter dem Vorwande der Freiheit“⁷⁷ zu vermeiden. So kam es, daß man sich, etwa mit Ausnahme der ganz extremen Linken, ziemlich allgemein der Illusion hingab, die konstitutionelle Erbmonarchie sei die einzige praktische Bürgschaft für das Bestehende.

Wahrscheinlich bestimmte gerade der Zweifel an der Lenkbarkeit der Massen auch Radikaldemokraten wie Zunz, Jacoby, Sonnemann dazu, keine praktischen Konsequenzen aus ihrer republikanischen Überzeugung zu ziehen. Die Tragfläche ihres Radikalismus war erschüttert, sobald das Wiedererstarken der Reaktion sie vor die Wahl stellte, sich der militanten Konterrevolution zu unterwerfen oder mit der Waffe in der Hand für die Republik zu kämpfen. In diesem Dilemma entschied ihre Furcht vor Anarchie, und sie rückten von Extremisten wie Bamberger, H. B. Oppenheim u. a. ab. Ruhe und Ordnung, Gleichheit und Freiheit waren für sie unabdingbar an Recht und Gesetz gebunden. Extremer Republikanismus hingegen schien ihnen der rechtlosen Gewalt die Schranken zu öffnen.

Die Sinnlosigkeit und Gefahr des Gewaltweges sah auch ein Radikaler wie H. B. Oppenheim in aller Nüchternheit und suchte die Flut zu dämmen, wenn

⁷⁴ BUAFF/Nachlaß Jacoby, Brief an H. Simon v. 19. 6. 1849.

⁷⁵ Zunz, Schriften I, S. 315 ff.

⁷⁶ Goldschmidt, Lebensbild, S. 14. Der Brief erscheint dem Datum des 22. 1. 1848 entsprechend im Buch, jedoch geht aus dem Inhalt hervor, daß Goldschmidt falsch datierte und der Brief am 22. 1. 1849 geschrieben ist.

⁷⁷ Riesser, Schriften IV, S. 415.

er in einer Rede in Berlin deutlich vor möglichen Konsequenzen von Aufstandsgelüsten warnte: „Wissen Sie, meine Herren, . . . was die Folgen einer beharrlichen Opposition . . . sind? Die Folgen sind eine Reibung zwischen dem Volke und der [Staats-]Gewalt, die Folgen dieser Reibung sind ein Krawall, aus dem Krawall wird eine Emeute, und wissen Sie, was eine Emeute ist? Emeute ist eine verunglückte Revolution . . .!“⁷⁸ Oppenheim fand sich in der unbehaglichen Rolle eines *Revolutionärs wider Willen*, der, den notwendigen Mißerfolg der Gewaltanwendung und dessen traurige Folgen voraussehend, sich dennoch nicht den Konsequenzen seiner Anschauungsweise entziehen kann, auch wenn ihre Umsetzung in die Tat das Ziel selbst gefährdete. Er teilte seine bangen Ahnungen mit anderen Revolutionären, die die gleichen Bedenken hatten. Fr. W. Levysohn, der Radikaldemokrat aus Grünberg, gestand im März 1849 in seinem „Grünberger Wochenblatt“: „Ich will eine Revolution so viel wie möglich vermeiden.“ Als er sich später dem Rumpfparlament bereits angeschlossen hatte, schreckte er schließlich, im Gegensatz zu Oppenheim, vor den Konsequenzen zurück und bezeugte seine Abkehr vom Extremismus mit folgenden Worten: „Meine Stellung in der Nationalversammlung . . . ist eine wesentlich andere geworden als früher. Während ich sonst der reinen Linken angehört habe, bin ich jetzt, obwohl ich meinen Platz räumlich bewahrt habe, doch betreffs meiner Abstimmung bereits in das linke Zentrum gedrängt worden, und es wird nicht lange dauern, so glaube ich, werde ich im rechten Zentrum mich befinden.“⁷⁹

Nur einige wenige extreme Sozialisten, wie etwa Stephan Born, waren bereit, alle Risiken eines gewaltsamen Aufstandes in Kauf zu nehmen. Überwiegend rekrutierte sich das Lager der Radikalen aus Gegnern jeder gewaltsamen Lösung. Sonnemann z. B. lehnte die aktivistische Durchsetzung seiner Gleichheitsträume mit der Begründung ab, daß „die Menschheit . . . dazu noch nicht reif“ sei⁸⁰. Ebenso wenig revolutionär klingt die Äußerung des radikal-demokratischen, den Sozialisten nahestehenden Verlegers Dr. Zacharias Löwenthal, der zu Beginn der Revolution von einem Plan spricht, eine Zeitung „mit vorherrschend republikanisch-sozialistischem Gepräge, und doch durch und durch vaterländisch“ zu gründen⁸¹. Er wollte sich mit der Hoffnung begnügen, seine Utopie werde sich auf gesetzlichem Wege und mit „vaterländischen“ Methoden verwirklichen lassen.

Extremer gab sich anfangs Ludwig Bamberger, der, von Proudhon beeindruckt, eine Übersetzung von dessen Schriften herausgegeben hatte⁸². Aber gerade er erwies sich dann als ein Theoretiker, der mit den aktivistischen Sozialisten wenig gemein hatte. Proudhon und seine Lehren verehrte er in der Theorie, praktisch aber wirkte, wie er sagte, der „diabolische“ Charakter der

⁷⁸ A. Wolff, S. 18.

⁷⁹ Grünberger Wochenblatt 1849, Nr. 23 und Nr. 45.

⁸⁰ Sonnemann, Jugendgeschichte, S. 58.

⁸¹ BUAFF/Nachlaß Venedey, Brief Z. Löwenthals v. 11. 3. 1848.

⁸² L. Bamberger, Erinnerungen, S. 113.

Sozialisten auf den demokratischen Kongressen „geradezu abstoßend“ auf ihn!⁸³

Es wären also die meisten jüdischen Sozialisten, mit der möglichen Ausnahme von Stephan Born, weit entfernt vom Klassenkampfgedanken im Sinne von Marx und Engels. Wenn Bamberger, Oppenheim und andere sich schließlich den Aufstandsbewegungen anschlossen, taten sie es sehr wider Willen und bangten vor den Konsequenzen ihrer Entscheidung. Die meisten distanzieren sich daher auch bei erster Gelegenheit von der Aufstandsbewegung und verfolgten ihre Ziele auf friedlichem Wege weiter. Bamberger gestand später, seine sozialistischen Äußerungen aus der Revolutionszeit seien „wohlmeinende mäßig sozialistische Beruhigungsphrasen“⁸⁴ gewesen. Zwanzig Jahre nach der Revolution faßte H. B. Oppenheim seine negativen Erfahrungen in die resignierenden Worte zusammen: „Jede Revolution muß aus inneren Gründen scheitern, sei's an dem Fanatismus, sei's an der Mäßigung.“⁸⁵

Im Grunde waren selbst diese Revolutionäre eigentlich Konformisten: bereit, sich mit dem Volke zu identifizieren, dabei jedoch durchaus willig, demjenigen Regierungssystem ihre Loyalität zu schenken, das ein Minimum an Ruhe und Sicherheit, Freiheit und Gleichheit gewährte. Wer vor allem an Ruhe und Sicherheit dachte, mäßigte seine politischen Anschauungen; wer aber Freiheit und Gleichheit den Vorzug gab, mußte wenigstens in der Theorie zum Radikalismus neigen.

Für die meisten jüdischen Politiker stand naturgemäß die gesetzliche Gleichberechtigung der Juden an erster Stelle ihrer Forderungen. Waren sie auch in der Praxis bereit, auf einen Kompromiß mit den herrschenden Gewalten im allgemeinen einzugehen, so mußten sie in dieser einen Frage aber „radikal“ bleiben. Ihre allgemeine Kompromißbereitschaft den Regierungen gegenüber hatte allerdings keine Ähnlichkeit mehr mit dem dynastischen Loyalismus des Vormärz. Ein neues Selbstbewußtsein machte sich bei den jüdischen Politikern bemerkbar. Sie hatten aufgehört, den Willen des Herrschers mit dem Willen der göttlichen Vorsehung gleichzusetzen⁸⁶.

Selbst gemäßigte Liberale forderten nun ein Minimum von Freiheit und Gleichheit als ein Recht, das allen zukam. Da aber die Regierungen diese Bestrebungen zu vereiteln suchten, machten es sich die jüdischen Politiker zur Aufgabe, sie durch eigene Anstrengungen im Verein mit dem deutschen Volke

⁸³ AaO, S. 108 f. Dieser Ausdruck ist zwar speziell auf Andreas Gottschalk gemünzt, aber Bamberger fügt erklärend hinzu, daß der „herausfordernde kalte Diabolismus... von der zu ihm gehörenden Gruppe als ein Parteisymbol aufgepflanzt wurde“.

⁸⁴ AaO, S. 35.

⁸⁵ H. B. Oppenheim in: VDF, S. 31.

⁸⁶ Belege für die Abwendung der jungen Generation von der Fürstenverehrung finden sich im „Orient“. Ein Korrespondent etwa schildert Friedrich den Großen mit den Worten (Orient 1848, S. 234): „Friedrich II., der bekanntlich ein halber Barbar war...“ In einem redaktionellen Aufsatz, der dem Loyalismus absagt, findet sich sogar der scharfe Ausdruck „freche Übergriffe der Krone“ (AaO, S. 374).

durchzusetzen. Alle jüdischen Repräsentanten wurden dabei von der Überzeugung geleitet, daß die deutschen Interessen in vollem Einklang mit den jüdischen Interessen standen. Die Emanzipation sollte gleichzeitig mit der allgemeinen freien Gleichberechtigung und gesicherten Ordnung im geeinten Deutschland verwirklicht werden⁸⁷.

3. OPPORTUNISTISCHE PASSIVITÄT UND KONFESSIONELLE POLITIK

Wir haben uns nun die Frage vorzulegen: wie weit ging eigentlich in der jüdischen Gesamtbevölkerung die Identifizierung mit der Revolution und ihren messianistischen Hoffnungen? Hatte auch hier der Sturm der Ereignisse den Loyalitätswillen und überhaupt den Loyalismus des Vormärz fortgeweht? Gab man nun allgemein die vormärzliche Zurückhaltung auf, um dem Beispiel der aktiven Politiker zu folgen?

Die zuvor gegebene Übersicht¹ zeigte bereits deutlich, daß die aktive Teilnahme der Juden am Revolutionsgeschehen ihre bisherige politische Aktivität erheblich überstieg. Die Männer jedoch, die sich in der Revolution hervortaten, kamen hauptsächlich aus den gebildeten jüdischen Schichten oder sie waren Handlungsgehilfen und Handarbeiter in den Großstädten, jedenfalls entstammten sie nicht dem Hauptkontingent der jüdischen Bevölkerung, dem kommerziellen Klein- und Mittelbürgertum der Provinzstädte. Wenn aber, wie schon ausgeführt, die meisten jüdischen Politiker, selbst in ihrem Kampf für Freiheit und Gleichheit, immer auch um die Erhaltung von Ruhe und Ordnung besorgt waren und daher zum Konformismus neigten², so müssen diese Tendenzen den innersten Empfindungen der breiteren jüdischen Schichten erst recht entsprochen haben. Daher darf wohl angenommen werden, daß

⁸⁷ Bereits die vom Vorparlament bestätigte Wahlordnung enthielt den von Gabriel Riesser vorgeschlagenen Paragraphen, „daß jeder volljährige Deutsche ohne eine Bedingung des Standes, des Vermögens und Glaubensbekenntnisses Wähler und wählbar sein müsse“. In den Verfassungsvorschlägen, die später in der Nationalversammlung beraten wurden, waren Paragraphen enthalten, die *allen* Juden in *allen* deutschen Staaten die Gleichberechtigung sicherten; sie wurden von der Nationalversammlung im August 1848 bestätigt. Sehr bald danach hatte sich bereits das deutsche Innenministerium eines Falles anzunehmen, in dem ein Jude in seiner Freizügigkeit beeinträchtigt worden war (s. Anhang B 4). Zugleich jedoch mit der Annahme der Gesamtverfassung im Frühjahr 1849 und der damit theoretisch erkämpften Emanzipation der Juden, hatte die Reaktion bereits in den meisten deutschen Staaten erneut ihren Siegeszug begonnen, und die Emanzipationsparagraphen der deutschen Verfassung blieben – wie auch die entsprechenden Verfügungen in den Verfassungen vieler deutscher Länder – tote Buchstaben. Nur in Frankfurt, Lübeck und Oldenburg ließ man die jüd. Rechte unangetastet.

¹ S. oben, Kap. 1.

² S. oben, Kap. 2.

die Masse der jüdischen Bevölkerung der Revolution vorwiegend in abwartender Passivität gegenüberstand.

Diese Zurückhaltung läßt sich natürlich nur schwer dokumentarisch belegen. Solange nämlich die Revolution Fortschritte machte und baldigen Sieg verhieß, lag es im Interesse der jüdischen Wortführer, die allgemeine und grundsätzliche Anteilnahme der Juden als unbezweifelbar hinzustellen. Sie tadelten die zurückhaltenden Elemente als „Fanatiker der Ruhe und egoistische Spießbürger“³ und versuchten gleichzeitig glaubhaft zu machen, es handle sich bei den Zögernden nur um eine kleine Minderheit. Die vielen Kämpfer für die Revolution hingegen seien edelste Vertreter auch der jüdischen Sache, denn: „Es würde Verrat an seiner [des Juden] ganzen Anschauungsweise . . . gewesen sein, hätte er sich der Bewegung nicht angeschlossen. . . Also dies ist wahr, dies mußte wahr sein, daß viele Juden an der Bewegung, welche die Gesellschaft ergriffen, Teil nahmen und nehmen.“⁴

Unter den naturgemäß wenigen direkten Äußerungen, die zeigen, daß die breiten jüdischen Schichten nicht über Nacht ihren Loyalismus aufgaben, sei hier die bei Ausbruch der Revolution an die Vossische Zeitung gerichtete Zuschrift eines Juden zitiert, die feststellt: „Die Juden haben stets und in allen Landen die ihnen lang vorenthaltene Gleichheit des Rechts, die Befreiung von der lange sie drückenden Ächtung nur auf gesetzlichem Wege durch den Gerechtigkeitssinn der Fürsten und Regierungen, niemals aber und in keinem Lande durch Gewalttätigkeiten zu erlangen gewünscht oder versucht. Die Juden haben stets zu den treuesten Untertanen des Königs und des Vaterlandes gehört.“⁵ Im allgemeinen ist man für das Revolutionsjahr aber auf zufällige, inoffizielle Bemerkungen angewiesen, um ein echtes Bild von der Haltung der jüdischen Bevölkerung schlechthin zu gewinnen.

In bezug auf eine wesentliche politische Frage kommt aber gerade dem Fehlen jeder Äußerung eine Art von Beweiskraft zu. Gegenüber dem begeisterten Eintreten der offiziellen jüdischen Sprecher für die deutschen Einigungspläne fehlt nämlich jedes Echo freudiger Zustimmung in der jüdischen Bevölkerung, zumindest soweit aus seinem quellenmäßigen Niederschlag geschlossen werden kann⁶. In dieselbe Richtung weist die Tatsache, daß jedenfalls die orthodoxen Kreise um den „Treuen Zionswächter“ sich kritisch gegenüber dem Anschluß Schleswig-Holsteins an Deutschland verhielten, und daß die Zeitung den Opfertod „gar zu vieler“ jüdischer Jünglinge⁷ beklagte. Will man dagegen einwenden, daß die Orthodoxie im Jahre 1848 nicht mehr die Mehrheit der Juden in Deutschland umfaßte, daß daher ihre Presse nur

³ Orient 1848, S. 375.

⁴ AZJ 1848, S. 616 f.

⁵ Isr. 19. Jh. 1848, S. 143.

⁶ Als Gegensatz dazu erscheint die erwähnte betont deutsche Haltung vieler Posener Juden. Doch bestand in Posen eine besondere Problematik, von der noch die Rede sein wird.

⁷ TZ 1849, S. 143.

noch einen geringen Teil der öffentlichen Meinung – und sicherlich auch der privaten Meinung – der jüdischen Bevölkerung repräsentierte, so läßt sich demgegenüber auf die Ablehnung einer Beteiligung am schleswig-holsteinschen Krieg in den Aufzeichnungen von M. M. Haarbleicher, eines nicht-orthodoxen Hamburger Juden, verweisen⁸. Während der „Zionswächter“ das allzu reichlich vergossene jüdische Blut betrauerte, führte Haarbleicher einen ganz anderen Grund für seine ablehnende Haltung an: Der Anschluß Schleswig-Holsteins an Deutschland garantiere nicht die Gleichberechtigung der dortigen Juden, wohingegen die Juden unter dänischer Herrschaft die volle Rechtsgleichheit genossen.

Gewiß läßt sich mit solch wenigen Zeugnissen die distanzierte Einstellung der jüdischen Allgemeinheit zu den deutschen Einigungsplänen noch nicht einwandfrei beweisen. Aber immerhin, sogar im deutsch-begeisterten „Orient“ findet sich ein Satz, der in seiner nebenbei hingeworfenen Art doch recht eindringlich die wirklichen Gedanken des jüdischen Publikums illustriert. In einem Bericht über die jüdischen Spenden für die deutsche Flotte, die den Liberalen der Revolutionszeit sehr am Herzen lag, heißt es: „Herr Bankier Goldschmidt in Frankfurt a. M. hat 500 fl. zur deutschen Flotte geschenkt. Zahlreiche verfolgte Juden könnten Tränen dazu liefern.“⁹ Das drückt die Gefühle eines Juden aus, der zwar öffentlich den Willen zum Fortschritt und zum Anschluß ans Deutschtum bekundet, in seinem Innersten aber von Kummer um das jüdische Schicksal erfüllt ist, und dem daher jüdische Spenden für die Zwecke der deutschen Volksbewegung nicht angebracht erscheinen.

Auf andere Art bezeugt ein Bericht aus Oberschlesien, der nur bittere Worte für die Passivität der dortigen Juden hat, die Zurückhaltung der Bewohner der „frummen Provinz“: „Wie bedauernswert ist doch die Gesinnung unserer hiesigen Glaubensgenossen! Während ganz Deutschland in Kämpfen sich abmüdet und am Brande der Parteiung sich verzehrt, schlummern diese . . . und kümmern sich wenig, ob Gewissensfreiheit oder Gewissensknechtung obsiegen, ob Despotismus oder Liberalismus das Los des Vaterlandes entscheiden werde.“¹⁰

Hier ist nicht von einzelnen die Rede, auch nicht von den Orthodoxen aus dem Kreise des „Zionswächters“ (obwohl der Korrespondent alle Abseitsstehenden mit dem Namen „Zionsbürger“¹¹ belegt), sondern von den jüdischen Einwohnern einer ganzen Provinz, die bereits im Vormärz eine rege lokalpolitische Aktivität entfaltet hatten.

Diese vereinzelt Randäußerungen aus der Zeit sollten ausreichen, um eine Vorstellung vom Ausmaß der im ganzen mehr zuschauenden Haltung der jüdischen Bevölkerung im allgemeinen zu vermitteln. In diesem Zusammenhang erhält ein Bericht Gabriel Riessers über das Abrücken der Ham-

⁸ Haarbleicher, S. 320.

⁹ Orient 1848, S. 178.

¹⁰ AZJ 1848, S. 476 f.

¹¹ AaO, S. 686.

burger jüdischen Gemeinde von seiner öffentlichen Tätigkeit erhöhte Beweiskraft. Riesser sagt in ihm:

„Da in unserer Gemeinde einzelne kluge Leute geäußert haben, ich könnte vielleicht durch meine Beteiligung an der politischen Bewegung die Gemeinde kompromittieren, . . . so habe ich . . . meine Demission als Vorsteher gegeben. . . An dem Gerede, die Juden hätten die liberale Bewegung angeregt, hat es auch hier . . . nicht gefehlt . . ., wenn auch natürlich einzelne Juden in der Angst Großes leisten. . .“¹²

Als weiteres Zeugnis für den Mangel an revolutionärer Begeisterung dürfen auch gewisse Äußerungen des Philologen Jakob Bernays, eines Sohnes des berühmten Chacham Bernays in Hamburg, gelten, die in dem Entwurf zu einem Privatbrief an seinen Lehrer Isaak Metz enthalten sind: „. . . Ich möchte wohl bei Ihnen sein und Ihre nähere Ansicht über die jetzige Revolution vernehmen. Sie sahen die Ereignisse Ihrer Jugendzeit erneuert auf äußerlich größerem Gebiet, aber innerlich abgeschwächerter Kraft. Bei allem Ernst, den die Betrachtung, daß man selbst mit den Dingen mehr oder weniger von dem Ausgang betroffen [sei, hervorruft . . .].“¹³ An dieser Stelle reißt das Konzept ab, doch sein Gedankengang ist wohl ohne Zweifel folgender: Im Vergleich zur großen französischen Revolution ist die Bewegung von 1848 nur eine Nachahmung von „innerlich abgeschwächer“ Kraft. Und wenn der Schreiber die Juden als von ihrem „Ausgang betroffen“ bezeichnet, so charakterisiert schon die Wortwahl seine Distanzierung. Diese mag auch darin begründet sein, daß den Ereignissen des Jahres 1848 der kompromißlose Charakter der großen französischen Revolution abging, und daß er sie als Halbheiten empfand. Eine halbe Revolution kann aber nur den Sieg der Reaktion bringen. So etwa dachte wohl Bernays. Doch verzichtete er darauf, diesen Gedanken schriftlich weiter auszuführen.

Im alt-orthodoxen Lager scheute man sich überhaupt nicht, ostentativ von der Revolution und ihren vermeintlichen Errungenschaften abzurücken. Einige orthodoxe Gemeinden Badens erklärten noch im April 1848, daß sie auf alle politischen Rechte verzichten wollten¹⁴, um Unruhen zu vermeiden, die nur Leib und Gut gefährden könnten. Einen ähnlichen Verzicht mit gleicher Begründung sprach ein Brief des Gemeindevorstands von Sulzbürg in Bayern aus¹⁵. Allerdings scheinen die Gründe zum Teil nur vorgeschobene gewesen zu sein. Hinter ihnen verbarg sich das Mißtrauen gegenüber allen Neuerungen. Der norddeutsche „Zionswächter“ gestand im Jahre 1849 offen, daß es ihm bis vor kurzem „unvereinbar, ja undenkbar“ erschienen sei, die jüdische Nationalität „in einem Preußen- und Deutschtum“ revolutionärer Färbung „aufgehen zu lassen“¹⁶. Und selbst als die gleiche Zeitung sich gezwungen glaubte, nach außen hin einige Zugeständnisse an den liberalen Zeitgeist in der Politik

¹² Brief an die Geschwister v. 19. 3. 1848, Schriften I, S. 550 f.

¹³ HUBO/Nachlaß J. Bernays, mit hebr. Schriftzeichen in dt. Sprache abgefaßt.

¹⁴ Vgl. *Sterling*, *Reaction*, S. 119 f.

¹⁵ *D. J. Cohen*, S. 344 f.

¹⁶ *TZ* 1849, S. 1.

zu machen, versäumte sie nicht, auf den Zusammenhang von Loyalismus und Religion hinzuweisen, indem sie erklärte: „Fürst und Vaterland haben noch immer die beste Stütze gehabt in dem festen Anklammern an den angestammten Väterglauben . . .“¹⁷ Der „Zionswächter“ und sein Kreis blieben demnach loyal und leisteten der Revolution höchstens Lippendienst.

Doch war, wie gesagt, die Zurückhaltung gegenüber der Revolution gar nicht ausschließlich auf orthodoxe Kreise beschränkt. In der „Revolutionschronik“ von A. Wolff findet sich eine Feststellung, die sicherlich weitere jüdische Schichten in Handel und Wirtschaft charakterisiert: „Das matte Geschäft der Börse hatte manchem kaufmännischen Spekulantem es rätlich erscheinen lassen, die Wendung der Dinge . . . in freiwillig gewähltem Exile abzuwarten . . .“¹⁸ Ludwig Walesrode ergänzt dieses Bild in einem Privatbriefe über die „Wut der durch die gefallenen Staatspapiere ganz kopflos gewordenen Bourgeoisie“¹⁹. Nicht weniger bitter schreibt Dr. Waldeck an Johann Jacoby:

„. . . das materielle Wohl geht dem Gros über alles, und dies ist allerdings ganz zu Grunde gerichtet, und hungern wollen die Leute auch frei nicht. Die Meisten sehnen sich nach den Fleischtöpfen Ägyptens. . .“²⁰

In ähnlicher Weise reagierte natürlich der Handelsstand damals überhaupt, nicht nur die Juden²¹. Richtig ist jedoch wohl, daß gerade viele Juden, und nicht nur „Spekulantem“, durch die Revolution in eine Situation gerieten, die der geschilderten entsprach.

Den zahlenmäßigen Umfang dieser Kreise schätzte Ludwig Philippson sicher richtig, wenn er – allerdings erst zu Beginn des reaktionären Gegen-schlages um das Ende des Jahres 1848 – schrieb, daß „die Konservativen, ja solche, welche den alten Zustand wieder annehmen würden . . . die *Mehrzahl*“ unter den Juden umfassen²². Dabei verwischte er allerdings in seinem apologetischen Eifer den Unterschied zwischen echtem Konservatismus und bloßer Passivität. Zwar blieb wirklich die Mehrzahl der Juden der Revolution gegenüber zurückhaltend, doch bedeutet das nicht etwa, daß diese ihre Haltung religiös-konservativer Weltanschauung entsprang. Es ist sehr wohl denkbar, daß bei Ausbruch der Märzereignisse breitere Schichten der Juden der freiheitlichen Sache den Sieg wünschten. Als die Hoffnung auf einen Sieg jedoch mehr und mehr schwand und die Reaktion wieder an Boden gewann, ging diese Neigung merklich zurück, um schließlich, gegen Ende des Jahres 1848 und zu Beginn des Jahres 1849, einer nur noch zuschauenden, oder sogar demonstrativ-loyalistischen Haltung zu weichen.

¹⁷ AaO, S. 5.

¹⁸ A. Wolff, S. 184.

¹⁹ BUAFF/Nachlaß Pinder, Brief Walesrodes an Frau Pinder v. 23. 5. 1848.

²⁰ BUAFF/Nachlaß Jacoby, Brief Dr. Waldeck's v. 29. 5. 1848.

²¹ Vgl. Riesser, Schriften IV, S. 371 ff.

²² AZJ 1848, S. 617. Hervorhebung von mir.

Daraus ist weiterhin zu folgern, daß – selbst wenn bei Ausbruch der Revolution weite Kreise der jüdischen Bevölkerung mit den revolutionären Ideologien sympathisierten – die faktische Identifizierung mit den Ereignissen geringer war, als es die anfänglichen Neigungen erwarten ließen. Im allgemeinen war man um so eher bereit, auf revolutionäre Hoffnungen zu verzichten, je mehr Verfolgungen, wirtschaftliche Schwierigkeiten und schließlich reaktionäre Repressalien überhand nahmen.

Die Solidarität der jüdischen Gesamtbevölkerung mit den Politikern und Intellektuellen aus ihren Reihen wurde also mit Ablauf der Revolution eher schwächer als stärker, um schließlich in offener Ablehnung all derer zu enden, „welche sich stets . . . uns als Wortführer aufdrängen wollen und unaufgefordert stets mit ihrem Rate da sind und Pläne für das Wohl (den Untergang) des Judentums schmieden“²³. Nun trat auch L. Philippson, gleichsam als Sprecher der jüdischen Gesamtheit, gegen die „Klasse der mehr oder weniger . . . wissenschaftlichen Juden“ auf, unter denen sich „viele oppositionelle Subjekte finden mußten, die, einige ganz lauter, andere wohl auch nicht immer auf geraden Wegen, so wirkten, wie es mißlieblich war“²⁴.

Was waren nun die Ursachen für die loyalistisch- (oder eher utilitaristisch-) passive Haltung der jüdischen Bevölkerung? Neben dem Wunsche nach Ruhe und Ordnung, den sie mit den meisten Politikern teilte, blieb die Furcht vor antijüdischen Ausschreitungen seit Ausbruch der Revolution sicher immer gegenwärtig. Besonders in den exponierten kleinen Gemeinden auf dem Lande brachten es die revolutionären Zustände mit sich, daß „die Bevölkerung auf der Dorfstraße die Freiheit bejubelte und die Juden sich voller Furcht in ihren Häusern einschlossen“²⁵. Darüber hinaus war damit zu rechnen, daß die Verleihung der Gleichberechtigung „auf dem Lande und in Landstädten“ eine „entschieden antijüdische“²⁶ Stimmung hervorrufen würde. Auch mit dem Abklingen der Gefahr nach den ersten Revolutionsmonaten legte sich die Furcht der Juden nicht vollständig. Noch im Januar 1849 wandte sich die Württembergische Oberkirchenbehörde an die Gemeinden mit dem Ersuchen, alles Feiern im Zusammenhang mit der Veröffentlichung des Emanzipationsparagrafen in der deutschen Verfassung zu vermeiden, da „nicht verkannt werden kann, daß eben diese Gewährung bei einem Teile der Bevölkerung . . . zu allerdings unbegründeten Besorgnissen Veranlassung geben kann. . .“²⁷

Die unfreundliche Haltung der Bevölkerung in den Kleinstädten gegenüber den jüdischen Mitbewohnern hatte nach Meinung des „Orient“ ihre Ursache in wirtschaftlichem Konkurrenzneid, und daher schrieb er: „Der Geldbeutel ist dieser Grund.“²⁸ Die Zeitung war überzeugt, daß die Handwerker und

²³ TZ 1849, S. 1. Klammern im Original.

²⁴ AZJ 1849, S. 171.

²⁵ *Spier*, S. 300.

²⁶ Aus d. Brief d. Gemeinde Sulzbürg, zit.: *D. J. Cohen*, S. 344.

²⁷ AZJ 1850, S. 523 f.

²⁸ *Orient* 1848, S. 141. Im Original fett gedruckt.

Krämer ein Überhandnehmen der jüdischen Konkurrenz nach Gewährung der Gleichberechtigung verhindern wollten. Die Handwerks- und Händlerkreise fürchteten sich wirklich weniger vor der politischen Emanzipation der Juden, als vor ihrer wirtschaftlichen Gleichberechtigung, die durch das der Frankfurter Nationalversammlung vorgelegte Gesetz über Gewerbefreiheit Tatsache zu werden drohte. Nun gab es damals kaum eine Berufsgruppe in Deutschland, die nicht zu ihren Gunsten um eine gewisse Einschränkung der Gewerbefreiheit petitionierte. Vertretungen der Handwerker, Kaufleute, Industriellen und sogar Facharbeiter forderten von der Nationalversammlung, ihren regionalen und fachlichen Sonderinteressen Rechnung zu tragen und sie vor Konkurrenz des In- und Auslandes zu schützen. Um so erklärlicher ist dann, daß eine der wenigen Stimmen, die sich für *absolute* Gewerbefreiheit erhob, die eines Juden war: Marcus Heinemann aus Osterode überreichte der Nationalversammlung eine Denkschrift von 40 Seiten²⁹, welche die Gewerbefreiheit als Mittel zur Förderung der Privatinitiative und des wirtschaftlichen Gedeihens für alle pries. Als Beispiel für den Wert der freien Initiative, der er gesetzliche Anerkennung verschaffen wollte, nannte er die jüdischen Hausierer, die trotz aller Schwierigkeiten ihre Geschäfte mit Fleiß führten und selbst unter widrigsten Umständen häufig soweit erfolgreich waren, daß sie die Packen vom Rücken nehmen konnten, um feste Marktstände, schließlich sogar richtige Läden zu eröffnen.

Gerade das aber wollte die nichtjüdische Handwerker- und Kaufmannschaft verhindern! Und obwohl sie sich hüteten, in ihren Petitionen die Ablehnung der freien Konkurrenz mit eindeutig antijüdischen Argumenten zu begründen, war ihr Kampf gegen Gewerbefreiheit eben zugleich auch ein Kampf um die Ausschließung der Juden aus bestimmten Berufsgruppen.

Ein Teil der Juden verstand diese Gedankengänge, wie der vorher erwähnte Aufsatz im „Orient“ bezeugt. Auch anderwärts gaben jüdische Stimmen der Besorgnis über die Gefährdung des jüdischen Handels und Gewerbes Ausdruck. Ein Korrespondent der AZJ bezeichnete die Furcht vor wirtschaftlichen Schwierigkeiten als die wesentliche Ursache für die politische Passivität der oberschlesischen Juden, wenn auch sein Ton zeigt, wie sehr ihm zuwider war, dies feststellen zu müssen: „Alle Welt macht jetzt Politik, nur wir nicht . . . Politik . . . was bringt das ein? Ja, aus- und weggebracht hat sie uns unsere Kartoffeln, unsere Ruhe, unsern Spiritus . . . darum hübsch die Welt, Welt seingelassen . . . Ist das nicht gesunder Menschenverstand?“³⁰

In der Tat lebten viele Juden Oberschlesiens vom Handel mit Kartoffeln und Spiritus, und ihr Geschäft wurde durch die Revolution gelähmt. Die politische Passivität war ihre Antwort darauf, denn ihr Unterhalt erschien ihnen durch die revolutionären Ereignisse bedroht. Sie wollten unter allen Umständen die Ruhe wiederhergestellt sehen, die die Grundlage ihrer Existenz

²⁹ BUAFF/Petitionen, Bd. 14. Dort auch die Denkschrift v. M. Heinemann.

³⁰ AZJ 1848, S. 686.

darstellte. Genau das sprach der junge Sonnemann zu Beginn der Revolution aus: „Wo sollen Geschäfte, Handel und Kredit hinkommen, die doch nur einzig und allein ihre Stütze in der Ruhe und dem Frieden der Staaten finden?“³¹ Dr. Waldeck kommentierte diese Haltung verächtlich in einem Brief an Johann Jacoby: „Die Meisten sehnen sich nach den Fleischtöpfen Ägyptens, nach der seligen Ruhe, der früheren Knechtschaft zurück.“³²

Die Sorge um die wirtschaftliche Sicherheit wurde durch eine zusätzliche Angst verschärft, die als Begleiterscheinung der revolutionären Ausschreitungen um sich griff: Die Furcht vor dem *Kommunismus*, was auch immer man unter diesem Worte damals verstehen mochte. Erstmals tauchte die Kommunistenfurcht Anfang Juni 1848 auf, als die Nachrichten über die Pariser Straßenkämpfe Deutschland erreichten. Intensiver wurde sie angesichts des Zeughaussturms in Berlin in der Mitte des gleichen Monats. Zu ihrem Höhepunkt kam sie durch die Septemberkämpfe in Baden und in Frankfurt. Noch einmal stark fühlbar wurde sie im Mai 1849 während der Aufstände in der Pfalz, in Baden und in Sachsen. Philipp Ehrenberg, einer der Lokalpolitiker in Wolfenbüttel, schrieb über dies neue Phänomen voller Vorahnungen an seinen Freund Leopold Zunz: „Dies Experimentieren des Communismus trägt noch einen Terrorismus in sich, der . . . der Freiheit schaden wird.“³³ Levin Goldschmidt gab seinen Befürchtungen über „Straßenkrawalle“ der aufgethetzten Massen Ausdruck und beschuldigte ihre radikalen Führer der „Haltlosigkeit“. Für sich selbst folgerte er daraus: „Daß ich unter solchen Umständen mich durchaus an Nichts beteilige, versteht sich von selbst.“³⁴ Er blieb aber diesem Vorsatz nicht treu, sondern nahm auch weiterhin am politischen Geschehen aktiv teil. Wenn aber selbst aktive Revolutionäre Furcht gegenüber dem „Communismus“ hegten, um wieviel mehr mußten gesetzte Bürger durch sein Erscheinen eingeschüchtert werden! Eine Zuschrift im „Orient“ spricht deutlich davon, wenn auch mit der Ironie des Intellektuellen: „Die Reichen denken jetzt an ihre Papiere . . . sie würden auch den Sabbath feiern, wüßten sie, daß dadurch die Course steigen, oder daß die sozialistischen Elemente unterdrückt werden . . .“³⁵

Wenn Existenzsorge, verbunden mit Angst vor neuen judenfeindlichen Ausschreitungen, die politische Passivität förderte, so bewirkte Furcht vor Sozialismus oder gar Kommunismus wahrscheinlich, daß gewisse jüdische Kreise sich der politischen Linie des Konservativismus näherten, – nicht aus ideellen Gründen, sondern aus rein wirtschaftlichen Erwägungen. Dementsprechend mag die Feststellung von Ludwig Philippson aus dem Jahre 1849 zu Recht bestehen: „Die Wirklichkeit (hat) schon längst herausgestellt, daß in der Masse der Juden wenigstens eine gleiche Anzahl Konservativer enthalten

³¹ Sonnemann, Jugendgeschichte, S. 71.

³² BUAFF/Nachlaß Jacoby, Brief v. 29. 5. 1848.

³³ L. and A. Zunz, S. 201 f.

³⁴ Goldschmidt, Lebensbild, S. 25.

³⁵ Orient 1848, S. 84.

war, enthalten sein mußte, ja nach unserer Beobachtung ein viel größerer Teil, schon aus Furcht und Interesse, der konservativen Partei angehört.“³⁶ Nach seiner Meinung trieben solche Motive also die meisten Juden ins Lager der Konservativen; denn „die Mehrzahl sind Handelsbeflissene“ und „viele waren . . . mit ungeheuren Verlusten betroffen“. Er fand es demnach nur allzu verständlich, wenn der Industrie- und Handelsstand „in ungeheurer Majorität dem, fast zur Reaktion neigenden, Konservativismus angehört“. Spöttisch äußerte sich über ganz *allgemeine* Tendenzen dieser Art die AZJ an anderer Stelle: „Wer sein Vermögen . . . schwinden . . ., sein Geschäft in Stocken und Verfall geraten sah, war mit einem Schlage reaktionär.“³⁷

In Wahrheit aber wurde den Juden eine derart vollständige Identifizierung mit dem Konservativismus und, in seinem Gefolge, der Reaktion nahezu unmöglich gemacht. Kamen doch gerade von dieser Seite die „heftigsten Anschuldigungen, welche sie auf die Juden als die meisten und tätigsten Triebfedern und Werkzeuge der Revolution hängten“³⁸.

Die Furcht vor dem zu erwartenden reaktionären Nachspiel der Revolution wirkte demnach zusätzlich in Richtung auf ein pragmatisches, passives wie loyalistisches Verhalten der jüdischen Bevölkerung, was zweifellos auch erklärt, warum die Proteste der Juden nicht heftiger waren³⁹, als durch die Reaktion dann die jüdische Gleichberechtigung, „unser Recht, unser heiliges Menschenrecht . . . in Frage“ gestellt wurde⁴⁰. Nur allzu schnell fand man sich wieder mit dem „Philisterregiment“⁴¹ der Reaktion ab, und der Rat des „Zionswächters“, „sich gleich weit von den Führern der Anarchie, wie von den Gewalthabern der Reaction ferne“ zu halten⁴², wurde von der Mehrheit der Juden wahrscheinlich gern befolgt.

Philippons AZJ war die einzige jüdische Zeitung, die es wagte, den Kampf für die Gleichberechtigung als ihre spezielle jüdische Aufgabe zu erklären. Trotzdem hielt sie es für nötig, ausdrücklich zu betonen, daß sie „nicht etwa Sonderinteressen“ leiteten, sondern lediglich die Erkenntnis, diese Konsequenz „aus der bisherigen Ausschließung“ ziehen zu müssen⁴³. Philippon betrachtete es als sein besonderes Anliegen, „über die Verwirklichung dieses Gesetzes der Freiheit zu wachen“⁴⁴ und jede Schmälerung der jüdischen Gleichberechtigung zu bekämpfen. In diesem Kampfe um die Emanzipation und der Wacht über ihre volle Verwirklichung sah er nur einen Teil seiner Aufgaben; ein weiterer bestand für ihn im sozialen Bereich. Dabei dachte er u. a. an den wirtschaftlichen Umschichtungsprozeß der Juden Deutschlands,

³⁶ AZJ 1849, S. 171.

³⁷ AaO 1848, S. 617 und S. 313 f.

³⁸ AaO, S. 616 f.

³⁹ Aber während die nicht-orthodoxen Kreise vorwiegend ihre physische und wirtschaftliche Sicherheit bedachten, lag den neo-orthodoxen Kreisen außerdem an Errichtung von Separatgemeinden.

⁴⁰ Orient 1848, S. 374.

⁴¹ L. and A. Zunz, S. 206.

⁴² TZ 1849, S. 188.

⁴³ AZJ 1848, S. 425 f.

⁴⁴ AaO, S. 569 f.

den er etwa durch die Verbreitung der Landwirtschaft unter den Juden zu fördern hoffte⁴⁵. Fernerhin betonte er den Kampf um „Inhalt und Form“ als wichtige jüdische Aufgabe. Er meinte damit die Verwirklichung religiöser Reformen. Gleichzeitig war er bemüht, als berufener Sprecher des Judentums anerkannt zu werden, der die „Öffentlichkeit“ über die Judenfrage aufzuklären und den Juden selbst „mit Rat und Tat“ beizustehen habe. Im Felde der deutschen Politik empfahl er den Juden die „Verbrüderung und Ausgleichung“, also die Amalgamierung mit dem Deutschtum, und die Unterstützung des gemäßigten Liberalismus, der „ebenso zur Opposition gegen den Absolutismus wie gegen Anarchie und Pöbelherrschaft“ gerüstet sei⁴⁶.

Es wäre zu fragen, ob Philippson mit der Herausstellung dieser jüdisch-akzentuierten politischen Leitlinien nicht vielleicht das Programm für eine konfessionelle Parteigruppierung schaffen wollte. Eine solche Vermutung entbehrt nicht einiger Wahrscheinlichkeit. Denn einmal fühlte er sich mit seiner Zeitung als Anwalt der jüdischen Interessen in Deutschland, und überdies hatte er gewiß auch persönliche politische Ambitionen, wie sein Auftreten im Wahlkampf zur Nationalversammlung beweist. Zu Ende der fünfziger Jahre wird sein Streben nach Durchsetzung einer jüdisch-konfessionellen Linie in der Politik sogar noch deutlicher⁴⁷. Und insoweit von Späterem auf Früheres geschlossen werden kann, ist die Möglichkeit gewisser politischer Sonderbestrebungen Philippsons schon während der Revolutionsjahre nicht von der Hand zu weisen.

Für diese Annahme spricht die Tatsache, daß seine AZJ während des Wahlkampfes zum Preußischen Landtag im Januar 1849 eine Korrespondenz abdruckte, die den Posener Juden eine jüdisch-orientierte Haltung empfahl: „In Ländern, wo . . . ein Streit der Nationalitäten lebhaft entbrannt, da ist es notwendig, daß auch die Juden . . . eine gewisse Selbständigkeit sich wahren . . ., die ihnen die Achtung und Berücksichtigung der streitenden Parteien sichert!“⁴⁸ Wenn dieser politische Rat zunächst auch keine Wirkung hatte, war er dennoch sicherlich an die einzig richtige Adresse gerichtet. Gab es nämlich überhaupt irgendwo in Deutschland günstige Voraussetzungen für eine jüdische Sonderpolitik, so war das in Posen, wo sich 80 000 Juden in einer potentiell gewichtigen Mittelstellung zwischen deutschen und polnischen Interessen befanden.

Es kann aber kaum ein Zweifel daran bestehen, daß die jüdische Bevölkerung im allgemeinen nicht bereit war, dem Gedanken einer selbständigen Gruppenpolitik näherzutreten. Wohl das letzte, was die politisch passive Mehrzahl der Juden *außerhalb* Posens wollte, war konfessionelle Politik. Die Posener Juden hingegen waren zwischen Deutschland und Polen in einer einmaligen Situation, die ihren Gruppencharakter derart heraushob, daß sie unter

⁴⁵ AaO, S. 426 u. a.

⁴⁶ AaO, S. 425 f., S. 569 f. und aaO, 1849, S. 287.

⁴⁷ S. unten, Kap. 4.

⁴⁸ AZJ 1849, S. 89.

Umständen gewillt sein mochten, aus der Not eine Tugend zu machen und sich dann eben auch als Gruppe zu organisieren. Zur Zeit der Revolution hatten die Posener Juden allerdings bereits die Reste ihrer früheren autonomen Gesamtorganisation aufgegeben, und sie machten keinerlei Anstalten zu ihrer Erneuerung⁴⁹. Überdies gerieten sie mit Ausbruch der Revolution und des Polenaufstandes in einen schweren Loyalitätskonflikt und auch in ein praktisch-ökonomisches Dilemma zwischen Polen und Deutschen. Alles das machte es ihnen so gut wie unmöglich, ihre Position etwa durch eine einheitliche Gruppenreaktion zu verbessern.

Ein guter Teil der Juden der Provinz bekundete seine Anhänglichkeit an die deutsche Sache. Man betonte, daß „die Juden . . . unter jeder Bedingung Preußen bleiben“ wollten, da ihr Schicksal „mit dem der Deutschen aufs innigste“ zusammenhänge⁵⁰. Diese ihre Parteinahme bestätigt sich durch die Aktivität vieler Posener Juden, die sich den deutschen Vereinen und den deutschen Bürgerwehren anschlossen⁵¹. Die Parteigänger der Deutschen erklärten, daß man den Polen und ihren Versprechungen nicht trauen könne⁵², da sie bisher die Hoffnungen der Juden stets enttäuscht hätten. Dagegen seien die deutschen Interessen „zugleich die jüdischen unter den Slaven“, beide seien durch den Panslavismus gleichermaßen gefährdet⁵³.

Mit offensichtlicher Zweideutigkeit kommentierte eine nichtjüdische Quelle die deutschfreundliche Haltung der Juden. Sie wies darauf hin, daß die Juden durch den Polenaufstand wirtschaftlich schwer getroffen worden seien und daher alles täten, um „Haß und Zwietracht gegen die Polen zu säen“. Sie hofften, „durch endliche Unterdrückung derselben wieder Ruhe“ zu erlangen. Nach einem polnischen Bericht sollten die Juden sogar das preußische Militär gegen die Polen aufgehetzt haben⁵⁴. Das erscheint wenig glaubhaft, wie überhaupt diese Äußerungen den Kern der Situation nicht erfaßten: nämlich die Tatsache der wirtschaftlichen Abhängigkeit weiter jüdischer Schichten Posens gerade von der polnischen Bevölkerung.

Da aber die wirtschaftliche Existenz der Juden auf den Dörfern und in vielen kleinen Städten „durch die polnische Bevölkerung bedingt“⁵⁵ war, bleibt es nur allzu verständlich, daß ein erheblicher Teil von ihnen den aufständischen Polen zumindest nicht feindlich gegenübertrat. Zu ihrer Rechtfertigung wiesen polenfreundliche Kreise unter den Juden darauf hin, daß das preußische Regime die Juden diskriminiere und sie unterdrückt halte, so daß jetzt von dieser Seite nicht ohne weiteres treue Gefolgschaft von ihnen gefordert werden könne. Die aufständischen Polen dagegen hätten die Emanzipation versprochen und böten einige Gewähr, daß „wir nicht bloß geduldet,

⁴⁹ Über die Reste der autonomen Institutionen s. *Louis Lewin*, Ein Judentag aus Süd- und Neuostpreußen, in: *MGWJ* 59, 1915, S. 180 ff. und S. 278 ff.

⁵⁰ *Orient* 1848, S. 128.

⁵¹ S. oben, Kap. 1.

⁵² *Orient* 1848, S. 126.

⁵³ *AaO*, S. 146.

⁵⁴ *AaO*, S. 140.

⁵⁵ *AaO*, S. 393; ähnlich *AZJ* 1849, S. 89.

sondern... völlig emanzipiert sein werden“. Diese Sprecher bedauerten lebhaft, daß gewisse Kreise Posener Juden demonstrativ für die deutsche Sache eintraten und protestierten dagegen, „daß die Lissaer Israeliten es wagten, den dasigen Polen, Edelleuten als Bauern, ihre National-Kokarden gewaltsam wegzureißten und so die Sympathie der Polen für die Israeliten mit Füßen traten. Schade, daß die Lissaer Juden sich so gut als preußische Patrioten zeigen. Würden sie dies früher bewiesen haben, ... der *Preuße hätte sie noch mehr unterdrückt!*“⁵⁶ Einige jüdische Stimmen behaupteten sogar, daß die „Sympathie aller Fühlenden für die Wiederherstellung Polens“ seien, und begründeten ihre polenfreundliche Haltung damit, daß am Ende „auch die allgemeine Politik... dieselbe rechtfertigen (werde), um eine starke Vorhut gegen Rußland zu gewinnen“⁵⁷.

Es mag sein, daß ein gemeinsamer deutsch-polnischer Krieg gegen die Russen, wie er von manchen erhofft wurde⁵⁸, auch den Juden einen Ausweg aus dem Loyalitätskonflikt gezeigt hätte. Doch zu diesem Kriege kam es nicht. Das Dilemma der Posener Juden blieb bestehen, und selbst nachdem eine Entspannung nach der Unterdrückung der polnischen Aufstandsbewegung eingetreten war, verschwand der Loyalitätskonflikt keineswegs. Die Wiederbefestigung der preußischen Herrschaft löste nämlich von deutscher Seite eine Welle des „schroffen Auftretens“ gegen die Juden Posens aus⁵⁹, die etwaige deutschfreundliche Stimmungen derart ungünstig beeinflusste, daß ein Posener Korrespondent des „Orient“ schrieb: „Wenn jetzt ein Freiheitskampf der Polen ausbrechen sollte, so wird das servile Deutschtum daselbst keine Sympathien finden, und von Deutschland aus wird man im Gegenteil alles aufbieten, um der Polensache, als der der Freiheit, den Sieg zu verschaffen.“⁶⁰

Freilich, der polnische Freiheitskampf lebte nicht wieder auf; dafür aber fanden im Januar 1849, in einer Zeit sehr erheblicher Erregung der Bevölkerung, Wahlen zum Preußischen Landtag statt.

⁵⁶ Orient 1848, S. 126 und Anmerkung. Hervorhebung im Original.

⁵⁷ AZJ 1848, S. 246 f. Die polenfreundlichen Q. und Forscher vertuschten dies, z. B. *Hans Schmidt*, Die poln. Revolution d. J. 1848 im Großherzogtum Posen, Weimar 1912.

⁵⁸ S. etwa Aufruf des Deutschen Vereins der Stadt Posen (Orient 1848, S. 126) und Äußerungen jüdischer Politiker, die einem „Kampf der Civilisation gegen russische Horden“ (*L. and A. Zunz*, S. 201) das Wort redeten. Allerdings entsprang der Haß gegen „die Barbarey im Osten“, wie sich ein demokratisches Flugblatt ausdrückte (BUAFF/Petitionen, fasc. 160, S. 18 f.), weniger dem Vergeltungswillen gegenüber den Unterdrückern der Juden, als vielmehr der revolutionsfeindlichen Großmacht, die die neugewonnene Freiheit gefährdete.

⁵⁹ AZJ 1849, S. 89.

⁶⁰ Orient 1848, S. 374. Der Korrespondent meinte also, in Verkennung der Tatsachen, daß die deutschen Radikaldemokraten, wie im März, die polnische Selbständigkeit fördern würden und setzte *als Jude* seine Hoffnung auf den Sieg der „Polensache“. Diese jüdischen Sympathien für die Polen sind später ebenfalls vertuscht worden.

In dieser Situation versuchten gewisse jüdische Kreise, die durch den Modus der Munizipalwahlen im Vormärz⁶¹ daran gewöhnt waren, ihren Platz in den repräsentativen Körperschaften *als Juden* zu erkämpfen, auch bei diesen Wahlen eine Sonderstellung zwischen dem deutschen und dem polnischen Lager zu beziehen, um womöglich von beiden Seiten Garantien für sich zu erhalten. Anzeichen für Anfänge einer solchen jüdisch-orientierten Politik in Posen lassen sich aus einem Wahlbericht der „Deutschen Zeitung“ herauslesen:

„Noch sind unsere Wahlen . . . im deutschen Sinne nicht gesichert. Denn wie günstig sich auch in den größeren Städten und im Allgemeinen auf dem platten Lande die Sachen stellten, so hat doch merkwürdigerweise in einer Anzahl kleiner Städte, wo das Judentum sehr stark vertreten ist, die Wahlhandlung eine für die Polen günstige Wendung dadurch genommen, daß es ihnen gelungen ist, die jüdischen Krämer und Kaufleute durch Versprechungen zu sich herüber zu ziehen. An einzelnen Stellen soll dieser Abfall auch dadurch veranlaßt worden sein, daß die *Juden von den Deutschen verlangten*, sie möchten ihre Kandidaten unterstützen, und entgegengesetzten Falles mit dem Übergang zu den Polen drohten. – Wo diese Drohung ausgeführt worden, ist neben den Polen gewöhnlich ein oder der andere *Jude als Wahlmann durchgekommen*. Aber auch die Preußenvereine werden wegen ihres schroffen Auftretens getadelt . . .“⁶²

Was der Korrespondent als „Abfall“ und als „merkwürdig“ bezeichnet, war nichts anderes als ein Versuch, die jüdischen Gruppeninteressen politisch durchzusetzen. Die Tatsache, daß Philippsons Zeitung die obige Notiz abdruckte und sogar eine ermunternde Anmerkung hinzufügte, beweist nur erneut, daß Ludwig Philippson selber unter Umständen politisch selbständiges Auftreten der Juden für zweckmäßig hielt.

Es ist nicht weiter erstaunlich, daß Philippson gerade zur Zeit der wiedererstarkenden Reaktion solche konfessionellen Winke gab; denn der „Sieg der Reaktion“ war nicht nur eine schwere Prüfung für die politische Orientierung der Posener Juden, sondern brachte die Juden in ganz Deutschland in eine ungleich schwerere Lage als die Nichtjuden. Letztere konnten schlimmstenfalls durch das Wiedererstarken der Reaktion den politischen Einfluß verlieren, den sie sich während der Revolution errungen hatten. Die Juden aber mußten befürchten, darüber hinaus auch ihre bürgerliche Gleichheit wieder einzubüßen, die sie nach so langem Warten eben erst erhalten hatten. Sie mußten sogar gewärtig sein, daß die Reaktion sie als Sündenbock benutzte, und der Judenhaß, der kaum ein Jahr lang gezügelt worden war, nun von neuem entflammte.

Um all diesen Gefahren zu begegnen, kann Philippson durchaus die Möglichkeit einer konfessionellen Gruppenbildung ins Auge gefaßt haben, entsprechend gewissen katholisch-politischen Organisationsversuchen im Rheinland. Er fand aber zunächst kein Echo. Die jüdische Gesamtbevölkerung, selbst

⁶¹ Über die „jüdische Kurie“ vgl. oben, Abschn. A, Kap. 1.

⁶² AZJ 1849, S. 89. Eine redaktionelle Anm. enthielt die Aufforderung zur Wahrung „einer gewissen Selbständigkeit“.

soweit sie sich im Revolutionsjahr überhaupt exponiert hatte, kehrte nämlich aus Furcht und aus der Sorge um Ruhe und Sicherheit baldigst in die passive Ausgangsstellung vom Vorabend der Revolution zurück. Politisch-messianische Hoffnungen überließ sie denjenigen Männern von ausnehmendem Mute, die bereit waren, ihre Haut zu Markte zu tragen. Im allgemeinen hielt man aber wieder beim alten, interessenbestimmten Konformismus.

Der Unterschied zwischen den Tagen vor Ausbruch der Revolution und der Zeit der Reaktion lag jedoch darin, daß nunmehr der passiv-loyale Teil der Juden *nicht* mehr die *Mehrheit* darstellte, wie einst im Vormärz. Die loyalistische Altorthodoxie war im Schwinden begriffen, und damit verlor die loyalistisch-konservative Weltanschauung bei den Juden immer mehr an Boden. Wer sich politisch konservativ gab oder sich von der Politik fernhielt, verfolgte damit meist bestimmte Interessen oder paßte sich opportunistisch den Verhältnissen an. Die Revolution hatte jedoch immerhin so weit auf die jüdische Gesamtheit eingewirkt, daß ein großer Teil der politisch passiven Mehrheit bereit war, bei sich bietender Gelegenheit wiederum den Kampf der Liberalen für Freiheit und Gleichberechtigung zu unterstützen.

Will man nun eine Übersicht der politischen Orientierungen der Juden Deutschlands während des „tollen Jahres“ aufstellen, so hat man zu beachten, daß der Sektor der Interessenten und Opportunisten eine Zeitlang den gemäßigten Liberalen zuneigte, daß aber ein Teil der gemäßigten Liberalen selber beim Wiedererstarken der Reaktion zu demonstrativ passiver Haltung zurückkehrte. Dementsprechend ergibt sich die folgende Schätzung der politischen Neigungen der allgemeinen jüdischen Bevölkerung während der Revolution:

Richtung	Politische Neigung der jüdischen Gesamtbevölkerung	
Konservative		25 %
Interessenbestimmte und opportunistische	} Loyalisten	25 % bis 30 %
Gemäßigte Liberale		30 % bis 35 %
Radikaldemokraten		14 %
Sozialisten		1 %

Nach außen hin scheint gegenüber dem Vormärz wenig verändert zu sein. Etwa fünf Prozent sind von der Rechten ins Lager des gemäßigten Liberalismus übergegangen und ein ungefähr gleicher Prozentsatz von Liberalen ist in die Reihen der Radikaldemokraten eingetreten. Die Sozialisten hatten aus den Reihen der jüdischen Bevölkerung kaum ernsthaften Zuwachs erhalten. So blieb das äußerliche Endresultat, bis auf den definitiven Linksruck von ungefähr 5 % der Gesamtheit, relativ stabil.

Innerlich aber hatte sich die politische Struktur der jüdischen Bevölkerung entscheidend verändert. Der konservative Loyalismus war nicht mehr die

vorherrschende Haltung. Zwar teilten die breiteren jüdischen Schichten nur sehr eingeschränkt die messianischen Hoffnungen der aktiven Revolutionäre, aber sie taten doch während des „tollen Jahres“ einen ersten Schritt in die Richtung, die ihnen von den Politikern gewiesen worden war. Die alten politischen Orientierungen waren durch die Ereignisse erschüttert worden und ließen sich nur noch künstlich durch den reaktionären Druck aufrechterhalten. Sobald die Reaktionszeit einer „Neuen Ära“ wich, sollte schließlich die demonstrativ loyalistische Einstellung der jüdischen Mehrheit einer vorwiegend liberal orientierten Haltung Platz machen.

4. REAKTION UND POLITISCHE APOLOGETIK

Zunächst aber herrschte die Reaktion. Ihr Sieg schränkte die Wirkungsmöglichkeit der jüdischen Politiker ganz erheblich ein. Besonders in Preußen wurden die Juden erneut von den Schulzenämtern und den Wahlen zu Kreis- und Provinziallandtagen ausgeschlossen. Und wenn sie auch zu Munizipal- und Landtagswahlen zugelassen blieben, vermied man jedoch weitgehend, sie als Kandidaten aufzustellen. Überall stagnierte unter der behördlichen Reglementierung das politische Leben. An dieser Stagnation trug allerdings die linksradikale Opposition einige Mitschuld durch die Ausgabe der Parole, den Wahlen fernzubleiben. Zudem waren viele linksradikale Politiker, und unter ihnen eine beträchtliche Anzahl von Juden, ins Ausland geflüchtet, um Verhaftungen und Prozessen zu entgehen. Die Zurückbleibenden enthielten sich jeder parteipolitischen Tätigkeit.

Trotz alledem waren die Juden während der Jahre der Reaktion aktiver als im Vormärz, selbst wenn ihre Anteilnahme am allgemeinen politischen Leben mit der des Revolutionsjahres nicht vergleichbar ist. Einigen wenigen, die illegal¹ in linksradikalen Kreisen aktiv waren, stand auf der anderen Seite ein ebensowenig zahlreiches Element gegenüber, das nun ostentativ die „ministerielle“ Linie einhielt². Größer war die Zahl von gemäßigt oppositionellen

¹ Fünf Männer jüd. Abstammung wurden wegen Zugehörigkeit zu geheimen Arbeitervereinen in den „Schwarzen Listen“ der Polizei geführt (BUAFF/Nachlaß Nover 3, S. 307, 405 und Nover 6, S. 49), und vier oder mehr wurden im Jahre 1852 wegen einer „Verschwörung“ zu Gefängnisstrafen verurteilt; von ihnen waren Dr. med. Falkenthal und Kaufmann S. Levy sicher Juden. Für die anderen Angeklagten: Dr. Ladendorf, Collmann, Pape, Geisler, Neo ist jüd. Abstammung nicht nachweisbar. Im Zusammenhang mit der Verschwörung wurde auch Dr. (Paul?) Holdheim, Redakteur der „Urwählerzeitung“, verhaftet. Vgl. *E. Bernstein*, Geschichte I, S. 76 bis 78 und *A. Bernstein* II, S. 98–130.

² In Preußen gab es im Jahre 1850 vier ministerielle Herrenhausmitglieder jüd. Abstammung: Wilhelm Beer, Siegfried Guradze (get.), Friedrich M. Magnus (get.) und Fr. J. Stahl (get.). In mehr oder weniger hervorragenden Regierungsstellen wirk-

Juden, die auch weiterhin ihre Kandidaturen zu den parlamentarischen Körperschaften präsentierten, wobei allerdings vorwiegend getaufte Kandidaten Abgeordnetensitze erlangten³.

Deutlicher jedoch als bei den Wahlen der Abgeordneten wurde jüdische Aktivität auf anderen Gebieten des politischen Lebens bemerkbar⁴. In der Presse wirkte eine beträchtliche Anzahl von Juden als Redakteure und Journalisten, einige von ihnen sogar als Auslandsberichterstatter. Es wird wohl so gewesen sein, daß die Presse wiederum, wie im Vormärz, denjenigen politisch Interessierten als Auffangbecken diente, denen die Reaktion jede andere politische Karriere verschloß.

Vor 1858 traten auf dem Gebiet der Presse hauptsächlich Schriftsteller hervor, deren publizistische Anfänge in den Vormärz zurückreichten. Den ungefähr fünfzehn bereits bekannten Journalisten gesellten sich aber einige neue Namen hinzu, unter ihnen Männer wie Bernhard Doctor, A. B. Rosenthal und Leopold Sonnemann, deren „Frankfurter Zeitung“ sich bald eine zentrale Stellung in der Weltpresse errang. Die „Frankfurter Zeitung“, die später die politische Linie der antipreußischen Demokraten Süddeutschlands adoptierte, war zunächst, jedenfalls die ersten drei Jahre ihres Bestehens, eine Wirtschaftszeitung und wurde erst vom 1. September 1859 ab ein politisches Blatt. Unter ihren Mitarbeitern fanden sich manche, die nichts weniger als politische Demokraten waren. Von Bernhard Doctor beispielsweise heißt es, daß er „eher konservative Anschauungen“ vertreten habe⁵. Näher an die Wahrheit heranreichen wird, daß seine Einstellung ungefähr der des Rechten Zentrums der Frankfurter Nationalversammlung entsprach. Denn zu den Konsequenzen des Lebens unter der Reaktion gehörte jetzt, daß Oppositionelle den loyalen Charakter ihrer Opposition herauszustreichen suchten. Sie mochten gar behaupten, ihre politische Einstellung sei eigentlich konservativ, eine Bezeich-

ten: Ludwig Ernst Hahn (get.), Joel Jacoby (get.) und Felix Bamberg in Preußen, sowie Johann Detmold (get.) in Hannover. Konservative waren ferner: Siegfried Hirsch (get.), Joseph (?) Ohm (get.), L. J. Levinstein, Simon Toeplitz und der Bankier Moritz Cohn aus Dessau. Zu ihnen ist auch der bayrische Hermann Bernau zu rechnen, der in Griechenland für die Wittelsbacher wirkte und eine Zeitlang dort sogar die Regierungsgeschäfte führte. Eine besondere Stellung nahm Moritz Heckscher (get.) aus Hamburg ein, der eine großdeutsche Lösung der deutschen Frage propagierte. Er wurde zum Hamburgischen Ministerialresidenten am kaiserlichen Hofe in Wien ernannt und wirkte dort bis zu seinem Tode im Jahre 1865.

³ Die feststellbaren Namen der Abgeordneten s. Anhang C. 1 Von ihnen waren acht bis neun getauft. Die nicht gewählten fünf Kandidaten zum Preuß. Landtag waren: Bankier Leon Ladenburg (Mannheim); Kfm. Moritz Mamroth und Kfm. R... (Posen); Dr. Jacobson (get.) (Prenzlau) und vielleicht Ludwig Philippson. Über Mamroth vgl. *W. Breslauer*, *Jews of Posen*, S. 231 und Faksimile eines Wahlaufrufes für Mamroth, aaO, gegenüber S. 230.

⁴ Aufstellung der Betätigungsfelder der ungefähr 70 Landespolitiker während der Jahre 1850–1858, s. Anhang A 6.

⁵ *Geschichte d. Frankf. Ztg.*, 1911, S. 44.

nung, die ihrer Ansicht nach gerade die Regierungspolitik nicht verdiene, die vielmehr offensichtlich auf die Restaurierung des anciens régimes abziele. Zu denen, die auf diesem Umweg ihren Konservatismus begründeten, gehörte z. B. Moritz Veit⁶. Dergestalt nahm der Prozentsatz der Konservativen unter den jüdischen Politikern in der Reaktionszeit zu und erreichte 30% der Gesamtbeteiligung politisch aktiver Juden an der Landespolitik⁷.

Nicht immer war eindeutig festzustellen, wer ein wirklicher Konservativer war, oder wer, dem rechten Zentrum angehörend, es für richtig hielt, sich nunmehr als konservativ auszuweisen. Zahlreiche *Lokalpolitiker* scheinen zur letzten Kategorie gehört zu haben. Anders wäre jedenfalls schwer erklärlich, weshalb so viele Juden gerade während der Reaktionszeit zu Munizipalämtern gelangten.

Doch wirkte sich die Herrschaft der Reaktion auch auf die Beteiligung der Juden an der Lokalpolitik nachteilig aus. Viele Nichtjuden rückten von ihnen ab, und unter den Juden selbst gab es genug, die sich unter so ungünstigen Verhältnissen nicht exponieren wollten. Damals riet Leopold Zunz seinem Freunde Philipp Ehrenberg, einem neueinrückenden Stadtverordneten:

„Werfen Sie sobald als möglich, hochzuehrender Stadtverordneter, Ihr Amt zu allen Teufeln; jetzt ist es ehrenhaft und nützlich, im Dunkel zu bleiben.“⁸

Die immerhin doch bemerkenswerte Zahl der jüdischen Lokalpolitiker dieses Zeitabschnitts läßt aber darauf schließen, daß solcherlei Ratschläge oft unbeachtet blieben. In den acht Jahren zwischen 1850 und 1858 wurden in den deutschen Staaten ungefähr 200 Stadtverordnete und über 90 jüdische Wahlmänner gewählt. In einigen Gegenden, besonders in den großen Städten, ging allerdings die örtliche Tätigkeit erheblich zurück⁹, stieg aber dafür in anderen deutlich an¹⁰. Wenn trotz aller Erschwerungen damals in der Munizipalpolitik relativ viele Juden zu finden sind, wird wahrscheinlich die besondere Beschränkung ihrer Wirkungsmöglichkeit in der Landespolitik das mitverursacht haben. Philippson macht diese Zusammenhänge in folgendem Aufruf sichtbar: „Wohlan, Ihr Preußen israelitischen Glaubens! Seien wir nicht entmutigt! Die Sphäre des Staatsdienstes, die ständischen Rechte, die Bildung der Jugend sind uns verschlossen; dafür ist uns das Volksleben, das städtische, das gewerbliche und frei wissenschaftliche Leben unverkümmert

⁶ Veit, S. 46, und sein im Anhang B 5 abgedruckter Brief.

⁷ Die jüdischen Landespolitiker verteilen sich während der Jahre 1850–1858 wie folgt auf die verschiedenen Parteigruppen:

Konservative und Loyalisten	30 %
Gemäßigte Liberale	40 %
Demokraten	18 %
Sozialisten	12 %

⁸ L. and A. Zunz, S. 235.

⁹ So z. B. in Oberschlesien und im Rheinland, in Berlin, Breslau und Königsberg.

¹⁰ Z. B. in Posen und in Hannover.

geblieben. So sind diese es, auf welche alle unsere Kräfte wir werfen wollen. . . Hier wollen wir arbeiten, rastlos, voll Eifers, voll humanen Geistes.“¹¹

Die Juden hatten ein doppeltes Anliegen, ihr Abrücken von der Revolution glaubhaft zu machen: Sie mußten nicht nur die Haltung ihrer Wortführer während der Revolution erklären – oder wegerklären, sondern sie hatten auch von neuem ihren grundsätzlichen Loyalismus zu demonstrieren, obwohl weder im demokratischen noch im reaktionären Lager jemandem zweifelhaft sein konnte, daß diesen ostentativen Beteuerungen der Regierungstreue keine tiefgehende Überzeugung mehr entsprach. Das gab dem Versuch der jüdischen Apologetiker, ihre Gemeinschaft politisch reinzuwaschen, einen gekünstelten Charakter, selbst wenn sie dabei viel Wahres vorbrachten. Denn für einen sehr erheblichen Teil der jüdischen Gesamtheit war wohl in den Jahren der Reaktion eine konservative oder zumindest passiv-loyale Haltung durchaus charakteristisch¹². Dementsprechend bemühten sich die jüdischen Zeitungen in zuweilen recht demonstrativer Weise, den Loyalismus der Juden zu unterstreichen. Besonders Ludwig Philippson, dessen AZJ nach dem Eingehen des politischen Teils des „Orient“ für zehn Jahre das einzige jüdische Nachrichtenblatt blieb, hob ständig die Regierungs- und Fürstentreue der Juden hervor¹³.

Wahrheitsgetreu stellte Philippson fest, daß „die größte Zahl der Juden“ durch ihre gesetzliche und wirtschaftliche Lage und durch ihre soziale Stellung zum Konservativismus gedrängt werde. Er verschwieg auch nicht, daß gewisse jüdische Elemente infolge der unfreundlichen Regierungspolitik „mit Gewalt zur Oppositionspartei getrieben“ worden seien. In merkwürdiger Verallgemeinerung erklärte er einmal, daß „der Jude . . . allerdings seinem Charakter nach oppositionslustig“ sei, fügte jedoch dieser ohnehin zu weitgehenden Behauptung sofort apologetisch hinzu: „Hingegen ist der Jude seiner Religion und seiner (sozialen) Stellung nach konservativ.“¹⁴ Da aber die reaktionären Kreise im allgemeinen nur der Altorthodoxie eine politisch-konservative Haltung konzedierten, hielt sich Philippson noch zu folgender

¹¹ L. Philippson, *Der Kampf*, S. 218. Allerdings bestanden in bezug auf zwei Arten von lokalen Ämtern gesetzliche Beschränkungen, die auch hier Ausschluß der Juden bewirken konnten. Da man wiederum, wie im Vormärz, den Juden Ämter mit polizeilicher Vollzugsgewalt verweigerte, konnten sie nicht zu Schulzen gewählt werden, und da die Provinziallandtage und Kreistage auf ständischer Grundlage aufgebaut waren, wollte man Juden auch zu diesen Versammlungen nicht zulassen. Jedoch wurden jüd. Schulzen, auch vor 1858, mindestens an drei Orten gewählt und von der Regierung bestätigt.

¹² Vgl. AZJ 1850, S. 42; 1852, S. 354; 1855, S. 623; 1858, S. 676; 1859, S. 34 f. Allerdings bedeutet „Konservativismus“ oft nichts anderes als Nähe zum Rechten Zentrum. Besonders die „Strenggläubigen“ in Berlin und Frankfurt wurden auch politisch durchgehend einfach als „Konservative“ bezeichnet (AZJ 1850, S. 187) und ebenso die „Geldmänner“ (Orient 1850, S. 159. Vgl. auch *Einborn*, S. 11 f.).

¹³ Daher die Klagen der deutschen demokratischen Presse über Abkehr der Juden von der Demokratie, der sie doch ihre Gleichberechtigung verdankten.

¹⁴ AZJ 1851, S. 321 f. Hervorhebung im Original.

Ergänzung verpflichtet: „Ich bemerke ausdrücklich, daß ich hier nicht etwa die orthodoxen Juden allein meine, sondern, mit Ausnahme einiger Extreme, auch alle Juden welche Kultusreformen anstreben.“

Diese Verteidigungslinie war etwas gekünstelt, denn wenn man die tatsächlichen Verhältnisse nicht vernebeln wollte, mußte man auch das Vorhandensein von mehr als „einigen Extremen“ zugeben, deren Existenz man allerdings damit erklären konnte, das „nicht selten . . . in ebenso unpolitischer als auch unduldsamer Weise gegen die Juden aufgetreten worden“ sei, so daß sie sich nolens volens „der demokratischen Richtung besonders angeschlossen“ hätten. Wirklich mit dem Herzen war der Schreiber nicht bei dieser Abwälzung der Schuld auf die Reaktion. Stand er doch selber dem Liberalismus nahe und war über den Zustand im reaktionären Deutschland, und insbesondere in Posen, so aufgebracht, daß er, unter Hintansetzung jeder apologetischen Vorsicht, ausrief: „Wo solche Ausschreitungen möglich sind und Billigung finden, da ist es den wohlhabenden Juden wohl kaum zu verdenken, wenn sie den demokratischen Einrichtungen Amerikas den Vorzug geben.“¹⁵

Damit machte sich Philipppsons Zeitung geradezu zum Fürsprecher der Auswanderung als möglichem Ausweg für die Juden Deutschlands aus ihrem politischen Dilemma. Daß Philipppson selber in der Emigration eine Antwort auf die Zustände in Deutschland sah, geht im übrigen noch aus einer anderen gedruckten Äußerung von ihm hervor. 1854 schrieb er: „Wir, von unserm Standpunkt aus, können sie nur gern scheiden sehen. Für die Ausschließung, für die Hintansetzung, für die Entziehung der schon erworbenen bürgerlichen Rechte gibt es keine bessere Antwort als – Auswanderung.“¹⁶

Den Aufsatz, dem die vorstehenden Sätze entstammen, muß Philipppson in großer Bitterkeit geschrieben haben. Er enthüllte übrigens noch eine politische Wahrheit, die gewöhnlich in der jüdischen Presse damals ängstlich verschwiegen wurde: Die Auswanderung war ein Schritt, durch den, seiner Auffassung nach, die Juden „in großer Anzahl dem Versinken ins europäische Proletariat entgehen“ könnten¹⁷. Die Gefahr, die Philipppson sah, war anscheinend eine ganz reale: das wirtschaftliche Absinken der ihrer Rechte nun wieder beraubten Juden aus dem Bürgerstande, in den sie sich mit der Revolution eben erst emporgeschwungen hatten, war eine nicht von der Hand zu weisende Möglichkeit. Politisch wollte er seine Leser damit zugleich vor einer Annäherung an den proletarischen Sozialismus warnen, der auf eine in ihren Rechten beschränkte Gruppe natürlich eine starke Anziehungskraft ausüben mußte¹⁸.

In Wahrheit fürchteten die wohlhabenden Juden den Sozialismus ebensosehr wie die Proletarisierung und näherten sich gerade darum den reaktionären Kreisen Deutschlands, die den Kampf gegen die „Erzwähler“, die er-

¹⁵ AaO, 1853, S. 149. Korrespondenz aus Posen-Bromberg.

¹⁶ AaO, 1854, S. 192.

¹⁷ AaO.

¹⁸ Über die Problematik der jüd. Einstellung zum Sozialismus wird noch die Rede sein.

klärten Feinde der politischen und gesellschaftlichen Ordnung, auf ihre Fahne geschrieben hatten. Doch stand ihrer *vollen* Identifizierung mit der konservativen Parteidoktrin vieles im Wege, und die Apologeten sagten wenigstens dort die ganze Wahrheit, wo sie die Konservativen anklagten, „den Juden, wenn er auch Gesinnungsgenosse“ sei, doch stets zurückgestoßen zu haben, „weil er Jude ist“¹⁹.

Die Folge war, daß man bei denjenigen regierungstreuen Kreisen Halt suchen mußte, die nicht ausgesprochen reaktionär und judenfeindlich waren. In diesem Zusammenhang lobte Philippson die preußische Beamtenhierarchie²⁰, indem er dankbar anerkannte, daß immer noch „der bürokratische Staat der freisinnigste gegen uns war und ist“²¹.

Dieser Satz ist typisch für die apologetische Technik Philippsons und anderer während der Reaktionszeit: Man stellte sich auf die Seite derjenigen politischen Kräfte, von denen man jeweils irgendetwas zu erhoffen hatte. Das mußte zu Widersprüchen führen, entsprach aber der Defensivstellung, die den Juden eine eindeutige ideologische Position nicht gestattete. Wurden die inneren Widersprüche einmal allzu kraß, blieb als letzter Ausweg immer übrig, den ambivalenten Charakter der jüdischen Orientierung, wie oben ausgeführt, zuzugeben. Allerdings wagte man nie zu sagen, daß die Juden es ohnehin denen nicht recht machen konnten, die ihnen von vornherein feindlich gesinnt waren. So mußte auch die Tatsache der jüdischen Neigung zur Opposition damit beschönigt werden, daß ihr Oppositionsgeist als im Grunde loyalistisch und dem Staate ungefährlich hingestellt wurde. Denn grundsätzlich sei „eine Opposition durchaus nicht staatsgefährlich . . ., vielmehr zur Gesundheit des Volks- und Staatslebens notwendig . . ., nicht minder loyal, treu und patriotisch gesinnt . . . als ihr Widerpart . . . Das Judentum war faktisch die mildeste Opposition, die man sich denken konnte“²².

Philippson ging sogar noch weiter, indem er ausdrücklich versicherte, daß jede Opposition aufzuhören habe im Falle „einer gewalttätigen Revolution . . . wo alle nur irgend konservativen Elemente der Gesellschaft sich zusammentun, um die . . . Gefahr zu beschwören; in solchen Zeiten gehört auch der Jude zu den konservativen Elementen“²³.

Diese Bemerkung entschuldigt die Ambivalenz der politischen Haltung mit einem Hinweis auf die jüdische Zwangslage. In „normalen“ Zeiten habe der Jude Grund zur Opposition, doch halte sich diese in dem durch Loyalität begrenzten Ausmaße; in Zeiten revolutionärer Zusammenstöße hingegen unterstütze er die Kräfte von Gesetz und Ordnung, denn „der Jude als Jude

¹⁹ Einhorn, S. 12.

²⁰ Diese Hochschätzung des „Beamtenliberalismus“ kommt etwa bei dem in der Revolutionszeit als demokratischer Politiker wirkenden Aron Bernstein noch im Jahre 1882 zum Ausdruck, wenn er den Beamtenliberalismus als positive politische Erscheinung in Preußen darstellt (*A. Bernstein I*, S. 16).

²¹ AZJ 1854, S. 40.

²² AaO 1863, S. 426.

²³ AaO 1861, S. 470.

fängt schon an konservativ zu sein, wo ihm nur *die Gleichheit der Rechte* gewährt ist“²⁴. Hier wird immerhin ausgesprochen, worum es damals wirklich ging. Verhielten sich in Deutschland Juden nicht konservativ, so entspringe das der Ursache, daß ihnen „die Gleichheit der Rechte“ – die einzige Forderung, welche die Juden für sich selbst erheben – nicht gewährt werde.

Wenn alle Versuche der Apologeten nicht überzeugten, blieb noch eine letzte Verteidigungslinie offen: Die jüdische Gesamtheit dürfe nicht verantwortlich gemacht werden für die politischen Anschauungen einzelner²⁵. Denn letztlich wolle das Judentum als solches gar nichts, als daß man es „zu keiner besonderen Partei im Staate stempele“²⁶.

Trotzdem scheint Ludwig Philippson seine Idee einer politisch-konfessionellen Sondergruppierung niemals ganz aufgegeben zu haben. Die vorenthaltene „Gleichheit der Rechte“ galt ihm nicht nur in den Jahren der Reaktion als Rechtfertigung für dieses zu verfolgende Ziel. Auch später noch, in der Konfliktzeit zwischen Bismarck und dem Preußischen Landtag, lassen sich Versuche der Weiterführung oder Wiederaufnahme seiner seit 1849 feststellbaren Tendenz nachweisen. Zuweilen arbeiteten Philippson und gewisse Kreise Posener Juden, wenn auch nicht sehr wirksam, dabei zusammen.

Das erste Anzeichen für ein Fortbestehen, oder eben Wiederaufleben, konfessionell-politischer Bemühungen läßt sich zu der Zeit der preußischen Landtagswahlen des Jahres 1855 feststellen. Damals erhielt Philippson den folgenden Brief eines Lesers der AZJ aus Kempen, den er prompt veröffentlichte:

„Im Kempener Kreise . . . war eine Koalition von jüdischen und polnischen Wahlmännern zustande gekommen, die zwei Abgeordnete zu wählen gehabt, einen Vertreter des Judentums und einen polnischen Abgeordneten. . . Als ersterer wurden *Sie* aufgestellt. Man sagte sich, daß neben so vielen katholischen und evangelischen Geistlichen, die in jenem Hause sitzen, *einem* jüdischen wenigstens den Raum das Gesetz vergönnt und das Bedürfnis fordert. Nur daß man die Ostrower Wahlmänner übersehen und diese sich vorher anderweitig engagiert hatten, brachte jenen die Minderheit.“²⁷

Diesem Brief fügte Philippson in der Zeitung die Anmerkung hinzu, es sei das für ihn eine „ganz neue und unerwartete Mitteilung“. Inwieweit der Inhalt des Briefes den Tatsachen entsprach, und Philippson von der Nachricht wirklich überrascht wurde, bleibe dahingestellt. Daß der Gedanke einer selbständigen jüdischen Politik nicht aufgegeben war, darf man damit aber wohl annehmen. Ähnliches wiederholte sich dann bei den Landtagswahlen im Jahre 1863. Wiederum war Philippson der „überraschte“ Kandidat. Doch von diesem Vorfall wird weiterhin noch die Rede sein.

Was in Posen als Ursache für das konfessionelle Auftreten der Juden bei den Landtagswahlen anzusehen ist, wurde bereits dargelegt. Einerseits war es die nach Kurien berechnete Verteilung der Sitze bei den Munizipalwahlen,

²⁴ AaO 1858, S. 259. Hervorhebung von mir.

²⁵ AaO 1853, S. 149.

²⁶ AaO 1852, S. 350.

²⁷ AaO 1855, S. 625.

andererseits zwang der Mangel an Entgegenkommen seitens der Deutschen die Juden zu Wahlbündnissen mit den Polen. Beide Motive treten hervor, wenn man die Beschwerden eines Juden aus der Stadt Posen aus dem Jahre 1852 liest, die in der AZJ erschienen²⁸. Nach diesem Bericht hätten die Deutschen im Gymnasium der Stadt einen numerus clausus eingeführt und die Wahlparole ausgegeben, die jüdischen Vertreter in der Stadtverwaltung auf zwei zu beschränken, obwohl die Juden nahezu 20% der Stadtbevölkerung ausmachten. Deshalb „wußten die jüdischen Wähler Posens ein derartiges Bestreben gehörig zu würdigen, indem sie die, welche sie im Jahre 1848 ‚deutsche Brüder‘ nannten, nicht unterstützten. Mit Hilfe der polnischen Wähler wollten sie die ihrer Zahl nach ihnen gebührende Anzahl Gemeindevertreter durchbringen. . . Es war interessant zu sehen, wie orthodoxe Juden für einen katholischen Prälaten stimmten, und diese für fromme Juden.“²⁹

Diese Meldungen besagen nicht, daß die Juden sich die polnische Sache zu eigen gemacht hätten. Vielmehr entsprang ihr Zusammengehen mit den katholischen Polen³⁰, wie aus dem folgenden Beispiel leicht erkennbar wird, ausgesprochen *jüdischen* Interessen. Es stellt demnach deutlich den Versuch einer jüdischen Sonderpolitik dar. Die Landtags- und Munizipalwahlen in Nakel (Posen) brachten die Repetition dieses Verhaltens. Vor der Abstimmung veröffentlichten die jüdischen Wahlmänner der Stadt im Bromberger Wochenblatt einen, der Feder des Rabbiners Dr. Bernhard Friedmann entstammenden Aufsatz, in dem die vitale Bedeutung des Paragraphen 12 der Verfassung (Emanzipationsparagraph) für die Juden erläutert wurde. Dem folgte die Aufforderung, nur Kandidaten zu wählen, die sich zur Aufrechterhaltung der Verfassung einschließlich des Emanzipationsparagraphen verpflichteten. Vor den Ersatzwahlen zur Stadtverwaltung hielt derselbe Rabbiner in der Synagoge „eine sehr eindringliche Predigt, in welcher er die Teilnahme an der Wahl ganz besonders als eine heiße religiöse Pflicht ans Herz legte“³¹. Diese Rede war durch den Beschluß der Stadtverwaltung veranlaßt worden, den Wochenmarkt auf den Sabbath zu verlegen! Um sich in dieser für sie lebenswichtigen Angelegenheit zu schützen, fanden die Nakeler

²⁸ AaO 1852, S. 624.

²⁹ AaO.

³⁰ Dies ist das erstmal, daß eine Quelle ein Zusammengehen zwischen Katholiken und orthodoxen Juden erwähnt. Doch scheint es, daß bereits im Vormärz sich dergleichen im Posenschen und in Oberschlesien ereignet hatte. Da aber die Quellen nicht interessiert waren, eine konfessionelle Absonderung herauszustellen, wurde dieses Moment nicht betont. Erst jetzt, während der Reaktionszeit, führte steigende Bitterkeit der Juden zu gelegentlichen Berichten über das Zusammengehen zwischen Juden und Katholiken.

³¹ AZJ 1858, S. 703–705. Ein Echo des Zusammengehens von Juden und Polen bei den Wahlen des Jahres 1858 klang auch in den Verhandlungen des Preuß. Landtages an, als der Regierungspräsident v. Mirbach beschuldigt wurde, einen Druck auf jüd. Wähler ausgeübt zu haben, um sie von einem Wahlabkommen mit den Polen abzuhalten. AZJ 1859, S. 187.

Juden schließlich den Mut, ihren jüdisch-konfessionellen Interessen gemäß zu wählen und auch die Polen zu veranlassen, ein Gleiches zu tun.

Solche Vorkommnisse konnten Philippson nur in seiner Linie bestärken. Zu den gleichen Wahlen des Jahres 1858 empfahl er daher seinen Lesern folgendes politisches Rezept: „Erstens, überhaupt nur solchen Männern ihre Stimme zu geben, welche unbedingte Treue der Verfassung... zu[m]... Grundsätze haben... Zweitens, da wo die Zahl der israelitischen Wähler... so bedeutend ist, daß sie einen wesentlichen Einfluß auf die Wahl üben, müssen sie sich mit ihren christlichen Mitbürgern und Mitwählern so zu vereinigen suchen, daß ein oder zwei Abgeordnete jüdischer Konfession in das Haus gewählt werden.“³²

Er forderte für die Juden nicht eine ihrer Zahl entsprechende Vertretung als *Minderheitsgruppe*, denn dann hätte er fünf oder sechs Abgeordnete im preußischen Abgeordnetenhaus verlangen müssen. Er wollte einen „Wortführer“³³ im Landtag wissen, dem er sein Vertrauen geben konnte. Wie er das meinte, zeigt die mehr als laue Begrüßung, zu der er sich in seiner Zeitung den beiden Juden gegenüber aufschwang, die im Jahre 1858, nach einer Pause von mehr als fünf Jahren, in den neuen Landtag einzogen. Allerdings mußte er zugeben, daß einer von ihnen in Posen gewählt worden war, „weil er Jude war“. Und dies war für ihn „der einzige jüdische Einfluß, der sich bei den Wahlen geltend gemacht hat“. Er lehnte aber beide Kandidaten ab, da sie die jüdischen Interessen nicht vertraten, wie *er* sie auffaßte³⁴.

Man darf wohl annehmen, daß es nur *einen* Kandidaten gegeben hat, der Philipppsons Meinung entsprochen hätte, nämlich ihn selber. Die geschilderte „Überraschung“ in Kempen mußte sein Augenmerk auf die Wahlbezirke der Provinz Posen lenken, da dort so offensichtliche Chancen für eine ausgesprochen jüdische Kandidatur bestanden. In diesem Lichte wird dann verständlich, weshalb Philippson vor den nächsten Wahlen – in den Jahren 1861, 1862 und 1863 – in seiner Zeitung eine so lebhaft politische Propaganda getrieben hat. Meist bediente er sich dabei einer gewissen theologischen Tarnung, indem er den Nachweis führte, daß der „Mosaismus“ alle modernen politischen und sozialen Theorien früher und besser formuliert habe, als die zeitgenössischen Parteien. Mit diesen Leitartikeln über die mosaische Auf-

³² AaO 1858, S. 298 f.

³³ AaO, S. 601.

³⁴ AaO, S. 684. Die zwei Landtagsabgeordneten waren Moritz Veit und Leonor Reichenheim. Letzterer tat zwar philanthropisch viel für die Juden, hatte aber politisch wenig Gewicht. Veit hingegen, der sowohl in Berlin wie in Posen gewählt wurde, scheint Philipppsons Ambitionen in die Quere gekommen zu sein: In einem kürzlich veröffentlichten Brief erklärte Veit, er habe schon deswegen seine Wahl in Posen abgelehnt, weil er sie als „eine nationale“ Kundgebung der dortigen Juden empfunden habe (BLBI, Nr. 29, 1965, S. 83 f.). Durch diese Äußerung wird Philipppsons Behauptung, daß Veit in Posen gewählt worden sei, „weil er Jude war“, zur bewiesenen Tatsache. Philippson lehnte ihn wohl auch deshalb ab, weil Veit eine steigende Neigung zur Neo-Orthodoxie bekundete.

fassung von Politik und Sozialrecht, wie er sie verstand, verfolgte er wohl das aktuelle Ziel, seinen Lesern ein vollständiges politisches Aktionsprogramm zu entwickeln und zugleich seine Stellung zu allen Streitfragen des deutsch-politischen Lebens darzulegen. Allein schon die Überschriften dieser Artikel beweisen das hinreichend³⁵.

Wie bereits erwähnt hatten Philipppsons Bemühungen einen, wenn auch begrenzten Erfolg. Er wurde im Jahre 1863 im Posenschen Wahlkreise Schwersenz als Kandidat zur Landtagswahl aufgestellt, fiel aber bei der Schlußabstimmung durch. Philipppson selbst erklärte, daß er es für seine Bürgerpflicht gehalten hätte, eine Wahl anzunehmen³⁶. Dazu sollte er jedoch keine Gelegenheit mehr erhalten³⁷, denn die Juden zeigten kaum eine Neigung, bei Landeswahlen jüdische Kandidaten zu wählen, vor allem wohl, weil ihnen daran lag, auf diese Weise „ihre Unparteilichkeit zu beweisen“, oder auch, wie es an derselben Stelle heißt, aus „Neid und Mißgunst gegen ihre Glaubensgenossen“³⁸. Unabhängig davon war aber seit den Wahlen des Jahres 1858 eine entscheidende Wendung hinsichtlich der politischen Orientierungen der Juden eingetreten. Im gleichen Jahre 1861, in dem Philipppsons Intentionen deutlichere Gestalt annahmen, hatten sich nämlich die Juden Posens bereits eindeutig für den deutschen Liberalismus entschieden. Die jüdischen Wahlmänner – 48 insgesamt³⁹ – zählten nun „durchgängig zu den Liberalen“, und die Juden hatten überhaupt, wie sich ein Korrespondent ausdrückte, „ihr Deutschtum bewährt und überall deutsch“, das heißt liberal, gewählt⁴⁰.

Die Posener Juden zogen demnach die deutsche der polnischen oder einer jüdischen Sondergruppierung vor, sobald sich Deutschtum mit *Liberalismus* identifizieren ließ. Damit ging in ihrer Orientierung im Jahre 1861 die gleiche grundlegende Veränderung vor sich, die sich im gesamten deutschen Judentum seit Anbruch der „Neuen Ära“ vorbereitet hatte. Es begann die enge Weggemeinschaft der jüdischen Mehrheit mit dem deutschen Liberalismus, der ihr eine schnelle und vollständige Amalgamierung an das (liberale) Deutschtum zu versprechen schien. Dieses Zusammengehen bereitete den bescheidenen

³⁵ Die einschlägigen Leitartikel sind: Zu den preußischen Wahlen (AZJ 1861, S. 470 ff.). – Das Wahlprogramm der feudalen Partei in Preußen (AZJ 1861, S. 557 ff.). – Die Wahlen in das preußische Abgeordnetenhaus (AZJ 1861, S. 655 ff.). – Einige soziale Fragen d. Gegenwart vom Mosaismus entschieden (AZJ 1862, S. 515). – Die Arbeit nach der Heiligen Schrift (AZJ 1862, S. 531 ff.). – Politische Fragen vor d. Forum d. mosaischen Rechts (AZJ 1862, S. 621 ff.). – Die drei Gewalten (AZJ 1862, S. 637 ff.). – Kera deror! („Rufe: Freiheit!“) (AZJ 1862, S. 669 ff.). – Reaktion und Opposition (AZJ 1863, S. 423 ff.). – Welche ist die rechte politische Ansicht? (AZJ 1863, S. 767 ff., S. 783 ff.).

³⁶ AZJ 1863, S. 712.

³⁷ In einer späteren Epoche (1898–1914) gelang es, hintereinander fünf Juden als Kompromißkandidaten der deutschen Parteien durchzubringen. Sie waren jedoch keine jüd. Sonderkandidaten.

³⁸ AZJ 1861, S. 656, Anm.

³⁹ AaO, S. 704.

⁴⁰ AaO, S. 705.

Anfängen einer jüdisch-politischen Sonderbewegung ein rasches Ende. Philippson selber stand nicht an zuzugeben, daß der Jude „einen neuen mächtigen Anreiz“ darin finden müsse, „sich in das Leben der Nation zu versenken“, um ihr „mit allen Kräften zu dienen“⁴¹.

Philippsons wahre Zuneigung gehörte ja ebenfalls dem gemäßigten Liberalismus⁴². Mit dem Nachlassen des Drucks der Reaktion hatte er für die Interessen der jüdischen Gesamtheit kaum noch etwas zu fürchten. In der „Neuen Ära“ konnte er seine liberale Gesinnung offen bekennen und sich für Freiheit und Konstitution einsetzen. Gleich ihm vollzog dann auch die jüdische Mehrheit, die von 1850 bis 1858 gezwungen war, möglichst loyalistisch zu erscheinen⁴³, den Anschluß an das deutsch-liberale Lager, um in Gemeinschaft mit dem deutschen Bürgertum den Weg zur Einigung Deutschlands zu beschreiten.

⁴¹ AaO 1859, S. 427.

⁴² AaO 1861, S. 470.

⁴³ Die politischen Orientierungen der jüd. Gesamtbevölkerung während der Reaktionsjahre lassen sich ungefähr folgendermaßen ansetzen:

Konservative und aktive Loyalisten	15 %	} 60 %
Opportunistische Loyalisten	45 %	
Gemäßigte Liberale	35 %	
Demokraten	4 %	
Sozialisten	1 %	

Vgl. dazu die Orientierungen der aktiven Politiker, oben, Anm. 7.

C. DIE WEGGEMEINSCHAFT MIT DEN LIBERALEN (1858–1878)

1. VON DER „NEUEN ÄRA“ BIS ZUM NORDDEUTSCHEN BUND

a) Die jüdische Beteiligung am politischen Leben Deutschlands

Um das Jahr 1858 begann sich das Bild der politischen Situation in Deutschland tiefgreifend zu verändern. In Preußen, Baden und in einigen süddeutschen Ländern hatte der Druck der Reaktion so weitgehend nachgelassen, daß die Liberalen sich mit den Regierungen verständigen und auf eine konstitutionelle Zusammenarbeit im Zeichen eines gemäßigten Reformprogramms hoffen konnten. Das Bürgertum bekannte sich bei den Wahlen offen zu den Reformparteien und entsandte liberale Mehrheiten in die Landtage. Gleichzeitig trat auch die Frage der deutschen Einheit wieder in den Vordergrund, als der Krieg Österreichs gegen Piemont-Sardinien und dessen Bundesgenossen Napoleon III. die Gemüter erregte. Durch die Gründung des Deutschen Nationalvereins versuchte das liberale Bürgertum Einfluß auf die Einigungsbewegung zu gewinnen. Zu Beginn der sechziger Jahre schien die von ihnen ersehnte „Neue Ära“ endlich Wirklichkeit geworden zu sein.

Gerade in dieser Periode brach jedoch in Preußen der offene Konflikt zwischen Otto von Bismarck, dem Ministerpräsidenten König Wilhelms I., und der liberalen Landtagsmehrheit aus, wobei der bürgerliche Mittelstand geschlossen hinter den Liberalen stand. Zu einem Zusammenschluß zwischen dem linken und dem rechten Flügel der Liberalen führte die gemeinsame Anti-Bismarck-Front allerdings nicht. Der linke Flügel – die Fortschrittspartei – zog im wesentlichen das Bildungsbürgertum an, während das „altliberale“ Besitzbürgertum in seiner Mehrheit zu Mäßigung und Kompromiß neigte. Doch wollte selbst die Fortschrittspartei den Konflikt nicht auf die Spitze treiben. Schon die ersten Erfolge Bismarcks bei seinem Bemühen um eine Einigung Deutschlands während des Krieges gegen Dänemark im Jahre 1864 führten dazu, daß weite Schichten des preußischen Bürgertums einen Ausgleich mit der Regierung suchten. Der zwei Jahre später erfochtene Sieg Preußens über Österreich¹ und die Gründung des Norddeutschen Bundes bot dann allen

¹ Zu Ende des Krieges fielen an Preußen: Hannover, Hessen-Nassau, Hessen-Kassel, Frankfurt a. M., Schleswig-Holstein.

gemäßigten Liberalen die erwünschte Gelegenheit, den Konflikt zwischen Regierung und Abgeordnetenhaus durch den sogenannten „Indemnitätsantrag“ auf gutlichem Wege zu beenden. Diejenigen Mitglieder der Liberalen und der Fortschrittspartei, die sich durch Annahme dieses Antrages mit dem Regime Bismarcks versöhnten, schlossen sich im Verlaufe des nächsten Jahres zu einer neuen Partei zusammen, die sich zunächst „Nationale Partei“, bald aber „Nationalliberale Partei“ nannte². Nur Reste der alten Fortschrittspartei blieben weiterhin in der Opposition.

In den Jahren vom Anbruch der „Neuen Ära“ bis zur Gründung des Norddeutschen Bundes vollzog sich der beinahe vollkommene Anschluß der jüdischen Politiker und mit ihnen der Mehrheit der jüdischen Gesamtbevölkerung an die bürgerlich-liberalen Organisationen.

Besonders taten sich jüdische Politiker bei der Gründung des „Deutschen Nationalvereins“ hervor, der 1859 ins Leben trat und die Einigung Deutschlands auf dem Wege der freiheitlichen Verfassungsgebung zu seinem Programm gemacht hatte. Unter den ungefähr 190 Männern, die an der Gründungsversammlung des Nationalvereins teilnahmen, waren mindestens 13 (= 7%) jüdischer Abstammung³. Drei von ihnen wurden in das zwölf Mitglieder zählende Präsidium gewählt. Später zeichneten sich durch ihre Tätigkeit für diesen Verband besonders Berthold Auerbach, Levin Goldschmidt, Julius Benfey und Raphael Kosch aus.

An der Gründung des Großdeutschen Konkurrenzbandes zum Nationalverein, des „Deutschen Reformvereins“, beteiligten sich interessanterweise gleichfalls etwa 15 Juden⁴. Sie machten aber nur 2 1/2% der Versammlungsteilnehmer aus.

² Über die Partei und die beiden Juden in der Parteiführung, Lasker und Bamberger, s. unten Kap. 2.

³ Ihre Namen waren (die dem Präsidium Angehörigen sind mit [P] bezeichnet): Dr. Wolfgang Neukirch, Frankfurt, Schriftführer; Dr. August Metz (get.), Darmstadt (P); Dr. Gabriel Riesser, Hamburg (P); Dr. Moritz Veit, Berlin (P); Dr. Ludwig Braunfels (get.), Frankfurt; Dr. Gottfried Cohen, Hamburg; Dr. Fischel, Berlin; Fabrikbesitzer Friedeberg (?), Berlin; Dr. Julius Friedleben (get.), Frankfurt; J. Katzenstein, Advokat, Eisenach; Dr. med. Normann, Berlin; Dr. Maximilian Reinganum (get.), Frankfurt; Dr. A. Aronheim, Braunschweig; Leopold Sonnemann, Frankfurt; Dr. Johann Jacoby, Königsberg. In den Listen der „Kreuzzeitung“ (1859, Nr. 219 und 220) über die Beteiligten an der Gründungsversammlung fehlen die Namen Aronheim und Jacoby. Aber nach BUAFF/Nachlaß Nover 3, S. 400 f. waren sie anwesend. Die Kreuzzeitung Nr. 229 v. 1. 10. 1859 nennt jedenfalls die Namen von R. Kosch und J. Jacoby als führende Mitglieder des Nationalvereins in Königsberg.

⁴ Die jüd. Teilnehmer waren: Dr. F. Arnheim, Bayreuth; Dr. W. Auerbach, Frankfurt; M. S. Beyfus, Frankfurt; Freund (?), Frankfurt; Dr. jur. Fürst (?), Rothenburg; Geheimrat Goldmann (?), Darmstadt; Dr. Henle, Frankfurt; Julius Ladenburg, Frankfurt; Baron Carl v. Eichthal (vor der Adellung: Seligmann), München; Baron Ludwig v. Eichthal (vor der Adellung: Seligmann), München; Dr. Levy, Hamburg; Dr. Löbenstern (get.), Hanau; Dr. Loening (get.), Frankfurt; Journalist Prager (?),

Im Zeitungswesen und in der politischen Publizistik nahm der Anteil der Juden seit 1858 schnell zu. Die meisten Schriftsteller der alten Garde setzten ihre Tätigkeit fort, doch kamen jetzt in steigendem Maße neue Kräfte hinzu⁵. Unter den Namen, die eine besondere publizistische Geltung erhielten und die auch auf anderen Gebieten des politischen Lebens eine hervorragende Rolle spielten, sind an dieser Stelle – sie werden noch des öfteren erwähnt werden – vor allem zu nennen: Ferdinand Lassalle, Eduard Lasker, Ludwig Bamberger⁶ und H. B. Oppenheim. Abgesehen von ihnen übten aber die jüdischen Publizisten, ganz allgemein gesehen, im hier behandelten Zeitabschnitt nur einen geringen politischen Einfluß aus. Zu einigem Ansehen brachte es lediglich Ludwig Ernst Hahn (get.), der zwar 1848 ein Liberaler gewesen war, dann jedoch seinen Frieden mit dem Regime gemacht hatte und nun als Redakteur der offiziös-Bismarckschen „Provinzial-Korrespondenz“ eine Macht hinter den Kulissen wurde. Dagegen stand Arthur Levysohn (get.), später als Chefredakteur des „Berliner Tageblattes“ bekannt, damals erst am Anfang seiner journalistischen Tätigkeit. (Er war der Sohn des „Rothrepublikaners und Hauptjuden“ aus der Paulskirche und dem Rumpfparlament.) Einen Namen machte sich auch Julius Stettenheim, der sich mit seiner komischen Figur „Wippchen“ großer Popularität beim Leserpublikum erfreute, politische Bedeutung jedoch nicht erlangte.

Die Publizistik verhalf in dieser Epoche einem neuen politischen Faktor zu seinem Aufstieg: der sozialen Frauenbewegung, die bei den jüdischen Frauen erheblichen Anhang fand. Unter den Schriftstellerinnen, die der Bewegung Antrieb gaben, befanden sich die Halbjüdin Ludmilla Assing, eine Nichte Varnhagens, und die getaufte Romanschriftstellerin Fanny Lewald aus Königsberg. Die von Jenny Hirsch herausgegebene Berliner Frauenzeitschrift „Bazar“ wirkte aktivierend auf diejenigen Frauen, die ihre Tätigkeit der Gründung von Vereinen mit sozialen Aufgaben widmeten. Besonders erwähnenswert sind hier die unter Mitwirkung von Lina Morgenstern-Bauer geschaffenen Vereine zur Förderung Fröbelscher Kindergärten und zur Errichtung von Volksküchen. Bei der Gründung des zentralen „Allgemeinen Deutschen Frauenvereins“ spielte ebenfalls eine Jüdin, Henriette Goldschmidt-Benas, die führende Rolle. In Breslau schuf Minna Pinoff mit ihrer programmatischen Schrift „Die sozialen Reformbestrebungen unserer Frauen“ eine

München; (Wilhelm?) Stahl (get.); Schriftsteller Ullmann (?), Frankfurt; Konsul Wiener, Darmstadt (im Vorsitz). BUAFF/Nachlaß Wydenbruck.

⁵ Für die Zeit zwischen 1858 und 1866 sind 14 oder mehr neuauftretende politische Schriftsteller nachweisbar. Insgesamt waren in diesem Felde ungefähr 35 Juden tätig. Allerdings ging ihr Anteil an der politischen Publizistik in dem Maße zurück, in dem sich andere Betätigungsmöglichkeiten eröffneten. S. Anhang A 6.

⁶ Bamberger, der zunächst nur eine anonyme Schrift „Juchhe nach Italia“ veröffentlichte, beteiligte sich dann an den „Demokratischen Studien“ und den „Deutschen Jahrbüchern für Politik und Literatur“. Er blieb bis 1867 im Ausland. Vgl. *L. Bamberger*, Ges. Schr. III, passim.

ideologische Grundlage für praktische Sozialarbeit der Frauenbewegungen.

Zwar hatten die Frauenbewegungen keinen spezifisch politischen Charakter, förderten aber die Entwicklung politischen Bewußtseins und die öffentliche Meinungsbildung unter den Frauen. In diesem Sinne darf man die Frauenvereine als eine Vorstufe zu aktiver politischer Betätigung betrachten, die man den Frauen allerdings erst im zwanzigsten Jahrhundert voll zubilligte.

Mehr noch als alle diese nur indirekt politisch wirkenden Organisationen, übten die zu neuem Leben erwachten *politischen* Körperschaften eine starke Anziehungskraft auf die Juden aus. Viele von ihnen beteiligten sich aktiv am Parteileben und an den parteipolitischen Neuschöpfungen der sechziger Jahre, in Preußen sowohl wie in den nichtpreußischen Staaten. So wurde Professor Robert Remak, ein tätiges Mitglied der liberalen Partei, zum Mitbegründer des „Fortschritts“⁷. In Frankfurt erhielt Leopold Sonnemann, der Gründer der Frankfurter Zeitung, auch parteipolitische Bedeutung durch die Organisation der „Deutschen Arbeitervereine“ und der süddeutschen Volkspartei. Mit der Schaffung der Arbeitervereine stellte er sich in ausgesprochenen Gegensatz zu Ferdinand Lassalles Arbeiterpolitik.

Lassalle war bereits 1861 mit der „Fortschrittspartei“ in Konflikt geraten. Seit Zuspitzung der Gegensätze bei der Ernennung Bismarcks begann er dann, seinen eigenen politischen Weg zu gehen. Im Jahre 1863 konstituierten sich die Lassalleaner⁸ im „Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein“ und erhoben die Forderungen nach allgemeinem Wahlrecht und Staatsbeihilfe für Errichtung von Produktivgenossenschaften zu ihren wesentlichen Programmpunkten. Damit war der Grundstein zur späteren sozialistischen politischen Arbeiterbewegung in Deutschland gelegt. Zahlenmäßig hatte der „Allgemeine Deutsche Arbeiterverein“ zunächst noch kein Gewicht und im Landtag keine Vertretung. Bismarck fand aber die neue Organisation und ihren Führer so beachtlich, daß er sich mit Lassalle persönlich in Verbindung setzte. Praktische Folgen hatte die Begegnung der beiden Männer jedoch nicht, und bald danach fiel Lassalle im Duell wegen einer privaten Affäre.

⁷ AZJ 1859, S. 108.

⁸ Zu dem Kreis um Lassalle gehörten u. a. die folgenden Juden: Ludwig Loewe (der nach kurzer Zeit zum „Fortschritt“ abschwenkte), der Kaufmann Abraham Strauss aus Frankfurt und Gustav Lewy aus Düsseldorf, Kassierer des Arbeitervereins. Eine Zeitlang war Moses Hess Beauftragter für Köln. In Hamburg redigierte A. Perls die Zeitschrift „Nordstern“ im Sinne Lassalles. Das eigentliche Organ des Lassalleschen Kreises war der von Dr. Eduard Löwenthal in Leipzig herausgegebene „Zeitgeist“. Ein Arzt, Dr. Louis Neumann aus Berlin, wird von Lassalle als ihm nahestehend erwähnt. Jüdische Arbeiter finden sich nicht in den Quellen über die Lassallesche Bewegung. Demgegenüber waren bei den marxistischen „Eisenachern“ seit 1869 nicht nur jüd. Intellektuelle, sondern auch einige Arbeiter Mitglieder. Die folgenden Namen scheinen jüdisch zu sein: Weber Kuttner aus Göppingen; H. Beuthner aus Luckenwalde. (IISGA/Naßlaß J. P. Becker, Korrespondentenliste.)

Die erhöhte Teilnahme von Juden am politischen Leben machte sich natürlich besonders in den Wahlkämpfen und in den Parlamenten der deutschen Länder bemerkbar. Bei den Wahlen von 1858/59 zogen neunzehn Juden und mindestens noch zehn Getaufte in die deutschen gesetzgebenden Versammlungen ein. Insgesamt wurden in den Jahren 1858–1866 siebenzig Juden in die Parlamente der Länder gewählt⁹, wovon allerdings der weitaus größte Teil (58) auf Mitglieder der Bürgerschaften in den Freien und Hansestädten entfiel. Im Preußischen Landtag saßen in den Jahren 1858–1866 insgesamt acht Männer jüdischer Abstammung¹⁰. Drei weitere Landtagskandidaten blieben erfolglos¹¹. Obwohl nun, während einer Wahlperiode, höchstens fünf bis sechs jüdische Abgeordnete im Preußischen Landtag zusammentrafen, befürchtete man anscheinend jüdischerseits, selbst diese Zahl könnte der nicht-jüdischen Öffentlichkeit noch zu groß erscheinen. Nur so jedenfalls läßt sich verstehen, weshalb ein Korrespondent der AZJ meinte, zu folgendem Kommentar verpflichtet zu sein: „Diese Zahl geht über das Normalverhältnis nicht hinaus, nach welchem fünf auf die jüdische Gesamtbevölkerung in Preußen kämen.“¹² Dem fügte die Redaktion ausdrücklich hinzu, daß keiner der Abgeordneten seine Wahl einer geschlossenen jüdischen Stimmabgabe zu verdanken habe; sie seien vielmehr Repräsentanten von Wahlbezirken, in denen die Juden gerade einen nur sehr geringen Einfluß ausübten¹³.

Hatte sich die jüdische Beteiligung an der Landespolitik während der Jahre 1858–1866, mit mehr als 170 aktiven Politikern, nun auf mehr als das Doppelte gegenüber der Reaktionszeit erhöht, so ist nicht weiter verwunderlich, wenn dann in der *Lokalpolitik* ein steiler Anstieg jüdischer Aktivität festzustellen ist¹⁴. In der Munizipalpolitik war zwar das Eingreifen der Reaktion

⁹ Davon 8 in Preußen, 2 in Braunschweig, 1 in Baden, 1 in Bayern, 2 in Lübeck und je 28 in Hamburg und Frankfurt. Abgeordnetenliste s. Anhang C 1.

¹⁰ Im Jahre 1858 wurden gewählt: Moritz Veit in Berlin (bis 1861) und Leonor Reichenheim in einem schlesischen Wahlbezirk (bis 1868). Später wurde Eduard Simson dazugewählt. Im Jahre 1861 zog Raphael Kosch ins Abgeordnetenhaus ein und machte sich bald einen Namen als Vorkämpfer der jüd. Rechte. Im Jahre 1863 folgte ihm Johann Jacoby, der bis dahin Kandidaturen abgelehnt hatte. Felix Eberty (get.) war die ganze Zeit Abgeordneter gewesen. Das Herrenhausmitglied Fr. J. Stahl starb im Jahre 1861. Der achte Abgeordnete, Eduard Lasker, wurde erst 1865 gewählt.

¹¹ Georg Hirsch in Königsberg, Leopold Zunz in Berlin und L. Philippson in Posen.

¹² AZJ 1865, S. 200.

¹³ Eine Übersicht über die politische Aktivität von Juden darf das Attentat auf Bismarck, verübt am 6. Mai 1866 von Julius Cohen-Blind, nicht unerwähnt lassen. Er war der Sohn einer Frau Cohen aus Mannheim und des nichtjüdischen Dichters Carl Blind, die beide während der Revolution am badischen Aufstand teilgenommen hatten.

¹⁴ Eine klare Unterscheidung von Landes- und Lokalpolitikern ist schwierig. Vom formalen Standpunkt gesehen waren z. B. die Freien und Hansestädte souveräne deutsche Staaten und ihre „Bürgerschaften“ Parlamente. Aber die Berufsschichtung der Bürgerschaftsmitglieder und andere Anzeichen lassen darauf schließen, daß sie eher als Lokalpolitiker anzusehen sind. Wegen dieser Unklarheit wurde hier auf eine Berufsstatistik verzichtet.

weniger fühlbar gewesen, man hatte aber, jedenfalls in den großen Städten und bei der Wahl von Wahlmännern für die Landtagswahlen, den Juden nur zögernd seine Stimme gegeben. Das änderte sich nun merklich. Gegenüber 190 Stadtverordneten und Räten und ungefähr 80 Wahlmännern während der Reaktionszeit wurden in den Jahren bis zum österreichischen Krieg mehr als 300 jüdische Stadtverordnete und ungefähr 170 Wahlmänner gewählt¹⁵.

In der geographischen Verteilung der Politiker während der „Neuen Ära“ fand nur insofern eine Verschiebung statt, als sich die jüdische Mitwirkung an der Landespolitik jetzt gänzlich in Berlin, Hamburg und Frankfurt konzentrierte, während die Provinz Posen die stärkste jüdische Beteiligung an der Lokalpolitik aufwies. Nochmals besonders hervorgehoben werden muß jedoch die grundlegende *Wandlung* der politischen Orientierung der Juden in diesem Zeitabschnitt.

Am klarsten ersichtlich wird die nunmehr erfolgte Umwälzung aus einer Betrachtung der Parteizugehörigkeit der jüdischen Wahlmänner für die Jahre 1858–1866 (soweit sie in der jüdischen Presse verzeichnet ist): von den 160 Wahlmännern, deren Parteiaffilierung bekannt ist, gaben elf (= 7%) ihre Stimme für konservative Kandidaten ab, einer stimmte für einen Polen (= 0,5%), alle anderen aber waren liberal (92,5%). Die jüdischen Zeitungen machten im allgemeinen keinen Unterschied zwischen den Altliberalen und der Fortschrittspartei, und nur von vier Wahlmännern ist ausdrücklich gesagt, daß sie für den Kandidaten des „Fortschritts“ stimmten. Da aber mehr Fortschrittskandidaten als Altliberale gewählt wurden, die meisten jüdischen Politiker in den Jahren 1861–1866 ohnehin der fortschrittlichen Richtung angehörten¹⁶, läßt sich vermuten, daß die Mehrzahl der Wahlmänner, wie der jüdischen Gesamtheit überhaupt, damals zur Fortschrittspartei neigte, wenn auch nicht so ausgesprochen wie die führenden Politiker. Eine schätzungsweise Übersicht über die Wandlung der politischen Orientierungen während der „Neuen Ära“ ergibt folgendes Bild:

	Jüdische Politiker		Jüdische Gesamtbevölkerung	
	1850-1858	1858-1866	1850-1858	1858-1866
Konservative, Loyalisten	30 %	10 %	60 %	14 %
Gemäßigte Liberale	40 %	35 %	35 %	50 %
Demokraten/Fortschritt	18 %	42 %	4 %	35 %
Sozialisten	12 %	13 %	1 %	1 %
		77 %		85 %

Daraus ist zu schließen, daß die jüdischen Politiker, die der allgemeinen politischen Entwicklung seit dem Vormärz vorausgeeilt waren, nunmehr von

¹⁵ Geographische Verteilung der Lokalpolitiker, s. Anhang A 7.

¹⁶ In Preußen z. B. schlossen sich 6 von den 10 Parteifunktionären dem Fortschritt an. Zwei Altliberale waren getauft. Veit verlor als Altliberaler seinen Sitz im Jahre 1861. Stahl war, bis zu seinem Tode im selben Jahr, Konservativer geblieben.

der Gesamtheit der Juden mehr oder weniger eingeholt und weitgehend als ihre *Wegbereiter* anerkannt wurden¹⁷.

Allerdings vollzog die jüdische Gesamtbevölkerung ihre Wendung zum Liberalismus nicht im gleichen Schritt mit ihren Politikern. Noch bis 1863 werden hie und da konservative jüdische Stadtverordnete und Wahlmänner erwähnt. Auch der konstitutionelle Konflikt zwischen Bismarck und dem Preußischen Landtag trug wohl dazu bei, die volle Identifizierung mit dem Liberalismus zu verlangsamen. Es war aber gerade dieser Konflikt, der schließlich die jüdische, zusammen mit der preußischen und deutschen Mehrheit der Bevölkerung ins Lager der konstitutionellen Parteien trieb und die jüdische Weggemeinschaft mit dem deutschen Liberalismus besiegelte. Der ausführlichen Dokumentierung dieser Entwicklung sind die nächsten Kapitel gewidmet.

b) Das Bündnis mit dem deutschen Liberalismus

Als es zu Beginn der „Neuen Ära“ wieder möglich wurde, offen gegen das „Flitterwerk des Scheinkonstitutionalismus“ aufzutreten, erstarkte in den Herzen der Juden, wie auch der nichtjüdischen Liberalen, die Hoffnung, daß „der fortwährende und fortgesetzte Anprall der öffentlichen Meinung... endlich auch diesen hartköpfigen und hartherzigen Starrsinn brechen werde, welcher der Anerkennung unseres Rechtes entgegensteht“¹⁸.

Raphael Kosch, der diese Worte im Preußischen Landtag aussprach, sah demnach als Ziel der Weggemeinschaft die gemeinsame Durchsetzung des *Rechtes*. Die Forderung der deutschen Gesamtheit richtete sich auf konstitutionelle, die der Juden auf *gleiche* Rechte. Kosch war fest davon überzeugt, daß die deutsche Volksmeinung, wie schon einmal in den Jahren der Revolution, so auch in Zukunft, für Recht und Gleichheit eintreten und ihre Verwirklichung durchsetzen werde. Die Herrscher hingegen hatten, nach den Worten von Moritz Veit, fünfmal eidlich das Prinzip der Gleichberechtigung beschworen, aber „diesen Grundsatz niemals zur Ausführung kommen lassen“. Nur das *Volk*, sagte auch Veit, sei dem Prinzip der Gleichheit niemals untreu geworden, weil in seinen Augen „die bürgerliche Gleichstellung der Juden mit der freiheitlichen Entwicklung unseres Staates zu allen Zeiten Hand in Hand gegangen“ sei¹⁹.

Zu dem Vertrauen auf das deutsche Volk als erster Voraussetzung für den gemeinsamen politischen Weg von Juden und Liberalen gesellte sich in den

¹⁷ Aber bei aller Annäherung der Gesamtheit an ihre aktiven Politiker, waren die letzteren doch erheblich weiter nach links gerückt. Ein späteres Kapitel wird den Umfang der Gefolgschaft für die in dieser Richtung politisch Hervortretenden untersuchen.

¹⁸ R. Kosch, Landtagsrede v. 14. 3. 1863, in: IDR 1899, S. 454. Vgl. ähnliche Ausdrücke in den Briefen von Lassalle; s. insbesondere Anhang B 6.

¹⁹ M. Veit, Landtagsrede, in: Die bürgerliche Gleichstellung der Juden in Preußen, S. 38.

Vorstellungen Veits noch eine zweite: die untrennbare Verknüpfung politischer und religiöser Freiheit, „denn beide Arten der Freiheit stammen aus einer und derselben Wurzel“²⁰. Eduard Lasker faßte einmal die beiden Grundsätze, der Bundesgenossenschaft mit dem Volke und der Unteilbarkeit der Freiheit, dahingehend zusammen, daß er sich für Deutschland und seine Juden eine bessere Zukunft durch einen „maßvollen Fortschritt“ versprach, „welcher den Instinkten des preußischen Volkes am meisten zusagt“²¹. Die Identität der ersehnten allgemeinen Freiheit mit der deutschen Volksfreiheit war bereits für die jüdischen Politiker des Vormärz Basis ihrer Wendung zum Liberalismus gewesen. Und so sehr ihre Erreichbarkeit auch durch die Reaktionszeit in Frage gestellt wurde, war sie dennoch niemals als leitendes Prinzip aufgegeben worden. Um wieviel stärkeres Vertrauen mußte nun die „Neue Ära“ einflößen, in der Freiheit und Gleichheit nicht mehr revolutionäre Träume, sondern praktisch-politische Ziele waren, deren Sicherung in der Durchführung der Verfassung lag. Mit den Hoffnungen auf eine verfassungstreue Regierung, die jetzt verstärkt aufblühten, war „ein großer Wendepunkt eingetreten“; denn „um Preußen vor dem Abgrunde der Reaktion und der Revolution . . . auf Jahrhunderte zu schützen, ist nichts weiter nötig, als daß die Verfassung zu unbedingter Gültigkeit komme“²².

Die Stabilität eines verfassungstreuen Regimes und einer jüdisch-liberalen Weggemeinschaft hing aber von der Auslegung der Begriffe „Volksmeinung“, „Freiheit“ und „Fortschritt“ ab. Dabei war von großer Bedeutung, daß sowohl Juden wie Nichtjuden diese Begriffe jetzt nicht mehr als oppositionelle Forderungen, sondern als Ausdruck einer *loyalen* und *regierungsfreundlichen* Haltung empfanden. Hatte es doch den Anschein, als wären der Regent Preußens und seine Regierung – und in ihrem Gefolge auch viele außerpreußische Regierungen – bereit, mit *Unterstützung der Liberalen* an das Werk der Verfassungsreform heranzugehen. Eduard Lasker konnte daher die Wahlergebnisse des Jahre 1858 voller Genugtuung dahingehend zusammenfassen, daß „den Absichten der Wahlen entsprechend . . . im Abgeordneten-Haus eine Partei aller Liberalen, welche die entschiedene Mehrheit der Abgeordneten umfaßte und die Unterstützung der Regierung zum Programm erhob“, bereit stand, um zusammen mit der Regierung für „gemäßigten Fortschritt“ zu wirken²³.

Wie sehr die Juden eine regierungsfreundliche politische Orientierung und damit eine friedliche Zusammenarbeit wünschten, geht aus einem Briefe Berthold Auerbachs hervor, der offen von seiner „Sehnsucht nach unmittelbarer Bürgertätigkeit“ spricht²⁴. Und wenn Moritz Lazarus bereits in der außenpolitischen Krise des Jahres 1850 schwärmerisch gesagt hatte, daß in Preußen

²⁰ AZJ 1852, S. 193.

²¹ Lasker, Zur Verfassungsgeschichte, S. 161.

²² AZJ 1858, S. 599 und 601.

²³ Lasker, Zur Verfassungsgeschichte, S. 161.

²⁴ In: Kobler, Juden in Briefen, S. 266.

„das Nationalgefühl und die Fürstenliebe zur einen und unteilbaren sittlichen Kraft des Patriotismus“²⁵ verschmolzen seien, um wieviel mehr waren nunmehr die Juden bereit, die Erlösung aus erzwungenem Nonkonformismus freudig zu begrüßen. Im Gefühl der Übereinstimmung mit ihren neuen deutschen Weggenossen setzten sie sich daher für alle liberalen Ziele rückhaltlos ein.

Welche entscheidende Rolle dem Verlangen nach erträglichen Beziehungen zu den Regierenden als verbindendes Motiv zwischen jüdischen und nicht-jüdischen Liberalen beizumessen ist, läßt sich aus den Reaktionen der Juden bei Anbruch der Konfliktzeit in Preußen ableiten. Als die deutschen Liberalen und ihre jüdischen Weggenossen sich in ihren Hoffnungen auf die „Neue Ära“ getäuscht sahen und erneut in scharfer Opposition zu Bismarck und seiner Regierung standen, hielt es beispielsweise Philippson, wie bereits im Vormärz, für nötig, den staatstreuen Charakter dieser Opposition hervorzuheben. Wieder betonte er, „daß eine Opposition durchaus nicht staatsgefährlich ist, vielmehr zur Gesundheit des Volks- und Staatslebens notwendig, daß die Opposition nicht minder loyal, treu und patriotisch gesinnt ist als ihr Widerpart“²⁶. Philippsons Worte waren, wie aus dem Zusammenhang hervorgeht, natürlich vor allem an die Juden gerichtet. Aber sie galten auch dem nichtjüdischen Publikum, das dazu ermutigt werden sollte, dem niederdrückenden Einfluß der preußischen Regierungspropaganda standzuhalten, die jeden nicht regierungsfreundlichen Schritt sofort als „revolutionär, abtrünnig von Thron und Religion, als die Existenz des Staates unterwühlend“ brandmarkte. Den Juden rief Philippson zu, nicht zu verzweifeln, da doch die Welt sie bereits jahrhundertlang als ständige Opposition verfolge, ohne ihnen etwas anhaben zu können. Die Nichtjuden forderte Philippson auf, vom Beispiele der Juden zu lernen, „daß Gewalt und Unterdrückung niemals ausreichen, . . . daß Ausdauer und energische Konsequenz auch bei materieller Schwäche nicht erliegen lassen; daß . . . aber das feste Beharren . . . die Existenz sichern und die Zukunft vorbereiten“ könne²⁷.

Die erneute Oppositionsstellung des Liberalismus wurde damit als *vorübergehend* hingestellt in der Hoffnung, der loyale Liberalismus werde in nicht allzu ferner Zukunft wieder Stütze für Thron und Regierung sein – sobald diese die liberalen Minimalforderungen erfüllt hätten.

Die Vorstellungen darüber, was diese Mindestforderungen beinhalten müßten, waren nicht einheitlich. Bereits in der „Neuen Ära“, noch stärker aber in der Konfliktzeit und im Laufe der Diskussion über den Krieg mit Dänemark (1864), wurde deutlich, daß selbst in den Reihen der Liberalen verschiedenartig auf die Regierungspolitik reagiert wurde. Die Juden waren über diese Mindestforderungen untereinander ebenso uneinig wie die nicht-

²⁵ Lazarus, Die sittl. Berechtigung Preußens, S. 20.

²⁶ AZJ 1863, S. 425 ff.

²⁷ AaO.

jüdischen Liberalen. Einige ihnen allen gemeinsame Grundforderungen, wenigstens für die Innenpolitik, lassen sich aber aufzeigen. Einer der Führer des alten Fortschritts, Heinrich Bernhard Oppenheim²⁸, formulierte sie als Gleichheit vor dem Gesetz, persönliche Freiheit und Sicherheit, konstitutionelle Kontrolle über die Staatsverwaltung, Selbstverwaltung und Pressfreiheit. In ähnlicher Form hatte man sich bereits während des Vormärz und beim Ausbruch der 1848er Revolution die liberalen Mindestforderungen vorgestellt. Philippson, obgleich in seiner Haltung gemäßigter als H. B. Oppenheim, verfertigte eine fast identische Liste von Programmpunkten, die seiner Meinung nach verwirklicht werden müßten²⁹.

Er allerdings basierte seine Anschauungen auf den Gesetzen der Thora und suchte zu beweisen, daß die von Moses den Juden gegebene „Konstitution“ mit den Forderungen des deutschen (oder preußischen) Liberalismus übereinstimme. Der Jude gehöre daher in Deutschland – so schloß er – „einfach und bestimmt . . . zu der liberalen, und zwar zu *der* liberalen Partei, welche auf der festen Basis der Ehrfurcht vor dem König und der Anhänglichkeit am Throne die großen Grundsätze der Gleichberechtigung aller Staatsangehörigen . . . verwirklicht sehen will“³⁰.

Die Wahlergebnisse während der „Neuen Ära“ und der Konfliktzeit lassen keinen Zweifel daran, daß die preußischen Juden tatsächlich in ihrer großen Mehrheit die liberalen Parteien, vorwiegend die Fortschrittspartei, gewählt hatten. Die Hinneigung zu dieser Partei in den Jahren 1861–1866 beruhte vermutlich auf der Beobachtung, daß die zweite liberale Gruppe, die Altliberalen, während des Konflikts zwischen dem Landtag und Bismarck „mit allem Schaukeln und Erwägen . . . nie zum mannhaften Entschluß“ kam, wohingegen die jüdische Mehrheit ein „männliches Streben nach Selbstregieren“ vorzog³¹. Darum forderte Philippson, trotz seiner sonst sehr gemäßigten Haltung in der Konfliktzeit, ausdrücklich „selfgovernment“³², als dessen praktische Grundlage H. B. Oppenheim die „Assoziation“ von Bürgern³³ bezeichnet hatte.

Die Juden hatten in ihrer Mehrheit wenig Zutrauen zu dem von vielen deutschen Liberalen befürworteten Plan einer Einigung Deutschlands, der davon ausging, daß „ein Gemeinwesen umso stärker herzustellen sei, je schwä-

²⁸ H. B. Oppenheim in VDF, S. 21 und 28 f.

²⁹ AZJ 1863, S. 785. Die programmatischen Sätze, die vermutlich im Zusammenhang mit Philippsons politischen Plänen standen, fordern: Gleichheit aller vor dem Gesetz. – Persönliche Freiheit. – Aufbau des Staates aus der Familie, der Gemeinde, der Nation, und die daraus hervorgehende Selbstverwaltung (von Philippson mit dem englischen Begriff „selfgovernment“ umschrieben). – Heiligkeit des Eigentums und des Lebens. – Gleiche Verpflichtung zur Erhaltung des Staates; daher allgemeine Wehr- und Steuerpflicht nach Tauglichkeit und Vermögen. – Rechtspflege in Öffentlichkeit und Mündlichkeit. – Recht der Dürftigen auf Versorgung und Hilfeleistung.

³⁰ AZJ 1861, S. 470.

³¹ Goldschmidt, Lebensbild, S. 209 und 248.

³² AZJ 1863, S. 785.

³³ H. B. Oppenheim in VDF, S. 25.

cher seine Einzelglieder seien“³⁴. H. B. Oppenheim kritisierte diese Anschauung als einen „Wahn“³⁵. Das war zunächst auch die Meinung der anderen Fortschrittsführer, denen vor allem daran lag, daß der erstrebte Einheitsstaat ein „vernunftgemäßer Rechtsstaat“ auf der Basis „der reinsten und vollendetsten Sittlichkeit“ sei³⁶. Sie empfanden Bedenken gegenüber der für die rechten Liberalen und die rechts-nationalen Kreise charakteristischen Forderung, „den nationalen Staat kräftig nach außen, sehr kräftig nach außen“ zu errichten³⁷. Für die Führer des „Fortschritts“ waren die sittlichen Staatsgrundlagen, die Deutschland „rechtlich nach innen“³⁸ machen würden, von größerer Bedeutung. In diesem Bestreben fanden sie die volle Unterstützung vieler Juden, denen Rechtlichkeit und Freiheit nach *innen* die volle Gleichberechtigung zu verbürgen schienen, während „Macht“ auf außenpolitischem Gebiet ihre Chancen im Ungewissen ließ.

Mit den entscheidenden Ereignissen des Kriegsjahres 1866 änderte sich jedoch die gesamte Kräfte-Konstellation zwischen den Parteien. Die liberalen Gruppen machten einen tiefgreifenden Umformungsprozeß durch, in dessen Verlauf dann die Bevorzugung der Fortschrittspartei durch die Juden einer neuen Orientierung wich. Der „Fortschritt“ der Jahre 1861–1866 bedeutete – ähnlich wie der „Deutsche Nationalverein“ für Gesamtdeutschland – eine Durchgangsstation für den preußischen Liberalismus, und bei der Neuordnung der Verhältnisse im Jahre 1866 spaltete er sich in einen doktrinären linken Flügel, der den Namen „Fortschritt“ beibehielt, und in den rechten, regierungsfreundlichen Flügel, der unter dem Namen „Nationalliberale Partei“ alsbald selbständig wurde und schnell erstarkte. Dementsprechend stellte auch die Anziehungskraft der alten Fortschrittspartei auf die Juden nur eine Etappe dar. In ihrer großen Mehrheit ging die jüdische Gesamtheit, wie ihre Politiker, bei der Umformung der Parteien in den Jahren 1866–1867 zur neuen Nationalliberalen Partei über und schloß auf diese Weise Frieden mit den Trägern der Macht im Staate.

Die ersten Anzeichen dafür, daß Juden willens waren, selbst einer Machtpolitik zuzustimmen, sofern sie das nur vor der erneuten Zwangsstellung als einer oppositionellen Gruppe bewahrte, machten sich bereits zur Zeit des dänischen Krieges im Jahre 1864 bemerkbar. Damals schon nannte Levin Goldschmidt, der später einer der führenden jüdischen Nationalliberalen werden sollte, die Abneigung gegen das Ministerium Bismarck eine „höchst törichte“ Haltung³⁹. In der Neuauflage seiner utopischen Schrift schloß sich D. A. Benda dem an und rechtfertigte die Bismarcksche Außenpolitik, sowohl hinsichtlich der Unterstützung Rußlands bei Unterdrückung des polnischen Aufstandes im Jahre 1863, wie in bezug auf den zukünftigen „Erbfeind“ Frankreich.

³⁴ AaO, S. 12.

³⁵ AaO.

³⁶ Benda, Grundsätze, Vorbericht, S. IV.

³⁷ Mann, S. 273.

³⁸ AaO.

³⁹ Goldschmidt, Lebensbild, S. 264 f.

Wenn Benda in diesem Zusammenhang die Polen als „Gallier des Ostens“⁴⁰ bezeichnete, so hatte er sich demnach, wie viele andere, bereits das neue Schlagwort vom „Gallischen Erbfeind“ zu eigen gemacht, das im deutsch-französischen Krieg von 1870/71 eine so schwerwiegende Rolle spielen sollte.

Was führte aber diese schnelle Umorientierung herbei? Es kann schwerlich die Anziehungskraft des Machtstaates gewesen sein, die so viele Juden beinahe über Nacht mit der Regierung Bismarcks aussöhnte. Zwei Faktoren beeinflussten den Übergang der jüdischen Mehrheit ins Lager des Nationalliberalismus. Einer bestand in der ideologischen Schwäche der Fortschrittspartei, die übrigens sicherlich auch das damalige Abschwenken einiger Fortschritt Anhänger nach links zur süddeutschen Volkspartei oder sogar zum Sozialismus erklärt⁴¹; der andere beruhte wohl auf der Sympathie, die die Juden der nationalliberalen politischen Linie gerade unter den aktuellen Umständen der sich vorbereitenden *Einigung Deutschlands* entgegenbrachten.

Die ideologische Schwäche der Fortschrittspartei zeigte sich vornehmlich in ihrer Einstellung zur Frage des allgemeinen Wahlrechts. Die jüdischen Parteimitglieder neigten, viel mehr als die nichtjüdischen, zu einem Zusammengehen des *ganzen* Volkes. Es wurden bereits Äußerungen zitiert, die im *Volke* als Ganzem die Bürgschaft für die deutsch-jüdische Weggemeinschaft sahen. Dabei sei besonders auf die freudige Annahme des allgemeinen Wahlrechts durch einen so gemäßigten Liberalen wie Levin Goldschmidt hingewiesen⁴². Je mehr die einflußreichen Kreise der „Fortschrittspartei“ vor der Durchsetzung des allgemeinen Wahlrechts zurückschreckten, desto schwächer wurde die Verbindung zwischen der Partei und der Mehrheit ihrer jüdischen Anhänger. Als sich dann schließlich die Reste des „Fortschritts“ die Forderung des allgemeinen Wahlrechts zu eigen machten, war es zu spät: die politische Entwicklung des Jahres 1866 und die Entscheidung Bismarcks, von sich aus das allgemeine Wahlrecht im Norddeutschen Bund einzuführen, nahmen ihnen den Wind aus den Segeln. Bismarck hatte einen solchen Schritt noch vor Ausbruch des österreichischen Krieges angedeutet, und nach dem preußischen Siege über Österreich wurde bereits der Reichstag des Norddeutschen Bundes – später auch der des Deutschen Reiches – auf Grundlage des allgemeinen Wahlrechts gewählt. Dadurch war den jüdischen Kreisen, die den Übergang in das Lager der Regierung suchten, der Weg in die eben gegründete nationalliberale Partei geebnet.

Mehr noch als durch die Stellung zur Wahlrechtsfrage wurde das Hinüberwechseln der Majorität der jüdischen Wähler in das nationalliberale, regierungsfreundliche Lager dadurch beschleunigt, daß auch während der Verwick-

⁴⁰ Grundsätze, S. 140 f.

⁴¹ Der linksradikale Kurs führte z. B. Leopold Sonnemann zur Begründung der süddeutschen Volkspartei, Johann Jacoby zum Anschluß an die Sozialdemokratische Partei.

⁴² *Goldschmidt*, Lebensbild, S. 286.

lungen des Jahres 1866 die alte Fortschrittspartei der politischen Linie Bismarcks grundsätzlich ablehnend gegenüberstand. Die Juden, die zu Beginn der „Neuen Ära“ große Hoffnungen auf die Möglichkeit einer fortdauernden regierungstreuen Haltung gesetzt hatten und sich daher beim Ausbruch des Konfliktes in Preußen nur schweren Herzens zu erneuter Opposition entschlossen, hatten in ihrer großen Mehrheit wenig Lust, sich mit der Rolle permanenter Opposition abzufinden, die den Resten des Fortschritts eben durch ihre doktrinäre Gegnerschaft zu Bismarck aufgezwungen war. Wie schon zu Anfang der „Neuen Ära“ fand sich die Mehrzahl der Juden jetzt wieder auf dem regierungsfreundlichen liberalen Flügel zusammen, den nun die Nationalliberale Partei repräsentierte. Dank ihrer Zugehörigkeit zu den Nationalliberalen, die die Bismarcksche Außenpolitik unterstützten, konnten dann die meisten Juden Loyalismus und Liberalismus als miteinander vereinigt betrachten. Darüber hinaus war aber die politische Linie des Nationalliberalismus zugleich deutschnational, und diese Verbindung des Nationalen mit dem Liberalen entsprach dem immer stärker in Erscheinung tretenden Amalgamierungsprozeß zwischen Juden und Deutschen und führte zu der jetzt öfter in Gebrauch kommenden Formel vom „deutschen Bürger jüdischen Glaubens“. Zeuge dieser Neuorientierung ist wiederum Ludwig Philippson, dem die nationalliberale Linie zunächst als ideale Antwort auf die jüdisch-politischen Probleme erschien. Im Jahre 1866 schrieb er daher:

„Deutschland und Preußen sind in eine neue Zeit eingetreten. Der deutsche Bund . . . ist aufgelöst. Wir haben ihn als Deutsche nicht zu betrauern . . . Jetzt wo man daran geht, die politischen Verschiedenheiten und Spaltungen zwischen den einzelnen deutschen Gauen . . . aus dem Wege zu räumen und Einheit vor dem Gesetze herzustellen, ist es um so dringenderes Bedürfnis, auch die völlige Gleichstellung der Juden in und vor dem Gesetze zu verlangen. Der Zeitpunkt ist aber um so geeigneter, als der gewaltige Kampf . . . abermals auch die deutschen Bürger jüdischen Glaubens zu völlig gleicher Beteiligung, Hingebung und Opferwilligkeit berufen und – bewährt hat.“⁴³

In ähnlicher Weise faßt Eduard Lasker die Beweggründe für den jüdischen Anschluß an das nationalliberale Lager zusammen, wenn er die Einstellung seiner Partei zu den Problemen der deutschen Politik folgendermaßen erklärt:

„Für unsere dringende Aufgabe . . . hielten wir, der Regierung in ihrer auswärtigen Politik den vollen Beistand der Landesvertretung zu verschaffen. . . Die Erweiterung des preußischen Gebietes und die Unterordnung des Nordens unter die Führung Preußens sind für immer berechnet; die Trennung des Südens aber soll nur zeitweilig und nicht länger andauern, als die zwingende Macht der widerstrebenden Verhältnisse. . . Das Anerkenntnis des Geschehenen war der Ausspruch der Indemnität, welcher zugleich die Mitwirkung der Landesvertretung vorbereitete. . . Trotz des Vertrauens zu der umsichtigen und hochstrebenden Leitung der *auswärtigen* Angelegenheiten . . . fühlen [wir] die Pflichten einer *wachsamen* und *loyalen* Opposition auf uns ruhen und glauben, sie nicht bloß den Rechten des preußischen Volkes zu schulden, sondern auch der Zukunft Deutschlands zu wid-

⁴³ AZJ 1866, S. 595.

men, wenn wir dem Schaden vorzubeugen streben, mit welchem eine mißliebige Regierungsweise im *Innern* des Landes selbst die Erfolge der auswärtigen Politik bedroht, indem sie das harmonische Zusammenwirken zwischen Regierung und Volksvertretung gefährdet. . . Neben der gerüsteten *Macht* und dem Ansehen der Waffen bedarf es einer *freisinnigen* Verwaltung. In der *Mischung* beider Elemente . . . erkennen wir den geraden Weg zur höchsten Bedeutung Preußens und zu seiner Herrschaft in Deutschland.“⁴⁴

Die „Mischung beider Elemente“, der „Macht“ und des „Freisinns“, war allerdings eine schöne Illusion. Das wurde jedoch erst zehn Jahre später offenbar. Zunächst gab man sich ganz diesem Traum hin. Die Errichtung des Norddeutschen Bundes, mit den Vorbereitungen zur völligen Einigung Deutschlands, besonders aber die gesetzliche Anerkennung der Emanzipation verstärkte die Zuversicht noch mehr, daß sich der theoretische Gegensatz zwischen Macht und Recht in der Praxis werde ausgleichen lassen, und daß mit der Einigung Deutschlands auch die Frage der Juden Deutschlands zu ihrer endgültigen Lösung kommen werde.

2. DIE HERRLICHKEIT DES REICHES

a) „Reden und Majoritätsbeschlüsse“

Der Norddeutsche Bund verdankte seine Entstehung dem Feldzug gegen Österreich. Mit „Eisen und Blut“ wurde im Kriege gegen Frankreich der Weg zur Einigung Deutschlands gebahnt. Aber bei aller Betonung der Macht nach außen wußte Bismarck in der inneren Politik auch „Reden und Majoritätsbeschlüsse“¹ seiner Regierung nutzbar zu machen.

Der Reichstag des Norddeutschen Bundes, das Zollparlament und schließlich der 1871 gewählte deutsche Reichstag durften als angemessene Beteiligung der parlamentarisch-konstitutionellen Volksvertretung am Einigungswerke angesehen werden. Die Verfassung des Norddeutschen Bundes, einschließlich des Emanzipationsparagrafen vom 3. Juli 1869, bot eine ausreichend erscheinende konstitutionelle Grundlage für die Reichseinheit. Für weite Kreise galt es als gesichert, daß nun der gesetzgeberische Einfluß im Reich durchaus dem liberalen Bürgertum zufallen würde². Diejenigen Liberalen, die im Jahre 1866 durch Annahme des Indemnitätsantrages ihren Bund mit der Bismarckschen Verwaltung besiegelt hatten, ließen sich jetzt davon überzeugen, daß

⁴⁴ *Lasker*, Nachlaß, Parlamentarische Geschichte, S. 154 f., Erklärung im September 1866. Hervorhebungen von mir.

¹ Worte Bismarcks in der Budgetkommission des Preußischen Landtags am 30. 9. 1862.

² *Lasker*, Nachlaß, Parlamentarische Geschichte, S. 52.

zwischen ihnen und „der obersten Reichsleitung“ – abgesehen von einzelnen Schwankungen und Reibungen – „ein gutes Einvernehmen walte“³.

Nur eine jüdische Minderheit warnte vor Bismarcks Scheinkonstitutionalismus, der in den Parteien und Parlamenten nichts sah als Werkzeuge seiner politischen Pläne, und der ihrer Meinung nach sogar darauf aus war, „den Parlamentarismus im Parlamente zu begraben“⁴. Wer so dachte, schloß sich damals dem übriggebliebenen Rest der Fortschrittspartei und der süddeutschen Volkspartei an oder wandte sich den Sozialisten zu.

Aber die große Mehrzahl der Juden dachte anders. Das neue Deutsche Reich und die nationalliberale „Partei der Reichsgründung“ hatten für sie das politische Dilemma gelöst. Sie konnten loyal die Bismarcksche Machtpolitik unterstützen, dabei an seiner Innenpolitik aber hie und da Kritik üben. Sie waren gleichberechtigte Bürger und stimmten im Verein mit dem deutschen Bürgertum in neugewonnenem Selbstvertrauen national und liberal zugleich.

Einen praktischen Ausdruck fand dieses Hochgefühl der vollzogenen jüdisch-(national)liberalen Weggemeinschaft in der gesteigerten politischen Regsamkeit, der zunächst keinerlei Hindernisse im Wege zu stehen schienen. Elf Männer jüdischer Abstammung saßen im Reichstag des Norddeutschen Bundes und im Zollparlament⁵; acht wurden im Jahre 1871 in den deutschen Reichstag gewählt, zwölf im Jahre 1874, neun 1877 und zehn 1878. Insgesamt waren es vierundzwanzig Abgeordnete jüdischer Herkunft, die zwischen 1867 und 1878 in den höchsten gesetzgebenden Körperschaften des Reiches an den „Reden und Majoritätsbeschlüssen“ teilhatten. Ihre Namen sind folgende:

1. Dr. Ludwig Bamberger, Schriftsteller, nationalliberal, Hessen;
2. Dr. Friedrich Dernburg (get.), Hofgerichtsadvokat, nationalliberal, Hessen;
3. Moritz Ellstätter, Ministerialpräsident, nationalliberal, Baden (Bundesrat);
4. Dr. Wolf Frankenburger, Justizrat, Bayr. Fortschrittspartei, Bayern⁶;
5. Dr. Wilhelm Freund, Justizrat, Fortschritt, Breslau;
6. Dr. Carl Rudolph Friedenthal (get.), Rittergutsbesitzer, freikonservativ, Schlesien;
7. Dr. Levin Goldschmidt, Professor, nationalliberal, Leipzig;
8. Marcus Wolf Hinrichsen, Kaufmann, nationalliberal, Hamburg;
9. Dr. Max Hirsch, Schriftsteller, Fortschritt, Berlin;
10. Dr. Johann Jacoby, Arzt, Sozialdemokrat, Königsberg, gewählt in Leipzig⁷;

³ L. Bamberger, Ges. Schr. V, S. 53.

⁴ Johann Jacoby in einem Brief an Dr. Waldeck v. 4. 3. 1867. HNBJ/Nachlaß Jacoby IV.

⁵ Genau genommen waren es *zwei* Norddeutsche Reichstage: der konstituierende Reichstag des Jahres 1867 und der reguläre Reichstag, der 1867–1870 fungierte. Das Zollparlament tagte nur 1868.

⁶ Die Bayrische Fortschrittspartei entsprach ideologisch während der 70er Jahre der nationalliberalen Partei.

⁷ Trat sein Mandat nicht an. In der Ersatzwahl wurde dann Levin Goldschmidt gewählt.

11. Max Kayser, Sozialdemokrat, Sachsen;
12. Dr. Eduard Lasker, Jurist, nationalliberal, Berlin, gewählt in Sachsen-Meiningen;
13. Dr. Emanuel Mendel, Nervenarzt, Fortschritt, Pankow-Niederbarnim;
14. Dr. August Metz (get.), Hofgerichtsadvokat, nationalliberal, Hessen;
15. Julius Motteler, Rentier und Schriftsteller, Sozialdemokrat, gewählt in Sachsen;
16. Dr. Heinrich Bernhard Oppenheim, Schriftsteller, nationalliberal, Berlin, gewählt in Reuss j. L.
17. Dr. Anton Rée, Schuldirektor, Fortschritt, Hamburg;
18. Leonor Reichenheim, Fabrikbesitzer, nationalliberal, Berlin-Waldenburg⁸;
19. Mayer Karl v. Rothschild, Bankier, parteilos, rechts, Frankfurt/Main⁹;
20. Max Simon (get.), Agronom, Fortschritt/nationalliberal, Schlesien¹⁰;
21. Dr. Eduard Simson (get.), Appellationsgerichtsvizepräsident, nationalliberal, gewählt in Frankfurt/Oder;
22. Leopold Sonnemann, Zeitungsbesitzer, demokr. Volkspartei, Frankfurt/Main;
23. Dr. Henry Bethel v. Strousberg (get.), Rittergutsbesitzer, freikonservativ, Ostpreußen;
24. Dr. Isaak Wolffson, Justizrat, nationalliberal, Hamburg.

Sogar im Bundesrat, der obersten parlamentarischen Körperschaft des Reiches, saß, wie diese Liste zeigt, ein jüdischer Vertreter, Moritz Ellstätter, der als Bevollmächtigter Badens fungierte. Ellstätter war auch der einzige ungetaufte Minister im kaiserlichen Deutschland¹¹. Er amtierte von 1868 bis 1893 als badischer Finanzminister.

Wenn man dem noch hinzufügt, daß auch Eduard Simson, der erste Präsident des Reichstags, im Jahre 1870, genauso wie vorher 1849 zu Friedrich Wilhelm IV., die Kaiserdeputation nunmehr zu Wilhelm I. führte, so ließe sich beinahe der Eindruck gewinnen, als hätte es damals in der politischen Arena keine Schranken in bezug auf antijüdische Empfindungen gegeben. Ähnliches könnte man auch vermuten, wenn man daraufhin die Listen der Abgeordneten jüdischer Abstammung in den Landtagen der deutschen Länder untersucht. Trotzdem gaben jüdische Zeitungen des öfteren der Meinung Ausdruck, daß nicht genug Juden in den gesetzgebenden Körperschaften säßen¹². Immerhin aber gehörten während der in die Jahre 1867 bis 1878 fallenden fünf Legislaturperioden des Preussischen Landtags zwanzig Mitglieder jüdischer Abkunft dem Abgeordnetenhaus und fünf dem Herrenhaus an. Allerdings waren zwölf von ihnen getauft¹³.

In den anderen Ländern wurden je fünf Juden in die Landtage Bayerns und Hessens gewählt, in Baden sogar sechs. In Anhalt erlangten drei Juden Parla-

⁸ In einigen jüd. Q. wird Theodor Reichenheim als Abgeordneter genannt, doch liegt wohl eine Verwechslung mit seinem Bruder Leonor vor.

⁹ M. K. v. Rothschild gehörte keiner Fraktion an, wählte seinen Sitz aber rechts von den Nationalliberalen.

¹⁰ Max Simon konnte sich 1867 zwischen den Fraktionen nicht entscheiden, zog sich schließlich in die Lokalpolitik zurück.

¹¹ In Preußen wurde der getaufte C. R. Friedenthal Landwirtschaftsminister, doch hatte es getaufte Minister bereits 1848/49 gegeben.

¹² Jüd. Ztsch. f. Wissensch. u. Leben, 1872, S. 139 f.; AZJ 1873, S. 157.

¹³ Namensliste der Landtagsabgeordneten von 1867–1916 s. Anhang C 2.

mentssitze, und in Mecklenburg machten zwei jüdische Rittergutsbesitzer von ihren Rechten Gebrauch und nahmen ihren Platz im ständischen Senat ein. Braunschweig, Sachsen und Württemberg entsandten je einen Juden in ihre Abgeordnetenkammern. Zahlreiche weitere jüdische Kandidaten wurden von den Parteien nominiert, konnten sich aber bei den Wahlen nicht durchsetzen¹⁴.

Die lebhafteste politische Tätigkeit in den deutschen Ländern läßt es verwunderlich erscheinen, daß gerade im liberalen Württemberg nur ein einziger Jude, der nationalliberale Advokat Dr. Eduard Pfeiffer aus Ulm, in den Landtag gewählt wurde. Die begütertesten und tonangebenden jüdischen Familien des Landes, wie die Bankiers von Kaulla und von Steiner, verhielten sich, was öffentliches politisches Auftreten angeht, aber anscheinend äußerst zurückhaltend. Nur einer ihrer Verwandten, der Bankier Kilian von Steiner, beteiligte sich aktiv an der Begründung der nationalliberalen Partei in Württemberg.

Gegenüber den vielen jüdischen Parlamentariern im Reich blieb die Zahl der Juden in politischen Staatsämtern auffallend gering. Auch während der Kaiserzeit überschritt sie niemals das vor der Reichsgründung übliche Maß, wonach einer, höchstens zwei der ungetauften Juden im Staatsdienst Karriere machen konnten. In diesem Zusammenhange ist besonders Dr. Wilhelm Cahn aus Mainz zu nennen, der zunächst im bayrischen diplomatischen Dienst tätig war und dann, von Bismarck ins Auswärtige Amt berufen, dort bis zu seiner Pensionierung als Geheimer Legationsrat tätig blieb.

Erwähnt seien immerhin noch zwei getaufte hohe Staatsbeamte: Heinrich von Friedberg, der es zum Staatssekretär im Reichsjustizamt und später zum preußischen Justizminister brachte, und Oscar Hahn¹⁵, der bis zum Posten eines Oberregierungsrates in Bromberg, später eines Rats am Oberverwaltungsgericht in Berlin aufstieg, um dann, als Mitglied der evangelischen Generalsynode, sogar ein Freund Stöckers und seiner antisemitischen Bewegung zu werden.

Im juristischen Staatsdienst befanden sich, ohne einen Glaubenswechsel vorgenommen zu haben, Levin Goldschmidt, der erste Professor für Handelsrecht in Heidelberg, der dann einer Berufung an das Reichsoberhandelsgericht in Leipzig folgte, sowie der Breslauer Rechtslehrer und ordentliche Professor Jakob Friedrich Behrend, der später zum Reichsgerichtsrat in Leipzig ernannt

¹⁴ Zu diesen gehörten: Dr. Kronacher aus Fürth (zum Bayr. Landtag), der Berliner radikalfortschrittliche Journalist Eduard Krämer (zum Reichstag) und Professor Heymann Steinthal, der in einer Frankfurter Reichstagswahl gegen einen anderen Juden, Leopold Sonnemann, unterlag. Justizrat Julius Benfey, einer der aktivsten Förderer der nationalliberalen Partei in Hannover, lehnte eine Kandidatur zum Preußischen Landtag ab. Die Hoffnung des Berliner Stadtrats und Gemeindevorstehers Meyer Magnus, durch Empfehlung der nationalliberalen Partei einen Sitz im preußischen Herrenhaus zu erhalten, erwies sich als trügerisch.

¹⁵ Bruder von Ludwig Ernst Hahn (get.), dem schon erwähnten Redakteur der offiziös-Bismarckschen „Provinzialkorrespondenz“.

wurde. Damit ist aber auch die Liste der Juden im gehobenen Staatsdienst erschöpft, wenn man nicht den Privatschatullenverwalter des Kaisers, den Bankier Moritz Cohn aus Dessau, und den Hofbankier Gerson von Bleichröder einbeziehen will.

Moritz Cohn lassen sich kaum irgendwelche politischen Ambitionen nachsagen. Bleichröder aber schrieb man seinerzeit großen Einfluß als Bismarcks Vertrauensmann und Berater und als wichtigem Nachrichtenüberbringer für die Regierung zu¹⁶. Parteipolitisch stand er den Freikonservativen nahe.

Unbestreitbar bleibt Bleichröders Anteil an der Konversion der Köln-Mindener Eisenbahn, deren Erträge der preußischen Regierung die Finanzierung der Mobilmachung des Jahres 1866 erleichterten. Trotzdem ist es wohl etwas übertrieben, wenn Bleichröder „als Finanzberater der preußischen Regierung“ bezeichnet wird¹⁷. Allerdings wurde er als einziger deutscher Finanzsachverständiger in das Große Hauptquartier berufen, um an den Verhandlungen mit Frankreich teilzunehmen, und seine Firma wurde schließlich mit der finanziellen Abwicklung der französischen Milliarden-Kontribution beauftragt. Bleichröder blieb auch weiterhin mit dem Auswärtigen Amt in Verbindung, dem er seinen Informationsdienst zur Verfügung stellte¹⁸. Wenn Bleichröder sich als bloßen „Hilfsarbeiter“ im A. A. bezeichnete¹⁹, mag er selbst seine Rolle durchaus für wichtiger gehalten haben, als der betont bescheidene Wortsinn es ausdrückt, jedoch kam seinem politischen Einfluß auf das Auswärtige Amt kaum wirkliche Bedeutung zu.

Hat man auch Bleichröders politischen Einfluß häufig überschätzt, wird andererseits die politische Tätigkeit der beiden führenden nationalliberalen Parlamentarier Ludwig Bamberger und Eduard Lasker meistens nicht genügend gewürdigt. Dabei war besonders Eduard Lasker zu Beginn der 70er Jahre eine „Tagesgröße“ und Gegenstand der „öffentlichen Aufmerksamkeit“²⁰, wie die folgende Beschreibung durch den „Israelit“ zu Anfang des Jahres 1874 erkennen läßt: „Eduard Lasker ist gegenwärtig nächst Bismarck die einflußreichste Persönlichkeit in Deutschland; er ist der Führer des deutschen Parlamentes, wie er der Führer des preußischen Abgeordnetenhauses ist, und er ist es, welcher der modernen deutschen Gesetzgebung den Stempel seines klaren und scharfen Verstandes aufgedrückt hat.“²¹ Lasker kann durchaus als einer der wichtigsten Mit- oder Gegenspieler Bismarcks bei der konstitutionellen

¹⁶ Vgl. dazu Zielenziger, S. 68–70; Jöhlinger, S. 91 ff.; Fürstenberg, S. 47–61 und Landes, S. 212 ff.

¹⁷ Fürstenberg, S. 50 f.

¹⁸ AaO, S. 60; s. auch Brief Bleichröders im Anhang B 7, dessen Einzelheiten nicht aufgeklärt sind, der aber einen gewissen Einblick in seinen Informationsdienst bietet.

¹⁹ Zielenziger, S. 70.

²⁰ Lasker, Mannesseele, S. 75.

²¹ Israelit 1874, S. 2. Es bleibe dahingestellt, ob die Charakterisierung des „Israelit“ zutrifft, oder ob sie den Ruhm von Laskers Angriffen auf Korruption und Gründerwesen widerspiegelt oder lediglich den Dankgefühlen der orthodoxen Zeitung für Laskers Antrag eines Austrittsgesetzes aus der jüdischen Zwangsgemeinde entsprang.

Gestaltung des Norddeutschen Bundes und des Deutschen Reiches bezeichnet werden. Die meisten entscheidenden Veränderungen, die an dem Verfassungsvorschlag der Regierung zugunsten der Rechte der Volksvertretung vorgenommen wurden, entsprangen seiner Initiative²². Er war beteiligt an der Einführung des geheimen Wahlrechts, der zwangsläufigen alljährlichen Einberufung des Reichstags, der jährlichen Vorlegung eines Budgets – allerdings auch an der Annahme der Siebenjahresperiode für den Militäretat, des sogenannten Septennats²³ – und an der Sicherung der Redefreiheit und Immunität der Abgeordneten. Ob Bismarck in ihm von Anfang an einen persönlichen Opponenten sah, oder ob die Spannung zwischen den beiden erst 1874 durch das von Bismarck bekämpfte Septennat hervorgerufen wurde, läßt sich heute schwer entscheiden. Bereits vor 1874 fehlte es nicht an Reibungen zwischen ihnen beiden, wenn auch wahrscheinlich ist, daß Bismarck es anfangs mit Lasker machte „wie z. Z. mit dem König“: er schob ihm die Schuld in die Schuhe für Dinge, die ihm ganz angenehm waren, die „er aber lieber Andere verantworten“ ließ²⁴. So mag es mehr „ein taktisches Mittel“²⁵ als eine negative persönliche Bewertung gewesen sein, als er Laskers Bemühungen kritisierte, den Anschluß Badens, Württembergs und besonders Bayerns an das Reich durch Verhandlungen und Zugeständnisse zu beschleunigen. Bambergers Urteil, daß Laskers „Initiative und Vorarbeit ein höchst beträchtliches Stück zu der schließlichen Vereinbarung geführt“ habe, die das Fundament des neuen Reiches wurde²⁶, darf demnach als begründet angesehen werden.

Bamberger selbst trat während der ersten Jahre des Einigungswerkes weniger hervor als Lasker. Bis 1867 hatte der 48er Radikale in der Verbannung gelebt und die deutschen Angelegenheiten nur von ferne verfolgt. Erst mit seiner Wahl zum Zollparlament war er in einer Nebenrolle auf die politische Bühne zurückgekehrt. Nach Ausbruch des deutsch-französischen Krieges wurde er von Bismarck einige Male ins Hauptquartier bestellt, so etwa um als Verbindungsmann zur liberalen Presse für Bismarcks Version der deutschen Einheit zu wirken²⁷, oder um im Elsaß die Amtlichen Nachrichten für das Generalgouvernement²⁸ einzurichten. Nach seiner Wahl in den Reichstag im Jahre 1871 war sein Beitrag zum deutschen Einigungswerk hauptsächlich wirtschaftspolitischer Art. Er half bei der Errichtung der Deutschen Reichsbank und der Einführung einer einheitlichen Goldwährung²⁹ mit und gehörte überhaupt zu den tätigen Männern des Laskerschen Flügels der Nationalliberalen. Als

²² Sell, S. 228 ff.

²³ Als Kompromißlösung. Bismarck hatte das Aeternat gefordert.

²⁴ Brief Bambergers an Lasker v. 22. 11. 1870, in: Dt. Revue 1892, III. Quartal, S. 289.

²⁵ Oncken, Bennigsen II, S. 181–184.

²⁶ Brief Bambergers an Lasker v. 28. 11. 1870, in: Dt. Revue 1892, III. Quartal, S. 296.

²⁷ L. Bamberger, Tagebücher, S. 24 f., 30, 240–246, und Anm. 30, S. 514 f.

²⁸ AaO, S. 26.

²⁹ L. Bamberger, Erinnerungen, S. 539.

solcher stellte er häufig seine scharfe Feder in den Dienst der politischen Polemik.

Damit gehörte Bamberger zum später boshaft sogenannten „Press-Israel“³⁰, dessen Einfluß auf die deutsche Öffentlichkeit damals bereits ungerne bemerkt wurde. Als im Jahre 1875 die „Breslauer Zeitung“ behauptete, daß es in ganz Preußen keine zehn verantwortliche jüdische Redakteure an mehr als dreihundert Zeitungen und Zeitschriften gäbe³¹, wurde ihr von einer jüdischen Zeitung entgegengehalten³², daß die Zahl größer sei, und daß man achtundvierzig jüdische Zeitungsverleger und Schriftleiter nennen könne.

In Wirklichkeit waren es vielleicht noch mehr. Neunundsechzig Namen von Zeitungsverlegern, Redakteuren und berufsmäßigen Journalisten sind feststellbar. Dabei bleiben die Mitarbeiter sozialistischer Blätter unberücksichtigt, da sie wohl zunächst eher den Parteifunktionären als den Schriftstellern zuzuzählen sind³³.

Unter den bürgerlichen Zeitungsverlegern begannen im hier behandelten Zeitabschnitt neben Leopold Sonnemann die Berliner Leopold Ullstein und Rudolf Mosse hervorzutreten, deren Blätter bald Weltruf erlangten. Als Redakteure machten sich besonders Georg und Robert Davidsohn vom Berliner Börsencourier einen Namen, und als Mitarbeiter verschiedener Blätter wurden, neben einigen Juden an der Frankfurter Zeitung³⁴, die Brüder Moritz und Sally Gumbinner und Max A. Klausner³⁵ bekannt.

Insgesamt lassen sich für die zwölf Jahre von 1867 bis 1878 etwas mehr als hundertfünfzig in der Reichspolitik aktive Juden nachweisen. Diese Zahl wirkt gegenüber der von hundertachtzig Politikern für die Zeit zwischen 1858 und 1866 nicht allzu imponierend. Doch darf man die beiden Kolonnen nicht ohne Vorbehalt vergleichen: seit 1867 wurden die Bürgerschaftsmitglieder der Freien und Hansestädte den Lokalpolitikern zugerechnet, da Frankfurt preußisch geworden und die Souveränität der Hansestädte stark beschränkt worden war. So entsprechen also den 153 Politikern der Jahre

³⁰ Titel einer Broschüre von *Sedinus* (1892).

³¹ Zit.: AZJ 1875, S. 664.

³² Israelit 1876, S. 317.

³³ Die sozialistischen Agitatoren und Redakteure, die bis 1878 Einfluß gewannen, waren: Eduard Bernstein, Adolf Hepner, Karl Hirsch, Karl Höchberg, Johann Jacoby, Max Kayser, Samuel Kokosky, Gabriel Löwenstein, Julius Motteler, Moses Oppenheimer, Adolf Sabor, Leopold Schapira, Maximilian Schlesinger, Dr. Bruno Schönlank, Paul Singer, Zigarrenarbeiter Stahl, Berlin.

³⁴ Vgl. Gesch. d. Frankf. Ztg., S. 150–156, 382 ff.

³⁵ Seine Tochter Edith Klausner schrieb über ihn (C. V.-Ztg. v. 1. 4. 1926, S. 195): „Er schuf sich, ohne durch ein Amt gebunden zu sein, als politischer Schriftsteller eine einzigartige Stellung zu den Behörden. Diese Stellung war unabhängig von den jeweiligen Machthabern.“ Sie berichtet auch, daß K. in engen Beziehungen zu Ludwig Windthorst gestanden habe und während des Kulturkampfes für die Rechte der Katholiken eingetreten sei. ISFAM 1910, Nr. 37, S. 5 f. schreibt, daß K. sich „eines Einflusses bei unseren Regierungsbehörden erfreute, wie wohl kein zweiter Glaubensgenosse“.

1867–1878 eigentlich nur 115 des vorigen Zeitabschnittes³⁶. Trotzdem hätte man als Folge der engen jüdisch-liberalen Weggemeinschaft ein viel stärkeres Ansteigen der politischen Aktivität erwarten dürfen.

Immerhin war die absolute Zahl der Abgeordneten und der Journalisten nicht unerheblich³⁷, und einige von ihnen übten, wie erwähnt, wirklichen Einfluß aus. Tatsächlich erschienen damals zum ersten Male Ausdrücke wie „Pressjuden“ u. ä. im Vokabular der politischen Parteien³⁸. Angriffe auf jüdische Parlamentarier allerdings blieben einem späteren Zeitabschnitt vorbehalten.

Das Feld, auf dem sich die quantitative Zunahme der jüdischen Beteiligung am politischen Leben vor allem bemerkbar machte, war die Munizipalpolitik. Obwohl die jüdischen Zeitungen, gerade wegen der „Häufigkeit und Selbstverständlichkeit der Sache“³⁹, nur noch selten die Wahl von jüdischen Stadtverordneten verzeichneten, gab es „wohl wenige einigermaßen von Juden bewohnte Städte. . ., in deren Stadtverwaltungen nicht auch Juden“ saßen⁴⁰. In den Quellen sind mindestens siebenhundert Stadtverordnete und Räte belegt⁴¹, aber ihre Zahl scheint beinahe doppelt so groß gewesen zu sein⁴². Bis 1866 hatten die jüdischen Quellen getreue Berichte über Lokalwahlen geliefert, während sie jetzt, wo „Tausende von Deutschen jüdischen Bekenntnisses in öffentlichen Stellungen“ wirkten⁴³, darauf verzichteten, Einzelheiten anzugeben.

Nicht alle Wahlerfolge verdankten die Juden allgemeiner Liberalität. Ihr Gewicht als Wähler der ersten und zweiten Klasse verlieh ihnen einen verhältnismäßig großen Einfluß gerade auf direkte Munizipalwahlen⁴⁴, und die jüdischen Stadtverordneten wurden daher auch meist in den beiden oberen Klassen gewählt. Dennoch war die Redensart vom „Vertrauen der Mit-

³⁶ Geographische Verteilung und Berufsstatistik, die keine einschneidenden Änderungen zeigen, s. Anhang A 8, A 9.

³⁷ Die Betätigungsfelder waren während der Jahre 1867–1878 (einige Politiker waren in mehr als einem Felde tätig, daher die Gesamtzahl von 173):

Abgeordnete und Kandidaten	71 = 41 0/0
Zeitungswesen und Schriftsteller	69 = 40 0/0
Hohe Staatsbeamte	9 = 5 0/0
Parteifunktionäre	20 = 12 0/0
Frauenbewegung	4 = 2 0/0
	173 = 100 0/0

³⁸ So in den Zeitungen des von Schweitzer geführten Flügels der Lassalleaner. Vgl. E. Bernstein, Geschichte I, S. 208.

³⁹ AZJ 1882, S. 820.

⁴⁰ ISWOS 1876, S. 472.

⁴¹ Geographische Verteilung und Vergleich mit den folgenden Zeitabschnitten s. Anhang A 10.

⁴² Dieser Umfang ergibt sich, wenn man vollständige offizielle Listen mit Einzelangaben jüd. Q. vergleicht.

⁴³ Emil Lehmann in: IDR 1897, S. 72.

⁴⁴ Bei den indirekten Landtagswahlen machte sich ihr Einfluß weniger bemerkbar.

bürger“, auf Grund dessen die Juden in die Munizipalämter berufen wurden, keine leere Phrase. Wie in der Politik des Reiches gab es auch in der Munizipalpolitik eine Zeit der echten Übereinstimmung zwischen Deutschen und Juden hinsichtlich der deutsch-politischen Zielsetzung, die für die Zukunft den Begriff der Symbiose hätte rechtfertigen können.

Die jüdischen Politiker gehörten zu über 40 % der nationalliberalen Partei an, und zusammen mit den jüdischen Freikonservativen waren sie in ihrer Mehrheit, nämlich zu 54 %, „reichstreu“ und regierungsfreundlich⁴⁵. In der allgemeinen jüdischen Bevölkerung war die konformistische und bismarcktreue Orientierung eher noch ausgeprägter, wie im folgenden gezeigt werden soll.

b) Die deutsche Einigung und der nationalliberale „Staatsbürger jüdischen Glaubens“

Als sich die rechtsliberalen Kreise Preußens im Kampf um den Indemnitätsantrag zur regierungsfreundlichen und bismarcktreuen Nationalliberalen Partei zusammenschlossen, war für die Mehrheit der norddeutschen Juden der politische Standort gefunden, von dem aus es möglich erschien, den bisherigen Gegensatz zwischen ihren loyalistischen und ihren freiheitlichen Neigungen zu überbrücken. Als ein Zeichen für das Einschwenken in die nationalliberalen Reihen darf schon die Zusammensetzung der Abgeordneten im Reichstag des Norddeutschen Bundes und im Zollparlament angesehen werden. Von den elf Männern jüdischer Abstammung gehörten nun schon sechs zu den Nationalliberalen⁴⁶. Als dann schließlich der Norddeutsche Bund den Paragraphen des Gesetzes vom 3. Juli 1869 bestätigte, nach dem alle noch bestehenden, aus den Verschiedenheiten des religiösen Bekenntnisses hergeleiteten Beschränkungen fortfielen, waren viele Juden, die bisher die Bismarcksche Linie bekämpft

⁴⁵ Hier ist aber anzumerken, daß während der Jahre der Reichsgründung bereits 42,5 % der aktiven jüdischen Politiker zur linken Opposition gehörten, und der jüdische Anteil an der Führergruppe der demokratischen Volkspartei und insbesondere der sozialistischen Bewegung beträchtlich war. Die Orientierungen der politisch hervortretenden Juden während der Jahre 1867–1878 waren:

Parteien	1867–1878
Konservative	1,5 %
Andere Rechtsparteien	11,5 %
Nationalliberale	42,5 %
Fortschritt	22,0 %
Demokratische Volkspartei	7,5 %
Sozialisten	15,0 %
	100,0 %

⁴⁶ Drei weitere neigten sogar noch mehr nach rechts, zu den Freikonservativen, der „Partei Bismarck sans phrase“.

hatten, durch die „Gründe objektiver Politik“ ehrlich überzeugt⁴⁷, daß ihr früherer oppositioneller Standpunkt „tatsächlich von Ereignissen überwunden“ sei⁴⁸.

Trotzdem herrschte bei den Juden zunächst keine vorbehaltlose Begeisterung für das deutsche Einigungswerk, das im Verfolg der preußischen Machtpolitik Gestalt anzunehmen begann. Es ist keineswegs verwunderlich, wenn *außerhalb* Preußens viele Juden über die möglichen Folgen der preußischen Hegemonie recht kritisch dachten, obwohl nicht allzuviele mit der Haltung des Rabbiners Zacharias Frankel, des Direktors des Breslauer Jüdisch-Theologischen Seminars, übereinstimmten, der eine volle Eindeutschung der Juden in jeder Form für unmöglich hielt, da ja „dem Deutschen . . . sein Deutschtum Rassentum“ sei. Für die jüdische Kritik typischer ist die Feststellung des sächsischen Juden Bernhard Beer, nach der die Juden „zu deutsch“, d. h. nach seiner Auffassung zu idealistisch liberal seien und daher mit den preußischen Machtgelüsten nicht einverstanden sein könnten⁴⁹. Daß die Sympathien der außerpreußischen Juden für eine Einigung durch die Macht der preußischen Waffen keineswegs ungeteilt war, geht auch aus den Spalten des Mainzer „Israelit“ hervor. Die orthodoxe Zeitung fürchtete sich vor den Schäden der Kriege, die um der Einigung willen geführt werden müßten, denn „schon die bloße Aussicht auf Krieg hat grenzenloses Elend im Gefolge. Die Geschäfte stocken, das Vertrauen ist gewichen, der Wert des Besitzes ist verringert . . . und die Rückwirkung auf alle Schichten bleibt nicht aus“⁵⁰.

Solche und ähnliche Vorbehalte äußerte der „Israelit“⁵¹ auch in den folgenden Jahren, und nur langsam schwenkte er in eine patriotisch-deutsche Linie ein, bis er dann im Jahre 1871 eine eindeutig deutsche Stellungnahme bezog.

Die große Mehrheit der Juden hielt es aber für ihre Pflicht, mit allen Kräften am „Neubau des Vaterlandes“⁵² teilzunehmen. Diese Pflichterfüllung konnte allerdings nicht immer und nicht von vornherein als Zustimmung zur *preußischen* Vorherrschaft in Deutschland aufgefaßt werden. Natürlicherweise war die Abneigung gegen die preußische Hegemonie in Süddeutschland besonders stark. Noch im Jahre 1869 schrieb ein bayrischer Korrespondent der AZJ, daß die Juden Bayerns „durchaus keinen Grund haben, durch dick und dünn mit Preußen zu gehen“⁵³. Außer rein jüdischen Erwägungen waren bei derartigen Vorbehalten wahrscheinlich auch, wie bei vielen Nichtjuden, gewisse partikularistische Interessen im Spiel. Interessant ist, daß noch im

⁴⁷ L. Bamberger, Tagebücher, Juni 1867, S. 89.

⁴⁸ L. Bamberger, Ges. Schr. III, S. 312 (Artikel aus dem Jahre 1866).

⁴⁹ MGWJ 11, 1862, S. 247 und 249 Anm.

⁵⁰ Israelit 1866, S. 339.

⁵¹ Der „Israelit“, bei ohnehin zur Schau getragener Vorliebe für Napoleon III., fürchtete außenpolitische Verwicklungen.

⁵² AZJ 1871, S. 43.

⁵³ Der Korrespondent war Sigmund Heumann aus Fürth, der hier trotz eigener propreußischer Einstellung die begründeten antipreußischen Strömungen verteidigt: AZJ 1869, S. 1043.

Jahre 1868 viele süddeutsche Demokraten, mehr aus Preußenhaß als aus Liebe zu Österreich, eine großdeutsche Lösung unter österreichischer Führung der preußischen Hegemonie vorzogen⁵⁴. Besonders Sonnemanns „Frankfurter Zeitung“ verfolgte diese Linie, der auch wirtschaftliche Motive nicht fehlten. Viele Juden hatten in österreichischen Wertpapieren investiert⁵⁵ und unterstützten daher die Seite, auf der ihre finanziellen Interessen lagen. In Frankfurt kam es sogar während des Krieges von 1866 zu einiger Panik, und namentlich „reiche Juden“ verließen fluchtartig die Stadt, da sie „neben den Geschäften in österreichischen Papieren in der Presse und im sozialen Verkehr etwas gar zu frivol in exklusivem Preußenhaß gemacht“ hatten⁵⁶.

Es gab aber noch einen ganz anderen Grund für die Aversion gegen Preußen: jüdische und nichtjüdische Kreise fürchteten den preußischen Kommißstiefel. Das drückt ein offener Brief aus, den Lazarus Geiger, der sonst der Politik fernstand, an eine Frankfurter Zeitung richtete. Der Brief – „An unsere Taktiker“ überschrieben – enthält die Aufforderung, endlich energisch dem anrückenden preußischen Militär entgegenzutreten, das die Neutralität der Freien Stadt Frankfurt mißachten und ihre Bürger, ebenso wie die „Menschen und Völker“ der anderen deutschen Staaten, mit Gewalt „preußisch machen“ werde. Geiger schließt mit dem pathetischen Rufe: „Wenn die Dinge so fortgehen, wenn man ... Deutschland preisgibt, ... – so sind wir andern leider, leider verloren.“⁵⁷

Nicht alle Juden aber ergriffen so eindeutig Partei, denn jede der beiden Mächte, die um die deutsche Hegemonie rangen, hatte ja ihre Schattenseiten für die Juden. Typisch für den inneren Zwiespalt ist die Äußerung Levin Goldschmidts, der damals noch an der Heidelberger Universität lehrte: „Österreich darf man sich nicht anschließen, mit Bismarck gehen kann man kaum...“⁵⁸ In einem ähnlichen Dilemma sah sich Ludwig Bamberger. Sein Verstand stimmte einer Einigung Deutschlands durch Preußen zu; aber seine

⁵⁴ Eine teilweise Erklärung findet dieses Phänomen wohl darin, daß mit der Verfassung von 1867 die Österreich-Ungarische Doppelmonarchie ein konstitutioneller Staat geworden war.

⁵⁵ In diesem Zusammenhange ist interessant, daß Bismarck bereits in den fünfziger Jahren vorgeschlagen hatte, den Frankfurter Rothschilds die Auszahlung der Zinsen für die preußischen Anleihen für ganz Süddeutschland zu übertragen, um jüdische Investoren heranzuziehen. Da der damalige Finanzminister v. Bodelschwingh ein Gegner dieser Idee war, wurde erst nach seiner Demission Rothschild zum preußischen Hofbankier ernannt (1859), und bemühte sich dann eifrig um die Unterbringung preußischer Anleihen in Süddeutschland, ohne jedoch in den kurzen Jahren bis 1866 die österreichischen Wertpapiere vom süddeutschen Effektenmarkt verdrängen zu können (Corti, Reign, S. 314–316). Jedenfalls war Mayer Karl v. Rothschild pro-preußisch, und was er in Süddeutschland nicht erreichen konnte, suchte er durch seine Unterstützung des Berliner Bankiers Bleichröder in Preußen selbst zu ersetzen.

⁵⁶ AZJ 1866, S. 474, zit. nach Köln. Ztg.

⁵⁷ HUBFF/Nachlaß Lazarus Geiger. S. Anhang B 9.

⁵⁸ Goldschmidt, Lebensbild, S. 287.

Gefühle waren antipreußisch: „Dem Süden zustimmend durch die Empfindung, dem Norden durch die Besinnung, so treten wir die Wanderschaft an, um das übel gelittene Wort der Einigung zu predigen.“⁵⁹

Diesen Konflikt zwischen Gefühl und Verstand teilte Bamberger mit vielen anderen jüdischen Politikern, die sich schließlich durch Verstandesgründe überzeugen ließen, ihre gefühlsmäßige Abneigung gegen Preußen hintanzustellen. Levin Goldschmidt fand den verstandesgemäßen Grund seiner Zustimmung zur Bismarckschen Politik in dessen Bereitwilligkeit, den Reichstag des Norddeutschen Bundes auf Grundlage des allgemeinen Wahlrechts zusammentreten zu lassen⁶⁰.

In Süddeutschland kamen zu der allgemeinen partikularistischen Abneigung gegen die preußische Hegemonie für die Juden noch ihre Sonderinteressen hinzu, die sich aus dem verschiedenen Stande der Emanzipation in Nord- und Süddeutschland ergaben. Während in Württemberg und Baden die Emanzipation bereits wirklich durchgeführt war, blieb man in Preußen immer noch bei Diskriminierungen gegen die Juden in Staatsstellungen und in der Armee. Daher ist nur allzu verständlich, daß die süddeutschen Juden nicht gerade leichten Herzens „die Einheit des großen deutschen Vaterlandes über die konfessionelle Rücksicht“ setzten⁶¹.

Selbst der preußische Bürger Ludwig Philippson war von der Form der deutschen Einigung nicht allzu begeistert. Er sah mit Sorge in die Zukunft, da doch die deutsche Reichseinheit durch die preußischen Waffen, nicht durch den Geist der Freiheit verwirklicht worden war. Nachdem aber die Macht sich einmal durchgesetzt hatte, konnte Philippson nicht offen dagegen auftreten, ohne seine jüdisch-apologetische Grundhaltung aufzugeben. Er fand den Ausweg in einer überraschenden Konzeption: dem preußischen Militarismus blieb er feindlich und setzte ihm den jüdischen Humanismus entgegen⁶²; aber Deutschland war doch nicht Preußen. Er tröstete sich und seine Leser also mit einer der nationalliberalen Parteieinstellung ähnlichen Erklärung: „Mag man mit Recht oder Unrecht *Preußen* Eroberungssucht zugeschrieben haben, *Deutschland* ist nicht eroberungssüchtig, nicht herrschsüchtig.“⁶³ Dementsprechend gab er sich, ganz wie die Nationalliberalen, der Hoffnung hin, daß der preußische Militarismus durch das „Verfassungsleben“ im Zaume gehalten und durch den Geist der Konstitution gemäßigt werden würde.

Unter denen, die sich zuerst der Bismarckschen Politik und der preußischen Vorherrschaft in Deutschland widersetzt und dann im Nationalliberalismus den Ausweg gefunden hatten, der ihnen eine volle Beteiligung am deutschen Einigungswerke ermöglichte, war auch Ludwig Bamberger. Er fürchtete, daß Preußen die militärischen Siege dazu ausnutzen würde, seine reaktionäre Politik in Deutschland fortzusetzen. Ganz in diesem Sinne schrieb er im Spät-

⁵⁹ L. Bamberger, Tagebücher, S. 19.

⁶¹ AZJ 1869, S. 1043.

⁶³ AaO, S. 892. Hervorhebung im Original.

⁶⁰ Goldschmidt, Lebensbild, S. 286.

⁶² AaO 1870, S. 912 f. und S. 994.

herbst 1870, als er während der Belagerung von Paris beim Stabe Bismarcks weilte, an einen deutschen Parteifreund: „Sorgen Sie in den weitest reichenden Kreisen bei Zeiten für Druck nach unten, daß die Siege auf dem Felde dem deutschen Volke zugute kommen. Es wird sehr nötig sein. Mir kommt's halb vor, als drohe uns eine Enttäuschung wie nach 1815.“⁶⁴

Einer der wenigen Juden, die schon früher die preußische Sache zu ihrer eigenen gemacht hatten, war Berthold Auerbach. Bereits 1859 hatte er erklärt, „daß jeder, der ein wirkliches Deutschland will, . . . solches nur durch und an Preußen wollen kann“⁶⁵. Dem in Württemberg geborenen Schriftsteller war seine Entscheidung so ernst, daß er es auf sich nahm, „überall Propaganda zu machen für die richtige Erkenntnis des Preußentums und Einheit in Nord und Süd“⁶⁶.

So leicht fanden sich eben aber nicht allzu viele Juden außerhalb Preußens mit dem „Preußentum“ ab. In besonders origineller Weise, und eigentlich ohne auf die *aktuellen* Fragen einzugehen, vollzog Professor Jakob Bernays aus Bonn, der Sohn des Chacham Bernays aus Hamburg, seinen Übergang ins regierungsfreundliche Lager. Andeutungen seiner politischen Neuorientierung enthält sein Konzept zu einem Aufsatz über das Thema „Das Wort Patriot und Kosmopolit“. Bernays ging davon aus, daß im klassischen Altertum das Wort „Patriot“ einen gewissen negativen Beiklang gehabt habe, wohingegen dem Begriff „Kosmopolit“ edle Bedeutung beigemessen worden sei. In neuerer Zeit aber hätten sich diese begrifflichen Bedeutungen gewandelt, und der wahre, aufgeklärte Patriotismus „ist ein Vorrecht der Gebildeten geworden, die die Vorzüge und Eigentümlichkeiten ihres eigenen Nationalcharakters den zu demselben Staatensystem gehörenden Nationen gegenüber behaupten wollen“⁶⁷. Mit dieser Auffassung konnte gerade ein bewußter Jude, wie Bernays, sich als deutscher Patriot fühlen, da er gegenüber den übrigen „Nationen“, die sich im Verband des Deutschen Reiches zusammengefunden hatten (wie Sachsen, Bayern, Preußen), seinen eigenen Nationalcharakter bewahren wollte, dessen Grundzüge, wie die der anderen „Nationen“, ihren Teil zur Formung des Charakters einer geeinten Kultur- und Stämmenation beitragen könnten. Aber Theorie und Praxis harmonisierten auch bei Bernays nicht. Als die Einigung Deutschlands zur Tatsache wurde, vergaß er, mindestens vorübergehend, seine etwas forcierte Theorie und ließ sich in dem Manuskript über „Weltalter und Weltreich“⁶⁸ mit einiger Begeisterung über „das jetzt anbrechende deutsche Weltalter“ und über „deutschen Geist und deutsche Kraft“ aus, die den französischen Liberalismus von seinen Schlacken befreien und ihn in deutschem Gewande zu einer weltbeglückenden Lehre erheben würden. Auf diese Weise machte der fromme Jude Bernays binnen weni-

⁶⁴ IDR 1899, S. 207.

⁶⁵ B. Auerbach an M. Duncker, 19. 7. 1859, in: *Duncker*, S. 159.

⁶⁶ *Kobler*, Juden in Briefen, S. 267.

⁶⁷ HUBO/Nachlaß Bernays tom. 955.

⁶⁸ AaO.

ger Jahre (zwischen 1866 und 1871) die gesamte politische Entwicklung des deutschen Judentums durch, von jüdisch-konservativer Haltung, über die Theorie der Kultur- und Stämmenation, zur Annahme der nationalliberalen konformistischen Ideologie.

Zweifellos übte die Begeisterung über den Ausgang des deutsch-französischen Krieges eine tiefgreifende Wirkung auf die politischen Orientierungen der Juden aus. Der konstitutionelle Rahmen des neuen deutschen Reiches begann, ihnen Zutrauen einzuflößen. Charakteristisch ist die Äußerung eines ehemaligen Radikalen, des Dr. Eduard Waldeck, der hervorhob, „daß es besser ist, sich von König und Kaiser Wilhelm tyrannisieren zu lassen“ als von linksradikalen Schwärmern. Er tadelte scharf die Haltung des Kreises um Johann Jacoby. Denn, so sagte er, wenn es nach diesem ginge, stünden die Franzosen in Berlin, nicht aber die Deutschen in Paris: „Vaterlandslos finde ich für eine solche Haltung nicht schlecht gewählt; wenn nicht vaterlandsfeindlich vielleicht noch bezeichnender wäre. Solange nicht die ganze Menschheit *ein* Interesse hat, müssen wir uns schon an ein engeres Vaterland halten . . . wie wir uns auch so lange mit einer Monarchie begnügen müssen, bis wir Republikaner haben werden . . . Vorläufig hat Blut und Eisen Deutschland unter einen Hut gebracht, sei es auch, wie Du sagst, in Unfreiheit. Wenn das geeinigte deutsche Volk nun nicht auf friedlichem Wege sich die Freiheit erringen kann, so verdient es, geknechtet zu bleiben.“⁶⁹

Dies ist eine private Äußerung, die aber wohl die Empfindungen der Juden überhaupt widerspiegelt. Im besonderen erging sich die jüngere Generation der Juden während des deutsch-französischen Krieges in den höchsten Tönen patriotischen Eifers, wobei die Nichtkombattanten die Frontsoldaten womöglich noch übertrafen⁷⁰. Charakteristisch für diese überspannten Gefühle ist etwa die folgende Verlautbarung: „Die Franzosen haben diesen Krieg mutwillig provoziert. . . Des Juden innerster Kern ist . . . echt deutsch.“⁷¹ Nach dem siegreich beendeten Kriege ließ sich schließlich auch der süddeutsche, strengorthodoxe „Israelit“ herbei festzustellen: „Deutschland ist wiederum geeint. . . Nicht mehr fliegen die Raben um den Kyffhäuser, der Kaisertraum . . . ist zur Wirklichkeit geworden.“⁷²

Wer wollte auch über vollendete Tatsachen streiten? Es war sozusagen gesunde Realpolitik, auf die sich Eduard Lasker, der Sprecher des Nationalliberalismus stützte, wenn er etwa noch vorhandene Skeptiker folgendermaßen zurechtwies: „Die ruhmvollen Taten der preußischen Armee . . . verschaffen der Idee von der Einheit Deutschlands und der Führung Preußens auch da Eingang, wo man allein vor *Tatsachen* sich zu beugen versteht.“⁷³

⁶⁹ HNBJ/Jacoby V, Brief Waldecks v. 28. 3. 1871.

⁷⁰ S. die Briefe im Anhang B 10 und B 11.

⁷¹ ISWOS 1870, S. 397.

⁷² Israelit 1870, S. 933.

⁷³ National-Ztg. v. 12. 7. 1866, in: *Lasker*, Nachlaß, Parlamentarische Geschichte, S. 139 f.

Die nunmehr errungene Einheit und die gesetzlich verankerte Emanzipation dienten nicht nur als Argumente gegen diejenigen, welche sich bis dahin gegen preußische Vorherrschaft in Deutschland ausgesprochen hatten, sondern sie schienen auch die volle Berechtigung der politischen Linie des National-liberalismus zu beweisen. Für die „Allgemeine Zeitung des Judentums“, wie überhaupt für die große Mehrzahl der jüdischen Bevölkerung, waren „das Deutsche Reich, der König von Preußen als Kaiser, der deutsche Reichstag, das allgemeine Stimmrecht, die Gewissensfreiheit und die Gleichberechtigung, die Gewerbefreiheit und Freizügigkeit“ jetzt „unangefochtene Errungnisse geworden“⁷⁴.

Von rein politischem Standpunkt aus ließ sich der Kompromiß der National-liberalen mit der Bismarckschen Politik damit rechtfertigen, daß „mit beiderseitiger Mäßigung“ durch ein Bündnis „zwischen einer stark monarchischen, sogar autoritären Regierung und einer maßvollen, ihrer Verantwortlichkeit bewußten liberalen Partei zum Heile Deutschlands“ sehr viel erreicht werden könne⁷⁵.

Jenseits aller politischen Nützlichkeitsrechnung wirkte aber ein menschlicher Faktor, der im Hinblick auf die jüdische wie auch auf die nichtjüdische Meinungsbildung erheblich ins Gewicht fiel: Wilhelms I. ehrwürdige Kaiser-gestalt und vor allem die überwältigende Persönlichkeit Bismarcks. In den Erinnerungen einiger damals linksliberal denkender, aber dennoch bismarck-treuer Juden kommt das deutlich zum Ausdruck. Fritz Mauthner, der 1876 nach Berlin übersiedelte, berichtet z. B. aus seinen jungen Jahren: „Die Freude an dem prachtvollen Menschen und vom Schicksal geschenkten Staatsmanne Bismarck warf mein politisches Programm . . . durcheinander. Meine Überzeugungen waren bei dem freiheitlichen und sozialen Fortschritt; aber es war eine Lust zu leben, während Bismarck die Welt zu regieren schien, und da der große Junker lebenswerter war als . . . die fortschrittlichen oder sozialdemo-kratischen Führer, so wurde ich zu einem ausgesprochenen Nichtpolitiker.“⁷⁶ Ähnlich erzählte der Historiker Gustav Mayer von seinen Eltern und Ver-wandten, sie seien zwar eigentlich „Liberale“, d. h. Fortschrittler gewesen, hätten sich in Fragen der „hohen Politik“ aber stets, und unter ausdrücklicher Berufung auf die Person des Kanzlers, „bismarcktreu“ verhalten⁷⁷.

Manche Linksliberale hatten noch eine gewisse Unterscheidung in bezug auf die von Bismarck vertretene Innen- resp. Außenpolitik gemacht, indem sie sich gegenüber seiner Innenpolitik ausgesprochen reserviert verhielten. Jetzt aber ergab sich, daß sogar viele ehemalige Partikularisten auf die Linie der Bismarckschen *Innenpolitik* einschwenkten. Selbst Hamburger Politiker wie

⁷⁴ AZJ 1872, S. 159.

⁷⁵ Lasker, Nachlaß, Parlamentarische Geschichte, S. 51.

⁷⁶ Mauthner, S. 365, Nachwort.

⁷⁷ G. Mayer, Erinnerungen, S. 5.

Gustav Tuch⁷⁸ begannen, für den Anschluß Hamburgs an die deutsche Wirtschaftssphäre und für die Aufgabe der Hamburger Freihandelspolitik zu wirken. Auch die oft bezeugte Vorliebe der Hannoveraner jüdischen Orthodoxie für die Welfenpartei⁷⁹ wich dem Hochgefühl der Zugehörigkeit zum „großen, mächtigen Reiche“, in dem alle Juden als „Deutsche mit Herz und Seele“ sich erfreuen konnten „ob Kaiser und Reich, ob der Größe und Herrlichkeit des geliebten Vaterlandes“⁸⁰.

Alle Anzeichen sprechen dafür, daß die jüdische Bevölkerung nach 1870 im allgemeinen stärker nationalliberal eingestellt war⁸¹ als die Intellektuellen. Wenn berichtet wird, daß auch die intellektuelle Schicht der jüdischen Politiker den Doktrinarismus der alten Demokraten vom Schlage Jacobys als veraltete „Phraseologie“ abtat, die ohnehin „von neunzehn Zwanzigsteln der Nation belächelt würde“⁸², so darf als sicher gelten, daß die große Mehrheit der Juden „praktisch zu Verbündeten der großen liberalen Partei“⁸³ geworden war. Jedenfalls schreibt die AZJ: „Was wir besitzen in unseren Rechtszuständen, haben wir... der (national)liberalen Partei zu danken. Wenn wir uns diese Rechtszustände erhalten und sie noch gebessert sehen wollen, ... so können wir es nur von der liberalen Partei erwarten.“⁸⁴

Den tiefen Eindruck des Erreichten resümierte der betagte Landtagsabgeordnete Dr. Raphael Kosch, der Gabriel Riesser und Moritz Veit, seine Mitstreiter für die freie Einigung und für die jüdische Gleichberechtigung um

⁷⁸ Über Tuchs politische Stellung kurzgefaßt AZJ 1909, S. 76 f., und ausführlich in seinem Buche.

⁷⁹ Vgl. *Israelit* 1867, S. 1. Noch 1874 beschuldigt der hannoversche Korrespondent der AZJ (S. 124 f.) die Orthodoxen, den Kandidaten der Welfen unterstützt zu haben. Seit 1874 aber fanden die Nationalliberalen Laskers (des Vaters des Austrittsgesetzes, welches der Trennungsothodoxie ihre organisatorische Selbständigkeit ermöglichte) starke Unterstützung in diesen Kreisen. AZJ 1874, S. 526. Vgl. auch Abschnitt F.

⁸⁰ *Israelit* 1870, S. 934.

⁸¹ Selbst falls außer den jüdischen Intellektuellen, die höchstens 6% der deutschen Judenheit ausmachten, noch gewisse Kreise des Besitzbürgertums weiterhin zum Rumpf-„Fortschritt“ oder in Süddeutschland zur Demokratischen Volkspartei hielten, und auch gewisse orthodoxe Kreise vor 1874 separatistisch tendierten (s. Anm. 79), oder sich der für 1867 angesetzte Prozentsatz (= 1%) von jüdischen Sozialisten inzwischen vergrößert haben sollte, läßt sich dennoch für die jüdischen Nationalliberalen ein Anteil von nicht weniger als 70–73% der jüdischen Gesamtbevölkerung errechnen. Die politischen Orientierungen der jüdischen Gesamtbevölkerung in den Jahren 1867–1878 waren demnach etwa:

Konservative und Freikonservative	4% bis 5%
Zentrum und andere katholische Gruppen	1% bis 2%
Nationalliberale	70% bis 73%
Fortschritt und Süddt. Volkspartei	19% bis 20%
Sozialisten	1% bis 2%

⁸² So Bamberger gegen Jacoby in einem Brief an v. Keudell v. 24. 9. 1870. In: *Königsberger Beiträge*, S. 320.

⁸³ AZJ 1872, S. 441.

⁸⁴ AaO 1873, S. 681.

einige Jahre überlebt hatte, dahingehend, daß die Juden nun „endlich nach langem vergeblichen Harren in den sichern Hafen eingelaufen“ seien⁸⁵. Als er wenige Monate darauf zu Grabe getragen wurde, faßte eine jüdisch-liberale Zeitung in einem Nachruf auf ihn das Gefühl der Zeitenwende in den Satz zusammen: „Welcher Umschwung . . . Wer hätte das ahnen können auch nur zu der Zeit, in welcher diese Männer geboren wurden! ,Und sie bewegt sich doch!‘ Wer gewohnt ist, die Gegenwart an der Vergangenheit zu messen, wird . . . sich sagen müssen: nein, diese Männer haben nicht umsonst gelebt! Die Menschheit *ist* fortgeschritten, die Humanität *hat* gesiegt!“⁸⁶

Einen charakteristisch frommen Ausdruck der Freude fand eine andere Zeitung in den kurzen Worten: „Das Schehechejanu war nie mehr am Platze als in unserer Zeit.“⁸⁷ Dieser Segensspruch auf die jüdisch-(national)liberale Weggemeinschaft im geeinten Deutschland illustriert die Stärke der Hoffnung und das Vertrauen in den Wandel der Zeiten. Endlich durfte die Erwartung der „Deutschen Bürger jüdischen Glaubens“⁸⁸, von nun an vollberechtigte „Deutsche in Deutschland“ zu sein⁸⁹, als gerechtfertigt angesehen werden.

Der Ausdruck „Deutsche Bürger jüdischen Glaubens“ stellte eine Art von Kompromißformel als Ergebnis einer innerjüdischen Debatte dar, die darum ging, ob man von „Juden in Deutschland“ oder von „deutschen Juden“ sprechen sollte. Da sich allmählich der Begriff „Deutsches Judentum“ einbürgerte, gab man schließlich auch der mehr aufs Persönliche abzielenden Bezeichnung „deutsche Juden“ den Vorzug. Selbst Markus Lehmann, der Redakteur des „Israelit“, der sich im allgemeinen gegen jede Neuerung im „Deutschen Judentum“ sträubte, gebrauchte – in staatsbürgerlich-rechtlicher Beziehung – ebenfalls diese Terminologie, wenn er gegen Ende 1870 erklärte: „Wir deutschen Juden sind Deutsche, und nichts anderes.“⁹⁰

Natürlich fand diese Debatte ihren Widerhall auch in jüdenfeindlichen Kreisen. Welchen Ausdeutungen sie unterlag, zeigt die folgende Äußerung eines antisemitischen Publizisten: „Man spricht von deutschen oder französischen Juden, niemals aber von jüdischen Deutschen oder Franzosen. . . Und welchen Sinn hat diese Redeweise, als daß der Jude im Kern seines Wesens immer Jude bleibt, dem das Deutschtum oder Franzosentum nur etwas Accidentales ist.“⁹¹

Solchen Unterstellungen gegenüber fehlte es dann auch nicht an Juden, die unter Ablehnung aller synthetischen Bezeichnungen radikal erklärten, daß sie einfach „Deutsche“ seien⁹².

⁸⁵ ISWOS 1872, S. 115.

⁸⁶ Synodalblatt 1872, S. 113. Hervorhebung im Original.

⁸⁷ JVZ 1874, S. 60. Jüdischer Segensspruch bei Eintritt eines erfreulichen Ereignisses. Das Wort Schehechejanu im Original mit hebr. Schriftzeichen.

⁸⁸ AZJ 1866, S. 595.

⁸⁹ AaO 1870, S. 993.

⁹⁰ Israelit 1870, S. 597.

⁹¹ Frantz, S. 10.

⁹² Israelit 1872, S. 744. Einem Vorstandsmitglied der Münchener Gemeinde zugeschrieben.

Jedenfalls scheint der Ausdruck „jüdische Deutsche“ eine Zeitlang im Gange gewesen zu sein⁹³. Die Doppelsinnigkeit all dieser Formeln zeigte sich aber daran, daß sich immer wieder Diskussionen an sie knüpften, die sie auf beiden Seiten – bei Deutschen und bei Juden – irgendwie anrühlich machten.

Die immer wieder aufgenommenen Versuche, das Wesen des Zusammenhanges zwischen Deutschtum und Judentum in einem Begriff zu erfassen, haben schließlich dazu geführt, daß sich die Bezeichnung „Deutsche Bürger jüdischen Glaubens“ herausgebildet hat. Sie stellt den Kompromiß dar, den Juden zwischen der Betonung ihrer deutschen Staatsbürgerschaft und ihrer Treue zum jüdischen Glauben schlossen. Andererseits sollte dadurch auch ihre doppelte Verpflichtung, dem Deutschtum und dem Judentum gegenüber, zum Ausdruck kommen.

Doch war mit der Vokabel allein das Problem nicht gelöst. In dem gleichen Maße, in dem das Deutschtum der Juden von außen her auch weiterhin angezweifelt und skeptisch betrachtet wurde, war ihr Judesein, sowohl in bezug auf die praktische Ausübung der religiösen Vorschriften als auch auf ihr Verantwortungsbewußtsein für das jüdische Gesamtchicksal, ebenfalls problematisch geworden. So erhebt sich denn in der Tat die Frage, wie das „Deutschtum“ und das „Judentum“ dieser deutschen Staatsbürger jüdischen Glaubens beschaffen war, und auf welche Weise man eine Verschmelzung dieser beiden Komponenten zu erreichen suchte.

Eine Tatsache jedenfalls wurde den Juden Deutschlands sehr bald eindeutig klar: Die doppelte Loyalität, die Leopold Zunz vorgeschwebt haben mochte⁹⁴, wurde im geeinten Deutschland nicht geduldet. Wenn der „Israelit“ im Jahre 1862 die Schrift von Moses Hess „Rom und Jerusalem“ als wichtigen Beitrag zur „Wiederbelebung des nationalen Gefühls unter den Juden“ lobte⁹⁵ und sogar noch im Jahre 1866 die Pläne des Rabbiners Hirsch Kalischer für Kolonisierung des heiligen Landes pries⁹⁶, da ja „Patriotismus für das Land, dessen Bürger wir sind, und jüdisches Nationalgefühl sich nicht einander ausschließen“⁹⁷, trat mit dem Fortschreiten der deutschen Einigung ein tiefgreifender Wandel ein. Auf Grund der veränderten politischen Situation glaubte man, alle Wünsche zur Verwirklichung eines jüdischen Nationalismus oder etwa eines kosmopolitischen Universalismus bis zur messianischen Zeit vertagen zu müssen; denn, hieß es jetzt, in der Gegenwart sind „wir deutschen Juden . . . ganz und voll Bürger des großen deutschen Reiches“⁹⁸. Selbst der streng religiöse „Israelit“ war demnach von den nationalistischen Strömungen der Umwelt nicht unbeeinflusst geblieben.

Die *weltlichen* kosmopolitisch-universalistischen Ideologien, die unter den jüdischen Intellektuellen seit dem Vormärz eine gewisse Anhängerschaft ge-

⁹³ Z. B. JVZ 1875, S. 6; ISWOS 1874, S. 431.

⁹⁴ S. darüber Anhang D 2.

⁹⁵ Israelit 1862, S. 149, 281, 289, 297.

⁹⁷ AaO 1867, S. 39.

⁹⁶ AaO 1866, S. 519 f.

⁹⁸ AaO 1872, S. 1.

funden hatten, waren gewiß nicht stark genug, der nationalistischen Atmosphäre der deutschen Einheitsepoche standzuhalten. Letzte Versuche, Deutschtum und aus jüdischen Quellen stammenden Universalismus zu versöhnen, fielen in das Jahr 1871/72 und trugen damals schon ziemlich apologetische Züge⁹⁹. Man bemühte sich zu beweisen, daß der Kosmopolitismus keine *ausschließliche* Weltanschauung sei, also nicht dem deutschen Nationalismus entgegenwirke; er sei in Wahrheit „der universelle, vom Egoismus losgestreifte *Patriotismus*“, und gerade die Deutschen (im Auslande) und die Juden (in Deutschland) hätten diese Form eines universalistischen Patriotismus gemeinsam. In gleicher Weise wie die Deutschen im Auslande allgemeingültige Kulturwerte geschaffen hätten, gelte das für die Kulturleistungen der Juden Deutschlands. Hierin bestehe demnach eine den Deutschen und Juden gemeinsame *Mission*, die helfen solle, „den Frieden der Welt“ zu begründen. Für die Verwirklichung dieses Auftrages wären die „deutschen Juden“ besonders geeignet, da sie doch Deutsche und Juden zugleich seien. Universalismus und Patriotismus stünden nicht nur in keinem Gegensatze zueinander, vielmehr hätten sie ein gemeinschaftliches Ziel: „Die freie, gleichberechtigte und gleichgeachtete Bewegung und Entwicklung aller im Staate und ein nur friedlicher Wettstreit der Völker unter sich in allem Großen und Guten, das ist es, was wir erstreben und erhoffen, worin wir die messianische Zeit verwirklicht sehen.“¹⁰⁰ Ludwig Philippson hatte das vorher schon ähnlich ausgedrückt, als er schrieb, „daß Kosmopolitismus und Nationalität an sich durchaus keine Gegensätze sind, noch dazu, da jener mehr ein Produkt der Vernunft, diese mehr ein Element des Gefühls ist“¹⁰¹.

Damit hatte er dem Nationalismus einen Platz eingeräumt, ohne auf seine grundsätzlich humanitäre Haltung zu verzichten. Auf die kosmopolitische Theorie ausdrücklich hinzuweisen, wagte im Jahre 1872 lediglich noch Berthold Auerbach, der allerdings den „gerechten kosmopolitischen Zug“ der Juden bereits damit abschwächte, daß er ihnen gleichzeitig „doch auch einen patriotischen“ zusprach¹⁰². Für zehn Jahre blieb dann der Kosmopolitismus aus Deklarierungen der deutsch-jüdischen Ideologie verschwunden. Als er im Jahre 1881 in einem Schreiben Levin Goldschmidts wiedererschien¹⁰³, war er bereits als Reaktion der Juden auf den erneuten Judenhaß in Deutschland zu verstehen.

Durch die zeitbedingten Einschränkungen hatten sich sowohl Kosmopolitismus wie auch die doppelte Loyalität als unzureichend erwiesen, um eine echte Verbindung zwischen dem „Deutschtum“ und dem „Judentum“ dieser „deut-

⁹⁹ Das Judentum und seine Aufgaben im neuen Deutschen Reich, Leipzig 1871; der Verfasser dieses Aufrufs zur Gründung eines Gemeindebundes ist, wie sich aus AZJ 1871, Nr. 52 (Extrabeilage) ergibt, Friedrich Wachtel.

¹⁰⁰ AaO, S. 7–10.

¹⁰¹ AZJ 1869, S. 760.

¹⁰² Kobler, Juden in Briefen, S. 269.

¹⁰³ Goldschmidt, Lebensbild, S. 435. Brief an H. v. Treitschke v. 4. 5. 1881.

schen Bürger jüdischen Glaubens“ herzustellen. Es bedürfte demnach einer anderen, der Geisteshaltung der Zeit entsprechenderen Begründung für den jüdischen Anspruch auf volle Zugehörigkeit zum Deutschtum. Schon bisher beruhten sämtliche Ideologien der deutschen Juden auf ihrer Bindung an die Heimat und das Vaterland. Dafür mag nur ein einziges Zitat sprechen, aus dem „Israelit“, jener Zeitung, die sich am längsten gegen alle Amalgamierungstendenzen gewehrt hatte: „Die deutsche Sprache ist unsere Muttersprache, seit länger als einem Jahrtausend ruhen die Gebeine unserer Eltern in deutscher Erde . . . unser Hab und Gut haben wir niemals dem Vaterlande verweigert, unser Blut ist für dasselbe geflossen.“¹⁰⁴

Solche Argumente für das Deutschsein der Juden wurden schon seit dem Vormärz vorgebracht, und sie stellten eine Art von Grundformel für das deutsch-jüdische Zugehörigkeitsgefühl dar. Davon ausgehend konnte sich der Jude dann als „guter Patriot“ und als „dankbarer Sohn des undankbaren Vaterlandes“¹⁰⁵ bezeichnen. Mit der Einigung Deutschlands ließ sich der Generalnenner aber noch erweitern, indem man, zusätzlich zur deutschen Sprache, zur Heimatliebe und zu den Opfern an Gut und Blut, auch den vollendeten *Anschluß* an die neue *Staatsnation* und ihre Kultur als Beweis für das Deutschsein der Juden anführen konnte.

Als Beleg für den Sieg der Auffassung von der die Juden mitumfassenden Kultur- und Staatsnation sei hier die damals neuerscheinende, unter dem Einfluß von Rabbiner Esriel Hildesheimer stehende orthodoxe Wochenzeitung „Die Jüdische Presse“ zitiert, die bereits in einem ihrer ersten Blätter hervorhebt, „daß nun seit dreißig Jahren die Orthodoxie auch Männer aufzuweisen (habe), die sich eine bedeutende allgemeine Bildung angeeignet haben, und die nun im Stande sind, der Welt auf die großen Fragen des jüdischen Lebens und der jüdischen Weltanschauung eine *deutsche* Antwort zu geben“¹⁰⁶.

Damit war die Lehre Rabbiner Samson Raphael Hirschs, des Wortführers der Neo-Orthodoxie realisiert, der eine Verbindung der heiligen Thora mit deutscher Kultur, soweit sie säkular war und jüdischen Religionstraditionen nicht widersprach, befürwortete. In diesem Sinne erklärte nun die JPR ausdrücklich: „Die Neu-Orthodoxie verlangt auch entschiedenen Anschluß an alle Kulturbestrebungen der Zeit, sofern diese nicht unserer heiligen Religion feindlich gegenüberstehen.“¹⁰⁷

¹⁰⁴ Israelit 1867, S. 221.

¹⁰⁵ Goldschmidt, Lebensbild, S. 152.

¹⁰⁶ JPR 1870, S. 22. Hervorhebung im Original.

¹⁰⁷ AaO, S. 142. Hier sollte nicht übersehen werden, daß die Orthodoxie dabei in ein gewisses Dilemma geriet, da ja die „Kulturbestrebungen“ der Zeit, an denen die Juden teilnahmen, einen *liberalen* Charakter trugen. Auch die Gleichberechtigung war zum guten Teil von den liberalen Parteien erfochten worden. Gerade der säkulare Liberalismus aber hatte im Judentum die Reformbestrebungen ausgelöst, die dem orthodoxen Streben nach Wahrung des Bestehenden, nach Herrschaft der Tradition entgegengesetzt waren. Über die Auswirkungen dieses Dilemmas wird noch weiter unten die Rede sein.

Die Orthodoxie hatte sich, indem sie so entschieden den Anschluß an die Kulturnation verlangte, mit der Emanzipation ausgesöhnt. Nun vollzog sie unter Berufung auf ihre Rechte und Pflichten als Bürger des großen deutschen Reiches auch den Anschluß an die deutsche *Staatsnation*. Nachdem durch die nationale Einigung Deutschlands die Auffassung von dem christlichen Ständestaat auch in der deutsch-konservativen Ideologie in ihrer zentralen Stellung zeitweilig erschüttert war, konnten sich jetzt orthodoxe wie nichtorthodoxe Juden dem neuen Staatsverband zugehörig fühlen und ohne Zögern ihren Teil „zur Vergrößerung des preußischen Staates“¹⁰⁸ beitragen.

Dessen ungeachtet aber und trotz der zum Allgemeingut gewordenen Bejahung des Anschlusses an die deutsche Kultur- und Staatsnation wurde die Diskussion über die Qualität einer solchen Eingliederung in der jüdischen Öffentlichkeit weitergeführt. Gewisse Kreise versuchten, wie seinerzeit Gabriel Riesser¹⁰⁹, die Möglichkeit der Amalgamation an das Deutschtum innerhalb der Konzeption von der Stämmenation zu beweisen. Als Beispiel für diese Auffassung wurde bereits Jakob Bernays genannt, der den Patriotismus als die Wahrung der Stammeseigenschaften im Zusammenschluß der Stämme definierte, wobei den Gebildeten die Aufgabe zufiel, durch gegenseitige kulturelle Beeinflussung der politisch geeinten Kultur- und Stämmenation einen einheitlichen Charakter zu geben. Eine ähnliche Meinung, sogar mit einer gewissen politischen Färbung, wird hie und da in den Spalten der JPR vertreten. Die Zeitung argumentiert etwa so: Wenn die Ostpreußen und Mecklenburger, die nicht zur deutschen Volksgemeinschaft gehören, trotzdem als Deutsche angesehen werden, dann sind „wir Juden . . . in demselben Grade Deutsche wie sie“¹¹⁰.

Noch weiter ging ein neues jüdisches Blatt, die „Jüdische Volkszeitung“, die unter der Redaktion von J. Klingenstein, einem erfahrenen Lehrer und Zeitungsmann, als Fortführung seiner früheren, im Rheinland verbreiteten Fach- und Gemeindeblätter zu erscheinen begann. Klingenstein erklärte, er habe diesen Namen unter Akzentuierung von *Volke*, nicht von jüdisch, gewählt, und zur Vermeidung eines jeden Mißverständnisses fügte er ausdrücklich hinzu: „wir sind tätige Glieder des *Volkes*, unter dem wir wohnen“¹¹¹. Eine ganz ähnliche Position vertrat Isidor Kaim, ein damals bekannter und der Fortschrittspartei nahestehender Publizist, im Schlußwort seines 1869 erschienenen Buches „Ein Jahrhundert der Judenemanzipation“, in dem er, als Fazit der Entwicklung des jüdischen Emanzipationskampfes seit Friedrich II., die gleiche These aufstellte, die wir bereits als Ausgangsstellung der deutsch-

¹⁰⁸ M. Levy, S. 27.

¹⁰⁹ In der Rede gegen Moritz Mohl z. B. definierte er den Begriff der „Volkstümmlichkeit“, der von Mohl gebraucht wurde, als Konglomerat verschiedener *Stämme*, d. i. als Stämme-Nation, in welcher dem jüdischen Stamm Gleichberechtigung mit den anderen Stämmen zukomme. Vgl. Schriften IV, S. 404.

¹¹⁰ JPR 1870, S. 181 f.

¹¹¹ JVZ 1872, S. 2.

jüdischen Weggemeinschaft bei den aktiven Politikern antrafen: „Alles *für* das Volk; Alles *mit* dem Volk; Alles *durch* das Volk.“¹¹²

Während aber „Volk“ von den jüdischen Theoretikern auch jetzt noch im Sinne eines *demokratischen Volksstaates* verstanden wurde, hatten die Deutschen diesen Begriff bereits durch den des „*völkischen* Staates“ und der genetischen „Volksnation“ ersetzt. Daher verfehlten die jüdischen Definitionen, die weiterhin von einer voluntären politischen Basis ausgingen, den von ihnen gewünschten Eindruck auf die Deutschen, die sich als Mitglieder einer aus Stämmen erwachsenen Einheitsnation empfanden. Dazu kam, daß gegen Ende der siebziger Jahre die Sturmflut des Antisemitismus über alle mehr oder minder erzwungenen Formulierungen einfach hinwegging. Sowohl die Zugehörigkeit der Juden zum deutschen Volksstaat wurde energisch bestritten, wie auch ihre Forderung, als einer der heterogenen Stämme in den Stammesverband aufgenommen zu werden. Den Juden blieb nichts anderes übrig, als sich unter dem Einfluß dieser wieder einsetzenden Reaktion auf die schon einmal formulierte Ausgangsstellung zurückzuziehen. Wiederum mußten sie sich also mit dem Hinweis auf ihre Zugehörigkeit zur deutschen Kultur- und Staatsnation begnügen, wobei sie allerdings nicht vergaßen, ihre durch Opfer an Gut und Blut bezeugte Vaterlandsliebe genügend zu betonen.

Das war also der für eine große Mehrzahl der deutschen Bürger jüdischen Glaubens geltende Ausdruck ihres Deutschseins. Gab es aber auch eine ihnen allen genügende Definition ihres Judeseins? Auf den ersten Blick scheint es, die Bezeichnung „deutsche Bürger jüdischen Glaubens“, die ja den jüdischen *Glauben* zum einzigen Kriterium des Jude-Seins erhob, könnte eine befriedigende Antwort darstellen. Um so mehr als sich die Anzeichen der Konfessionalisierung aller Richtungen des deutschen Judentums seit den vierziger Jahren in einem solchen Grade gemehrt hatten, daß die Bezeichnung „Glaubensgenosse“ in steigendem Maße die vorherrschende Tendenz unterstrich, die im Judentum nur noch „eine Religionsgesellschaft, nicht mehr ein Volk“ sehen wollte¹¹³.

Doch blieb ein Rest, der nicht in der konfessionellen Definition des Judentums aufging. Hie und da, zufällig oder absichtlich, findet sich ein Hinweis darauf, wie wenig „Glaubensgenossenschaft“ als umfassende Beschreibung genügen konnte und wie unzutreffend sie für zahlreiche Juden schon geworden war. Was verband zum Beispiel einen Mann wie Levin Goldschmidt mit dem Judentum, der erklärte, er sei seiner religiösen Anschauung nach nicht Jude, der sich aber standhaft weigerte, die Taufe zu nehmen?¹¹⁴ Und was brachte Ferdinand Lassalle zu einer ähnlichen Stellungnahme?¹¹⁵ Traf etwa Berthold Auerbach, zumindest für eine bestimmte Schicht jüdischer Intellektueller, den Kern der neuen jüdischen Selbsterklärung, wenn er einen seiner Romanhelden

¹¹² *Kaim*, S. 90.

¹¹³ JVZ 1872, S. 2.

¹¹⁴ *Goldschmidt*, Lebensbild, S. 111 und 114.

¹¹⁵ So in dem Brief an Sophie Sontzeff, der in vielen Sammlungen zitiert ist.

sagen ließ: „Die gebildeten Juden sind nicht sowohl Juden als vielmehr *Nichtchristen*“?¹¹⁶

Zweifellos gab es in Deutschland „Bürger jüdischen Glaubens“, die sich nicht mehr an die traditionellen Glaubensvorschriften hielten. Ihre Zahl war sogar in ständigem Wachsen begriffen. Daher häuften sich, auch unter den Vertretern des sogenannten religiösen Liberalismus, Klagen über die „Wüste des Indifferentismus, in der alle jüdische Religiosität verwelke“¹¹⁷. Solange noch alle Kräfte auf die Erringung der vollen Emanzipation konzentriert werden mußten, gab es ein allen Juden gemeinsames Interesse. Der Kampf um die uneingeschränkte Gleichberechtigung bildete gleichsam das einigende Band. Als diese aber zumindest auf dem Papier erreicht und durch Staatsgesetz verbrieft war, erfaßte der allgemeine Säkularisierungsprozeß auch erhebliche Teile der jüdischen Bevölkerung.

Die Orthodoxen sahen, wie seit je, ihre jüdische Lebensaufgabe im „unbedingten treuen Festhalten an den ewig heiligen Traditionen des Judentums“, in „Verbreitung und Förderung der Thora“. Diesen Grundsätzen jüdischer Weltanschauung fügte die Neo-Orthodoxie nunmehr noch eine Komponente hinzu, indem sie die „Förderung von Thora *und Wissenschaft*“¹¹⁸ forderte, soweit die Wissenschaft den verpflichtenden Gesetzescharakter der Thora nicht beeinträchtigte. Was aber hielt den sich nicht mehr an die Thora gebunden fühlenden Teil der deutschen Juden an seinem Judentum?

Statt von Förderung der Thora sprachen so gemäßigte Neuerer wie etwa Michael Sachs und Leopold Zunz vom Festhalten am „*geschichtlichen* Boden des Judentums“¹¹⁹. Auch Ludwig Philippson wußte inhaltlich nichts Positiveres als „das allgemeine unveränderliche Recht und die Entwicklung“¹²⁰ aufzuzeigen, womit er Hinweise auf allgemeine humanitäre Inhalte der Religion verband. In ähnlicher Weise drückte sich der Redakteur der „Jüdischen Volkszeitung“ aus, wenn er über den „Halt im Geiste“ schrieb, dann aber auch doch die „lebendige Quelle jüdischen Bewußtseins“¹²¹ anführte, die es zu pflegen gelte. Im Grunde war man nicht sehr viel weitergekommen, und wenn man, wie der erwähnte Isidor Kaim, Judentum einfach der „Gewissensfreiheit“ gleichsetzte¹²², war damit eigentlich kaum mehr gesagt, als was Johann Jacoby bereits in den dreißiger Jahren über das „von Rabbinersatzungen gereinigte Judentum“ als Vorhut des „Deismus“ gegen den „überhandnehmenden Gefühlsschwindel des Christentums“¹²³ geschrieben hatte.

¹¹⁶ *Auerbach*, Waldfried III, S. 85. Hervorhebung von mir.

¹¹⁷ JVZ 1872, S. 2.

¹¹⁸ JPR 1870, S. 1. Hervorhebung von mir.

¹¹⁹ Diese Formulierung entstammt dem Aufrufe eines Komitees der Berliner Gemeinde vom Jahre 1848, der u. a. von den beiden Genannten unterschrieben ist. In: *Orient* 1848, S. 329 f.

¹²⁰ AZJ 1863, S. 769.

¹²¹ JVZ 1872, S. 2.

¹²² *Kaim*, S. 88.

¹²³ Brief v. 10. 7. 1832, in: *E. Bernstein*, Aufgaben, Anhang, S. 51 f.

Viele Juden fühlten schmerzlich, daß ihr Judentum inhaltlos geworden war. Doch den entscheidenden Schritt zur Taufe lehnten sie ebenfalls ab, da sie verstandesmäßig die „Mutterreligion als höher, wertvoller und bedeutender . . . denn die Tochter“ ansahen, und so verharren sie, wie der jüdische Politiker Emil Lehmann aus Dresden es ausdrückte, „auf dem konfessionslosen Boden“. Ihre Kinder saßen „mitten zwischen zwei Stühlen“, ohne die Werte des Judentums, aber auch ohne jeden anderen Inhalt¹²⁴.

Lehmann zeichnete zwar ein realistisches Bild von der „verwaisten und verlassen“ Generation, aber als Ausweg aus dieser Situation hatte er lediglich einen reinen Monotheismus anzubieten, dessen einziger Grundsatz „der *eine* Vater aller, die *eine* Liebe zu allen, ohne Ausschließung Andersgläubiger“ sei¹²⁵. Und da ihm selber diese Antwort anscheinend zu wenig konkret erschien, griff er auf die Begriffe *Pietät* und *Mission* zurück, die in gewisser Hinsicht charakteristisch für die Entwicklung des religiösen Denkens im 19. Jahrhundert waren. Salomo Ludwig Steinheim hatte ihnen bereits in den dreißiger Jahren einen zentralen Platz im Gedankenbau seiner jüdischen Theologie eingeräumt, aber erst in den siebziger Jahren wurden sie sozusagen zu Kennworten des liberalisierten deutschen Judentums. Über die *Pietät* schrieb Lehmann: „Als Glied in der großen Kette, die hinabreicht vom Anbeginn der Geschichte und aufwärts führt von Geschlecht zu Geschlecht, liegt dem Menschen die Doppelpflicht der *Pietät* gegen den Vater, der Fortbildung des Sohnes ob. Zu allen Zeiten waren diese beiden Grundsätze, auf denen alles Leben, aller geschichtlicher Zusammenhang, auf denen unsere messianische Hoffnung der fort und fort sich vervollkommnenden Menschheit beruht, den Juden heilig.“¹²⁶ Die „messianische Hoffnung“, für deren Verwirklichung die „*Pietät*“ den Rest des Judentums zu bewahren hat, ist allerdings nichts mehr, als die Hoffnung auf Integration der Juden in der „sich vervollkommnenden Menschheit“. Lehmann sah es zugleich als Mission des Judentums an, „zum zweiten Male *Lehrmeisterin* der Völker (zu) werden, sie zu erfüllen mit einer *Gotteserkenntnis*, welche höchste Geistesbildung, . . . Sitteneinfachheit und Reinheit erzielt“¹²⁷.

Zwar war er nicht der einzige, der zu jener Zeit dem Judentum eine Missionsaufgabe unter den Völkern geben wollte, doch faßte man den Inhalt der Mission verschieden auf. So sprach z. B. Berthold Auerbach von einer geradezu *politischen* Sendung des Judentums, wenn er meinte, daß „darin die Mission läge, Staatsleben und Nationalität im höheren Sinne nicht auf die Blutabstammung, sondern in den Geist zu setzen“¹²⁸. Diese Auslegung der Missionsidee war auf den vollen Anschluß der Juden an die deutsche Kulturnation ausgerichtet. Denn nach Auerbachs Definition bestand die spezifisch-jüdische

¹²⁴ Emil Lehmann, Vorwärts, in: Ges. Schr., S. 67.

¹²⁵ AaO, S. 71.

¹²⁶ AaO, S. 66.

¹²⁷ AaO, S. 71.

¹²⁸ Brief an Jakob Auerbach v. 15. 10. 1869, in: Kobler, Juden in Briefen, S. 268.

Aufgabe ja gerade darin, gegenüber der naturalistischen Auffassung der Nation, die in Deutschland zur Zeit der Einigungsbewegung an Einfluß gewann, die *geistige* Nation zu propagieren, der die Juden sich eben in Erfüllung ihrer Mission amalgamieren würden. Soweit sich die Missionsidee im orthodoxen Lager äußerte, tat sie das in traditionsgebundenen Vorstellungsformen. So betonte der „Israelit“ den Weltfrieden als Inhalt der jüdischen Sendung¹²⁹. In säkularisierter Form wurde das später zum Glaubensbekenntnis vieler jüdischer Sozialisten. Eduard Bernstein bezeichnete ausdrücklich den Weltfrieden und die soziale Freiheit als die „völkerpolitische Mission“ der Juden¹³⁰. Allerdings formulierte er diese These erst in den Jahren des ersten Weltkrieges, während andere bereits zur Zeit der deutschen Einigungsbewegung den Juden Deutschlands eine politische und soziale Mission zusprachen. Isidor Kaim identifizierte um das Jahr 1868 den jüdischen Auftrag völlig mit dem politischen Programm der Liberalen und forderte die Juden auf, zu Vorkämpfern der Freiheit, des Fortschritts und der Gewissensfreiheit zu werden¹³¹. Noch weiter gehend stellte im Jahre 1871 der Verfasser der Schrift „Das Judentum und seine Aufgaben im neuen Deutschen Reich“ fest, daß zur Mission der Juden in Deutschland die *Lösung der sozialen Frage* gehöre¹³².

Ludwig Philippson wiederum ergänzte seine humanitär-evolutionäre Missionsidee durch eine Zusammenstellung von praktischen Aufgaben, die seiner Meinung nach das Judentum inhaltlich stärken würden. Er forderte die Entwicklung der synagogalen Institutionen, die Vertiefung des jüdischen Unterrichts, die Förderung der Bildung und des Glaubens, die Verbesserung der sozialen Einrichtungen und insbesondere die Intensivierung der Abwehrbestrebungen zum Schutze des einzelnen Juden wie zur Verteidigung des Judentums als Ganzem gegen alle Angriffe¹³³.

Gerade die beiden letzten Programmpunkte Philippsons, *Wohltätigkeit* und *Abwehr*, wurden, zusammen mit der Missionsidee, zu den vornehmlichen Forderungen pietätvollen Judeseins für die große Mehrheit der „deutschen Bürger jüdischen Glaubens“. Nicht nur die Kreise des Reformjudentums, auch die Neo-Orthodoxen legten einen betont apologetischen Eifer an den Tag. Schon das erste Blatt des „Israelit“ vom Jahre 1860 enthielt eine apologetische Stellungnahme zu der Emanzipationsdebatte im preußischen Herrenhaus (wenn auch nur vom begrenzten Gruppengesichtspunkt der Orthodoxie aus)¹³⁴. Von 1867 ab nahm diese Neigung der Zeitung zu und fand ihren Ausdruck besonders in Angriffen auf die konservative Kreuzzeitung¹³⁵. Für die apologetische Haltung der nichtorthodoxen Wortführer, wie z. B. Philipp-

¹²⁹ Israelit 1870, S. 934.

¹³⁰ E. Bernstein, Juden im Weltkrieg, S. 10 f. und 49 ff.

¹³¹ Kaim, S. 88 f. ¹³² S. dort, S. 11.

¹³³ In einer Reihe von Aufsätzen, die unter dem Titel „Der jüdische Separatismus“ im Jahre 1866 in der AZJ erschienen. Vgl. besonders AZJ 1866, S. 659 ff.

¹³⁴ Israelit 1860, S. 7. ¹³⁵ Z. B. aaO 1867, S. 219 ff.

son und seine Verteidigung der Rolle des Judentums gegenüber der Umwelt, sind bereits viele Beispiele angeführt worden.

Jedoch fühlten die meisten der in Deutschland politisch tätigen Juden erst seit dem Jahre 1878 mit der beginnenden antisemitischen Bewegung die Notwendigkeit zu einer betonten Abwehrhaltung. Damals ergriffen selbst Männer, die sich bisher jüdischen Angelegenheiten gänzlich ferngehalten hatten, wie H. B. Oppenheim, Levin Goldschmidt und Ludwig Bamberger, das Wort zur Verteidigung des Judentums. Neben begeisterten Exponenten einer deutsch-jüdischen Synthese traten nun auch jüdische Sozialisten wie Moses Oppenheimer, Adolf Hepner und der Zigarrenarbeiter Stahl gegen Verunglimpfungen des Judentums auf.

Sogar Eduard Lasker, der sich im allgemeinen aus dieser Verteidiger-Front herausgehalten hatte¹³⁶, sprach wenige Tage vor seinem Tode von einer gleichsam „nationalen Mission“ der Juden: „Als die Gottheit Israel auswählte, um der Lehrer und Führer der Nationen zu sein, sollte . . . ein großer Teil der Pflicht in der Ausübung des Wohltätigkeitssinnes und der tatkräftigen Bruderliebe . . . bestehen.“¹³⁷ Seiner Auffassung nach bestand daher die konkrete Mission Israels vor allem in der beispielhaften Ausübung von Wohltätigkeit und Brüderlichkeit unter und in den Nationen.

In der Betonung der Wohltätigkeit als einer besonderen Aufgabe stimmten die jüdischen Zeitungen¹³⁸ mit Lasker überein. Es bedarf hier keiner ausdrücklichen Hinweise darauf, daß sie zu einem der Hauptmerkmale jüdischer öffentlicher Betätigung in Deutschland wurde. Wenn allerdings Lasker die jüdische Mission auf die Wohltätigkeit allein abstellte, so unterstreicht das nur seine unklaren Vorstellungen vom Wesen seines Judeseins und der Aufgabe des Judentums überhaupt. Derart vage Begriffe, auf die sie die Pflichten ihres Judeseins reduzierten, charakterisierten aber sehr viele Juden Deutschlands, nachdem ihr Judentum, aller hergebrachten Inhalte entblößt, nur noch auf Pietät, Wohltätigkeit und Apologetik beruhte und lediglich durch den Gedanken der jüdischen Mission auf theologischem, humanitärem oder allgemein-politischem Gebiet eine zusätzliche ideologische Verbrämung erhielt.

Die Unsicherheit und Dürftigkeit, die sich in der Definierung der jüdischen Wesensinhalte bemerkbar machte, kennzeichnete keineswegs nur die Verkümmerng der geistigen Fundamente. Die gesamte Zukunft des jüdisch-deutschen Zusammenlebens, der Stellung und Wirkungsmöglichkeit der Juden innerhalb des deutschen Staatsverbandes, hing von der Antwort auf die Frage ab, was denn eigentlich das besondere Wesen des Judentums sei. Die Juden in ihrer überwältigenden Mehrheit hatten den besten Willen Deutsche zu sein, konnten aber für den ihnen verbliebenen Rest von Judentum keinen Inhalt finden, der einer Amalgamierung ans Deutschtum nicht im Wege stand¹³⁹.

¹³⁶ *Lasker*, Biographie, S. 31 f.

¹³⁷ AaO, S. 11 f.

¹³⁸ Z. B. ISWOS 1877, S. 122; AZJ 1863, S. 785 u. v. a.

¹³⁹ Auch Hermann Cohens „Bekanntnis in der Judenfrage“ löste das Problem nicht.

Dabei mehrten sich von deutscher Seite die Versuche, den Juden eben wegen dieses Restbestandes an Jüdischem das Recht auf die Amalgamierung abzusprechen. Auf diese Weise entstand die eigenartige Situation, daß viele Juden sozusagen mit einem „gespaltenen Kollektiv-Bewußtsein“ reagierten, wie es sich etwa in dem späteren Versuche von Eduard Bernstein kundtat, der für die Juden drei Arten von Loyalität festgestellt haben wollte, die einander nicht ausschließen, sondern vielmehr ergänzen sollten: Landespatriotismus, Stammespatriotismus und weltbürgerlichen Patriotismus¹⁴⁰. Er glaubte, daß gerade das Judentum die Synthese zwischen ihnen allen gefunden habe. Doch überzeugte seine Auffassung die Deutschen nicht, die in jeder doppelten (und um so mehr in einer dreifachen) Loyalität Verrat sahen.

Die ersten Anzeichen dieser Bewußtseinspaltung hatten sich bereits am Beginn des jüdisch-deutschen Zusammenlebens bemerkbar gemacht. Als Beispiel dafür diene eine Rede des badischen Abgeordneten Dr. Rudolf Kusel aus dem Jahre 1862 zur Frage der Emanzipation in seinem Heimatlande. Einleitend sagte er: Die wenigen Worte, die er bemerken wolle, spreche er „nicht als Jude, sondern seiner beschworenen Pflicht nach als Abgeordneter.“¹⁴¹ Hier zeigt sich schon das seelische Dilemma, in dem sich der Jude und der Abgeordnete befand. Daß es sich dabei um keine zufällige Redewendung handelt, sondern um den Ausdruck einer für jüdische Parlamentarier damals anscheinend typischen Verhaltensweise, läßt auch eine Rede des bayrischen Abgeordneten Dr. David Morgenstern erkennen, die er im Jahre 1855 zur Frage des passiven Wahlrechts der Juden zum Bayrischen Landtag hielt. Da mit der etwaigen Abschaffung der jüdischen Wahlberechtigung auch Morgensterns Karriere als Abgeordneter beendet gewesen wäre, verglich er seine Lage mit der eines kranken Offiziers in der Kaserne, welcher wochenlang mit anhören muß, wie die Militärkapelle den Trauermarsch für seine Beerdigung einübt. Der tragikomische Schluß der Parabel lautete: „Wenn ich noch meine eigene Leichenrede dabei halte, so wäre das noch nicht das Ärgste, aber trotz des Gefühls meiner Lebensfähigkeit . . . begraben zu werden, – diese Lage ist gewiß keine beneidenswerte.“¹⁴²

Das Auseinanderfallen des Bewußtseins von der Rolle als Jude und der eines parlamentarischen Vertreters der deutschen Wähler ist damals auch für andere Politiker nachweisbar. Es läßt sich bei dem Täufling Eduard Simson, bei Moritz Veit, bei Raphael Kosch und Eduard Lasker, und in ganz eigenartiger Form bei Ludwig Bamberger feststellen. Als Eduard Simson im Preussischen Landtag das Recht der Juden auf Beteiligung an den Provinziallandtagen verteidigte, hielt er es für nötig, seine befürwortende Stellungnahme damit zu interpretieren, daß er allerdings „die Rechte der Juden vertreten“, nicht aber „das Judentum konservieren“ wolle¹⁴³. Diese Worte illustrieren die

¹⁴⁰ E. Bernstein, Juden im Weltkrieg, S. 40 f. und 47.

¹⁴¹ In: AZJ 1862, S. 269.

¹⁴² AaO 1855, S. 64.

¹⁴³ AaO 1859, S. 244.

besondere Problematik des Getauften, der für sich selbst zwar bereits den entscheidenden Schritt aus der jüdischen Gemeinschaft heraus getan hat, sich aber immer noch an das jüdische Gruppeninteresse gebunden fühlt. Folgerichtig betonte Simson in derselben Rede, daß der Judenhaß es gerade den „höher gesinnten Naturen“ gegenwärtig unmöglich mache, ihr Judentum zu verlassen, daß also diese Feindseligkeit den Auflösungsprozeß aufhalte, der ihm persönlich als notwendig erscheine.

Moritz Veit, der im Jahre 1860 das Recht der Juden auf jede Art Regierungsstellung verteidigte, gab gleichzeitig zu, daß es ihm dabei eigentlich lediglich um das *Prinzip* zu tun sei. Daher steht seiner Versicherung, „daß die Juden allerdings zu stolz sein werden, sich in solche Stellen hinein zu drängen“, dann die Feststellung gegenüber: „Ich glaube aber auch, daß es der Stolz des Mannes erfordert, das Recht . . . zu verteidigen und es nicht aufzugeben.“¹⁴⁴ In ähnlicher Form offenbarte sich das Spannungsverhältnis zwischen dem Deutschen und dem Jüdischen bei Raphael Kosch, wenn er sich mit dem Doppelausdruck „Volksvertreter und Jude“¹⁴⁵ bezeichnete. Veit und Kosch gehörten noch der ersten Generation der in die deutsch-politische Arena Eintretenen an, für die der Kampf um die Freiheit und Gleichheit der Juden mit den gleichen Kampfzielen in Deutschland überhaupt zusammenfiel. Wenn sich nun sogar in ihrer Begriffswelt die Kluft zwischen dem „Volksvertreter und Juden“ so deutlich auftat, ist verständlich, daß die Politiker einer späteren Generation, wie Kusel, Lasker und Bamberger, den Zwiespalt noch schärfer empfinden mußten.

Ähnlich Kusel, der im Badischen Landtag ausschließlich als Abgeordneter und jedenfalls nicht als Jude wirken wollte, bemühten sich auch Bamberger und Lasker, nicht als Juden auf die Fragen, die bei den Parlamentsverhandlungen berührt wurden, zu reagieren. Eduard Lasker sah sich daher veranlaßt, eine besondere Erklärung abzugeben, als er sich an der Verhandlung des Jahres 1868 über den Emanzipationsparagrafen mit einer kurzen Bemerkung beteiligte. Er führte dabei aus, daß er sich *diesmal* ausnahmsweise durch eine bestimmte antisemitische Bemerkung zu einer Zurückweisung genötigt finde, obwohl er sich sonst grundsätzlich bei „solchen Anträgen, die so nahe mich und meine Glaubensgenossen angehen“, nicht zum Worte melde, „weil ich meine, es könnte scheinen, als ob ich gleichzeitig für meine Person spräche“¹⁴⁶. Wenn es bis 1849 für Riesser und Johann Jacoby, für Veit und Kosch noch selbstverständlich gewesen war, die jüdischen Belange auch als deutsche Abgeordnete zu vertreten, da sie die höchsten deutschen und jüdischen Interessen als identisch betrachteten, war diese Vorstellung zu Anfang der sechziger Jahre bereits ins Wanken geraten, um dann bei Kusel, Lasker und Bamberger zu einer tiefgehenden Spaltung zwischen der privaten jüdischen

¹⁴⁴ Die bürgerl. Gleichstellung d. Juden, 1860, S. 122.

¹⁴⁵ AZJ 1869, S. 31.

¹⁴⁶ IDR 1898, S. 201.

und der öffentlichen deutschen Sphäre zu führen. Sie litten unter den Folgen der Entkleidung ihres Judeseins von allen positiven Inhalten, um so mehr als ihr Glaube an die Gemeinsamkeit jüdischer und deutscher Interessen durch das Erstarken der deutschvölkischen Ideologie, die ja bald auch noch eine rassenmäßige Färbung erhielt, aufs schwerste erschüttert wurde¹⁴⁷.

In eigenartigster Weise ist die große innere Unsicherheit, die man sich nicht offen einzugestehen wagte, in den Tagebüchern Ludwig Bambergers nachweisbar. Bamberger, der sein Judesein im Verlauf seiner politischen Karriere öffentlich kaum bekannte, verzeichnete dafür um so gewissenhafter in seinem Tagebuch Eindrücke und Ereignisse, die ihm „typisch deutsch“ oder „typisch jüdisch“ schienen. Als „typisch deutsch“ beschrieb er etwa ein Abendbrot, das er am Tische zweier befreundeter nichtjüdischer Politiker zusammen mit H. B. Oppenheim eingenommen hatte, und schloß die Schilderung mit den Worten: „Weinbegeisterung der zwei Ersteren. Unserem unverständlich, echt germanisch.“¹⁴⁸

Daneben zeigte er sich gegenüber wahrgenommenen oder eingeredeten jüdischen Eigenschaften ungewöhnlich empfindlich und trug sie in seinem Tagebuch zusammen. Als er einmal bei einem Mitreisenden in der Eisenbahn auffallende Kleidung, aufdringliches Benehmen und unangenehmen Börsenjargon feststellte, drängte es ihn, der Tagebuchnotiz ausdrücklich hinzuzufügen: „Es war aber kein Jude.“¹⁴⁹ Als „jüdische“ Eigenschaften galten bei ihm solche, mit denen man unangenehm auffallen mußte, wie Vordringlichkeit und Taktlosigkeit, Habgier¹⁵⁰, Frechheit¹⁵¹, Eitelkeit und Ehrhascherei, „geistige Parvenüschaft“ und Servilität¹⁵². Um nur ein Beispiel für seine Manie der Suche nach derlei „jüdischen“ Eigenschaften zu geben, sei hier auf eine Episode während seiner Einquartierung im Kriege von 1870 in Bad Homburg hingewiesen. Nachdem er sich seiner Hausherrin, einer jüdischen Witwe, ebenfalls als Jude vorgestellt hatte, wurde er besonders gut behandelt und erhielt auch „Schalet mit Dörrobst“. Als das Hauptquartier weiterzog, und Bamberger sich von der Witwe verabschiedete, fragte er sie, was er ihr schulde. Und nun steht wörtlich im Tagebuch: „nimmt auch schließlich Geld für ihre Aufwartung, was andre wohl nicht getan, da sie vermögend ist. Ecco Ebreo“¹⁵³.

Wenn er einmal über den getauften Dr. August Metz aus Darmstadt in sein Tagebuch schreibt, er sei „ein Drittel Darmstädter, ein Drittel Rheinländer, ein Drittel Jude“¹⁵⁴, kann diese Teilung auch als typisch für Bambergers

¹⁴⁷ Bei Lasker findet sich vielleicht eine Andeutung davon in dem Wort „Mission der Nation“, das er in seiner letzten Rede auf die Juden anwandte. *Lasker*, Biographie, S. 12.

¹⁴⁸ *L. Bamberger*, Tagebücher, S. 91.

¹⁴⁹ AaO, S. 98.

¹⁵⁰ AaO, S. 186.

¹⁵¹ AaO, S. 196 f.

¹⁵² Das warf er besonders B. Auerbach vor, aaO, S. 99 f.

¹⁵³ AaO, S. 155.

¹⁵⁴ AaO, S. 97.

eigene Gefühlsspaltung gelten, da auch in ihm weder die deutsche mit der jüdischen Orientierung, noch die öffentliche mit der privaten Lebensäußerung in Einklang waren. Wenn er als Volksvertreter sprach, war er wie Kusel bemüht, *nicht* als Jude zu erscheinen; wenn er aber an seinem Tagebuch schrieb, konnte er seine öffentliche Persönlichkeit nur schwer von seinem privaten Sein und seiner Position als Jude trennen.

Innerlich empfand er durchaus die tiefe Kluft zwischen „Unsereinem“ und „echt germanisch“¹⁵⁵, unterdrückte aber alle Vorbehalte in seiner öffentlichen Argumentation, in der er die Möglichkeit der Amalgamierung zwischen „Deutschtum und Judentum“¹⁵⁶, gerade aus der „starken Individualität“ der Juden und der ihnen eigenen „wundersamen Fähigkeit der Assimilation“¹⁵⁷, ableiten zu können glaubte. Solange die jüdisch-(national)liberale Weggemeinschaft bestand, nahm Bamberger, mit den anderen jüdischen Politikern, tätigsten Anteil am öffentlichen Leben und suchte sich gegen Kränkungen möglichst unempfindlich zu machen, wie in dem Falle, wo er sich beim Anhören antisemitischer Bemerkungen damit tröstete, daß keine „Absicht auf mich im Spiele war“¹⁵⁸. Aber gegen Ende seiner politischen Laufbahn erfaßte ihn solcher Ekel vor dieser Zwiespältigkeit, daß er erklärte: „Nun ist es mir zu widerwärtig geworden. Und gerade der Antisemitismus treibt mich mit fort. . . Meine schwache Konstitution deckt ja alles. Wäre es eine Lust, dabei zu sein, ich könnte noch ganz gut meinen Mann stehen.“¹⁵⁹

So beendete Bamberger, den der Historiker Mommsen „den deutschesten Mann“¹⁶⁰, Bismarck aber ein „sujet mixte“¹⁶¹ genannt hatte, seinen langen Weg öffentlicher Betätigung schließlich in der Resignation eines alten Juden, der bezweifelt, ob der „in die dunkle Öffentlichkeit Hinausrufende“ überhaupt noch „mit anderen zusammenhängt“¹⁶², da ja die „echt germanische“¹⁶³ politische Luft für „unser einen, besonders in Deutschland“¹⁶⁴ die völlige Isolierung bedeute.

Wenn auch Bamberger in seiner politischen Laufbahn alles vermied, was seine Charakterisierung als „der deutscheste Mann“ hätte in Frage stellen können, so war er doch in seinem Innersten – ähnlich wie A. Metz, der von ihm als wesensgespalten bespöttelt worden war¹⁶⁵, und wie sehr viele Juden

¹⁵⁵ AaO, S. 91.

¹⁵⁶ Titel seiner apologetischen Schrift gegen H. v. Treitschke.

¹⁵⁷ *L. Bamberger*, Deutschtum, S. 1.

¹⁵⁸ *L. Bamberger*, Tagebücher, S. 270.

¹⁵⁹ Brief an Otto Hartwig, in: AZJ 1900, S. 379.

¹⁶⁰ IDR 1899, S. 204.

¹⁶¹ AaO, S. 206. Allerdings dachte Bismarck wohl mehr an die französischen als an die jüdischen Einflüsse auf Bambergers Charakter.

¹⁶² Vgl. Bambergers Brief an Maximilian Harden, BUAK/Nachlaß Harden, s. Anhang B 12.

¹⁶³ *L. Bamberger*, Tagebücher, S. 91.

¹⁶⁴ S. Brief Anhang B 12.

¹⁶⁵ *L. Bamberger*, Tagebücher, S. 97.

Deutschlands – tatsächlich ein „sujet mixte“, das seine besondere Wesensart einer unduldsamen Umgebung verbarg, weil sein verkümmertes jüdisches Selbstbewußtsein ihm keinen anderen Ausweg aus dem Dilemma wies.

Im nationalen Bewußtsein der meisten Deutschen und in den deutschen politischen Theorien war kein Raum für sujets mixtes, und im Herzen einer überwiegenden Zahl deutscher Juden kein Raum und keine Vitalität mehr für positiv jüdische Empfindungen. Demnach hatten sich beide Pfeiler der erstrebten jüdisch-deutschen Weggemeinschaft als nicht tragfähig genug erwiesen, um als Fundamente einer echten *Lebensgemeinschaft* zu dienen.

Wenn sich also die Generation von Berthold Auerbach und Levin Goldschmidt damit tröstete, daß ihre Leiden als Juden in Deutschland einstmals Früchte tragen würden¹⁶⁶, ihre Söhne infolgedessen „ohne Bedrückung frei aufwachsen“ könnten, um als Deutsche endlich völlig *frei*¹⁶⁷ zu sein, so konnte sich diese Hoffnung nicht erfüllen. Obwohl die jüdisch-deutsche Weggemeinschaft durch die Übereinstimmung der nationalliberalen Ideologien des deutschen Bürgertums und der Ideen der „deutschen Bürger jüdischen Glaubens“ zur Zeit der Reichsgründung für Generationen gefestigt schien, wurde sie alsbald schweren Belastungen ausgesetzt. Die Umformung der wirtschaftlichen und politischen Struktur des neuen Deutschen Reiches führte zu einer tiefgehenden Krise, in deren Verlauf die Judenfeindschaft erneut aufflammte. Diesen antisemitischen Ausbrüchen, die seit 1878 stetig an Schärfe gewannen, standen die Juden Deutschlands gänzlich unvorbereitet gegenüber, und daher wurden sie von ihnen um so empfindlicher getroffen.

3. DIE OPPOSITION

a) Doktrinäre und Resignierte

Die Krise hatten – wenn auch unter ganz anderen Voraussetzungen – die Gruppen der linken Opposition seit der Konfliktzeit vorausgesagt. Für die alten Achtundvierziger, wie Ludwig Walesrode und Anton Rée, waren die französischen Staatstheorien des ausgehenden 18. Jahrhunderts die allein gültigen Doktrinen. Ihre bitteren Erfahrungen während der Revolution von 1848 und in den Reaktionsjahren danach hatten sie davon überzeugt, daß es eine „bodenlose Dummheit“ sei, an „die Freiheit von selbst“ oder von Gnaden „der preußischen Feudalpartei“ zu glauben¹. Ihnen konnte auch der liberale „Fortschritt“ des Jahres 1861 nur für kurze Zeit als politische Platt-

¹⁶⁶ Goldschmidt, Lebensbild, S. 216 f.

¹⁶⁷ Auerbach, Waldfried III, S. 84.

¹ So der nichtjüdische Radikale Ludwig Simon in einem Brief an G. F. Kolb v. 22. 10. 1870. BUAFF/Nachlaß Kolb, Mappe R–T.

form genügen, da die Partei dem allgemeinen Wahlrecht kritisch gegenüberstand, in dem allein die Radikalen die Garantie für Recht und Gleichheit und den vollkommenen Ausdruck der Volkssouveränität sahen. Ihre Kritik stützte sich auch darauf, daß der rechte Flügel des preußischen „Fortschritts“ während der Konfliktzeit der Exekutive nicht energisch genug Opposition geleistet hatte, so daß sich die Regierung über die ohne Nachdruck vorgebrachten liberalen Wünsche des Bürgertums einfach hinwegsetzte. Die Linksradikalen sahen voraus, daß Bismarck sich nicht an eine feste Mehrheitsgruppe binden würde, um nicht gezwungen zu sein, ein verantwortliches parlamentarisches Regierungssystem zu entwickeln², das zur Beschränkung seines persönlichen Regimes hätte führen müssen.

Gegenüber dem rechten Flügel der Fortschrittspartei, der sich im Jahre 1866 durch seine Zustimmung zum Indemnitätsantrag mit der Bismarckschen Politik wenigstens teilweise aussöhnte, blieben die linken Gruppen der Partei in „unversöhnlicher Opposition“³ zu Bismarcks antiparlamentarischer Regierungsform. Ihr deklariertes Ziel war, „Deutschland in Zukunft vor einer preußischen Militär- und Junkerherrschaft“⁴ zu bewahren und dem „verderblichen Macht- und Nationalitätenschwindel Schranken zu setzen“⁵. Sie lehnten den kompromißlerischen Indemnitätsantrag ab, bestanden auf freiheitlicher Rechtsgrundlage ohne Abstriche und wollten daher selbst „das einige Deutschland, die erfüllte Sehnsucht einer ganzen Nation . . . aus Bismarcks Händen nicht annehmen“, weil es nicht zugleich ein freies war⁶.

Dachten schon die norddeutschen Radikalen so unnachgiebig, verstand es sich beinahe von selbst, daß die Süddeutschen noch weniger für die „Energie, Machtentfaltung und politische Geschicklichkeit Preußens“ zu begeistern waren⁷. Man sah voraus, daß „das Recht der Freiheit“ dort noch einen „schweren Kampf“ führen müsse⁸, bevor es sich voll durchgesetzt haben würde. In dem „von Bismarck meisterhaft ausgesonnenen Plan der preußischen Militärdiktatur“⁹ konnten viele Liberale nur eine Gefahr für die Zukunft Preußens und Deutschlands erblicken.

In Frankfurt bewahrte man bitterste Erinnerung an den Neutralitätsbruch Preußens im Kriege von 1866, der zur Besetzung der Stadt durch das preußische Militär geführt hatte. Der Frankfurter Zeitungsverleger Leopold Sonnemann wurde durch dieses Ereignis so stark beeinflusst, daß er während

² Lasker nach dem Zusammenbruch der jüdisch-nationalliberalen Weggemeinschaft. In: *Lasker*, Nachlaß, Parlamentarische Geschichte, S. 86.

³ AaO, S. 43.

⁴ Brief Johann Jacobys an H. Hohenemser v. 5. 2. 1867. HNB/J/Jacoby IV.

⁵ AaO, an Professor G. Vogt v. 12. 9. 1868.

⁶ So *Falkson* (über Jacoby), S. 62 f. Falkson selbst ging zum Nationalliberalismus über.

⁷ *Goldschmidt*, Lebensbild, S. 289.

⁸ *L. Bamberger*, Ges. Schr. III, S. 313.

⁹ *Goldschmidt*, Lebensbild, S. 296.

seiner ganzen ferneren politischen Tätigkeit Preußen und Bismarck die Gefolgschaft versagte. Denn, so schrieb seine „Frankfurter Zeitung“, „ein Staat, dessen Wesen eine Eroberung, wie die Frankfurts, möglich erscheinen ließ“, könnte sich „nun und nimmer zu einem freiheitlichen nationalen Rechtsstaat umgestalten“¹⁰. Sonnemanns politische Organisation, die in Süddeutschland recht angesehene Volkspartei, war allerdings im Rahmen des Deutschen Reiches von geringem Einfluß, und auch sein Versuch der Schaffung eines allgemeinen nichtsozialistischen Arbeitervereins war wenig erfolgreich.

Für Sonnemann war die Gründung einer Arbeiterorganisation nicht nur ein politischer Schachzug, um den Einfluß des von Lassalle gegründeten Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins einzuschränken. Die Radikalen wollten aus ihrem sozialen Bewußtsein heraus zur Linderung der Not der arbeitenden Schichten beitragen, ohne sich sozialistischen Doktrinen zu verpflichten. Einen größeren Erfolg als Sonnemann erzielte in dieser Richtung Dr. Max Hirsch, ein norddeutscher Fortschrittler. Die von ihm im Jahre 1868 begründeten „Hirsch-Duncker'schen Gewerkvereine“¹¹ sammelten während der ersten zehn Jahre ihres Bestehens ungefähr 20 000 Mitglieder um sich. Und wenn sie auch später von den sozialistischen Gewerkschaften überflügelt wurden, bestanden sie doch bis zum Jahre 1933 fort.

Ausgeprägter als bei Hirsch und Sonnemann wirkte das soziale Gewissen bei Johann Jacoby als politisches Aktionsmotiv und führte ihn schließlich ins Lager des marxistischen Sozialismus. In einiger Naivität hatte er zunächst geglaubt, er könne „ebenso gut der Volkspartei“ wie der Sozialdemokratischen Partei angehören. „Denn beide Parteien haben . . . dieselben Grundsätze – das freie Menschentum“¹². Doch blieb ihm die Wahl zwischen den beiden nicht erspart. Während dann andere sich für die *bürgerliche* Opposition entschieden, wurde er Sozialdemokrat. Er fand seine politisch radikale Entscheidung dadurch erzwungen, daß das von Bismarck geschaffene Kaisertum Wilhelms I. in seinen Augen eine Union von „Thron, Altar und Geldmacht“ darstellte, ein gefährliches „Schutz- und Trutzbündnis“, um „den Forderungen der Freiheit und Gleichberechtigung Widerstand zu leisten“. Auf diese Weise würden „im Namen der Kirche, im Namen des Staates, im Namen der Gesellschaft“ die Völker „gefesselt und ausgebeutet“ und „zum Kampf untereinander“ gehetzt¹³.

¹⁰ Gesch. d. Frankf. Ztg., S. 175.

¹¹ Was die Gewerkvereine unter den Männern erwirken wollten, setzten sich dann auch die neu entstehenden Frauenvereine zum Ziel. Allerdings waren die nicht-sozialistischen Organisationen der Frauen politisch noch bedeutungsloser als die der Männer.

¹² Brief an Guido Weiss v. 2. 7. 1873, HNBJ/Nachlaß Jacoby IV. Weiss war linksdemokratischer Publizist, anscheinend Jude, wenn auch in keinem jüdischen Nachschlagewerk zu finden. Vgl. seine Briefe an Jacoby v. 8. 9. 1869, v. 29. 7. 1870 und v. 24. 11. 1873, aaO, Mappen IV, V.

¹³ Die drei Zauberformeln. Schriften I, S. 1 ff.

Ludwig Walesrode, der nicht zum Sozialismus übergang, sah in der deutschen Einigung durch Krieg vor allem die Ursache für die Verbreitung des „Byzantinertums“ in Deutschland. Er distanzierte sich im übrigen ausdrücklich von der Annexion Elsaß-Lothringens gegen den Willen der Bevölkerung¹⁴. Gleich ihm widersetzten sich Sonnemann¹⁵ und Jacoby der Annexion. Bereits bei den ersten Anzeichen annexionistischer Gedankengänge sah sich letzterer zu der folgenden scharfen Äußerung veranlaßt:

„Eroberungsrecht ist nur ein beschönigender Ausdruck für Länderraub. Was immer Bismarck und seine Mamelucken dem kriegsberauschten Volke vorschwatzen mögen, die Annexion von Elsaß und Lothringen wäre eine ebenso arge Gewalttat wie die von Schleswig-Holstein; nur in ihren Folgen noch ungleich verderblicher als diese.“¹⁶

Später sprach Jacoby in öffentlicher Rede diesen Gedanken noch deutlicher aus und wurde deshalb in Festungshaft genommen. Als Protest publizierten Königsberger Liberale eine Adresse gegen die Annexionspläne und gegen die Beschränkung der freien Meinungsäußerung, die in Berlin selbst von ungefähr 100 Demokraten unterschrieben wurde, darunter von zwanzig oder mehr Juden, die teilweise später zur SPD übergingen¹⁷.

Bald nach Beendigung des deutsch-französischen Krieges begannen die linksliberalen Kreise ihre Angriffe gegen den „absolutistischen Militärstaat“: „Überflüssig sei nunmehr die Wacht am Rhein.“ Jetzt habe man für Gesundung der wirtschaftlichen Verhältnisse durch eine „Wacht gegen Überflutung und Agiotagelust“ zu kämpfen; nunmehr hieß es, gegen die „unwiderrufliche Abdankung gesunder politischer Verhältnisse und verfassungsmäßiger Ansprüche zugunsten militärischer Prätionen“¹⁸ aufzutreten. Folgerichtig widersetzten sie sich daher auch der Preisgabe eines Kontrollrechts durch den Reichstag über den Militäretat. Der Verzicht auf das „Budgetrecht der ganzen Nation“ würde, so argumentierten sie, das Parlament „zu einer Art volkswirtschaftlichem Kongreß und Juristentag“ degradieren¹⁹.

In gleicher Weise wurden die Bismarckschen Kulturkampfgesetze Objekt radikaler Kritik. Jeder Radikale sei zwar, so betonten sie, „entschiedener Feind des Jesuitismus“ und des „Ultramontanismus“²⁰, dennoch aber überzeugt, „daß mit Sperrgesetzen und Polizeimaßregeln nichts erreicht werden

¹⁴ Brief aus der Karwoche 1871 an Frau Pinder, s. Anhang B 13.

¹⁵ Sonnemann, Reichstagsreden (Rede v. 3. 6. 1871), S. 21 ff.

¹⁶ Brief an Reitenbach v. 29. 8. 1870, HNBJ/Jacoby V. – Bamberger bedauerte es „als eine jener verhängnisvollen Polizeitorheiten . . . daß man den unschädlichen Johann Jacoby in Königsberg wegen seiner Rede über das Elsaß verhaftet hat“. Brief an v. Keudell v. 24. 9. 1870, in: Königsberger Beiträge, S. 320.

¹⁷ E. Bernstein, Geschichte I, S. 226.

¹⁸ Frankf. Ztg. zit. in: Gesch. d. Frankf. Ztg., S. 221, 235 und 237.

¹⁹ Sonnemann, Reichstagsreden, S. 41.

²⁰ Jacoby an Bamberger, Brief v. 20. 5. 1874. HNBJ/Jacoby V.

würde“²¹. Auch wo man die „vollständige Trennung von Staat und Kirche, sowie von Kirche und Schule“²² verwirklicht sehen wollte, lehnte man Ausnahmegesetze auch für solche verständlichen Zwecke ab. Denn man befürchtete, daß sich die Methode der Ausnahmegesetzgebung von einem Feld auf das andere ausbreiten würde, wie es ja dann auch, trotz des Widerstandes der Linksradiakalen, geschah. Sonnemann nahm die Einführung von despotischen Pressegesetzen im Jahre 1876 zum Anlaß, im Reichstag die Empfindungen der Opposition offen auszusprechen: „Der Kern der ganzen Angelegenheit ist: unsere Regierung fürchtet sich vor einer *parlamentarischen* Regierung, und deshalb will sie eben keine freie Presse.“²³ Man verlangte „eine konstitutionelle Regierung, keinen Kanzlerabsolutismus“ und postulierte, „daß das deutsche Volk frei sei und nicht wie eine besiegte Nation behandelt“²⁴ werden dürfe.

Die Linksliberalen lehnten daher unter diesen Gesichtspunkten auch die Sozialistengesetze prinzipiell ab, da nach ihrer Überzeugung *alle* Klassen „unter dem Gesetze schwer zu leiden haben“ würden. Die Polizei werde ihre Sonderbefugnisse auf „andere Gebiete auszudehnen“ suchen, „und gerade diese furchtbare Macht“²⁵ des Bismarckschen Obrigkeitsstaates hatte man doch von Anfang an eindämmen wollen. Tatsächlich wurden nichtsozialistische Parteiversammlungen ebenfalls von der Polizei aufgelöst und nichtsozialistische Redakteure und ihre Blätter in gleicher Weise wie die sozialistischen belästigt. Das von Sonnemann ausgesprochene „Gefühl der Beschämung“ darüber, „daß solche Zustände im Deutschen Reich heute noch möglich sind“²⁶, wird damals in der Tat in den jüdischen gebildeteren Schichten sehr verbreitet gewesen sein.

Was Sonnemann im Jahre 1880 in solche Worte faßte, hatten andere Radikale zwar schon zehn Jahre früher empfunden, aber nicht öffentlich auszudrücken gewagt. Im Jahre 1870 sagte Guido Weiss, der Redakteur der linksliberalen Zeitschrift „Zukunft“, in einem Privatbrief an Johann Jacoby sogar voraus, daß der rabiate Nationalismus und Militarismus schließlich zu antisemitischen Ausschreitungen führen würde: „Meinen Sie nicht, daß nach vollbrachten Schlachten ein bißchen Judenhatz das Ganze würdig krönen würde und gönnten wir's den Oppenheim', Bamberger usw. nicht eigentlich ganz im Stillen?“²⁷

Die jüdische Bevölkerung bewies allerdings keinen solchen Weitblick, sie fühlte sich aber durch Zurücksetzungen in steigendem Maße irritiert. Sehr berechtigt waren wohl die Warnungen vor einer barschen Behandlung der

²¹ Anton Réé nach Briefen, die bei *Feiner*, S. 106 erwähnt sind.

²² *Sonnemann*, Reichstagsreden, S. 47.

²³ AaO, S. 191. Hervorhebung von mir.

²⁴ Ullsteins „Berliner Zeitung“ am 29. 9. 1878. In: *Mendelssohn*, S. 76.

²⁵ *Sonnemann*, Reichstagsreden, S. 206.

²⁶ AaO, S. 261.

²⁷ Brief an Jacoby v. 29. 8. 1870, HNBJ/Jacoby V.

Juden im Elsaß²⁸, die bisher als „Franzosen“ vollberechtigt gewesen waren, jetzt aber als „deutsche Juden“ sich degradiert fühlen könnten²⁹, wobei eine Kränkung der Juden einen „abschreckenden Eindruck . . . auch auf die übrige Bevölkerung ausüben“ müßte³⁰.

Doch traten wahrscheinlich bei der Entscheidung vieler Juden aus den Kreisen des gebildeten Bürgertums für die radikale Opposition die jüdischen Motive in den Hintergrund, denn nur wenige waren so weitsichtig wie Guido Weiss. Zusammen mit den nichtjüdischen Linken bekämpften sie während der Zeit des Zusammenspiels zwischen Bismarck und den Nationalliberalen hauptsächlich den „leidigen Kompromiß-Schacher mit der Regierung“, in dem die freiheitlichen Ideale für einen Sitz am Tische der Herrschaft verkauft würden. Sie sahen „etwas Demütigendes, Beschämendes,“ in der „schönrednerischen Dialektik“, mit der die gewählten Volksvertreter „ihre eigene Ohnmacht dekretierten“³¹, sagten konsequent „Nein! zu allem, was das Prinzip nicht ganz und vollständig verwirklichte“³², und blieben in Opposition zu allem, was man in Deutschland widerstandslos als „aufgegebene Regierungsmuster“ webte³³.

Durch diese Kompromißlosigkeit verurteilten sich jedoch die Linksliberalen zu völliger politischer Unfruchtbarkeit und entwickelten sich weder zu einer einflußreichen Oppositionspartei, noch zu einer wirklichen Alternative für das persönliche Regime Bismarcks.

Aber ebenso wie sie nicht begriffen, „daß zwischen der Welt, wie sie ist, und dem erstrebten . . . Ideal noch eine völlig unausfüllbare Kluft aufgähnt“³⁴, verkannten auch ihre ehemaligen Parteifreunde, die zum Nationalliberalismus übergegangen waren, daß „die Konsequenz ihres Strebens . . . den Staat allmächtig“³⁵ machen mußte. Ein Kompromiß zwischen Macht und Recht, wie ihn die Nationalliberalen und ihre jüdischen Anhänger erhofften, war im deutschen Nationalstaate Bismarckscher Architektur nicht möglich.

Dieser Zwiestreit war den Doktrinären zwar bewußt, sie vermochten aber keinen politisch gangbaren Ausweg aufzuzeigen. Für die *jüdischen* Liberalen Deutschlands wurde diese Ausweglosigkeit zu einer besonderen Tragödie: Sie standen unter dem Zwang, den Gedanken des *Rechtsstaates*, der allein ihnen die Bürgerschaft für Freiheit und Gleichheit im *Innern* geben konnte, ihrem Willen zur Integration in Deutschland und zur Weggemeinschaft mit den Nationalliberalen zum Opfer zu bringen. Andernfalls konnten sie ihn nur als fernes Idealziel im Rahmen einer unnachgiebigen Minderheits- und Oppo-

²⁸ ISWOS 1870, S. 350.

²⁹ B. Auerbach in: *Geiger*, Die deutschen Juden, S. 56.

³⁰ ISWOS 1870, S. 350.

³¹ Brief Ludwig Walesrodes an Frau Pinder v. 5. 2. 1877, BUAFF/Nachlaß Pinder.

³² *Falkson* (über Jacoby), S. 62 f. ³³ S. Anm. 31.

³⁴ Brief Fanny Lewalds an Jacoby v. 29. 10. 1870, HNBJ/Jacoby V.

³⁵ *Mann*, S. 298 f.

sitionspartei hochhalten. Damit mußten sie aber zugleich das Odium der „Isolierung“ von der „Empfindung des Volkes“³⁶ auf sich nehmen und sich überdies jedes wegweisenden Einflusses auf die Politik begeben. Wohl an die zwanzig Prozent der jüdischen Gesamtheit, hauptsächlich Angehörige der gebildeten Schichten, waren bereit, diesen unpopulären Weg zu beschreiten. Doch die meisten Juden, wie auch die meisten Deutschen, stellten „das Banner der Freiheit bei Seite . . ., um anderen Zielen nachzujagen“³⁷. Am Ende aber waren es die Juden, die vor allem die Auswirkungen der machtpolitischen Realität zu spüren bekamen. Ihre politische, ja ihre gesamte Existenzgrundlage in Deutschland wurde am Ende der siebziger Jahre in kritischster Weise erschüttert.

Hatten aber die liberal denkenden Juden damals überhaupt Möglichkeiten, sich dem Dilemma zu entziehen? Einen passiven Ausweg bot natürlich die schweigende Resignation, der Rückzug von der Politik; ein aktiver wies in den Sozialismus. Den ersteren wählten zunächst nur wenige, wie Max Simon, der sich vom parlamentarischen Leben in die Lokalpolitik zurückzog³⁸, und wie Leopold Zunz, der kurz nach Vollzug der deutschen Einigung jede politische Tätigkeit einstellte³⁹. Dagegen zog die zweite Möglichkeit, der Anschluß an den Sozialismus, seit Ende der sechziger Jahre mehr und mehr Juden an, die zu der Überzeugung gelangt waren, daß die Arbeiterbewegung allen Hoffnungen Genüge tun werde, die das Bürgertum unerfüllt gelassen hatte.

b) Die Anfänge einer sozialistischen Orientierung

Die sozialistische Zielsetzung, die Aufhebung aller Unterschiede von Besitz, Herkunft und Religion, mußte eine erhebliche Anziehungskraft auf die um völlige Integration in Deutschland ringenden Juden ausüben.

Bereits im Vormärz hatte sich unter den jüdischen Politikern ein deutlicher Ruck zum Sozialismus hin bemerkbar gemacht, der sich während der Revolution von 1848/49 weiterhin verstärkte. Die Reaktionszeit brachte einen Rückschlag, aber seit der „Neuen Ära“ erneuerten sich die Beziehungen der politisch Aktiven zu den Sozialisten. Selbst zur Zeit der jüdisch-nationalliberalen Weggemeinschaft gehörten 15 % der jüdischen Politiker den sozialistischen Gruppen an, die sich im Jahre 1875 zur Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) zusammenschlossen.

Die Neigung der jüdischen Allgemeinbevölkerung zur sozialistischen Bewegung war allerdings ganz erheblich geringer als die der politisch Aktiven aus

³⁶ S. Anm. 34.

³⁷ *Jacoby*, Schriften II, Nachtrag, S. 26.

³⁸ Vgl. seinen Brief an seine Frau v. 22. 3. 1867, BUAFF/Nachlaß M. Simon.

³⁹ Zunz war wohl der einzige Vertreter des Gedankens einer zweischichtigen Loyalität unter den politischen Denkern der Juden Deutschlands. Seine Auffassungen sind im Anhang D 2 kurz skizziert.

ihren Reihen und dürfte damals kaum mehr als 1–2 % betragen haben. Erstaunlich bleibt, daß *überhaupt* Juden in nennenswerter Zahl zum Sozialismus tendierten. Denn es liegen ja nicht nur Zeugnisse dafür vor, daß die Juden „dem Versinken ins europäische Proletariat“ zu entgehen suchten⁴⁰, die jüdischen Berufsgruppen erfreuten sich vielmehr gerade in dieser Epoche eines echten wirtschaftlichen Aufstieges und befanden sich damit in einem Prozeß der Verbürgerlichung. Auf den ersten Blick wirkt daher die Annahme der von Rabbiner M. Rahmer 1880 redigierten „Israelitischen Wochenschrift“ überzeugend, daß von der jüdischen Bevölkerung ein weit geringerer Prozentsatz zum Sozialismus neige als von der nichtjüdischen, besonders da „ihre größere Wohlhabenheit . . . sie den Mittelklassen zuweist“⁴¹.

Es gab übrigens auch während der sechziger und siebziger Jahre keinerlei soziale Schichten unter den Juden Deutschlands, die dem landwirtschaftlichen oder industriellen Proletariat der nichtjüdischen Bevölkerung entsprochen hätten. Also war die Zugehörigkeit der jüdischen Massen zum *Mittelstand* unbestreitbar. Wenn dennoch, entgegen der Aussage der ISWOS, das jüdische Element unter den aktiven Sozialisten stärker vertreten war, als seinem Anteil an der Bevölkerung und seiner sozialen Struktur entsprach, mußte es gewichtige Gründe dafür geben.

Ein Leser der ISWOS, Dr. Moritz Scherbel, faßte seine Gedanken darüber in einem langen Aufsatz zusammen, der, von der Redaktion allerdings ausdrücklich als Privatmeinung des Verfassers bezeichnet, im Jahre 1887 veröffentlicht wurde. Dr. Scherbel stellte fest, daß

„hie und da unter der deutschen Judenheit der Sozialismus Anhang gefunden hat, und zwar nicht nur unter dem körperlich arbeitenden Teile der Juden, sondern auch unter den geistigen Arbeitern. Es ist bekannt, daß es einige geistig begabte Juden gewesen sind, denen die Sozialdemokratie in Deutschland zum großen Teil die wissenschaftliche Begründung . . . zu verdanken hat⁴². . . Es ist eine Tatsache, daß sich die Juden in der sozialistischen Partei der radikalen, anarchistischen regierenden Richtung *stets fern* gehalten haben. . . (Der) Zug der *Menschenliebe* ist es . . ., der so manchen mitfühlenden Juden dazu begeistert, der Bedrückten sich anzunehmen. Man braucht kein Anhänger der Sozialdemokratie zu sein . . . und man kann dennoch anerkennen, daß in der sozialistischen Idee auch ein ziemlich berechtigter Kern enthalten ist. . . Daß daher der Sozialismus mit seinen idealen, *humanitären* Gedanken auch auf viele, besonders jüngere . . . Elemente in der Judenheit einen gleichsam magnetischen Zauber ausüben muß, kann nicht wunder nehmen.“⁴³

⁴⁰ AZJ 1854, S. 192.

⁴¹ ISWOS 1880, S. 203 ff. Nachdruck eines Artikels aus der Weser-Zeitung.

⁴² Scherbel nennt im weiteren Verlaufe seiner Darstellung Moses Hess, Lassalle, Heine, Börne, Karl Beck und einige der sozialistischen Funktionäre seiner Zeit (Singer, Kayser, Sabor, Moses Oppenheimer).

⁴³ ISWOS 1887, S. 65 f. und 74. Der Ausdruck „Judenheit“ ist absichtlich gewählt. Vom Judentum will der Verfasser beweisen, daß es dem Sozialismus diametral entgegengesetzt sei.

Dr. Scherbel unterstrich demnach den starken Anteil der jüdischen *Intellektuellen* an der sozialistischen Bewegung und sah den Grund dafür in der Anziehungskraft ihrer *humanitären* Ideale. Dementsprechend wies er darauf hin, daß die jüdischen Anhänger des Sozialismus nicht dem revolutionären „anarchistischen“ Flügel, sondern den gemäßigten Gruppen angehörten. Scherbels Feststellungen regen zu zwei Fragen an: Erstens, wie weit kann als gesichert gelten, daß vorwiegend humanitäre Motive die Juden zum Sozialismus brachten? Zweitens, wie weit trifft sein Befund vom Jahre 1887 auf die Verhältnisse in der vorangegangenen Zeit zu?

Beide Fragen beantwortete ein Brief Johann Jacobys aus dem Jahre 1868 an Dr. jur J. A. Rambach in Hamburg, in dem es heißt:

„Die Arbeiterbewegung – der weitaus wichtigste Charakterzug unserer Zeit – ist keine bloße Magenfrage, sie ist eine Frage der *Kultur* und der *Humanität*. Es handelt sich darum, einerseits dem Machtmißbrauche des Großkapitals und des Großgrundbesitzes, der gewinnsüchtigen Ausbeutung der Arbeitskraft des Besitzlosen, Schranken zu setzen, – andererseits dem Arbeiter . . . den ihm gebührenden Anteil an dem Produktionsertrage, . . . das ist die Möglichkeit eines *menschenwürdigen* . . . Daseins zu sichern. . . Volkspartei und Arbeitervereine müssen vereint . . . das Beiden gemeinsame Ziel, *Veredlung* des Menschen . . . erreichen.“⁴⁴

Als Jacoby diese Zeilen schrieb, war er noch nicht definitiv zum Sozialismus übergegangen, sondern stand ideologisch Sonnemann und seiner süddeutschen Volkspartei sehr nahe. Um so glaubhafter ist also, wenn er damals den humanitären Charakter der sozialistischen Ziele hervorhebt und ihre Bemühung um Schaffung eines menschenwürdigen Daseins für die Bedrückten würdigt.

Bemerkenswert allerdings sind die pathetischen Formulierungen des sonst so nüchternen Jacoby, des Mannes mit dem „scharfen Rektorenverstand“. Aber schon einige der jüdischen Sozialisten in der 1848er Revolution betonten die *religiöse* Bedeutung, die sie ihrer politischen Betätigung beimaßen. Dieser Zug wird dann auch weiterhin eine Rolle gespielt haben, und für die sozialistische Entscheidung von Juden mag gerade die religiöse Note ihres Humanitarismus mit wirksam gewesen sein. Wenn Ludwig Bamberger in seiner sozialistischen Epoche im Jahre 1848 gefordert hatte, daß „das politische und soziale Streben *Religion* werden“ müsse⁴⁵, so gewann diese Forderung in den folgenden Jahren anscheinend noch an Wirksamkeit, denn selbst Ludwig Philippson bemerkte im Jahre 1867, man könne „jetzt häufig“ die Ansicht hören, „die *soziale* Frage sei die religiöse Idee unserer Zeit“⁴⁶. Zwar grenzte sich der bürgerlich jüdische Philippson von dieser Meinung, wie überhaupt vom Sozialismus, scharf ab und betonte, daß „die soziale Frage das Prinzip der Gleichheit zu einem Extrem hin(treibe), wo der Mensch zum Sklaven

⁴⁴ *Jacoby*, Schriften II, S. 338. Hervorhebungen von mir.

⁴⁵ *L. Bamberger*, Erinnerungen, S. 118. Hervorhebung von mir.

⁴⁶ AZJ 1867, S. 569.

einer Doktrin, die menschliche Gesellschaft zu einer Kaserne von Arbeitern (werde), wo aller sittlicher, selbständiger und freier Bestand des Individuums aufhört“⁴⁷. Doch verstand auch er seit dem Jahre 1862 die Aktualität der sozialen Frage und rief zum Schutze der Arbeit gegen Ausbeutung auf, damit die soziale Freiheit⁴⁸, die bereits von der Lehre Moses anbefohlen sei, erhalten bleibe. Zehn Jahre später mußte er zugeben, daß selbst die Pflege des sozialen Bewußtseins gemäß der mosaischen Lehre kein ausreichendes Gegengewicht gegen die immer stärker werdende Neigung vieler Juden zum politischen Sozialismus mehr sei. Er konnte sich auch nicht dem verschließen, „daß die beiden hervorragenden Führer in der Arbeiter- oder sozialistischen Bewegung jüngsten Datums Juden“ waren⁴⁹. Angesichts dieser Situation bezog er dieselbe Verteidigungslinie, die Dr. Scherbel in seinem Aufsatz eingenommen hatte. Er gab zu, daß der Sozialismus in seinen „Ideen auch einen ziemlich berechtigten Kern enthalte“, doch sei er in seinen Praktiken schärfstens abzulehnen. In einem Artikel drückt er das in folgender Form aus: „Wir (sind) entschiedene Gegner der *Art* und *Weise* dieser Bewegung . . . sowie der theoretischen Prinzipien, auf welche sie sich stützt, während wir der Bewegung *an sich* ihre *Berechtigung* zuerkennen.“⁵⁰

Bei all seiner Ablehnung der Methoden und Theorien des Sozialismus konzidierte er also dennoch der Bewegung eine gewisse *humanitäre* Berechtigung und faßte dann seine Stellung zur Linken in der apologetischen Schlußfolgerung zusammen, daß einst „das Urteil über die Führer der jüngsten Phase der sozialistischen Bewegung . . . dem jüdischen Stamme nicht gerade zur Unehre gereichen wird“⁵¹.

Überraschenderweise findet sich eine ähnliche Einschätzung auch in den Spalten des orthodoxen „Israelit“, der gleich Philippson die Methoden der Bewegung ablehnte, aber viele ihrer Programmpunkte als bereits „vor Jahrtausenden . . . auf Sinai offenbart“ anerkannte und dem „Prinzip . . . eine große Berechtigung“ zusprach⁵².

Die Grundforderung nach sozialer Gerechtigkeit und die religiöse Nuance humanitärer Begeisterung charakterisierten also in den sechziger und siebziger Jahren weite jüdische Kreise, ohne sie jedoch zu einer Entscheidung für den politischen Sozialismus zu veranlassen. Ludwig Bamberger, der in der 1848er Revolution für soziale Gerechtigkeit und Humanitarismus gekämpft hatte, änderte sogar gerade in den darauffolgenden Jahren seine Einstellung und begann in den sechziger Jahren, seine intellektuelle Kraft *gegen* den Sozialismus einzusetzen. Und Eduard Lasker gestand in seinen autobiographischen Notizen, daß die Grundtatsachen, die ihn in die Politik getrieben hätten, „Sünden an der Freiheit“, Selbstsucht, Willkür und „Not des Daseins“ gewesen seien, durch welche er „zur Gemeinschaft mit Gleichbestrebten“ und zu

⁴⁷ AaO, S. 571.

⁴⁸ AaO 1862, S. 669.

⁴⁹ AaO 1872, S. 383.

⁵⁰ AaO, S. 384. Hervorhebungen von mir.

⁵¹ AaO.

⁵² Israelit 1874, S. 39 f.

einer „Tätigkeit, welche auf das Allgemeine“ gerichtet war, gekommen sei⁵³. Doch führte die sozial-humanitäre Einsicht des jungen Lasker nicht etwa zum Sozialismus, sondern ins Lager der regierungs- und systemfreundlichen Nationalliberalen.

Welches *zusätzliche* Moment war demnach für die sozialistische Entwicklung anderer jüdischer Politiker verantwortlich? Wieder läßt sich eine Antwort in den Schriften Johann Jacobys finden:

„Zur Verwirklichung der politischen und sozialen Freiheit reicht jedoch die Kraft eines *einzelnen* Volkes nicht aus; die *gemeinsame* Arbeit, das *Zusammenwirken* der Völker ist dazu erforderlich.“⁵⁴

Jacoby trat also für den Gedanken der internationalen Zusammenarbeit ein und bekämpfte den „falschen, weil engherzigen ‚Patriotismus‘“⁵⁵. Darum wurde er zu einem glühenden Antimilitaristen und lehnte ein sozialdemokratisches Mandat, das ihm im Jahre 1874 angeboten wurde, mit der Begründung ab, daß man den deutschen „Militärstaat“ nicht auf parlamentarischem Wege in einen „Volksstaat“ werde umwandeln können⁵⁶.

Die Hoffnung auf internationalen Frieden, wenn – nach tiefverwurzelter jüdischer Vorstellung – die Völker ihre Schwerter zu Pflugscharen umschmieden würden⁵⁷, war den Juden Deutschlands ernstes Anliegen, und die Intensität dieser Empfindungen nahm in dem Maße zu, in welchem Bismarcks Politik unduldsamer nach innen und provozierender nach außen wurde. So tritt denn der Antimilitarismus bei dem damals noch jungen Eduard Bernstein als *entscheidendes* Element in seiner Wendung zum Sozialismus zutage. Der im Jahre 1850 geborene Bernstein bezeugte nicht nur für seinen Vater, den Lokomotivführer aus Nord-Berlin, sondern auch für seine eigenen Jugendjahre, daß er sich zunächst „politisch ganz und gar als Preuße und Deutscher“ gefühlt habe. Sogar der Beginn des französischen Krieges von 1870 hatte in ihm zunächst eine Welle nationalistischer Sentiments geweckt⁵⁸, aber, so schrieb er, „obwohl ich nicht sonderlich für die Franzosen voreingenommen war, hatte ich das wüste Schimpfen auf sie als Nation, das beim großen Publikum für patriotisch galt, ganz und gar nicht vertragen können“⁵⁹.

Damit kündigte sich anscheinend der Umschwung in Bernsteins Einstellung an, denn in seinen Erinnerungen folgt den oben zitierten Sätzen sofort, wie um den Endeffekt hervorzuheben, der Bericht über den großen Eindruck, den der Prozeß von Liebknecht und Genossen während der Jahre 1871/72 auf ihn machte. In den Verteidigungsreden der Angeklagten vernahm er zum ersten

⁵³ Lasker, Mannesseele, S. 55 und 74.

⁵⁴ Jacoby, Schriften II, S. 330. Hervorhebung im Original.

⁵⁵ AaO, S. 331.

⁵⁶ Gesch. d. Frankf. Ztg., S. 238.

⁵⁷ Dem steht allerdings die für 1870–1871 berichtete Kriegsbegeisterung vieler Juden entgegen.

⁵⁸ E. Bernstein, Kindheit, S. 41, 108 und 191.

⁵⁹ AaO, S. 216.

Male die Friedensbotschaft des Sozialismus: „Eine wie andere Sprache tönte uns aus den Publikationen der Angeklagten jener Prozesse und ihrer Partei entgegen!“⁶⁰

Sollte irgendein Zweifel daran bestehen, was wohl den jungen Bernstein an jener „anderen Sprache“ angezogen habe, so stellte er selbst in einer späteren Schrift nicht nur für sich, sondern für alle Juden fest: „Mit Begeisterung ergriffen die Intellektuellen des Judentums die Ideen der politischen Freiheit und des *Weltbürgertums*.“⁶¹

Es war also die übernationale Begriffswelt des Sozialismus, welche den jungen Bernstein von einem engen, kritiklosen Patriotismus abbrachte. Seine eigenen Motive schrieb Bernstein später allen Juden zu und behauptete, sie verträten, kraft ihrer Geschichte, den „weltbürgerlichen Patriotismus“⁶², das heißt den reinen Pazifismus⁶³. Dadurch aber seien sie, so meinte er, eben auch natürliche Exponenten der sozialistischen Freiheitsbewegung⁶⁴. Ohne zu seiner Beleuchtung der allgemeinjüdischen Gesinnung Stellung zu nehmen, erfährt man aus Bernsteins Argumenten jedenfalls, daß er selbst Pazifismus und sozialistische Freiheitsbewegung gleichsetzte.

Doch bringt er in seinen Erinnerungen noch weitere Gründe für seine persönliche sozialistische Entscheidung vor, die einer Betrachtung wert sind: Einmal waren es die „Mißstände der Gründerzeit“, die ihm zu Beginn der siebziger Jahre die Schäden der sich ausbreitenden zügellosen Gewinnsucht vor Augen führten⁶⁵, und weiterhin gewann er zu Ende der siebziger Jahre, als der Judenhaß in Deutschland von neuem zunahm, die Überzeugung, daß nur die sozialistische Internationale die Kraft haben würde, diesen Haß einzudämmen⁶⁶. Neben den Zielen des Weltbürgertums und des ewigen Friedens beeinflussten also die Ideale der sozialen Gerechtigkeit, zusammen mit der Hoffnung auf die Lösung der Judenfrage durch internationale Verbrüderung, die Entscheidung Bernsteins zum Sozialismus. Die Feststellung, daß damals manche jüdischen Intellektuellen in einer sozialistischen Gesellschaftsform den Weg zur Völkerversöhnung sahen, und daß ihr Beitritt zur sozialistischen Partei durch dieses Motiv besonders gefördert wurde, entspricht der zitierten Behauptung Scherbels, die Juden hätten nicht den extremistischen, sondern den gemäßigt sozialistischen Weg gewählt⁶⁷. Eduard Bernstein selbst machte sich gerade als Theoretiker des – evolutionären – „Revisionismus“ einen Namen in der sozialistischen Bewegung.

Praktischer Utilitarismus aber, entgegen theoretischen Revolutionsneigungen, wurde besonders charakteristisch für den Sozialismus Ferdinand Lassalles, der in den Jahren 1863/64 der hervorragendste Vertreter des gemäßigten So-

⁶⁰ AaO. ⁶¹ E. Bernstein, *Juden im Weltkrieg*, S. 23. Hervorhebung von mir.

⁶² AaO, S. 47.

⁶³ AaO, S. 49.

⁶⁴ AaO, S. 50 f.

⁶⁵ E. Bernstein, *Kindheit*, S. 191–200.

⁶⁶ Schay, S. 203.

⁶⁷ Dies trifft ja auch auf die Politiker des Revolutionsjahres zu, wenn sie als „Revolutionäre wider Willen“ bezeichnet wurden.

zialismus in Deutschland war. In seiner praktischen Politik entfernte sich Lassalle so weit von den revolutionären Konzeptionen der Marx-Engelsschen Richtung, daß ihn Engels höhnisch „Baron Itzig“ titulierte und einen Verräter hieß, während Marx ihn als „Richelieu des Proletariats“ ansprach⁶⁸.

Zwar rühmte sich Lassalle im Jahre 1860 noch seiner revolutionären Gesinnung und erklärte Marx, daß „schriftliche Dokumente und Aufsätze von mir beweisen, daß ich seit 1840 Revolutionär, seit 1843 entschiedener Sozialist bin“⁶⁹; jedoch vom Jahre 1840, Lassalles 15. Lebensjahr, ist lediglich das Jugendtagebuch erhalten, in welchem das Wort „Revolution“ nur ein einziges Mal erscheint – und dies gerade im Zusammenhang mit einem *jüdischen* Erlebnis: Er hatte von den Vorgängen in Damaskus um die Blutbeschuldigung gegen die dortigen Juden gehört und notierte in seinem Tagebuch: „Gab es je eine Revolution, welche gerechter wäre als die, wenn die Juden in jener Stadt aufständen . . .?“⁷⁰

Es ließe sich einwenden, daß Lassalle später *alle* seine Handlungen⁷¹ im Lichte der neugewonnenen revolutionären Überzeugung auslegte, als ob sie von vornherein auf die Gründung eines Deutschen Arbeitervereins abgezielt hätten, und daß er diese Gründung als revolutionäre Tat erklärte, weil der Arbeiterverein in seinen Augen ein „fester Kern . . . einer bewußten, aus sozialen Gründen *revolutionären* Partei“ war⁷². In Wahrheit verstand Lassalle natürlich nur zu gut die Gegebenheiten seiner Zeit, die einer sozialen Revolution entgegenwirkten, und er drückte diese Erkenntnis in vielen Briefen aus. Er beschuldigte die Arbeiter sogar offen, unreif und pflichtvergessen zu sein⁷³, wodurch die Verwirklichung seines und ihres Zieles hinausgeschoben werde: „Dazu der noch viel größere Ärger zu wissen, wie *glänzend* die Dinge stehen würden, wenn der Arbeiterstand seine Pflicht getan hätte! Er *hätte* heute das allgemeine und direkte Wahlrecht schon!“⁷⁴

Was, nach Lassalles Meinung, die Arbeiter also hätten erreichen können, war – das allgemeine Wahlrecht, nicht eben eine *revolutionäre* Idee, wohl aber das primäre politische Ziel des Staatsmannes Lassalle. Denn ihm war es vor allem um das *politische* Instrument zu tun, das ihm eine zentrale Position im politischen Kräftespiel gesichert hätte⁷⁵. Das sollte die Funktion des Arbeiter-

⁶⁸ Briefe v. Engels und Marx, in G. Mayer, Bismarck, S. 57.

⁶⁹ Brief an Marx, in: Lassalle, Selbstzeugnisse, S. 136.

⁷⁰ Jugendtagebuch, aaO, S. 25.

⁷¹ Lassalle hat seine politische Entwicklung ausführlich in einem Briefe (s. Anhang B 6) geschildert.

⁷² Vgl. Lassalle, Selbstzeugnisse, S. 211. Hervorhebung im Original.

⁷³ Vgl. den Brief an York in Hamburg v. 25. 2. 1864, der in Originalkopie in BUAK/Kl. Erwerbungen 23 erhalten ist. Teilweise zit. Oncken, Lassalle, S. 426.

⁷⁴ Brief an G. Lewy v. 15. 2. 1864, BUAK/Kl. Erwerbungen 23. Teilweise in: Gartenlaube, Jg. 1865, S. 815 und kurz in: Oncken, Lassalle, S. 426.

⁷⁵ Über die Motivierung Lassalles vergleiche E. Bernstein, Lassalle, S. 52 und G. Mayer, Bismarck, S. 55 f.

vereins, nach Erlangung des allgemeinen Wahlrechts, sein. Um dieses Wahlrecht ging es dann auch vorzugsweise bei den Zusammenkünften zwischen ihm und Bismarck. Anscheinend war es die Absicht Lassalles gewesen, „den Ministerpräsidenten auf dieses Ziel hin vorwärts zu treiben“⁷⁶. Die Zusammenkünfte zwischen dem „Revolutionär“ Lassalle und dem konservativen preußischen Ministerpräsidenten erregten nicht geringe Verwunderung bei den Zeitgenossen und später manche Spekulationen bei Lassalles Biographen.

Am klarsten erkannte wohl Gustav Mayer den Kontrast zwischen der republikanisch-revolutionären Theorie Lassalles und seiner Taktik, welche auf die Errichtung eines „sozialen Volkskönigtums“ in Preußen hinauslief⁷⁷. Mayer sah in diesem Spannungsverhältnis zwischen Ziel und Weg das Hauptmoment, durch das Lassalle auf die „Bahn der Kompromisse“ gedrängt wurde⁷⁸. Auch Oncken schrieb Lassalle die Absicht zu, einen Ausgleich mit den Regierungsgewalten finden zu wollen, und zitiert als Beleg dafür einen Brief Lassalles an V. A. Huber aus dem Jahre 1864, in dem es heißt: „Republikaner von Kindesbeinen an, habe ich nie etwas für lächerlicher, korrumpierter und auf die Dauer unmöglicher gefunden als den Konstitutionalismus . . . Trotzdem . . . bin ich zu der Überzeugung gekommen, daß nichts eine größere Zukunft und eine segensreichere Rolle haben könnte als das Königtum, wenn es sich nur eben entschließen könnte, *soziales* Königtum zu werden. Mit Leidenschaft würde ich dann sein Banner tragen, und die konstitutionellen Theorien würden schnell genug in die Rumpelkammer geworfen werden.“⁷⁹

Diese Äußerungen Lassalles beweisen eindeutig genug, daß seine *praktisch-politische* Ausrichtung *nicht* umstürzlerisch war. In seinen Motiven unterschied er sich kaum von anderen jüdischen Sozialisten. Doch ist erlaubt zu sagen, daß den anderen die Sehnsucht nach Frieden, Völkerverbrüderung, sozialer Gerechtigkeit und Befestigung der jüdischen Gleichberechtigung stärker bewußt war, als dem politisch ambitiösen Lassalle.

Die religiös-humanitären Elemente des Sozialismus hätten zweifellos für die Juden ein starkes Moment der Sympathie abgeben müssen. Wenn dennoch vor 1878 kaum 2% der jüdischen Gesamtheit Deutschlands sich zum Sozialismus bekannten, müssen schwerwiegende Gegen Gründe im Spiel gewesen sein, die den Großteil der Juden damals noch von den sozialistischen Parteigruppierungen fernhielten. Als solche sind anzusehen:

1. Ihre allgemeine Neigung zum Konformismus.
2. Ihre Abneigung gegen die revolutionären Prinzipien und Kampfmethoden des Sozialismus.
3. Religiöse Glaubensvorstellungen, seien sie traditionell-orthodoxer oder ideologisch-apologetischer Art.

⁷⁶ G. Mayer, Bismarck, S. 41 und 45.

⁷⁷ G. Mayer, Lösung der deutschen Frage, S. 229.

⁷⁸ AaO, S. 230. ⁷⁹ Oncken, Lassalle, S. 427.

4. Die soziale Schichtung der Juden, denen das Industrieproletariat fast vollkommen fehlte, das doch den sozialistischen Parteien die Masse ihrer Anhänger zu stellen hatte.
5. Der Wille der meisten Juden, in der *bürgerlichen* Schicht Fuß zu fassen, also gerade *nicht* „Proletariat“ zu werden.

Konformistische Gedankengänge hatten für das Verhalten der Juden um so mehr Gewicht, als die Anfänge des Sozialismus in Deutschland in die gleiche Zeit fielen, in der sich ihnen Gelegenheit zu völliger Amalgamierung an das deutsch-liberale Bürgertum zu bieten schien. Solange die nationalliberale Partei ihre jüdischen Anhänger noch nicht enttäuscht hatte, gehörte ein ungewöhnliches Unterscheidungsvermögen dazu, den illusorischen Charakter des nationalliberalen Programms zu erkennen, und seltene Zivilcourage war erforderlich, offen die Konsequenzen aus solcher Erkenntnis zu ziehen, da doch selbst Anschauungen, die gemäßiger waren, als die der Sozialisten, oft genug als Hochverrat bezeichnet wurden.

Die jüdischen Zeitungen hoben dann auch, unter heftigen Protesten gegen die Aktionen der „landesverräterischen“ Sozialisten, die Staatstreue der Juden hervor und betonten die Identität der Interessen der Juden mit denen des Bürgertums⁸⁰. Vom Sozialismus hingegen sagten sie, er habe „dem Staate und der Gesellschaft offen den Krieg erklärt“⁸¹ und richte sich „gegen die ganze bestehende Gesellschaft“⁸². Wie könnten sich demnach Juden, deren Grundhaltung von Treue gegenüber dem Staat bestimmt sei, einer staatsumwälzenden Bewegung anschließen, zumal deren Kampfweise „jeden vernünftigen und sittlichen Menschen mit Schauer und Ekel“ erfülle⁸³. Von Philippson wurde sogar das Mittel des Streiks abgelehnt⁸⁴. Obwohl er zugeben mußte, daß die Arbeiter manchen sozialen Nutzen aus den Kampfmitteln der Sozialisten gezogen hätten, kam er doch zu dem Schlusse, daß „der wirkliche Bekenner des Judentums dem Sozialismus nicht näher zu treten“ vermöge⁸⁵. Als Fundamente des Judentums, dem Sozialismus entgegengesetzt, bezeichnet er persönliche Freiheit, Schutz des Privateigentums und Heilighaltung der Familie. Diese Auffassung hatte sich bei ihm bereits Anfang der sechziger Jahre verdichtet. 1863 schrieb er: „Die Philosophie... hat... die Familie aufgehoben... das Eigentum für Diebstahl erklärt, die widernatürlichen Phantastereien des Sozialismus und Kommunismus gerechtfertigt... Die Religion aber... kann nicht anders als in ihrer Konsequenz jene höchsten Rechtsgrundsätze aufstellen.“⁸⁶

Schärfer und komprimierter lautet das orthodoxe Argument, daß die jüdischen Sozialisten keine Juden seien, da sie „jede religiöse, also auch die jüdische Grundlage verloren“ hätten⁸⁷.

⁸⁰ Z. B. JPR 1879, S. 192; AZJ 1884, S. 742.

⁸¹ AZJ 1878, S. 386.

⁸² AaO 1873, S. 2.

⁸³ Israelit 1874, S. 39 f.

⁸⁴ AZJ 1875, S. 82.

⁸⁵ AaO 1877, S. 437–440.

⁸⁶ AaO 1863, S. 784.

⁸⁷ JPR 1890, S. 119.

Die religiösen Motivierungen der Ablehnung des Sozialismus entsprangen also entweder echtem Glauben und enthoben sich damit jeder Diskussion, oder sie waren ideologische ad hoc-Konstruktionen apologetischen Charakters. Immer aber hatten sie die Autorität der Religion hinter sich und besaßen deshalb unleugbares Gewicht. Die Mehrheit der Juden nahm aber wohl noch andere Ablehnungsgründe für sich in Anspruch, die ihrer gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Struktur in Deutschland entsprachen: Die meisten von ihnen waren bereits während der fünfziger und sechziger Jahre in kaufmännischen und Bankberufen konzentriert und begannen, ihre Aktivität damals auch auf das Industrie- und Eisenbahnbau-Unternehmertum auszudehnen. Wie konnten Angehörige der kapitalistischen Berufsgruppen, deren Existenz auf den Grundsätzen freier Initiative, freier Konkurrenz und des Privateigentums aufgebaut war, sozialistischen Lehren folgen? Bereits 1856 hatte der fromme Bankier Levin Jacob Levinstein, der Zutritt zum preußisch-konservativen Ministerpräsidenten Otto von Manteuffel hatte, als seine wirtschaftlichen Grundforderungen freien Tausch, freies Eigentum und freie Konkurrenz formuliert⁸⁸. Als „Geheimnis der Volksökonomie“ bezeichnete er die „unbehinderte Konkurrenz“, deren Aufgabe es sei, als „Regulator der sozialen Verhältnisse“ zu wirken. „Stellvertreterin der göttlichen Fürsorge auf Erden“⁸⁹ nannte er die auf „sittlicher Freiheit“ beruhende freie Wirtschaftstätigkeit⁹⁰, die daher auch zur Lösung der sozialen Frage befähigt sei⁹¹. Wenn nun die Sozialisten „durch Arbeitsgarantie, demnach durch Verminderung des persönlichen Interesses, durch Eingriffe in den Tausch, in das Eigentum, mithin durch Raub, eine soziale Wohlfahrt schaffen . . . wollen“⁹², so sei ihre Politik nicht nur widersinnig, sondern geradezu unsittlich, da sie der einzigen Methode zur Lösung der sozialen Frage, der nach göttlicher Vorsehung waltenden freien Wirtschaft, entgegenstünde.

Solche und ähnliche Anschauungen dienten wohl den meisten in kapitalistischen Berufen Tätigen als Grundkonzeption für ihre Wirtschaftstheorien. Daß Berufsgruppen mit solchen Anschauungen einen Horror davor hatten, „ins europäische Proletariat zu versinken“ (wie es Philippson formulierte), versteht sich von selbst. Die Juden waren stolz darauf, zu den wirtschaftlich gehobenen Ständen zu gehören, und noch im Jahre 1873 tat sich die ISWOS etwas darauf zugute, daß es unter den deutschen Juden kein Proletariat gäbe⁹³.

Obwohl keineswegs alle Juden in rein kapitalistischen Berufen tätig waren, die einflußreichste Schicht sogar den intellektuellen „freien“ Berufen angehörte, diente auch diese Tatsache dem Redakteur der ISWOS als Beweis dafür, daß der Sozialismus keine Anziehungskraft auf die Juden ausübe: „Jeder

⁸⁸ *Levinstein*, Staatswirtschaft, S. 8 f.

⁸⁹ AaO, S. 11. Kurze Biographie Levinsteins in: *Israelit* 1865, S. 89–90.

⁹⁰ *Levinstein*, Ursachen, S. 53.

⁹¹ AaO, S. 59.

⁹² *Levinstein*, Staatswirtschaft, S. 8 f.

⁹³ ISWOS 1873, S. 278.

Unwissende trachtet dahin, sein Kind etwas lernen zu lassen . . . und darum hat es unter den Juden bis heute *kein Proletariat* gegeben. Arme, sehr Arme, Bettler in Menge, aber *keine* . . . den gebildeten höheren Stand hassende, verzweifelnde und die Gesellschaft gefährdende Elemente.“⁹⁴

Hier aber irrte die ISWOS oder sie verheimlichte die Wahrheit. Gerade aus den Reihen der jüdischen Intellektuellen entstanden dem Sozialismus seine begeistertsten Verfechter, und sogar unter der jüdischen Kaufmannschaft fanden sich, im Widerspruch zu den Theorien L. J. Levinsteins, mehr Parteigänger des Sozialismus, als man hätte erwarten sollen. Während der 1848er Revolution rekrutierten sich 19 0/0 der jüdischen Sozialisten aus den Berufsgruppen des Handels⁹⁵. Späterhin stieg der Prozentsatz der Kaufleute und der kaufmännischen Angestellten unter den Mitgliedern der SPD entgegen allen soziologischen und psychologischen Voraussetzungen sogar noch um einiges an.

Diese Tatsache läßt auf ein zusätzliches starkes Motiv schließen, das Juden aus dem Bürgerstand der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung zuführte. Nicht aus Sorge ums tägliche Brot, häufig sogar im Gegensatz zu ihren persönlichen Berufsinteressen, sahen sie bereits zu Beginn der Arbeiterbewegung im Sozialismus die Verheißung einer idealen Zukunft: Der Kampf um die Existenz sollte von Planung und gegenseitiger Hilfe abgelöst werden, die Diskriminierung sollte der wahren Gleichheit und Brüderlichkeit weichen, so daß mit der Ausrottung aller Unterschiede von Religion, Stand und Geburt auch die *Judenfrage* endlich ihre *Lösung* erfahren würde.

Gerade die Ablehnung des Antisemitismus durch die sozialistische Arbeiterbewegung erhielt alsbald entscheidende Bedeutung, als im Jahre 1878 die Weggemeinschaft der jüdischen Mehrheit mit dem (national)liberalen deutschen Bürgertum zerfiel und die neue Hochflut des Antisemitismus die Grundlagen des jüdischen Lebens in Deutschland erschütterte.

⁹⁴ AaO.

⁹⁵ Allerdings waren viele von ihnen nicht selbständige Kaufleute, sondern Handlungsgehilfen.

D. DIE KRISE (1879–1892)

1. „VERGEBENS GELEBT UND GEARBEITET?“

Die ersten Anzeichen einer Krise der deutsch-jüdischen Beziehungen machten sich bereits im Jahre 1875 bemerkbar. Anfänglich bemühte man sich in jüdischen Kreisen, diese Anzeichen als „Einzelheiten“ abzutun, die nach der Lösung aller grundsätzlichen Probleme oder „Prinzipfragen“, wie man sie nannte, keinen Anspruch auf „hervorragendes Interesse“ mehr hätten¹. Man warf dem jüdischen Publikum sogar vor, es würde „Rischuss“ machen, wenn es allzu empfindlich auf „unbedeutendste Vorgänge“, auf „Vorurteile“ oder „Gehässigkeiten“ reagierte². Jedoch schon zu Ende desselben Jahres begann die jüdische Presse ernstlicher besorgt zu werden. Jedenfalls behandelte sie die Vorgänge nicht mehr als Bagatellen, wenn sie fragte: „Was liegt denn eigentlich vor? Woher auf einmal diese Hetze, daß . . . wieder eine ‚Judenfrage‘ . . . auf die Tagesordnung gestellt wird?“³

Aber selbst noch ein Jahr später wollten die Zeitungen nicht zugeben, daß man sich mit dem plötzlichen Ausbruch judenfeindlicher Kundgebungen einem kritischen Wendepunkt in der Geschichte der Juden Deutschlands näherte. Im Gegenteil: sie taten ihr Möglichstes, die Hetze als vorübergehend und „ohnmächtig“⁴, als bereits „zum Stillstande gekommen“⁵ hinzustellen. Da die Angriffe auf Juden und Judentum jedoch zunahmen, war man genötigt, eine Darstellung der Gründe zu versuchen. Philipppsons AZJ zählte als verantwortlich für die Hetze auf: „Die große finanzielle Krise . . . sowie der Kampf, der zwischen dem Staate und der katholischen Kirche entbrannt war, und . . . gewisse machtlos gewordene reaktionäre Parteien, (die) nach der verlorenen Herrschaft dürsteten.“⁶

Zweifellos boten die Tagesereignisse der siebziger Jahre, wie Gründerkrach⁷, Kulturkampf⁸ und parteipolitische Manöver der Konservativen einen

¹ ISWOS 1875, S. 1.

² AZJ 1876, S. 70. „Rischuss machen“ = jüdisch-deutsch für: Anstoß erregen.

³ ISWOS 1875, S. 316.

⁴ Israelit 1876, S. 1.

⁵ ISWOS 1876, S. 21.

⁶ AZJ 1876, S. 832.

⁷ Neueste Forschung bestreitet den kausalen Zusammenhang zwischen der wirtschaftlichen Umgestaltung Deutschlands und dem Neuaufkommen des Antisemitismus (z. B. *Tal*, Diss., S. 18–27). Aber selbst wenn man heute eine direkte Verknüpfung zwischen Gründerkrach, Destruktuierung der Bevölkerungsklassen und Erstarcken

günstigen Nährboden für die Judenhetze. Hintergründig aber trugen andere, wichtigere Entwicklungen dazu bei, das Ende des jüdisch-nationalliberalen Bündnisses zu beschleunigen. Zwischen Bismarck und den Nationalliberalen waren Spannungen aufgetreten, in deren Verfolg schließlich sowohl der Kanzler wie der rechte Flügel der Partei in scharfen Gegensatz zu dem von Lasker und Bamberger geführten linken Parteiflügel gerieten. Die Kreise um Lasker und Bamberger hatten schon Bismarcks Kulturkampf- und Zensurgesetzen nur widerwillig zugestimmt, sich ihnen sogar teilweise widersetzt. Bismarcks Pläne zur Ausschaltung des Reichstags bei Bewilligung des Militärbudgets hatten sie konterkariert und ihm das Septennat aufgezwungen. Die Bundesgenossenschaft der linken Nationalliberalen war dem Kanzler derart unbequem und unzuverlässig geworden, daß der im Jahre 1876 beginnende Richtungswechsel seiner Politik als Ausdruck seines Vorsatzes gelten kann, die unliebsamen Koalitionsgenossen zu neutralisieren. Nach seinen Vorstellungen rekrutierten sich die intellektuellen Führer des Bürgertums „ziemlich ausschließlich aus dem gelehrten Proletariat“. Diese „studierten und hochgebildeten Herrn ohne Besitz“ lieferten „das revolutionäre Ferment“, das nunmehr aus dem Staatsleben ausgeschaltet werden mußte⁹. Wenn er daher den Kulturkampf gegen die Katholiken durch einen Kompromiß beenden wollte, um freie Hand zum Vorgehen gegen die Sozialisten zu erhalten, und wenn er zu gleicher Zeit die Wirtschaftspolitik von dem Wege des Freihandels in die Bahn der Schutzzölle lenkte, so war dabei erklärtermaßen eines seiner Ziele die Sprengung der nationalliberalen Fraktion¹⁰. Durch die Schutzzollagitation und die Sozialistenpanik wurden Großagrarien und Schwerindustrielle, Junker und Großbürger, Konservative und rechte Nationalliberale mit breiten Schichten des katholischen Zentrums zu einer, wenn auch losen wirtschaftlichen und politischen Interessengemeinschaft zusammengeschlossen, die bis zum Ende des ersten Weltkriegs anhielt¹¹. Die linken Nationalliberalen versagten Bismarck, wie er vorausgesehen hatte, auf dieser Bahn die Gefolgschaft und verließen schließlich durch „Sezession“ die Partei¹².

des Antisemitismus nicht akzeptiert, war doch der Niederschlag der Krisenstimmung in der antisemitischen Propaganda der 70er und 80er Jahre so stark, daß Philippson als Exponent zeitgenössischer Eindrücke alle Ursache hatte, die wirtschaftliche Krise als Hauptgrund der antisemitischen Erregung anzusprechen.

⁸ Bezeichnenderweise stellten zeitgenössische jüdische Stimmen (z. B. AZJ 1875, S. 643) zunächst die „ultramontane“ katholische Judengegnerschaft als wichtiger hin, als die „feudale“ konservative oder den Rassenantisemitismus. Vgl. ISWOS 1875, S. 316. Siehe hierzu Abschn. F.

⁹ *Bismarck* in einem Brief an König Ludwig v. Bayern v. 4. 8. 1879; zit.: „Gedanken und Erinnerungen“, Kap. 18. Sein Übergehen zur Schutzzollpolitik war demnach *nicht* primär von wirtschaftlichen Erwägungen geleitet.

¹⁰ AaO.

¹¹ So *Sell*, S. 271.

¹² Die Sezessionisten schlossen sich 1884 mit der Fortschrittspartei zur „Deutsch-freisinnigen Partei“ zusammen.

Worin bestanden nun nach Ansicht der auf solche Weise in die Opposition gedrängten jüdischen Politiker die Beweggründe für Trennung ihres Weges von dem des Nationalliberalismus? Eigentlich konnte schon die Entschlossenheit des rechten nationalliberalen Flügels, sich „den Anschluß an die Staatsregierung“¹³ zu erhalten, als ausreichende Begründung für die Spaltung der Partei betrachtet werden. Doch gab es noch weiterreichende Erklärungen für den Bruch. Lasker sah den „Fundamentalfehler“ in dem „Umstand, daß die Regierung als ausführende Verwaltung nicht von demselben Geiste durchdrungen war, wie als gesetzgeberischer Faktor. Während sie sich gesetzgeberisch stützte auf den maßgeblichen Einfluß . . . des liberalen Bürgertums, folgte sie in der Exekutive den alten Traditionen Preußens“¹⁴.

Bamberger äußerte ähnlichen Widerwillen gegen die „abstoßende Natur der vom preußischen Junkertum beherrschten“ Exekutive¹⁵, die „seit 1876“ mit der „Staatspragmatik“ gebrochen habe¹⁶ und sich „einzig von der Rücksicht auf die Leitung der auswärtigen Politik führen“ lasse¹⁷. Er sah jedoch noch ernstere Ursachen für den Konflikt, der mit der Sezession des Lasker-Bambergerschen Flügels von den Nationalliberalen endete. Bitter bemerkte er, daß Deutschland „am wenigsten von allen Kulturländern . . . die politische Kraft seines Bürgertums gezeitigt“ habe¹⁸, so daß es jetzt sogar den wahren Grund der Krise verkenne: „Nicht um etliche Mark Zoll . . . handelt es sich in dem Streit um die wirtschaftlichen Prinzipien“, der den Auszug seines Parteiflügels veranlaßt hatte, „sondern um Leben oder Tod auf dem Felde der freien, friedlichen, modernen Entwicklung“¹⁹. Allerdings sei „die krasse Umkehr in der Wirtschaftspolitik der Regierung“ das kritische Moment, das „nicht anders als zersetzend auf die Partei wirken“ könne²⁰, dennoch sei es vor allem der antikonstitutionelle Wille Bismarcks, der die Nationalliberalen gezwungen habe, zwischen der „Bundesgenossenschaft der Regierung“ und ihrem „liberalen Bekenntnis“ zu wählen²¹. Bamberger gab zu, daß „nichts so sehr zu jener schroffen Wandlung im Verhalten des Kanzlers beigetragen“ habe, wie „der wirtschaftliche Rückschlag, welchen Deutschland wenige Jahre nach der Einziehung der Milliarden erlebte“²². Er lehnte aber als Fabel ab, „daß Deutschland sein Milliardenglück nicht verscherzt hätte, wenn die Zölle auf Eisen und Baumwolle um etliche Taler höher gewesen wären“²³.

Lasker und Bamberger, die führenden jüdischen Köpfe der Nationalliberalen und nun der Sezessionisten wider Willen, die eigentlich eher von der

¹³ AZJ 1879, S. 753.

¹⁴ Lasker, Nachlaß, Parlamentarische Geschichte, S. 52.

¹⁵ L. Bamberger, Erinnerungen, S. 541.

¹⁶ L. Bamberger, Ges. Schr. V, S. 49. B. sah in der Ent'assung Delbrücks den kritischen Punkt der Entwicklung.

¹⁷ AaO, S. 63.

¹⁸ AaO, S. 132.

¹⁹ AaO.

²⁰ AaO, S. 54.

²¹ AaO, S. 56.

²² AaO, S. 78.

²³ AaO, S. 82.

Partei fallen gelassen worden waren, als daß sie etwa vorsätzlich mit neuem Programm zum Kampfe antreten wollten, gaben also als Konfliktgründe hauptsächlich an, was die Oppositionellen früherer Jahre, und insbesondere die alten Fortschrittsmänner, bereits seit 1862 gegen Bismarcks Politik eingewandt hatten. Neu war nur, daß der autoritativen Eigenwilligkeit des Junkers Bismarck nachgesagt wurde, die Gelegenheit der Wirtschaftskrise wahrgenommen zu haben, um das politisch unreife Bürgertum mit dem Köder des Schutzzolles vom linken Flügel der Partei, und vom Liberalismus überhaupt, fortzulocken.

Selbst wenn Bismarck tatsächlich so gehandelt hatte, ignorierte die Bamberger-Laskersche Gruppe doch wichtige Tatsachen, die als Anlaß für diese Politik angesehen werden müssen: die Verwicklungen des Kulturkampfes, den Bismarck zu beenden suchte; die Sozialistengesetze und Sozialversicherungspläne, die ihm wirklich wichtig waren, während sie für Bamberger nur einen Grund abgaben, dem Kanzler staatssozialistische Ziele vorzuwerfen²⁴; die wirtschaftliche Umformung in Deutschland und – die kleine, vom Kanzler aber nicht unterschätzte politisch-antisemitische Bewegung um den Hofprediger Stöcker. Es sei darauf hingewiesen, daß dort, wo die jüdischen Politiker lediglich eine „Niederträchtigkeit der Regierungsmanöver“²⁵ sahen, Nichtpolitiker klareren Blick bewiesen, wobei sie allerdings hauptsächlich von der jüdischen Situation ausgingen, die sie seit der Reichsgründung für identisch mit der allgemein deutschen gehalten hatten. Bereits im Jahre 1878 wurde der Zusammenhang zwischen Judenhetze und politischem Umschwung in einem Wahlbericht der ISWOS aus Breslau festgestellt: „Die diesmal höheren Orts ausgegebene Parole zur Befehdung der Partei Laskers hatte hier, wie auch aus anderen Orten gemeldet wird, einen Kampf gegen die Partei des ‚Juden‘ Lasker hervorgerufen.“²⁶ Ein Jahr später, als Lasker von seiner Partei nicht mehr als Landtagskandidat in Breslau aufgestellt wurde, wagte auch die AZJ zu fragen: „Wenn eine Partei mit solcher Leichtigkeit einen ihrer vorzüglichsten Begründer und Führer . . . über Bord wirft, so liegt darin eine Undankbarkeit, ein Mangel an sittlichem Bewußtsein. . . Hat nun hierbei auch die Konfession beigetragen?“²⁷ Einen der Gründe dafür, daß „die gegenwärtigen Zustände . . . so schnell und so tief von der vermeintlichen Höhe herabgesunken“ seien, sah Philippson im Verstummen der öffentlichen Meinung: „Zunächst gibt es fast keine öffentliche Meinung und noch weniger eine Macht derselben mehr.“²⁸ Dadurch sei im Ringen zwischen dem „omnipotenten Staat“ und dem Staat „der freien Individualität“²⁹ der Parlamentarismus selbst mit Vernichtung bedroht. Da aber Philippson in den Jahren der Ruhe die liberale und die jüdische Sache als identisch gesehen hatte, mußte er jetzt

²⁴ AaO, S. 132.

²⁶ ISWOS 1878, S. 272.

²⁸ AaO, S. 65.

²⁵ Goldschmidt, Lebensbild, S. 439.

²⁷ AZJ 1879, S. 753.

²⁹ AaO 1881, S. 321.

als „sicher“ betrachten, daß man „in den Juden zugleich den Liberalismus zu bekämpfen“ meinte³⁰. Zusammenfassend schilderte er dann die Krise mit all ihren Hintergründen folgendermaßen: „Von der einen Seite der brutalste Sozialismus, von der anderen Seite der blödeste Ultramontanismus, von der dritten die protestantische Stockorthodoxie, und dazu die fanatischen Schutzzöllner, die erbitterten Agrarier – und alle diese haben mächtige Teile des Volkes hinter sich.“³¹

Das beinhaltet auch schon das Eingeständnis vom Ende der Weggemeinschaft zwischen Nationalliberalismus und Judentum, dem das jüdische Lager vollkommen unvorbereitet gegenüberstand. Dieser Umschwung der innerdeutschen Konstellation ließ die Juden politisch vereinsamt zurück, da sie es natürlich nicht über sich bringen konnten, auf „das bißchen Freiheit und Parlamentarismus“ zu verzichten. Mochten sie selbst sich als „deutschpatriotisch“³² und „liberal“³³ ausgeben, so wurden sie jetzt durch die Treitschke, Stöcker und Hartmann darüber belehrt, daß nur die „Deutschschwärmer“ und die „Realpolitiker“, nicht aber die „Ideologen“³⁴ der Freiheit und des Rechtsstaates den Namen von „reichstreuen“ Bürgern verdienten.

Die für die Juden so schicksalsvolle antilibérale Entwicklung seit 1878 faßte Philippson in die Worte: „Unter solchen Umständen kann es auch nicht verwundern, daß in Deutschland das Hetzen und Wühlen gegen die Juden aufs Äußerste gestiegen und wie eine wahre Epidemie alle Parteien ergriffen hat, welche der bisherigen liberalen Richtung des Deutschen Reiches feindlich entgegentreten, und dies sind eben alle Parteien außer der zusammengeschmolzenen liberalen selbst.“³⁵

Am prägnantesten drückte damals Paulus Cassel den Zusammenbruch der Hoffnungen auf eine Lösung der Judenfrage in Deutschland aus, wenn er in einer Flugschrift gegen Heinrich von Treitschke schrieb: „Als die Schranken fielen, glaubten sie, sei auch das Vorurteil gefallen; als sie wählen konnten, glaubten sie, daß man sie auch wirklich liebe.“³⁶ Die Enttäuschung war nun um so bitterer.

³⁰ AaO 1878, S. 455.

³¹ AaO 1879, S. 689.

³² AaO.

³³ Wenn in dieser Situation Philippson bemerkte, daß nun die Juden „erst recht an den Liberalismus gefesselt“ würden (AZJ 1878, S. 455), hat damit wohl das Wort „Liberalismus“ für ihn eine neue Bedeutung angenommen. In den ersten Jahren der jüdisch-liberalen Weggemeinschaft hatte Philippson „liberal“ einfach als „national-liberal“ verstanden. Jetzt aber hieß es bei ihm: „Die Grenzen und das Wesen der liberalen Partei haben sich doch in der jüngsten Zeit so schwankend und unzuverlässig gezeigt, daß man mit einer so allgemeinen Bezeichnung irregehen könnte.“ Entgegen seiner bisherigen Gewohnheit, die Nennung offizieller Parteien zu vermeiden, konnte er jetzt nicht mehr umhin, als spezifisch liberal nur noch die Fortschrittspartei und die Sezessionisten zu bezeichnen. AZJ 1881, S. 284.

³⁴ Diese Ausdrücke sind dem Aufsatz von *Samuel Lublinski*, *Der Antisemitismus*, entnommen. Schriften, S. 97 f.

³⁵ AZJ 1879, S. 66.

³⁶ *Cassel*, *Wider Treitschke*, S. 19. Selig Cassel hatte sich nach der 48er Revolution

Es scheint, als habe gerade Treitschkes Eingreifen in die Diskussion um die Judenfrage die bis dahin in ihrer großen Mehrzahl nationalliberalen Juden besonders erschüttert, vielleicht weil die Stimme dieses als Politiker und als Wissenschaftler gleichermaßen geachteten Mannes ihnen die Wendung zum Schlimmeren erschreckend verdeutlichte³⁷. Doch fehlte es auch sonst nicht an Gefahrenzeichen, und die im Jahre 1880 beginnende antisemitische Petitionsbewegung zur Aberkennung der jüdischen Gleichberechtigung war gewiß eine Warnung, die von niemandem übersehen werden konnte³⁸. So wurde die hoffnungsreiche Periode des gemeinsamen Weges der Nationalliberalen und der Juden nun abgelöst von einer immer deutlicher hervortretenden Tendenz der Juden zur linksbürgerlichen und zur sozialdemokratischen Opposition.

Dieser Prozeß der politischen Umorientierung wurde dadurch beschleunigt, daß die nationalliberale Rumpfpartei sich kaum am Kampf gegen die stetig zunehmende antisemitische Hetze beteiligte³⁹, und Bismarck den Antisemitismus eher begünstigte, „weil er, als ein untrüglicher Kenner der deutschen Volksseele, auch in dieser allgemeinen Judenhetze ein geeignetes Mittel zur Sprengung der liberalen Partei“ gefunden hatte⁴⁰. Zwar wollte die Regierung keineswegs eine radikale Behandlung oder gar gewaltsame Lösung der Judenfrage fördern, sie sorgte aber auf administrativem Wege für Entfernung der

taufen lassen und wurde zur Stütze der Christuskirche und der Judenmission. Politisch war er konservativ und gehörte viele Jahre dem Preußischen Landtag an.

³⁷ Vgl. AZJ 1880, S. 818.

³⁸ Auf der deutsch-politischen Szene der 80er und 90er Jahre spielten die Antisemitenparteien noch keine erhebliche Rolle, und der Radauantisemitismus der Straße erzielte nur an gewissen Orten, und nur gelegentlich, Erfolge größeren Umfanges. Bei den Wahlen waren fast nie mehr als eine Viertelmillion Stimmen auf die Antisemiten vereint, und dies war auch die ungefähre Zahl der Unterschriften unter ihrer Petition. Es läßt sich nicht nachweisen, daß die radikalantisemitische Rassenpropaganda damals direkte politische Erfolge zeitigte. Zwar mußte die bloße Tatsache, daß eine antisemitische Agitation überhaupt Erfolge erzielen konnte, ohne von den Behörden unterdrückt zu werden, schwerste Konsternation in jüdischen Kreisen erregen, doch war eine andere, damals weniger beachtete Entwicklung folgenreicher: die Ausbreitung eines latenten, „inoffiziellen“, christlichen oder gar „liberalen“ Antisemitismus in weitesten Schichten der deutschen Bevölkerung, zum guten Teile Ergebnis des politischen Antisemitismus dieser Jahrzehnte. Dazu s. *Tal*, Diss., S. 180–186 und S. 202 bis 215. Jetzt auch seine Aufsätze, s. Bibliographie.

³⁹ Seit den Wahlen des Jahres 1884, und besonders seit den „Kartellwahlen“ des Jahres 1887 schlossen die Nationalliberalen sogar häufig Wahlbündnisse mit antisemitischen Kandidaten, und in manchen Wahlbezirken verschmähten sie nicht, selber antisemitische Töne in ihrer Propaganda anzuschlagen.

⁴⁰ *Kastan*, Berliner Erinnerungen, S. 142. Dieses Urteil wird von *Massing* übernommen. Er bezeichnet Bismarck als den „ersten großen Manipulator des Antisemitismus im modernen Deutschland... und zwar gerade deswegen, weil er weder rassistische noch religiöse Vorurteile gegen Juden hatte und die Juden als solche gar nicht sein Ziel waren, als er die antisemitische Agitation unterstützte“ (S. 47).

Juden aus gewissen Schlüsselpositionen in Verwaltung und Justiz⁴¹. Da auch Wirtschafts-, Industrie- und Bankpositionen zunehmend versperrt wurden, hatte die politische Krise eine nachweisliche Stagnation der wirtschaftlichen Entwicklung der Juden zur Folge⁴². Die Angriffe der Judengegner mußten um so „tiefer und schmerzlicher berühren, . . . als die Geschlossenheit jüdischer Gemeinsamkeit . . . sich verloren hat und jede Unbill deshalb als eine das einzelne Subjekt treffende, uns persönlich meinende, gefühlt wird“⁴³.

Von nun an bildete „die gemeinsam empfundene Verfolgung“ den „einigen Kitt“ des Judentums⁴⁴, und das um so ausschließlicher, als es der jüdischen Gemeinschaft an ideologischer Kraft, aber auch an rechtlichen und organisatorischen Schutzmitteln zu einem erfolgreichen Abwehrkampf fehlte. Was der einzelne auch immer als Ausweg versuchen mochte, beschleunigte nur die Atomisierung der Kräfte im jüdischen Lager. Zugleich entwickelte sich in den einzelnen, bei all ihrer Entfernung vom Judentum, eine extreme Empfindlichkeit, die sich sowohl in übertriebenem Stolz auf die Erfolge der „Glaubensgenossen“⁴⁵ als auch in übertrieben ängstlicher Ausschau nach den Reaktionen der Nichtjuden und in der Furcht vor „Rischuss“ ausdrückte⁴⁶.

Die antisemitische Welle hatte die Juden Deutschlands aus ihrer „Saturiertheit“ aufgerüttelt, die geistige Wiedererweckung aber blieb zunächst aus⁴⁷. Der Schock hatte sie gelähmt und ließ viele nur noch wünschen, „nicht als Jude angesehen und betrachtet zu werden“⁴⁸. Jedenfalls waren sie „durchweg unorganisiert. Gleichwie keine jüdische Phalanx eingetreten war, die Emanzipation zu erkämpfen, so war keine da, sie zu verteidigen“⁴⁹.

Die Charakterisierung trifft nicht nur auf die innerjüdischen Verhältnisse, sondern auch auf die allgemein-politische Orientierung der Juden zu. Die „Phalanx“, innerhalb derer man Emanzipation und Weggemeinschaft, als Deutsche unter Deutschen, gesichert geglaubt hatte – die nationalliberale Partei – war gespalten. Nun fehlte es im politischen Bereich an einer starken Gruppe, bei der man Rückhalt finden konnte, ohne ihr dadurch den Stempel

⁴¹ Dazu kam die gänzliche Entfernung der Juden aus dem preußischen Reserveoffiziersstand, auf die sie besonders empfindlich reagierten.

⁴² Es ist nachweisbar, daß die Juden den Höhepunkt ihres wirtschaftlichen Einflusses in Deutschland 1878 bereits überschritten hatten.

⁴³ AZJ 1882, S. 587.

⁴⁴ Leon, S. 7.

⁴⁵ Beispielsweise nahmen jüd. Zeitungen Gerüchte über jüdische Vorfahren gewisser Politiker gern auf, auch wenn sie unbegründet waren, wie bei Dr. Lucius oder Finanzminister Bitter (ISWOS 1879, S. 263). Besonders häufig wurde die allbekannte jüd. Abstammung der preußischen Minister Friedenthal und Friedberg (AZJ 1879, S. 725) und des Reichsgerichtspräsidenten Eduard v. Simson erwähnt (Israelit 1881, S. 621).

⁴⁶ Das Wort „Rischuss“ findet sich häufig in den Spalten der Israelitischen Wochenschrift, vgl. ISWOS 1880, S. 429.

⁴⁷ Franz Rosenzweig in seiner Einleitung zu *Hermann Cohens* Jüd. Schriften, Berlin 1924, Bd. I, S. XXI.

⁴⁸ Rülff, S. 53

⁴⁹ Eugen Fuchs in: IDR 1905, S. 560.

einer „Judenpartei“ aufzudrücken. Jüdisches Eintreten für eine politische Gruppe wurde seit dem Ausbruch der Krise im Jahre 1878 nicht mehr als Zeichen des Zusammengehens von Deutschen und Juden, sondern als Beweis jüdischer Interessenpolitik angesehen. Seit der „Neuen Ära“ hatten die Juden geglaubt, sie seien diesem Vorwurf entgangen⁵⁰, jetzt aber drängte sie der Antisemitismus wieder in jene Verteidigungsstellung zurück, von der aus sie einst ihren Weg in die deutsche Politik angetreten hatten.

Wenn sich auch gewiß nicht alle Juden von dieser Krise bis ins Innerste erschüttern ließen, mußte doch wohl ein guter Teil von ihnen damals im tiefsten Herzen von der Verzweiflung angerührt sein, der Berthold Auerbach mit unbarmherziger Schärfe Ausdruck gab, als er das, was das Leid seines Lebens und zwei Generationen später die Tragödie *aller* „deutschen Bürger jüdischen Glaubens“ werden sollte, in die bitteren und schicksalsschweren Worte zusammenfaßte: „Vergebens gelebt und gearbeitet!“⁵¹

2. VOM NATIONALLIBERALISMUS ZUR FORTSCHRITTLICH-FREISINNIGEN VERTEIDIGUNGSSTELLUNG

Der zehn Jahre lang andauernde Versuch der Juden, im Nationalliberalismus eine gemeinsame politische Plattform mit der Mehrheit der Deutschen zu finden, war gescheitert. Wie die Dinge standen, blieb ihnen politisch kaum eine andere Wahl, als zum fortschrittlich-freisinnigen Flügel zurückzukehren. Damit standen sie in ihrer Mehrheit aber wiederum im oppositionellen Lager.

Der erste, der 1880 klar erkannte, daß der alte „Fortschritt“ nun eine Art politischer „Judenschutztruppe“ geworden sei, war der getaufte Paulus Cassel. Man „klopft . . . jetzt auf die Juden“, so schreibt er, „um der Fortschrittspartei weh zu tun“¹. Er hätte ebensogut das Gegenteil feststellen können, denn die Fortschrittlich-Freisinnigen wurden von den Antisemiten jetzt gern und häufig als „Judengenossen“ attackiert².

Doch muß man sogleich darauf aufmerksam machen, daß die Juden der Fortschrittspartei und dem späteren „Freisinn“ nicht in gleichem Maße Gefolgschaft leisteten, wie vorher den Nationalliberalen. Ein Teil der Juden

⁵⁰ Allerdings hatte Constantin Frantz bereits 1874 den Nationalliberalismus mit jüd. Vorherrschaft in Deutschland gleichgesetzt. S. seine Flugschrift „Der National-liberalismus und die Judenherrschaft“.

⁵¹ Brief B. Auerbachs an Jakob Auerbach v. 23. 11. 1880. In: *Kobler*, Juden in Briefen, S. 271.

¹ *Wider Treitschke*, S. 9.

² ISWOS erwähnt diese und ähnliche Ausdrücke, z. B. in einem Bericht über eine Wahlrede Eugen Richters (1881, S. 32) und auch sonst gelegentlich in polemischen Artikeln, z. B. 1883, S. 496.

machte die Sezessionsbewegung nach links nicht mit, sondern verblieb bei der nationalliberalen Rumpfpartei. Andere, kleinere jüdische Gruppen schwenkten dagegen über den Fortschritt hinaus nach links zur Sozialdemokratie ab. Wieder andere machten eine radikale Wendung nach rechts zu den Freikonservativen, während ein noch zu schildernder Kreis jüdischer Politiker nunmehr eine Verbindung zum katholischen Zentrum suchte³.

Hier soll zunächst die Haltung des einflußreichen Sektors untersucht werden, der den Nationalliberalen und der Bismarckschen Linie bis in die neunziger Jahre hinein treu blieb. Mit Recht schrieb wohl Philippson, daß „Finanziers und Bankiers . . . in großer Zahl Schutzzöllner (sind), weil ihr Geschäft nur mit der Blüte der Großindustrie blüht, und sich nun einmal die Ansicht wieder verbreitet hat, daß die Großindustrie der Schutzzölle nicht entbehren könne“⁴. Der Bankier Carl Fürstenberg beispielsweise hielt es weiter mit den Nationalliberalen⁵. Andere Männer der Hochfinanz, wie Ludwig Max Goldberger, Max Steinthal, die Familie Salomonsohn-Solmssen und der Großunternehmer Eduard Arnhold, standen ihm nicht nach. Dem Bankier Gerson Bleichröder sprach Fürst Hohenlohe sogar erheblichen Einfluß auf die Handelspolitik der Regierung Bismarcks und auf die Einführung der Schutzzölle zu⁶.

Wie groß man auch den wirtschaftlichen Einfluß dieser offen für den Schutzzoll eintretenden jüdischen Gruppe veranschlagen mag, zahlenmäßig blieb sie klein, und ihr politisches Beispiel fand, wenigstens in den achtziger Jahren, nur ein geringes Echo in weiteren jüdischen Schichten. Wichtiger ist vielleicht, daß auch ein anderer, nicht spezifisch schutzzöllnerischer Kreis dem Nationalliberalismus treu blieb. Zu ihm gehörte u. a. der Präsident des Israelitischen Gemeindebundes, Jacob Nachod aus Leipzig. Erst nach seinem Tode im Jahre 1882 konnten, wie es hieß, „lauter Sezessionisten“ die Leitung des Gemeindebundes übernehmen⁷. Einige Intellektuelle, wie Moritz Lazarus und Levin Goldschmidt, deren Namen in der jüdischen Öffentlichkeit von Gewicht waren, traten für die nationalliberale Rumpfpartei auch dann noch offen ein, als diese schon mit Antisemiten eng verbündet war. Ihre Argumentation enthielt neben reichstreuen und allgemein patriotischen Beteuerungen ein stark apologetisches Motiv: Man wollte die in Regierungskreisen Anstoß erregende Verknüpfung von Juden und linksliberaler Opposition entkräften. „Es mußte notwendig etwas geschehen“, schrieb Lazarus nach den Wahlen des Jahres 1887, „um die von Feind und Freund einmütig gehegte Behauptung, daß Jude und Deutschfreisinnig notwendig eines ist, daß jeder Jude als Jude zur Opposition gehören muß, durch eine Tat niederzuschlagen“⁸. Für Gold-

³ Über das Verhältnis der Juden zu den kleineren Parteien und zum Zentrum, s. Abschn. F.

⁴ AZJ 1879, S. 562.

⁵ Fürstenberg, S. 470.

⁶ Jöhlinger, S. 94.

⁷ ISWOS 1882, S. 328.

⁸ Lazarus, An die deutschen Juden, S. 7.

schmidt und andere, die ebenso dachten wie er, war außer dieser Erwägung auch die Furcht vor dem Sozialismus ein Grund, der sie veranlaßte, im nationalliberalen Lager zu verbleiben. Goldschmidt hegte die ausgesprochene Überzeugung, „daß das Gros unserer liberalen Partei die Gefahr (des Sozialismus) weitaus unterschätzte“, und von daher rührte sein Entschluß, „das Zusammengehen mit der Fortschrittspartei abzulehnen“⁹.

Ähnliche Überlegungen mochten auch bei dem ursprünglich fortschrittlichen Schriftsteller und Journalisten Max A. Klausner für seine politische Rechtsschwenkung maßgebend gewesen sein. Seine rechtspolitische Einstellung verschaffte ihm den Zugang zu vielen Regierungskreisen und brachte ihn schließlich sogar, über den Nationalliberalismus hinweg, in den Bereich der großindustriellen Interessen und der von Krupp subventionierten Presse¹⁰.

Ein anderer jüdischer Vorkämpfer für die Bismarcksche Linie in der Presse wurde der Hamburger Gustav Tuch, der ein eigenes Blatt „Der Botschafter“ gründete, um den Zollanschluß der Hansestadt an Bismarcks Schutzzollsystem befürworten zu können¹¹. Bismarcktreu war gleichfalls der langjährige Mitarbeiter der Kölnischen Zeitung S. Gumbinner¹². Selbst der fortschrittlich gesinnte Leopold Ullstein ließ das von ihm aufgekaufte schutzzöllnerische „Neue Berliner Tageblatt“ noch eine Zeitlang als Abendzeitung unter dem Namen „Deutsche Union“ erscheinen, ohne die Politik des Blattes zu ändern. Allerdings schuf er sich selber wenige Monate darauf mit seiner freihändlerischen und fortschrittlichen „Berliner Zeitung“ ein ideologisch und wirtschaftlich wirksames Konkurrenzorgan, das die „Union“ sehr bald ausschaltete¹³.

Es ist nicht leicht, einen Überblick darüber zu gewinnen, wie groß die Kreise waren, die auch während des Umschwungs weiter zum Nationalliberalismus hielten oder kurz darauf wieder zu ihm zurückfanden. Es gab Juden von starker persönlicher Anhänglichkeit an Bismarck¹⁴, die in ihm die „Inkarnation des Deutschtums“ sahen¹⁵ und sich damit trösteten, daß Bismarcks Animosität nur gegen „die Firma Lasker, Bamberger, Wolffson“¹⁶ und die fortschrittliche Presse gerichtet sei, während er *persönlich* „mit dem Antisemitismus nichts gemein“ habe¹⁷. Der Fürst und seine Gemahlin, sagte man gern, „beehren jüdische Handwerker, Kaufleute und Künstler“¹⁸, und ein jüdischer Rechtsanwalt und Arzt¹⁹ würden oft von ihnen zu Rate gezogen. Andere

⁹ Goldschmidt, Lebensbild, S. 409 f.

¹⁰ Vgl. Brief Richard Mayers an Alfred Klee v. 12. 11. 1899, ZZAJ/A-117, Mappe K-O.

¹¹ AZJ 1909, S. 76.

¹² Jöhlinger, S. 87.

¹³ Mendelssohn, S. 70-73.

¹⁴ Vgl. über Bismarcks Nachbarn, den Papierfabrikanten Behrend aus Köslin, in: ISWOS 1881, S. 378.

¹⁵ Tuch, S. 13.

¹⁶ Artikel d. Norddeutschen Allgemeinen Zeitung, zit.: AZJ 1880, S. 325.

¹⁷ Israelit 1887, S. 380. ¹⁸ AaO.

¹⁹ ISWOS 1881, S. 21.

Juden, wie der Vorsitzende der Berliner jüdischen Gemeinde, gaben sich weniger naiv und räumten sogar ein, daß der Vorwurf, Bismarck gehöre zu den Urhebern des Antisemitismus, „ganz unberechtigt... nicht sein“ dürfte, „allein an den genialen Staatsmann ist ein anderer Maßstab anzulegen, als an andere Sterbliche“, und darum sollten die Juden trotz allem fleißig zu Bismarcks siebzigstem Geburtstage spenden²⁰ – was viele dann wohl auch taten. Wieder andere, politisch artikuliertere Kreise, für die etwa Levin Goldschmidt maßgebend sein kann, fanden zwar die Schutzzollpolitik schädlich, „soweit sie nicht die um die Stärkung des Reiches willen notwendigen finanzpolitischen Zwecke verfolgt“, glaubten aber sonst die Bismarcksche Politik zur Förderung der „starken, ausgleichenden Macht des Königtums“ als unterstützenswerte Sache „auch gegen eine Welt von Neidern und von Feinden aufrecht erhalten“ zu müssen²¹. Als daher bei den sogenannten Kartellwahlen des Jahres 1887 die Militärvorlage im Mittelpunkt des Wahlkampfes stand, wird wohl die nationalliberale Partei eine gewisse Anzahl jüdischer Stimmen von den Deutschfreisinnigen, die dem Bismarckschen Militärbudget opponierten, zurückgewonnen haben.

Trotzdem wurde der Nationalliberalismus nicht wieder zum Standort der jüdischen Mehrheit. In Berlin blieben wahrscheinlich nur die Männer der Hochfinanz, gewisse Gemeindegrößen und eine Anzahl intellektueller Einzeltäger der nationalliberalen Parteilinie unverändert ergeben. Ähnliches scheint auf die altpreußischen Provinzen zuzutreffen, wie aus vereinzelt Berichten über nationalliberale Honoratioren, vor allem Rabbiner, ersichtlich ist, die in betontem Loyalismus auch nach 1879 noch „reichstreue“ Wahlparolen ausgaben²². Daß diese Männer aber damit die politische Haltung ihrer Gemeinden beeinflußt hätten, geht aus den zeitgenössischen Berichten nicht hervor.

In den neupreußischen Provinzen und in den außerpreußischen Ländern hingegen scheint die Neigung der jüdischen Bevölkerung zum Nationalliberalismus nach 1878 zunächst kaum schwächer geworden zu sein, vielleicht schon deshalb, weil die antisemitische Hetze außerhalb Berlins nur langsam an Boden gewann. Jedenfalls lassen sich aus diesen Bezirken für die achtziger Jahre viele Belege für fortdauernde Beziehungen zwischen Juden und Nationalliberalen beibringen: Eine Zuschrift aus Altona, die in der AZJ abgedruckt wurde, identifiziert sich im Jahre 1882 ausdrücklich mit den „staatssozialistischen Plänen, welche der Reichskanzler Deutschlands, Fürst Bismarck, heute zu realisieren bestrebt ist“, und fordert volle Unterstützung „der kräftigen Hand, die das Staatsgetriebe regelt und ordnet“²³. Dem „Israelit“ wurde vor den Wahlen des Jahres 1881 aus Frankfurt a. M. geschrieben, es sei falsch,

²⁰ AZJ 1885, S. 101 f.

²¹ Goldschmidt, Zur Reichstagswahl, S. 9 f. und S. 25.

²² Vgl. ISWOS 1882, S. 328.

²³ AZJ 1882, S. 588.

„gegen die Regierung“ zu stimmen, „weil die Regierung gegen uns ist. Wie wäre es aber, wenn die Regierung gegen uns wäre, weil wir gegen sie gestimmt haben?“²⁴ Mit dieser Argumentation sagten sich orthodoxe Kreise Frankfurts nicht nur von dem langjährigen, meist mit vielen jüdischen Stimmen gewählten demokratischen Vertreter der Stadt, Leopold Sonnemann, los, sondern ließen auch den Sezessionisten Eduard Lasker, den Vater des Austrittsgesetzes, fallen, um wieder zur Linie des traditionellen jüdischen Loyalismus zurückzukehren. So ist für die Wahl des Jahres 1887 belegt, daß „die Häupter der strenggläubigen Gemeinde in Frankfurt an der Spitze des nationalliberalen Aufrufs“ standen²⁵. Im benachbarten Darmstadt blieb die Beziehung zwischen Juden und Nationalliberalen gleichfalls sehr eng, da der Bankier Otto Wolfskehl, der Vater des Dichters, zu den führenden rechten Parteikreisen gehörte, die er im Hessischen Landtag vertrat, bis er im Jahre 1897 von ihnen fallen gelassen wurde²⁶.

Die Spannungen zwischen der jüdischen Wählerschaft und der nationalliberalen Partei waren jedoch bereits seit den Reichstagswahlen des Jahres 1884 akut geworden, als der Hofprediger Stöcker bei den Stichwahlen in Siegen hauptsächlich durch die aktive Unterstützung der Nationalliberalen sein Mandat erlangte. Daran wird wohl das System der Stichwahlen zwischen den zwei Kandidaten, die im ersten Wahlgang die meisten Stimmen auf sich vereinigt hatten, mitgewirkt haben, das jeglichem Handel zwischen den Parteien geradezu Vorschub leistete. Jedenfalls aber stellte die Tatsache des nationalliberalen Stichwahlabkommens mit den Antisemiten viele Juden, die eigentlich für die Regierung hätten stimmen wollen, vor einen schweren Gewissenskonflikt. Allerdings fehlte es auch nicht an jüdischen Stimmen, die davor warnten, „die ganze nationalliberale Partei für die Fehler einer größeren oder kleineren Zahl ihrer Freunde in Siegen solidarisch haftbar“ zu machen²⁷, und die auch weiterhin eine Stimmabgabe für die Nationalliberalen mit dem Hinweis empfahlen, daß „wir unsere Gleichstellung der Initiative der Regierung verdanken. . . Wir sind . . . weit entfernt, nur eine Frage an den Kandidaten zu richten (nämlich, wie er zum Antisemitismus stehe) und alle anderen dahinter zurückstehen zu lassen. . . Alles was unser deutsches Vaterland bewegt, findet einen treuen Widerhall in unserem Herzen. . .“²⁸

Das war offensichtlich die Ansicht des orthodoxen Rabbiners von Wiesbaden, der bei den Kartellwahlen in das nationalliberale Wahlkommittee eintrat²⁹, und ähnlich wie er dachten, besonders außerhalb Preußens, noch viele andere. In ziemlicher Einmütigkeit scheinen die Juden Hannovers nationalliberal gewählt zu haben. Ein dortiger Korrespondent der AZJ betonte aus-

²⁴ Israelit 1881, S. 825 f. Allerdings identifizierte sich die Redaktion nicht voll mit dem Inhalt der Zuschrift.

²⁵ AaO 1887, S. 291.

²⁷ AZJ 1884, S. 781.

²⁹ ISWOS 1887, S. 60.

²⁶ AZJ 1897, S. 88 und IDR 1897, S. 107.

²⁸ AaO, S. 703.

drücklich anlässlich der Auseinandersetzung über das Eintreten von Moritz Lazarus und Levin Goldschmidt für antisemitische Kartellkandidaten im Jahre 1887, beide hätten sich gar nicht so laut gegen die Behauptung wenden müssen, „daß die deutschen Juden sämtlich der deutsch-freisinnigen Partei angehören“. Denn das entspräche, jedenfalls für Hannover, sowieso nicht den Tatsachen: „Die hiesigen Juden gehören der Mehrzahl nach der nationalliberalen Partei an und haben für deren Kandidaten gestimmt, ja eine ganze Anzahl derselben hatte den nationalliberalen Wahlauf Ruf unterzeichnet.“³⁰

Zur Zeit der Kartellwahlen verzeichnete der „Israelit“ auch für Süddeutschland die „notorische Tatsache“, daß „die überwiegende Mehrheit unserer Glaubensgenossen . . . für den Regierungskandidaten eingetreten“ sei³¹. Für Württemberg gibt es gleichfalls manche Belege für das Verbleiben einer Anzahl von Honoratioren, darunter der Bankiersfamilie Kaulla, im Lager der Nationalliberalen. Aus Baden kennen wir immerhin vier klare Zeugnisse für die Unterstützung der Nationalliberalen durch die dortigen Juden: Das Eintreten des Heidelberger Bezirksrabbiners Sondheimer für einen Kartellkandidaten mit der Begründung, die Juden seien überwiegend nationalliberal³²; die Wahl des Professors Victor Goldschmidt zum nationalliberalen Stadtverordneten für Heidelberg³³; die Autobiographie von Jacob Picard³⁴, der ausdrücklich feststellt, daß die meisten Gemeindemitglieder seiner Heimatstadt Wangen noch um 1900 nationalliberal wählten, und endlich die in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ bestätigte Agitation der Juden von Bruchsal für die reichstreuen Parteien³⁵ bei den Kartellwahlen des Jahres 1887. Diese Quellen genügen für den Nachweis, daß „vielfach im südlichen und westlichen Deutschland . . . unsere Glaubensgenossen in großer Zahl“ der nationalliberalen Rumpfpartei bis in die neunziger Jahre verbunden blieben³⁶ und nicht zum oppositionellen „Freisinn“ übergingen.

Trotzdem war die Freisinnige Partei nach 1878 unzweifelhaft der eigentliche politische Standort der meisten Juden in Deutschland. Seine Begründung war einfach. Man brauchte ja nur darauf hinzuweisen, daß zu der Zeit, „als die antisemitische Flut . . . im Steigen war, die Konservativen sie beförderten und benutzten . . ., die Nationalliberalen aber sich neutral verhielten und schwiegen“, allein „die Männer des Fortschritts . . . gegen die . . . Antisemiten mit aller Kraft auftraten“³⁷. Die Mehrzahl der politisch-aktiven Juden, die jahrzehntelang den Liberalismus unterstützt hatte, konnte unter den veränderten Verhältnissen nur feststellen, „daß die Deutsch-Freisinnigen . . . sich nun als die echten Erben jenes Liberalismus bewährt haben, der für uns Juden

³⁰ AZJ 1887, S. 169.

³¹ Israelit 1887, S. 291.

³² ISWOS 1890, S. 71 und S. 76 f. In der ersten Q. ist der Name verdruckt.

³³ IDR 1896, S. 331.

³⁴ S. 284.

³⁵ Zit. in: Israelit 1887, S. 291.

³⁶ JPR 1890, S. 117.

³⁷ AZJ 1887, S. 196.

die Gleichberechtigung errungen hat“³⁸. So bewirkten die Angriffe der Antisemiten „gerade das, was sie heuchlerischer Weise immer als Vorwurf erhoben: die Identität der Liberalen und der Juden“³⁹; nur daß „die Liberalen“ nach 1878 nicht mehr durch die rechte Restgruppe des Nationalliberalismus, sondern durch die radikaleren Sezessionisten und Fortschrittler repräsentiert wurden.

Einige wenige Beispiele sollen zeigen, daß sich die Juden nun immer offener mit der fortschrittlich-freisinnigen Linken identifizierten. Ein oberschlesischer Rabbiner, der früher nationalliberal, vielleicht sogar freikonservativ gewesen war, schrieb im Jahre 1884, er müsse wie Mose und Jithro sprechen: „Wählet Männer Eures Vertrauens... Nach den traurigen Erfahrungen der letzten Jahre... halten wir Juden die Deutsch-Freisinnigen für die unseres Vertrauens würdigsten Persönlichkeiten.“⁴⁰ Der „Israelit“, der seit 1878 in politischen Dingen sehr vorsichtig war, erklärte sich 1883 in einem Leitartikel unter dem Titel „Judentum und Liberalismus“⁴¹, wenn auch in etwas gewundener Form, nun ebenfalls für den liberalen Staat; das gleiche tat später die Berliner orthodoxe „Jüdische Presse“⁴².

Wenn sogar die Orthodoxie es für geboten hielt, linksliberale Parolen auszugeben, so ist nicht weiter verwunderlich, daß die Mehrzahl der indifferenten oder religiös-liberalen Juden nach 1878 fortschrittlich-freisinnig wählte. Sie taten es offensichtlich häufig mit innerem Widerstreben. Bernhard Guttmann sagt in seinen Erinnerungen: „Sie wählten wohl die Freisinnigen, wußten aber die straffe und ehrliche Verwaltung zu schätzen“.⁴³ G. Mayer schreibt, daß seine Eltern „als Liberale an der inneren Politik des Reichskanzlers vieles aussetzten“, sich dabei aber durchaus als staatsreu empfanden. Der Sohn dagegen war, seit er zu denken vermochte, also gerade seit der Zeit der Verbindung der Juden mit den Freisinnigen, durchaus „fortschrittsgläubig“⁴⁴. Franz Oppenheimer berichtet aber schon über seine Eltern, sie seien „gut fortschrittlich gesinnt“ gewesen⁴⁵. Mayers Eltern waren kleinbürgerliche Provinzler, die wohl vor dem Umschwung bismarcktreu wählten und erst 1878 zu den Linksliberalen übergingen, während Oppenheimers Vater, als intellektueller Berliner und Prediger der Reformgemeinde, vielleicht von vornherein den alten Fortschritt gegen Bismarck unterstützt hatte.

Den Übergang zu den Freisinnigen vollzogen besonders diejenigen *Intellektuellen*, die mit Lasker und Bamberger im Jahre 1867 nationalliberal und bismarcktreu geworden waren, und die nun, wie „viele von den Besten und Besonnenen, ausschließlich in den deutschfreisinnigen Gedankenkreis hinüber

³⁸ *Berliner*, Lazarus und die öffentliche Meinung, S. 31, ebenso ISWOS 1887, S. 81 ff.

³⁹ AZJ 1881, S. 1.

⁴⁰ ISWOS 1885, S. 4.

⁴¹ *Israelit* 1883, S. 181 f.

⁴² JPR 1890, S. 118.

⁴³ *Guttmann*, S. 248.

⁴⁴ *G. Mayer*, Erinnerungen, S. 5, 7.

⁴⁵ *F. Oppenheimer*, Wissenschaftlicher Weg, S. 10.

gedrängt“ wurden⁴⁶. Ein typischer Vertreter dieses Kreises war Arthur Levysohn, der getaufte Sohn des Achtundvierzigers Friedrich Wilhelm Levysohn aus Grünberg. Anfang der siebziger Jahre diente er der Bismarckschen Sache als offiziöser Journalist⁴⁷, wurde aber nach dem Umschwung als Redakteur des „Deutschen Montags-Blattes“ wegen Übertretung des neuen Press-Gesetzes in Plötzenssee als der „Gefangene des Kanzlers“⁴⁸ inhaftiert und durfte dort die Folgen seiner Meinungsänderung überdenken. Später, als Redakteur des Berliner Tageblattes, blieb er auf der linksliberalen Linie.

Während das Eintreten der jüdischen Gesamtheit für die fortschrittlich-freisinnige Partei, und in Süddeutschland für die demokratische Volkspartei, zahlenmäßig geringer gewesen sein muß, als früher ihre Anhängerschaft an den Nationalliberalismus, zeichnet sich die Neuorientierung der jüdischen Wortführer diesmal wesentlich klarer ab als zuvor. Die jüdischen Zeitungen sagten nun offen, daß nur die Fortschrittspartei jüdische Reichstags- und Landtagskandidaten aufgestellt habe⁴⁹ und sie dann auch durchzubringen vermochte. Sie verbargen nicht mehr, daß die jüdischen Wähler erheblich zum Erfolge der Freisinnigen beitrügen⁵⁰ und gaben wiederholt ganz eindeutig freisinnige Wahlparolen aus⁵¹.

Dadurch trug die jüdische Presse allerdings zur Vertuschung der fortbestehenden politischen Nuancen unter den Juden bei. Es ist unrichtig, wenn neuerdings behauptet wird, daß „die jüdischen Interessen fest auf seiten der Manchesterschule des laissez-faire verankert waren“⁵². Zwar gab es Juden, die wegen der Frage des Schutzzolles zur Sezession und zum Freisinn übergingen, wie Isaak Wolffson aus Hamburg, dessen „mannhaftes Auftreten dem Reichskanzler gegenüber“, als er einen „Teil Hamburgs dem Zollverein anzuschließen“ beabsichtigte, ihm den Dank des liberalen Wahlvereins der Hansestadt eintrug⁵³. Auch gab es Apologeten, die offen bekannten, daß die Juden, da sie keine Agrarier seien, „überwiegend dem Freihandelsystem zuneigen“⁵⁴. Doch fanden sich oft solche, die, wie Maximilian Harden, erklärend darauf hinwiesen, daß die Juden *gezwungen* gewesen seien, „den besten Teil ihrer geschichtlichen Überlieferungen . . . (zu) verleugnen, um nach Manchester zu pilgern“⁵⁵. Diese Meinungsäußerung hat schon deswegen einiges Gewicht, da Harden gerade eine Verteidigung der jüdischen Sache recht fern lag. Zur Unterstützung seiner Anschauung kann angeführt werden, daß auch Ludwig

⁴⁶ Lazarus, An die dt. Juden, S. 18.

⁴⁷ Jöblinger, S. 87.

⁴⁸ HNBJ/Mappe A. Levysohn, Brief v. 24. 7. 1882.

⁴⁹ AZJ 1879, S. 760 u. v. a. Allerdings stellten die Nationalliberalen gelegentlich jüdische Kandidaten zu Munizipalwahlen auf.

⁵⁰ AZJ 1887, S. 776.

⁵¹ Z. B. AZJ 1881, S. 284; ISWOS 1890, S. 17.

⁵² Dieses Zitat entstammt einer m. E. verallgemeinernden und vereinfachenden Darstellung der Verhältnisse von jüdischer Seite. (H. D. Schmidt, insbesondere S. 46.)

⁵³ ISWOS 1880, S. 182.

⁵⁴ AZJ 1900, S. 409.

⁵⁵ Zukunft, 28. 1. 1893, S. 150.

Philippon⁵⁶ und Lasker⁵⁷ den Schutzzoll als Symptom eines sich erneuernden aristokratisch-reaktionären Kurses in Deutschland bezeichneten, d. h. dem Sezessionismus beistimmten, ohne prinzipiell Anhänger des Manchestertums zu sein. Ebenso kann angeführt werden, daß auch manche jüdischen Bankiers die Schwenkung nach links, d. h. ins Lager der Freihändler, allein schon deshalb mitmachten, weil sie als Juden von der Schutzzollpartei „als ihre Gegner“ angesehen wurden⁵⁸. Sie hatten also, wie Harden schrieb, „keine Wahl“, denn nur im linksliberalen Lager „war das Banner der unbedingten Judenfreundlichkeit aufgepflanzt“⁵⁹.

Unterstützten nun aber die Juden den „Freisinn“ und die demokratische Volkspartei nur unter dem Zwang ihrer Situation? Auch das versuchten jüdische Apologeten zu behaupten. Es ist von einigem Interesse, daß aus solchen Gedankengängen heraus ein jüdischer Sozialist, Samuel Kokosky aus Braunschweig, mit unter den ersten die nationalliberale Partei wegen ihrer Konzessionen dem Antisemitismus gegenüber scharf kritisierte. Er erklärte: „Wären die Liberalen wirklich ‚liberal‘ geblieben, die Herren Stöcker und Genossen hätten keinen Raum gefunden.“⁶⁰ Da nun aber der Nationalliberalismus Stöcker habe hochkommen lassen, mußten die Juden zur Wahrung ihrer Interessen auf den linken Flügel abschwanken. Ein konservativer Jude aus Oberschlesien illustrierte diese jüdische Zwangslage mit dem Hinweis, daß sie von höheren Lehrämtern und von Verwaltungs- und Offiziersstellen ausgeschlossen seien, „welche die eigentliche Pflegestätte der konservativen Gesinnung bilden“. Hätte man ihnen diese Stellen offen gehalten, so würden die Juden selbstverständlich „die staatserhaltenden Parteien verstärken helfen“⁶¹. In gleichem Sinne schrieb der Nationalliberale Levin Goldschmidt an Bismarck, daß die Juden von den herrschenden Parteien so übel behandelt worden seien, daß dies „sie naturgemäß in die Arme des . . . Fortschritts treiben“ mußte. Sollte sich aber – so schloß er – das Verhalten zu ihnen ändern, so würde die Judenschaft wieder „in sehr zahlreichen Mitgliedern der Fahne der staatserhaltenden Parteien folgen“⁶². Der „Israelit“ drückte sein Unbehagen an der Situation mit den rückhaltlosen Worten aus, daß ein „förmlicher Zwang . . . die Juden auf die radikale Seite“ treibe, obwohl sie im Grunde konservativ gesinnt seien⁶³.

Die linksliberalen Juden konnten eine solche Beweisführung schon deshalb nicht gelten lassen, weil sie damit womöglich zugegeben hätten, daß ihr Eintreten für die Freisinnigen lediglich opportunistische Beweggründe gehabt habe, sie also unzuverlässige Bundesgenossen ihrer deutschen Parteifreunde

⁵⁶ AZJ 1881, S. 322.

⁵⁷ Lasker erklärte den Schutzzoll als ein Mittel „aristokratischer Politik“, zit.: *Lublinski*, S. 250.

⁵⁸ AZJ 1900, S. 409.

⁶⁰ Zit. *Eckert*, S. 71.

⁶² *Goldschmidt*, Lebensbild, S. 452 f.

⁵⁹ *Zukunft*, 28. 1. 1893, S. 150.

⁶¹ *Philagathos*, S. 21.

⁶³ *Israelit* 1892, S. 1957 f.

seien. Darum betonten sie jetzt ganz besonders die Gemeinsamkeiten jüdischer und freisinniger Auffassungen. Charakteristisch dafür ist, daß der einzige damals in der AZJ abgedruckte Teil irgendeines Parteiprogrammes gerade der Paragraph des deutsch-freisinnigen Programmes war, der alle die Forderungen enthielt, mit denen sich die Mehrzahl der Juden seit 1848 identifiziert hatte:

„Wahrung der Rechte des Volkes: Erhaltung des geheimen, allgemeinen direkten Wahlrechtes; Sicherung der Wahlfreiheit, insbesondere auch durch die Bewilligung von Diäten; Press-, Versammlungs-, Vereinsfreiheit; Gleichheit vor dem Gesetz ohne Ansehen der Person und der Partei; volle Gewissens- und Religionsfreiheit; gesetzliche Regelung des Verhältnisses zwischen dem Staate und den Religionsgesellschaften unter gleichem Rechte für alle Bekenntnisse.“⁶⁴

Die Anziehungskraft, die der „Freisinn“ auf viele Juden ausübte, wurde noch dadurch verstärkt, daß diese Partei – abgesehen von den Sozialdemokraten – als einzige die Rückkehr zur Idee des christlichen Staates prinzipiell ablehnte und ziemlich konsequent für Trennung von Staat und Kirche eintrat.

In steigendem Maße erregte zudem die Machtfülle der in Bismarcks Händen konzentrierten Staatsgewalt und das auf Ausschließlichkeit begründete deutsche Nationalitätsprinzip bei den Juden Befürchtungen in bezug auf den äußeren Frieden und im Zusammenhang damit auf die Wahrung der bürgerlichen Rechte. Daher folgten nun viele von ihnen den Parolen Richters und Rickerts, wenn sie auch stets dabei betonten, daß sie „deutsch-patriotisch gesinnt“ seien⁶⁵. Aus dem Bedürfnis, ihren Patriotismus herauszustellen, bedienten sich jüdische Linksliberale sogar gelegentlich der Zeugenschaft politisch rechtsstehender, allem Jüdischen längst entfremdeter Männer, wie der von den Fortschrittlern verpönten Kolonialisten Ernst Vohsen und Emin Pascha⁶⁶.

Die dauernd wiederholte politische Grundformel, auf die sich die meisten Juden einigen konnten, blieb auch jetzt, wie bereits zur Zeit der deutschen Einigung: „Wir sind Deutsche... wir sind es, können auch nichts anderes sein.“ Selbst der jüdische Abwehrkampf gegen den Antisemitismus wurde als eine *deutsch*-politische Aufgabe angesehen, die „direkt für das Vaterland, in seinem Dienst und in seinen Interessen“ durchzuführen sei⁶⁷. Wenn daher, so argumentierte man weiter, die antisemitische Agitation einen erneuten Zusammenschluß der Juden zur Folge habe, den man ihnen dann wieder als unpatriotische Haltung vorwerfe, solle man doch bedenken, daß gerade diese Hetze die jüdischen Bestrebungen zur „Assimilierung“, d. h. zu „einer wirklichen Verschmelzung und einem vollständigen Ineinanderleben“ mit den Deutschen, zunichte mache⁶⁸. Das Zusammenrücken der Juden sei schon

⁶⁴ AZJ 1884, S. 183.

⁶⁵ AaO 1879, S. 689.

⁶⁶ Vgl. z. B. aaO 1885, S. 275 f.; 1890, Nr. 23, Beil. S. 1; Israelit 1889, S. 257.

⁶⁷ Lazarus, Was heißt national, in: Treu und Frei, S. 70 f., und Unser Standpunkt, aaO, S. 127.

⁶⁸ Ludwig Loewe in der Debatte über Interpellation Hänel, in: Die Judenfrage im preuß. Abgeordnetenhaus, S. 139.

deshalb nicht negativ zu bewerten, da die Stärkung ihres Gemeinsinns und die Hebung ihrer sittlichen Kräfte dazu führe, daß sie „desto bessere Söhne des Vaterlandes, desto bessere Glieder der Nation“ würden⁶⁹. Es ist durchaus verständlich, daß gerade in solcher Abwehrargumentation der Fortschrittler Ludwig Loewe und der Nationalliberale Moritz Lazarus sich begegnen konnten.

Die Apologeten bemühten sich demnach, wie schon in früheren Reaktionsperioden, den Nachweis zu führen, daß die besten jüdischen und deutschen Interessen identisch waren, daher auch die „Judenfrage . . . nicht eine Frage der Juden, sondern der Deutschen“⁷⁰ sei. In diesem Sinne erklärten sie die Aufrechterhaltung der Gleichberechtigung und der Gewissensfreiheit „nicht für ein spezifisch jüdisches, sondern ein allgemein patriotisches Interesse“ und sahen dann in dieser Auffassung die Rechtfertigung dafür, sich eine einzige politische Sonderforderung vorzubehalten, nämlich die, „daß ein Jude *niemals* für einen antisemitischen Wahlkandidaten stimmen dürfe“⁷¹.

Jedoch enthüllte jeder Versuch zur Verwirklichung dieser Parole nur allzu schnell, daß die jüdischen Wähler sich in ein schweres Dilemma zwischen ihrem „patriotischen Interesse“ und den Erfordernissen des Abwehrkampfes gegen den Antisemitismus begeben hatten. Da seit den Wahlen des Jahres 1881 – und ganz besonders bei den sogenannten Kartellwahlen des Jahres 1887 – die rechten Nationalliberalen häufig und offen Wahlbündnisse mit antisemitischen Kandidaten eingingen, bedeutete die konsequente Ablehnung der Wahl von Antisemiten ein eindeutiges Eintreten der jüdischen Wähler für die „in dieser Beziehung stets korrekten“ Fortschrittlich-Freisinnigen⁷², was die Mehrheit der Juden tatsächlich so verstand und in die Tat umsetzte.

Das machte es aber den Antisemiten noch leichter, die Juden zusammen mit dem „vaterlandsfeindlichen“ Freisinn politischer Sonderbestrebungen zu beschuldigen, und insbesondere die fortschrittlichen Zeitungen als „Judenpresse“ hinzustellen, die, zum Nachteile des Vaterlandes, ausschließlich jüdischen Gruppeninteressen diene. Es half den Apologeten nichts zu versichern, daß freisinnige Politik und jüdische Forderungen gleichbedeutend mit dem Interesse des Vaterlandes seien. Man glaubte ihnen das nicht. Aus diesem Dilemma wurde die paradoxe Entscheidung von Moritz Lazarus geboren, der es bei den Kartellwahlen als seine Pflicht bezeichnete, einem „reichstreuen“ Antisemiten seine „Stimme zu geben, auch dann, wenn ich fürchten muß, daß das spezifische Interesse der Juden darunter leiden könnte“; er fügte gar noch hinzu, es sei sein „heißer Wunsch, daß recht viele, daß allmählich alle Juden“ so dächten wie er. Lazarus entging anscheinend, daß er, wenn auch auf der „reichstreuen“ Seite, aus der gleichen Gruppensituation heraus der gleichen politischen Entscheidung das Wort redete wie die freisinnig wählenden Juden:

⁶⁹ Lazarus, *Treu und Frei*, S. 127.

⁷⁰ L. Loewe, s. Anm. 68.

⁷¹ AZJ 1887, S. 162. Ähnlich ISWOS 1884, S. 326 und 1888, S. 305.

⁷² Goldschmidt, *Lebensbild*, S. 453 (in einem Brief an Bismarck).

der Stimmabgabe zugunsten der Apologetik. Nur glaubte er offenbar, er könne den Teufel mit Beelzebub austreiben und der Abwehr in den Reihen der zu den Antisemiten tendierenden rechten Nationalliberalen dienen. Seine Haltung blieb kein Einzelfall. Immer wieder las man damals in den jüdischen Zeitungen von Fällen, in denen Juden für Kandidaten stimmten, deren Haltung in der Judenfrage mindestens zweideutig war⁷³. Doch die Mehrheit wählte freisinnig. Allerdings wurden auch ab und zu Stimmen laut, die vor der schweren Wahl zwischen den von den Antisemiten als „Judenschutztruppen“ angeprangerten Freisinnigen und den von den Juden des Antisemitismus verdächtigten Nationalliberalen den Ausweg von „Reserve“, Zurückhaltung, „Defensive“, ja selbst *Wahlenthaltung*⁷⁴ empfahlen.

Aus dieser Abwehrsituation ergibt sich wohl, daß die Mehrzahl der Juden seit dem Ende des Zusammengehens mit dem Nationalliberalismus nicht so sehr unter *politischen* Gesichtspunkten links oder rechts wählte, sondern sich zu fragen gewöhnt hatte, „was dies Gutes oder Schlechtes für die Juden bringen könne“⁷⁵, – wobei man peinlich darauf bedacht war, „seine wahren Ansichten zu verbergen, die vom üblichen Muster abweichen mochten“⁷⁶.

Nicht zu dieser Vorsicht verpflichtet fühlten sich die Redakteure und Schreiber der linken Zeitungen, der von den Antisemiten so genannten „Judenpresse“. Soweit sie jüdischer Abstammung waren, durften sie offen für ihre Ansichten „im Namen hoher Prinzipien, nicht als Juden, sondern als Deutsche“ eintreten⁷⁷, – oder glaubten vielmehr, das tun zu dürfen. Die liberalen Zeitungen waren jedoch „keineswegs ein jüdisches Reservat“⁷⁸. Selbst wenn von den Berliner Blättern etwa 13–14% jüdische Redakteure oder Herausgeber hatten⁷⁹, oder wenn zutrifft, daß um 1890 an der Frankfurter Zeitung „auf den wichtigeren Posten ungefähr der dritte Teil von israelitischer Abkunft“ war⁸⁰, und obwohl es stimmt, daß die drei repräsentativen deutschen Zeitungshäuser in den Händen von Ullstein, Sonnemann und Mosse lagen, wurde dennoch, auch in der linksliberalen Presse, vorwiegend *das* geschrieben, was Millionen von Deutschen (und nicht nur ein Teil der halben Million Juden) lesen wollten. Mehr noch: Wäre, wie behauptet wird, der Journalist wirklich „auch an der Bildung, der Formung dieser öffentlichen Meinung führend

⁷³ Lazarus, An die dt. Juden, S. 12. Vgl. darüber auch meinen Aufsatz „Jüdische Parteigänger des Antisemitismus“, S. 323.

⁷⁴ S. z. B. AZJ 1887, S. 162. Man vermied jedoch eine entsprechende offizielle Parole, die ja als *jüdische* Politik aufgefaßt werden konnte und zudem den bevorzugten Freisinnigen Stimmen entzogen hätte. Als aber das Dilemma besonders um das Jahr 1903 fühlbarer wurde, scheint jüdische Wahlenthaltung aus Gewissensgründen häufiger geworden zu sein.

⁷⁵ G. Mayer, Erinnerungen, S. 14. M. mißbilligte diese Haltung (seiner Eltern), aber sie war wohl die in weiten Kreisen vorherrschende.

⁷⁶ Spier, S. 299.

⁷⁷ Schmidt, S. 46.

⁷⁸ Kahn, S. 233, ausgenommen vielleicht die Finanz- und Handelsteile.

⁷⁹ M. Philippon, Geschichte II, S. 12.

⁸⁰ Guttmann, S. 223 f.

tätig“ gewesen⁸¹, so hätte der Linksliberalismus mit der wachsenden Bedeutung seiner Presse ständig an Bedeutung zunehmen müssen. In Wahrheit war es aber umgekehrt: je höher die Auflageziffern der linksliberalen Zeitungen anstiegen, desto mehr ging der Einfluß der „verjudeten“ Ideologie überall, und nicht zuletzt unter den Juden selbst, zurück. Darauf hinzuweisen kam den Apologeten nicht in den Sinn, denn damit hätten sie die Schwäche der freisinnigen Position eingestanden. So versuchte man jüdischerseits, den Umfang des Anteils von Juden am Journalismus in Deutschland zu minimalisieren, mußte aber doch manchmal zugeben, daß Juden zu „verhältnismäßig starker literarischer Tätigkeit“ infolge der Schwierigkeiten gedrängt würden, „welche sich ihrer Tätigkeit im praktischen Berufsleben entgegenstellen“⁸².

Eine solche Argumentation konnte natürlich weder Freund noch Feind überzeugen. Sie bewies nur, wie prekär die politische Lage der Juden durch das Zusammengehen ihrer Mehrzahl mit dem Freisinn geworden war – ein Zusammengehen, das tatsächlich keiner freien politischen Entscheidung mehr entsprang, sondern der Reaktion auf den Umschwung der Bismarckschen Politik und auf die durch den Antisemitismus erzwungene Abwehrposition.

Müßig wäre, hier zu fragen, ob es die jüdische Situation hätte grundlegend ändern können, wenn Kaiser Friedrich III. länger als 99 Krankheitstage regiert hätte. Festgestellt werden kann aber, daß anscheinend nicht wenige Juden in ihrer „großen Liebe zu Kaiser Friedrich“ auf eine einschneidende Änderung hofften, da Friedrichs liberale Äußerungen ihm „schon als Kronprinz so starke Sympathien in allen Herzen erworben“⁸³ hatten, und da ein Mann vom Gewicht Ludwig Bambergers dem neuen Kaiser anscheinend nahe stand⁸⁴.

Gar manche Juden, und wohl auch viele nichtjüdische Freisinnige, wurden damals zuversichtlicher, da sie „mit Recht sagen“ zu können glaubten, „daß die besten Liberalen auch die besten Kaiserlichen“ seien. Vielleicht lag in der jüdischen Hinwendung zu Friedrich III. etwas von den Gedankengängen alter Achtundvierziger, die Bamberger als „Vermächtnis des Jahres 1848“ dahingehend zusammenfaßte, daß „ein bißchen Republikanismus... schon dazu (gehöre), um recht gut kaiserlich zu sein“⁸⁵.

Die jüdischen Hoffnungen auf Friedrich III. veranlaßten einen Korrespondenten der AZJ bei dessen Thronbesteigung zu dem Geständnis der Erleichterung⁸⁶: „Man hat wieder einen kräftigen Anhalt gewonnen, um dem übelwollenden Geiste Widerstand leisten zu können.“ Im „Israelit“ wurde ein Aufruf abgedruckt, der vorschlug, „allen männlichen Kindern, die in diesem

⁸¹ Schay, S. 261.

⁸² Gedanken eines Juden, S. 8.

⁸³ ISWOS 1888, S. 188 f. und AZJ 1888, S. 184.

⁸⁴ Vgl. L. Bamberger, Tagebücher, Einleitg. des Hrsg. E. Feder, S. 11, und im Text S. 54 ff. und 341–439.

⁸⁵ L. Bamberger, Ges. Schr. V, S. 190 und 193.

⁸⁶ AZJ 1888, S. 194.

Jahre . . . geboren werden, den Rufnamen ‚Friedrich‘ beizulegen“, und dieser Aufforderung kamen über 500 Familien nach⁸⁷. Wie weit diese Zuneigung der Juden ging, ist nicht nur aus Zeitungsstimmen ersichtlich, denen sich sogar das Blatt des Demokraten Sonnemann, die Frankfurter Zeitung, anschloß⁸⁸. Einige autobiographische Schilderungen bezeugen ausdrücklich, „wie viele Hoffnungen . . . sich an den Kronprinzen geknüpft hatten“⁸⁹, und welche große Zahl von Juden sich zu seiner vorurteilslosen Persönlichkeit „wirklich hingezogen“ fühlten⁹⁰. Man stellte sich wohl vor, daß Friedrich, „hätte er gelebt, den großen Mann (= Bismarck) gezwungen haben würde, entweder zurückzutreten oder das parlamentarische Regierungssystem einzuführen“⁹¹. Wie glücklich war man, daß man beim Lesen der „unvergänglichen Worte“⁹² des Kaisers über religiöse Toleranz und bei Veröffentlichung des Regierungserlasses, „in welchem Kaiser Friedrich die Wahrung seiner eigenen Rechte mit denen des Reichstags in *eins* zusammenfaßt, so warm und freudig“ zustimmen konnte⁹³, und mit welcher Verbitterung mußte man bald darauf feststellen, daß „gerade aus den Kreisen, welche sonst mit ihrer monarchischen und königstreuen Gesinnung sich brüsten, . . . ein Intrigenspiel gegen die Autorität unseres Kaisers“ begonnen habe⁹⁴, dessen „geheime Geschichte“⁹⁵ noch zu Lebzeiten Friedrichs von der Hand Bismarcks redigiert wurde.

Ob nun Bismarcks Wünsche den Kaiser zum Nachgeben gezwungen, oder ob Ludwig Bamberger, der, wie behauptet wird, „in Wirklichkeit politischer Berater des Monarchen war“⁹⁶, sich durchgesetzt haben würde, ob vielleicht ein gewisser Einfluß dem Verleger Leopold Ullstein zugefallen wäre⁹⁷, oder ob Friedrich etwa nicht so liberal zu regieren gedachte⁹⁸, wie es die Liberalen erhofften, – all diese Fragen wurden durch den frühen Tod des Kaisers gegenstandslos.

Die Juden waren damit jedenfalls erneut in eine Verteidigungsstellung gedrängt. Sie standen nun vor der Frage, ob sich ihre „große Liebe zu Kaiser Friedrich und Kaiser Wilhelm I. auf deren erhabenen Thronerben, unsern jetzigen Kaiser Wilhelm II. wird übertragen können“⁹⁹, dem „nicht jeder seiner Untertanen gleich nahe stehen könnte“¹⁰⁰. Und wenn selbst „jene Besorgnis, . . . welche von gewisser Seite her“ bei den Juden erregt wurde¹⁰¹,

⁸⁷ Israelit 1888, S. 941 und 1889, S. 819.

⁸⁸ Gesch. d. Frankf. Ztg., S. 445.

⁸⁹ Rahel Straus, S. 40.

⁹⁰ G. Mayer, Erinnerungen, S. 23.

⁹¹ Bonn, Geschichte, S. 40.

⁹² Israelit 1888, S. 432 und AZJ 1888, S. 185.

⁹³ L. Bamberger, Ges. Schr. V, S. 190.

⁹⁴ AZJ 1888, S. 264 f.

⁹⁵ Ausdruck Bambergers, Ges. Schr. V, S. 263.

⁹⁶ L. Bamberger, Tagebücher, S. 11 (Feder). Fs. Beschreibung des Einflusses Bambergers ist wohl als Übertreibung anzusehen.

⁹⁷ Ullstein, S. 60 f.

⁹⁸ Pinson, S. 275 f. Dort auch Q. für die Zweifel an Friedrichs Liberalismus.

⁹⁹ ISWOS 1888, S. 188 f.

¹⁰⁰ Israelit 1888, S. 864.

¹⁰¹ AZJ 1888, S. 417.

bald nach dem Regierungsantritt Wilhelms II. aufgegeben werden konnte, weil „von allen Befürchtungen nichts eingetroffen“ war¹⁰², so hatte dennoch auf parteipolitischem Gebiet die jüdische Stellung dadurch einen Rückschlag erlitten, daß nun liberal und kaisertreu ein zweites Mal zu Gegensätzen wurden. Wiederum fand die Mehrzahl der Juden zur Zeit Wilhelms II. ihre Interessen bei der Oppositionspartei des Freisinns am besten aufgehoben.

In dieser Einstellung trat auch beim Sturz Bismarcks zu Anfang des Jahres 1890 keine Änderung ein. Zwar begrüßten viele Juden die Demission des Kanzlers, aber im allgemeinen taten sie es doch gedämpft; denn sein Abtreten bedeutete einen Sieg Wilhelms II., dessen erste politische Schritte, wie gesagt, von den Juden beargwöhnt wurden. Andererseits machten sich die jüdischen Freisinnigen wohl auch ihre Gedanken über die Tatsache, daß ihrer Partei kein Anteil an der Entlassung des Kanzlers zukam: „Es bringt eine Opposition in eine schiefe Stellung, wenn sie nicht einmal die Neigung hat, die Regierung zu stürzen.“¹⁰³ Bamberger fand, daß die Liberalen nur deshalb niemals „Fort mit Bismarck“ gerufen hatten, weil es doch nichts geholfen hätte; und er faßte die zwiespältige Situation in dem Bonmot zusammen: „Gewiß war es ein Glück, daß Fürst Bismarck entlassen wurde. Aber, daß es ein Glück war, das eben ist das Unglück.“ Die Verdrängung Bismarcks durch die „persönliche Macht“ einer „unberechenbaren Größe“ wie Wilhelm konnte zwar mit den Worten Bambergers als „Strafe“ für Bismarck, aber auch als „unser Unglück“ erklärt werden, dessen Überwindung lange Zeit währen würde¹⁰⁴. Jedenfalls aber, fügte er hinzu, stünde es „den Gegnern übel an, zu triumphieren“¹⁰⁵.

Diese Worte entsprachen wahrscheinlich den damaligen Empfindungen der jüdischen Öffentlichkeit. Das Ereignis wurde in den jüdischen Zeitungen überhaupt nur insofern gestreift, als Bismarcks Nachfolger Caprivi wegen seiner Abneigung gegen den Antisemitismus und wegen seiner Vorurteilslosigkeit lobende Erwähnung fand. Der Name Bismarcks wurde gar nicht erwähnt¹⁰⁶. Nicht einmal die antisemitische Verdächtigung, Bleichröder habe auf den Sturz Bismarcks hingearbeitet¹⁰⁷, würdigte man eines Kommentars oder einer Kritik.

Hüllten sich die Zeitungen in Schweigen, so waren die mehr privaten Äußerungen um so ausgesprochener: Samson Raphael Hirschs Sohn Marcus schrieb damals, daß den Kanzler „die Nemesis . . . ereilt“ habe¹⁰⁸, und M. J. Bonn berichtet in den Erinnerungen aus seinen Primanertagen: „Ich teilte die Er-

¹⁰² Israelit 1889, S. 113.

¹⁰³ ISWOS 1888, S. 362.

¹⁰⁴ L. Bamberger, Ges. Schr. V, S. 335.

¹⁰⁵ AaO, S. 304.

¹⁰⁶ Israelit 1890, S. 600.

¹⁰⁷ S. z. B. Broschüre im Verlage von K. Sedlatzek: Welchen Anteil hatte G. v. Bleichröder an dem Sturze des Fürsten Bismarck? Vgl. auch *Jöhlinger*, S. 95. Über ein vermutetes Zusammenspiel Bleichröder-Caprivi vgl. auch den zweiten Teil von *Hermann Ahlwardt*, Der Verzweiflungskampf d. arischen Völker mit d. Judentum, Berlin 1890.

¹⁰⁸ *Marcus Hirsch*, S. 12.

leichterung von Millionen Deutschen, als die Nachricht kam, der junge Kaiser habe den alten Kanzler entlassen. . . Ich sah in ihm nur die Verkörperung allen Übels.“ Da sich das Regierungssystem aber keineswegs mit dem Sturze Bismarcks änderte, mußte man, wie Bonn fortfährt, auch weiterhin in der Politik „entweder gouvernemental-servil oder oppositionell-steril sein“¹⁰⁹. Der großen Mehrzahl der Juden war jedoch auch weiterhin der Weg in das regierungstreue Lager durch den Antisemitismus und besonders durch die jetzt immer stärker werdende konservative Tendenz zur Ausschließung der Juden aus dem nationalen Leben¹¹⁰ versperrt.

Daß sich auch nach dem Sturze Bismarcks nichts an der Struktur der jüdisch-politischen Orientierungen änderte, mag als Beweis für die abseitige Stellung dienen, welche die Juden in der deutschen Politik einnahmen. Sie blieben, trotz all ihrer vorhergehenden Bemühungen um eine solide Weggemeinschaft mit dem nationalliberalen Bürgertum, die Opfer ihrer exzentrischen Position, die vom Hauptstrom der Politik nur dann wirklich berührt wurde, wenn ihre jüdische *Gruppensituation* infolge politischer Ereignisse eine Veränderung erfuhr, wie etwa zur Zeit der 1848er Revolution oder bei Anbruch der „Neuen Ära“, oder durch Reichsgründung und Emanzipation und bei Bismarcks politischen Manövern in den Jahren 1878/79. Der Regierungsantritt Wilhelms II. und Bismarcks Sturz beeinflussten diese Gruppensituation nicht, und so blieb die politische Orientierung der jüdischen Mehrheit unverändert dem Freisinn zugewandt¹¹¹.

3. „WÄHLET KEINE JUDEN!“

Als erste politische Folgen der Vertrauenskrise zwischen Juden und Nichtjuden läßt sich bereits während der Reichstagswahlen im Sommer 1878 ein gewisses Abrücken sowohl der Parteien wie auch der Wähler von jüdischen Kandidaten nachweisen. Zwar wurden die Wahlergebnisse noch nicht entscheidend davon beeinflusst, doch drückte die zunehmend antijüdische Tendenz

¹⁰⁹ Bonn, Geschichte, S. 41 f. Hervorhebung von mir.

¹¹⁰ S. dazu den antijüdischen Paragraphen des konservativen Tivoli-Programms vom Jahre 1892.

¹¹¹ Die politischen Orientierungen der jüd. Gesamtheit während der Jahre 1879 bis 1892 lassen sich wie folgt ansetzen:

Konservative und andere	
Rechtsparteien	4 % bis 2 % (Abnehmend)
Zentrum	2 % bis 4 % (Zunehmend)
Nationalliberale	25 % bis 20 % (Abnehmend)
Süddt. Volkspartei } Fortschr./Freisinnige }	65 % bis 67 % (Zunehmend)
Sozialdemokraten	4 % bis 8 % (Zunehmend)

schon den preußischen Landtagswahlen von 1879 und den Nachwahlen von 1880 ihren Stempel auf. Damals wohl wurde zum ersten Male die Parole „Wählet keine Juden!“ ausgegeben¹, und seitdem blieben antijüdische Wahlparolen an der Tagesordnung.

Bei den Landtagswahlen des Jahres 1879 zogen Dr. Wilhelm Freund aus Breslau und Daniel Hirsch aus Danzig ihre Kandidaturen zurück, und Dr. Otto Burg, Dr. Cohn-Martinickenfelde, Dr. H. J. Horwitz (get.) sowie selbst Eduard Lasker büßten ihre Mandate ein. Bei den Wahlen des Jahres 1881 verlor nicht nur Freund seinen bisher innegehabten Reichstagsitz, sondern auch Friedrich Dernburg (get.), Dr. Mendel-Pankow und Dr. Isaak Wolffson unterlagen im Wahlkampf. Trotzdem die jüdischen Parlamentarier nicht völlig aus dem Reichstag verschwanden, weist ihre parteipolitische Zusammensetzung deutlich genug auf den vom Antisemitismus mitbeeinflussten Umschwung hin: Jedenfalls saß seit dem Jahre 1881 kein einziger nationalliberaler Jude mehr im Reichstag, wie die folgende Liste der jüdischen Abgeordneten für die Jahre zwischen 1881 und 1892 zeigt:

1. Dr. Ludwig Bamberger, Schriftsteller, Freisinn².
2. Moritz Ellstätter, Ministerialpräsident (Bundesrat), nationalliberal.
3. Friedländer (get.), Stadtrichter, Breslau, Freisinn³.
4. Oscar Hahn (get.), Oberregierungsrat, konservativ.
5. Max Hirsch, Schriftsteller, Freisinn.
6. Dr. H. J. Horwitz (get.), Justizrat, Freisinn.
7. Max Kayser, kaufmänn. Angestellter und Journalist, Sozialdemokrat.
8. Dr. Eduard Lasker, Jurist, Freisinn.
9. Ludwig Loewe, Fabrikant, Freisinn.
10. Dr. Anton Rée, Schuldirektor, Freisinn.
11. Adolf Sabor, Lehrer, Sozialdemokrat.
12. Paul Singer, Fabrikant, Sozialdemokrat.
13. Leopold Sonnemann, Zeitungsbesitzer, Demokratische Volkspartei.
14. Dr. Arthur Stadthagen, Sozialdemokrat.
15. Emanuel Wurm, Redakteur, Sozialdemokrat.

Ein wenig später machte sich der gleiche Umschwung auch im Preußischen Landtag bemerkbar⁴. Der hohe Prozentsatz der getauften Juden im Haus der Abgeordneten und im Herrenhaus verwischte zunächst die so sehr veränderte Lage. Nach 1886 wurde aber eindeutig, was geschehen war. Denn *alle*

¹ Vgl. die Broschüre von *Wilhelm Marr*: Wählet keine Juden! (Berlin 1879) sowie die jüd. Q. ISWOS 1880, S. 335 und AZJ 1880, S. 721, 727 u. a.

² Dieser Parteiname existiert eigentlich erst vom Ende der parteipolitischen Neugliederung im Jahre 1884 ab, doch ist er hier der Einfachheit halber seit der Sezession benutzt.

³ Nach *Wawrzinek*, S. 74, war Friedländer jüd. Abstammung. Abgeordnete, die gelegentlich irrtümlich für Juden gehalten wurden, sind: F. J. Goldschmidt, Berlin; Justizrat Herz, Forchheim; Dr. Oswaldt, Frankfurt.

⁴ Namenslisten der Landtagsabgeordneten s. Anhang C 2.

ungetauften Mitglieder verschwanden damals aus beiden Häusern, und der Landtag war, nach Stöckers Wort, „judenrein“⁵.

Ebenso wie im Preußischen Landtag ging die Zahl der jüdischen Abgeordneten in den Landtagen der außerpreußischen Länder stark zurück. In den Landtagen Badens, Württembergs und Braunschweigs saßen bereits im Jahre 1879 keine jüdischen Abgeordneten mehr. Auch im Bayrischen Landtag verminderte sich die Zahl der jüdischen Abgeordneten, und während der Jahre 1879–1892 errangen dort nur vier Juden Mandate.

Noch je ein Jude gehörte den Landtagen in Anhalt, Hessen und Mecklenburg an, und im antisemitischen Sachsen gewann lediglich der jüdische Sozialdemokrat Hermann Goldstein einen Landtagssitz (1891).

Für die Jahre der antisemitischen Hochflut zwischen 1879 und 1892 sind somit insgesamt 38 Abgeordnete jüdischer Abstammung nachgewiesen, was gegenüber 66 Abgeordneten im vorhergehenden Zeitabschnitt einen Rückgang um fast die Hälfte bedeutet. Fast jeder dritte von ihnen war überdies getauft. Da sich aber in diesem Zeitabschnitt noch weitere 24 jüdische Kandidaten⁶ ohne Erfolg um Parlamentssitze bemüht hatten, läßt sich die Abnahme gewählter jüdischer Parlamentarier kaum aus der Zurückhaltung der Juden, sondern viel eher aus der Ablehnung der jüdischen Politiker und ihrer Parteilinie durch Nichtjuden erklären. Auf fast allen Gebieten des politischen Lebens, auf denen nicht der Stimmzettel ausschlaggebend war, nahm die Beteiligung der Juden im Gegensatz dazu sogar teilweise erheblich zu.

Zwei Minister jüdischer Abstammung verblieben auf ihren Posten: Moritz Ellstätter amtierte weiter als badischer Finanzminister, und in Preußen saß ein Mann jüdischer Abstammung im Kabinett Bismarck. Bald nachdem der Landwirtschaftsminister Rudolf Friedenthal im Jahre 1879 in den Ruhestand trat⁷, wurde der als Jude geborene Heinrich Friedberg zum preußischen Justizminister ernannt. Diesen Posten bekleidete er bis zum Jahre 1892. Während der kurzen Regierungszeit Friedrichs III. wurde er mit Ehren überhäuft und als „ein langjähriger intimer Freund und Berater“ des kaiserlichen Paares in den erblichen Adelsstand erhoben⁸.

Die jüdischen Parlamentarier, die sich ihre politischen Sporen während der Revolution von 1848 verdient hatten, und die, wie Ludwig Bamberger, Moritz Warburg, Leopold Sonnemann und Eduard Lasker, zwischen 1867 und 1878

⁵ IDR 1904, S. 1.

⁶ Außer den zu Anfang des Kapitels im Text Erwähnten, die ihre Sitze einbüßten oder aufgaben, noch die folgenden: Redakteur Adler, Kfm. Albert Auerbach, R.-A. Dr. Callmann, Dr. Oskar Cassel, Dr. Ludwig Flatau, Dr. Edmund Friedemann, Dr. Richard Grelling, Dr. Herz – Mannheim, Hohenemser – Frankfurt, Dr. Jacobi – Elbing, Dr. Meschelsohn, Moses Oppenheimer, Arnold Perls, Dr. Hugo Preuss, R.-A. Schey, Prof. Dr. Seelig, J. Stern – Buttenhausen.

⁷ Bismarck soll ihn seinen „semitischen Hosensch...“ genannt haben. Vgl. *L. Bamberger*, Bismarck Posthumus, S. 35.

⁸ *Wilhelm II.*, Aus Meinem Leben, S. 358.

häufig hervorgetreten waren, verloren nach der parteipolitischen Neugruppierung viel von ihrem Einfluß⁹. Womöglich noch geringer scheint die politische Rolle der neu auf der politischen Bühne auftretenden Freisinnigen wie Ludwig Loewe und Wolf Strassmann gewesen zu sein. Hierzu mag ein Grund in der unfruchtbaren Oppositionspolitik der Fortschritts- und Freisinnspartei zu suchen sein, die es Strassmann und Loewe zwar ermöglichte, in der Berliner Stadtverwaltung Sichtbares zu leisten, hingegen nicht, einen irgendwie merklichen Anteil an der Reichspolitik zu nehmen. Allerdings wurden beide nicht alt; Strassmann starb mit 64, Loewe schon mit 49 Jahren.

Der Fabrikant Paul Singer, der unter dem Eindruck des Sozialistengesetzes im Jahre 1878 vom Fortschritt zu den Sozialdemokraten übertrat, gab der SPD wohl mehr von seinem Vermögen und seiner administrativen Begabung als von seinen politischen Fähigkeiten. Immerhin schuf er der Partei ihre zentrale Tageszeitung, den „Vorwärts“, und trug als Parteivorsitzender entscheidend dazu bei, die nach Aufhebung des Sozialistengesetzes wieder legal gewordene Massenpartei organisatorisch auszubauen.

Singer war nicht der einzige Jude, der dem Bismarckschen Sozialistengesetz Widerstand leistete. Gerade in den achtziger Jahren schloß sich eine beträchtliche Zahl von Juden der sozialdemokratischen Partei an, und manche von ihnen bewährten sich auf organisatorischem und journalistischem Gebiete. Die meisten der früher erwähnten sozialistischen Politiker¹⁰ blieben auch weiterhin tätig. Im Ausland wirkten Eduard Bernstein, Julius Motteler und Karl Höchberg an der Herausgabe der Parteizeitschriften wie „Sozialdemokrat“ und „Zukunft“ mit und bemühten sich auch um ihre Verbreitung. Karl Hirsch brachte in Brüssel ein sozialistisches, wenn auch nicht eben parteifrommes Blatt heraus. In den deutschen Ländern hatten Gabriel Löwenstein in Franken und Samuel Kokosky¹¹ in Braunschweig für ihre Parteiaktivität als Journalisten und Organisatoren mehrmals Verhaftungen, auch Gefängnisstrafen wegen Vergehen gegen die Pressgesetze über sich ergehen zu lassen. Unter den auf Grund des Sozialistengesetzes ausgewiesenen Politikern befand sich der Berliner Zigarrenarbeiter und Propagandist Stahl¹². Dagegen scheint

⁹ Allerdings starb Lasker, seit dem Umschwung von 1879 ein verbitterter und kranker Mann, schon im Jahre 1884. In seinen letzten Lebensjahren war er nicht mehr sehr aktiv, nachdem sein Versuch, eine große liberale Partei zu formen, gescheitert war. Der Tod erreichte ihn auf einer ausgedehnten Reise in den Vereinigten Staaten. Der Amerikanische Kongreß sandte eine Beileidsadresse, deren Empfang und Weitergabe an den Reichstag von Bismarck abgelehnt wurden, mit der Begründung, daß seine Einschätzung der Tätigkeit Laskers der des Kongresses entgegengesetzt sei. Bismarck selbst blieb demonstrativ sowohl der Beerdigung als auch der öffentlichen Gedenkfeier fern, die sich zu einer letzten Demonstration des dt. Liberalismus in der Tradition von 1848 gestalteten.

¹⁰ S. oben, Abschn. C, Kap. 3 b.

¹¹ Über K. vgl. *Eckert*, passim.

¹² Stahl war nur einer der bedeutenderen unter den jüd. Agitatoren. Viele weitere jüd. Namen sind in den bei *Auer* abgedruckten Listen der Ausgewiesenen zu finden.

dem jungen Redakteur Dr. Bruno Schönlink die Ausweisung erspart geblieben zu sein.

Außer den schon Genannten zählten zu den für die Sozialisten tätigen Juden drei Reichstagskandidaten und mindestens sechs neue Propagandisten und Journalisten¹³. In stärkerem Maße jedoch als die Zahl der sozialistischen Journalisten nahm zwischen 1879 und 1892 die der Publizisten im bürgerlichen Lager zu. Zu den mindestens zweiundvierzig jüdischen Zeitungsleuten, die bereits vor 1878 tätig gewesen und es weiterhin geblieben waren, kommen jetzt mehr als fünfzig neue Redakteure und Mitarbeiter deutscher Blätter hinzu. Einige von ihnen standen der SPD nahe, wenn sie auch für bürgerliche Zeitungen schrieben¹⁴, andere gehörten der freikonservativen Partei an oder tendierten sogar weiter nach rechts¹⁵, nur wenige noch hielten der Nationalliberalen Rumpfpartei die Treue¹⁶. Die meisten jüdischen Journalisten hingegen machten aus ihrer Neigung zu den Freisinnigen und der süddeutschen Volkspartei keinen Hehl¹⁷.

Von all den neuen Namen im Zeitungswesen sollten nur zwei oder drei auch außerhalb des Pressebereichs politischen Einfluß gewinnen: Otto Arendt (get.) als führender Politiker in der Freikonservativen Partei und Paul Nathan, der zunächst an der „Tribüne“, dann an der „Nation“ wirkte, als Kommunalpolitiker und als führende Persönlichkeit des jüdischen Lebens in Deutschland. Politisch neigte er zum linken Flügel des bürgerlichen Liberalismus. Auf der entgegengesetzten Seite der politischen Arena erwarb sich Viktor Schweinburg (get.) einen nicht unerheblichen Einfluß in regierungsnahen Rechtskreisen.

Nur eine Gruppe aktiver jüdischer Politiker hielt sich zahlenmäßig ziemlich konstant, die der hohen Staatsbeamten. Im badischen Innenministerium

¹³ Diese waren: Max Beer, Redakteur in Magdeburg, verhaftet und 1894 ausgewiesen (nach seiner Rückkehr nach Deutschland einer der Historiker der sozialistischen Bewegung); Dr. Adolf Braun, soz. Redakteur in Sachsen, München und Nürnberg; Dr. Heinrich Braun, Bruder d. Vorigen, Begründer der „Neuen Zeit“; Cronheim, Redakteur des „Vorwärts“; Richard Lipinski, soz. Angestellten-Bewegung; Waldeck-Manasse (get.), Parteiredner und Propagandist f. d. freireligiöse Bewegung.

¹⁴ Z. B. Dr. Max Quarck (get.), einer der Redakteure d. Frankf. Ztg.

¹⁵ Z. B. Dr. Otto Arendt (get.), der Herausgeber d. Deutschen Wochenblattes, und Viktor Schweinburg (get.).

¹⁶ Z. B. Julius Katz, der als Redakteur an süddeutschen Zeitungen wirkte.

¹⁷ In dieser parteipolitischen Übersicht der Publizisten seien auch getaufte Juden erwähnt, die offen den Antisemitismus förderten. Ihre Namen waren: Aron Briman (= Dr. Justus), Verfasser eines „Juden spiegels“; Elias Johann Cohn, Gesinnungsgenosse Stöckers; Dr. Morris (Christoph) de Jonge, Mitarbeiter d. Kreuztg., Red. Hannoversche Post; Dr. Paul Limann (Halbjude), Dresdner Nachrichten, Leipziger Nachrichten; August Maas (get.?) aus Bonn, Verleger antisemitischer Pamphlete; Simon Michael May, Red. des Stöckerschen Reichsboten; Dr. Morgenstern (get.?): Nathan-Wilhelm Schlesinger; Joseph Varnhagen (get.?), Verleger der antis. Ztsch. „Geldmonopol“, Kassel.

z. B. machte Geheimrat David Mayer Karriere. In Bayern wurden der Regierungsdirektor Jakob Henle am Ende einer ehrenvollen Verwaltungslaufbahn, ebenso wie sein Bruder, der Parlamentarier Siegmund Henle, in den Adelsstand erhoben. In Preußen gab es im hohen Staatsdienst neben dem bereits erwähnten Legationsrat Dr. Wilhelm Cahn noch seinen ungetauften Kollegen, den Oberlandesgerichtsrat Albert Mosse. Dieser Bruder des Verlegers Rudolf Mosse wurde als juristischer Berater nach Japan entsandt, wo er an der Schaffung der dortigen Verfassung einen hohen Anteil hatte. Unter Wilhelm II. brachte es der getaufte Dr. Paul Kayser zur Stellung eines Direktors der Kolonialabteilung im Auswärtigen Amte. Er war von Bismarck, dessen Kinder er unterrichtet hatte, zum Legationsrat ernannt worden.

Im ganzen hatte sich das Bild der Teilnahme jüdischer Politiker an der Reichspolitik in zweierlei Richtung gegenüber der vorigen Epoche verändert: Es war eine Verschiebung der Wirkungsfelder eingetreten¹⁸, und gleichzeitig hatte sich die politische Orientierung schroff gewandelt. Während bisher 54 % der politisch Aktiven in den bismarcktreuen Parteien zu finden gewesen waren, sank ihr Anteil nach 1878 auf 29,5 %. Selbst wenn man für die Zeit des „Kartells“, das in den Jahren 1887–1890 Bismarck zur Seite stand, auch jüdische Konservative und „jüdische Antisemiten“ – wie man die Juden in dieser politischen Gruppierung bezeichnete – zur Regierungskoalition zählt, erhöht sich ihr Gesamtanteil nur auf 37,5 % (und ohne die „jüdischen Antisemiten“ auf 33,5 %) ¹⁹.

Die größte Zahl der jüdischen Politiker²⁰ wies die aus der Fusion von Fortschrittspartei und „Sezession“ im Jahre 1884 entstandene Deutsche Freisinnige Partei auf, und außerhalb Preußens die radikaldemokratische Süddeutsche Volkspartei. Insgesamt vereinigten diese linksliberalen Gruppen, die gegen Bismarck unversöhnlich Front machten, 43,5 % der jüdischen Politiker auf sich.

¹⁸ Dagegen trat kaum eine Änderung in der Berufsgliederung der Politiker ein, s. Anhang A 9.

¹⁹ Die Schroffheit des Umschwungs käme deutlicher zum Ausdruck, wenn die ‚antisemitischen‘ Juden, deren politisches Gewicht sehr gering war, aus der Statistik weggelassen würden. Das hielt ich jedoch nicht für angebracht.

²⁰ Die Orientierungen der aktiven Politiker zwischen 1879 und 1892:

	1879-92	zum Vergleich 1867-78
Rechtsparteien (konserv. u. antis.)	8,0 %	1,5 %
Freikonserv. Reichspartei	8,0 %	11,5 %
Nationalliberale	21,5 %	42,5 %
Fortschritt-Sezession = Freisinn	35,5 %	22,0 %
Süddt. Volkspartei	8,0 %	7,5 %
Sozialdemokraten	19,0 %	15,0 %
insgesamt	100,0 %	100,0 %

Was in der Zeit der Reichsgründung die Rolle der Nationalliberalen gewesen war, fiel nach 1878 der radikalen Opposition und insbesondere der Freisinnigen Partei zu. Doch sei darauf hingewiesen, daß in den Jahren 1879 bis 1892 der Prozentsatz der jüdischen Sozialdemokraten so weit anstieg, daß für insgesamt 62,5 % der jüdischen Politiker eindeutige Linksneigungen feststehen.

Verändert gegenüber der voraufgegangenen Epoche waren nun auch die Betätigungsart und die Wirkungsorte der politisch Aktiven. Bei erhöhter Gesamtzahl von 185 Politikern (gegenüber etwa 150 in den Jahren 1867 bis 1878) ergab sich durch den Rückgang der Juden im Staatsdienst und insbesondere in den Volksvertretungen eine starke Konzentrierung jüdischer Aktivität im Parteiwesen und vor allem in der Publizistik²¹. Dadurch bestätigt sich erneut, was bereits für die Reaktionszeit nach der 1848er Revolution dargelegt wurde: Je weniger die Juden im parlamentarischen Felde ihren Platz fanden, desto mehr suchten sie in der Presse und im Parteiapparat²² eine politische Ausdrucksmöglichkeit.

Als die antisemitisch beeinflusste Wahlpropaganda mit dem Schlagwort „Wählet keine Juden“ große Publizität errang, verschlechterten sich die Erfolgsaussichten jüdischer Kandidaten für die Reichstags- und Landtagswahlen, und das ganz abgesehen von dem Rückgang der Popularität der Freisinnigen Partei, die allein von allen bürgerlichen Parteien Juden als Kandidaten aufzustellen wagte²³. Da aber weder die Nationalliberalen noch die Freisinnigen auf die Erfahrung und die Energie der jüdischen Politiker in bezug auf die Parteiarbeit, und gewiß nicht auf die jüdischen Beiträge zu Wahl- und Parteifonds verzichten wollten, hießen sie Juden auch weiterhin in der inneren Parteiorganisation willkommen und stellten sie nicht selten wenigstens als Kandidaten für Munizipalämter auf.

In der Tat nahm die Beteiligung der Juden an der Lokalpolitik während der Krisenzeit eher zu als ab, und für die Jahre 1879–1892 sind ungefähr 850 Stadtverordnete und Räte nachweisbar (gegenüber 700 im voraufgehenden Zeitabschnitt). Dazu kommt noch eine gewisse Zahl von jüdischen Wahl-

²¹ Die Wirkungsfelder der jüdischen Politiker, s. Anhang A 11.

²² Der durchschnittliche Prozentsatz der getauften Politiker blieb mit 16 % stabil, dabei lag der Anteil für die hohen Staatsbeamten und die Abgeordneten mit fast einem Drittel jedoch sehr hoch. Die große Mehrzahl der Journalisten und Sozialisten hingegen sah ihre Karriere nicht mehr von Taufe abhängig, da sie seit dem Austrittsgesetz von 1876 durch bloße Austrittserklärung aus dem Judentum ihr Ziel erreichen konnten, dann auch statistisch nicht mehr als Juden geführt wurden. Die Zahl der Ausgetretenen läßt sich nicht feststellen, doch war sie sicher nicht gering. Einige kehrten später, als Protest gegen den Antisemitismus, wieder zum Judentum zurück, mehrere sozialistische Politiker vollzogen, entgegen der Parteidirektive, ihren Austritt überhaupt nicht.

²³ Die SPD jedoch, die weiterhin Juden kandidieren ließ, brachte 6 von 9 jüdischen Kandidaten bei den Parlamentswahlen des behandelten Zeitabschnittes durch.

männern und freisinnigen und insbesondere sozialdemokratischen örtlichen Prominenzen²⁴. Insgesamt zählt man also beinahe 900 jüdische Lokalpolitiker. Während Kaufleute, Bankiers und Industrieunternehmer zwar weiterhin das Hauptkontingent der jüdischen Munizipalpolitiker stellten, stieg nun doch der Anteil der Intellektuellen an diesem Tätigkeitsbereich um einiges an. Das läßt vermuten, daß eine gewisse Zahl von Intellektuellen, die den Zugang zur großen Politik versperrt fanden, jetzt auch in den Stadtverwaltungen aktiv zu werden begannen.

Unter den für die Stabilität der jüdischen Beteiligung am Munizipalleben günstigen Faktoren ist einer wohl in der zunehmenden Konfessionalisierung der Lokalwahlen²⁵, besonders im Rheinland, in Oberschlesien und in Posen zu sehen. Standen die Juden des Rheinlandes meist auf seiten der Protestanten²⁶, ohne jüdische Sonderkandidaturen zu suchen, waren offenbar bei den Juden Oberschlesiens die Fälle nicht selten, in denen sie ihre Plätze in den Stadtverwaltungen gerade im Bunde mit den Katholiken bewahrten²⁷. Über die Verhältnisse in Posen und Westpreußen sind die Zeugnisse weniger aufschlußreich. Die dortigen Juden – so etwa ist der Eindruck – versuchten zunächst, mit den Deutschen gegen die katholischen Polen Front zu machen²⁸, um ihren Kandidaten Plätze zu sichern. Je kleiner jedoch die Orte waren und vor allem je östlicher sie lagen, desto mehr sahen sich die Juden wohl gezwungen, mit den Polen zu stimmen, um ihre „Kurie“ zu verteidigen²⁹. In den neunziger Jahren sollte sich in Posen die Lage der Juden zwischen dem deutschen und dem polnischen Antisemitismus erheblich komplizieren, jedoch scheinen sich zunächst beide Gruppen um die jüdische Bundesgenossenschaft bemüht zu haben, und die Juden der Provinz Posen stellten mit mehr als 200 Stadtverordneten und Räten ungefähr ein Viertel aller jüdischen Lokalpolitiker im Reich³⁰.

Zur Verstärkung des jüdischen Einflusses auf die Munizipalwahlen trug zweifellos die Konzentrierung vieler Juden in der ersten und zweiten Wähler-

²⁴ Einige „konservative“ und nationalliberale Parteifunktionäre lassen sich gleichfalls feststellen. Vgl. z. B. ISWOS 1882, S. 329 und 358; ISWOS 1887, S. 60; AZJ 1886, S. 744; AZJ 1913, Nr. 38, Beil. S. 3; JVB 1913, Nr. 51, S. 2. Auch vier von den in Anm. 6 erwähnten Kandidaten waren Nationalliberale.

²⁵ Diese Entwicklung sah die JVZ bereits im Jahre 1874 voraus, wahrscheinlich im Zusammenhang mit dem Kulturkampf (JVZ 1874, S. 374).

²⁶ Vgl. z. B. AZJ 1889, S. 775. In Köln widersetzten sich die Juden der Aufstellung von jüdischen Sonderkandidaten und nannten sie „Ghettokandidaten“, ISFAM 1898, Nr. 31, S. 3.

²⁷ Vgl. z. B. AZJ 1879, S. 824.

²⁸ Vgl. z. B. ISWOS 1883, S. 248 und über die Wahl „konservativer“, d. h. deutsch-regierungstreuer Wahlmänner in Strasburg/Westpr. ISWOS 1882, S. 358.

²⁹ Jedoch liegt auch für Posen-Stadt ein Zeugnis vor, wonach ein jüdischer Stadtrat mit den Stimmen der Polen gewählt wurde; AZJ 1881, S. 76.

³⁰ Die geographische Verteilung der Lokalpolitiker s. Anhang A 10, die der Reichspolitiker s. Anhang A 8.

klasse bei. Das bestätigt implizite ein Bericht aus Breslau, dem zufolge die Wiederwahl zweier jüdischer Stadtverordneter in der dritten Klasse scheiterte, dafür aber ihre Kandidatur in der zweiten Klasse erfolgreich war³¹. Über eine ähnliche Konzentration der jüdischen Wählerschaft auf die zweite Klasse liegt auch ein Zeugnis aus Köln vor³². In Posen war dagegen der Einfluß der Juden besonders in der ersten Klasse fühlbar³³.

Es darf auch angenommen werden, daß die Munizipalpolitik des „kommunalen Freisinn“ nicht so schnell an Anhang und Ansehen einbüßte wie seine Parlamentspolitik. Möglicherweise trug gerade die aufopfernde Tätigkeit der jüdischen Stadtverordneten ihren Teil dazu bei. Darauf verweist ein Briefentwurf von Paul Nathan, in dem es heißt: „In diesem Kommunal-Tümpel sind das lebendigste Element noch die Juden – beinahe das einzig lebendige Element; sie führen die Sozialdemokratie, sie führen die kleine Schar, die modernen Ideen zugänglich ist; sie führen den satten Bourgeois, der dann eines Tages sich darüber empören wird, daß er nicht genug Energie entwickelt, um seine Dummheiten selbst zu vollführen.“³⁴ Nathans Aussage gilt wohl besonders für Berlin, wo damals ungefähr 60 jüdische Stadtverordnete und Räte gewählt wurden. Die Verhältnisse lagen jedoch in den anderen Großstädten, wie besonders in Breslau, Frankfurt und Hamburg, ganz ähnlich. Dennoch wirkten in diesen vier Städten, in denen ungefähr 21 % der Juden Deutschlands lebten, nur knapp 18 % aller jüdischen Munizipalpolitiker, während Posen (24 %), Oberschlesien (10 %), Westpreußen (6,5 %) und von nichtpreußischen Ländern besonders Elsaß-Lothringen (7,5 %) und Bayern (5 %) eine verhältnismäßig hohe munizipale Aktivität aufwiesen. Der jüdische Anteil an der Reichspolitik hingegen konzentrierte sich ganz überwiegend auf die vier genannten Großstädte (66 %): in Berlin allein wirkte die Hälfte aller jüdischen Politiker und Journalisten.

Diese geographische Verlagerung des jüdischen Anteils am politischen Leben Deutschlands war, zusammen mit der Umorientierung der Juden zu den linken Oppositionsparteien, deutlicher Ausdruck der Verschlechterung in den deutsch-jüdischen Beziehungen. Nur in den Großstädten, den Wohnzentren der Juden, hatten die für sie nun so wichtig gewordenen Linksparteien, zumindest in der Munizipalpolitik, auch einen gewissen Rückhalt in der Gesamtbevölkerung. Aber es gab noch andere Anzeichen für die politische Vertrauenskrise. Kaum glaubten die jüdischen Politiker, im Freisinn eine politische Heimat gefunden zu haben, zerfiel die Partei im Jahre 1893 in zwei Splittergruppen, und die politische Orientierung der Juden wurde von neuem er-

³¹ AZJ 1880, S. 808. Später wurden sie auch in der zweiten Klasse nicht wiedergewählt.

³² AZJ 1889, S. 775.

³³ Vgl. meinen Aufsatz über den Anteil der Juden an der städtischen Selbstverwaltung, S. 282; dort auch Literaturangaben.

³⁴ S. Anhang B 16.

schütterte. Gerade damals machte sich der Mangel an jüdischen Führerpersönlichkeiten empfindlich fühlbar. Es fehlte an Jüngeren, die den Platz der abtretenden Generation einzunehmen bereit gewesen wären. Durch Tod und politische Ermüdung lichteten sich die vordersten Reihen des öffentlichen jüdischen Lebens und seiner politischen Repräsentanten. Die Lücken erwiesen sich als unauffüllbar. Im Vormärz und zur Zeit der 48er Revolution konnte man auf Gabriel Riesser, auf Johann Jacoby und später besonders auf Raphael Kosch als richtunggebende Figuren hinweisen. Zur Zeit der Reichsgründung bestimmten vor allem Eduard Lasker und Ludwig Bamberger die politischen Orientierungen der jüdischen Mehrheit. Für die Berliner Juden um 1880 war das – kleinere – Doppelgestirn Wolf Strassmann und Ludwig Loewe, die den Berliner Freisinn vertraten, von entscheidendem politischen Gewicht. Und schließlich war lange Zeit das Wort Aron Bernsteins in der allgemeinen Presse und das Markus Lehmanns im „Israelit“ und insbesondere das Ludwig Philipppsons in seiner „Allgemeinen Zeitung des Judentums“ maßgeblich für die politische Lage und die politische Ausrichtung der Juden. Um 1890 war das alles im Schwinden begriffen³⁵. Als daher Ludwig Bamberger sich 1893 vom aktiven politischen Leben zurückzog, drückte dieser Schritt mehr aus als persönliche Müdigkeit und Enttäuschung von all der „Gemeinheit und Trivialität“ der Politik³⁶. Es war zugleich das Ende einer Epoche im Kampf um die politische Integrierung der Juden Deutschlands. Nun begann ein ganz anderes Kapitel, das durch die Abwehr des Antisemitismus bestimmt war. Dieser Kampf drückte auch den politischen Orientierungen der Juden zunehmend seinen Stempel auf.

³⁵ Lasker und Aron Bernstein starben im Jahre 1884; Wolf Strassmann und Karl Höchberg 1885; Ludwig Loewe, Moritz Warburg und M. K. v. Rothschild 1886; Max Kayser 1888; Wolf Frankenburger und L. Philipppson 1889; Markus Lehmann und C. R. v. Friedenthal 1890; Gerson v. Bleichröder 1893.

³⁶ *L. Bamberger*, Tagebücher, S. 275.

E. POLITIK ALS MITTEL ZUR ABWEHR DES ANTISEMITISMUS

1. DER CV UND DIE FREISINNIGE „JUDENSCHUTZTRUPPE“

Es ist bezeichnend für die Lockerung des Konnexes zwischen jüdischer und deutsch-politischer Entwicklung, daß für Deutschland so einschneidende Ereignisse wie die Thronbesteigung Wilhelms II. und die Abdankung Bismarcks nicht auch eine neue Periode in bezug auf die politischen Orientierungen der Juden einleiteten. Die Epoche der Politik, die mit dem Begriff „Abwehr des Antisemitismus“ gekennzeichnet ist, begann eindeutig mit der Anfang 1893 vollzogenen Spaltung der deutsch-freisinnigen Partei. Für die innerdeutschen Verhältnisse zwar von geringer Bedeutung, erschütterte dieser Vorgang doch in besorgniserregender Weise die Fundamente der *jüdisch*-politischen Ausrichtung. Denn „ihre“ Partei war es, die da auseinanderbrach, und daher mochte den Juden durchaus scheinen, als ob nun *alle* politischen Rahmen gesprengt seien: „Die Parteien des deutschen Reichstags sind aus den Fugen. . . Die freisinnige Partei spaltet sich in ihre natürlichen Teile.“¹

Dabei war die Spaltung des Freisinns nur einer der Faktoren für den Umbildungsprozeß, dem die politischen Orientierungen der Juden Deutschlands während des Zeitabschnittes von 1893 bis 1914 unterworfen waren. Die Lockerung der jüdischen Bindung an den linksliberalen Flügel hatte, wenn auch zunächst sehr langsam, bereits vor der Auflösung des „Freisinns“ eingesetzt. Sie wurde durch das Erstarken des Antisemitismus beschleunigt, der sich vom „Radauantisemitismus“ der achtziger Jahre zu einer protestantisch-konservativen Ideologie und zu einer gesellschaftlichen und kulturellen Verfemungsbewegung fortentwickelte. Auch das Anwachsen der Sozialdemokratie redu-

¹ AZJ 1893, S. 241. Mit der Spaltung der deutsch-freisinnigen Partei entstanden die Freisinnige Volkspartei (fernerhin: FVP) unter Eugen Richter und die Freisinnige Vereinigung (fernerhin: FVg) unter Heinrich Rickert. Zu letzterer Gruppe stieß im Jahre 1903 der von Friedrich Naumann geführte Nationalsoziale Verein. Beide freisinnigen Parteien näherten sich einander während der Zeit des Bülow-Blockes (1907 bis 1909) und schlossen sich schließlich, unter Einschluß der Süddeutschen Demokraten, zur Fortschrittlichen Volkspartei zusammen. Außerhalb dieser Fusion blieb nur die von Theodor Barth (Nichtjude) geführte „Demokratische Vereinigung“, die sich im Jahre 1912 auflöste.

zierte die Monopolstellung, die viele Juden bisher dem Linkliberalismus als Bastion gegen den Antisemitismus eingeräumt hatten. Besonders als während der Jahre von 1903 bis 1908 eine tiefe Vertrauenskrise zwischen den Liberalen und ihren jüdischen Anhängern ausbrach, übte die SPD eine wachsende Anziehungskraft auf jüdische Wähler aus, da ihnen die Stellungnahme dieser Partei zu gewissen Aspekten der Bülow'schen Sozial- und Innenpolitik und der Wilhelminischen Außenpolitik viel klarer und konsequenter erscheinen mußte, als die Haltung der Liberalen, die überdies im Bülow-Block mit Konservativen und Antisemiten paktierten². Darüber hinaus wurde die jüdische Bereitschaft zu einer politischen Umorientierung nicht wenig durch neue innerjüdische Entwicklungen gefördert. Um die Jahrhundertwende begann der politische Zionismus auf das jüdisch-politische Denken einzuwirken, und noch vor dem Auftreten der Zionisten war, fast gleichzeitig mit der Spaltung der Freisinnigen Partei, eine Organisation entstanden, die bald einen tiefgreifenden Einfluß auf die politischen Gedankengänge der Juden gewann. Der 1893 in Berlin gegründete „Central-Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens“ (CV)³, stellte seine Arbeit eigentlich nur nach außen auf die Abwehr des Antisemitismus ab, aber er verfehlte seine Wirkung auch nach innen nicht. Jedenfalls trug er erheblich zur Erstarkung des jüdischen Gruppenbewußtseins bei. Der CV blieb jedoch politisch der traditionellen jüdischen Bindung an den Linkliberalismus verhaftet und wirkte in der Richtung auf eine Neuorientierung nur insoweit, als er innerjüdisch gegen seine Haltung und Führung eine Opposition hervorrief, die dann allerdings auch im deutsch-politischen Bereich eigene Wege suchte.

Die Scheu des CV vor neuen politischen Konzeptionen war durch ideologische wie durch praktisch-persönliche Schwierigkeiten vieler seiner Vorstandsmitglieder bedingt. Obwohl bereits die anonym verbreitete Schrift Raphael Löwenfelds „Schutzjude oder Staatsbürger“, die der Gründung des CV den Weg bereitete, von der Tatsache ausging, daß sich eine Geschichtsauffassung breitgemacht habe, „die das Prinzip der Nationalität nicht mehr auf der Gleichheit des Denkens und Empfindens begründete, sondern auf der Abstammung“, konnte der Verfasser keinen anderen politischen Weg vorschlagen, als den des immer wieder zu erneuernden Beweises, daß „das teure Vaterland“ über der „Glaubensgemeinschaft und vor ihr steht“, d. h. daß der deutsche Jude „national denkt“⁴. In diesem Sinne bezeichnet daher der erste Paragraph der CV-Satzungen als einen Zweck des Vereins die „unbeirrbar

² Darüber weiter unten.

³ Moritz Lazarus hatte schon 1880 ohne Erfolg zum Abwehrkampf nach außen und gleichzeitig zu kultureller Arbeit nach innen aufgerufen. Im HNBJ/Nachlaß Lazarus, MS Varia, 298 finden sich einige Korrespondenzen zu seiner apologetischen Tätigkeit. Ein bedeutsamer Brief eines Nichtjuden über den Antisemitismus ist im Anhang B 17 abgedruckt.

⁴ Löwenfeld, S. 3 und S. 11.

Pflege deutscher Gesinnung“. Der Verband konnte sich aber dem Faktum nicht verschließen, daß „die politischen Parteien im Reiche“ in ihrer Position gegenüber den Juden „sich förmlich in die zwei Gruppen der Philo- und Antisemiten“ aufgeteilt⁵ und damit den Juden die politische Ausdrucksmöglichkeit ihrer „nationalen“ Denkungsart drastisch beschränkt hatten.

Dem allgemein gehaltenen Postulat in den Vereinssatzungen entsprechend bestand man auch unter gegebenen Schwierigkeiten darauf, daß die deutschen Staatsbürger jüdischen Glaubens als solche keiner bestimmten Partei angehörten, daß sich vielmehr unter ihnen die Vertreter der verschiedensten politischen Richtungen befänden, und daß die Judenfrage keine Parteifrage, sondern eine Rechtsfrage sei⁶. Allerdings hätte man, bei konsequentem Festhalten an dieser Losung, auf zwei Dinge verzichten müssen: Auf die Zugehörigkeit aller nicht „deutsch-national“ denkenden Juden zum CV und auf *jegliche* Beeinflussung der Parteipolitik und der Wahlkämpfe, also der Förderung einer bestimmten Partei und ihrer jüdischen Wahlkandidaten.

Ein derartiger Verzicht war aber weder selbstverständlich, noch etwa gar leicht durchführbar. Da der Begriff „national“ ebenso wenig von den Nichtjuden wie von den Juden unmißverständlich definiert wurde, sich vielmehr mit den Verhältnissen änderte, hätte der CV nach der Terminologie des Jahres 1893 auf die sozialdemokratischen Juden, nach der des Jahres 1897 auf die Zionisten, nach der des Jahres 1907 sogar auf die zum Zentrum neigenden Juden verzichten müssen. Es fehlte nicht an Juden der CV-Front, die bereit waren, dies zu tun. Der Verein als Ganzes konnte aber im Interesse einer wirksamen Abwehrfront seine Hand dazu nicht bieten. Die Zionisten ließ man daher grundsätzlich, wenn auch zögernd, als Mitglieder zu⁷ und vertrat überhaupt der deutschen Öffentlichkeit gegenüber die Halbwahrheit, daß „jeder Jude zu uns gehört, ob er nun nationalliberale oder volksparteiliche, konservative oder sozialdemokratische politische Anschauungen haben mag“⁸.

Das klang sehr schön, aber in der Praxis stieß man dabei auf allerhand Schwierigkeiten. Die Konservativen waren mit ihrem Tivoli-Programm eindeutig in die Reihe der antisemitisch-orientierten Parteien eingetreten. Die SPD galt durchaus nicht als eine der „staatserhaltenden Parteien“⁹, und das Zentrum, als konfessionell-katholische Partei, übergingen die Juden meist mit Schweigen. Daher war für sie die Möglichkeit, zu „allen Parteien“ zu gehören, wie sie in den Grundlinien des CV vorgesehen war, in Wirklichkeit doch sehr

⁵ IDR 1895, S. 5 f.

⁶ AaO.

⁷ Den Zionisten gegenüber verhielt man sich zwar polemisch, unterschied aber zwischen den „edlen Zionisten“, die nur „die aus Rußland vertriebenen Juden in Palästina ansiedeln wollten“ und mit denen man reden könne, und den „Phantasten“, die den Herzlschen „Nationalstaat“ gründen wollten und nach Meinung der CVer dem Antisemitismus Auftrieb gaben. Erstere hieß man als Mitglieder willkommen. Vgl. IDR 1897, S. 338; 1913, S. 200.

⁸ AaO 1895, S. 27.

⁹ AZJ 1898, S. 254.

beschränkt. Diese Beschränkung politischer Bewegungsfreiheit machte es praktisch unmöglich, „nicht Politik des Judentums, sondern des Deutschtums“ zu treiben, wie es Friedrich Naumann gefordert und der CV theoretisch akzeptiert hatte¹⁰. Sich aber gänzlich von der Parteipolitik zurückzuziehen, um dem Dilemma zu entgehen, hätte den CV zum Verzicht auf einen der Hauptkampfplätze gezwungen, auf denen der Antisemitismus die Juden angriff. Deshalb sah sich der Verein, obwohl er die Judenfrage lediglich als Rechtsfrage definierte, sehr bald genötigt, auch in den *politischen* Kampf einzugreifen, um die jüdische Gleichberechtigung in den Parlamenten gegen die Angriffe der Antisemitenparteien zu verteidigen. Als seine besondere Aufgabe betrachtete er es, gegen antisemitische Kandidaten zu agitieren und nur solche Männer zu unterstützen, bei denen er sicher war, daß sie gegen jede Beschränkung der jüdischen Rechte auftreten würden¹¹.

Ablehnung oder Empfehlung von Kandidaten bedeutete jedoch praktisch eine Stellungnahme im Parteikampf, selbst wenn dieses Eingreifen nicht parteipolitisch motiviert wurde. Mehr noch, jede Einmischung in die Wahlagitation konnte nach der Erkenntnis des CV, daß sich die Parteien in philo- und antisemitische Gruppen aufgespalten hätten, nur seine eindeutige Unterstützung der ersteren bedeuten. Daraus ergab sich zwangsläufig eine enge Bindung des CV an den „Freisinn“, die sich dann auch, unbeabsichtigt wie sie ursprünglich gewesen sein mag, beinahe von selbst entwickelte. Gegen Beziehungen zu anderen nicht-antisemitischen Parteien, wie Zentrum und Sozialdemokratie, hatte der CV „jüdische“, respektive „nationale“ Einwände. Da auch die nationalliberale Partei mit „der liberalen Etikette und dem konservativen Inhalt“ für die Juden nichts anderes mehr übrig hatte „als kühle Redensarten“¹², blieb demnach durch Elimination (und auch wegen der Personalunion der führenden Persönlichkeiten des Vereins mit den linksliberalen Gruppen) als *politischer* Weg nur der „Freisinn“ übrig.

Den ihm von deutschen Gegnern gemachten Vorwurf einer eingleisigen „Politik des Judentums“¹³ parierte der CV mit der seit dem Vormärz üblichen Gleichsetzung des jüdischen mit dem allgemeinen Besten und fragte: „Vertreten nicht die Freisinnige Vereinigung und die Freisinnige Volkspartei auch diejenigen jüdischen Interessen, die sich mit den Interessen des Gesamt Vaterlandes decken?“ Der CV ging aber schließlich noch weiter und erhob, wenn auch zögernd, sogar die Forderung nach jüdischen Abgeordneten in den Parlamenten, die als Vertreter der besten deutschen Interessen zugleich die Verteidigung jüdischer Belange übernehmen sollten. Da zur Zeit seiner Gründung „so ziemlich alle deutschen Parlamente judenrein“ waren¹⁴, wenn man – wie es der CV gerne tat – von sozialdemokratischen Abgeordneten absah, so fehlte es den Juden an einem „Mann im Parlament, der all’ diesen Angrif-

¹⁰ IDR 1897, S. 38 f.

¹² ISWOS 1890, S. 18.

¹⁴ AaO 1897, S. 70 f.

¹¹ AZJ 1898, S. 254; IDR 1898, S. 409 f.

¹³ IDR 1898, S. 621.

fen gegenüber mit der nötigen Sachkenntnis zu unserer Verteidigung auftreten und unser gutes Recht . . . vom Standpunkte des Judentums aus wahren könnte . . . Selbstverständlich kann es sich dabei nur, nach der Lage der Sache, um die Vertretung der fortschrittlichen Parteien . . . handeln“¹⁵. Jedoch war man bei dieser Forderung sehr vorsichtig und bemühte sich, den Eindruck zu vermeiden, als ziele man auf konfessionelle Kandidaturen ab: „Eine ‚jüdische‘ Kandidatur sollte es ebenso wenig geben, wie katholische oder evangelische“, und doch „betrachten wir es als eine Pflicht der Wähler jüdischen Glaubens, überall da wo . . . ein jüdischer Bewerber von mindestens gleicher Befähigung wie sein nichtjüdischer Mitbewerber aufgestellt wird, unbedingt für seinen [sic!] Glaubensgenossen einzutreten.“ Um Mißverständnissen zu begegnen, fügte der Sprecher des CV hinzu, verlange man „von einem Volksvertreter jüdischen Glaubens . . . keine Wahrnehmung besonderer jüdischer Interessen“, sondern ausschließlich „die Verteidigung der Gleichberechtigung und der Ehre seiner Glaubensgenossen“, da diese Tätigkeit ja „zugleich der Verfassung und der Grundlage des Rechtsstaates gilt“¹⁶. Zur Durchsetzung dieser Kandidaturen¹⁷ und zur Verstärkung der Abwehrarbeit in den Parlamenten sah man jedenfalls die Unterstützung der freisinnigen Parteisplitter (FVg und FVP) als einzig reales Mittel an.

Welche von den beiden Splittergruppen allerdings den Vorzug verdiente, war schon weniger klar. Anscheinend entschieden sich die Juden zwischen der FVg und der FVP mehr nach persönlichen als nach sachlichen Gesichtspunkten. Der 1891 gegründete überkonfessionelle „Verein zur Abwehr des Antisemitismus“ stand der FVg näher als der FVP, und der Name „Judenschutztruppe“ scheint zunächst mehr auf die FVg als auf die FVP angewandt worden zu sein¹⁸. Max Kollenscher sagt in seinen Erinnerungen, daß „in der Judenfrage die ‚Judenschutztruppe‘ . . . um Rickert . . . zuverlässiger war“¹⁹ als die um Richter, und es finden sich auch Klagen über „antisemitische Velleititäten“ der FVP²⁰. Die FVP erwies sich aber später als die großzügigere von den beiden in bezug auf die Aufstellung jüdischer Kandidaten zu Parlamentswahlen, wobei sie allerdings manchmal jüdische Sentiments mißachtete und,

¹⁵ So die AZJ bereits 1893, S. 505, im Gründungsjahre des CV, dem die Zeitung nahe stand. Die CV-Zeitschrift „Im Deutschen Reich“, die seit 1895 erschien, machte sich diese Forderung bei den Wahlen von 1898 zu eigen.

¹⁶ IDR 1898, S. 238 f.

¹⁷ Viele Juden lehnten jüdisch-freisinnige Kandidaturen ab, und es wurde als „unbestrittene Tatsache“ vermerkt, „daß in Berlin wie in Posen Juden gegen die Kandidatur eines Glaubensgenossen aufgetreten sind, und zwar nicht etwa aus politischen Gründen“, sondern um einer „konfessionellen Kandidatur“ entgegenzutreten (AZJ 1898, S. 530).

¹⁸ AaO 1897, S. 86.

¹⁹ Kollenscher, Erinnerungen, S. 15. (Das Manuskript wurde mir vom Leo Baedk Institut Jerusalem freundlichst zur Einsicht überlassen.)

²⁰ AZJ 1898, S. 531.

zum Unbehagen des CV, auch Kandidaturen von Getauften unterstützte. Trotzdem scheint die Leitung des Central-Vereins, besonders in Berlin und Posen, seit 1898 in einer „streng durchgeführten Personalunion“²¹ mit der FVP gestanden zu haben. Dementsprechend soll hier auch der Vermutung Raum gegeben werden, daß in der jüdischen Öffentlichkeit ebenfalls eine Präferenz von 2 : 1 zugunsten der FVP vorherrschte, insbesondere da viele Juden „noch immer an . . . Individualismus und Universalismus“²² festhielten und daher gewisse Sympathien für den intransigenten „Volksmann“²³ Eugen Richter hatten, der als einer der wenigen die Ideale von 1848 bewahrt zu haben schien. An der Bevorzugung der FVP änderte offenbar der im Jahre 1903 erfolgte Zusammenschluß von Friedrich Naumanns Nationalsozialem Verein mit der FVg recht wenig, obwohl die Fusion, trotz nicht ganz zuverlässiger Anfänge²⁴, auch in jüdischen Kreisen als sympathisch bezeichnet wurde²⁵.

Beide Splittergruppen setzten seit 1898 wieder jüdische Kandidaten an aussichtsreicher Stelle auf ihre Wahllisten, und damals wurden auch zum ersten Male nach zwölf Jahren wieder Juden in den Preußischen Landtag gewählt: Max Hirsch als Kandidat der FVP und Martin Peltasohn (FVg) als Kompromißkandidat der deutschen Parteien in Posen-Bromberg. An diesem Ausgang der Wahl kam dem CV keinerlei Verdienst zu, da er eine höchst unglückliche Wahlagitation getrieben und aussichtslose Kandidaten unterstützt hatte.²⁶

Die Folge war, daß man selbst in Vorstandskreisen des CV von den Ergebnissen des Eingreifens in den Wahlkampf von 1898 nicht eben begeistert war. Prononcierter noch trat die Unzufriedenheit bei den einfachen Vereinsmitgliedern in Erscheinung, die man nur selten um ihre Meinung befragte. Obwohl die jüdischen Zeitungen, wie die AZJ und das Israelitische Familienblatt, nach Kräften für den Bund zwischen CV-Judentum und „Freisinn“ plädierten, machte sich „in unseren Reihen eine Unruhe bemerkbar, die um so mehr auffallen muß, je mehr man sich die sträfliche Gleichgültigkeit vor Augen hält,

²¹ Das Zitat betrifft den CV in Posen und entstammt einem Brief von C. Kassel an Hantke v. 4. 12. 1906, s. Anhang B 20. Für Posen vgl. auch IDR 1898, S. 612. In Berlin gehörten der Syndikus des CV und die beiden Vorsitzenden Fuchs und Horwitz der FVP an. Vgl. auch IDR 1898, S. 608 f. und S. 595 ff.

²² *Bileski*, S. 216.

²³ So nennt ihn *Kollenscher* (s. Anm. 19). *Oscar Meyer* apostrophiert ihn gar als „der Mann meines Herzens“ (Von Bismarck zu Hitler, S. 31).

²⁴ *Israelit* 1903, S. 1450, auch IDR 1897, S. 38 ff.

²⁵ *ISFAM* 1903, Nr. 36, S. 2 und *AZJ* 1903, S. 388 f. Besonders enthusiastisch *JPR* 1903, S. 347 f. und 359 f.

²⁶ IDR 1898, S. 595 ff. und bes. 609 ff. Allerdings waren die gewählten Kandidaten in jüdischen Angelegenheiten allzu zurückhaltend und erst im Jahre 1901 kam bei einer Interpellation Peltasohns ein jüdisches Thema zur Debatte, deren Ergebnisse jedoch die meisten Juden nicht befriedigte. Dann herrschte wieder jahrelanges Schweigen, obwohl später vier, und bald noch mehr liberale Juden im Landtag saßen.

von der mehr oder minder der größte Teil unter uns Jahre lang ergriffen war“. Diese Nervosität, die „alle Kreise der deutschen Juden gleichermaßen“ erfaßt hatte, verursachte eine Reihe von „ernsten“ und „ehrlich gemeinten . . . Vorschlägen“²⁷ zur Stärkung der jüdischen Position besonders aus den Reihen der vom Zionismus beeinflussten und dem CV und seiner Politik kritisch gegenüberstehenden Schichten²⁸.

Da erschien 1901 in der kleinen Posener Zeitschrift „Jeschurun“ ein langer Aufsatz, dessen Inhalt trotz unklarer Formulierung doch ein Schlaglicht auf die Situation wirft. Der Korrespondent aus Liegnitz führte lebhaft Klage darüber, daß, obzwar in den Munizipalkörperschaften dieser Stadt jüdische Liberale saßen, dennoch „in dieser Hochburg des Liberalismus eine jüdenfeindliche Strömung [herrscht] . . . wie leider fast überall in unserem engeren Vaterlande Preußen“. Die nichtjüdischen Liberalen seien in der Öffentlichkeit zwar „gute liberale Theoretiker, aber in ihrem Herzen wackere antisemitische Praktiker“, die nicht über sich brächten, „etwa am Biertisch oder gesellschaftlich den Juden als gleichberechtigt anzuerkennen . . . Nicht daß sich etwa unsere Juden abgesondert haben, nein, sie sind – wie überall – abgesondert worden“. Wären die jüdischen Vertreter, die in die Körperschaften gewählt sind und Abwehr treiben sollten, doch „noch wenigstens Männer . . . wirkliche Juden“! Aber zu Kandidaturen kämen gerade Personen, „die ihr jüdisches Herz nur unmittelbar vor den Wahlen entdecken“²⁹.

Der Artikel greift also zwei Grundlagen der Wahltaktik des CV an: erstens die Bevorzugung von Honoratioren, denen durch den CV sozusagen ein Monopol sowohl auf die Vorstandsstellungen in jüdischen Organisationen wie auch die politischen Posten eingeräumt werde, ohne daß ihre laue jüdische Haltung eine Garantie für energisches Auftreten in der politischen Arena böte; zweitens die ausschließliche Bevorzugung der linksliberalen Parteien, die dem Schreiber ebenfalls „antisemitisch infiziert“ scheinen.

Bei dieser Kritik am Verhalten gewisser Liegnitzer Spießbürger, die mit Juden nicht am Biertisch sitzen wollten, wird wohl eine gewisse Überempfindlichkeit mitgespielt haben; doch ist zu bedenken, daß die schon über 20 Jahre andauernden antisemitischen Angriffe die Empfindlichkeit vieler Juden aufs höchste gereizt hatten, und daß die Freisinnigen tatsächlich den Juden nur insoweit verbunden waren, als sie gerne Wahlgelder in Empfang

²⁷ IGB 1904, S. 11.

²⁸ Die offiziellen Führer der zionistischen Bewegung enthielten sich zunächst ostentativ jeder öffentlichen Stellungnahme zu deutsch-politischen Fragen.

²⁹ „Jeschurun“, Pleschen, 1901, S. 1379 ff. und S. 1408 ff. Ein zweiter Aufsatz folgte im Jg. 1902, 2. Halbbd., S. 41 ff. Die Klagen des Verfassers betreffen nicht nur die Munizipalangelegenheiten, sondern auch die Zustände im Landtag. Die Artikelserie richtet sich scharf gegen jüd. Sonderkandidaturen, einerseits, weil ungeeignete Männer in die Ehrenämter gelangten, andererseits aber, weil man als *Deutscher* zur Wahlurne gehe und gleichermaßen den Anschein von Opportunismus wie den einer Sonderstellung vermeiden müsse.

nahmen und ab und zu jüdische Kandidaten – wenn auch hauptsächlich als aussichtslose sogenannte „Zählkandidaten“ – aufstellten³⁰. Beide Splittergruppen der Freisinnigen Partei trieben im übrigen keineswegs überall eine den Juden annehmbare Politik. Bei den Wahlen des Jahres 1903 begannen sie, Stichwahlabkommen mit Antisemiten abzuschließen. Besonders die FVP erregte den berechtigten Unwillen des CV, als sie bei Nachwahlen im Kreise Eschwege-Schalkalden ihren Anhängern die Stichwahl freigab, wodurch der Parteiantisemit Raab durchkam³¹. Auch in Kassel scheinen im Jahre 1903 die Freisinnigen in der Stichwahl gegen einen Sozialdemokraten und für einen Antisemiten eingetreten zu sein³². In anderen Wahlbezirken unterstützte besonders die FVg manchmal Sozialdemokraten, was wiederum den Honoratioren im CV-Vorstand wegen des Odiums der Stimmabgabe für einen „internationalen“ Kandidaten nicht gerade angenehm war.

Daß die Freisinnigen keine „jüdische Politik“ trieben, zeigte sich vor allem in Posen, wo die vereinten deutschen Parteien dem polnischen Kandidaten nach 1902 gelegentlich einen offen antisemitischen Kompromißkandidaten gegenüberstellten³³ und dadurch die Loyalität der Juden einer harten Probe unterwarfen. Allerdings wandte sich Eugen Fuchs, der zweite Vorsitzende des CV, gegen diese Manipulation und belastete die deutschen Parteien, und damit auch den „Freisinn“, mit der „Verantwortung dafür, daß die Juden für einen Polen eintreten“³⁴.

Trotzdem blieb die Verbindung zwischen dem „Freisinn“ und dem CV auch weiterhin bestehen, bei gleichzeitig immer stärker werdenden Spannungen zwischen den jüdischen Anhängern der FVg und der FVP, die einander angriffen, wobei sie jeweils die andere Splittergruppe des Antisemitismus beschuldigten³⁵. Da auch die beiden Splitterparteien in Fehde miteinander lagen³⁶, vermehrte sich dadurch zusehends die Verwirrung im jüdischen Lager.

In dieser Situation des Jahres 1903/04 hätten die Worte des Liegnitzer Korrespondenten im „Jeschurun“ möglicherweise ein lebhafteres Echo gefunden als zwei Jahre früher, wo sie unkommentiert blieben. Inzwischen waren seine Ansichten aber von einer anderen Seite aufgenommen und propagiert worden, denn zionistische Kreise hatten in die Diskussion um die politische Ausrichtung der Juden Deutschlands eingegriffen.

Bereits zu Beginn des Jahres 1901 ließen junge Zionisten, und insbesondere „Dr. Adolf Friedemann und Genossen“, in einer Berliner Versammlung die Forderung „Los vom Liberalismus“³⁷ hören. Auch darüber war man zunächst

³⁰ AZJ 1903, S. 97 f., S. 318; Welt 1907, Nr. 7, S. 8; GAJ 1907, Nr. 6, 1. Beiblatt, S. 3.

³¹ IGB 1904, S. 91. ³² AZJ 1903, S. 326. ³³ IDR 1903, S. 342.

³⁴ AaO, S. 710. Nicht alle Juden folgten dieser Parole, s. unten.

³⁵ GAJ 1903, Nr. 30, S. 2; Nr. 41, S. 1; 1904, Nr. 10, S. 1 f.; Nr. 12, S. 2; IDR 1903, S. 632–636.

³⁶ IDR 1903, S. 632. ³⁷ ISFAM 1901, Nr. 5, S. 1 f.

zur Tagesordnung übergegangen, besonders weil die „Jüdische Rundschau“ und ihr Redakteur Heinrich Loewe anfangs das Engagement in der deutschen Politik nur als persönliche Sache des einzelnen ansahen³⁸. Später betrachteten die Zionisten allerdings den „Freisinn“ immerhin als die Partei, die „wenigstens zuweilen noch als Beschützerin der Juden auftrat“³⁹. Im zionistischen Lager waren jedoch von Anfang an Kräfte tätig, die eifrig gegen die Liberalen arbeiteten. Unter ihrem Einfluß veröffentlichte „Die Welt“, das offizielle zionistische Organ, im Jahre 1902 einen Artikel von Adolf Friedemann, der die Problematik der jüdischen Situation darstellte und sich auf Grund dieser Analyse für eine eigene politische Organisation der Juden aussprach. In seinen Ausführungen sagte er u. a.: „Utopisten sind jene, die täglich den Rückgang unserer Stellung im Lande beobachten können und doch unentwegt darauf warten, daß sich die Verhältnisse bessern“. Eben weil der Freisinn unschwächt, weil er die Schwachen und Kurzsichtigen . . . verhindert, für ihre bedrohten Interessen zu kämpfen, weil er die eigene Organisation der Juden verhindert oder doch mit scheelen Augen ansieht, muß immer von neuem gelehrt werden: *Los von Rickert und Richter.*“⁴⁰

Was das Schicksal der Aufforderung zur Errichtung einer eigenen jüdischen Organisation angeht, so wird darüber noch zu handeln sein. Zunächst interessiert hier die Parole „Los von Rickert und Richter“, die – wie sich herausstellen wird – nicht aus der Luft gegriffen war, sondern einer bestimmten Entwicklung im jüdischen Lager Ausdruck gab. Zum Teil ging es um eine Annäherung an die SPD, zum anderen Teil aber um eine wirklich ernsthafte Bemühung mit dem Ziel vollkommen neuer Orientierungen. Deutlich wurde diese Entwicklung, in deren Verlaufe weite jüdische Kreise der freisinnigen „Schutztruppe“ den Rücken kehrten, bereits im Wahlkampf des Jahres 1903 und besonders nach den Stichwahlbündnissen der Freisinnigen mit Antisemiten und SPD. Damals konnte man in den Zeitungen lesen, daß „viele Tausende unserer Glaubensgenossen“ von tiefer „Verstimmung“ und „Aufregung“ ergriffen seien⁴¹, und der Glaube, daß „wir die Verteidigung unserer bürgerlichen Stellung den liberalen Parteien überlassen müßten“, habe eine schwere Erschütterung erlitten⁴².

Eine weitere und vielleicht noch schwerere Krise verursachten die sogenannten Blockwahlen des Jahres 1907. Der Reichskanzler von Bülow hatte den Reichstag aufgelöst, nachdem die Regierungspolitik vom Zentrum, den Polen und den Sozialdemokraten zu Fall gebracht worden war. Daraufhin schlossen sich alle übrigen Parteien zur Stützung der Bülowischen Politik mit der Parole

³⁸ *Heinrich Sachse* (= Loewe), *Antisemitismus und Zionismus*, 2. Aufl., Berlin o. J., S. 16.

³⁹ JR 1903, S. 267.

⁴⁰ Welt 1902, Nr. 21, S. 1 f. Hervorhebung im Original.

⁴¹ GAJ 1904, Nr. 12, S. 2.

⁴² IGB 1904, S. 91.

„Gegen Schwarz und Rot“⁴³ zu einem Block zusammen, auf dessen Kandidatenliste viele offene und verkappte Antisemiten erschienen. Als nun die beiden Splittergruppen des Freisinns dieses Manöver ebenfalls unterstützten und die Wahl von Blockkandidaten empfahlen, wußten sich weder die jüdischen Liberalen noch der CV eindeutig zu entscheiden. Sie schwankten, ob die Stimmabgabe für einen antisemitischen Blockkandidaten vorzuziehen, oder ob nicht doch, der freisinnigen Parole entgegen, „ein Eintreten für den Sozialdemokraten als dringlich“ anzuraten sei⁴⁴.

Nachdem die Wahlen mit der Niederlage der Sozialdemokraten, einem leichten Stimmgewinn der Freisinnigen, hingegen mit einem großen Erfolge der Antisemiten geendet hatten, versuchten manche, sich damit zu trösten, „daß der Liberalismus einen unverkennbaren Aufschwung genommen“ habe. Und wenn man auch „nicht gleich den Beginn einer liberalen Ära in Deutschland“ zu erhoffen wagte⁴⁵, gab man sich in CV-Kreisen doch der tragischen Täuschung hin, daß „die links stehenden Parteien . . . jetzt mehr als seit langer Zeit in der Lage sind, ihre grundsätzliche Forderung: Gleiches Recht für Alle!“ auch für die Juden „geltend zu machen“⁴⁶. Die Liberalen täuschten sich ebenso wie die Juden über die Chancen der Verwirklichung einer fortschrittlichen Politik durch den Regierungsbloc Bülow's. Das Spottgedicht, das Alfred Kerr damals über den Sieg der Freisinnigen schrieb, trifft nicht weniger auf die Lage der Juden zu:

„Was nützt es, daß wir fünf Sitze kriegten
Und unsere Siege feierten?
Die Sozialisten sind die Besiegten,
Und wir sind die Gemeierten.“⁴⁷

Die Juden konnten es in der Tat kaum tragbar finden, daß mit ihrer Unterstützung Antisemiten „auf den Krücken links stehender Parteien in den Reichstag“ einziehen sollten⁴⁸. Es sei lediglich der Blockpolitik zuzuschreiben, wenn der „Indifferentismus“ sich unter den Juden wieder ausbreitete und „in bedauerlicher Weise“ auch sonst durchaus aktive Kreise erfaßte⁴⁹. Für viele jüdische Wähler stellte betonte Passivität den Ausweg dar⁵⁰, da es „unter solchen Verhältnissen besser ist, von der Politik überhaupt fern zu bleiben“⁵¹. Die zionistische „Welt“ sprach in diesem Zusammenhang ganz treffend von einer „Partei der ‚Nichtwähler‘“⁵².

In Wahrheit hatten jüdische Zeitungen bereits seit 1897 begonnen, ihre Stimme gegen den zunehmenden Rückzug „von jeder Beteiligung am öffentlichen Leben“ zu erheben, da er „den Dingen freien Lauf“ lasse und „unser

⁴³ IDR 1907, S. 142.

⁴⁴ AaO 1906, S. 561.

⁴⁵ AZJ 1907, S. 61.

⁴⁶ IDR 1907, S. 234, vgl. auch IDR 1908, S. 23.

⁴⁷ Zit.: *Stampfer*, Erfahrungen, S. 118.

⁴⁸ IDR 1907, S. 143.

⁴⁹ AaO 1908, S. 183 f.

⁵⁰ Vgl. Abschn. F. 2.

⁵¹ GAJ 1904, Nr. 12, S. 2, vgl. auch AZJ 1907, S. 73.

⁵² Welt 1907, Nr. 7, S. 8.

gefährlichster Feind“ sei⁵³. Dieses Abwarten, bis es „schon wieder besser“ würde⁵⁴, sei „unbegreiflich“⁵⁵. „Wir haben kein Recht, Wahlmüdigkeit vorzuschützen . . ., denn wir haben unsere vitalsten Interessen zu verteidigen.“⁵⁶ Die Juden müßten, so schrieb ein anderes Blatt, der „Mutlosigkeit, dem Indifferentismus unter allen Umständen entsagen“, um „einmütig einzutreten in den Kampf gegen die Feinde unserer Gesamtheit, gegen die Antisemiten“⁵⁷. Wenn aber im Jahre 1907 sich Antisemiten und Liberale zu „Blockbrüdern“⁵⁸ verbanden, was konnten dann die Juden tun? Wenn sie nicht politisch abseits stehen, aber auch nicht, im Verein mit den Blockparteien, den Antisemitismus hoffähig machen wollten, mußten sie nach neuen politischen Ausrichtungen Umschau halten. Drei Wege standen ihnen offen: Der Weg zum katholischen Zentrum, der Weg einer jüdischen Sonderorganisation oder aber der engere Anschluß an die Sozialdemokratie. In der Tat erhoben sich sowohl Stimmen für eine Orientierung auf das katholische Zentrum hin wie auch für die Errichtung eines „jüdischen Zentrums“. Diese nicht realisierten Möglichkeiten werden noch zu betrachten sein.

Der dritte Weg aber, der auf eine engere Fühlung mit der Sozialdemokratie hinauslief, wurde in zunehmendem Maße beschritten. Nicht zufällig wandten die Antisemiten bereits zu Beginn des Blockwahlkampfes im Jahre 1906 das Wort „Judenschutztruppe“ auch auf die SPD an⁵⁹; denn die jüdische Neuausrichtung auf die Sozialdemokratie war damals bereits erkennbar geworden. Unsere Aufgabe soll es nun sein, diese Umorientierung auf ihre Gründe und ihren Umfang hin zu untersuchen.

2. DIE SOZIALDEMOKRATISCHE ALTERNATIVE

In einem früheren Kapitel¹ wurde der Versuch gemacht, die Beziehung jüdischer Politiker und, darüber hinaus, weiterer jüdischer Kreise zum Sozialismus aus den Wandlungen der jüdischen Situation zu interpretieren. Dabei wurde festgestellt, daß in der Zeitspanne zwischen 1867 und 1878 bereits 15 % der jüdischen Politiker Sozialisten waren. Dieser Prozentsatz stieg bis 1892 auf 19 %, bis zum ersten Weltkrieg sogar auf 39 % an. Überzeugte Linke unter den jüdischen Politikern ließen sich auch durch Bismarcks Sozia-

⁵³ AZJ 1897, S. 253 f.

⁵⁴ AaO 1900, S. 495 f.

⁵⁵ AaO 1898, S. 338; IDR 1898, S. 395 f., zit. aus d. „Schwäbischen Tagwacht“.

⁵⁶ AZJ 1903, S. 97.

⁵⁷ ISFAM 1903, Nr. 15, S. 2 f.

⁵⁸ „Von unseren Blockbrüdern“ lautet die Überschrift einer Spalte im GAJ 1907, Nr. 45, die antisemitischen Ausfällen gewidmet ist.

⁵⁹ Die Dt. Isr. Ztg. 1907, Nr. 2, S. 5 erwähnt einen antisemitischen Wahlaufruf, in dem das Wort auch auf die SPD angewandt ist.

¹ Abschn. C, Kap. 3 b.

listengesetz nicht abschrecken. Ja, man kann beweisen, daß sich sogar zur Zeit der schärfsten Polizeimaßnahmen gegen die Anhänger der SPD weitere Juden der verfolgten Partei anschlossen. Wenn also das „Israelitische Familienblatt“ im Jahre 1902 zusammenfassend schrieb, daß „außer dem Sozialistengesetz . . . nichts der Sozialdemokratie soviel genützt . . . (habe wie ihr) Eintreten für alle Verfolgten“², so hat die Zeitung damit auch begründet, warum viele Juden sich aktiv, oder mindestens als Mitläufer, für die SPD einsetzten. Gerade die Juden, die zu aktiver politischer Tätigkeit bereit waren, fühlten sich von sozialistischen Konzeptionen angezogen, die Kampf gegen den „Klassenstaat“ und für die „rechtlos Verfolgten“ verkündeten, damit das „Recht zu seinem Siege gelange“, und endlich auch die „Minderberechtigten“ nach den „Grundsätzen der Humanität“ leben und „Schutz und Frieden“ finden könnten³. Die jüdischen Sozialisten verstanden dabei das Ringen um „wahre Zivilisation“⁴ wohl eher allgemein idealistisch, jedenfalls dachten sie nicht in erster Reihe an harten Klassenkampf. Ihr Einfühlungsvermögen in das Leid anderer gab manchen von ihnen sogar stärkere Impulse zu politischer Tat mit humanitärer Zielsetzung, als es das persönliche Schicksal der eigenen gesellschaftlichen Zurücksetzung damals überhaupt hervorzurufen imstande war. Ein Beispiel für diese humanitäre Art jüdischer Aktivität ist Dr. Leo(n) Arons, von dem berichtet wird, daß er als Privatdozent in Straßburg eine große Zahl von Armen persönlich mit „innigster Teilnahme“ betreute und sie bei seiner Übersiedlung nach Berlin einem Freunde in Obhut gab, da ihm das „Schicksal der leidenden Menschheit und das oft große soziale Elend“ ans Herz gingen. Sein Gefühl für die Not der arbeitenden Klasse und seine Sehnsucht nach sozialer Gerechtigkeit veranlassten Dr. Arons schließlich, „sich der Sozialdemokratie . . . öffentlich zur Verfügung zu stellen“⁵. Ähnlich sagte Franz Oppenheimer von sich, daß ihn seine Erlebnisse als Armenarzt „zum gläubigen Sozialisten“ gemacht hätten⁶. Wenn dann Eduard Bernstein seinen „ideellen“ Haß gegen das „unbillige“ System dem „derben, gesunden Haß“ eines Bauarbeiters, eines „Naturkindes“, gegenüberstellte, hielt er sich zwar für den „größeren Fanatiker“ und nannte seine Einstellung „vergiftet“⁷, kam aber in Wahrheit zu seinem leidenschaftlichen Einsatz auf dem Wege über die intellektuelle Analyse der Situation, welche ihn bald von den Theorien des Klassenkampfes hinweg in gemäßigtere Bahnen lenken sollte. Seine Betonung der „Idee“ kann man als typisch für die große Mehrheit der zur Mäßigung und zum Revisionismus neigenden humanitären Theoretiker der Partei betrachten. Man findet sie auch bei einigen der nicht-marxistischen Utopisten wie Gustav Landauer und seinem Kreis, die im Sozialismus den

² ISFAM 1902, Nr. 10, S. 2.

³ Haase, S. 186–189, ähnlich Eugen Leviné in: Werner, S. 8.

⁴ Zepler, S. 16. ⁵ AZJ 1899, Nr. 31, Beil. S. 3.

⁶ F. Oppenheimer, Erlebtes, S. 98.

⁷ E. Bernstein, Geschichte I, S. 283.

Versuch sahen, „das Mitleben der Menschen zur Bindung in Freiheit aus gemeinsamen Geiste, das heißt zur Religion“ zu gestalten⁸.

Gerade das religiöse Element, wenn auch in einer von Landauers Auffassung abweichenden Akzentuierung, erklärt vielleicht den Weg einiger von Haus aus orthodoxer Juden wie Moses Oppenheimer, Adolf Hepner und Rabbiner J. Stern zum Sozialismus. Der Publizist Samuel Lublinski, der selbst in seiner Jugend zum Sozialismus neigte, äußerte sich hierzu in wohl etwas überspitzter, sicher aber nicht ganz abwegiger Weise:

„Diejenigen der modernen Juden, die zu den Sozialdemokraten übertraten, waren eigentlich von allen noch die konservativsten Juden. Sie ersehnten sich einen Ersatz für das Dogma und glaubten nun an den Zukunftsstaat. An Stelle des Talmud unterwarfen sie ihren Scharfsinn dem Dienste einer rechtlich-gesellschaftlichen Geschichtsauffassung.“⁹

Für viele Juden, die sich zum Sozialismus hingezogen fühlten, lag ja nahe, in dessen Lehren so etwas wie „die verkörperte Moral“¹⁰ einer idealen Religion zu sehen. Doch war sicher ein konkreteres Moment noch entscheidender für die Annäherung zahlreicher Juden an die SPD: Seit der Verschärfung der judenfeindlichen Agitation im Jahre 1878 waren es nämlich allein die Sozialdemokraten, die eine deutliche Abwehrstellung gegen den Antisemitismus bezogen¹¹. Daher führten prominente jüdische Mitglieder der Partei wie Moses Oppenheimer¹² und Paul Singer¹³ den Kampf gegen Stöcker und Genossen mit gutem Gewissen sowohl als Juden wie auch als Sozialisten, denn die sozialistischen Lehren machten doch den Arbeiter „konfessionellen und Rassenvorurteilen unzugänglich“, zumal sie den „Kapitalismus . . . bekämpfen, . . . nicht weil er . . . [wie die Antisemiten sagten] speziell jüdisch ist“, sondern weil er ihren Grundinteressen widerspricht¹⁴. Zugunsten der Sozialisten spreche überhaupt, daß sie keinen „Unterschied zwischen Christen und Juden [machten], . . . wenn auch die reaktionäre antisemitische Partei noch so sehr darüber Zeter schreie“¹⁵. Jedenfalls bestünde ein die Juden und die Sozialisten vereinigendes Element darin, daß beide „von der heutigen Gesellschaftsorganisation unterdrückt“¹⁶ würden.

Dieses verhaltene Gefühl der Sympathie, ja der Dankbarkeit für die von der SPD geleistete Abwehrarbeit bedeutet nicht unbedingt zunehmende jüdische Stimmabgabe für die Partei. Nicht nur stehen den lobenden Äußerungen viele grundsätzlich ablehnende gegenüber¹⁷, es ist auch überhaupt fraglich,

⁸ Landauer, *Beginnen*, S. 30.

⁹ Lublinski, S. 111.

¹⁰ Zepler, S. 108.

¹¹ Belegt in ISWOS 1878, S. 273.

¹² Vgl. seine zwei „Offenen Briefe“ an Stöcker.

¹³ Singers Stand gegen die Antisemiten wird im *Israelit* 1884, S. 1515 f. gelobt.

¹⁴ AZJ 1891, S. 482.

¹⁵ AaO 1884, S. 570.

¹⁶ AaO 1902, S. 593.

¹⁷ In den siebziger Jahren und teilweise noch bis 1907 war die jüdische Presse voll von ablehnenden Artikeln und Argumenten: Sozialismus sei Rückkehr zum „uralten Heidentum“ (ISWOS 1873, S. 210), sei vernunftwidrige Barbarei (AZJ 1875, S. 82),

ob die Juden, mit ihren bekannt konformistischen Neigungen, nicht durch Bismarcks Sozialistengesetzgebung davon abgeschreckt wurden, für die SPD zu stimmen oder sich ihr gar organisatorisch anzuschließen.

Dafür finden sich jedoch kaum Belege. Es ist nur festzustellen, daß eine eindeutige *Bejahung* des Sozialistengesetzes höchstens in einigen wenigen Sätzen der AZJ vorliegt, wie etwa in den folgenden: „Der Sozialismus hat dem Staat offen den Krieg erklärt, und der Staat muß daher seine Waffen gegen ihn anwenden.“¹⁸ Kurz zuvor hatte dagegen dasselbe Blatt eine Korrespondenz veröffentlicht, die anriet, „zunächst die bestehenden Gesetze gegen die Sozialdemokraten“ anzuwenden, „bevor man zu Ausnahmegesetzen schreitet“¹⁹. Eine einzige spätere Aufforderung von dieser Stelle aus zur „nachdrücklichen Handhabung“²⁰ des Sozialistengesetzes erfolgte wohl unter dem Eindruck des zweiten Attentats auf Wilhelm I. Nachdem die erste Entrüstung über das Attentat aber verflogen war, ließ sich die AZJ über die Billigung der Sondergesetzgebung nicht mehr vernehmen, wahrscheinlich aus der Erkenntnis heraus, daß sich ein Ausnahmegesetz gegen *alle* oppositionellen Gruppen und Zeitungen mißbrauchen ließ²¹. Von vornherein ablehnend zum Sozialistengesetz verhielten sich, wie bereits erwähnt, die dem Fortschritt und der süddeutschen Volkspartei nahestehenden Kreise, und als dann die Sezessionisten um Lasker und Bamberger im Jahre 1881 gegen die Verlängerung des Sozialistengesetzes stimmten²², dürfte die Mehrzahl der Juden in ähnlicher Weise reagiert haben²³.

raube den Anhängern „jede religiöse, also auch jüdische Grundlage“ (JPR 1890, S. 119) und komme einem „Lossagen vom Judentum“ gleich (Menorah 1891, S. 36). Sogar die junge zionistische Bewegung in Deutschland war anfangs stark antisozialistisch eingestellt, wenn auch aus einander widersprechenden Gründen. Während z. B. Max Jungmann die Anerkennung der „Nation“ durch die Sozialisten verurteilte, weil dadurch „der nationale Gegensatz . . . auch im Zukunftsstaat hervortreten“ werde (Zion II, 1896, S. 25), lehnte die JR unter der Redaktion von Loewe gerade das „internationale“ Programm der Bewegung ab und redete von „sozialistischer Zersetzung“ der nationalen Aspirationen (JR 1907, S. 33, 45 u.v.a.). Weder Zionisten noch Nichtzionisten ließen sich eine Gelegenheit entgehen, sich über eingebildete oder wirkliche antisemitische Entgleisungen der SPD-Organen und Parteiredner zu beschweren (vgl. z. B. IDR 1897, S. 40 f., 1906, S. 561; GAJ 1907, Nr. 14, S. 2 u.v.a.). Eine besonders interessante Ablehnung findet sich bei *Ludwig Bamberger* (Ges. Schr. V, S. 303). Er verurteilte die „Marx-Lassallesche Sozialistik“, weil sie „auf der Verneinung des Kopfes, zugunsten einer unwahrhaften Verherrlichung der Hand“ beruhe. Dieses Argument überzeugte aber die vielen jüdischen Intellektuellen nicht, die Sozialisten wurden.

¹⁸ AZJ 1878, S. 386.

¹⁹ AaO, S. 358.

²⁰ AaO, S. 403.

²¹ Vgl. *L. Bamberger*, Tagebücher, S. 38 und *Lasker*, Sozialistengesetz, S. 2 f.

²² *Auer*, S. 124 f.

²³ Nur die dem Nationalliberalismus treu gebliebenen Juden traten nach wie vor dafür ein, daß „das Reich . . . das praktische Auftreten und die Ausbreitung der subversiven und revolutionären Parteien mit aller Kraft zurückdrängen“ müsse (*Tuch*, S. 37), da ja „die Existenz einer sozialdemokratischen Partei einfach staatswidrig

Das macht dann erklärlich, wieso die AZJ sich im Jahre 1884 erlauben konnte, ohne Kritik „ein mächtiges Anschwellen der Sozialdemokratie . . . trotz des Sozialistengesetzes und wahrscheinlich verursacht durch die *gemäßigtere Haltung* ihrer Führer“²⁴ festzustellen. Diese politische Mäßigung der Sozialisten wird dazu beigetragen haben, der jüdischen Allgemeinheit glaubwürdig zu machen, was Julius Motteler bereits 1874 im Reichstag dahin präzisiert hatte, daß nämlich die Sozialdemokratie „keine Gegnerin des Reiches als eines staatlich gegliederten Ganzen“, sondern nur „der Zustände im Reich“ sei²⁵. Und diese „Zustände“, die sich seit 1878 auch durch ständig zunehmende Judenhetze auszeichneten, begannen dahin zu führen, daß „in unserem deutschen Vaterland . . . ein Teil seiner Bürger der angefeindeten und viel geschmähten Sozialdemokratie es verdankt, daß er nicht von den sogenannten Patrioten . . . Schaden erleidet“²⁶.

Wie gesagt, es kann nicht bewiesen werden, daß der Prozentsatz der jüdischen SPD-Wähler vor 1878 irgendwie erheblich war. Ebenso fehlen aber auch Unterlagen dafür, daß von einem beträchtlichen Anwachsen ihrer Zahl sofort nach dem Wendepunkt jenes Jahres gesprochen werden kann. Obwohl bereits damals „die Konservativen sich . . . die Miene gaben zu behaupten, daß die meisten sozialdemokratischen Agitatoren Juden seien“²⁷, ist damit doch nur das Erstarken einer ganz bestimmten Gruppe gekennzeichnet, deren Engagement für die SPD tatsächlich immer deutlicher hervortrat. Es handelt sich dabei um die mittelständische jüdische Intelligenz, die zahlenmäßig immer mehr zunahm. Die gleichzeitige Erschwerung ihrer beruflichen Existenz infolge des Antisemitismus und ihr fast völliger Ausschluß aus Regierungssämmern brachte sie den „Zurückgesetzten“ nahe und machte sie zu Parteigängern des Sozialismus. Später sollten aber manche von ihnen auch der zionistischen Bewegung wertvolle Führerdienste leisten.

Eine zweite Gruppe sozialdemokratischer Parteigänger war zahlenmäßig kleiner und politisch und wirtschaftlich viel einflußloser als die Intellektuellen. Sie rekrutierte sich aus Einwanderern aus Österreich und Rußland. Diese Gruppe besaß zwar kein Wahlrecht, leistete offenbar aber bereits bei den Wahlen des Jahres 1879 Organisations- und Propagandadienste²⁸. Dann liegen verlässliche Angaben über sozialistische Aktivität von Einwanderern

sei“ (*Goldschmidt*, Zur Reichstagswahl, S. 43). Allerdings scheinen Fälle, wie ein vom Synagogen-Gemeindevorsteher Aronheim unterzeichneter Boykottaufruf der „Vereinigten Arbeitgeber“ Braunschweigs zur Entlassung aller der SPD nahestehenden Arbeiter (so der von Samuel Kokosky redigierte „Braunschweiger Volksfreund“, s. *Eckert*, S. 28), vereinzelt gewesen zu sein. Es ist nicht allzu wahrscheinlich, daß „die Juden, die Verfolgten von gestern, wirklich bereit (waren), nun ihrerseits zu Verfolgern zu werden“ (aaO).

²⁴ AZJ 1884, S. 732. Hervorhebung von mir.

²⁵ In: *E. Bernstein*, Parlamentarismus, S. 46.

²⁶ ISWOS 1881, S. 292.

²⁷ AZJ 1878, S. 504.

²⁸ JPR 1879, S. 192 und ISWOS 1879, S. 210.

allerdings erst wieder für das Jahr 1904 vor²⁹, doch beweisen sowohl die sich damals häufenden Nachrichten über Wahlhilfe sozialistischer Studenten aus dem Osten³⁰ als auch der politische Aufstieg einiger von ihnen in der SPD, daß man es hier mit keiner Zufallserscheinung zu tun hat. Bereits um die Jahrhundertwende hatten jüdische Intellektuelle, die außerhalb Deutschlands geboren waren, wie Max Beer, Adolf und Heinrich Braun, Rudolf Hilferding, Eugen Leviné, Rosa Luxemburg, Alexander Parvus-Helphand und Friedrich Stampfer einflußreiche Positionen in der Bewegung inne.

Eine dritte Gruppe rekrutierte sich aus dem Stand der kaufmännischen Angestellten. Eduard Bernstein war nur einer der ersten von ihnen, der es zu führender Stellung in der Partei brachte. Ihm folgten Cohn-Hamburg, Max Josephson, Julius Kaliski, Richard Lipinski und Siegfried Aufhäuser.

Diese Kreise machten aber auch zusammen nur einen kleinen Prozentsatz der jüdischen Bevölkerung aus. Trotzdem gab die AZJ bereits im Jahre 1879 zu, daß unter den Juden „selbst sozialdemokratisch“ gewählt wurde³¹. Und nach den Wahlen des Jahres 1884 kommentierte die Zeitung anerkennend den großen Stimmenzuwachs der Sozialdemokraten: „Gerade diese Sozialdemokratie hat den Antisemitismus von Anfang an zurückgewiesen und verurteilt.“ Obwohl der gutbürgerliche Philippson sich des Geständnisses nicht enthalten konnte, „die ganze Niederlage des deutschen Bürgertums“ mitzuempfinden, fand er nun den Mut, dem hinzuzufügen: „Wir gestehen aber zugleich offen, daß wir vor dieser neuen Erscheinung darum keinen Schrecken empfinden, weil wir in derselben vielmehr den Beweis erblicken, daß die Sozialdemokratie ihre revolutionären Tendenzen, ihre Neigung zu gewalttätigem Umsturz aufgibt . . . daß sie sich zur Urne drängte und auf die Gesetzgebung im gesetzlichen Wege einen Einfluß zu erlangen strebt. Dieser Weg führt nur zu einer gesetzlichen Ausgleichung.“³²

Das Neue an dieser Stellungnahme liegt darin, daß sie eine *evolutionäre* Sozialdemokratie selbst für bürgerliche Juden in ihrem Abwehrkampf gegen den Antisemitismus als *Alternativpartei bei Stichwahlen* zuließ. Allerdings waren die Kartellwahlen des Jahres 1887, die im Zeichen der Bismarckschen Militärvorlage abgehalten wurden, kein günstiger Zeitpunkt, eine Stichwahlparole für die „staatswidrige“³³ SPD auszugeben. Wenn auch die AZJ vor den Wahlen die Sozialdemokratie als einzige Partei lobte, die nicht davor zurückschrecke, jüdische Kandidaten aufzustellen³⁴, übergang sie bei den Wahlen selber die SPD mit Schweigen.

In den jüdischen Zeitungen findet sich die erste, allerdings noch verhüllte, allgemeine Alternativ-Wahlparole (also über Stichwahlen hinaus) für die SPD bei den darauffolgenden Landtagswahlen des Jahres 1888. Damals forderte die

²⁹ Ausweisung von Mandelstamm und Silberfarb, vgl. ISFAM 1904, Nr. 10, S. 1.

³⁰ IDR 1907, S. 238 und Welt 1907, Nr. 1, S. 15.

³¹ AZJ 1879, S. 562.

³² AaO 1884, S. 742.

³³ Goldschmidt, Reichstagswahl, S. 43.

³⁴ AZJ 1886, S. 696.

ISWOS ihre Leser auf, „überall dort, wo antisemitische oder verwandte Kandidaturen in Frage kommen, durch Stimmabgabe den entgegengesetzten Standpunkt zu dokumentieren“³⁵. Ohne demnach offen die SPD zu nennen, verlangte die Zeitung von ihren Lesern eine politische Demonstration, die insofern lediglich apologetische Absicht verdeutlichte, als die sozialdemokratischen Landtagskandidaten beim Dreiklassenwahlsystem selbst in der Stichwahl kaum große Erfolgsaussichten hatten. Eine ähnlich verschleierte Parole verbreitete dieselbe Zeitung bei den nächsten Wahlen, als sie schrieb, daß „außer den Sozialdemokraten, für welche bei religiösen Israeliten gar keine Sympathien vorhanden sind, es ganz besonders die freisinnige Partei ist, welche die staatsbürgerlichen Interessen der Juden ohne Hehl wahrnimmt“³⁶.

Die Freisinnigen werden also als die Schutztruppe der ersten Linie angesehen. Für den Fall jedoch, daß freisinnige Kandidaten nicht in die Stichwahl kämen oder überhaupt in aussichtslose Position gerieten, sollte die SPD als zweite Verteidigungslinie dienen. Man fühlt sich versucht, das oben angeführte Zitat bezüglich der „religiösen Israeliten“ dahin zu erklären, es enthalte eine versteckte Aufforderung zur Wahl von SPD-Kandidaten für alle diejenigen, die sich nicht mehr als streng religiös bezeichnen. Eine solche Parole konnte im Jahre 1890 nur insofern eine Überraschung bedeuten, als sie in einer *jüdischen* Zeitung erschien. Denn es ließ sich nun doch nicht länger verbergen, daß „allmählich auch das Judentum in die Wirbel und Strudel der sozialistischen Strömung hineingezogen worden ist“³⁷. Auch Sonnemanns „Frankfurter Zeitung“ gab immerhin „die Tatsache“ zu, „daß einige Juden, darunter auch *wohlhabende*, sich zur Sozialdemokratie“ bekennen³⁸.

Als dann im Jahre 1890 das Sozialistengesetz nicht erneuert wurde, und als 1891 die internationale Tagung der Sozialisten in Brüssel und 1892 der deutsche Parteitag der SPD Resolutionen gegen den Antisemitismus annahm, scheint die jüdische Presse sich mehr und mehr an den Gedanken gewöhnt zu haben, daß es nicht „zu verwundern wäre, Juden auch in einer Partei zu finden, die die Bekämpfung des Unrechts auf ihre Fahne geschrieben“³⁹ habe. Dabei wurde hervorgehoben, daß der Sozialismus nur das Christentum bekämpfe, „während das Judentum ganz beiseite bleibt“⁴⁰. Schließlich mußten

³⁵ ISWOS 1888, S. 305.

³⁶ AaO 1890, S. 18. Hervorhebung im Original.

³⁷ AaO 1887, S. 65.

³⁸ Zit.: AZJ 1886, S. 536. Hervorhebung von mir. Mag sich die Anspielung auf wohlhabende Juden auch vor allem auf Höchberg und Singer beziehen, so läßt sich doch aus der Tatsache, daß die AZJ nicht sofort eine lange apologetische Erklärung veröffentlichte, schließen, daß jedenfalls Söhne wohlhabender Familien zur SPD neigten, wie etwa die Fälle von Theodor Lessing und Hugo Simon beweisen.

³⁹ AaO 1891, S. 157.

⁴⁰ AaO, S. 461. Allerdings erscheint fast in allen Aufsätzen dieser Art zum Schlusse der apologetische Nachsatz, daß Judentum und Sozialismus doch eigentlich Gegensätze seien, und daß nur der Antisemitismus die Juden in die Reihen der SPD treibe.

selbst die Abwehrblätter des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus mit halbem Herzen zugeben, daß die jüdische Anhängerschaft der SPD erheblich zugenommen habe: „Denn angenommen, die Juden wären wirklich *sehr zahlreich* in der sozialdemokratischen Partei – was ja noch nicht feststeht – so hätte das doch einen näherliegenden Grund. Denn die Not befreundet . . . Wir beklagen das von Herzen, *aber es ist so* – und die Schuld tragen allein auch hier wieder – die Antisemiten.“⁴¹

Dies war die Lage im Jahre 1893, als der „Freisinn“ sich spaltete und die apologetischen Wortführer der Juden nach neuen politischen Wegen zur Abwehr des Antisemitismus zu suchen begannen. Da aber die Honorationen nicht die Kraft aufbrachten, sich von der alten Vorstellung der jüdisch-liberalen Interessengemeinschaft zu befreien, und da auch der neugegründete CV weiterhin zu den Splittergruppen des „Freisinn“ hielt und keinen neuen Weg *politischer* Abwehrarbeit aufzuzeigen wußte, rebellierte ein Teil der jüngeren Generation gegen die politische Führungsschicht. Drei Möglichkeiten standen den jugendlichen Rebellen offen: Der Versuch der Schaffung neuer jüdischer Organisationsformen, der Anschluß an die im Entstehen begriffene zionistische Bewegung⁴² und schließlich die Wendung zum Sozialismus. Manche der Jungen suchten in einer Kombination aller drei Möglichkeiten, die Stagnation jüdischer Orientierungen zu überwinden. War auch die Zahl der sozialistischen Zionisten⁴³ zunächst nur sehr gering, begannen doch sehr viele junge Menschen während der neunziger Jahre, den Anschluß an die SPD als Ausweg aus dem Dilemma ernsthaft ins Auge zu fassen. „Ich habe geprüft“, schreibt Oscar Meyer in seinen Erinnerungen, „ob ich mich der sozialdemokratischen Partei anschließen sollte, deren Siegeszug . . . damals unwiderstehlich erschien“⁴⁴. Viele bezweifelten nicht, „daß die ferne Zukunft irgendeiner Form von Sozialismus gehörte“⁴⁵, der nicht nur den Klassenhaß, sondern auch den Haß zwischen den Nationen beseitigen würde⁴⁶. Leicht übertrieben faßte Samuel Lublinski⁴⁷ die Entwicklung dahingehend zusammen, daß „alle, die in den neunziger Jahren jung gewesen sind, vom Sozialismus die große politische Synthese erwartet“ hätten⁴⁸.

⁴¹ Mitteilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus, 1893, S. 418.

⁴² Über die zionistische Bewegung und den Einfluß ihrer Organisation (der ZVfD) auf die politischen Orientierungen s. Abschn. F.

⁴³ Franz Oppenheimer, der von sich sagte: „Ich bin Zionist, weil und insofern ich gläubiger Sozialist bin“ (zit. nach GAJ 1903, Nr. 10, S. 2 f.), und Dr. Julius Moses, der dem Berliner jüdischen Handwerkerverein nahestehende Redakteur des GAJ, später aktives Mitglied der SPD. Hierher gehört auch Bernhard Cohn, von dem noch die Rede sein wird.

⁴⁴ O. Meyer, Bismarck, S. 71.

⁴⁵ G. Mayer, Erinnerungen, S. 84.

⁴⁶ E. Toller, in: *Memoirs of My People*. Hrsg. Leo W. Schwarz, New York 1943, S. 537 f.

⁴⁷ Schriften, S. 55.

⁴⁸ Dabei meinte man *nicht* die Linie eines revolutionären Sozialismus. Der Ausspruch des jungen Gustav Mayer, daß „eine Revolution . . . nie etwas anderes als eine

Demonstrativen politischen Ausdruck fand der Aufstand der Jungen in einer Flugschrift von Bernhard Cohn, mit dem Titel „Vor dem Sturm“, die im Jahre 1896 Aufsehen erregte. Der Verfasser behauptete, daß in Deutschland eine „Umwälzung der Parteiverhältnisse“ vor sich gehe, in der die politischen Bindungen aller Bevölkerungsteile allein durch ihre wirtschaftlichen Interessen neubestimmt würden. Aus diesem Grunde sei auch die „feste Verbindung mit dem Parteiliberalismus für die gesamte Judenheit nicht mehr angebracht“. Zunächst würden sich daher mindestens jüdische „Arbeiter und Angestellte unteren Ranges... sozialdemokratischen Ideen zugänglich“ zeigen. Darüber hinaus aber wäre es für „die große Masse“ überhaupt, ja selbst für „die besser situierten Juden“, aus wirtschaftlichen wie realpolitischen Gründen „das Zweckmäßigste, sich der Sozialdemokratie anzuschließen“⁴⁹. Für seine Auffassung führte der Verfasser drei überraschende Argumente ins Feld. Er rechne mit der Möglichkeit „tätlicher Angriffe von seiten der Massen“⁵⁰, gegen die man sich nur durch die Freundschaft der Sozialdemokratie sichern könne⁵¹. Man brauche weiterhin den Sozialismus wegen seines revolutionären Endzieles nicht abzulehnen, schon weil es noch fern sei. Aber selbst wenn es sich früher als gedacht verwirklichen sollte, „so ist es immer besser für uns, daß wir als seine Freunde, als für seine Gegner gelten“⁵². Letztlich bekannte er sich, jenseits aller realpolitischen Erwägungen, zu grundsätzlicher Anerkennung der SPD: „Ob die Sozialdemokratie staatsfeindlich oder vielleicht gar die einzige staatserschütternde Partei in Deutschland sei, das... wird erst die Geschichte der späteren Jahrhunderte klar stellen.“⁵³

Die Flugschrift Cohns erregte zwar in der jüdischen Presse lebhaftere Diskussionen, hatte aber sonst keinen sichtbaren Erfolg. Die meisten bürgerlichen Juden brachten es nicht über sich, den Sozialdemokraten bei den Hauptwahlen des Jahres 1898 ihre Stimmen zu geben⁵⁴, und die jüdischen Zeitungen begnügten sich mit dem Abdruck einiger Artikel *aus dem Auslande*, in denen entsprechend der *dortigen* „momentanen Konstellation“ eine jüdische Stimmabgabe für Sozialisten als richtige „taktische Direktive“ gerechtfertigt

mit großen Schäden verbundene Beschleunigung einer notwendigen Entwicklung“ sei, scheint typisch für die meisten in Deutschland geborenen jungen Sozialisten gewesen zu sein (G. Mayer, *Erinnerungen*, S. 85), zumal die SPD aus der Epoche des Sozialistengesetzes „parlamentarischer herausgetreten... als sie in sie eingetreten war“ (E. Bernstein, *Parlamentarismus*, S. 47).

⁴⁹ B. Cohn, S. 45–47.

⁵⁰ AaO, S. 49. Die Flugschrift enthielt den Aufruf, sich zur Selbstwehr zu rüsten, um „darauf vorbereitet (zu) sein, in einem plötzlich eintretenden Moment unser Leben Mann gegen Mann verteidigen, oder wenigstens so teuer wie möglich verkaufen zu müssen. Zur Verteidigung unseres Hausrechts müssen wir uns bewaffnen, soweit die Gesetze des Landes das zulassen, und jedes unserer Familienmitglieder... eine Schußwaffe... zu handhaben lehren“.

⁵¹ AaO, S. 46 f.

⁵² AaO, S. 47.

⁵³ AaO, S. 51.

⁵⁴ Vgl. z. B. den Artikel der sozialdemokratischen „Schwäbischen Tagwacht“, zit.: AZJ 1898, S. 338 f.

wurde⁵⁵. Darüber hinaus gab nur die „Israelitische Rundschau“ in vorsichtiger Form der Hoffnung Ausdruck, daß „das soziale Problem“, welches an der Wiege des Antisemitismus gestanden, ihm „auch Gräberdienste leisten“ werde⁵⁶.

Das war die Zeit, in der sich selbst im bürgerlichen Judentum schon jene „Unruhe“ und „Nervosität“ bemerkbar machte⁵⁷, die schließlich einen politischen Ausdruck in der Devise „Los vom Liberalismus“ fand. Bereits im Jahre 1902 wurde offen erklärt, „daß auch Juden vielfach für die Sozialdemokratie aus Dankbarkeit stimmen“⁵⁸, und die in den Verlag von Rudolf Mosse übergegangene AZJ mußte nun gleichfalls registrieren, daß es Juden gäbe, die „ihr Heil beim sozialen Radikalismus . . . suchen und dort unterzutauchen bereit sind“⁵⁹. Damit war die SPD für die jüdische Wählerschaft bereits zu mehr als nur einer Stichwahlalternative geworden.

Jetzt sahen sich die jüdischen Wortführer genötigt, zu der neuen Situation Stellung zu nehmen. Eine Gelegenheit dazu bot der Wahlkampf im Jahre 1903, in dem die Vertrauenskrise zwischen den Juden und den bürgerlichen Linksliberalen offenkundig wurde. Wie bereits erwähnt, hatte man der FVP vorgeworfen, daß sie bei den Stichwahlen antisemitischen Kandidaten den Vorzug gegenüber Sozialdemokraten gab, während andererseits die FVg, insbesondere nach ihrer Vereinigung mit den Naumannschen Nationalsozialen, zu Wahlbündnissen mit der SPD neigte. Damit waren die gutbürgerlichen Orientierungen der Notabeln bereits auf eine harte Probe gestellt. Doch sahen sie sich darüber hinaus durch politische Erklärungen gewisser jüdischer Gruppen und Kreise herausgefordert, die der Führerschaft der Gemeindeorganisationen, des CV und der großen jüdischen Zeitungen, wie ISFAM und AZJ, nicht mehr folgen wollten. Der GAJ, die kleine Berliner Zeitung von Dr. Julius Moses beispielsweise, hatte sich bereits monatelang vor den Wahlen in ihrer Agitation zugunsten der SPD ausgesprochen. Zuerst wies Moses mit rein apologetischen Argumenten den Vorwurf zurück, daß die Juden zu den „Umstürzern“ gehörten, denn als solche seien gerade die Antisemiten anzusehen⁶⁰. Also müsse die Unterstützung jeder politischen Aktivität zu ihrer Bekämpfung, einschließlich der Unterstützung der sozialdemokratischen Parteiaktivität, als staatserschützend gelten und von den Juden gefördert werden. Kurz darauf brachte Moses einen Leitartikel über „Die Juden und die politischen Parteien“, in dem der Konflikt der Juden zwischen den Parteien eindringlich geschildert wurde. Von den Freisinnigen sagt der Schreiber: „Ihr tragisches Los ist (es), daß sie zum größten Teil von jüdischem Geld existieren, für Judeninteressen mit aller Energie *nicht* eintreten können. Dazu kommt, daß

⁵⁵ Z. B. aus Wien in JVB 1899, S. 311 f.

⁵⁶ IR 1901, Nr. 2, S. 2. Die Zeitung wurde kurz danach in die offizielle zionistische JR umgewandelt, die dann lange Zeit eine antisozialistische Linie einhielt.

⁵⁷ IGB 1904, S. 11.

⁵⁸ ISFAM 1902, Nr. 10, S. 2.

⁵⁹ AZJ 1902, S. 581.

⁶⁰ GAJ 1903, Nr. 13, S. 3.

ihr ‚Kosmopolitismus‘ sie oft zu einer gänzlich falschen Auffassung der Judenfrage bringt.“ Der Verfasser ging dann zur Schilderung des Verhältnisses zwischen Juden und Sozialdemokraten über: „Zum vollen Ausbruch kommt der Gegensatz zwischen Wirtschaft und Politik bei den Juden in ihrer Stellung zur Sozialdemokratie . . . Politisch wird die Sozialdemokratie immer für die volle Gleichberechtigung der Juden eintreten. Aber . . . sie vertritt rein proletarische Arbeiterinteressen. Dadurch steht sie in vollem Gegensatz zur Mehrheit der deutschen Juden . . . Politisch werden sie durch den Sieg der Sozialdemokratie vielleicht völlig gleichberechtigt, wirtschaftlich jedoch ruiniert werden.“⁶¹

Der Redakteur des GAJ distanzierte sich zwar in einigen Punkten von diesem Artikel⁶², identifizierte sich aber mit der Meinung seines Verfassers in bezug auf die SPD als *Alternativpartei* anstelle des „Freisinn“. Dabei waren ihm nicht nur wahltaktische Gründe bei Stichwahlen maßgebend, sondern er anerkannte eben auch die Rolle der SPD als wichtige Position zu erfolgreicher Verteidigung jüdischer Interessen. Freisinnige und Sozialdemokraten seien die einzigen Parteien, die noch jüdische Abgeordnete in die Parlamente entsandten und bereit seien, für jüdische Rechte zu kämpfen⁶³. Moses wies seine Leser auch ausdrücklich darauf hin, daß die Bezeichnung „liberal“ an sich noch keine Gewähr für gerechtes Verhalten zu den Juden biete, da sogar die Väter des Liberalismus in Deutschland häufig zu den Judenfeinden gezählt hätten⁶⁴. Acht Tage vor der Wahl kam er deutlich mit seiner Meinung heraus, daß noch der „roteste Sozialdemokrat“ weit mehr Anrecht auf jüdische Stimmen habe als der „Reichsparteiler mit antisemitischen Allüren“, und er warnte gleichzeitig, schärfer als je, vor dem „versteckten Antisemitismus unter liberaler Flagge“. Schließlich stellte er aber „entschiedene Liberale und Sozialdemokraten“ als *gleichberechtigte* Kandidaten nebeneinander, auf die sich die jüdischen Stimmen bereits im ersten Wahlgang vereinigen sollten. Die Frage danach, ob den „entschiedenen Liberalen“ oder den Sozialdemokraten, die sich ja im ersten Wahlgang meist feindlich gegenüberstanden, der Vorzug zu geben sei, beantwortete Moses mit einer sehr realpolitischen Äußerung, die bereits der Verfasser der Flugschrift „Vor dem Sturm“ vorweggenommen hatte. In gesperrtem Druck heißt es da: „Die sozialistische Gefahr liegt in einer mehr oder weniger fernerer Zukunft, die antisemitische ist präsent und dringend.“⁶⁵ Die nächste Nummer des GAJ, die ein Tag vor den Wahlen erschien, wiederholte nochmals unumwunden, „daß Juden, um die Wahl von Antisemiten zu

⁶¹ AaO, Nr. 15, S. 1 f. Nach bewährtem Muster war auch dieser Artikel aus dem Ausland eingesandt (von Lazare Felix Pinkus, Bern).

⁶² AaO, S. 2, Anm.

⁶³ AaO, Nr. 18, S. 1.

⁶⁴ AaO, Nr. 23, S. 2. Dieser Aufsatz stand unter dem Eindruck der Pogrome von Kischinew.

⁶⁵ AaO, Nr. 24, S. 1.

verhindern, auch den sozialdemokratischen Kandidaten unterstützen müssen, selbst, wenn sie sonst der sozialdemokratischen Richtung fernstehen“⁶⁶.

Anfangs wurde das offene Eintreten des GAJ und seines Redakteurs für die Sozialdemokraten als Alternative von den jüdischen bürgerlichen Zeitungen lebhaft angegriffen⁶⁷. Dabei hatte sich Moses doch zunächst keineswegs für organisatorischen Anschluß der Juden an die sozialdemokratische Partei ausgesprochen⁶⁸. Vorerst ging es ihm im deutsch-politischen Bereich noch um Vereinigung aller fortschrittlichen Elemente auf der Linken⁶⁹, und im jüdischen Bereich um offenes Auftreten als sogenannte „pressure-group“ bei den Wahlen, im Gegensatz zu der vom CV befürworteten und von ihm als „Ghetto-Judentum“ bezeichneten Linie des Einflusses hinter den Kulissen⁷⁰. Von diesem Standpunkte aus parierte er dann alle Angriffe mit Ausführungen, die zeigten, worauf es ihm ankam: „Nicht die Sozialdemokraten betreiben das elende Handwerk der Demagogie, sondern alle ‚staatserhaltenden‘ bürgerlichen Elemente, die aus Feigheit und Kriecherei diesem Treiben (des Antisemitismus) Vorschub leisten ... (Wir wollen) hier keineswegs für die Sozialdemokraten eintreten, ... aber ... *Wir bekämpfen das Ghetto-Judentum* ... Daß wir uns ducken und ruhig auf uns losschlagen lassen – Nein! das wollen wir nicht mehr tun.“⁷¹

Die Wahlergebnisse von 1903, und insbesondere die Ersatzwahlen in Eschwege, bei denen die FVP der antisemitischen Kandidatur nicht entgegenarbeitete, konnten in weiten Kreisen nur als volle Rechtfertigung der Haltung von Julius Moses angesehen werden. Die jüdisch-bürgerlichen Zeitungen mußten zugeben, daß die deutsche Judenheit das Vertrauen zum „Freisinn“ völlig verloren habe⁷², ja daß die Juden noch vor den Wahlen die Schwäche

⁶⁶ AaO, Nr. 25, S. 1.

⁶⁷ Es regnete Invektiven auf Moses und seinen Kreis, wie „jüdische Bramarbase“, „jüdische Heißsporne“, „kleine Clique Berliner Brauseköpfe“, „Glaubensgenossen, die man weder in unserem Gemeindeleben noch sonst im öffentlichen Leben näher kennt“. Die Zeitung selbst wurde polemisch als „das Berliner jüdische Sozialistenorgan“ bezeichnet (vgl. AZJ 1903, S. 302 und ISFAM 1903, Nr. 27, S. 2; Nr. 29, S. 1 und Nr. 30, S. 1). In Berlin entstand sogar eine politische Gegenbewegung, die ausdrücklich den Kampf gegen die Ausbreitung der sozialdemokratischen Gesinnung unter den Juden aufnehmen und die Beziehungen zum Nationalliberalismus und zu den Rechtsparteien wiederherstellen wollte, s. Abschn. F 2.

⁶⁸ Er scheint bis 1903 der FVg nahegestanden zu haben. Einige Jahre später trat er allerdings unter Aufgabe seiner jüd. Aktivität der SPD bei.

⁶⁹ Wie aus seiner Analyse der Wahlergebnisse hervorgeht: „Die sozialdemokratische Partei zieht in den neuen Reichstag in einer Stärke von über 80 ... und wird somit den *Grundstock der Linken* bilden, und wir hoffen noch immer, daß die 30 Freisinnigen sowie die wenigen süddeutschen Demokraten sich ... auf die Seite der unterschiedenen Linken stellen werden“ (GAJ 1903, Nr. 27, S. 1).

⁷⁰ Sein Eintreten für eine aktive Judenpolitik führte ihn kaum ein Jahr später zur Befürwortung der Gründung eines „jüdischen Zentrums“, s. Abschn. F 3.

⁷¹ GAJ 1903, Nr. 28, S. 1. Der hervorgehobene Satz ist im Original fett gedruckt.

⁷² IGB 1904, S. 91.

der Freisinnigen erkannt und darum „in Scharen für die sozialdemokratischen Kandidaten gestimmt“⁷³ hätten. Es sei demgemäß verständlich, daß die Juden Geld für den Wahlfonds der SPD spendeten, zumal die Sozialdemokraten viel mehr jüdische Kandidaten an aussichtsreicher Stelle aufgestellt hätten, als die freisinnigen Parteien⁷⁴. Selbst das gutbürgerliche ISFAM konstatierte jetzt – und gab damit zugleich der jüdischen Umorientierung die ideologische Formel –, daß „ein gemeinsames jüdisches Interesse zur Bekämpfung der Sozialdemokratie . . . nicht weiter“ vorliege, es sei denn, daß allgemeine Anschauungen und Interessen „dem *Staatsbürger*, nicht dem Juden“ eine solche Bekämpfung notwendig erscheinen ließen⁷⁵. Nun begannen auch die AZJ und die CV-Zeitschrift IDR, ideologische Brücken zur SPD zu bauen. Es sei nur natürlich, schrieb man, daß die Juden sich „dort anzugliedern“ suchen, wo man „sie als vollwertig aufnahm und wo man dieselbe Gesellschaft bekämpfte, die ihnen, weil zufällig als Juden geboren, die gesellschaftlichen Rechte schmälerte“⁷⁶. Und weiterhin heißt es: „wer den Sozialdemokraten eo ipso den Willen abspricht, die Gesundheit des nationalen Lebens herbeiführen zu helfen . . ., der beweist damit, daß er nicht dasjenige Maß politischer Erkenntnis und Einsicht besitzt, das ihn befähigt, sich zum Retter des Judentums aufzuwerfen“⁷⁷. Das CV-Blatt mußte gleichzeitig als „unerschütterliche Tatsache“ feststellen, „daß jeder sozialdemokratische Kandidat . . . immer eine sichere Bürgschaft dafür ist, daß unsere staatsbürgerlichen Rechte . . . nicht erschüttert werden, daß im Gegenteil er ein Bollwerk gegen alle Angriffe auf unsere Gleichberechtigung ist“⁷⁸.

Demnach sah jetzt auch das bürgerliche Judentum die SPD, gleich hinter den Freisinnigen, als mögliche Alternative. Die Anerkennung war aber bedingt und entsprang keinem Wandel der politischen Überzeugungen. Daher ist kaum anzunehmen, daß bei den Wahlen des Jahres 1903 mehr als etwa 12 bis 14 % der jüdischen Wähler für die SPD-Kandidaten stimmten.

Die weitere Entwicklung der jüdischen Beziehungen zur SPD ging ebenfalls nicht ohne Schwierigkeiten vor sich. Solange jedoch der Antisemitismus laut und die Freisinnigen ohne politische Chance waren, scheint doch der Übergang jüdischer Wähler zur Sozialdemokratie langsam aber stetig Fortschritte gemacht zu haben.

Dieser Tendenz wurde dadurch Vorschub geleistet, daß man auch von sozialdemokratischer Seite „nach den Siegeswahlen von 1903“ einen „Brückenschlag zur Intelligenz“ des bürgerlichen Lagers als erwünscht ansah und sich um Kontakte bemühte. Besonders der Kreis um Heinrich und Lily Brauns Wochenschrift „Die Neue Gesellschaft“ wollte nicht „auf den großen Tag der Revolution“ warten, sondern schon jetzt zusammen mit den bürgerlichen Intellektuellen „für ihr demokratisches Programm und ihre Politik des Welt-

⁷³ JR 1903, S. 267.

⁷⁵ ISFAM 1903, Nr. 30, S. 1.

⁷⁷ AaO 1903, S. 568.

⁷⁴ AaO, S. 241.

⁷⁶ AZJ 1902, S. 593.

⁷⁸ IDR 1903, S. 632.

friedens“ kämpfen⁷⁹. Innerhalb der SPD gewann der revisionistische Flügel sichtlich an Anhang, und seine „nationalliberale Arbeiterpolitik“⁸⁰ des Zusammengehens mit liberalen Intelligenzlern und dem kleinen Mittelstand zur Verwirklichung seiner sozialistischen Ziele bewirkte, daß die Partei auch „in den Kreisen der kaufmännischen und technischen Angestellten an Boden“ gewann⁸¹. Besonders in Süddeutschland war „ein zunehmendes Wachstum der ‚revisionistischen‘ Ideen in Theorie und Praxis“ bemerkbar⁸². Dafür spricht nicht nur die politische Biographie von Ludwig Frank, der an dieser Entwicklung führenden Anteil hatte, sondern auch die zunehmende Anzahl jüdisch-sozialistischer Landtagsabgeordneter in Baden und Bayern⁸³.

Sogar in der Provinz Hannover, in der bis dahin der Einfluß des National-liberalismus besonders stark gewesen war, traten bei den Reichstags-Ersatzwahlen im Kreise Rinteln-Hofgeismar (1906) zahlreiche Mitglieder des CV an die Vereinsleitung heran, die ein „Eintreten für den Sozialdemokraten als dringlich“ bezeichneten⁸⁴. Im selben Jahr nahm ein junger Zionist die folgende Zusammenfassung des jüdisch-politischen Wahlspektrums vor, indem er schrieb: „Wie wählen denn heute die deutschen Juden? Wenn sie jung sind, *sozialdemokratisch oder gar nicht*, wenn sie alt werden, kritiklos demokratisch, freisinnig, nationalliberal.“⁸⁵ Damit war die Hinwendung der jüngeren Generation zur Sozialdemokratie für vollzogen erklärt, eine allerdings etwas voreilige Feststellung. Schon bei den Blockwahlen des Jahres 1907 wurde nämlich die jüdische Orientierung nach der SPD hin dadurch aufgehalten, daß die Freisinnigen als Partner des Bülow-Blocks in die regierungstreue Gruppierung eintraten, wodurch sie zu Mithelfern der Politik „gegen Schwarz und Rot“⁸⁶ des Reichskanzlers wurden.

Das Resultat war, nach den Worten einer jüdischen Zeitung, daß viele Juden, die bei früheren Wahlen „ihrer Mißstimmung dadurch Ausdruck gaben, daß sie für sozialdemokratische Kandidaten stimmten, dieses Mal . . . nach ihrer politischen Überzeugung“ wählten⁸⁷, also freisinnige oder andere Blockkandidaten bevorzugten.

Wie kurzfristig vom jüdischen Standpunkt aus die Stimmabgabe für die Blockkandidaten war, besonders da auf diese Art viele offene oder verkappte Antisemiten in den Reichstag einzogen, gab sogar die CV-Zeitschrift bei ihrer Analyse des Wahlausgangs zu. Auch sie konnte nicht umhin festzustellen, daß

⁷⁹ Stampfer, Erfahrungen, S. 87 f.

⁸⁰ So nannte damals Parvus die opportunistisch-revisionistischen Bestrebungen. Vgl. Radek, S. 319.

⁸¹ Ludwig Cohnstaedt in: Das freie Wort V, 1905/06, S. 544. Obwohl der Satz nicht auf die Juden geprägt ist, läßt er sich durchaus auch auf den jüdischen Zuzug der Partei anwenden.

⁸² Grünebaum, S. 8.

⁸⁴ IDR 1906, S. 561.

⁸⁶ IDR 1907, S. 142.

⁸³ S. Abgeordnetenliste im Anhang C 2.

⁸⁵ Welt 1906, Nr. 26, S. 12.

⁸⁷ AZJ 1907, S. 61.

das Ergebnis „als ein für uns Juden erfreuliches nicht bezeichnet werden“ könne, denn „von den den Sozialdemokraten verloren gegangenen 36 Mandaten ist weniger als die Hälfte den liberalen Parteien zugute gekommen“, während „die antisemitischen Parteien nicht unwesentlich gestärkt aus dem Kampfe“ hervorgingen⁸⁸. Die orthodoxe JPR nannte es ganz eindeutig „eine betrübliche Erscheinung“, daß die Antisemiten fast überall „auch von den Liberalen“ den Sozialdemokraten vorgezogen worden seien⁸⁹. Die AZJ hatte anscheinend bereits vor dem Stichwahltermin gemerkt, daß ein solches Ergebnis bevorstehe, denn sie vertrat – entgegen ihrem vorhergehenden Eintreten für Blockkandidaten – in den Stichwahlen „nur eine Parole... ,keinen Antisemiten‘“ und fügte ausdrücklich hinzu, daß *alle* Parteien, „Zentrum und Sozialdemokraten nicht ausgeschlossen“, den Antisemiten gegenüber den Vorrang hätten⁹⁰.

Inwieweit die Juden bei den Hauptwahlen die Blockparteien wählten, um dann in den Stichwahlen zur SPD überzugehen, ist nicht mehr rekonstruierbar. Wohl aber läßt sich ein zeitgenössischer Versuch anführen, die Juden von einer Schuld des Abfalles von der SPD bei den Hauptwahlen reinzuwaschen. 1907 schrieb S. Bernfeld in der „Welt“: „Bei den letzten Wahlen gab es bloß drei Wahlkreise, die den Sozialdemokraten entrissen wurden, und von denen man annehmen kann, daß das Wahlergebnis von dem Verhalten der jüdischen Wählerschaft abhängig war, Frankfurt a. M., Breslau Ost und West. Aber wissen wir, daß da die Juden geschlossen gegen die Sozialisten gestimmt haben?“⁹¹

Für die bald darauf folgenden preußischen Landtagswahlen ist dann ein Rückzug von der Blockideologie festzustellen. Erneut wies der CV, trotz seiner Bevorzugung der Wahl liberaler Kandidaten, auch darauf hin, daß die SPD stets für „folgerichtig energische Abwehr“ eintrete und versicherte, daß da, „wo die Sozialdemokratie für berechnete Forderungen des Arbeiterstandes eintritt... die Juden als humane Arbeitgeber dafür [sic!] stets sympathisieren“ würden⁹².

Bald nach den Blockwahlen scheint also im Grunde bei der jüdischen Wählerschaft wieder alles zum Alten zurückgekehrt zu sein. „Der größere Teil wählt unentwegt freisinnig, der andere sozialdemokratisch, der dritte gehört der Partei der ‚Nichtwähler‘ an, und der Rest wählt je nach Bedürfnis.“⁹³ Die im Mosse-Verlag erscheinende AZJ konnte nicht umhin, nach den Landtagswahlen „unsere guten Freunde aus der FVP, auf die viele Juden noch wie in verba magistri schwören“, zu warnen, daß ihr Eintreten für „waschechte Antisemiten“ sich „an der Partei noch schwer rächen“ würde⁹⁴.

⁸⁸ IDR 1907, S. 141.

⁸⁹ JPR 1907, S. 53.

⁹⁰ AZJ 1907, S. 62.

⁹¹ Welt 1907, Nr. 8, S. 12. Hervorhebung von mir.

⁹² IDR 1908, S. 349 f.

⁹³ Welt 1907, Nr. 7, S. 8.

⁹⁴ AZJ 1908, S. 302.

Das Scheitern der Blockpolitik brachte es mit sich, daß auch das sonst so bürgerliche ISFAM bei einer Nachwahl im Jahre 1909, bei der ein SPD-Kandidat gegen einen Freisinnigen gewann, kommentieren konnte: „Für uns Juden hat dieser Wahlausfall wenig Bedeutung, denn beide Kandidaten nehmen zu den politischen Forderungen der jüdischen Staatsbürger die gleiche Stellung ein.“⁹⁵

Kaum aber war die jüdische Annäherung an die Sozialdemokraten wieder sichtbar geworden, trat mit dem im Jahre 1910 erfolgten Zusammenschluß der freisinnigen Splitter und der süddeutschen Demokraten zur Fortschrittlichen Volkspartei eine neue Verzögerung des Prozesses ein. Eine wirklich große bürgerliche Linkspartei mußte erhebliche Anziehungskraft auf die Juden ausüben, von denen doch viele nur in Ermangelung einer zuverlässigen bürgerlichen Alternative für die SPD gestimmt hatten.

Der Zusammenbruch des Bülowblocks und die Formierung der Fortschrittspartei zeitigte aber auch entgegengesetzte Tendenzen, als in der Zeit der „konservativ-klerikalen Koalition“⁹⁶ Bethmann-Hollwegs die neue Fortschrittspartei sich wiederum in der Opposition fand, Schulter an Schulter mit den Sozialdemokraten. Damit fiel einer der Gründe weg, der manche Juden bewegen haben mußte, bei den Blockwahlen gegen die SPD und für die bürgerlichen Blockkandidaten zu stimmen, indem sie der „nationalen Parole“ Folge leisten⁹⁷ und nicht „dauernd in der Opposition“ sein wollten⁹⁸. Wenn zwei Jahre darauf die jüdischen Zeitungen häufig und durchaus zustimmend von einem spürbaren „Ruck nach links“ redeten⁹⁹, meinten sie damit nicht nur den Zusammenschluß der liberalen Splittergruppen zur Fortschrittspartei oder das Entstehen neuer liberaler Organisationen¹⁰⁰, sondern gerade „die liberal-sozial geeinte Masse“, die sich „die Bekämpfung der heutigen reaktionären Mehrheit zur Aufgabe stellt“¹⁰¹. Und damit war vor allem die SPD gemeint. Dieser Einstellung sekundierte sogar die CV-Zeitschrift im Jahre 1911 ganz ausdrücklich, wenn sie im Hinblick auf Unterstützung sozialdemokratischer Wahlkandidaten schrieb: „Gewiß, das kann und wird auch ein nationalgesinnter Deutscher tun, da er dadurch sein Vaterland vor einem Vertreter schützt, der unter der Maske monarchischer Gesinnung die Anarchie erstrebt!“¹⁰²

Die beiden „Judenschutztruppen“ hatten demnach, sogar in den Augen des CV-Vorstandes, eine fast gleichberechtigte Stellung erreicht. Mit der Wahl-

⁹⁵ ISFAM 1909, Nr. 48, S. 2.

⁹⁶ IDR 1910, S. 38.

⁹⁷ ISFAM 1909, Nr. 27, S. 1.

⁹⁸ Welt 1908, Nr. 20, S. 8.

⁹⁹ Z. B. ISFAM 1910, Nr. 1, S. 1; IDR 1910, S. 19, 23, 144 f. u. v. a.

¹⁰⁰ Wie die „Demokratische Vereinigung“, die der Fortschrittspartei fernblieb, oder der „Hansabund“, der von Jakob Eduard Riesser (get.) ins Leben gerufen wurde, um wirtschaftliche Interessen des Bürgertums gegenüber den konservativen Agrariern zu verteidigen.

¹⁰¹ IWB 1911, Nr. 46, S. 552.

¹⁰² IDR 1911, S. 133.

lösung des Jahres 1912: „Front gegen Rechts“¹⁰³ wurde der Unterschied zwischen Fortschritt und SPD für die jüdischen Wähler dann noch mehr verwischt.

Welche dieser Parteien allerdings bei den Wahlen von 1912 die größere Anzahl jüdischer Stimmen gewann, ist nicht mehr einwandfrei nachzuvollziehen. Einerseits wurden die Juden durch „ihre Berufsgliederung und ihre politische Ideologie . . . an die Seite der fortschrittlichen Parteien“ geführt¹⁰⁴, andererseits aber waren sie „demokratische Elemente“¹⁰⁵, die durch ihr Streben nach einer großen demokratischen Bundesgenossenschaft¹⁰⁶ starke Affinität zur SPD bekundeten. Doch war es bei den Wahlen des Jahres 1912 nicht von entscheidender Bedeutung, ob man dem Fortschritt oder der SPD die Stimme gab. Denn „die Judenfrage spielte in diesem Wahlkampf absolut keine Rolle“¹⁰⁷. Überdies hatten die Linksliberalen und die Sozialdemokraten ein Stichwahlabkommen geschlossen¹⁰⁸, so daß den jüdischen Wählern nun die Wahl zwischen den beiden „Judenschutztruppen“ nicht mehr so schwer werden mußte. So dürfte denn auch keine entscheidende Verschiebung hinsichtlich ihrer Stimmabgabe gegenüber den früheren Wahlen eingetreten sein. Möglicherweise erhielt der Fortschritt bei den Hauptwahlen einigen Stimmzuwachs, der dann bei den Stichwahlen durch das Eintreten sehr vieler Juden für den Kandidaten der SPD mehr als ausgeglichen wurde. Es ist ja kaum anzunehmen, daß bei dem großen Zuwachs der Sozialdemokraten, denen 4,5 Millionen Stimmen und 110 Mandate zufielen, gerade die für sie abgegebenen jüdischen Stimmen zurückgegangen seien. Nach den Wahlen wird die Sozialdemokratie durch die Auflösung der „Demokratischen Vereinigung“ auch noch einen erheblichen Teil der jüdischen Anhänger dieses linksbürgerlichen Splitters für sich gewonnen haben, so daß trotz der Konsolidierung des jüdischen Anhangs der Fortschrittspartei im Endergebnis ein gewisses Anwachsen der jüdischen Gefolgschaft der SPD als wahrscheinlich anzusehen ist.

Diese Entwicklung wurde sicherlich gefördert durch die Anstrengungen, die die Sozialdemokratie zur „Bekämpfung jenes gefährlichen chauvinistischen Geistes“ machte, der sich damals in Deutschland ausbreitete¹⁰⁹. Viele Juden befürworteten die internationalen Bestrebungen der Sozialisten zur Sicherung des Friedens. Tatsächlich konnten, wie Ludwig Frank erklärte, „auch bürgerliche Friedensfreunde mit uns arbeiten“¹¹⁰, um so mehr, als die Partei langsam zu „praktischer Mitarbeit im Staate . . . auf dem Wege von Reformen“ überging¹¹¹, und gewisse SPD-Kreise die Tendenz vertraten, zu-

¹⁰³ IGB 1912, S. 298.

¹⁰⁴ Welt 1912, S. 200.

¹⁰⁵ AaO.

¹⁰⁶ Stampfer, Erfahrungen, S. 130 und 161 f.

¹⁰⁷ Welt 1912, S. 200.

¹⁰⁸ Stampfer (Erfahrungen, S. 160 ff.) bezeichnet Theodor Wolff und sich selbst als Väter dieses Abkommens.

¹⁰⁹ Ludwig Frank im Badischen Landtag am 29. 1. 1908, zit.: Grünebaum, S. 47.

¹¹⁰ Ludwig Frank im Reichstag am 9. 4. 1913, aaO, S. 33.

¹¹¹ AaO, S. 9.

sammen mit den liberalen Fraktionen eine neue regierungsfähige Mehrheit zu bilden¹¹².

Wenn diese Ausrichtung wirklich, nach dem Wort von Friedrich Stampfer, „ein Meilenstein auf dem Weg nach Weimar“ war¹¹³, wird auch ein guter Prozentsatz der politisch interessierten Juden¹¹⁴ diesen Weg um das Jahr 1912/13 mit gebahnt haben.

3. DIE JÜDISCHEN POLITIKER DES WILHELMINISCHEN REICHES

Obwohl die Umorientierung der jüdischen Wählerschaft auf den Sozialismus nur begrenzt und zögernd vor sich ging, erschienen zu Beginn der Wilhelminischen Epoche doch zahlreiche Juden unter den aktiven sozialistischen Politikern. Bereits bei den ersten Reichstagswahlen unter Wilhelm II. im Jahre 1893 erreichte kein jüdischer oder getaufter Kandidat der bürgerlichen Parteien die erforderliche Mehrheit, während vier Sozialdemokraten jüdischer Abstammung, Dr. B. Schönlank, Paul Singer, Dr. A. Stadthagen und E. Wurm, in den Reichstag einzogen. Allerdings darf der vollkommene Ausfall bürgerlich-jüdischer Abgeordneter keinesfalls als Zeichen eines einmütigen Übergangs der aktiven Politiker zum Sozialismus gewertet werden. Entscheidender Einfluß auf diese Erscheinung kommt sowohl der Wirkung des Antisemitismus wie der Zersplitterung der Freisinnigen Partei zu. Erst im letzten Reichstag des kaiserlichen Deutschland saßen wieder zwei Ungetaufte auf den Bänken bürgerlicher Parteien, Dr. Ludwig Haas und Dr. Felix David Waldstein, die als Kandidaten der seit 1910 in der Fortschrittlichen Volkspartei vereinten Linksliberalen gewählt wurden.

Die Liste der Reichstagsabgeordneten jüdischer Abstammung für die Jahre 1893 bis 1914 weist also hauptsächlich getaufte Juden auf sowie sozialistische Abgeordnete, von denen einige ihren Austritt aus dem Judentum erklärt hatten. Die jüdischen Reichstagsmitglieder für den behandelten Zeitabschnitt waren:

1. Dr. Otto Arendt (get.), Schriftsteller, seit 1898, freikonservativ.
2. Eduard Bernstein, Redakteur, seit 1903, Sozialdemokrat.
3. Dr. Daniel Blumenthal (get.), gewählt in Straßburg-Land 1903, Süddt. Volkspartei.
4. Max Cohen-Reuss, Redakteur, seit 1911, Sozialdemokrat.
5. Dr. Oscar Cohn-Nordhausen, Rechtsanwalt, seit 1912, Sozialdemokrat.
6. Georg Davidsohn, seit 1912, Sozialdemokrat.

¹¹² L. Frank, S. 234.

¹¹³ Stampfer, Erfahrungen, S. 164.

¹¹⁴ Schätzungsweise 18% bis 20% der jüdischen Wählerschaft. Vgl. Tab. Abschnitt F, Kap. 2, Anm. 112.

7. Dr. Ludwig Frank, Rechtsanwalt, seit 1907, Sozialdemokrat.
8. Robert Friedberg (get.), Professor, vorübergehend MdR, nationalliberal.
9. Dr. Georg Gradnauer, Redakteur, 1898–1906, 1912–1919, Sozialdemokrat.
10. Dr. Ludwig Haas, Rechtsanwalt, seit 1912, Fortschrittli. VP.
11. Dr. Hugo Haase, Rechtsanwalt, 1898–1906, 1912–1919, Sozialdemokrat.
12. Dr. Siegfried Heckscher (get.), Direktor d. HAPAG, Fortschrittli. VP.
13. Dr. Joseph Herzfeld, Rechtsanwalt, 1898–1906 und seit 1912, Sozialdemokrat.
14. Gustav Hoch, Redakteur, 1898–1903 und seit 1907, Sozialdemokrat.
15. Dr. Otto Landsberg, Rechtsanwalt, seit 1912, Sozialdemokrat.
16. Dr. Otto Mugdan (get.), Sanitätsrat, 1903–1911, Freisinn, Fortschrittli. VP.
17. Dr. Max Quarck (get.), Redakteur, seit 1912, Sozialdemokrat.
18. Eugen Schiffer (get.), Amtsrichter, seit 1912, nationalliberal.
19. Dr. Bruno Schönlink, Redakteur, 1898–1903, Sozialdemokrat.
20. Felix Schwabach (get.), Geh. Regierungsrat, seit 1907, nationalliberal.
21. Paul Singer, Fabrikant, 1884–1911, Sozialdemokrat.
22. Dr. Arthur Stadthagen, Rechtsanwalt, 1890–1917, Sozialdemokrat.
23. Dr. Felix David Waldstein, Rechtsanwalt, seit 1912, Fortschrittli. VP.
24. Georges Weill, Redakteur, Straßburg, Nürnberg, 1912 für Metz, Sozialdemokrat.
25. Emanuel Wurm, Redakteur, 1890–1906 und seit 1912, Sozialdemokrat.

Bei einigen weiteren Namen, die zu dieser Zeit genannt wurden, handelt es sich entweder um erfolglose Kandidaten oder um irrtümlich als Juden angesehene Personen¹.

Von den Aufgezählten gehörten zwanzig dem letzten Reichstag des Kaiserreiches an, der 1912 zusammentrat. Damit war die bis dahin größte Zahl von zwölf jüdischen Abgeordneten im Jahre 1874, zur Zeit der jüdisch-national-liberalen Weggemeinschaft, jetzt weit überschritten und sogar die Zahl der siebzehn Abgeordneten jüdischer Abstammung in der Paulskirche übertroffen worden. Mehr als die Hälfte der jüdischen Reichstagsabgeordneten der Jahre 1893–1918 gehörte der SPD an. Im letzten Reichstag von 1912 waren es sogar 70 %.

Da viele Abgeordnete mit ihrem Einzug in den Reichstag erstmalig vor die Öffentlichkeit traten, soll hier wenigstens über die Bedeutenderen unter ihnen einiges mitgeteilt werden. Dr. Otto Arendt, der bereits vor 1893 politisch aktiv war, trat in der freikonservativen Reichspartei als einer der lebhaftesten Befürworter einer aktiven Kolonialpolitik hervor. Er gehörte zu den Mitbegründern der „Deutschen Kolonialgesellschaft“. Er schloß sich dem „Alldeutschen Verband“ bald nach dessen Gründung an als einer der wenigen Mitglieder jüdischer Herkunft dieser seit 1908 offen antisemitischen Ver-

¹ Der Sozialdemokrat Emil Rosenow war Nichtjude (zum Unterschied vom jüdisch-freisinnigen Landtagsabgeordneten Leopold Rosenow), aber mit einer Jüdin verheiratet. Getaufter Jude hingegen war Jakob Eduard Riesser (ein Verwandter Gabriel Riessers), der während des Weltkrieges durch Ersatzwahl in den Reichstag kam. Hier zu erwähnen wären auch der 1903 gewählte Sozialdemokrat Dr. Heinrich Braun, dessen Mandat nachträglich annulliert wurde, und der freisinnige Halbjude Dr. Georg Gothein, der wegen seiner aktiven Mitarbeit im Verein zur Abwehr des Antisemitismus häufig als jüdischer Abgeordneter angesehen wurde.

einigung. Eine solche Neigung nach rechts war aber im Wilhelminischen Deutschland für jüdische Abgeordnete durchaus eine Ausnahme. Ihre stärksten Persönlichkeiten gehörten zweifellos zur extremen Linken.

Als eine der prominentesten Gestalten der Sozialdemokratie galt Eduard Bernstein, der schon als „alte Garde“ angesehen wurde. Während der zwanzig Jahre seines Exils hatte er sich als Redakteur in der Parteipresse einen Namen gemacht und war durch seine theoretischen Schriften² der ideologische Begründer des Revisionismus geworden. Als er im Jahre 1900 von Bülow die Erlaubnis zur Rückkehr nach Deutschland erhielt, wurde er bald Reichstagsmitglied und zugleich einer der führenden Ideologen der Partei. Wohl belehrt durch die Verhältnisse nahm er jetzt auch eine bewußt jüdische Haltung ein³ und kämpfte für „die Berechtigung von Vereinigungen für die Förderung der unterdrückten und zurückgebliebenen Elemente des Judentums“⁴. Später näherte er sich sogar dem Zionismus, ohne jedoch jemals einer politisch-zionistischen Gruppe beizutreten.

Im Gegensatz zu Bernstein waren die vier anderen alten Sozialisten Bruno Schönlank, Arthur Stadthagen, Emanuel Wurm und Paul Singer an jüdischen Dingen völlig uninteressiert. Besonders für Singer, der von 1887 bis zu seinem Tode 1911 dem Parteivorstand angehörte, ist charakteristisch, daß er sich bei allen Diskussionen über die Judenfrage sehr zurückhielt⁵.

Von den vier Genannten erlebte nur Wurm das Ende des ersten Weltkrieges. Er schloß sich der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei an und wurde nach der Revolution von 1918 als deren Vertreter Staatssekretär im Reichsernährungsamt.

Neben diesen Veteranen, die jetzt zu Führerstellen aufgerückt waren, erschienen zahlreiche neue Gesichter auf der politischen Bühne, darunter einige mit interessanten Schicksalen. Die beiden elsass-lothringischen Politiker Daniel Blumenthal von der süddeutschen Volkspartei⁶ und der Sozialdemokrat Georges Weill machten bei Ausbruch des Weltkrieges von sich reden, als sie ihrer deutschfeindlichen Gesinnung durch Überschreiten der französischen Grenze Ausdruck gaben.

Bei Kriegsausbruch rückte Hugo Haase, seit 1898 Mitglied des Reichstags und nach dem Tode Singers Fraktionsvorsitzender der SPD, in das Licht der Öffentlichkeit. Trotz seines persönlichen Widerstandes gegen die Entscheidung seiner Fraktion zugunsten der Kriegskredite, verlas er in der denkwürdigen

² Insbesondere: Die Voraussetzung des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie, Stuttgart 1899.

³ Als junger Mann hatte er im Jahre 1878 seinen Austritt aus der jüdischen Gemeinde erklärt.

⁴ So schrieb er in der Rundfrage-Sammlung von *Julius Moses*, S. 51.

⁵ Allerdings hatte er in die Diskussion um Stöcker eingegriffen und sich auch mit der Frage des Schächtverbots befaßt.

⁶ *Bülow* I, S. 245.

Reichstagssitzung vom 4. August 1914 die Zustimmungserklärung der SPD zu der Regierungsvorlage, die besonders wegen der Worte „Wir lassen das Vaterland in der Stunde seiner Gefahr nicht im Stich“ als Ausdruck des Patriotismus viel gefeiert wurde⁷. Auch die patriotische Tat des badischen Sozialdemokraten Dr. Ludwig Frank, der sich bei Kriegsausbruch freiwillig an die Front meldete und als erster Reichstagsabgeordneter fiel, wurde viel gerühmt. Diesen vielversprechenden Politiker hat man häufig mit Lassalle verglichen⁸, doch darf wohl behauptet werden, daß er seiner ganzen Persönlichkeit nach solider war als sein Vorläufer. Es war ihm nicht mehr vergönnt, seine Fähigkeiten voll zu entwickeln, doch waren seine Leistungen in der kurzen Zeit seiner öffentlichen Betätigung bemerkenswert genug. So gehörte er z. B. zu den ersten Parteiführern, die den Wert der jungen Generation für die Partei erkannten und die Organisation der Jungen Arbeiter und deren Zeitung „Junge Garde“ ins Leben riefen. Vielleicht noch wichtiger für die künftige Gestaltung der deutschen Sozialdemokratie war, daß er gegen die Beschlüsse der Parteikongresse ein parlamentarisches Zweckbündnis der badischen Sozialdemokraten mit den Liberalen gegen Zentrum und Rechtsblock durchsetzte und dadurch erreichte, daß seine Partei zum ersten Male verantwortlich an der Regierung eines Landes teilnehmen konnte. Dabei gehörte Frank nicht gerade zum gemäßigten Flügel der Partei. In Fragen, die ihm einer aktivistischen Haltung wert schienen, konnte er auch mit den linksradikalen Parteimitgliedern zusammengehen wie etwa in der Frage der preußischen Verfassungsreform. Er rief in Preußen zum Massenstreik auf, den der linke Parteiflügel als Protestaktion gegen das Fortbestehen des Dreiklassenwahlrechts durchführen wollte, obwohl die Parteiführung diese Kampfweise ablehnte. Mit dem Einsatz seiner ganzen Persönlichkeit förderte er auch die internationale Friedensbewegung und deren Bestrebungen zur Überbrückung der immer schärfer hervortretenden Gegensätze zwischen den Großmächten.

Ausgesprochen zum rechten Flügel innerhalb der Partei neigte Max Cohen-Reuss. Während des Krieges legte er sogar gewisse expansionistische Neigungen an den Tag⁹. Der Abgeordnete Oscar Cohn-Nordhausen dagegen näherte sich nach Beginn des Krieges dem linken Parteiflügel und war eine Zeitlang einer der führenden Männer der USPD. Als Kuriosum sei hier erwähnt, daß er seinen Reichstagssitz eigentlich den Stimmen der antisemitischen Rechten verdankte. Jedoch hatte er sich, wie er erklärte, „nicht um antisemitische Wahl-

⁷ Haase hatte bereits früher die „Wahrung einer Parteisache“ über alle anderen Beweggründe gestellt (vgl. seinen Brief an Eisner, Anhang B 18). Später entfernte er sich von den Mehrheitssozialisten und legte im Jahre 1915 den Fraktionsvorsitz nieder. Er wurde zum Führer der USPD und gehörte dem Rate der Volksbeauftragten bis Anfang 1919 an. Kurz nach seinem Rücktritt wurde er ermordet. – Der USPD schlossen sich, außer H. Haase und E. Wurm, auch Eduard Bernstein und Oscar Cohn an. Joseph Herzfeld wurde nach dem Kriege Kommunist.

⁸ *Grünebaum*, S. 12 f.

⁹ Vgl. seinen Artikel in d. Chemnitzer Volksstimme v. 16. 1. 1915.

hilfe bemüht“¹⁰. In späteren Jahren war Oscar Cohn dann auch in jüdischen Hilfsorganisationen tätig und stand der Poale-Zion-Bewegung nahe.

Unter den freisinnigen Reichstagsmitgliedern, deren Zahl sehr gering war, ist der aus Baden stammende Dr. Ludwig Haas mit an erster Stelle zu nennen. Er arbeitete eng mit Frank in der Friedensbewegung zusammen. Wie dieser ging er als Freiwilliger sofort bei Kriegsausbruch an die Front und wurde vor Langemarck mit dem Eisernen Kreuz ausgezeichnet. Glücklicher als Frank, überstand er den Krieg und blieb später einer der Führer der demokratischen Partei. Anders aber als Frank widmete er sich an führender Stelle der Förderung jüdischer Angelegenheiten. Bereits als Student hatte er mitgeholfen, die jüdisch liberale Studentenbewegung, das spätere KC (= Kartell-Convent), ins Leben zu rufen. Dann wurde er im CV aktiv und schließlich in dessen Hauptvorstand gewählt. Im Jahre 1915 berief man ihn als Sachbearbeiter für jüdische Fragen zur deutschen Zivilverwaltung nach Warschau, wo er mit dem nationaljüdischen Lebensbereich des Ostjudentums in engere Berührung kam, ohne daß dadurch allerdings seine deutsch-jüdische Ideologie erschüttert wurde¹¹.

Andere Wege ging der getaufte Dr. Siegfried Heckscher, der sich in den Reihen der Fortschrittspartei bemühte, das Verhängnis des Krieges, der Niederlage und der Revolution von Deutschland abzuwenden. Obzwar er selten öffentlich hervortrat, war er im Reichstag als „Ballins junger Mann“ geachtet¹² und hatte als Vertreter der HAPAG-Interessen einen gewissen politischen Einfluß, der ihn auch mit Bülow und anderen leitenden Staatsmännern in Verbindung brachte¹³.

Ebenfalls getauft war der freisinnige Politiker Dr. Otto Mugdan. Sein Übertritt zum Christentum, der mit dem Beginn seiner politischen Laufbahn zusammenfiel, erregte in jüdischen Kreisen eine lebhafte Diskussion. Man stritt sich darüber, ob Juden die Kandidatur eines Getauften überhaupt unterstützen könnten, oder ob sie von den Freisinnigen verlangen sollten, getaufte Kandidaten zugunsten von dem Judentum treu gebliebenen zurückzustellen¹⁴.

Ein anderer Täufling, Jakob Eduard Riesser, machte von sich reden, als er im Jahre 1909 den „Hansabund“ als Kampforganisation der Interessen von Industrie und Handel gegen den einseitig großagrarisches orientierten „Bund der Landwirte“ gründete. Obwohl Riesser selber Mitglied des Zentralvorstandes der Nationalliberalen war, tendierte der Hansabund nach links und kam schnell in den Ruf, „verjudet“ zu sein. Bald ergaben sich auch Interessenkonflikte zwischen den Vertretern von Handel und Schwerindustrie, die zur Spaltung des Bundes führten.

¹⁰ Über diesen Fall, vgl. IGB 1912, S. 423 f.; *Stampfer*, Erfahrungen, S. 163.

¹¹ Vgl. *Schrag-Haas*, S. 73 ff.

¹² *Hallgarten* II, S. 163.

¹³ *Bülow* II, S. 257, 510 und insbesondere III, S. 285 f.

¹⁴ Vgl. GAJ 1908, Nr. 37, S. 1 und Nr. 38, S. 1; ebenso IDR 1912, S. 466.

Als ein Prominenter der nationalliberalen Partei galt der um die Jahrhundertwende getaufte Richter Dr. Eugen Schiffer, der 1917 zum Unterstaatssekretär des Reichsschatzamtes aufrückte, 1919 demokratischer Finanzminister im Kabinett Scheidemann wurde und zwischen 1919 und 1921 zweimal kurze Zeit Reichsjustizminister war. Er überlebte den zweiten Weltkrieg und bekleidete nach 1945 hochbetagt das Amt eines Justizministers in der Sowjetzone Berlins¹⁵.

Aus dieser Schilderung der Reichstagsabgeordneten jüdischer Abstammung ergibt sich die Feststellung, daß die Sozialdemokraten unter ihnen, nach Gewicht ihrer Persönlichkeit und nach Zahl, die bürgerlichen Abgeordneten in den Schatten stellten. Zu etwas anderem Ergebnis kommt man bei einer Betrachtung der jüdischen *Landtags*mitglieder. Allerdings ist hier zu berücksichtigen, daß der Preußische Landtag und auch einige Landtage der kleineren Länder noch immer nach dem Dreiklassenwahlrecht gewählt wurden, so daß die zum Sozialismus neigenden Wähler nur geringen Einfluß auf die Wahlergebnisse hatten. Daraus erklärt sich auch, warum die meisten Landtage, ähnlich wie der Reichstag, in den Jahren vor 1898 fast „judenrein“ blieben¹⁶.

Das gilt besonders für Preußen, wo im Jahre 1898 zum ersten Male nach einer Unterbrechung von mehr als zwölf Jahren wieder zwei Juden gewählt wurden. Danach stieg die Zahl der Abgeordneten jüdischer Abstammung langsam an, bis sie im letzten Landtag der Kaiserzeit ihr Maximum erreichte¹⁷. Im Gegensatz aber zu den Reichstagen gehörten die jüdischen Mitglieder des preußischen Abgeordnetenhauses in ihrer Mehrheit *nicht* der sozialdemokratischen, sondern der freisinnigen Partei an, und im Herrenhaus überwog die Zahl der Nationalliberalen weiterhin. Das gleiche trifft auf die außerpreußischen Landtage zu, soweit in ihnen das Dreiklassenwahlrecht in Kraft blieb¹⁸. Mit dessen Abschaffung in den süddeutschen Ländern nahm dort die Zahl der jüdischen Sozialdemokraten zu. Insgesamt zählten von den 57 jüdischen Abgeordneten beider Kammern der deutschen Landtage während der Jahre 1893 bis 1916 nicht mehr als 13 zur SPD. Noch geringer war der Prozentsatz der Sozialdemokraten unter den Kandidaten, die in diesen Jahren zwar zu Parlamentswahlen nominiert wurden, dann aber durchfielen oder zurücktraten. Jedoch waren von insgesamt 131 jüdischen Abgeordneten und Kandidaten aller deutschen Parlamente immerhin 34 (= 26 %) Sozialdemokraten. Die große Zahl der jüdischen Abgeordneten in der SPD und die relativ kleine Zahl

¹⁵ Kaznelson, Sammelwerk, S. 571.

¹⁶ Liste der Landtagsabgeordneten der Jahre 1893–1916 s. Anhang C 2.

¹⁷ Im preußischen Abgeordnetenhaus saßen während der Jahre 1913–1918 immerhin 11 Juden und 5 Getaufte, davon 2 Sozialdemokraten. Im Herrenhaus saßen bis 1913 nur einige Getaufte. Nach 1913 war Eduard Arnhold das einzige ungetaufte Herrenhausmitglied.

¹⁸ Die süddeutschen Staaten gingen in den Jahren 1904–1906 meist zum allgemeinen direkten Wahlrecht über. Liste der Abgeordneten s. Anhang C 2.

erfolgloser Kandidaten dieser Partei läßt vermuten, daß die Juden nicht gerade in aussichtslosen Wahlbezirken aufgestellt waren, und daß die Wähler der SPD für die Partei, nicht aber für die Kandidaten stimmten¹⁹.

Diese Übersicht über die Orientierungen der jüdischen Parlamentarier ermöglicht eine wichtige Feststellung: Da zur Zeit der jüdisch-nationalliberalen Weggemeinschaft über 70 % der jüdischen Parlamentarier den Regierungsparteien angehörten, vor Ausbruch des ersten Weltkrieges aber nur noch etwas mehr als 25 % (und davon fast die Hälfte Getaufte), wird deutlich, daß die Orientierung der aktiven Politiker von der *Einstellung des Staates und der Parteien zu den Juden* entscheidend mitbestimmt war. In einem System, das die Juden unbehindert am Staatsleben teilnehmen ließ, waren die jüdischen Intellektuellen als Politiker überwiegend regierungstreu. Auf Ausschließung dagegen reagierten sie mit einer Opposition²⁰, die radikaler war als die überwiegend gemäßigt-oppositionelle Haltung der Gemeinschaft, der sie entstammten. Allerdings spiegelten auch die politischen Orientierungen der jüdischen Gesamtheit das Verhalten der Parteien und der Regierung zu ihnen wider, aber ihr Anschluß an die Opposition ging langsam und weniger radikal vor sich als der ihrer aktiven Politiker. Während also die vorwiegend bürgerlich-oppositionelle deutsche Judenheit in der Wilhelminischen Epoche eine Stimmabgabe für die SPD wohl nur als Provisorium ansah, gelangten die meisten aktiven Politiker auf ihrem Wege nach links schließlich zu völliger Identifizierung mit den Endzielen der SPD.

Dies Ergebnis der Untersuchung wird durch einen Blick auf die politischen Betätigungsfelder außerhalb der Parlamente bestätigt. Insbesondere die Journalisten rückten im Wilhelminischen Reich dem Sozialismus immer näher. Selbst von den ungefähr 120 Redakteuren und Mitarbeitern bürgerlicher Blätter neigten etwa 10 % zur SPD. Zu den direkten Mitarbeitern an der sozialistischen Parteipresse und den zwar nicht parteigebundenen, aber eindeutig sozialistischen Publikationen²¹ zählten nochmals über 120 Mitarbeiter jüdi-

¹⁹ Andererseits zeigt die große Zahl von durchgefallenen oder zurückgetretenen Kandidaten der FVP und der FVg sowohl die Schwäche der linksliberalen Splittergruppen, als auch eine gewisse Tendenz, Juden an aussichtsloser Stelle kandidieren zu lassen.

²⁰ Die Einteilung der jüdischen Parlamentarier nach ihrer Zugehörigkeit zu den Regierungsparteien (Reg.), zur bürgerlichen Opposition (BOp.) und zur sozialdemokratischen Opposition (SPD):

Jahre	Zahl der Abgeordneten	Zahl der Kandidaten	Abgeordnete			Kandidaten			Zusammen			unsicher
			Reg.	BOp.	SPD	Reg.	BOp.	SPD	Reg.	BOp.	SPD	
1867-1878	66	5	50	12	3	3	2	0	53	14	3	1
1879-1892	38	24	15	16	6	6	10	3	21	26	9	6
1893-1916	80	51	21	24	28	4	38	6	25	62	34	10

²¹ Z. B. die 15 Mitarbeiter an den Publikationen des Kreises um Gustav Landauer und an den Schriften der Siedlungsgenossenschaftsbewegung um Franz Oppenheimer.

scher Abstammung²². Mehr als die Hälfte aller jüdischen politischen Schriftsteller waren demnach Sozialisten, unter ihnen manche bedeutende Persönlichkeiten, von denen Joseph Bloch, die Brüder Adolf und Heinrich Braun, Rudolf Hilferding, Friedrich Stampfer, Julius Kaliski, Hans Goslar²³, Theodor Lessing²⁴, Alexander Parvus²⁵, Kurt Eisner, Rosa Luxemburg, Eugen Leviné, Karl Radek und Hugo Simon²⁶ hervorzuheben sind.

Bloch²⁷ hatte als Herausgeber der „Sozialistischen Monatshefte“²⁸ einen erheblichen Einfluß auf die ideologische Entwicklung der Partei in Richtung auf den Revisionismus. Zum revisionistischen Flügel der Partei zählte zunächst auch Kurt Eisner, der bis Ende 1905 als Redakteur am „Vorwärts“ wirkte²⁹. Später trat er in die Redaktion der „Münchener Post“ ein und gehörte zu den Begründern der dortigen USPD. Während der Novemberrevolution wurde er Ministerpräsident in Bayern³⁰ und erlag dreieinhalb Monate nach seiner Ernennung den Kugeln des Halbjuden Arco-Valley. Später als Eisner trat Stampfer in die Redaktion der Parteipresse ein. In Brünn geboren, konnte er sich im kaiserlichen Deutschland nur als Journalist politisch betätigen. Seine Stellung auf dem rechten Parteiflügel prädestinierte ihn für den Posten des Chefredakteurs am „Vorwärts“, als die Parteileitung im Jahre

²² Das Nazi-Sammelbuch „Die Juden in Deutschland“, S. 140–145 zählt ungefähr 140 Namen von jüd. Mitarbeitern der sozialistischen Presse auf. Selbst wenn man offensichtliche Fehlnennungen (wie z. B. die keineswegs sozialistische Frauenrechtlerin Henriette Fürth) und die Aufführung von ausländischen Korrespondenten, die nicht in Deutschland wirkten, abzieht, bleiben weit über 100 Namen von sozialistischen Zeitungsleuten jüdischer Abkunft übrig, die auch anderweitig bezeugt sind.

²³ Goslar war damals bereits zionistisch aktiv. Er wurde in der Weimarer Republik Ministerialrat und Pressechef der preußischen Staatsregierung.

²⁴ Lessing war nichts weniger als parteifromm. Er sah sich in späteren Jahren zum Zionismus hingezogen. Wegen seiner pazifistischen Einstellung den deutschen Rechtskreisen verhaßt, wurde er nach Hitlers Machtergreifung ermordet.

²⁵ Stammte aus Rußland, war in der deutschen sozialistischen Presse bis 1905 aktiv, ging dann nach Rußland und sandte von dort seine Korrespondenzen nach Deutschland. Sein Biograph nennt ihn „den stärksten Kopf der zweiten Internationale“. Im Kriege kehrte P. nach Deutschland zurück und setzte sich aktiv für die Lebensmittelversorgung Deutschlands ein. Er zog sich mehr und mehr von der Politik zurück, blieb aber der SPD nahe. Vgl. jetzt *Scharlau*.

²⁶ Hugo Simon gehörte zum linken Flügel der Partei, schloß sich im Kriege der USPD an. 1918 war er für kurze Zeit Finanzminister.

²⁷ Über ihn ausführlich *Siemens*, *Leben für Europa*, und *Blumenfeld*, S. 57 und 123.

²⁸ An der Finanzierung der Zeitschrift war Leo(n) Arons führend beteiligt. Er unterstützte auch den Bau des Berliner Gewerkschaftshauses und begründete die Arbeiterbildungsschule. Ein bedeutender Physiker, wurde er als der Erfinder der Arons'schen Röhre bekannt. Seine wissenschaftlichen Leistungen schützten ihn nicht davor, wegen seiner politischen Einstellung durch ein Sondergesetz, der sogen. Lex Arons, von seinem Posten als Privatdozent an der Berliner Universität entfernt zu werden. Als Parlamentskandidat der SPD war er erfolglos.

²⁹ Vgl. Brief Hugo Haases an Eisner im Anhang B 18.

³⁰ Vgl. Eisners Briefkarte an J. Mayer im Anhang B 23. Über E. jetzt ausführlich: *E. Schade*, Kurt Eisner u. d. bayr. Sozialdemokratie, Hannover 1961.

1916 den Einfluß des linken Flügels auf die Zeitung auszuschalten bestrebt war. Zu den revolutionären Linken gehörten Eugen Leviné, Karl Radek und Rosa Luxemburg. Leviné stammte aus Rußland und kehrte während der Revolution von 1905 vorübergehend dorthin zurück. In der deutschen Politik trat er nur kurz als einer der Führer des Spartakusbundes, dem er sich 1918 anschloß, und als Vorsitzender des Vollzugsausschusses der zweiten Münchener Räterepublik hervor³¹. Einflußreicher als er war Karl Radek, der um 1910 an vielen Parteiblättern tätig war und sich einige Autorität auf dem Gebiete der Außenpolitik erwarb. Wegen seiner Neigung zum Extremismus wurde er 1913 aus der SPD ausgeschlossen. Während des Krieges kam er in der Schweiz mit Lenin in Kontakt und fuhr 1917 mit ihm nach Rußland. Ende des Jahres 1918 kehrte er als Kommunist nach Deutschland zurück, wurde aber nach kurzer Tätigkeit inhaftiert und ausgewiesen³². Die bedeutendste Persönlichkeit des linken sozialistischen Flügels war zweifellos die aus Polen stammende Rosa Luxemburg. Seit 1896 in der sozialdemokratischen Parteipresse aktiv, erwarb sie sich bald einen Ruf als Theoretikerin, der durch ihre Lehrtätigkeit an der Parteischule noch wuchs. Ihr demonstratives Auftreten gegen den Militarismus trug ihr noch vor Ausbruch des Krieges eine bis 1916 währende Gefängnishaft ein, während deren Abbüßung sie die sogenannten Junius-Briefe verfaßte, in denen sie der offiziellen Politik der SPD den Kampf ansagte. Bald nach ihrer Entlassung aus dem Gefängnis wurde sie von neuem in Schutzhaft genommen, was sie aber nicht hinderte, durch Beiträge zu den „Spartakusbriefen“ die theoretische Fundierung des Spartakusbundes zu schaffen. Nach Ausbruch der Revolution nahm sie an den Berliner Straßenkämpfen im Januar 1919 teil, obwohl sie den sofortigen bewaffneten Aufstand aus taktischen Gründen nicht gebilligt hatte. Sie wurde von Regierungstruppen gefangen genommen und ohne Gerichtsverfahren erschossen³³.

Eine besondere Stellung unter den sozialistischen Publizisten kommt Gustav Landauer zu. Trotz seiner politischen Tätigkeit war er kaum ein homo politicus. Seine Schriften und Vorträge atmen religiös-idealistischen Geist, und seine Anschauungen von der erlösenden Kraft der wahren Menschengemeinschaft sind auf nichtpolitischer Ebene viel stärker wirksam gewesen als auf der politischen des von ihm begründeten Sozialisten-Bundes. Er empfand sein Judentum als Ausgangsstellung in seinem Kampfe für Gerechtigkeit und Menschenliebe. Auf dieser Grundlage ist die bis in den Krieg hinein andauernde enge Verbindung zwischen ihm und dem um acht Jahre jüngeren Martin Buber zu verstehen. In gewissem Sinne erklärt sich Landauers Teilnahme an der Münchener Räteregierung nicht aus „politischen“ Motiven. Ihm

³¹ Von einem „Volksgericht“ zum Tode verurteilt, wurde er 1919 standrechtlich erschossen. Über ihn vgl. *Werner*.

³² Vgl. O. E. *Schüddekopf*, Karl Radek in Berlin, in: *Archiv f. Sozialgeschichte*, Bd. 2, Hannover 1962.

³³ *Klara Stern*, Rosa Luxemburg, Zürich o. J. (1920?), S. 9–16.

erschien sie als ein Schritt zur Verwirklichung seiner religiös-sozialistischen Ideale. Seine Ermordung im Mai 1919 ließ die Frage nach seiner politischen Potenz unbeantwortet.

Dem Sozialismus stand in seiner Jugend auch der später als demokratischer Publizist hervorragende Georg Bernhard nahe. Seine der Parteidoktrin widersprechenden Aufsätze in Maximilian Hardens „Zukunft“ und in dem von ihm selber begründeten volkswirtschaftlichen Blatt „Plutus“ bewirkten schließlich seinen Ausschluß aus der SPD. Nachdem er sich als Handelsreferent führender Berliner Blätter einen Namen erworben hatte, wurde er dann Verlagsdirektor bei Ullstein³⁴ und Chefredakteur der „Vossischen Zeitung“. Neben ihm ist als führende jüdische Persönlichkeit unter den bürgerlichen Publizisten der Wilhelminischen Epoche besonders noch Theodor Wolff³⁵, der Chefredakteur des Berliner Tageblattes, als einer der einflußreichsten Redakteure der Kaiserzeit hervorzuheben. Den Ruhm, der wohl gefürchtetste politische Schriftsteller jener Jahre gewesen zu sein, kann Maximilian Harden³⁶ für sich beanspruchen. Seine „Zukunft“, weitgehend von ihm allein geschrieben, erfreute sich eines großen, wenn auch nicht immer sympathisierenden, Leserkreises. Er war Parteigänger des entlassenen Bismarck und konsequenter Gegner Wilhelms II. und dessen Politik.

Einige politische Bedeutung errangen auch Arthur Bernstein als Leitartikler der Berliner Morgenpost und August Stein als Berliner Korrespondent der Frankfurter Zeitung. Letzterer wurde scherzhaft als „Gesandter Sonnemanns am preußischen Hof“ bezeichnet. Gegenüber den Genannten verblaßten Namen wie die von Arthur Feiler³⁷ oder Edgar Jaffé³⁸.

Die hier genannten Männer weisen nicht nur auf einen quantitativen, sondern vor allem auch auf einen qualitativen „Ruck nach links“ unter den aktiven jüdischen Politikern hin. Fügt man den Parlamentariern und Schriftstellern, von denen bisher die Rede war, noch die politisch tätigen Pazifisten³⁹

³⁴ Die Verlagshäuser Mosse, Ullstein und Sonnemann setzten ihre bedeutende Funktion auch in der Wilhelminischen Zeit fort.

³⁵ Über ihn s. unten im Text.

³⁶ Bruder des Politikers R. Witting (get.).

³⁷ *Kaznelson*, Sammelwerk, S. 697 f.

³⁸ Jaffé hatte während des Krieges Fühlung mit der Obersten Heeresleitung und wurde gelegentlich in die Schweiz geschickt, um Friedensfühler auszustrecken. Er beteiligte sich aktiv an der Vorbereitung der Revolution in München und wurde Finanzminister in der Regierung von Kurt Eisner.

³⁹ Bereits seit dem Beginn einer internationalen Friedensbewegung betätigten sich in ihr Juden. Schon früh waren Johann Jacoby und A. Stettiner an der Begründung eines internationalen Friedenskongresses beteiligt. Am Weltfriedenskongreß des Jahres 1890 in London nahm Gustav Meier aus Frankfurt a. M. teil; auch L. Sonnemann stand der Friedensbewegung nahe. Seit 1893 wurde die Deutsche Friedensgesellschaft von ihrem Gründer Alfred Fried (Friedensnobelpreis 1911) geleitet. Diese Gesellschaft unterstützten: Der Dresdner Bankier Georg Arnhold; der Breslauer Anwalt Rudolf Heilberg; Max Hirsch, Schriftsteller und Sozialpolitiker; Bert-

und die Führerinnen der Frauenbewegung⁴⁰ hinzu, so kann selbst die Rolle der sogenannten „Kaiserjuden“ im Regierungslager die entschiedene Linkswendung der Majorität nicht aufwiegen.

Als „Kaiserjuden“⁴¹ bezeichnete man nicht die jüdischen Staatsbeamten, deren Zahl und Einfluß gering blieben⁴², sondern die „neuen Adligen“⁴³ Wilhelms II., die zugleich Zielscheibe heftiger Angriffe der Antisemiten waren. Sie repräsentierten Spitzenfirmen im Bankwesen, Handel und Industrie. Einige von ihnen hatten Zutritt zum Kaiser. Als wichtigste unter ihnen sind Albert Ballin, Eduard Arnhold, James Simon, Carl Fürstenberg, Ludwig Max Goldberger, Emil Rathenau und sein Sohn Walther Rathenau zu nennen. In zweiter Linie rechnen auch Männer wie Georg Solmssen (= Salomonsohn), Wilhelm Herz, Franz v. Mendelssohn (get.), Max Steinthal, Maximilian Kempner, Max M. Warburg, Heinrich Grünfeld, Benjamin Liebermann und Fritz Friedländer-Fuld (get.) zu dieser Kategorie.

Es ist hier nicht der Platz, über die Bedeutung dieser Wirtschaftsführer und ihr Wirken für Deutschland in der Welt zu berichten, doch sei als kennzeichnend für ihre besondere Rolle in den Augen der Öffentlichkeit erwähnt, daß in jüdischen (und antisemitischen) Blättern damals die Gerüchte nicht verstummen, es sei der eine oder andere von ihnen für eine Berufung ins preußische Herrenhaus oder für ein Adelsprädikat vorgeschlagen; einige der Namen wurden selbst im Zusammenhang mit Ministerposten genannt. Unter ihnen ragten außer dem ins Kolonialamt berufenen Bernhard Dernburg (get.) besonders der nationalliberale Chef der Berliner Handelsgesellschaft Carl Für-

hold Jacob; Prof. Moritz Lazarus; Theodor Lessing; die Frauenrechtlerin Grete Meisel-Hess; der Schriftsteller Paul Mühsam; der zionistische Publizist Alfred Nossig; der Dichter Alfred Wolfenstein. Unter den Sozialisten setzte sich besonders Ludwig Frank aktiv für die Friedensbewegung ein.

⁴⁰ Führende Jüdinnen der deutschen Frauenbewegung, die im behandelten Zeitabschnitt hervortraten: Jenny Apolant; Ika Freudenberg; Henriette Fürth; Henriette Goldschmidt; Jenny Hirsch; Josephine Levy-Rathenau; Lina Morgenstern; Charlotte Mühsam; Paula Ollendorff; Alice Salomon; Jeanette Schwerin; Rahel Straus; Margarete Zepler.

⁴¹ Über die „Kaiserjuden“ vgl. *Tramer*. Dort auch weitere Literaturangaben.

⁴² Von wirklicher Bedeutung im Staatsdienst waren nur drei Getaufte: Bernhard Dernburg (Sohn Friedrich Dernburgs), Ernst v. Halle und Dr. Paul Kayser. Kayser hatte als wirklicher Legationsrat im Auswärtigen Amt eine Mitentscheidung über die deutsche Kolonialpolitik. Dernburg war erst Kolonialdirektor (1906) im Auswärtigen Amt und dann Staatssekretär im Reichskolonialamt (1907–1910). Der Wirtschaftswissenschaftler Ernst v. Halle (eigentlich Levy) war der erste Propagandachef von Tirpitz und Herausgeber der offiziellen Jahrbücher des Reichsmarineamtes, später Exponent des Admirals im Reichsfinanzministerium, bis er 1909 von den Konservativen abgeschoben wurde. Er überlebte seinen Sturz nur um wenige Tage. Die anderen Staatsbeamten jüdischer Abstammung (ungefähr 15) hatten keinen politischen Einfluß.

⁴³ So genannt von den Antisemiten. Vgl. GAJ 1903, Nr. 18, S. 3.

stenberg, der Gründer und Leiter der HAPAG Albert Ballin⁴⁴ und der seinem Vater Emil in der Leitung der AEG folgende Walther Rathenau hervor, die im Jahre 1908 für den Posten des Finanzministers erwogen wurden⁴⁵. Für Erhebung in den Adelsstand vorgeschlagen wurde der Hamburger Großbankier Max M. Warburg⁴⁶. Außer den drei ins Herrenhaus berufenen Männern jüdischer Abstammung⁴⁷ nannten die Zeitungen außerdem noch James Simon⁴⁸, den Chef eines Baumwoll-Großhandelshauses, den nationalliberalen Mitbegründer der Dresdner Bank Ludwig Max Goldberger⁴⁹ und – den aus Mainz stammenden amerikanischen Staatsbürger und Philanthropen Charles L. Hallgarten⁵⁰, der politisch Friedrich Naumann nahestand, als Kandidaten für die Ernennung in das Herrenhaus. Ganz gleich nun, ob diese Gerüchte Erfindungen der Presse waren oder um der wirtschaftlichen Verdienste willen tatsächlich erwogene Ehrungen, jedenfalls ist festzustellen, daß der *politische* Einfluß dieser Männer immer stark überschätzt worden ist. Zwar wurde der eine oder andere von ihnen gelegentlich von Wilhelm II. empfangen oder gar mit privatem Besuch beehrt, wobei der Kaiser möglicherweise gern die Gelegenheit benutzte, die Ansicht des Betreffenden über eine Frage aus dessen Berufssphäre einzuholen, zweifellos aber ohne der Äußerung entscheidendes Gewicht einzuräumen. Mit Ausnahme von Albert Ballin hat niemand von diesen Männern auch nur den Versuch unternommen können, den Kaiser politisch zu beeinflussen. Auch Fürst Bülow schätzte Ballin, aber es liegen keinerlei Zeugnisse dafür vor, daß er seinen Ratschlägen besondere Bedeutung beigemessen hätte. Auf andere Minister des Kaisers hatten zeitweilig Ernst v. Halle, Viktor Schweinburg⁵¹ und Walther Rathenau⁵² gewissen Einfluß, allerdings ohne daß sie jemals wirklich in den Angelegenheiten des Reiches hätten ernsthaft mitreden können. Ihre geringe Rolle in der Politik geht auch daraus hervor, daß nur ein einziger Jude – Goldberger – als Mitglied des Zentralvorstandes der nationalliberalen Partei⁵³ eine gewisse Position im parteipolitischen Betrieb innehatte, und daß nur einem anderen von

⁴⁴ Über ihn s. unten im Text.

⁴⁵ *Bülow*, der in seinen „Denkwürdigkeiten“ II, S. 385 davon berichtet, fügt hinzu, daß Rathenau wohl angenommen hätte, während er bei den anderen nicht sicher sagen könnte, wie sie reagiert hätten. Aber der Kaiser habe alle drei Kandidaten abgelehnt, nicht aus Antisemitismus, sondern um die Rechte „bei der Stange zu halten“.

⁴⁶ *G. Mayer*, *Erinnerungen*, S. 151.

⁴⁷ Eduard Arnhold, Fritz Friedländer-Fuld und Franz v. Mendelssohn.

⁴⁸ GAJ 1904, Nr. 42, S. 3.

⁴⁹ ISFAM 1902, Nr. 25, S. 5.

⁵⁰ GAJ 1908, Nr. 17, 1. Beil. S. 1.

⁵¹ Schweinburg (get.) war Mitbegründer und zeitweiliger Leiter des Flottenvereins, was für seine Verbindung mit Tirpitz spricht. Parteimäßig stand er in enger Verbindung mit den Freikonservativen. Als Journalist arbeitete er hauptsächlich für die von Krupp kontrollierten Berliner Neuesten Nachrichten.

⁵² Rathenau begleitete den Staatssekretär Dernburg auf seiner Afrikareise im Jahre 1907, doch verfeindeten sie sich bald darauf.

⁵³ GAJ 1908, Nr. 21, S. 2.

ihnen eine offizielle politische Mission angetragen wurde: Fürstenberg sollte Deutschland auf der Algeciras-Konferenz über die Marokkofrage vertreten, lehnte aber diesen Auftrag ab⁵⁴.

Ein wenig anders wurde es erst mit Ausbruch des Weltkrieges. Walther Rathenau richtete die Kriegsrohstoffversorgungs-Zentrale ein, Eduard Arnold wurde Berater des Reichskommissariats für Kohlenversorgung, Carl Melchior, Mitglied des Hamburger Bankhauses Warburg, war in der Zentral-Einkaufs-Gesellschaft für die Getreideversorgung Deutschlands tätig, und Max M. Warburg wurde in Wirtschaftsfragen von der Regierung wiederholt zu Rate gezogen⁵⁵. Doch war auch in den Kriegsjahren von einem echten politischen Einfluß der „Kaiserjuden“ keine Rede. Rathenau etwa bemühte sich, jedoch ohne Erfolg, um eine gewisse Einwirkung auf Ludendorff und durch ihn auf die Kriegsführung⁵⁶, und der Einfluß Albert Ballins auf den Kaiser, bereits vor dem Kriege offensichtlich überschätzt, ging bei Kriegsausbruch vollkommen zurück⁵⁷.

Im Zusammenhang mit der zunehmenden Kritik Englands an der deutschen Flottenpolitik war Ballin davon überzeugt, daß eine positive Entwicklung der Weltgeltung Deutschlands gute Beziehungen zu England zur Voraussetzung habe. Er hatte schon 1908 durch den in Deutschland geborenen und in England naturalisierten Sir Ernest Cassel Kontakte nach London aufgenommen, um zu einer deutsch-englischen Verständigung in der Flottenfrage zu gelangen⁵⁸, und dann Anfang 1912 mit Cassel die allerdings erfolglose Berliner Mission von Lord Haldane vorbereitet. Noch unmittelbar vor Ausbruch des Krieges besuchte er London, wo er u. a. auch mit Churchill sprach. Von diesem Besuch scheint er günstige Eindrücke mitgenommen zu haben, denn nach einer Quelle glaubte er noch in den letzten Julitagen nicht an den Krieg⁵⁹. Eine dies bestätigende andere zeitgenössische Äußerung⁶⁰ ergänzt dahingehend, daß sein beruhigender Bericht ihn nach Kriegsausbruch bei Wilhelm diskreditierte. Trotzdem wurde er mehrfach gebeten, mit dem Kaiser zu reden, wenn „die Wahrheit ihm schließlich mitgeteilt werden mußte“⁶¹. Doch scheint es ihm nicht gelungen zu sein, dem Kaiser den Ernst der sich stetig verschlechternden politischen und militärischen Situation klarzumachen. Es gab stärkere Einflüsse, die sich gegen jeden Versuch wehrten, den Kaiser aus seinem „fool's paradise“⁶² aufzurütteln. Ballins tragischer Tod

⁵⁴ Fürstenberg, S. 459 f. An seiner Stelle wurde Fischel von der Firma Mendelssohn bestellt.

⁵⁵ Melchior und Warburg waren später Mitglieder der deutschen Delegation in Versailles, wo besonders Melchior wichtige Arbeit auf wirtschaftlichem Gebiete leistete.

⁵⁶ Kessler, Rathenau, S. 250–254.

⁵⁷ Über Ballin vgl. Rosenbaum, S. 257 f. Dort auch weitere Literaturangaben.

⁵⁸ AaO, S. 278 ff.

⁵⁹ Th. Wolff, Marsch durch zwei Jahrzehnte, S. 259.

⁶⁰ Fürstenberg, S. 554.

⁶¹ Aus dem Munde von General Groener, in G. Mayer, Erinnerungen, S. 151 f.

⁶² Bülow III, S. 283.

am Tage der Novemberrevolution fiel nicht nur mit dem Ende des Kaiserreiches zusammen, sondern bedeutete zugleich auch das Ende der Rolle der sogenannten „Kaiserjuden“ in Deutschland.

Zu den ungefähr vierhundert aktiven jüdischen Politikern auf Reichsebene treten in der Epoche zwischen 1893 und 1914 noch mehr als eintausendfünfhundert Lokalpolitiker, von denen rund tausendvierhundert als Stadtverordnete und Stadträte, der Rest als Parteifunktionäre tätig waren⁶³. Für Berlin allein konnten über einhundertundzwanzig Namen städtischer Abgeordneter festgestellt werden, und mit über vierzig jüdischen Stadtverordneten nahm Breslau den zweiten Platz ein⁶⁴. Allerdings blieben die Juden der Provinz Posen, wie seit jeher, hinsichtlich ihrer munizipalen Aktivität an führender Stelle; dort zählte man ungefähr fünfhundert Lokalpolitiker. In dieser Provinz war man nämlich seit Caprivi's „Versöhnungspolitik“ der Nationalitäten auf Anordnung der Verwaltungsbehörden in vielen kleineren Städten zu der gleichmäßigen Aufteilung der Stadtverordnetenversammlungen unter Deutsche, Juden und Polen zurückgekehrt, die schon vor 1871 in Übung war⁶⁵. Man räumte dabei meist den Polen die dritte, den Deutschen die zweite und den Juden die erste Wählerklasse ein⁶⁶, offensichtlich ohne genau auf die Bevölkerungsverhältnisse Rücksicht zu nehmen. Denn trotz der stetigen Abwanderung der jüdischen Bevölkerung, insbesondere aus den kleineren Städten, behielten die Juden in Exin, Strelno, Wongrowitz, Rogasen, Gnesen und anderen Orten das Recht auf ein Drittel der Stadtverordneten⁶⁷. Ähnlich gleichbleibende jüdische Anteile an munizipalen Ämtern findet man zur Zeit der wachsenden Spannungen zwischen den Polen und den Deutschen auch in den kleinen Städten der Provinz Westpreußen, wo im Jahre 1909 unter den genau 1001 Stadtverordneten der 51 Städte immerhin 137 Juden gewählt wurden⁶⁸. Sogar gewisse oberschlesische Städte wiesen einen mehr oder weniger gesicherten jüdischen Anteil an Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlungen auf⁶⁹, worin die ansässigen Juden zumindest ein „konfessionelles“ Zugeständnis sahen.

⁶³ Wahlmänner wurden in den Q. nicht mehr berücksichtigt.

⁶⁴ Geographische Verteilung der Lokalpolitiker, s. Anhang A 10.

⁶⁵ „Preußische Städte im Gebiete des polnischen Nationalitätenkampfes“, hrsg. von *Ludwig Bernhard*. Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Nr. 119, Teil I, Leipzig 1909. Vgl. darin *Franz Zitzlaff*, Die kleinen Städte, S. 64. Desgleichen im selben Bande die Aufsätze von *Karpinski*, Gnesen, S. 185 und von *Fritz Vosberg*, Die Stadt Gnesen, S. 155 ff.

⁶⁶ AaO, S. 64.

⁶⁷ AaO, S. 156.

⁶⁸ IDR 1910, S. 744. Aber in Westpreußen wie in Posen versuchte man wiederholt, die jüdische „Kurie“ zu liquidieren. Vgl. ISFAM 1902, Nr. 47, S. 4; 1903, Nr. 6, S. 1.

⁶⁹ Daher auch weiterhin die beträchtliche Zahl von über 120 Lokalpolitikern, d. i. 10%, gegenüber einem Anteil von nur 5% an der jüdischen Bevölkerung Deutschlands. Allerdings half dazu auch der große Anteil der Juden an den Wählern der ersten Klasse. Vgl. z. B. JVB 1913, Nr. 51, S. 2.

In den anderen Provinzen jedoch wehrten sich die Juden selber gegen konfessionelle Nominierungen von Stadtverordneten und bezeichneten solche Praktiken wie etwa in Köln abweisend als „Ghettokandidaturen“⁷⁰. Trotzdem häuften sich im Rheinland und in Westfalen die Fälle, wo in der Lokalpolitik auf diese Weise, zusammen mit dem katholischen Zentrum, jüdische Kandidaturen durchgesetzt wurden⁷¹.

Selbst wenn aber manche Kandidaten in Oberschlesien und im Rheinland ihre Sitze in der Stadtverordnetenversammlung dem Zentrum verdankten, oder wenn jüdische Sozialdemokraten in die Stadtverwaltungen gewählt wurden⁷², ja auch wenn die nationalliberale Partei oder die sogenannten „unpolitischen“ Munizipalparteien gelegentlich jüdische Stadtverordnete aufstellten und durchbrachten⁷³ – die Domäne der Juden in den Munizipalitäten blieb der „Kommunale Freisinn“⁷⁴. Das gilt nicht nur für Berlin, wo Männer wie Paul Nathan und Hugo Preuss⁷⁵ als leitende Kommunalpolitiker wirkten, sondern auch für Breslau, Frankfurt und andere Groß- und Mittelstädte⁷⁶, in denen jüdische Stadtverordnete und Stadträte der freisinnigen Gruppen einen erheblichen Einfluß ausübten⁷⁷.

Die jüdischen Lokalpolitiker blieben in ihrer vorwiegend freisinnig-fortschrittlichen Haltung demnach der jüdischen Gesamtheit viel näher als die Reichspolitiker. Dafür lassen sich allerdings auch geographische Gründe an-

⁷⁰ ISFAM 1898, Nr. 31, S. 3.

⁷¹ Dies mag einer der Gründe für die steigende Zahl der jüdischen Stadtverordneten dort gewesen sein. Vgl. IGB 1904, S. 476; GAJ 1907, Nr. 47, 1. Beil. S. 3.

⁷² Der Anteil jüdischer Sozialdemokraten an der Munizipalverwaltung war wesentlich geringer als an den Parlamenten. Außer in Groß-Berlin und Breslau gab es nur wenige Stadtverordnete der SPD, die jüdischer Abstammung waren. Als bedeutende Kommunalpolitiker der SPD sind Hugo Heimann und Paul Hirsch zu nennen.

⁷³ Z. B. JR 1912, S. 293 über den Kölner Nationalliberalen Justizrat Bernhard Falk. Vgl. auch GAJ 1903, Nr. 32, 1. Beiblatt über Kommerzienrat Moritz Beer in Essen, der als einziger neben Krupp der ersten Wählerklasse angehörte und dementsprechenden Einfluß auf die Wahl der Stadtverordneten dieser Klasse ausübte. Es ist interessant, daß in einigen Orten auch sogenannte „Mittelstands- und Mieterparteien“, die nicht ganz frei von antisemitischen Elementen waren, Juden als Kandidaten förderten. Vgl. z. B. ISFAM 1902, Nr. 25, S. 3; 1910, Nr. 12, S. 4 f. und Nr. 45, S. 5.

⁷⁴ *Schmoller*, S. 24.

⁷⁵ Hugo Preuss, der spätere Staatssekretär und Vater der Weimarer Verfassung, war zur Kaiserzeit nur als Kommunalpolitiker erfolgreich, kandidierte zu den Parlamenten ohne Erfolg. In seinen Anschauungen war er weitgehend von Friedrich Naumann beeinflusst. 1917 verfaßte er auf Veranlassung von Witting eine Denkschrift zur Verfassungsgebung, die Ludendorff vorgelegt werden sollte, s. *Feder*, Preuss, S. 18 f.

⁷⁶ Z. B. Liegnitz, Posen, Königsberg u. a.

⁷⁷ Dennoch gab es „namhafte Städte in Deutschland, in denen . . . kein Mitbürger jüdischen Glaubens mehr zum Stadtverordneten vorgeschlagen, geschweige denn gewählt“ wurde (IDR 1897, S. 70). Der Rückgang der Munizipalaktivität war besonders auffällig im Königreich Sachsen, in Württemberg und in den nordwestdeutschen Provinzen Preußens.

führen. Während sich nämlich die Mitwirkung an der großen Politik vor allem in Berlin ⁷⁸ abspielte, verteilte sich die aktive Einflußnahme der Juden auf die Munizipalpolitik über fast das ganze Deutsche Reich, mit entsprechend engerem Kontakt der jüdischen Stadtverordneten und Räte zur jüdischen Gesamtbevölkerung. Demgemäß unterschieden sich auch die Berufsstrukturen der zwei Repräsentantengruppen voneinander. Bei den Munizipalpolitikern stieg der Prozentsatz der freien Berufe nur langsam (bis auf rund 25 %) an, während 80 % der Reichspolitiker ⁷⁹ zu dieser Berufsgruppe gehörten ⁸⁰.

Was gegen Ende der Wilhelminischen Zeit den Kontakt der Lokalpolitiker mit jüdischen Belangen noch besonders unterstrich, war die sichtbare Korrelation zwischen lokalpolitischen Ehrenämtern und jüdischen Gemeindeämtern. Während aber in früheren Zeiten jüdische Notabeln häufig ihrer Stellung in der Gemeinde wegen zu Stadtverordneten gewählt worden waren, scheint es nun häufig umgekehrt gewesen zu sein. Jetzt wurden die Inhaber munizipaler Ehrenämter in den Gemeindevorstand gewählt, nicht etwa weil sie sich jüdisch besonders interessiert zeigten, sondern weil sie als städtische Honoratioren Ansehen genossen.

Bei den Reichspolitikern tritt diese Korrelation ganz in den Hintergrund. Es hat sogar den Anschein, als hätten sich die Führer der großen jüdischen Vereinigungen von offenem Engagement in der Reichspolitik freizuhalten bemüht ⁸¹, wobei allerdings zu beachten ist, daß die große Zahl der sozialdemokratischen Politiker bewußt von allen jüdischen Aufgaben abrückte ⁸². Von

⁷⁸ Geographische Verteilung der Reichspolitiker, s. Anhang A 8, die der Lokalpolitiker s. Anhang A 10.

⁷⁹ S. Anhang A 9.

⁸⁰ Bei den Reichspolitikern, die der Berufsgruppe Handel, Bank und Industrie, also den Munizipalvertretern ähnlich, angehörten, ist ein weitaus stärkeres Beharren auf dem regierungstreuen Standpunkt als bei den Intellektuellen nachweislich. Nur für 38 aus dieser Berufsgruppe ist in den Jahren 1893–1916 die Parteizugehörigkeit feststellbar gewesen. Danach gehörten an:

den Rechtsparteien, insbes. d. Nationalliberalen	23 = 60 %
den freisinnigen Parteien u. d. süddt. demokr. Volksp.	13 = 34 %
der sozialdemokratischen Partei	2 = 6 %

Trotz des zahlenmäßig geringen Umfanges der statistisch erfaßbaren Gruppe, kann als nahezu sicher gelten, daß sie auf einer Orientierung beharrte, die der Einstellung der Jahre 1867–1878, d. h. der kurzen Blütezeit der deutsch-jüdischen Weggemeinschaft, sehr ähnlich war. Die Reichspolitiker dieser Gruppe gehörten nicht derselben Schicht des Mittelstandes an, wie die große Mehrzahl der jüdischen Gesamtheit, sondern dem Großbürgertum. Ihre Orientierung ist daher atypisch für die jüdische Allgemeinbevölkerung.

⁸¹ So lehnten z. B. die Vorsitzenden des CV, Maximilian Horwitz und Eugen Fuchs, freisinnige Reichstagskandidaturen ab, und der Zionist Alfred Klee schlug eine nationalliberale Kandidatur aus. Andererseits waren aber die Landtagsabgeordneten Oskar Cassel, Hermann Cohn-Dessau und Wilhelm Langenbach-Dessau (dessen Wahl später annulliert wurde) in jüdischen Organisationen führend tätig.

⁸² Ausnahmen: Eduard Bernstein, Hans Goslar und Oscar Cohn.

allen Reichspolitikern zeigten sich nur noch 15 % als an jüdischen Dingen interessiert oder gar aktiv beteiligt. Daraus folgt, daß sich auch ein großer Teil der bürgerlichen Politiker jüdisch indifferent verhielt, denn obzwar die Zahl der jüdischen Sozialisten in allen politischen Betätigungsfeldern ⁸³ zugenommen hatte ⁸⁴, war zugleich im Gesamtüberblick die Zahl der jüdisch Indifferenten noch stärker gestiegen. Das heißt, daß die jüdischen Linksliberalen, zu welcher Splittergruppe sie auch immer gehören mochten ⁸⁵, ebenfalls kaum spezifisch jüdische Interessen verfolgten.

Die Ausrichtung der politisch aktiven Juden hatte sich also im Verlauf von hundert Jahren in ihrer Wesensart entscheidend gewandelt. Im Vormärz hatten sie *als Juden* ihren Platz in Deutschland auf politischem Wege zu finden gehofft. Zur Zeit der Reichsgründung glaubten sie, *Deutschtum und Judentum* politisch auf einer loyalen regierungstreuen Ebene vereinigen zu können. In der Wilhelminischen Zeit aber suchten die nunmehr fast völlig den intellektuellen Berufen angehörenden jüdischen Politiker ihr Heil *in der Politik schlechtthin*, wobei sie darunter eine Politik verstanden, die ihnen *ihre* Auslegung des Deutschtums bestätigen und zugleich das ihnen wesenlos gewordene Judentum ersetzen sollte. Eine solche Möglichkeit schien ihnen nur die Linke zu bieten, und dies war wohl – zusätzlich zu anderen Gründen, wie Antisemitismus und konservativer Abschließungspolitik – ein wichtiger Beweggrund für den entschiedenen Ruck nach links ⁸⁶, der für die jüdischen Politiker der Wilhelminischen Epoche charakteristisch ist.

⁸³ Die Betätigungsfelder der politisch Aktiven 1893–1916, s. Anhang A 12.

⁸⁴ Die Orientierungen der politisch Aktiven:

	Zum Vergleich		
	1893-1917	1879-1892	1867-1878
Rechtsparteien (konserv. u. antis.)	1 = 0,2 %	8,0 %	1,5 %
Freikonserv. Reichspartei	6 = 1,5 %	8,0 %	11,5 %
Nationalliberale	49 = 13,0 %	21,5 %	42,5 %
Freisinn/Fortschritt	155 = 42,0 %	35,5 %	22,0 %
Demokr. Volkspartei	16 = 4,0 %	8,0 %	7,5 %
Sozialisten (SPD u. andere)	143 = 39,3 %	19,0 %	15,0 %
	370 = 100,0 %	120 = 100,0 %	106 = 100,0 %

⁸⁵ Solange der Freisinn gespalten war, scheinen die Juden vorwiegend zur freisinnigen Volkspartei geneigt zu haben. Bei den jüd. Politikern war das Verhältnis ungefähr 9 : 5 zugunsten der FVP. Die 1908 abgesplitterte demokratische Vereinigung unter der Führung von Barth und Scheidemann scheint unter der jüd. Bevölkerung einigen Anklang gefunden zu haben, war aber nur an einem einzigen Wahlkampf im Landesmaßstabe beteiligt.

⁸⁶ Über diese Entwicklung im Verhältnis der Politiker zu den Regierungsparteien, den bürgerlichen Oppositionsparteien und der sozialistischen Opposition, s. Anhang A 13.

F. DIE NICHT REALISIERTEN MÖGLICHKEITEN

1. VOM KULTURKAMPF BISMARCKS ZUM KULTURKAMPF BÜLOWS

Der Ruck nach links, der in den politischen Orientierungen der Juden seit 1879 immer spürbarer hervortrat, war für sie keine so ganz selbstverständliche Entwicklung gewesen, die sich widerstandslos und leicht durchgesetzt hätte. Unter den Versuchen, eine Alternative für die Linksparteien zu finden, wurde u. a. eine Annäherung an die katholische Zentrumspartei wiederholt erwogen. Diese Partei schien den deutschen Juden manches bieten zu können¹. Sie ließ sich den Schutz *aller* Konfessionen angelegen sein, kämpfte für konfessionelle Schulen, für Religionsunterricht und für Heiligung des Ruhetages²; sie war in vielen deutschen Landen verwurzelt und hatte, insbesondere in Bayern, Hannover, Oberschlesien und in Rheinland-Westfalen, das lokalpatriotische Kolorit, das auch den Gefühlen der dortigen Juden³ entsprach. Trotzdem wurde die Partei von Anbeginn, jedenfalls von den jüdischen Wortführern, fast einmütig abgelehnt⁴, selbst wenn hie und da im munizipalen Rahmen eine Stimmabgabe für sie feststellbar ist.

Die Gründe für diese Ablehnung sind in der jüdischen Situation um das Jahr 1871 zu suchen. Damals hatten sich zwar die jüdischen Ideologen bereits gänzlich auf eine konfessionelle Auslegung des Judentums festgelegt, doch war es ihnen dabei – entsprechend ihrer Ausrichtung auf vollständige Eindeutigung – weniger um Erlangung konfessioneller Organisationsformen⁵ und Ausnahmerechte, als um die völlige Gleichstellung mit den nichtjüdischen Staatsbürgern zu tun. Der Weg des Zentrums schien ihnen demnach ungang-

¹ Die Zentrumspartei hatte sich aus verschiedenen katholischen landsmannschaftlichen Gruppen während der Wahlen des Kriegswinters 1870/71 zu einer Partei zusammengeschlossen, mit der „Germania“ als gewichtigem Parteiorgan. Eine konfessionelle Kampforganisation trat hier zur Wahrung spezifischer Interessen einer *Minderheit* auf.

² Baeck, S. 364, Anm. 6.

³ S. unten Kap. 2.

⁴ Eine Ausnahme machten die hannoverschen Orthodoxen, die zu Windthorst hielten. Markus Lehmann, der aus Hannover gebürtige Redakteur des „Israelit“, war ein Exponent dieser Gruppe. Vgl. Israelit 1872, S. 434.

⁵ Doch erstand zur selben Zeit der – allerdings unpolitische – „Deutsch-Israelitische Gemeindebund“, der Bismarcks Kulturkampf guthieß.

bar, um so mehr als ja die jüdische Mehrheit damals eben erst den Anschluß an den Nationalliberalismus gefunden hatte. Die von Nationalliberalen und Fortschrittlern gleicherweise verfochtene „Trennung von Kirche und Staat“⁶, und besonders die weltliche Simultanschule, galt ihnen als „das probateste Mittel“, ihre Stellung als gleichberechtigte Bürger zu festigen und derart von Kindheit an durch enges „Zusammenleben“ mit den Nichtjuden „Freundschaft, Liebe und Frieden“ im Staate zu entwickeln⁷. Der regionalen Verwurzelung der Zentrumspartei hielten sie den „großen Gedanken der deutschen Einheit“ entgegen⁸, und aus ihren liberalen Anschauungen heraus bekämpften sie „Klerikalismus“ und „Ultramontanismus“ des Zentrums als reaktionär und vaterlandsfeindlich⁹, ja als „die einzig gefährlichen Feinde“¹⁰ der deutschen wie auch der jüdischen Zukunftsinteressen. Die Abneigung wurde verstärkt durch Erinnerungen an die jüdische Vergangenheit, in der die Juden „die Schmach . . . eines verrotteten und die Welt in Sklavenbanden haltenden Kirchentums“ zu ertragen gehabt hatten. Daher glaubten sie jetzt, mit Erklärung ihrer Gegnerschaft gegenüber dem Zentrum auch „das Panier der Geistesfreiheit . . . gegenüber der kirchlichen Knechtschaft“ entfaltet zu haben¹¹.

Auf diese Weise kamen dann manche Juden dazu, offen für den Bismarckschen Kulturkampfgedanken einzutreten, noch bevor er in die Tat umgesetzt war. Bereits im April 1871 schrieb Levin Goldschmidt: „Die höchste Aufgabe kann nur dahin gehen, auf dem Wege der Staatsgesetzgebung und Staatsverwaltung die katholische Kirche auf das rein kirchliche Gebiet einzuschränken.“¹² Bald darauf veröffentlichte die AZJ scharf polemische Artikel gegen die Zentrumspartei und begrüßte den Kulturkampf als „neuen Wendepunkt im preußischen Staatsleben mit voller Zustimmung“¹³. Der Historiker Heinrich Graetz gab damals in einem Privatbrief apodiktisch der Meinung Ausdruck, daß, wer die Ultramontanen unterstütze, „sich faktisch dem Teufel verschrieben“ habe, und daß die Jesuiten „die Ruhe und den Wohlstand bedrohen“ und darum „von den Freunden der Zivilisation bekämpft werden“ müßten¹⁴. Jedoch nicht nur die „gut fortschrittlich gesinnten“ Intellektuellen

⁶ AZJ 1872, S. 160.

⁷ AaO 1869, S. 745.

⁸ Goldschmidt, Lebensbild, S. 345.

⁹ AZJ 1871, S. 211, 231, 295, 315 f. und insbes. 855 ff. Diese Äußerungen Ludwig Philipppsons scheinen die erste jüdische Reaktion auf die neue Parteigründung gewesen zu sein.

¹⁰ Goldschmidt, Lebensbild, S. 347.

¹¹ Abraham Geiger in einem Brief aus dem Jahre 1871 an Joseph Derenbourg, in *L. Geiger, Die dt. Juden*, S. 51.

¹² Goldschmidt, Lebensbild, Brief an Stobbe v. 23. 4. 1871, S. 347 f.

¹³ AZJ 1872, S. 182; vgl. auch die in Anm. 9 angegebenen Aufsätze.

¹⁴ Brief an Karl Marx aus Breslau v. 1. 2. 1877, in: *Historische Schriften des Jiddischen Wissenschaftlichen Institutes, Wilna, Bd. II, 1937, S. 662 und Faksimile nach S. 656.*

„waren Kulturkämpfer“ und plädierten „für die Entwicklungslehre, gegen die Kirchlichkeit“¹⁵. Aus dem Publikum wurden ebenfalls Stimmen gegen die Jesuiten und den „Ultramontanismus“ laut¹⁶. Besonders das „Unfehlbarkeitsprinzip“ des Katholizismus empfand man als einen unerträglichen Eingriff in jedes Staatsleben und als ein Prinzip, dessen autoritärer Charakter zum Kampfe herausfordere¹⁷. Am schärfsten formulierte die ISWOS den ihr unüberbrückbar erscheinenden Gegensatz zwischen Katholizismus und Judentum, indem sie ausführte: „Der Kampf, der zur Entscheidung drängt, ist kein anderer, als der zwischen *Heidentum und Judentum*. Daß wir in den Mirakeln und Wallfahrten nichts als nackten Götzendienst, und in allem, was der Ultramontanismus lehrt, fördert und fordert, nichts als Heidentum erblicken können, braucht gar nicht gesagt zu werden.“¹⁸ Fügt man dem hinzu, daß einige liberale Zeitungen unter jüdischer Redaktion, an ihrer Spitze „das Organ des Inseratenfürsten Herrn Rudolph Mosse, das ‚Berliner Tageblatt‘, welches sich die verbreitetste deutsche Zeitung nennt“, gewissermaßen als „der offiziöse ‚Moniteur‘ des preußischen Kultusministers“ auftraten¹⁹, so wäre man versucht, *alle* damals politisch aktiven Juden als auf den Kampf gegen die „Ultramontanen“ eingeschworen zu bezeichnen.

Doch lagen die Dinge nicht so einfach. Wenngleich viele Juden die Zentrumsparterie als politischen Weg ablehnten, mußten die Bismarckschen Methoden des Kulturkampfes aber doch die schwersten Bedenken bei ihnen erregen. Dies trifft nicht nur für die jüdischen Sozialdemokraten²⁰ und die Anhänger der süddeutschen Volkspartei zu, welche letztere „von Anfang an eine Gegnerin des Kulturkampfes in bezug auf Inhalt wie Methode“²¹ war. Auch die jüdischen Parlamentarier der nationalliberalen und der Fortschrittspartei waren von der Ausnahmegesetzgebung nicht gerade entzückt. Sie nahmen daher kaum an den kirchenpolitischen Debatten im Reichstag oder im Preußischen Landtag teil²², eine Zurückhaltung, die ihnen wohl die Zentrumsparterie wiederum als Parteinahme gegen sie auslegte. Andererseits wurde gerade Lasker von Reichensperger, einem der Zentrumsführer, öffentlich dafür gelobt,

¹⁵ F. Oppenheimer (über seine Eltern), *Wissenschaftlicher Weg*, S. 10.

¹⁶ AZJ 1872, S. 452 f. Korrespondenz aus Berlin.

¹⁷ Goldschmidt, *Lebensbild*, S. 376.

¹⁸ ISWOS 1873, S. 210. Hierzu sei angemerkt, daß die Zeitung ebenso wie Graetz und Goldschmidt den Sozialismus zusammen mit dem Katholizismus als heidnisch und zivilisationsfeindlich abtaten.

¹⁹ So die antisemitische Flugschrift: *Die Juden im deutschen Staats- und Volksleben*, 3. Aufl., Frankfurt 1878, S. 33.

²⁰ So erklärte z. B. Moses Oppenheimer: „Ich habe den sogenannten ‚Kulturkampf‘ nicht frohlockend begrüßt, sondern von meinem Standpunkte aus aufs tiefste beklagt und ihn entschieden verurteilt“ (*M. Oppenheimer*, *Offener Brief*, S. 2). O., der in seiner Jugend streng orthodox war, läßt offen, ob er den Kulturkampf als Jude oder als Sozialist verurteilt.

²¹ Worte des demokratischen Abgeordneten Stern, zit.: ISWOS 1883, S. 204 f.

²² *M. Philippson II*, S. 4.

daß er „eine vielfach andere Stellung als seine übrigen Fraktionsgenossen eingenommen“ habe²³. Lasker nämlich trat mutig mit einem Antrag für Annullierung der Verhaftung eines Zentrumsabgeordneten hervor²⁴ und bemühte sich überhaupt um korrekte Haltung gegenüber den Katholiken. Reichensperger vergaß aber zu erwähnen, daß auch Sonnemann den Antrag Laskers unterstützt hatte, daß im übrigen Lasker bei Ausbruch des Kulturkampfes der *einzig* Jude im Landtag war, und daß von den vier Juden im Reichstag *keiner* für die einschneidendsten Kulturkampf-Erlasse, die sogenannten „Maigesetze“²⁵, stimmte. Gleichwohl belegten seit 1874 Mitglieder des Zentrums, und besonders das Parteiorgan, die „Germania“, ohne Unterschied *alle* Juden, als Liberale und Kirchenfeinde, mit antisemitischen Invektiven wie Terroristen, Börsenjuden, Getreidespekulanten und anderen mehr. Die „Germania“ brachte zu Beginn des Jahres 1875 eine Artikelserie „Zur Judenfrage“, die in gewissem Sinne als Overtüre zu der bald ausbrechenden Hetze von protestantisch-konservativer Seite gelten kann.

Nachdem die „Germania“ so harte antijüdische Töne angeschlagen hatte, sah auch das repräsentative jüdische Organ, die AZJ²⁶, keinen Anlaß mehr zu der sonst in dieser Richtung geübten Mäßigung. Ganz offen schrieb sie:

„Die ganze römisch-katholische Kirchenpartei hat die Juden für ihre Gegner erklärt und bezeichnet sie aus Gründen, die wohlbekannt sind, als einen entschiedenen und einflußreichen Teil ihrer Widersacher... Alles daran ist weit über-

²³ Während der Debatte über Interpellation Hänel, s. Die Judenfrage im preuß. Abgeordnetenhaus, S. 25.

²⁴ Zit.: IDR 1898, S. 79.

²⁵ Jüd. Ztsch. f. Wissensch. u. Leben, 1872, S. 278 f. Später jedoch bedauerte Abraham Geiger lebhaft (aaO 1875, S. 1–7), daß der Volkskampf gegen Ultramontanismus und Rückschritt von einigen gedankenverwirrten Männern im Namen der Gewissensfreiheit abgelehnt werde. Allerdings bezogen sich Geigers Worte hauptsächlich auf die innerjüdische Auseinandersetzung zwischen der Orthodoxie und den „Neologen“ (wie die Anhänger der Reform von ihren Gegnern genannt wurden). Denn im Jahre 1875 stand Lasker bereits in Verbindung mit S. R. Hirsch und E. Hildesheimer und befaßte sich mit dem von den Orthodoxen gewünschten und von den Neologen bekämpften Austrittsgesetz. Geiger attackierte das „Abbild“ des Kulturkampfes im Judentum, wo ebenfalls „Freisinnige Männer... sich zu Vertretern dieser unverträglichen Stillstandsapostel im Namen der Freiheit machen“ (aaO 1875, S. 4). Nach Annahme des Austrittsgesetzes sagten sich die von S. R. Hirsch beeinflussten Kreise von den Gemeinden los und errichteten die Separatgemeinden der sogenannten „Trennungsorthodoxie“.

²⁶ Philippson selbst nahm in seiner Zeitung Jahre hindurch eine schwankende Stellung ein. Nachdem er zunächst den Ultramontanismus verdammt und den Kulturkampf begrüßt hatte (vgl. Anm. 9), war er bei den Jesuitengesetzen zurückhaltender geworden und hatte Laskers Ablehnung dieser Sondergesetze akzeptiert (AZJ 1872, S. 524). Er versuchte sogar, beruhigend zu wirken, indem er betonte, „daß wir... mit solchen Kämpfen Nichts zu tun haben“ (aaO 1873, S. 87), und daß es wünschenswert sei, „die Erörterungen über Judentum und Christentum von beiden Seiten im Geiste der Achtung und Objektivität“ zu führen (aaO 1873, S. 631). Aber 1875 war er zur antikatholischen Linie zurückgekehrt.

trieben und willkürlich aufgeblasen . . . Der Syllabus erklärt die Religionsfreiheit für ein Prinzip des Teufels, die Gleichberechtigung für einen verdammenswerten Staatsgrundsatz; er nimmt also den Juden Alles, was sie seit einem Jahrhundert im Staate und der Gesellschaft erreicht haben. . . Einstweilen entwickeln sie die größte Tätigkeit, auf jede mögliche Weise im Volke den Haß gegen die Juden wieder zu beleben . . . und sie womöglich als die vorzüglichsten Urheber und Träger des Kirchenkampfes hin(zustellen) . . . und indem sie auf die Juden los-schlagen, glauben sie, den ganzen modernen Staat, die ganze liberale Tendenz der Gesellschaft zu treffen.“²⁷

Später wurde Philippson noch ausfälliger gegen die „ultramontane Presse“²⁸ und rief den Schutz der „liberalen Parteien“²⁹ selbst dann noch an, als die jüdischen Beziehungen zum Nationalliberalismus bereits in Auflösung begriffen waren.

Gerade die „Liberalen“ und ihre „in den Händen unserer jüdischen Mitbürger befindliche . . . Presse“ waren es allerdings, die nach Ansicht vieler Katholiken dazu beigetragen hatten, „daß diejenigen Verfassungsartikel“, die auch die katholische Religionsfreiheit schützten, „über den Haufen geworfen wurden“³⁰. Jüdischerseits wurde aber eingewandt, daß – trotzdem „an einzelnen dieser Blätter auch Publizisten jüdischer Abstammung mitgearbeitet und nicht immer die Linie eingehalten haben, welche ihnen sowohl die Klugheit als der Ehrbegriff vorschreiben mußte“ – viele Wortführer des Zentrums „eine große Anzahl jüdischer Zeitungsredakteure“ an der „Frankfurter Zeitung und Blättern ähnlicher Richtung“ vergessen hätten, die „sich wohl hüteten, mit dem Strom zu treiben“³¹.

Tatsächlich hat damals wohl, und gewiß nicht unbegründet, „die überwiegende Mehrheit jüdischer Literaten eine der katholischen Bevölkerung sehr feindliche Stellung eingenommen“³². Diese Worte Windthorsts können durchaus als Zeugnis für die jüdische Parteinahme im Kulturkampf gelten. Windthorst gab aber dennoch zu, was viele seiner Parteigenossen verschwiegen, daß nämlich nicht alle Liberalen, „und zu meiner Freude gerade auch jüdische Mitglieder“ der Fortschrittspartei, als Kulturkämpfer auftraten. Und er fand besondere entschuldigende Worte für die Orthodoxie: „Die Erscheinungen, über welche wir jetzt in der Presse klagen, fallen nicht den Juden zur Last, die an dem Glauben ihrer Väter festhalten, und welche die Gebote achten, welche unter dem Donner vom Sinai verkündet worden sind.“³³

Es hatten sich jedoch nicht nur zwischen Windthorst und den von ihm derart belobigten Austrittsorthodoxen, sondern auch zwischen gewissen Zentrumsführern und dem von links langsam nach rechts hinüberwechselnden Journalisten Max Adalbert Klausner freundschaftliche Fäden gerade auf dem

²⁷ AZJ 1875, S. 1.

²⁸ AaO 1879, S. 562.

²⁹ AaO, S. 504.

³⁰ S. Anm. 23.

³¹ M. Oppenheimer, Offener Brief, S. 6.

³² Die Judenfrage im preuß. Abgeordnetenhaus, S. 68.

³³ AaO, S. 72.

Höhepunkt des Kulturkampfes angesponnen³⁴. Nicht unerwähnt bleiben darf auch, daß in einigen Gegenden sogar auf der Höhe des Streites eine gewisse jüdische Stimmabgabe für die Zentrumsparlei festzustellen ist³⁵. Viele jüdische Befürworter des Bismarckschen Kulturkampfes, wie auf der anderen Seite viele Judengegner im Zentrum, ergingen sich in aggressiven Verallgemeinerungen, wobei sie in blinder Kampf Stimmung alle praktischen Möglichkeiten einer Zusammenarbeit zerstörten, die doch, trotz der tiefgreifenden *religiösen* Unterschiede, auf der *politischen* Ebene immer noch realisierbar blieben.

Wenn aber auch die Führung versagte, war man in den breiteren Schichten ein wenig praktischer, und eben die Orthodoxen gerade scheinen vom Kulturkampf am wenigsten beeindruckt worden zu sein. Markus Lehmann, der Redakteur des „Israelit“, protestierte vernehmlich gegen ein Huldigungsschreiben des Deutsch-Israelitischen Gemeindebundes an Bismarck, in dem der Verband sich mit Bismarcks Kulturkampf solidarisch erklärte. „Was aber in aller Welt“, fragte Lehmann, „hat ein israelitischer Gemeindebund mit der Zentrumsparlei . . .“ Händel zu suchen? „Hat diese Parlei im Reichstage ein einziges Wort gegen die Juden gesprochen oder gar etwas gegen sie getan? Heißt das nicht, eine große Menge unserer Mitbürger, mit denen die Israeliten in zahlreichen Provinzen des Deutschen Reichs in Liebe und Freundschaft leben und verkehren, herausfordern, zum Hasse aufzureizen?“³⁶ Diese Erklärung blieb nicht ohne Folgen. In Hohenzollern-Hechingen forderte ganz offen eine Zentrumszeitung³⁷ „die gläubigen Israeliten“ auf, für die katholische Parlei zu stimmen..

Zwar läßt sich nicht mehr feststellen, ob die Hechinger Juden dieser Wahlparole folgten, aber aus Hannover liegt eine ausdrückliche Bestätigung dafür vor, daß die dortige Orthodoxie im Jahre 1874 den mit dem Zentrum verbündeten Welfen-Kandidaten wählte³⁸. Aus den gleichen Wahlen, die kurz vor dem Höhepunkt des Kulturkampfes stattfanden, wird von der sechzig Familien starken Gemeinde Illingen (Saar) erzählt, daß „bis auf zwei Mann, welche sich der Wahl enthielten, alle, sage alle: *clerikal*“³⁹ gewählt hätten. Der Korrespondent fügte seinem Bericht an die JVZ die Bemerkung hinzu, daß wohl auch anderswo die Orthodoxen für das Zentrum gestimmt hätten. Und um das gewissermaßen noch zu unterstreichen, erschienen in den nächsten Nummern der Zeitung abfällig formulierte Nachrichten aus Mainz und anderen Orten Süddeutschlands über Stimmabgabe der Orthodoxie für Zentrumsabgeordnete. Seligmann Bär Bamberger aus Würzburg, „der nominale Führer unserer Hyperorthodoxie“, wurde als solch ein „Irregeleiteter“ besonders erwähnt⁴⁰. Ein anderes Blatt sagte von dem strenggläubigen bay-

³⁴ GAJ 1908, Nr. 48, 1. Beiblatt, S. 2.

³⁵ S. dazu weiter unten.

³⁷ Zit.: AZJ 1873, S. 700 f.

³⁹ JVZ 1874, S. 30.

³⁶ Israelit 1872, S. 433 f.

³⁸ AaO 1874, S. 124 f.

⁴⁰ AaO, S. 92.

rischen Hofbankier Angelo von Wassermann in einem Nachruf ausdrücklich, er sei seit 1871 Mitglied der Zentrumsparlei gewesen⁴¹.

Danach könnte scheinen, als hätten nur streng orthodoxe Juden für das Zentrum gestimmt. Doch werden die jüdischen Zentrumswähler sich aus weiteren Kreisen rekrutiert haben, wenn auch nur wenige Zeugnisse aus Oberschlesien für eine solche Stimmabgabe bei Munizipalwahlen des Jahres 1879 vorliegen⁴². Die Tatsache, daß die jüdische Presse gerade im Jahre 1879 wiederum von jüdisch-katholischer Harmonie in den Stadtverwaltungen berichtet⁴³, ist symptomatisch. Es mußte ein Ersatz für die in Auflösung begriffene Bundesgenossenschaft mit den Nationalliberalen gefunden werden.

Daraus erklärt sich die plötzliche Änderung des Tones der jüdischen Zeitungen gegenüber dem Zentrum im Jahre 1879. Die AZJ schrieb anlässlich eines Berichtes über die Verhandlungen zur Beilegung des Kulturkampfes, daß die Juden „nur zu gewinnen [hätten], wenn ein leidlicher Frieden im Innern der Gesellschaft herrscht“⁴⁴, und lobte bald darauf das Zentrum, als es staatliche Zuwendungen für jüdische Kultusbeamte befürwortete⁴⁵ und sogar für die Gleichberechtigung der rumänischen Juden eintrat⁴⁶. Als schließlich die Versöhnung zwischen Bismarck und dem Zentrum erfolgte, kommentierte die AZJ beruhigend, daß man „vorläufig aus dieser Herrschaft des Zentrums keine Besorgnis für das Prinzip der Gleichberechtigung zu ziehen“ habe⁴⁷.

Als Folge solcher neuen Töne ließ dann auch „die Judenhetze in der ultramontanen Presse verhältnismäßig“ nach⁴⁸. Hierbei ist aber zu betonen, daß der Umschwung der jüdischen Meinung im Zusammenhang mit einer allgemeinen Stimmungsänderung erfolgte. Die gesamten liberalen Gruppen hatten ja den Kulturkampfgedanken aufgegeben. Bei der Abstimmung des deutschen Reichstags zu Beginn des Jahres 1882 über den Antrag Windthorst zur Aufhebung eines Teiles der Kulturkampfgesetze traten alle jüdischen Abgeordneten für den Antrag ein, mit Ausnahme von Bamberger, der sich der Stimme enthielt⁴⁹. Ähnliche Abstimmungsergebnisse waren dann bei den späteren Zentrumsanträgen auf Außerkraftsetzung anderer Sondergesetze die Regel⁵⁰.

⁴¹ Aus der Zentrumszeitung „Badischer Beobachter“, zit.: JVB 1914, Nr. 20, S. 2.

⁴² AZJ 1879, S. 807 und 824.

⁴³ Doch liegen auch Zeugnisse über antikatholische Wahlpakete aus Oberschlesien vor und illustrieren die Verwirrung, die durch den Kulturkampf und den erneut verschärften Antisemitismus ausgelöst wurden. Ob jüdisch-katholische Wahlabkommen während des Kulturkampfes unterblieben, oder nur von der jüdischen Presse verschwiegen wurden, ist ungeklärt. Seit 1879 scheinen sie in steigendem Maße wieder durchgeführt worden zu sein.

⁴⁴ AZJ 1879, S. 6.

⁴⁵ AaO, S. 100.

⁴⁶ AaO, S. 229.

⁴⁷ AaO, S. 342.

⁴⁸ AaO 1881, S. 493.

⁴⁹ AaO 1882, S. 58.

⁵⁰ AaO 1884, S. 182 f.

Auch religiös liberale jüdische Persönlichkeiten zeigten sich verständniswillig. So erklärte Professor Heymann Steinthal im Jahre 1883: „Wenn den Katholiken religiöse Sehnsucht gegen Rom wendet, so wird ihn dies der deutschen Idee nicht entfremden, und ebenso wenig wird den Juden die stolze Erinnerung an seine herrliche Vergangenheit hindern, in deutscher Freiheit zu denken, in deutscher Tiefe zu fühlen, in deutscher Kraft und Treue zu schaffen.“⁵¹

Die ISWOS begnügte sich nicht mit halben Widerrufern bisheriger Kulturkampfparolen, sondern veröffentlichte einige Artikel, die dem Zentrum vieles abbaten, was gerade diese Zeitung ihm zu Beginn des Kulturkampfes angetan hatte. Sie publizierte nicht nur eine Zuschrift, welche die „fortdauernde Opposition gegen das Zentrum“ als „Akt der Undankbarkeit“ bezeichnete, da „seine Wortführer, namentlich Windthorst und Reichensperger“ die Judenfrage stets behutsam behandelt hätten⁵², sondern druckte im Jahre 1886 sogar einen Artikel, der geeignet war, einen Schlußstrich unter die nunmehr bedauerten Ereignisse der letzten fünfzehn Jahre zu setzen:

„Der sogenannte Kulturkampf geht zu Ende. . . Wir Juden mochten einzeln vom politischen Standpunkt aus uns zu diesem Kampfe stellen, wie es Jedem nach seiner Überzeugung paßte, in unserer Eigenschaft als Juden hatten wir uns zur Seite zu halten. Einen Augenblick schien es allerdings, als ob aus diesen Kämpfen gute Resultate für die Stellung der Juden und des Judentums hervorgehen könnten; allein diese Hoffnung war eine sehr vorübergehende und trügerische. . . Die Früchte des Kulturkampfes sind auch für uns Juden. . . bittere und verderbliche gewesen, indem wir, die wir doch gar nicht beteiligt waren, als Prügelknaben und Sündenböcke herhalten mußten und noch müssen.“⁵³

Anläßlich der Wahlen zum Reichstag und zum Landtag wurden daher Stimmen laut, die die Wahl von Zentrums-kandidaten befürworteten. Bei den Reichstagswahlen des Jahres 1884 erkannte die AZJ an, daß das Zentrum sich prinzipiell gegen jede Beschränkung der Gleichberechtigung ausgesprochen habe. Allerdings müsse man vorsichtig sein, da unter den Zentrums-kandidaten einige doch antisemitisch seien⁵⁴. Zur Zeit der Kartellwahlen im Jahre 1887 veröffentlichte die ISWOS einen Leserbrief, der es, trotz der Opposition des Zentrums gegen Bismarck, für „gefühl- und gewissenlos“ erklärte, „wenn wir nicht durch unsere Stimmzettel mit dazu beitragen sollten, der Zentrums-partei zu ihrem endlichen vollen Rechte . . . zu verhelfen“. Der Verfasser dieser Zeilen unterschrieb sich als „deutschfreisinniger, . . . reichstreuer Deutscher jüdischer Konfession“⁵⁵. Das war zwar eine etwas inkongruente Selbstbeschreibung, die Zuschrift wollte damit aber sicher andeuten, daß jüdische Wähler unter dem Eindruck der antisemitischen Agitation zu be-

⁵¹ Steinthal, S. 25.

⁵² ISWOS 1885, S. 4.

⁵³ AaO 1886, S. 195. Leitartikel: Die Beendigung des Kulturkampfes und die Stellung der Juden.

⁵⁴ AZJ 1884, S. 326.

⁵⁵ ISWOS 1887, S. 99.

greifen begannen, wie es den Katholiken während des Kulturkampfes zumute gewesen sein mochte.

Trotzdem waren jüdische Äußerungen zugunsten des Zentrums wohl zunächst fast ausschließlich durch rein menschliche oder taktische und lokale Motive bedingt. *Politische* Argumente von Gewicht für eine jüdische Stimmabgabe zugunsten der katholischen Partei finden sich weder in den achtziger noch zu Beginn der neunziger Jahre⁵⁶, wenn auch die jüdischen Zeitungen das Eintreten der Zentrums-Abgeordneten für die jüdischen Rechte dankbar hervorhoben.

Erst im Jahre 1898 wagte ein jüdisch-liberales Blatt, das soeben gegründete Hamburger „Israelitische Familienblatt“, auch politisch begründete Parolen für das Zentrum als *Alternativpartei* auszugeben. Dem Redakteur paßte nicht die „Terrorisierung, die in gewissen freisinnigen Kreisen beliebt ist“, womit er wohl meinte, daß die Freisinnigen den jüdischen Wählern unannehmbare Kandidaten aufzwingen. Darum empfahl er jetzt eine ganz andere Haltung:

„Kampf gegen die *extremen* Parteien sei die Losung, und energische Unterstützung der liberalen, eventuell auch des Zentrums-Kandidaten, denn das Zentrum hat niemals Ausnahmegesetzen zugestimmt, und wir werden dem verstorbenen Windthorst es nicht vergessen, daß er die gleiche Behandlung der Rabbiner mit den christlichen Geistlichen in Betreff ihrer militärischen Dienstzeit gefordert, für dieselbe mit dem ganzen Zentrum gestimmt, *die Liberalen aber uns – im Stiche* ließen.“⁵⁷

Eine solche positive Bewertung des Zentrums als rechtsbürgerlicher Alternative war das erste Anzeichen für eine Entwicklung, die drei Jahre später tatsächlich zur Parole „Los von Rickert und Richter“ führte. Besonders in Rheinland-Westfalen und in Oberschlesien, vielleicht auch in Baden, verstärkten sich die im Munizipalleben schon bestehenden Bindungen zwischen Juden und Zentrum⁵⁸. In Oberschlesien stimmten anscheinend Juden in Stich-

⁵⁶ Im allgemeinen begnügten sich auch die orthodoxen Blätter mit umwegigen Wahlparolen in der Weise, daß sie alle Parteien außer dem Zentrum mehr oder weniger deutlich ablehnten. Vgl. JPR 1890, S. 117 ff. Bei Lokalwahlen scheint die Verbindung zum Zentrum eindeutiger gewesen zu sein, vgl. IDR 1895, S. 312; aaO 1896, S. 402 u. a.

⁵⁷ ISFAM 1898, Nr. 2, S. 2 f. Hervorhebung von mir. Der Verfasser schloß also die Nationalliberalen durchaus in den Begriff der Liberalen ein.

⁵⁸ Aus Oberschlesien und dem Rheinland kamen auch die zwei jüdischen Parteigrößen des Zentrums, beide getauft: Der Oberschlesier Fritz Friedländer-Fuld, Mitglied des preußischen Herrenhauses, und der Kölner Industrielle und Stadtverordnete Louis Hagen, der ca. 1918 von den Liberalen zum Zentrum übertrat und später eine gewisse Rolle in der Partei spielte. Vgl. die Pressenotizen IGB 1904, S. 476 (Münster); ISFAM 1909, Nr. 14, S. 3 (Lippstadt-Westfalen); GAJ 1907, Nr. 47, 1. Beiblatt, S. 3 (Trier); IDR 1908, S. 352 (Köln); für Oberschlesien (Ratibor) s. AZJ 1910, Nr. 52, S. 4 und die folgenden Anmerkungen.

wahlen jetzt häufiger für Zentrumsandidaten⁵⁹ und nahmen auch aktiv an der Wahlpropaganda für diese Partei teil⁶⁰. Besonders von den „jüdischen Geschäftsleuten auf dem Lande“ wurde gesagt, daß sie „noch immer die strammsten Zentrumsagitatoren gewesen sind“⁶¹.

Nach einem vorliegenden Zeugnis ist z. B. Arnold Wiener, ein oberschlesischer führender Zionist, warm für Zentrumsandidaten eingetreten⁶². Dieser Fall mag nicht ganz vereinzelt dagestanden haben. Denn besonders die jüngeren Zionisten diskutierten damals eifrig die Möglichkeiten politischer Neuorientierungen für die Juden. Einige von ihnen mochten sich durch die vom Zentrum seit dem Kulturkampf geübte Toleranz und durch seine Rolle als Gruppenvertretung einer *Minderheit* im Staate angesprochen fühlen. In entsprechend sympathisierendem Geiste veröffentlichte ein Posener Zionist, Dr. Carl Kassel, im Jahre 1906 einen Artikel in der „Welt“⁶³, der „eine parteipolitische Einigung auf dem Boden der Judenrechte“ mit dem Zentrum befürwortete. Kassel wies darauf hin, daß die Juden „sich noch stets bis vor wenigen Jahren mit der Zentrumsfraktion“ überall dort geeinigt hätten, „wo ihre Stimmen für den Sieg der letzteren von Entscheidung waren“. Dem fügte eine Anmerkung der Redaktion den Vorschlag hinzu, „gerade aus Oberschlesien ein Urteil über die jüdisch-katholischen Verhältnisse einzuholen“. Diese Anmerkung spricht für eine gewisse Bereitschaft zionistischer Kreise, eine politische Ausrichtung auf das Zentrum hin nunmehr ins Auge zu fassen.

Auffällig ist, daß der Annäherungsversuch an das Zentrum gerade gegen Ende des Jahres 1906 erfolgte. Damals machte das Zentrum nämlich der Regierung Bülow ernste Schwierigkeiten und half mit, eine Reichstagsauflösung und Neuwahlen herbeizuführen. Zu diesen Wahlen hatte Bülow einen „Block“ aller Parteien, ohne Zentrum und SPD, organisiert, und eine der Parolen dieses Wählerblocks lautete: „Los vom Zentrum“⁶⁴. Die Animosität gegen das Zentrum intensivierte sich damals in Regierungskreisen wie auf dem linksliberalen Flügel in solchem Maße, daß man geradezu von einem neuen „Kulturkampf“ sprach⁶⁵. Wenn also Kassel schrieb, daß die Verhältnisse zwischen Juden und Katholiken „bis vor wenigen Jahren“ gut gewesen seien⁶⁶, so spielte er wohl auch darauf an, daß nunmehr die jüdischen Liberalen ihre Hand wiederum dem Kulturkampf böten und sich damit anschickten, den tragischen Fehler der Zeit des Bismarckschen Kulturkampfes zu wiederholen. Daher warnte er: „Treten Juden für Kulturkämpfer ein, dann ist das Mißvergnügen der Katholiken ein vollauf berechtigtes.“ Kassels Warnung wurde aber nur von wenigen Zionisten beherzigt. Zwar nahm die „Jü-

⁵⁹ IDR 1904, S. 347.

⁶⁰ AaO 1903, S. 673.

⁶¹ AZJ 1904, S. 182, lt. Vossische Ztg.

⁶² AaO, S. 439; IDR 1904, S. 536.

⁶³ Welt 1906, Nr. 46, S. 6 f. und aaO, Anm. zu S. 7.

⁶⁴ AaO 1907, Nr. 2, S. 7 f.

⁶⁵ AaO 1906, Nr. 46, S. 7.

⁶⁶ AaO.

dische Rundschau“⁶⁷ das Zentrum gegen Angriffe des „Berliner Tageblattes“ in Schutz, aber ihr Redakteur, Heinrich Loewe, lehnte die Partei als ultramontan und antisemitisch ab und verteidigte die liberale Blockwahlparole. Er mußte allerdings zugeben, daß er den Juden damit zumutete, ihre Stimme für eine „reaktionäre und also auch judenfeindliche Mehrheit“ abzugeben.

Mit diesem Auftreten der „Jüdischen Rundschau“ gegen das Zentrum und für die liberal-antisemitische Wahlverbindung befand sich der Zionist Loewe in einem unangenehmeren Konflikt als die jüdisch-liberalen Kreise. Beispielsweise konnte der CV seine traditionelle Wahlparole, keine Antisemiten zu wählen, damit erklären, daß es ihm bei den Blockwahlen durchaus nicht um einen Kampf gegen das Zentrum zu tun sei. Er versuchte vielmehr, das Schlagwort vom neuen „Kulturkampf“ propagandistisch für seine Zwecke zu nutzen, indem er in seinem Wahlaufuf erklärte, daß die Juden sich in einem ähnlichen Kampf befänden, und daß das Auftreten des CV gegen antisemitische Kandidaten aus dem „uns aufgedrungenen Kulturkampf“ resultiere. Diese durchaus apologetische Einstellung veranlaßte nun, konsequenterweise, den CV zu sympathisierender Haltung gegenüber dem Zentrum, da „erfahrungsgemäß die Achtung vor unserem Anspruch auf staatsbürgerliche Gleichberechtigung im Gewissen der Zentrumsmitglieder, von gewissen Ausnahmen abgesehen, tiefer wurzelt als in den meisten Konservativen“ und vielen Kandidaten anderer Parteien⁶⁸. Was der CV damit sagen wollte, drückte die AZJ in dem kurzen Satze aus: „Wir müssen bekennen, daß wir nicht grundsätzlich es ablehnen dürfen, einem Zentrumsabgeordneten jüdische Stimmen zu gönnen, wenn er sich als *kleinere Übel* darstellt.“⁶⁹

Taktisch konnten dann der CV und die im Mosse-Verlag erscheinende AZJ die Wahl von Zentrumskandidaten befürworten, während zu gleicher Zeit das im gleichen Verlag erscheinende „Berliner Tageblatt“, zusammen mit den Blättern der anderen Blockparteien, gegen die Zentrumsparthei zu Felde zog. Das Hervortreten dieses Lavierens zwischen „deutscher“ und „jüdischer“ Politik war aber bedenklich, denn je offenkundiger es wurde, desto deutlicher mußte die exzentrische Situation der Juden in der deutschen Politik den Nichtjuden wie den Juden selber vor Augen treten⁷⁰.

Die Divergenz der jüdischen Meinungen ergab sich also nicht so sehr aus der Verschiedenheit innerjüdischer Parteilinien, als aus unterschiedlichem Mut zu einer unpopulären Umorientierung, die aus dem alten deutschpatriotisch-liberalen Fahrwasser heraus ins Ungewisse führte. Diesen Mut brachte der Zionist Heinrich Loewe nicht auf, wohl aber der zweite Vorsitzende des CV Eugen Fuchs. Bereits im Jahre 1903 hatte Fuchs anlässlich der Landtagswahlen in Posen die Stimmabgabe für einen polnisch-katholischen Kandidaten gegen-

⁶⁷ JR 1907, S. 24.

⁶⁸ IDR 1907, S. 1.

⁶⁹ AZJ 1907, S. 1. Hervorhebung von mir.

⁷⁰ S. dazu unten Kap. 3.

über einem Antisemiten befürwortet⁷¹. Jetzt, beim Stichwahlgang der Blockwahlen, übernahm der CV diese Parole offiziell und stellte fest:

„Mit den Katholiken in Posen und Schlesien haben sich die deutschen Juden immer gut vertragen, und gerade in diesen Provinzen wurde es immer dankbar anerkannt, daß die *Zentrumspartei* die Rechte des ganzen Volkes auch auf religiösem Gebiete vielfach hochgehalten und auch die Bedrängung der jüdischen Religionsgenossenschaften . . . vielfach abzuwehren versucht hat. Bei der Agitation vor den Reichstagswahlen haben einige Vertreter der *Zentrumspartei* wiederholt diesen toleranten Standpunkt vertreten.“⁷²

Was also der Zionist Kassel als „jüdische Politik“ befürwortete, akzeptierten die CV-Kreise für Oberschlesien und Posen als das „kleinere Übel“⁷³ und erklärten sich damit, zumindest bei Stichwahlen, im Gegensatz zu den Freisinnigen und natürlich zum Regierungsblock, für eine Interessengemeinschaft mit den Katholiken.

Einstimmig, wenn auch nicht ohne Kritik an gewissen antijüdischen Tendenzen im Zentrum, befürworteten die orthodox-jüdischen Zeitungen im Jahre 1907 die Stimmabgabe für die katholische Partei. Neu war daran nur, daß der „Israelit“, nach langen Jahren des Schweigens über politische Themen, zum ersten Male wieder einen Aufsatz zu den Reichstagswahlen brachte und sich im Parteikampf fast unverhüllt für die Wahl von Zentrumskandidaten einsetzte. Als einen seiner Gründe dafür bezeichnete er die „Rücksichtslosigkeit, die der Liberalismus von jeher gegen *alle* ihm nicht zusagenden religiösen Lebensäußerungen“ an den Tag legte. Er drückte die Gründe seiner Sympathie aber noch deutlicher mit folgenden Worten aus:

„In den Kreisen, die dem Zentrum wegen seines konfessionellen Charakters von jeher feind sind, macht sich deutlich eine kulturkämpferische Neigung bemerkbar. . . Wir können uns an dieser Politik *nicht beteiligen*. . . Wir haben ferner Veranlassung anzunehmen, daß das Zentrum, das am eigenen Leibe die Folgen der konfessionellen Intoleranz kennen lernte, auch in der Zukunft da, wo sich diese Intoleranz gegen die jüdische Minderheit richtet, unzweideutig Widerstand leisten wird. Es ist nicht wahrscheinlich, daß das Zentrum aus den bevorstehenden Wahlen stark geschwächt hervorgehen werde, und es hieße demnach aus rein realpolitischen Gesichtspunkten uns selbst empfindlich schädigen, wenn wir uns durch eine falsche Politik der Unterstützung des Zentrums verlustig machen würden.“⁷⁴

Zurückhaltender blieb die JPR, die den Liberalen nicht fern stand und sich bisher noch nie klar für das Zentrum ausgesprochen hatte⁷⁵. Offen jedoch war die Freude der bayrischen Orthodoxie über den Wahlerfolg des Zentrums im ersten Wahlgange. Das Organ dieser Kreise, die „Deutsche Israelitische Zeitung“ in Regensburg, veröffentlichte sogar, zugleich mit ihrer Analyse der Zen-

⁷¹ IDR 1903, S. 710. Die polnischen Katholiken in Posen wurden bei den Parlamentswahlen nur selten von Juden unterstützt, obwohl man sich häufig mit ihnen bei Lokalwahlen verband.

⁷² AaO 1907, S. 105 f. Ähnlich AZJ 1907, S. 1.

⁷³ AZJ 1907, S. 1.

⁷⁴ Israelit 1906, Nr. 51, S. 1.

⁷⁵ JPR 1906, S. 605 f.

trumserfolge bei den Hauptwahlen, eine klare Empfehlung der Zentrums-kandidaten für die Stichwahlen⁷⁶.

Ähnlich beurteilte die Wahlergebnisse auch das jüdisch-liberale „Jüdische Volksblatt“ in Breslau, das als gefährlich bezeichnete, sich „ausschließlich auf die liberalen Parteien zu verlassen“⁷⁷, und darum die Rückkehr des Zentrums „in seiner alten Stärke“ keineswegs „als ein Übel“ ansah⁷⁸.

Trotzdem kann man natürlich nicht von einem eindeutigen Umschwung der jüdischen Wählerschaft zugunsten des Zentrums bei den „Blockwahlen“ sprechen, denn die Gruppen, die den Mut aufbrachten, der katholischen Oppositionspartei vor den freisinnigen Blockpartnern den Vorzug zu geben, waren immerhin begrenzt. Die größte jüdische Stimmenzahl im Wilhelminischen Deutschland scheint das Zentrum bei den Landtagswahlen im Jahre 1908 erhalten zu haben. Damals hatte die Blockpolitik schon stark an Sympathien eingebüßt, und die Warnung des Israelitischen Gemeindeblattes in Köln, man solle vermeiden, „sich die katholischen Wähler zu Feinden zu machen“⁷⁹, wird wohl auch außerhalb des Rheinlands beherzigt worden sein. Das Zentrum war also schließlich, nach den Liberalen und der SPD, zur dritten Wahlalternative jüdischer Wähler geworden⁸⁰.

Nachdem der Bülow-Block zusammengebrochen und Bülow 1909 durch Bethmann-Hollweg ersetzt worden war, erschien eine ungewöhnlich günstige Notiz über das nunmehr der Regierungsmehrheit angehörige Zentrum im ISFAM:

„Unsere Hoffnung, daß der maßgebende Einfluß des Zentrums in der Reichstagsmajorität den jüdischen Interessen in mancher Hinsicht günstig sein werde, bestätigt sich schnell. Schon jetzt am Beginn der Session, hat das Zentrum einen neuen Toleranzantrag eingebracht, wonach der Herr Reichskanzler ersucht werden soll, durch Verhandlungen mit den Bundesstaaten dahin zu wirken, daß Beschränkungen der religiösen Freiheit . . . beseitigt werden.“⁸¹

Es sei daran die Vermutung geknüpft, daß der Bülowsche Kulturkampf viele Schäden reparierte, die der Bismarcksche Kulturkampf in den Beziehungen zwischen Juden und Zentrum angerichtet hatte. Besonders interessant und neu sind die Stellungnahmen des ISFAM und des IGB, da in ihnen das Zentrum den Platz der Nationalliberalen als *rechtsliberale Alternative* für diejenigen Wähler erhielt, die sich nicht zur Wahl eines SPD-Kandidaten entschließen konnten. Jedenfalls bedeutete auch dies für die Juden – um wiederum das Wort Friedrich Stampfers zu gebrauchen – „einen Meilenstein auf dem Weg nach Weimar“⁸².

⁷⁶ Dt. Isr. Ztg. 1907, Nr. 5, S. 3.

⁷⁷ JVB 1907, S. 54.

⁷⁸ AaO, S. 63.

⁷⁹ IGB 1907, zit. nach GAJ 1907, Nr. 15, S. 3, wo der Artikel auszugsweise abgedruckt ist.

⁸⁰ Z. B. GAJ 1908, Nr. 17, S. 1 und insbes. IDR 1908, S. 350–352.

⁸¹ ISFAM 1909, Nr. 50, S. 1.

⁸² Stampfer, Erfahrungen, S. 164.

In Bayern – und anscheinend nicht nur in orthodoxen Kreisen – war man nun ebenfalls bereit, mit dem Zentrum zu gehen. In dieser Richtung läßt sich ein Satz in der Wochenrundschau des „Israelitischen Wochenblattes“ verstehen, das die bayrische Zentrumsparlei in Schutz nahm, da sie nicht „als solche“ antisemitisch sei. Das Schimpfen gehöre bei den Bayern halt „ebenso wie das Biertrinken zum Lebenselement“⁸³.

Die Orthodoxie, anscheinend besonders die bayrische, blieb dem Zentrum auch bei den Reichstagswahlen⁸⁴ und den Landtagswahlen⁸⁵ der Jahre 1912/1913 treu, als „die meisten deutschen Juden“ den „vereinigten liberalen Parteien“⁸⁶ ihre Stimmen gaben. Allerdings veröffentlichte die JPR erst *nach* den Wahlen den Artikel des jüdischen Zentrumsmanne Dr. Ludwig Wassermann, der vorher im „Bayrischen Courier“ zur Wahl des Zentrums aufgerufen hatte. Der Verfasser betonte, daß „die Stellung dieser Partei . . . fast in allen Punkten mit der Stellungnahme des positiven Stammes- und Religionsjuden“ übereinstimme⁸⁷. Dies war der JPR, die inzwischen ein Organ der religiös-zionistischen Organisation „Misrachi“ geworden war, besonders wichtig. Und obwohl die Redaktion den Verdacht von sich wies, „einen politisch-agitatorischen Zweck“ zu verfolgen, begrüßte sie zweifellos den folgenden Passus des Aufsatzes:

„Ebenso wie es lächerlich wäre, den Peterspfennig als eine Verleugnung der Liebe zum deutschen Vaterlande anzusehen, ebenso falsch ist es, in den zionistischen Bestrebungen Handlungen zu erblicken, die nicht im Einklang mit den Pflichten des deutschen Staatsbürgers sind.“⁸⁸

Nun erschien selbst in der nichtjüdischen „Kölner Volkszeitung“ ein Aufruf eines orthodoxen Rabbiners an die Juden, für das Zentrum einzutreten⁸⁹. Dennoch sprach man in anderen jüdischen Kreisen zur Zeit des letzten Wahlkampfes vor dem Weltkrieg wesentlich abfälliger über das Zentrum⁹⁰ als im Jahre 1907. Kämpfte doch die gesamte in Stichwahlbündnissen verbundene Linke, einschließlich der SPD, gegen den „schwarz-blauen Block“, in dem das Zentrum nach Meinung dieser Kreise „seinen im großen und ganzen früher

⁸³ IWB 1911, Nr. 50, S. 585. Das Blatt war die Nachfolgerin des GAJ, stand aber nicht mehr unter der Redaktion von J. Moses.

⁸⁴ Z. B. Israelit 1912, Nr. 3, S. 2.

⁸⁵ Z. B. Dt. Isr. Ztg. 1913, Nr. 27, S. 15 f.

⁸⁶ JPR 1912, S. 157 f.

⁸⁷ AaO, S. 158.

⁸⁸ AaO, S. 157 und Anm. Allerdings ging dieser Artikel nicht ohne Entgegnung durch, und die Anschuldigungen des Antisemitismus blieben dem Zentrum auch von seiten der JPR nicht erspart. Vgl. JPR 1912, S. 187 f.

⁸⁹ Zit.: AZJ 1913, S. 231.

⁹⁰ Nur Köln scheint eine Ausnahme gemacht zu haben. Das dort erscheinende IGB gab eine tentative Zentrumsparole aus (IGB 1912, S. 298), die jedenfalls insofern richtiger Einschätzung entsprach, als in Köln keine Wahlbündnisse zwischen Zentrum und Antisemiten abgeschlossen wurden (JVB 1912, S. 9).

doch immer festgehaltenen Standpunkt, welcher die Judenhetze durchaus verworfen hat, in vieler Beziehung aufgegeben“ habe ⁹¹.

Ob die konstatierte „Verschlechterung“ der Zentrumsstellung „dem Judentum gegenüber“ ⁹² sehr greifbar war, läßt sich im einzelnen schwer beurteilen. Die Wahlen des Jahres 1912 brachten, trotz des Ansteigens der Sozialdemokraten, keine klaren Veränderungen der innerpolitischen Lage:

„Der schwarz-blaue Block ist nicht zusammengebrochen, . . . der Großblock der Linken ist nicht erstanden, die Sozialdemokraten haben nicht die ‚120‘ erlangt, die Liberalen sind in allen Gliedern geschwächt zurückgekehrt, . . . und – last not least – die Antisemiten sind nicht aus dem Reichstage verschwunden.“ ⁹³

Auf diese Weise war die Situation nicht grundlegend anders geworden. Eine Annäherung an das Zentrum blieb weiterhin durchaus im Bereich der Möglichkeiten, und gerade die zuletzt zitierte Zeitung, das JVB aus Breslau, scheint nach gewissen Notizen ⁹⁴ versucht zu haben, von neuem den Weg zum Zentrum zu ebnen. Besonders wichtig für zukünftige Beziehungen war der Empfang, den die Zeitung der Zentrumsmehrheit des Bayrischen Landtags und dem bayrischen Ministerpräsidenten Freiherrn von Hertling bereitere: „Es wäre unaufrichtig“, schrieb sie, „wollte man nicht zugeben, daß unsere bayrischen Glaubensgenossen bisher unter der Zentrumsherrschaft ganz gut gefahren sind.“ ⁹⁵

Leider fehlen in dieser in Schlesien verbreiteten Zeitung alle Äußerungen über die Verhältnisse zwischen dem Zentrum und den oberschlesischen Juden. Vermutlich waren diese aber positiv in ihrer Entwicklung. Noch zu einem so späten Zeitpunkt wie im Jahre 1930 bemerkte der liberale Rabbiner Dr. Felix Goldmann, der bis 1917 in Oppeln O/S amtiert hatte: „In Wahrheit waren und sind . . . die wirklichen jüdischen Interessen am besten bei der . . . Zentrumsparlei aufgehoben.“ ⁹⁶

Mögen die Verhältnisse in der Weimarer Republik von denen des Wilhelminischen Reiches noch so verschieden gewesen sein, aus jenen abschließenden Worten des ehemaligen oberschlesischen Rabbiners spricht doch eine Erkenntnis, die – wäre sie rechtzeitig genützt worden – in jedem Falle zeigt, daß das Zentrum für viele Juden eine politische Chance geboten hätte. Wie die Dinge lagen, kam es aber nicht zu ihrer Realisierung.

Ob der Prozentsatz der jüdischen Zentrumswähler vor dem ersten Weltkrieg je über 5–6 % hinausgegangen ist, bleibt trotz der verhältnismäßig zahlreichen Einzelzeugnisse fraglich. Das Zentrum kam, seit 1903 und insbesondere seit 1908, hauptsächlich als *rechtsbürgerliche* Ausweichparlei anstelle der

⁹¹ IDR 1912, S. 123, ebenso S. 126.

⁹² AaO 1911, S. 154.

⁹³ JVB 1912, S. 37.

⁹⁴ Z. B. aaO 1914, Nr. 20, S. 2. Allerdings betreffen die Notizen vorwiegend Bayern.

⁹⁵ AaO, Nr. 29, S. 1.

⁹⁶ Goldmann, S. 89.

Nationalliberalen in Frage. Konsequente Linksliberale zogen wohl im Zweifelsfalle die SPD vor.

Das soll nicht darüber hinwegtäuschen, daß es unter den Juden Deutschlands weiterhin ein beachtliches rechtsbürgerliches Element gab. Denn ein nicht unbeträchtlicher Teil von ihnen blieb dem Nationalliberalismus auch bei dessen stetem Weiterrücken nach rechts treu, und ein anderer, wenn auch zahlenmäßig kleinerer Teil der jüdischen Wählerschaft, war sogar darum bemüht, Fühlung mit dem politischen Konservatismus herzustellen. Umfang und Einfluß dieser Bestrebungen sollen nun einer näheren Betrachtung unterzogen werden.

2. KONSERVATIVISMUS UND KULTURKONSERVATIVISMUS – „NUR-DEUTSCHE“ UND KULTUR-DEUTSCHE

Bis zum Jahre 1892 hatten beträchtliche Teile der jüdischen Wählerschaft dem Nationalliberalismus auch auf seinem Wege nach rechts weiter Gefolgschaft geleistet, und jüdische Ideologen fanden sich bereit, diese Linientreue als Beweis „konservativer“ Gesinnung und jüdischer „Ehrfurcht vor der Obrigkeit“¹ herauszustellen. Zwischen 1893 und 1902 ging aber der jüdische Anhang der Partei andauernd zurück und wurde schließlich von der jüdischen Wählerschaft der SPD überflügelt. Wenn jedoch das ISFAM im Jahre 1911 behauptete, daß man „jüdische Nationalliberale mit der Laterne suchen“² müsse, war das dennoch sehr übertrieben. Ein gewisser Prozentsatz jüdischer Bankiers und Industrieller blieb bis zu Ende der Wilhelminischen Epoche der Partei treu, und seit dem Jahre 1911 stellten die Nationalliberalen auch wieder jüdische Kandidaten an aussichtsreicher Stelle zu den Parlamentswahlen auf, wodurch die Partei für gewisse Schichten jüdischer Wähler von neuem an Anziehungskraft gewann. Bei Munizipalwahlen blieb ein gewisser Prozentsatz des gehobenen jüdischen Mittelstandes – ganz abgesehen von einzelnen „Honoratioren“ – den rechtsbürgerlichen Parteien weiterhin verbunden³ und trat dann wohl auch bei Landeswahlen für sie ein.

Allerdings waren die Mitglieder der „Honoratiorenpartei“⁴ nicht durchweg auf den Nationalliberalismus eingeschworen, hatten sie doch noch die Wahl, für die freikonservative Reichspartei oder gar für die „reinen“ Konservativen zu stimmen. Zwar ist Otto Glagaus Schilderung eines jüdischen „Konservativen“⁵ eine Karikatur, trotzdem enthält sie mehr als ein Körnchen Wahrheit.

¹ Z. B. die anonyme Flugschrift: Die deutsche Flotte und die jüdischen Reichstagswähler, S. 6.

² ISFAM 1911, Nr. 35, S. 4.

³ AZJ 1904, S. 439.

⁴ AaO, S. 468.

⁵ Im konservativen Verein der Berliner Luisenstadt soll im Jahre 1878 ein Jude

Auch L. Philippson hatte es ja immer für hervorhebenswert gehalten, „daß die Juden im Grunde genommen konservativ gestimmt“ seien, und nach seinem Tode fuhr die AZJ fort, die „religiöse Tradition und ihre geschichtlichen Überlieferungen“ als die Bürgschaften eines jüdischen Konservativismus darzustellen, so daß eigentlich nur der antisemitischen Tendenzen wegen die Juden nicht „in großer Zahl im konservativen Lager zu finden“ seien⁶. Ähnlich argumentiert ein Leserbrief in der ISWOS, der auf die Zustände in England verwies, wo Juden durchaus auf den Bänken der Konservativen heimisch waren⁷. Dieselbe Zeitung erklärte noch im Jahre 1884, man könne auch weiterhin konservativ wählen, sofern man sich nur dessen versichert habe, daß der Kandidat persönlich kein Antisemit sei⁸.

Öffentlich traten jedoch nur einige wenige ungetaufte Konservative hervor⁹, meist als Geldgeber, Zeitungsverleger¹⁰ oder als Mitglieder von Wahlvereinen¹¹. Unter ihnen mochte sich auch gelegentlich ein reiner Opportunist befinden, wie der „Jüdische Referendar“, der „sich bereits als Beamter“ sah und „etwas verschämt seine Stimme für einen konservativen Wahlmann“ abgab, da er „Staatsanwalt werden“ wollte¹². Ernster muß wohl ein Dr. Lewy aus Breslau genommen werden, der in einer Zuschrift an die Kreuzzeitung als „konservativer Preuße und gläubiger Jude“¹³ der Partei die Bundesgenossenschaft der selbstbewußten Juden gegen die „unjüdischen“ Literaten der freisinnigen Presse anbot. Im allgemeinen jedoch waren Juden nicht so naiv. Die JPR hatte bereits im Jahre 1882 eine mutige Erklärung abgegeben, in welcher sie jüdisches Eintreten für die Konservativen von drei Bedingungen abhängig machte: Die Partei, die selbst nach ihrer Versöhnung mit Bismarck (1879) nicht uneingeschränkt die Politik des Kanzlers unterstützte, habe von jeglicher Opposition gegenüber der Regierung Abstand zu nehmen; sodann sei Stöcker aus der Partei auszuschließen; und schließlich habe die Partei die Erklärung des Königs, „die Rechte der Juden nicht anzutasten“, rückhaltlos anzunehmen. Sollten diese drei Bedingungen erfüllt werden, schrieb das Blatt, „so wird es keine eifrigeren Conservativen geben als die Juden“¹⁴.

Die Konservativen waren aber weit davon entfernt, jüdische Bedingungen zu beachten. Falls die Orthodoxie wirklich jemals mit der konservativen Par-

gesagt haben: „Meine Herren, was reden Sie hier immer bloß vom Christentum? Wenn Sie wollen die meisten Konservativen sehen, dann gehen Sie an die Börse!“ *Glagau*, Kulturkämpfer (Broschüre), S. 16.

⁶ AZJ 1897, S. 253 f.

⁷ ISWOS 1882, S. 363.

⁸ AaO 1884, S. 326.

⁹ Häufig waren es jüdische Gutsbesitzer: ISWOS 1883, S. 98; JVB 1912, S. 465 f.

¹⁰ Für Posen vgl.: Die Judenfrage im preuß. Abgeordnetenhaus, S. 95; für Anhalt-Bernburg: Israelit 1892, S. 176 und GAJ 1908, Nr. 27, S. 2; für Königsberg IDR 1911, S. 388.

¹¹ ISWOS 1882, S. 328; ISFAM 1903, Nr. 9, S. 5.

¹² AZJ 1888, S. 728.

¹³ Zit.: ISWOS 1888, S. 175.

¹⁴ JPR 1882, S. 457, auch zit.: ISWOS 1882, S. 323.

tei geliebäugelt hatte – die Kreuzzeitung unterstellte das „in wohlwollendem Sinne“¹⁵ –, so wurden durch den antijüdischen Passus des Tivoli-Programms die Fäden zwischen ihnen für längere Zeit durchschnitten. Allerdings versuchten einzelne Persönlichkeiten der Trennungsothodoxie nach den Blockwahlen des Jahres 1907 von neuem, Kontakt mit preußischen Herrenhausmitgliedern der Partei aufzunehmen¹⁶, und etwa im Kreise Bomst-Meseritz scheint bei den Nachwahlen von 1908 ein gewisser Prozentsatz jüdischer Stimmen für den konservativen Kandidaten abgegeben worden zu sein¹⁷. Sogar in der Partei selbst gewann damals die Meinung an Boden, daß sich der antisemitische Passus ihres Programmes „praktisch nicht mehr rechtfertigen lasse“. Trotzdem wiesen ihre Mitglieder im Jahre 1912 einen Versuch zur Streichung des Paragraphen mit großer Mehrheit zurück¹⁸.

Seit den Blockwahlen wurden trotzdem immer wieder jüdische Stimmen laut, die den Anschluß an „konservative“ Parteien als Ausweg aus dem politischen Dilemma der Juden empfahlen. Man muß daher annehmen, daß damit wohl hauptsächlich die Freikonservative Reichspartei gemeint war, die seit ihren Anfängen für die jüdischen Rechte eingetreten war¹⁹. Insbesondere einer ihrer ersten Führer, Graf von Bethusy-Huc, hatte die volle Emanzipation befürwortet und erfreute sich daher vieler jüdischer Sympathien²⁰. Mayer Karl von Rothschild hatte dieser Partei nahegestanden, ohne sich ihr offen anzuschließen, und zu ihren führenden Männern gehörten, neben dem von Juden abstammenden C. R. von Friedenthal, auch die Täuflinge Heinrich von Friedberg, Bethel H. Strousberg und später Otto Arendt. Zweifellos waren die Freikonservativen auch nach dem Aufblühen der Stöckerschen Berliner Bewegung „bei den parlamentarischen Debatten . . . niemals gegen die Juden aufgetreten“²¹ und zogen bis in die achtziger Jahre viele jüdische Wähler

¹⁵ Zit.: Die Ära Bleichröder-Delbrück-Camphausen, S. 52.

¹⁶ Über diese Versuche vgl. AZJ 1907, Nr. 16, Beil. S. 3; IGB 1912, S. 287; ISFAM 1912, Nr. 24, S. 1 f. und Nr. 26, S. 3 f.

¹⁷ Allerdings waren nicht alle Wähler orthodox. Im Kreise Bomst-Meseritz hatte das Zentrum mit den Polen paktiert, und als deutscher Gegenkandidat war der Konservative Graf Westarp aufgestellt worden. Auf Anfrage eines jüdischen Lehrers erklärte Westarp, daß er die „verfassungsmäßige Gleichstellung der Juden“ vollständig anerkenne, – eine Erklärung zum Stimmenfang, der W. bald darauf untreu wurde, die aber zur Folge hatte, daß auch jüdische Wähler für ihn eintraten, und er mit einer Mehrheit von 1295 Stimmen gewählt wurde. Da es beinahe 700 jüdische Wähler im Kreise gab, könnte man folgern, daß gerade diese Stimmen den Ausschlag gaben; jedoch würde die Voraussetzung dafür sein, daß mindestens 650 jüdische Wähler im Bezirk geschlossen zur Wahl antraten und für Westarp stimmten, was ganz unwahrscheinlich ist. Doch kann nicht übersehen werden, daß viele Juden bei dieser Gelegenheit konservativ wählten (vgl. Curtius, S. 14, 23 f.).

¹⁸ IGB 1912, S. 505. Vgl. die Q. in Anm. 16.

¹⁹ M. Levy, S. 40.

²⁰ AZJ 1896, S. 134.

²¹ AaO 1900, S. 409 f.

an²². Besonders in orthodoxen Kreisen hielt man „damals . . . die freikonservative Partei für die wahre königstreue . . . und wählte“ die Kandidaten dieser Partei, da „die religiösen Juden . . . eben sehr gern regierungsfreundlich“ seien²³. Zwar klagte man in den neunziger Jahren gelegentlich über antisemitische Ausfälle der von Strousberg gegründeten „Freikonservativen Post“²⁴, aber solange der Freiherr von Stumm, der in den Juden eine Gruppe von Besitzenden und daher ein „staatserhaltendes“ Element sah, das vor den anarchistischen und revolutionären „Gelüsten der Antisemiten zu schützen“ sei²⁵, in der Partei von entscheidendem Einfluß war, hat es wohl, besonders in ländlichen Bezirken, viele jüdische Wähler freikonservativer Kandidaten gegeben. Der Kandidat war häufig der amtierende Landrat oder jedenfalls ein von ihm befürworteter Mann²⁶, und das war auf dem Lande, auch im Posenschen, wo die Wahlen sogar manchmal in der Synagoge stattfanden²⁷, ein recht gewichtiger Grund, für ihn einzutreten. Jedoch nach der „Ära Stumm“²⁸ und besonders seit der Jahrhundertwende scheint die jüdische Anhängerschaft der Freikonservativen stark zurückgegangen zu sein. Jedenfalls wurde die Partei in den jüdischen Zeitungen erst wieder nach den Blockwahlen positiv erwähnt.

Die Freikonservativen waren, abgesehen von den Attacken der „Post“, in ihrem offiziellen Auftreten frei von jedem aggressiven Antisemitismus, und ihre Attraktivität bestand für Juden der besitzenden Klasse in der „starken Betonung des monarchistischen Elements“, der Unterstützung der „starken . . . Staatsgewalt“, einer „entschiedenen Abwehr umstürzender Neuerungsversuche“ und schließlich in der Aussicht, an die „mit Heer und Beamtentum, Besitz und Adel verknüpften Traditionen“ Anschluß zu gewinnen²⁹. Eine „besondere Wirkung auf jüdische Kreise“ übte nach den Blockwahlen und der betonten Abkehr gewisser Wählerschichten vom Liberalismus eine Bewegung aus, die, dem Freikonservativismus nahestehend, sich „kulturkonservativ“ nannte³⁰.

Der Ideologe des Kulturkonservativismus war Adolf Grabowsky. Ihm diente die „Zeitschrift für Politik“, später die Wochenschrift „Das Neue Deutschland“, als Sprachrohr seiner Anschauungen. Grabowsky propagierte einen „Konservativen Fortschritt“³¹ und meinte damit eine „Fortbildung“

²² Für 1879 belegt in AZJ 1879, S. 681 für „über hundert jüdische Wahlmänner“ in Oberschlesien, und für 1882 für 75 Wahlmänner in Westpreußen (ISWOS 1882, S. 358 und 372).

²³ JPR 1882, S. 456.

²⁴ S. Q. in Anm. 20 und 21.

²⁵ *Massing*, S. 128, hier nach dem englischen Original zitiert, da in der dt. Übersetzung (S. 136) abgeschwächt.

²⁶ ISWOS 1882, S. 372.

²⁷ ISFAM 1903, Nr. 9, S. 5.

²⁸ *Massing*, S. 127.

²⁹ *Bileski*, S. 221.

³⁰ AaO, S. 222.

³¹ In diesem Sinne nannte er die seit 1912 von ihm redigierte Zeitschrift „Das Neue Deutschland“ im Untertitel: „Wochenschrift für konservativen Fortschritt“.

des Bestehenden, „ausschließlich in der Richtung der bisherigen Entwicklung“; das bedeutete für ihn konservativ, aber auch „unreaktionär“ und war eigentlich das, was von einem beträchtlichen „Teil der Gebildeten“ angestrebt werde, obwohl es ihm meistens nicht „recht bewußt geworden“ sei³². Grabowskys Kulturkonservatismus tadelte sehr eindeutig den „Antisemitismus unter den Konservativen“, der seiner Meinung nach den „Radikalismus des Judentums . . . verschuldet“ habe. Viele Juden fanden daraufhin, sie könnten diese „Worte . . . rückhaltlos unterschreiben“³³. Grabowskys Bestreben war es, den „Gebildeten“ – und den bewußt jüdischen unter ihnen in gleicher Weise –, die sich angeekelt durch das politische Interessentum vom Parteigetriebe zurückgezogen hatten, durch seinen fortschrittlichen Konservatismus „die Beschäftigung mit der Politik wieder zum Bedürfnis“ zu machen. Dadurch hoffte er, das politische Leben Deutschlands geistig neu zu befruchten. Die Aristokraten, die Notabeln, die „alldeutschen“ Apostel mit ihren Germanisierungsbestrebungen sollten nicht länger das Monopol der politischen Gestaltung Deutschlands in Händen haben –, sondern die „bei entsprechender Behandlung so zugängliche breite Mittel- und Unterschicht des Volkes“ sollte angesprochen und beteiligt werden³⁴.

Wie weitgehend die Möglichkeiten einer jüdischen Identifizierung mit dieser Art von Konservatismus gingen, läßt sich aus einer Denkschrift von 1908 oder 1909 aus der Feder des Zionisten Gustav Witkowsky, Charlottenburg, erkennen, die vom Geiste des Kulturkonservatismus geprägt war³⁵. Nach Ansicht des Verfassers eröffneten sich gerade auch den deutschen Zionisten legitime Verbindungen zu dieser Richtung³⁶. Seine Ausführungen stellen im Grunde das Programm des Kulturkonservatismus dar, zugeschnitten auf das Denken der damaligen Zionisten, wenn er sagt, daß „die Idee des Nationalismus und seine überragende Bedeutung für die Fortentwicklung menschlicher Kultur . . . allmählich auch von jüdischen Köpfen begriffen“ werde, und daß ein „unbedingter Respekt vor allen religiösen, kulturellen und politischen Werten“ eine gemeinsame Grundlage für die jüdischen und die deutschen Kulturkonservativen bilden könne³⁷.

³² Zeitschrift f. Politik IV, 1911, S. 608.

³³ Zit.: *Israelit* 1911, Nr. 47, S. 3, aus einem Artikel von A. Grabowsky, für den Q. nicht angegeben ist.

³⁴ Zeitschrift f. Politik III, S. 419; IV, S. 608.

³⁵ Der Kern der Denkschrift ist im Anhang B 21 abgedruckt. Das Original im ZZA J/A-142/139/1.

³⁶ Grabowsky äußerte sich im Kriege, in allerdings tendenziöser Weise, über Zionismus. Er lehnte den Herzlschen Staatsgedanken ab, worin er sich mit den leitenden Zionisten Deutschlands eins glaubte, fand sich aber beindruckt davon, daß die Zionisten sich „nationaljüdisch ausleben“ wollten, und daß durch ihre von deutscher Bildung erfüllten Führer eine „Förderung deutscher Interessen zu erwarten“ sei (*Das Neue Deutschland* 1915, Nr. 30/33, S. 263).

³⁷ S. Anm. 35.

Witkowsky, der Zionist, konnte kulturkonservatives Denken mit zionistischem Gedankengut verbinden, ohne in einen Widerspruch zwischen seiner jüdischen und seiner deutschen Orientierung zu geraten. Konnten dies auch die anderen jüdischen Konservativen, die, wohl von Grabowsky beeinflusst, seit 1911 hin und wieder von sich reden machten? Hier bleibe die Trennungsorthodoxie unberücksichtigt, die „eine gewisse Seelenverwandtschaft“ mit dem „outrierten religiösen Positivismus“ der konservativen Mehrheit des preußischen Herrenhauses empfinden mochte, was das liberale IGB jedenfalls „psychologisch ganz erklärlich“ fand³⁸. Wenn jedoch das *liberale* ISFAM die Konservativen den Nationalliberalen zumindest gleichstellte, wenn nicht gar vorzog³⁹, wenn ein Breslauer Universitätsprofessor⁴⁰ oder ein Mann aus einer Gutsbesitzerfamilie⁴¹ oder andere Juden des gebildeten Bürgertums den Anschluß an die Konservativen für das Allheilmittel gegen die politische Resignation weiter jüdischer Kreise hielten, mußten sie sich auch der Frage stellen, wie denn ihr Judentum mit dem streng christlichen Charakter des Konservativismus vereinbar sei. Das ISFAM wich der Frage dadurch aus, daß es nur wahltaktische, nicht aber weltanschauliche Parolen auszugeben behauptete. Der Professor rief theologische Formulierungen zur Hilfe, um die prekäre Grundfrage zu umgehen, indem er schrieb:

„Wenn die deutsche Judenheit vor die Alternative gestellt wird, ob sie gemeinsam mit den positiv-christlichen oder aber mit den liberal-monistisch-atheistischen Parteien gehen soll, so muß sie zu ersteren halten. Die Mutter darf nicht die Tochter verlassen, um sich der Feindin beider anzuschließen.“

Am ausführlichsten setzte sich mit dieser Frage der Verfasser einer verbreiteten Schrift⁴² auseinander, der die Forderung aufstellte, daß die Juden, deren Weltanschauung wirklich konservativ sei, ihre „verdammte Pflicht und Schuldigkeit“ zu tun und „der konservativen Partei Heeresfolge zu leisten“ hätten. Interessanterweise fügte er hinzu: „Wohlverstanden: Heeresfolge, nicht Führerdienst“⁴³. Er empfahl besonders die Freikonservativen, da sie von Antisemitismus frei seien. Wie stellte er sich aber zu dem inneren Konflikt des Juden, der Anhänger einer betont *christlich* orientierten Partei werden sollte?

Drei Lösungsmöglichkeiten stehen ihm vor Augen: Vielleicht könnten die Juden durch „Assimilation der Gesamtheit – nicht des Einzelnen“, als Gruppe also, den Weg zu einer einheitlichen deutschen Staatskirche finden; vielleicht sei auch Hermann Cohens reiner Monotheismus die Antwort, dessen jüdischer Gehalt dem deutschen Protestantismus doch so wesensnahe sei; und schließlich erwägt er, ob man nicht doch die Taufe nehmen müsse, damit wenigstens der einzelne im Deutschtum aufgehen könne, wieweil auch diese individuelle

³⁸ IGB 1912, S. 287. ³⁹ ISFAM 1911, Nr. 33, S. 5 (Nachricht aus Posen).

⁴⁰ Dr. Arthur Sachs, lt. JVB 1913, S. 267 f.; IDR 1913, S. 117 ff., S. 357.

⁴¹ Dr. Adolf Schottländer, lt. JVB 1912, S. 465 f.

⁴² *Friedrich Blach*, Die Juden in Deutschland.

⁴³ AaO, S. 19.

Lösung dem Verfasser nicht ausreichend erschien⁴⁴. Jedenfalls aber, meinte er, sei ein Ende zu machen mit dem Zustand der politischen Resignation und der Abwanderung zur Sozialdemokratie, deren „beklagenswertes Ergebnis ist, daß es konservative Juden so gut wie gar nicht, streng deutsch-national gesinnte . . . wenig gibt“⁴⁵.

Es sind keine Anhaltspunkte dafür vorhanden, daß sehr viele Juden vor dem Ausbruch des ersten Weltkrieges so dachten wie der Verfasser dieser Schrift. Zwar meinte es wohl die „überwältigende Mehrzahl der deutschen Juden“ durchaus ernst damit, wenn sie betonte, daß sie ein einziges Nationalgefühl, das deutsche, habe und nichts anderes wollte als „in Deutschland und für Deutschland leben und sterben“⁴⁶. Doch selbst bei dem fast tragisch anmutenden Wunsch des Aufgehens im Deutschtum gab es ein oder zwei Bedingungen, die die meisten Juden mindestens gefühlsmäßig stellten: Sie wollten ihr jüdisches Stammes- oder religiöses Empfinden respektiert wissen, selbst wenn sie persönlich sich dessen nur noch schwach bewußt waren; und sie waren meist zu stolz, sich damit zu begnügen, in bestimmten Kreisen als „gute Ausnahme anerkannt“⁴⁷ und nur ad personam akzeptiert zu werden. Gerade diese Bedingungen aber machten es höchst zweifelhaft, ob der Freikonservatismus, der immer nur einzelne aufnahm und absorbierte, ihnen als Gruppe eine politische Heimat bieten konnte.

Daher ist wohl die von Witkowsky ausgesprochene Hoffnung, daß der Parallelismus zwischen deutsch-konservativem und national-jüdischem Wertbewußtsein für ein politisches Zusammenwirken ausreichen werde, eine arge Selbsttäuschung gewesen. Denn kaum ein nennenswerter Prozentsatz von Juden war bereit, sich mit der Stellung politischer Hintersassen in Deutschland zu begnügen. So verhinderte gerade das jüdische Gruppenempfinden, abgesehen von allen wirtschaftlichen Interessen und von der politisch-liberalen Prädisposition der jüdischen Mehrzahl, eine konservative Orientierung, deren Voraussetzung die Akzeptierung einer ausgesprochenen Minderheitsstellung oder aber vollkommene Auflösung gewesen wäre.

Selbst ein bewußt assimilatorischer Jude, der bereit war, seiner jüdischen Gruppenzugehörigkeit und den damit verbundenen Restriktionen durch Untertauchen im Konservatismus zu entgehen, hatte – wie jener „Herr Kohn der Nur-Deutsche“ im Feuilleton des ISFAM – einen schweren Stand, wenn er die Behauptung, „daß es keinen Antisemitismus gibt“, damit zu beweisen versuchte, daß er persönlich „nie etwas davon gespürt“ habe⁴⁸. War er aber ehrlich, so wurde er früher oder später, von außen oder von seiner Gemeinschaft her, auf sein Judesein zurückverwiesen und konnte sich nicht vor dem Eingeständnis retten, „irgendwie verschieden von den meisten seiner Zeitge-

⁴⁴ AaO, S. 35.

⁴⁵ AaO, S. 18 f.

⁴⁶ Rathenau, Briefe II, Nr. 447, an Rechtsanwalt Apfel v. 16. 11. 1918.

⁴⁷ F. Oppenheimer, Erlebtes, S. 214.

⁴⁸ ISFAM 1900, Nr. 20, S. 5.

nossen zu sein“, und mit der Mehrheit, „mit der man eins sein möchte, ... doch nicht ganz eins sein“ zu können⁴⁹.

Obwohl nicht wenige einzelne, wie der Schriftsteller und Philosoph Fritz Mauthner, sich nur als Deutsche fühlten, wurden sie dennoch das Bewußtsein nicht los, daß „ihr Gehirn irgendwie einen Ductus“ habe, „den man jüdisch nennt“⁵⁰. Gerade die Situation solcher Juden aber, die ernsthaft bemüht waren, als einzelne im Deutschtum aufzugehen, entbehrte nicht der Tragik. Um mit Maximilian Harden zu sprechen: „Die Juden, die *ganz deutsch* gern werden möchten, die müssen drunter leiden.“⁵¹

Nun gehörte zwar Harden selber weder zu den Selbstverleugnern von der Sorte des „Herrn Kohn“, noch wollte er sein Judentum in der konservativen Parteifront bewahren. Als Jugendlicher, so erzählt er, habe er sich ohne Zögern taufen lassen, da sein Lebensweg ihn aus dem Judentum herausgeführt habe und ihm das Christentum „die höherer Kultur entsprechende Glaubensform schien“⁵². Er versuchte, seinen Schritt damit zu rechtfertigen, daß alle „ernsthaften und ehrlichen Entjuder“ wie Jesus „und alle besten Söhne Sems“ immer so gedacht hätten wie er. Später gab er seinen Irrtum zu. Die Stunde der Erkenntnis für ihn kam in den zwanziger Jahren, beim Prozeß gegen die des Attentatsversuches an ihm beschuldigten Rechtsradikalen. Damals erklärte er: „Wenn Sie mich, weil ich als Judenknabe auf die Welt gekommen bin, nicht haben wollen, dann nicht! ... Ich liebe den deutschen Menschen, aber ich dränge mich ihm nicht auf.“⁵³

Weit verworrener noch war der Weg eines Mitarbeiters der Hardenschen „Zukunft“, des Kölners Moritz de Jonge, der über sich aussagte: „Deutsch wollte ich sein, deutsch denken, fühlen, arbeiten. Mein Herz ging in Sprüngen, wenn ich deutsches Militär sah, deutsche Militärmusik vernahm.“⁵⁴ Die Sprünge seines Herzens führten ihn erst zur Taufe, dann gar ins Lager des konservativen Antisemitismus. Als Autor der „Kreuzzeitung“ und als Redakteur der konservativ-antisemitischen „Hannoverschen Post“ nahm er während der neunziger Jahre aktiv an der „antisemitischen Kampagne gegen das Judentum“ teil. Um die Jahrhundertwende entdeckte er dann den Zionismus und fühlte sich seitdem – mit eigenartigen theologischen Einschränkungen – wieder als „Erzjude“⁵⁵, ohne sich aber in einen jüdisch-organisatorischen Rahmen einordnen zu können.

Ehrliche getaufte „Nur-Deutsche“ kamen infolge innerer oder äußerer Krisen irgendwann eben doch zu der Einsicht, daß der Versuch zur individuellen Überwindung der jüdischen Gruppensituation durch Untertauchen im Konservativismus aussichtslos war.

⁴⁹ Bonn, Geschichte, S. 29.

⁵⁰ Brief an Gustav Landauer, in Landauer, Briefe I, S. 450.

⁵¹ Harden, Apostata II, S. 150 f.

⁵² Zit.: GAJ 1903, Nr. 44, 1. Beiblatt, S. 2.

⁵³ Zit.: Lessing, Selbsthaß, S. 203 f. und Harden, Apostata II, S. 150.

⁵⁴ De Jonge, Rathenau, S. 23.

⁵⁵ De Jonge, Jerusalem, S. 10–12.

Den auf das Aufgehen im Deutschtum ausgerichteten jüdischen Kulturkonservativen und den Konvertiten war gemeinsam, daß sie von vornherein nur sehr lockere Beziehungen zum Judentum hatten. Doch war die Entfremdung von allem Jüdischen sogar für eine breite Schicht deutscher Juden der Generation um 1900 durchaus charakteristisch. Selbst bei denen, die nicht so extreme Konsequenzen wie de Jonge oder Harden zogen, hatte ihre jüdische Entwurzelung und ihr Wille zum Aufgehen im Deutschtum einen solchen Umfang angenommen, daß sie „selbst zuweilen antijüdisch gestimmt“ wurden⁵⁶. Die merkwürdigsten Gedanken in diesem Zusammenhang entwickelte wohl Walther Rathenau in seinem Vorschlag⁵⁷ zur „Züchtung“ eines jüdischen „Zwischenstandes“ als Puffergruppe zwischen Deutschtum und „Stockjudentum“, eines „jüdischen Patriziertums“, das die negativen Merkmale der Juden zum Verschwinden bringen und sie in ihrer „geistigen und körperlichen Kultur“ den Deutschen angleichen sollte.

Eine derartige Manifestierung des Selbsthasses war nicht, wie Theodor Lessing behauptete, „die unausgesprochene Überzeugung der westjüdischen Mehrheit“⁵⁸. Doch gab es reichlich „viele Juden in Deutschland“, welche „die jüdischen Dinge mit antisemitischen Augen“ ansahen⁵⁹. Eine psychologische Enträtselung dieser Haltung liegt außerhalb unseres Rahmens⁶⁰. Im politischen Bereich jedoch bietet die Sehnsucht, sich „mit fortreißen zu lassen“⁶¹ und „deutsch schlechthin“⁶² zu werden, eine Erklärung für die jüdischen Versuche, es den Konservativen gleichzutun, selbst wenn das eine Stimmabgabe für Antisemiten bedeutete.

So kam es, daß solche Juden, denen „Germania“ die „ideale Geliebte“ war⁶³, die also wirklich, nach der Losung Friedrich Naumanns, „nicht Politik des Judentums, sondern Politik des Deutschtums“⁶⁴ treiben wollten, eine

⁵⁶ E. Bernstein, Wie ich als Jude in der Diaspora aufwuchs (in: Der Jude II, 1917/18, S. 194).

⁵⁷ In seinem Aufsatz „Höre, Israel!“ (Pseud. W. Hartenau), Die Zukunft v. 6. 3. 1897, S. 454–462.

⁵⁸ Lessing, Selbsthaß, S. 188 f.

⁵⁹ ISFAM 1902, Nr. 38, S. 1.

⁶⁰ Ebenso soll nicht ein anderes Extrem jüdischer Reaktion analysiert werden, das in einem Aufsatz von C. Z. Klötzel zum Ausdruck kam. Doch erscheint es uns zur Illustrierung jüdischer Problematik im nichtjüdischen Lebensbereich erwähnenswert: „Wie wir Juden von jedem Nichtjuden wissen, daß er irgendwo in einem Winkel seines Herzens Antisemit ist und sein muß, so ist jeder Jude im tiefsten Grunde seines Seins ein Hassler alles Nichtjüdischen. Wenn es irgend etwas gibt, was alle Juden der Welt eint, ist es dieser große erhabene Haß. Man nennt uns eine Gefahr des ‚Deutschtums‘; gewiß sind wir das, so sicher, wie das Deutschtum eine Gefahr für das Judentum ist.“ Dieser Aufsatz im: Janus, Nr. 2, Jg. 1912/13 wurde von den jüdischen Zeitungen scharf kritisiert und nicht vollständig wiedergegeben. Obiger Auszug zit. nach Sigilla Veri, Art. Klötzel. Das Original war mir leider nicht zugänglich.

⁶¹ Bonn, Geschichte, S. 29.

⁶² Lessing, Selbsthaß, S. 205, als Ausspruch Hardens zitiert.

⁶³ De Jonge, Rathenau, S. 24.

⁶⁴ IDR 1897, S. 39.

Aufstellung jüdischer Parlamentskandidaten durch Juden als bloße Befürwortung von „Ghettokandidaten“ ansahen⁶⁵. Deshalb auch erblickten sie in der Wahl eines Antisemiten, wenn er dem Regierungsblock angehörte oder in einer der Grenzprovinzen das Deutschtum vertrat oder sonst den Patriotismus des jüdischen Wählers ansprach, eine Tat der „patriotischen Selbstüberwindung“, die eigentlich, wie sie fanden, „alle Anerkennung“ verdiente⁶⁶.

Besonders bei den Kartellwahlen des Jahres 1887, ebenso wie bei den Wahlen des Jahres 1903 und bei den Blockwahlen im Jahre 1907 gab es Juden, die auf Grund der allgemein-politischen Konstellation glaubten, antisemitische Kandidaten befürworten zu müssen. Gelegentlich wurden auch bei Stichwahlen jüdische Stimmen für Parteiantisemiten oder für Konservative antisemitischer Färbung abgegeben⁶⁷.

Trotzdem kann der jüdischen Stimmabgabe für Konservative und Antisemiten kein großes Gewicht beigemessen werden, da es sich dabei um Randerscheinungen im jüdischen Lager handelte, zumal manche der jüdischen Apostel des „seichten Salon- und Eitelkeitsantisemitismus“⁶⁸ politisch auch gerade zu den Linksliberalen gehörten. Die bloße Tatsache einer Stimmabgabe für antijüdische Parteien rückt aber das damalige jüdisch-politische Dilemma, besonders das der „Nur-Deutschen“, in das grellste Licht. Dieser so offenbare Konflikt führte nach den Reichstagswahlen des Jahres 1903, als die Sozialdemokraten zur jüdischen Alternativpartei geworden waren, zu einer politischen Neubildung in gewissen „nurdeutschen“ Kreisen, die einiges Interesse verdient, wenngleich sie nur wenige Monate bestand. Im „Berliner Tageblatt“ erschien nämlich im Sommer 1903 ein Inserat folgenden Inhalts:

„Alle Juden, welche die Sozialdemokratie als das schlimmste Übel im Staate betrachten, welche den politischen Radikalismus der Juden für verderblich halten und wieder Fühlung mit den nationalen Parteien suchen, wie zu Laskers Zeiten, werden gebeten, ihre Adressen zur Bildung einer Vereinigung niederzulegen unter ‚Deutsches Vaterland‘ bei...“⁶⁹

Ein wenig später suchte diese von jungen jüdischen Akademikern⁷⁰ errichtete neue Vereinigung einen Juden in geachteter Stellung als „führende Persönlichkeit“⁷¹ und erweckte durch die ungeschickte Formulierung des Inserats den Eindruck, als sei die Angelegenheit nichts als eine „ganz gemeine antisemitische Mache“⁷². Als aber diese „Vereinigung deutsch-nationaler Juden“

⁶⁵ ISFAM 1898, Nr. 31, S. 3.

⁶⁶ M. A. Klausner in: AIW 1903, S. 398 und 419 f.

⁶⁷ Einzelheiten s. meinen Aufsatz „Jüdische Parteigänger“. Die dort angegebenen Q. lassen sich wie folgt ergänzen: Für Friedeberg-Arnswalde: IDR 1899, S. 655. Für 1907 – Hersfeld: aaO 1908, S. 440 f. Für 1909 – Landsberg-Soldin: ISFAM 1909, Nr. 48, S. 2 und Nr. 49, S. 5. Für Siegen: während vieler Jahre IDR 1909, S. 225 und aaO 1910, S. 38 f. Für Munizipalwahlen vgl. JR 1905, S. 610; ISFAM 1910, Nr. 12, S. 4–5 und Nr. 45, S. 5.

⁶⁸ De Jonge, Rathenau, S. 9.

⁷⁰ IGB 1904, S. 127.

⁷² GAJ 1903, Nr. 32, S. 1.

⁶⁹ Zit.: ISFAM 1903, Nr. 29, S. 2.

⁷¹ JR 1903, S. 310.

eine Zeitschrift mit dem Namen „Toleranz, Deutschvölkische Wochenschrift für Juden und Christen“⁷³ herausbrachte und sich rühmte⁷⁴, damit den wahren Abwehrkampf gegen den Antisemitismus zu führen⁷⁵, regnete es in den jüdischen Zeitungen, die der bürgerlichen Linken zuneigten, Entgegnungen⁷⁶. Das Blatt des CV bezeichnete es geradezu als eine Zumutung, im Kampf gegen den Antisemitismus dieser „Bewegung eine mindestens teilweise Berechtigung“ zuzugestehen, da man damit gleichzeitig „sich in den Dienst jener rückschrittlichen Parteien“ begeben würde, die der jüdischen Gleichberechtigung kühl, wenn nicht feindlich gegenüberstanden⁷⁷.

Die kurzlebige Vereinigung von „Nur-Deutschen“ wurde demnach nicht so sehr aus jüdisch-religiösen Gründen abgelehnt – der orthodoxe „Israelit“ verhielt sich ihren konservativen Neigungen gegenüber sogar relativ freundlich – wie aus Widerstand gegen ihre jüdisch-politischen Aspirationen. Ihre gesamte politische Haltung stand nicht im Einklang mit der von einer gewissen jüdischen Führungsschicht sanktionierten Identifizierung mit den linksbürgerlichen Parteien. Die Leiter des CV waren jedenfalls überzeugt, daß es zur Pflege des Deutschtums keineswegs einer besonderen neuen Vereinigung bedürfe, da die Juden ihre „selbstloseste Liebe zum deutschen Vaterlande“ doch „stets mit Gut und Blut besiegelt“ hätten.

Allerdings meinten nicht alle, die derart ihre Liebe zum Deutschtum bezeugten, damit dasselbe. Einige der „Nur-Deutschen“ mögen in ihrem „Eifer für das Vaterland“⁷⁸ so weit gegangen sein, sogar das Treiben „der wildgewordenen Alldeutschen“ gutzuheißen, die „sich mit einem rückständigen . . . allzu borussischen Staatswesen völlig eins“ erklärten, und „dadurch alle seine Kulturinteressen preisgegeben“ hatten⁷⁹. Die große Mehrheit der jüdischen

⁷³ IDR 1903, S. 480. Weder in Bibliotheken noch in Katalogen fand sich eine Spur der Zeitschrift. Möglicherweise erschien sie nur hektographiert. Nach IGB 1904, S. 127, war der Untertitel der „Toleranz“: „Jüdisches Blatt für deutschvölkische Interessen.“

⁷⁴ In ihrem Programm stand: „Die Vereinigung deutsch-nationaler Juden‘ macht es sich zur Aufgabe, den gesellschaftlichen wie den Rassenantisemitismus durch die Pflege und Förderung deutsch-nationaler Gesinnung und Betätigung in allen Kreisen und Schichten des Judentums zu bekämpfen . . . Ausgeschlossen . . . ist jeder, der auch nur im entferntesten sozialdemokratische Tendenzen und Bestrebungen billigt oder unterstützt“. Die als führend genannten Personen waren: Rechtsanwalt Max Jonas (Oranienburg), Dr. S. Jaffa (Charlottenburg), Theodor Wolff-Thüring (Berlin) und Redakteur Hermann Fuchs (Berlin). Quellen: IGB 1903, S. 451 und Israelit 1903, S. 1972 f.

⁷⁵ Israelit 1903, S. 1947 und 1972 f. Diese Zeitung stand dem Verein nicht ablehnend gegenüber.

⁷⁶ Z. B. ISFAM 1903, Nr. 30, Leitartikel; GAJ 1903, Nr. 32, S. 1; IDR 1903, S. 446, 480, 709, 717 u.v.a.

⁷⁷ IDR 1903, S. 717 f.

⁷⁸ Bernhard Dernburg in einem offenen Brief in der Vossischen Ztg., Nr. 47, 1920, zit.: Mitteilung von Dr. A. Czellitzer, HNB/Mappe Dernburg.

⁷⁹ *Lublinski*, S. 338.

„Kulturdeutschen“ hingegen nahm sich nicht ein „Hie Potsdam! oder Hie Sedan!, sondern ein Hie Weimar!“ als Ziel ihres Deutschtums zur Losung⁸⁰. Hatten sie doch aus ihrer langen Geschichte gelernt, „Völker und Zeiten aus weiterer Perspektive zu sehen“⁸¹ und den „Ruhm einer Nation nicht mehr in dem Siege“ der Waffen, „sondern in der Kunst und Wissenschaft“ zu suchen⁸². Ein „Kulturdeutscher“ von solcher Art war „trotz aller Judenhetze stolz darauf, ein Deutscher zu sein, wenn er grade auch nicht in lächerlichem Chauvinismus es jenen blondbehaarten Jünglingen gleichtut, die hochmütig herabblicken auf jede andere Nation“⁸³.

Ob unter diesen Juden einige sich damit aufspielten, daß in ihnen der deutsche Geist „viel heller und viel kräftiger“ lebe „als leider in Millionen, die mit ihrem Germanentum prahlen“⁸⁴, oder ob sie bescheidener der Hoffnung Ausdruck gaben, daß es ihnen „allmählich gelingen würde, in die Nation Kants“ sich einzuleben⁸⁵ – jedenfalls wurden ihre eigentlichsten patriotischen Gefühle von der Anhänglichkeit an deutsche *Kulturwerte* bestimmt:

„Patriotismus ist im innersten Grunde das Gefühl der Dankbarkeit. Ja, wir schulden dem deutschen Vaterlande tausendfachen Dank. Es ist die Sprache seiner Dichter und Denker, die auch uns befähigt, unsere Liebe... auszudrücken... Am Borne deutscher Wissenschaft, an der Quelle deutscher Schule haben die jüdischen Geisteshelden getrunken, welche die deutsche Judenheit auf die verhältnismäßig hohe Stufe gehoben haben, auf der wir sie jetzt sehen. Deutsche Kunst hat unser Auge erfreut und unser Ohr entzückt, unser Heim verschönt. Ja, wir lieben dieses Land. Es hat uns gestattet, mitzuarbeiten an dem Werke der Kultur seiner Bewohner und somit des Fortschrittes der Menschheit.“⁸⁶

Tatsächlich waren die Juden am Kulturleben der deutschen Großstädte führend beteiligt. „Ohne das Judentum und seine elastische Regsamkeit, die ihm die mannigfaltigsten Interessen gestattet“, hätten viele deutsche Theater z. B. „gar nicht bestehen“ können⁸⁷. In der Presse, insbesondere in der Kunstkritik, im Theater- und Konzertleben, daneben in der Literaturwissenschaft, war das jüdische Element, sowohl schaffend wie rezipierend und materiell tragend, maßgeblich beteiligt und fühlte sich auf diesem „deutsch-jüdischen Parnaß“ heimisch⁸⁸.

Hinsichtlich ihrer Einstellung zur Politik gehörten viele Repräsentanten der „Kulturdeutschen“ zu jenen apolitischen, wenn nicht sogar politikfeindlichen Menschen, die überzeugt waren, daß nicht politische Betätigung, sondern „nur Bildung und Wissen not tue, um die Menschen gut und

⁸⁰ G. Mayer, Erinnerungen, S. 103.

⁸¹ Bonn, Geschichte, S. 29.

⁸² Fried, Jugenderinnerungen, S. 12.

⁸³ Marcus Hirsch, S. 85.

⁸⁴ H. Steinthal in: AZJ 1892, S. 626 f.

⁸⁵ H. Cohen, Judenfrage, S. 3.

⁸⁶ ISFAM 1902, Nr. 52, S. 1.

⁸⁷ Aus einem nicht sehr judenfreundlichen Artikel der Hamburger Nachrichten, zit.: ISFAM 1898, Nr. 1, S. 4.

⁸⁸ Aus dem gleichnamigen Artikel von Moritz Goldstein im „Kunstwart“, 1. Märzheft 1912, hier zitiert nach dem Aufsatz desselben Verfassers „German Jewry's Dilemma“, S. 236 ff.

glücklich zu machen“⁸⁹. Unter ihnen fanden sich „Idealisten und Schwärmer“⁹⁰, denen selbst ein kultureller Nationalismus gefährlich schien, da „von der ‚Kultur‘ zur Kanone [nur] ein kleiner Schritt“ sei. Deutschland bedeutete ihnen „eben Schiller und Goethe und nur sie“⁹¹. Viele waren, „trotz alles pflichtmäßigen und rühmlichen Sonderpatriotismus... ein kosmopolitisches Element im besten Sinne und deshalb ein lebendiger Widerspruch gegen die übermäßige und krankhafte Entfaltung des Nationalitätsprinzips“⁹². Ihr Ideal war es, „im Dienste der Wissenschaft, der Sozialpolitik oder der Philanthropie ihr Leben freudig in die Schanze zu schlagen“ und, „empfindlich für alles Gute und Schöne, sich den *Künsten*“ zu widmen, um dann in ihnen, nicht aber in der deutschen oder jüdischen Parteipolitik, „Lebensinhalt und Befriedigung“ zu finden⁹³. Doch gab es unter ihnen auch die typischen Vertreter des „Assimilantentums“, das sich seiner Herkunft schämte⁹⁴, der „Berlin-W-Juden“, der Ästheten und Individualisten⁹⁵, die im „Assimilationsprozeß die Vordersten“ waren⁹⁶, denen der Mangel an jüdischer Substanz noch keine Verwurzelung im Deutschtum einbrachte. Von ihnen zu sprechen erübrigt sich. Hier geht es um diejenigen, die sich aufrichtig der deutschen Kulturgemeinschaft zugehörig fühlten, weil sie „eine andere Kultur als die deutsche überhaupt nicht“ besaßen⁹⁷.

Das führte dazu, daß diese jüdischen Kulturdeutschen sich in ihrer Verehrung der deutschen Klassiker und des philosophischen Idealismus „ein Idealbild der Deutschen schufen, welches in der Wirklichkeit nur einen ständig schrumpfenden Halt“⁹⁸ fand. Sie folgerten aus ihrer inneren Beziehung zu den Kulturwerten der „Dichter und Denker“, daß sie dadurch auch zu einem freundschaftlich engen Bund mit „dem deutschen Menschen“, ja mit dem ganzen deutschen Volke gekommen seien⁹⁹. In Wahrheit jedoch mußten sie sich, wenn sie sich als Deutsche fühlen wollten, an „die kleine Auswahl von Deutschen“ halten, die bereit waren, sie gelten zu lassen. Da es unter diesen zwar „einige Doktrinär-Liberale und Wohlwollende“¹⁰⁰ gab, aber kaum christliche Konservative, neigten diejenigen jüdischen „Kulturdeutschen“, die für Wahlen oder gar für intensivere politische Tätigkeit überhaupt noch einige Aufmerksamkeit erübrigten, natürlicherweise zu den Liberalen. Bei diesen glaubten sie, die „Werte der Aufklärung und des Klassizismus – Freiheit, Tole-

⁸⁹ *Rahel Straus*, S. 62 (über Raphael Löwenfeld).

⁹⁰ *Goslar*, S. 9.

⁹¹ *Rosenzweig*, Briefe, S. 44 und S. 239.

⁹² Martin Philippsen in: *JJGL* 1899, S. 6.

⁹³ *Goslar*, S. 9.

⁹⁴ *F. Oppenheimer*, *Erlebtes*, S. 214.

⁹⁵ H. Cohn-Dessau in einem Vortrag, zit.: *IDR* 1912, S. 184.

⁹⁶ Ernst Lissauer in der „Kunstwart“-Debatte, zit.: *Der Jude* I, 1916/17, S. 490.

⁹⁷ Ludwig Haas in einem Vortrag, zit.: *Schrag-Haas*, S. 77.

⁹⁸ *Leschnitzer*, S. 152 f. ⁹⁹ *AaO*, S. 155.

¹⁰⁰ *Rosenzweig* (in einem Brief an seine Eltern über Hermann Cohen), Briefe, S. 231.

ranz, Wahrheitsstreben und Menschlichkeit“¹⁰¹ – noch einigermaßen bewahrt zu sehen, so daß sie sich geistig und politisch an sie anschließen konnten.

War es auch um diese geistige Heimat – sowohl vom jüdischen wie vom deutschen Standpunkt aus – ein wenig problematisch bestellt, wirklich daheim, im Sinne echter Zugehörigkeit, fühlten sich die Juden in ihrem deutschen Geburtsort. Man hat ihnen deutscherseits oft Mangel an Heimatgefühl vorgeworfen, weil man nicht wahrhaben wollte, wie sehr selbstverständlich auch der Jude durch ein natürliches „Heimatgefühl, welches durch die Geburt erworben wird“¹⁰², an sein Dorf und seine Stadt gebunden ist. Ein Rabbiner beklagte ausdrücklich, daß die Juden sich „zu Sklaven“ ihres „Lokalpatriotismus“, zu Sklaven ihrer „Bürgertreue“ gemacht hätten¹⁰³.

Selbst so kosmopolitisch eingestellte Juden, wie z. B. der Schriftsteller Georg Hermann, sprachen von einem Vaterlandsgefühl in „örtlichem Sinne und Sprachsinne“¹⁰⁴, fanden also den vollendeten Ausdruck des Zugehörigkeitsgefühls in ihrer Kultur- und Ortsverbundenheit. Franz Oppenheimer rühmte sich seines „märkischen Heimatbewußtseins“, das mit seinem „Stolz auf die Abstammung von siebzig Generationen stolzer Männer“ des Judentums nicht im Kampfe lag¹⁰⁵. Eugen Fuchs stellte eine Art von Wertskala seiner inneren Zugehörigkeiten auf, in der er seinem Koschentiner und Tarnowitzer Heimatgefühl Vorrang gab vor seinem schlesischen Provinzgefühl, seinem preußischen Landesgefühl und seinem deutschen Reichsgefühl¹⁰⁶. Entsprechende Stimmen erhoben ihren Lokalpatriotismus „für das Badnerland, das wir als die engere Heimat am besten kannten und das uns in der Person des allgeliebten Großherzogs Friedrich verkörpert schien“¹⁰⁷, über ihre Anhänglichkeit an Deutschland. Der Dichter Karl Wolfskehl hat diesem Heimatgefühl in seinem „Lebenslied – An die Deutschen“ den erschütterndsten Ausdruck gegeben. Sogar wenn ein Sozialdemokrat wie Hugo Haase „von seinem engsten Heimatbereich sprach“, konnte „jedes helle Ohr spüren, mit welcher Manneszärtlichkeit“ er durch sein Heimatgefühl „ganz Deutschland umfange“¹⁰⁸. In diesem Sinne waren all die Zionisten und deutschen Staatsbürger jüdischen Glaubens Kulturdeutsche und Sozialisten in ihrem „innersten, ganz ursprünglichen Wesen . . . mehr oder minder Partikularisten“¹⁰⁹, echte Lokalpatrioten. Ein rührendes Beispiel ist auch Hermann Cohens Liebe zu seiner „kleinen Vaterstadt“ Coswig, die er „eine lebendige Wurzel“ seines Lebens nannte und von der er in einem Brief an Kurt Eisner schrieb: „Ich habe manchmal den Gedanken, als ob nur eine kleine Stadt eine Heimat sein könne, weil man nur da eine Volksschule besucht, mit den Kindern der mittleren und der niederen Stände

¹⁰¹ Leschnitzer, S. 154.

¹⁰² B. Cohn, S. 38.

¹⁰³ Rülff, S. 57.

¹⁰⁴ G. Hermann, Randbemerkungen, 1914–1917, 2. Aufl., Berlin 1919, S. 49 f.

¹⁰⁵ Zit.: JR 1914, S. 270 und IDR 1914, S. 300, 302.

¹⁰⁶ IDR 1903, S. 712. Vgl. auch aaO 1917, S. 343.

¹⁰⁷ Rahel Straus, S. 43.

¹⁰⁸ Worte Maximilian Hardens, in: Haase, S. 85.

¹⁰⁹ Lublinski, S. 350.

aufwächst und die Landschaft mit der Stadt zusammenfließt. Doch ich weiß, wie auch Sie Ihren Berliner Lokalpatriotismus haben.“¹¹⁰

Ob dieses unbestreitbare Heimatgefühl und das umstrittene Kulturdeutschtum ausgereicht hätten, die Juden im Laufe der Zeit zu konservativen Deutschen zu machen, bleibe dahingestellt. Bis zum Ausbruch des ersten Weltkrieges jedenfalls war es der Mehrzahl von ihnen zwar gelungen, sich eine Überzeugung ihrer Zugehörigkeit zum Deutschtum anzueignen, nicht aber, auch die nationalistischen Kreise der Deutschen restlos davon zu überzeugen. Da sie „etwas weniger chauvinistisch als mancher moderne Teutone“ waren, sich sowohl als „Bürgerkinder“ wie als „humanistisch erzogene“ Menschen und „Akademiker“ von den „deutschen Händlern, Handwerkern und Bauern differenzierten, und von der Adels- und Offizierskaste, ja auch vom Industriebürgertum“ fernhielten¹¹¹, distanzierte sie das notwendigerweise von den deutschen Konservativen. Diese Distanz trug dazu bei, daß solche Menschen häufig aller Politik ostentativ den Rücken kehrten. Manch einer von ihnen mochte dann in seinem Kulturdeutschtum Ersatz für ein nicht realisiertes politisches Wirken finden. Selbst als die Bewegung des Kulturkonservatismus eine politische Reaktivierung gerade dieser Schichten anstrebte, konnte sie in breiteren jüdischen Kreisen keine nennenswerten Erfolge erzielen. Es gelang ihr nicht, die seit 1878 fraglich gewordene Verbindung zwischen den Juden und den Rechtsparteien wiederherzustellen¹¹².

¹¹⁰ HNBJ/Mappe H. Cohen II, Brief an K. Eisner, Silvapiana v. 14. 8. 1902.

¹¹¹ Die zitierten Ausdrücke sind den zwei Reden von *M. Lazarus* vom 1. und 16. 12. 1882 entnommen (nach seiner Aufsatzsammlung „Treu und Frei“).

¹¹² Zusammenfassend ergibt sich – wenn man die Nichtwähler außer Betracht läßt – die folgende Entwicklung der politischen Orientierungen der jüdischen Gesamtbevölkerung von der Epoche der Reichsgründung bis zum ersten Weltkrieg (1867–1914):

Parteien	Gesamtbevölkerung			
	1867/1878	1879/1892	1893/1902	1903/1914
Konservative und Freikonservative	% 4–5	% 4–2	% 1	% 1–2
Zentrum	1–2	2–4	5–6	5–7
Nationalliberale	70–73	25–20	18–13	10–12
Fortschr./Freisinn und demokr. Volkspartei	19–20	65–67	66–67	65–61
Sozialisten (SPD u. andere)	1–2	4–8	9–13	16–19

3. EIN JÜDISCHES ZENTRUM

Eine andere Möglichkeit jüdischer Reaktion auf die politische Situation in Deutschland wurde in diesem Zusammenhang noch nicht ausreichend behandelt: der Versuch einer Orientierung auf Grundlage der jüdischen Gruppeninteressen, deren Vertretung in den deutschen Parlamenten die Aufgabe einiger *bewußt jüdischer* Abgeordneter sein sollte.

Eine solche Orientierung wurde schon dadurch erschwert, daß die deutschen Juden im allgemeinen nicht bereit waren, sich überhaupt als Minderheit zu konstituieren. Wohl bemühte man sich hin und wieder, wenigstens die Forderung nach jüdischen Vertretern *innerhalb* der bestehenden Parteien zu rechtfertigen, doch wurde selbst diese Auffassung nicht von allen Juden geteilt. Um so schwieriger war es daher, Sonderkandidaturen für ausgesprochen jüdische Zwecke überhaupt in Betracht zu ziehen. In Zeiten politischer Krisen allerdings, in denen die Ausweglosigkeit der jüdischen Situation besonders kraß hervortrat, erwogen gewisse Kreise ernsthaft ein politisches Auftreten als selbständige Gruppe. Bevor man jedoch eine gemeinsame Grundformel für die weit auseinanderstrebenden jüdischen Organisationen und Ideologen gefunden hatte, war die politische Chance meist schon verpaßt. Daher blieb jede jüdische Sonderpolitik in Deutschland schon in den Ansätzen stecken. Dennoch verdienen die Versuche zu einer Verwirklichung jüdischer Gruppenpolitik jedenfalls eine kurze Skizzierung.

Seit Ludwig Philippsons Experimenten in bezug auf jüdische Sonderkandidaturen während der „Neuen Ära“, hatte man auf weiteres selbständiges Manövrieren in der Landespolitik verzichtet¹, da die Gemeinschaft mit den Nationalliberalen die beste Gewähr für die Integration der Juden in Deutschland zu bieten schien. Selbst in der Krisenzeit seit 1878, in der das erneute Anschwellen des Antisemitismus und die Spaltung der Nationalliberalen die politische Orientierung der Juden schwer erschüttert hatten, glaubten sie ihre Interessen beim „Freisinn“ bestens aufgehoben und lehnten sogar den Gedanken an die Förderung jüdischer Kandidaturen *innerhalb* der bestehenden Parteien aus apologetischen Gründen ab.

Erst als mit dem Auseinanderbrechen der Freisinnigen Partei im Jahre 1893 eine politische Neuorientierung gewissen jüdischen Kreisen unvermeidlich schien, regte sich von neuem der Gedanke an ein gesondertes Auftreten in konfessionellem Rahmen. Jedenfalls erscheint zur Zeit der Auflösung des „Freisinn“, die zeitlich mit der Gründung des CV zusammenfiel, zum ersten Male das Schlagwort vom „jüdischen Zentrum“² in den Spalten der Presse und von da ab wurde seine Formierung fünfzehn Jahre lang von Zeit zu Zeit öffentlich, wie auch in kleineren geschlossenen Kreisen, erwogen.

¹ In der Lokalpolitik blieb dagegen in Posen die jüdische „Kurie“ bestehen.

² Wohl in Analogie zum katholischen Zentrum.

Wahrscheinlich entstammt der Ausdruck „jüdisches Zentrum“ der Feder Maximilian Hardens. In seiner Zeitschrift „Zukunft“ erschien am 28. Januar 1893 ein Leitartikel, der die „heute noch im embryonischen Zustande befindliche Evolution, . . . die Umbildung der sogenannten freisinnigen Parteien in ein jüdisches Centrum“ voraussagte³. Der Verfasser sah als gegeben an, daß die rechte Splittergruppe des Freisinns, die FVg, sich gänzlich zur Vertretung „jüdischer Zwischenhändler-Interessen“ entwickeln würde⁴. Zur Begründung dieser Voraussage führte er aus: „Denn es ist soweit gekommen, daß die Mehrzahl der annähernd 600 000 Juden . . . jede politische Konstellation nur noch auf die Vorteile oder Gefahren betrachtet, die sie den jüdischen Interessen bringen könnte.“⁵

Nach seiner Meinung hätten demnach die Juden, als Reaktion auf den Antisemitismus, von neuem den Weg zu einer besonderen jüdischen Interessenpolitik beschritten, der sie außerhalb der allgemeinen deutsch-politischen Zielsetzungen stelle. Als ihr Wegbereiter sei die FVg anzusprechen. Hardens Ton in diesem Aufsatz ist ein seltsames Gemisch von Verständnis und Spott. Einerseits äußert er seinen Zweifel daran, ob denn „das zerrüttete politische Leben des Deutschen Reiches neben dem katholischen auch noch ein jüdisches Centrum vertragen“ könne, andererseits zeigt er aber doch Verständnis für die Situation der Juden, denen durch das Eindringen des Antisemitismus in die Rechtsparteien die Möglichkeit eines politischen Rechtskurses genommen war⁶.

Das Schlagwort vom jüdischen Zentrum wurde sofort von den Konservativen und von den Antisemiten aufgegriffen und im Wahlkampfe, der zur Zeit des Erscheinens von Hardens Artikel geführt wurde, gegen die Freisinnigen und Juden ausgenützt. Dies geschah in so ausgiebiger Weise, daß die AZJ ironisch feststellte: „Für die Antisemiten und die mit ihnen verbündeten Conservativen war die Wahlparole – das jüdische Centrum.“⁷

Dabei hatte diese Zeitung zur Entstehung des Schlagwortes vom jüdischen Zentrum selber beigetragen. Noch vor Hardens erwähntem Aufsatz hatte die AZJ einen Artikel von Isidor Kastan unter dem Titel „Abwehr“ gebracht, der erhebliche Auseinandersetzungen in jüdischen Kreisen hervorrief. Die Hauptsätze dieses Aufsatzes lauteten:

„Die so schwer und vielfach so ungerecht verleumdeten deutschen Juden sollen die Verteidigung ihrer bedrohten gesellschaftlichen und rechtlichen Stellung nicht mehr so ausschließlich wie bisher ihren Anwälten in der Presse und im Parlamente überlassen, sondern sie sollten freimütig, entschlossen und würdig die große Sache . . . selber in die Hand nehmen. . . Wie die katholischen Staatsbürger . . . offen und frei vor aller Welt verkünden . . ., welche Forderungen sie an die Staatsregierungen erheben möchten, so ähnlich müßten die Juden die Wahrung ihrer Rechte selbst in ihre Hände nehmen.“⁸

³ Zukunft, 1893, S. 145.

⁵ AaO, S. 148.

⁷ AZJ 1893, S. 241.

⁴ AaO, S. 150.

⁶ AaO, S. 146 f.

⁸ AaO, S. 14 f. Hervorhebung von mir.

Das kam einem Aufruf zur Gründung einer jüdischen Organisation gleich, die zwar nicht geradezu als „jüdisches Zentrum“ geplant, offenbar aber vom Beispiel der katholischen Organisationen beeinflusst war. Möglicherweise wollte Kastan, analog dem deutschen „Katholikentag“, einen „Judentag“ als Dachorganisation ins Leben rufen⁹. Jedoch sofort nach Gründung des CV und unter dem Eindruck der antisemitischen Reaktionen auf das Schlagwort vom „jüdischen Zentrum“ trat er einen Rückzug an und erklärte nun, er habe gar nicht an eine Sondervertretung jüdischer Interessen in den Parlamenten gedacht, da der Kampf doch lediglich um das „Rechtsinteresse“ der Juden gehe¹⁰.

Auf diese Weise identifizierte sich Kastan mit der offiziellen Position des CV, der ja sogleich bei seiner Gründung betont hatte, „daß die deutschen Staatsbürger jüdischen Glaubens als solche keiner politischen Partei angehörten, daß auch unter ihnen die Vertreter der verschiedensten politischen Ansichten zu finden seien“. Denn für den Verein sei die Judenfrage „keine Parteifrage, sondern eine Rechtsfrage“¹¹. Das aber bedeutete einen klaren Verzicht auf organisiertes politisches Auftreten im Sinne eines „jüdischen Zentrums“. Tatsächlich enthielt sich der CV bis zu den Wahlen im Jahre 1898 jeder Einmischung in deutsch-politische Angelegenheiten, wenn auch eine gewisse Fühlung mit der FVg durch den zunächst von Rickert und dann von Barth geleiteten nichtkonfessionellen „Verein zur Abwehr des Antisemitismus“ bestand und auch viele Mitglieder des CV und seines Vorstandes in den zwei freisinnigen Splittergruppen, besonders in der FVP, aktiv mitwirkten¹².

War also das Schlagwort vom jüdischen Zentrum nur eine „müßige Phantasiegeburt“, wie die AZJ es nannte¹³, oder ging doch eine entsprechende politische Neuorientierung im deutschen Judentum vor sich? Die AZJ war sich zunächst bei Gründung des CV nicht ganz klar darüber. Sie akzeptierte immerhin als Tatsache: „Ein Mittelpunkt ist . . . geschaffen.“ Wofür aber der CV als Mittelpunkt dienen sollte, war viel weniger klar. „Kein Zentrum“ sollte er sein: „Nicht positiv ist, was uns einigt.“ Seine Aufgabe sollte lediglich im „Negativen“ liegen: in konzentrierter Abwehr des Antisemitismus¹⁴.

⁹ Die Propaganda zur Einberufung eines deutschen „Judentags“ wurde 1900 von Bernhard Breslauer und Martin Philippson aufgenommen. Da zionistische Kreise aber dem Judentag einen demonstrativ-politischen Charakter zu geben suchten, distanzierten sich jüdisch-liberale Kreise von dem Vorhaben, und Philippsons Plan wurde, viel bescheidener, erst 1904 in Gestalt des „Verbands der deutschen Juden“ realisiert. Der Verband machte sich, mit geringem Erfolg, die Vertretung *weltlicher* Interessen des Judentums zur Aufgabe. Vgl. meinen Aufsatz „Versuche zur Führung einer selbständigen jüdischen Politik in Deutschland“ und jetzt auch *W. Breslauer*, *Der Verband der dt. Juden*.

¹⁰ AZJ 1893, S. 148 f.

¹¹ IDR 1895, S. 5 f.

¹² Wenn auch Harden zunächst mit dem Schlagwort vom „jüdischen Zentrum“ auf die FVg abzielte, scheint die Bezeichnung bald auf Richters FVP übergegangen zu sein.

¹³ AZJ 1893, S. 218.

¹⁴ AaO, S. 242 f.

Obschon der CV ausdrücklich also keine politische Aufgabe haben sollte, mehrten sich gerade zur Zeit seiner Gründung wieder die Klagen darüber, daß die Juden in fast allen deutschen Parlamenten, und besonders im Preußischen Landtag, „nicht einen einzigen Mann“ hätten, der den antisemitischen „Angriffen gegenüber mit der nötigen Sachkenntnis zu unserer Verteidigung auftreten und unser gutes Recht . . . vom Standpunkt des Judentums aus wahren könnte. Kein billig denkender Mensch kann deshalb unseren Wunsch unbeschneiden oder unberechtigt finden, mindestens *einen* Abgeordneten im Preußischen Landtag zu haben“. In Fortführung dieser Gedankengänge empfiehlt die Zeitung, für die Wahl eines jüdischen Kandidaten „im ersten Wahlkreise Berlin“ zu sorgen, wobei es sich „nach Lage der Sache“ natürlich nur um „einen fortschrittlichen jüdischen Abgeordneten“ handeln könne¹⁵.

Auch im Wahlkampf des Jahres 1898 beharrte der CV auf dieser nicht gerade präzisen Zwischenstellung: „Es gibt . . . einen CV, aber kein ‚jüdisches Centrum‘ und am wenigsten wollen die Juden das Anhängsel einer einzelnen politischen Fraktion sein.“¹⁶ Dabei unterstützte der CV jüdische Kandidaten der beiden Freisinnssplitter (und besonders der FVP¹⁷), allerdings mit dem Vorbehalt, daß er „von einem Volksvertreter jüdischen Glaubens . . . keine Wahrnehmung *besonderer* jüdischer Interessen“ fordere, da dies „nicht seines Amtes wäre“. Er sollte nur „die Verteidigung der Gleichberechtigung und der Ehre seiner Glaubensgenossen mit heiligstem Eifer“¹⁸ auf der Grundlage des Rechtsstaates betreiben. Man wollte demnach zwar jüdische Freisinnsabgeordnete, sie sollten aber nicht als jüdische Sonderkandidaten fungieren.

Wie schon dargestellt, ging der Wunsch nach jüdischen Freisinnskandidaturen bei den preußischen Landtagswahlen des Jahres 1898 in Erfüllung, und die Diskussion um ein jüdisches Zentrum ruhte zunächst für drei Jahre. Aber bald nach der Jahrhundertwende gewannen Faktoren im jüdischen Leben Einfluß, die ein verschärftes Wiederaufleben der Debatte über diese Frage zur Folge hatten. In Posen kam es infolge der Intensivierung des Nationalitätenkampfes zwischen Deutschen und Polen zu Angriffen beider Seiten auf die jüdische Stellung. Polen wie Deutsche beschuldigten die Juden der Illoyalität gegenüber ihrer Sache, und manche antisemitische Spitze richtete sich gegen die jüdischen Positionen, sowohl im politischen Leben wie auch im tagtäglichen Wirtschaftskampfe des Landes. Zu gleicher Zeit begann sich in den Großgemeinden des gesamten Deutschen Reiches erstmalig der ideologische Einfluß des politischen Zionismus bemerkbar zu machen, der nun ebenfalls die Analyse der politischen Situation beeinflusste. Unruhe und Diskussion wurden durch Unzufriedenheit bestimmter Schichten der jüdischen Kleinbürger und Handwerker in den Großgemeinden verstärkt, die sich nicht länger mit einer

¹⁵ AaO, S. 505. Vgl. auch aaO 1898, S. 61. Der alte Name „Fortschritt“ blieb lange Zeit auch für den Freisinn im Gebrauch.

¹⁶ IDR 1898, S. 205.

¹⁷ AaO, S. 607–625.

¹⁸ AaO, S. 239 f. Hervorhebung im Original.

nachgerade oligarchischen Honoratiorenherrschaft in Gemeinden und Vereinen abfinden wollten, durch die sie sich zurückgesetzt und in ihren sozialen Interessen ungenügend geschützt fühlten. Aus diesen einfacheren Schichten der Gemeinden, die teilweise ostjüdischer Abstammung waren, gingen z. B. die „jüdischen Volksvereine“ in Breslau, unter Leitung von Dr. Louis Neustadt, und in Berlin, unter Leitung von Dr. Hans Mühsam, hervor. Neustadt gab eine eigene Zeitung, das „Jüdische Volksblatt“ heraus, während sich der Berliner Volksverein und auch der dortige Handwerkerverein der Zeitung des Arztes Dr. Julius Moses, „Generalanzeiger für die gesamten Interessen des Judentums“ (GAJ) bedienten. Während die Berliner Vereine von Anfang an mit dem Zionismus sympathisierten, war der Breslauer Verein jüdisch-liberal orientiert. Doch auch er widersetzte sich der überalterten oligarchischen Gemeindeverwaltung und machte in Gemeindeangelegenheiten selbständige Politik, die der später von Dr. Alfred Klee im Berliner „Neuen jüdischen Gemeindeverein“ vertretenen Linie näher kam als der des CV. Der Breslauer Volksverein scheint auch bei Stadtverordnetenwahlen ziemlich selbständig aufgetreten zu sein¹⁹.

Trotzdem Zionisten wie Moses und Mühsam die Volksverein-Bewegung unterstützten und eine selbständigere jüdische Politik befürworteten, war die Zionistische Vereinigung für Deutschland in ihren Äußerungen zur deutschen Politik zunächst sehr zurückhaltend und dem Gedanken einer besonderen jüdisch-politischen Organisation in Deutschland abgeneigt. Bis 1903 war der offizielle zionistische Standpunkt dem des CV durchaus ähnlich: „Wir Juden als solche gehören keiner politischen Partei an, sondern wählen unsere Stellung gegenüber den politischen Parteien nach unserer persönlichen Auffassung *lediglich zum Wohle des Staatsganzen*.“²⁰ Auch die Zionisten forderten, ebenso wie der CV, für die Juden die Möglichkeit, „im Parlamente ihre Verteidigung durch den Mund eines mit dem nötigen jüdischen Wissen ausgerüsteten, jüdischen Abgeordneten führen zu können“²¹. Noch 1903 erklärte die „Jüdische Rundschau“, daß die Wahlen „von dem Interessenkreise abseits liegen“, den zu vertreten die Zeitung sich berufen fühlte. Auf der nächsten Seite des gleichen Blattes findet sich aber ein Satz, der anzeigt, daß sich unter den Zionisten eine neue, von der des CV abweichende Stellungnahme vorbereitete. Dort sagt die JR: „Die Juden sollen sich nur noch um ihre eigenen Verhältnisse kümmern. Wenn sie auch damit den Rassenhaß keineswegs beseitigen werden, so werden sie ihn doch auf diese Weise eher vermindern, als wenn sie glauben, durch ihre intensive Beteiligung an den innerpolitischen Kämpfen im Sinne einer Abwehr tätig zu sein.“²²

¹⁹ Vgl. dazu JVB 1907, S. 123 f. und 141.

²⁰ *Heinrich Sachse* (= Loewe), *Antisemitismus und Zionismus*, 2. Aufl. Berlin o. J., S. 16. Hervorhebung im Original.

²¹ AaO.

²² JR 1903, S. 267 f.

Die erste offizielle Fixierung der zionistischen Stellung zur deutschen Politik war also die Forderung nach kollektiver Enthaltung von jeder Einflußnahme²³, unter damaligen Verhältnissen eine extreme Position jenseits praktischer Realisierbarkeit. Heinrich Loewe, der Redakteur der Rundschau, handelte dann auch selbst der eigenen Parole entgegen, als er für die „Kräfte der aufstrebenden zionistischen Partei“ einen Standort innerhalb der liberalen Splittergruppen zu finden suchte²⁴. Die Orientierung auf die Freisinnige Partei entsprach vielen Zionisten nicht. Bereits 1901 hatte in Berlin eine zionistische Versammlung stattgefunden, in welcher einige Redner die Losung „Los vom Liberalismus“ ausgaben²⁵. Später, im Wahlkampfe des Jahres 1903, erschien in der JR dann ein mit „Eljaqim“, dem hebräischen Vornamen Loewes, gezeichneter Artikel, der die Liberalen offensichtlich warnte, sich die zionistischen Stimmen nicht zu verscherzen. Loewe bemerkte sarkastisch:

„Wir sind eben nicht aufdringlich, und werden uns auch keineswegs einer liberalen Partei bei den bevorstehenden Landtagswahlen aufdrängen, wenn sie uns zu verstehen gibt, daß jüdisch-nationale Stimmen besser anderen Parteien zugute kämen.“²⁶

Weder der Parteizionismus noch die neuen Volksvereine hatten sich also bis 1903 eindeutig auf eine politische Parole festgelegt. Sie bewegten sich zwischen den Losungen politischer Abstinenz und Loslösung vom Liberalismus und bekämpften die Notabelnherrschaft in den jüdischen Gemeinden. In dieser Situation waren es die Juden der Provinz Posen, die den Anstoß dazu gaben, daß konkrete Möglichkeiten eines geschlossenen jüdischen Auftretens in der allgemeinen Politik ins Auge gefaßt wurden.

Besondere Sorge bereiteten den dortigen Juden die Posener Munizipalverhältnisse. Seit der Naturalisierung der Juden hatte in vielen Orten Posens ein konfessioneller Wahlschlüssel gegolten, demgemäß die polnischen Katholiken, die protestantischen Deutschen und die Juden einen mehr oder weniger festgelegten Prozentsatz der Stadtverordneten stellten²⁷. Mancherorts wurde diese prozentuelle Verteilung der Mandate vor jeder Wahl von neuem festgelegt. „Das war, wenn nicht gerade ideal, jedoch . . . ganz praktisch.“²⁸ Doch machte sich seit dem Aufblühen der „Hakatisten“²⁹ nach 1894 eine Besorgnis

²³ Daß die Aufforderung nicht ganz ohne Echo blieb, läßt sich nicht nur daraus folgern, daß sie später wieder aufgenommen wurde, sondern auch daraus, daß in einer Versammlung des CV im Jahre 1904 eine ähnliche Meinung laut wurde (IDR 1904, S. 247).

²⁴ JR 1903, S. 475.

²⁵ IR (Vorgängerin der JR) 1901, Nr. 3, S. 1 f. Die Begründung war, daß die liberalen Parteien gegen die Abhaltung des „Judentages“ agitierten, da ihnen – und besonders ihren jüdischen Mitgliedern – eine umfassende jüdische Organisation unbecquem sei.

²⁶ JR 1903, S. 442.

²⁷ S. oben, Abschn. E, Kap. 3.

²⁸ ISFAM 1902, Nr. 51, S. 1.

²⁹ So wurden die Mitglieder des „Vereins zur Förderung des Deutschtums in den Ostmarken“ genannt (nach den Anfangsbuchstaben der Namen seiner Begründer).

erregende Neigung zur Einschränkung des jüdischen Anteils am öffentlichen und wirtschaftlichen Leben der Provinz bemerkbar. Und von da ab wurden die Stadtverordnetenwahlen zu einer Art Kraftprobe zwischen Hakatisten, Polen und Juden.

Die prekäre Lage der Posener Juden fand ihr Echo u. a. in den Spalten des „Jeschurun“, der im Jahre 1901 unter der Redaktion des Rabbiners Bernhard Königsberger in Pleschen zu erscheinen begann. 1902 erklärte Königsberger nämlich, bisher habe er „gern den optimistischen Standpunkt gewahrt“ und deshalb „zu einer politischen Sonderstellung nicht“ geraten. Nun aber sei die Politik ein Interessenspiel geworden, und während Welfen, Polen, ja Antisemiten Vertreter ihrer gesonderten Zwecke in die Parlamente entsandten, seien lediglich die Juden ohne eigene Sprecher geblieben:

„Nur wir Juden haben keine spezifische Vertretung. Wir wollten sie bisher nicht. Denn wir verließen uns auf unser gutes staatsbürgerliches Recht und auf die gelegentlich notwendige Verteidigung seitens freigesinnter Abgeordneter. Da man uns aber . . . eben weil wir Juden sind, zurückzusetzen scheint, *drängt man uns dazu*, eine deutlichere Interessenpolitik zu treiben, damit der christlichen Regierung die Erkenntnis aufgedrängt werde, wir Juden seien auch vollgültige Staatsbürger. Und weil selbst freigesinnte Politiker, die ihr Parteiprogramm im Ganzen zu vertreten haben, billig nicht immer die Zurücksetzung der Juden behandeln können . . . so müssen *wir* den Weg der *Selbsthilfe* beschreiten und darnach streben, ‚*jüdische Abgeordnete*‘ als Vertreter des Judentums in die Volksvertretungen zu wählen.“³⁰

Zur Durchsetzung der Wahl eines jüdischen Abgeordneten schlug er vor, mit *der* Partei zusammenzugehen, die „uns als Entgelt für die ihr gewährte Unterstützung durch die ausschlaggebenden Stimmen der jüdischen Mitbürger“ in anderen Wahlkreisen „die Wahl eines spezifisch-jüdischen Abgeordneten garantiert, ohne denselben an ein bestimmtes Parteiprogramm zu binden“. Königsberger meinte mit seinem Vorschlag natürlich nicht jüdische Kompromißkandidaten der deutschen Parteien, wie Peltasohn oder Wolff, in denen er keine Garantie „spezifisch-jüdischer“ Vertretung sah, sondern Männer, die „stets auf dem Posten“ sein würden, wirklich „die Interessen des Judentums . . . zu verteidigen“.³¹

Bei den Munizipalwahlen verfahren die Posener Juden, wie früher schon, im allgemeinen im Sinne von Königsberger und wählten oft jüdische Sonderkandidaten³², sei es in ihren eigenen „Kurien“, sei es durch Wahlbündnisse mit den Polen. Das ist nicht unbedingt auf die Wirkung von Königsbergers Aufsatz zurückzuführen. Wohl aber scheint er bei den Reichstagswahlen des Jahres 1903 von Einfluß gewesen zu sein. Denn selbst an die Redaktion der

³⁰ „Jeschurun“, Pleschen, 1902, 2. Halbbd. S. 152 f. Hervorhebung im Original.

³¹ AaO.

³² Sie standen meist dem CV nahe, der im Posener Munizipalleben „ein starkes Augenmerk auf die Selbsterhaltung“ richtete (AZJ 1897, Nr. 52, Beil. S. 3). Dagegen waren die Posener Zionisten nicht nur zahlenmäßig schwach, sondern auch an der Kommunalverwaltung zunächst uninteressiert, vgl. Brief im Anhang B 20.

liberalen AZJ gelangten Artikel und Leserbriefe aus Posen, die die jüdische Verbindung mit dem „Freisinn“ kritisierten und eine mutigere politische Haltung forderten. Man lese etwa folgenden Passus aus einem Wahlaufsatz:

„Er ist so tolerant, der wählende deutsche Jude (in Posen), daß er noch nie ernsthaft den Gedanken erwogen hat, daß bei allem Paktieren auch einmal ein Changieren der Personen und Parteien stattfinden könne, daß vielleicht gar einmal – ein Jude von der sogenannten mittleren Linie als Kandidat seiner Partei für den Reichstag aufgestellt werden könnte.“³³

Nach diesen Wahlen wurde dann eine Leserschrift recht deutlich: „Der Liberalismus im deutschen Osten hat sich die schwerste Schlappe geholt . . . Uns als Juden aber muß es zum Nachdenken veranlassen . . . Ebenso wenig wie sich der Liberalismus mit den Juden identifizieren kann, ebensowenig dürfen es die Juden mit ihm.“ Der Briefschreiber kommt am Schluß zu Folgerungen, die denen von Königsberger sehr ähnlich klingen:

„Wir wollen uns durch keine politischen Handeleien . . . abhalten lassen, unser Recht der Selbsterhaltung zu wahren . . . Wir wollen zum mindesten verbürgt haben, daß die Abgeordneten, die durch unsere Unterstützung in den Reichstag ziehen, unsere Staatsbürgerrechte achten. Soll die Kompromißpolitik das nicht gestatten, dann fordern wir unabhängig von ihr . . ., daß wir als Juden respektiert werden.“³⁴

Diese Absage an die jüdisch-freisinnige Interessengemeinschaft bedeutete zugleich die Forderung nach einer jüdischen Sonderpolitik, allerdings ohne jeden praktischen Vorschlag zu ihrer Verwirklichung. Ein erster Versuch dazu wurde bei den bald darauf folgenden Landtagswahlen durch Dr. S. Carpin in Inowraclaw gemacht, der die jüdische „Selbstmordpolitik“ mit einem „si vis pacem, para bellum“ beantwortete und gegen eine antisemitisch-national-liberale Kandidatur in seinem Wahlkreise drei jüdische Kandidaten vorschlug, die nach seiner Meinung Aussichten hätten, den Kreis zu erobern. Aber auch Carpin warnte davor, „eine politische Partei nach Art der Zentrumspartei [zu] bilden“³⁵.

Wie schon ausgeführt, hatten die Wahlen des Jahres 1903 eine politische Schwenkung der jüdischen Wähler, teils in Richtung auf die Sozialdemokratie, teils zum katholischen Zentrum sowie einen Verlust jüdischer Anhänger beim „Freisinn“ zum Ergebnis. Hieraus und aus der Tatsache, daß 1903 sogar Mosses AZJ den Stimmen aus Posen Raum gab, die eine jüdische Sonderorientierung befürworteten, kann gefolgert werden, daß die Schaffung eines „jüdischen Zentrums“ durch die politischen Erschütterungen dieses Jahres nähergerückt war. Zusätzliche Bestätigungen hierfür lassen sich in den Blättern von Neustadt und Julius Moses finden. Anscheinend war das Breslauer JVB das

³³ AZJ 1903, S. 149, s. auch S. 292.

³⁴ AaO, S. 340.

³⁵ AaO, S. 436 f. Die Kandidaten waren: Stadtrat Bankier Siegfried Salomonsohn, Stadtrat Rechtsanwalt Max Latte und Dr. med. Wilhelm Warschauer.

erste Blatt, das die Organisierung eines selbständigen jüdisch-politischen Auftretens erwog³⁶. Bald danach druckte dann der GAJ einige Artikel, die den CV und den Verband der deutschen Juden scharf angriffen. Einer von ihnen gipfelt in den Sätzen:

„Wir bedürfen eines jüdischen Zentrums, einer politischen Organisation der deutschen Judenheit. . . Eine solche Organisation ist nicht undenkbar. Schon beim letzten Wahlkampf sahen wir, daß in einer Reihe von Wahlkreisen die Juden ausschlaggebend waren. Sie werden es noch weit mehr sein, wenn sie politisch organisiert sind. Ob es jemals gelingen wird, jüdische Kandidaten als solche in Reichs- und Landtag zu senden, mag dahingestellt bleiben. Es ist gleichgültig. Eine politisch organisierte Judenheit könnte durch eine geeignete Unterstützung geeigneter Kandidaten anderer Parteien ihre Ziele erreichen.“³⁷

Obwohl der Verfasser betonte, daß die von ihm ins Auge gefaßte jüdisch-politische Organisation „auf streng deutsch-nationalem Standpunkt“ stehen solle und als hauptsächliches Ziel die Bekämpfung des Antisemitismus haben müsse, erweckte er keinerlei positive Reaktion im deutsch-jüdischen Lager. Dabei hatte er schärfer als Königsberger einen wichtigen politischen Gedanken herausgearbeitet: Die Juden bildeten, wie wir heute sagen würden, eine „pressure group“, und wenn sie als solche organisiert wären, könnten sie jeweils mit der deutschen Partei zusammenarbeiten, die ihnen Vorteile verspräche. Wahrscheinlich gehörte der Verfasser nicht zu den liberalen Honoratioren³⁸, sonst hätte die jüdische Führerschicht die Äußerungen einer Beachtung gewürdigt. Die Tatsache, daß er die Politik des CV und des Gemeindebundes kritisierte und seinen Aufsatz im oppositionellen GAJ veröffentlichte, erklärt zur Genüge, warum seine Worte kein Echo fanden. Außerdem enthielt sein Vorschlag keinerlei positiv-jüdisches Programm, das etwa den Zionisten und anderen bewußt jüdischen Kreisen hätte attraktiv erscheinen können.

Ein konkretes jüdisches Programm wurde zum ersten Male von dem Zionisten Hans Mühsam, dem Leiter des Berliner „Jüdischen Volksvereins“, aufgestellt, der schrieb: „Der augenblicklichen Not kann nur ein wirtschaftliches, kein politisches Programm abhelfen. Das wirtschaftliche Gegenwartsprogramm bildet die notwendige Ergänzung unseres politischen Zukunftsprogramms.“³⁹

³⁶ Leider lag mir das Blatt nicht vor. Ich mußte mich mit der Erwähnung von Neustadts Aufsatz im GAJ begnügen.

³⁷ GAJ 1904, Nr. 19, S. 2.

³⁸ Es ist möglich, daß er mit bereits genanntem Unterzeichner des Programms der „Vereinigung deutsch-nationaler Juden“ (Dr. S. Jaffa-Charlottenburg) identisch ist. Die Ablehnung der Sozialdemokratie und Betonung des „streng deutsch-nationalen Standpunkts“ sprechen dafür und machen die negative Reaktion der Honoratioren um so verständlicher. Daß aber ein nationalliberaler oder freikonservativer Jude so schnell den Gedanken des „jüdischen Zentrums“ aufgreifen konnte, spricht nur für die Schärfe politischer Enttäuschung des Jahres 1903 und – für die Aktualität des Gedankens einer jüdisch-politischen Sonderorganisation.

³⁹ JR 1905, S. 508 ff. Erweiterter Text in: Welt 1906, Nr. 42, S. 9 ff.

Mühsam bekräftigte, trotz der Akzentuierung des Wirtschaftlichen, die Notwendigkeit einer politischen Bindung für die von ihm geplante Organisation, wenn sie zur vollen Wirkung gelangen sollte. Das von ihm spezifizierte Wirtschaftsprogramm umfaßte Hilfe für jüdische Einwanderer, Errichtung von Arbeitsvermittlungsstellen und soziale Hilfe für die Bedürftigen. Von dieser wirtschaftlichen Basis ausgehend hoffte er, daß gerade die Zionistische Vereinigung das Ihre zur Zusammenfassung aller Hilfs- und Volksvereine in einer Dachorganisation beitragen könne. Schließlich gab er der politischen Hoffnung Ausdruck, daß nach den ersten Erfolgen eines solchen jüdischen Programms „viele Parteien dafür eintreten [würden], wenn wir an den Orten ihre Kandidaten durchzubringen versprechen, in denen wir das Zünglein an der Waage sind“⁴⁰.

Mühsams Programm enthielt drei Punkte, die sofort befruchtend auf das politische Denken, insbesondere der Zionisten, wirkten: Die Forderung nach einer Dachorganisation (die nicht notwendigerweise ein „jüdisches Zentrum“ sein mußte), ein wirtschaftliches Sofortprogramm und die, allerdings nicht ganz neue, Idee der Ausübung eines organisierten politischen Druckes bei Wahlen. Wohl gleichzeitig mit der Veröffentlichung des Aufsatzes von Mühsam begann in der ZVfD eine Bewegung, die darauf abzielte, die widerstrebenden Vorstandsmitglieder zu einer aktiveren deutsch-politischen Haltung zu zwingen. Den ersten Schritt dazu tat Alfred Klee, der gegen Ende des Jahres 1905 in der „Jüdischen Rundschau“ energisch ein jüdisch-konfessionelles Auftreten in der Kommunalpolitik, besonders in Berlin, Breslau, Posen und Frankfurt, befürwortete. Für den Bereich der Landespolitik riet er damals allerdings noch, unter Anwendung von „Taktik“ zwischen den Parteien zu manövrieren. Offen forderte er jedoch „reinste Judenpolitik“, anstelle der „Fraktionspolitik“ im Schlepptau des Freisinns⁴¹. Da er in engster Verbindung mit den „jungjüdischen Kreisen“ in Posen⁴² stand, ist nicht überraschend, daß der nächste Schritt auf der Distriktstagung der Posener Zionisten am 18. Februar 1906 erfolgte. Dort kam ein Beschluß zustande, der die „straffe Organisation der gesamten Judenheit auf jüdisch-nationaler Basis“ und die „Geltendmachung spezifischer jüdischer Interessen in Staat und Kommune“ verlangte⁴³.

⁴⁰ Welt, aaO.

⁴¹ JR 1905, S. 663 f. Klee gehörte zu dem jungliberalen Flügel der Nationalliberalen. Darüber vgl. ZZAJ/Z-3/1033 und A-142/136/3.

⁴² Der Ausdruck „jungjüdisch“ erscheint häufig in damaligen Zeitungsnotizen. Für Posen u. a. in einem Brief in: GAJ 1906, Nr. 2, S. 3, dessen Verfasser wohl Karl Jeremias war. Vgl. dessen Brief an Klee, ZZAJ/A-142/137/5. Dieser Brief beweist auch die Verbindung der Posener Zionisten mit Alfred Klee.

⁴³ Lt. Bericht in GAJ 1906, Nr. 9, 1. Beiblatt S. 2. Anwesend waren u. a. Jeremias, Kassel, Königsberger und Max Kollenscher (über ihn s. unten, Anm. 79). Klee konnte der Einladung nicht folgen.

Wahrscheinlich stützten sich die „jungjüdischen Kreise“ auf diesen Beschluß, als sie auf der zehnten Landeskonferenz der deutschen Zionisten in Hannover im Juni 1906 durch Hans Mühsam den folgenden Antrag einbringen ließen:

„Das Zentral-Komitee wolle die Gründung einer national-jüdischen Landesorganisation als politische und wirtschaftliche Interessenvertretung der Juden in Deutschland einleiten. . . Aufgabe der Organisation wäre es, die gemeinsamen jüdischen Interessen zu stützen. Innerhalb der Landesorganisation müssen nach wirtschaftlichen Sonderinteressen geschiedene Unterverbände vorhanden sein.“⁴⁴

Alfred Nossig stellte auf derselben Konferenz den kühnen Zusatzantrag der Gründung eines national-jüdischen Tageblattes in deutscher Sprache⁴⁵. Es ist möglich, daß die beiden Anträge vorher aufeinander abgestimmt worden waren.

Die Veröffentlichung der Protokolle in der zionistischen Presse bedeutete für den Plan einer jüdisch-politischen Dachorganisation die erste Sanktion durch eine große jüdische Gruppe. Sofort reagierte die jüdisch-liberale Presse mit aller Schärfe. Unter der Überschrift „Nationale Spielereien“ schrieb das ISFAM:

„Auf der einen Seite telegraphiert man den Kaiser an, . . . und auf der anderen Seite ruft man nach der Bildung jüdisch-nationalstaatlicher Parteien und Pressorgane für national-jüdische Aspirationen auf deutschem Boden. Die Klarheit und Besonnenheit war wohl nie ein besonderer Grundzug der jüdisch-nationalen Schwärmer, die vom österreichischen Nationalitätendusel infiziert, dies Donau-Gewächs auch bei uns deutschen Juden einführen wollten. Eine jüdische Fraktion im Deutschen Reichstag neben Polen, Dänen, Welfen, Littauern – ein solches Verlangen überschreitet denn doch wirklich das Maß desjenigen, was man zionistischer Schwärmerei nachsehen könnte. . . Wir brauchen die Gedankenwelt des Antisemitismus durch derartige Aspirationen nicht zu stützen.“⁴⁶

Die Unterstellung des ISFAM, die deutschen Zionisten seien durch den „Klub“ der jüdischen Abgeordneten in Österreich beeinflusst worden, entbehrte nicht der Begründung. Mühsam selbst bestätigte, nicht nur vom österreichischen „Klub“, sondern auch von den dort und in Rußland entstandenen „nationaljüdischen Landesparteien“ inspiriert gewesen zu sein⁴⁷.

Eigenartig war die Reaktion der leitenden zionistischen Persönlichkeiten auf die weitgehenden Anträge, die in Hannover gestellt worden waren. Ob man nur eine öffentliche Diskussion vermeiden wollte, oder ob die Vorstandsmitglieder den Plänen wohl gar ablehnend gegenüberstanden, läßt sich nicht mehr feststellen. Jedenfalls bewahrten Heinrich Loewe und die „Jüdische Rundschau“ völliges Schweigen, und auch Arthur Hantke, der sich später der Pläne annehmen sollte, trat zunächst nicht aus seiner Reserve heraus⁴⁸. Noch

⁴⁴ Welt 1906, Nr. 23, S. 5.

⁴⁵ AaO, S. 6.

⁴⁶ ISFAM 1906, Nr. 24, S. 1 f.

⁴⁷ Welt 1906, Nr. 42, S. 10.

⁴⁸ Erst 1907 erklärte ein mit AHHL gezeichneter Artikel (in der JR, S. 96): „Wir haben so lange uns dagegen gesträubt, in Deutschland eine Judenpolitik zu treiben. Die immer mächtiger anschwellende Judenfeindschaft, die immer größere Not des

verwunderlicher aber war die Stellung von Dr. Max Bodenheimer, dem Vorsitzenden der ZVfD. In einer Entgegnung auf den Artikel des ISFAM leugnete er, daß auf der Konferenz in Hannover von politischen Plänen die Rede gewesen sei⁴⁹. Dabei waren die Protokolle in der „Welt“ abgedruckt worden!

Es muß angenommen werden, daß die zionistische Führung zur Erreichung ihres politischen Zieles damals Diplomatie unter Ausschluß der Öffentlichkeit bevorzugte, um der Sache nicht durch vorzeitigen Alarm zu schaden. Denn es erscheint als gesichert, daß im Herbst und Winter des Jahres 1906 Verhandlungen zwischen einigen führenden Zionisten, darunter Arthur Hantke und Alfred Klee⁵⁰, und Vorstandsmitgliedern des CV und anderer jüdischer Organisationen stattfanden, deren Ziel die Konstituierung eines jüdisch-politischen Dachverbandes war.

Vier Faktoren wirkten im Jahre 1906 auf die Konkretisierung der Bestrebungen zur Errichtung einer solchen Organisation: Die kritische Verschlechterung der Lage der Posener Juden⁵¹; die entsprechende Aktivität innerhalb der „jungjüdischen Kreise“; die autonomistische Bewegung, die in Rußland und in Österreich gewisse parlamentarische Erfolge zu erringen schien; und schließlich die prekäre politische Situation der deutschen Juden überhaupt am Vorabend der „Blockwahlen“, zu denen der Freisinn und die antijüdischen Rechtsparteien als parteipolitische Bundesgenossen antraten.

Die Verhandlungen, die gegen Ende 1906 begannen und bis zum Januar oder Februar 1907 fort dauerten, wurden anscheinend streng geheim gehalten. Jedenfalls fuhr die jüdisch-liberale Presse fort, den Gedanken des jüdischen Zentrums verächtlich zu behandeln, während andererseits junge Zionisten, vielfach aus Posen, in der zionistischen „Welt“⁵² theoretische Programme veröffentlichten⁵³ und über die Möglichkeit einer politischen Organisation disku-

Judentums zwingt uns, eine Judenpolitik zu treiben.“ Das Sigel AHHL meint wohl Arthur Hantke und Heinrich Loewe. Der Artikel spricht nicht aus, was mit „Judenpolitik“ gemeint war.

⁴⁹ ISFAM 1906, Nr. 25, S. 2 f.

⁵⁰ Klee vertrat bei den Verhandlungen wohl offiziell die Territorialisten und nicht die ZVfD.

⁵¹ Vgl. dazu JPR 1905, S. 536 und JR 1905, S. 629 ff. Letzterer Aufsatz, der auch in IDR 1906, S. 1 f. abgedruckt wurde, entstammte wohl der Feder von Alfred Klee und dürfte von K. Jeremias und C. Kassel inspiriert sein. Anhaltspunkt dafür bietet ein Brief des Ausschusses des VDJ an Klee (ZZAJ/A-142/134), den Klee zur Kenntnisnahme an Kassel und Jeremias weiterleitete. Auch der Aufsatz in JR 1905, S. 663 f., der ebenso wie der vorige mit *** gezeichnet ist, rührt wohl von Klee her. Jedenfalls stimmt er mit den hier erwähnten aus den Briefen bekannten Ansichten von Klee, Jeremias und Kassel überein.

⁵² Es ist vielleicht ein Beweis für die damals ablehnende Haltung Heinrich Loewes, daß seine JR weiterhin keine Stellungnahme brachte.

⁵³ Nicht weniger als fünf große Aufsätze und viele Zuschriften. Die wichtigsten sind: a) Welt 1906, Nr. 26, S. 11 ff., von Julius Bär, für Wahlvereinbarungen mit allen Parteien, die dazu bereit seien, von der SPD bis zum Zentrum. – b) Welt 1906, Nr. 29, S. 1 f., von Carl Kassel, der zunächst politische Abstinenz empfahl. – c) Welt

tierten, ohne einer Fühlungnahme zwischen den Organisationen Erwähnung zu tun. Daß aber dennoch erste Klärungsgespräche stattfanden, läßt sich aus einigen Schriftstücken entnehmen, die sich heute im zionistischen Zentral-Archiv in Jerusalem befinden. Die Schreiber der Briefe – Dr. Hans Gideon Heymann⁵⁴ aus Berlin und der bereits erwähnte Dr. Carl Kassel⁵⁵ aus Posen – gehörten zu der Gruppe von jungen Zionisten, die damals aktiv an der Auseinandersetzung über die Möglichkeit gemeinsamer politischer Organisation teilnahmen. Beide Schreiben sind an Dr. Arthur Hantke gerichtet, der, wie sich den Briefen nach vermuten läßt, wohl der wichtigste Mittelsmann zum CV war. Die Verhandlungen müssen auch zu Anfang von einem gewissen Erfolg begleitet gewesen sein, denn aus dem Brief von Kassel geht hervor, daß „eben erst bei den akademischen Wahlen“ in Berlin, gerade durch die Bemühungen des CV, eine paritätische Kommission der jüdischen Organisationen bei Vorbereitungen und Durchführung des Wahlkampfes Positives bewirkt hatte. Es kann sein, daß Hantke in Vorbereitung weiterer Verhandlungen Vorschläge für ein Minimalprogramm sammelte und sich darum an die Männer wandte, die sich mit den einschlägigen Fragen praktisch beschäftigt hatten. Alsdann sollte eine mündliche Besprechung stattfinden, zu welcher Heymann in seinem Briefe auch „Prof. Warburg, Dr. Israel Auerbach sowie alle Territorialisten“ einzuladen bat⁵⁶.

Wer die nichtzionistischen Teilnehmer an den Verhandlungen waren, läßt sich nicht mehr feststellen. Selbst über die beteiligten Organisationen liegen nur indirekte Angaben vor. Mit Sicherheit kann daher nur auf den Anteil des CV an den Verhandlungen geschlossen werden⁵⁷. Möglich ist, daß sich auch Vertreter des Ordens Bne Brith für die Besprechungen interessierten⁵⁸. Der „Verband der deutschen Juden“ war offiziell nicht involviert, aber die Teilnahme seines Vorstandsmitglieds Alfred Klee konnte für später eine gewisse Verbindung sichern.

1906, Nr. 41, S. 10 ff.; ebenfalls von C. Kassel, s. im Text. – d) Welt 1906, Nr. 42, S. 9 ff., zweiter Abdruck des Programms von Hans Mühsam, mit Zusätzen. – e) Welt 1906, Nr. 46, S. 6 f., Fortsetzung des Aufsatzes von C. Kassel aus Nr. 41, s. im Text. – f) Welt 1907, Nr. 2, Nr. 7, Nr. 8. Leitartikel und Repliken von Julius Bär, Simon Bernfeld und Hans Gideon Heymann im Zusammenhang mit den Wahlen des Jahres 1907. Bär befürwortete, ähnlich wie Kassel, eine stärkere Verbindung zum Zentrum.

⁵⁴ Brief v. Hans Gideon Heymann an Hantke v. 13. 11. 1906, s. Anhang B 19.

⁵⁵ Brief v. Carl Kassel an Hantke v. 4. 12. 1906, s. Anhang B 20.

⁵⁶ S. Brief im Anhang B 19. Mit den Territorialisten muß wohl auch Alfred Klee gemeint gewesen sein (s. Anm. 50). Denn ausdrücklich erwähnte Heymann in einer Anschrift am Kopf des Briefes, daß Gustav Witkowsky-Charlottenburg, der Klee politisch und persönlich nahestand, ebenfalls einzuladen sei. Das würde dann das Fehlen von Klees Namen erklären.

⁵⁷ S. die Briefe im Anhang B 19, B 20 und die Bemerkung von Dr. Julius Brodnitz (IDR 1907, S. 176), daß vor den Wahlen von 1907 eine gewisse „jüdische Seite“ vom CV „die Anregung jüdischer Kandidaturen verlangt hatte“. Brodnitz bezeichnete dieses Anliegen allerdings als „widersinnig“.

⁵⁸ AZJ 1907, S. 162.

In den Gesprächen handelte es sich zunächst darum, eine gemeinsame Plattform zu schaffen, auf die sich die in ihren Bestrebungen weit auseinandergehenden jüdischen Organisationen einigen konnten. Daß man an einem für alle annehmbaren *Minimalprogramm* ernsthaft arbeitete, läßt sich aus einem von Kassels Aufsätzen in der „Welt“ entnehmen. Dort wechselte Kassel das Schlagwort vom „jüdischen Zentrum“, das dem CV wegen seines separatistischen Beigeschmackes unsympathisch sein mußte, gegen den Begriff einer „jüdischen Fraktion“ aus, und schrieb darüber erklärend:

„Judenpolitik treiben heißt . . . alle Juden . . . zu erziehen suchen, daß sie bei Erfüllung ihrer staatsbürgerlichen Pflichten sich als unumstößliches oberstes Gesetz die Frage stellen, wie der Kandidat sich zur Judenfrage stellt und als Forderung . . . das *unbedingte* Eintreten für die Judenrechte bei jeder sich bietenden Gelegenheit aufstellen. In der Judenpolitik ist *quieta non movere* Eunuchenpolitik. Auf dieses kleine bißchen schrumpft sich [sic!] die ‚jüdische Fraktion‘ zusammen! Ein bißchen Menschenrecht. Und einige Vertreter unseres Menschenrechtes! Wir überschätzen unsere Macht nicht, denn sonst würden wir die Schaffung eines ‚jüdischen Zentrums‘ propagieren, das heißt, den programmatischen Zusammenschluß aller Juden.“⁵⁹

Dieser Aufsatz mag Hantke veranlaßt haben, sich an Kassel mit dem Ersuchen um einen Vorschlag zu einem Minimalprogramm für die geplante Dachorganisation zu wenden. Jedenfalls enthält Kassels Antwortschreiben⁶⁰ den Satz: „Sie verlangen von mir oder uns ein positives Einigungsprogramm!“⁶¹

Heymann hingegen war von Hantke aufgefordert worden, „Leitsätze“ zu einem Referat über „Die Stellung der Nationaljuden im politischen Leben Deutschlands“ einzureichen. Heymann formulierte diese „Leitsätze“ zur „praktisch politischen Arbeit“ wie folgt: 1. Absolute Gleichberechtigung; 2. Schaffung eines modernen Naturalisations- und Asylrechts; 3. Anerkennung der Juden durch die Parteien als „besondere kulturelle wertvolle Gemeinschaft“; 4. gemeinsamer Kampf mit den dazu bereiten Parteien gegen die antisemitische Rechte. Als erste Schritte zur Durchführung seiner Pläne empfahl er die Einberufung einer großen öffentlichen Versammlung sowie Verhandlungen mit dem CV und dem Verband der deutschen Juden⁶².

⁵⁹ S. Anm. 53 c. Darin gab Kassel der Hoffnung Ausdruck, daß gerade das katholische Zentrum die „jüdische Fraktion“ unter seine Fittiche nehmen werde. Er schuf sich damit einen Ausweg aus der von ihm zunächst empfohlenen politischen Abstinenz. Nur wenn alle anderen Wege sich als ungangbar erwiesen, wollte er jetzt zu Enthaltung von politischer Aktivität raten.

⁶⁰ S. Brief im Anhang B 20. Allerdings scheint die Dachorganisation noch bescheidener als die „jüdische Fraktion“ in ihrer politischen Zielsetzung gewesen zu sein.

⁶¹ Aus dieser Formulierung läßt sich folgern, daß hinter Kassel eine Gruppe von Zionisten stand. Für diese Annahme spricht auch ein Brief von Witkowsky an Heymann, in dem der Schreiber „*unseren* verbindlichsten Dank“ aussprach, s. Anhang B 22.

⁶² S. Brief im Anhang B 19.

Heymann erwähnte als mögliche Bundesgenossen unter den Parteien „die Liberalen und Sozialdemokraten“, aber nicht das katholische Zentrum. Darin liegt einer der Unterschiede zwischen seinen und Kassels Vorstellungen. Darüber hinaus aber stand Kassel, nach seinen bitteren Erfahrungen in Posen, der Möglichkeit einer gedeihlichen Zusammenarbeit mit dem CV sehr skeptisch gegenüber, gab jedoch der Hoffnung Ausdruck, daß in Berlin die Verhältnisse für eine Verständigung günstiger sein möchten. Er forderte vom CV als der ältesten Organisation, für den inneren Frieden Sorge zu tragen, ohne daß eine der jüdischen Parteien Wesentliches von ihren Prinzipien aufzugeben brauchte. Er müsse „Gegensätze achten . . . trotz ihrer das Gemeinsame“ finden und aufhören, im Interesse „einer dekadenten politischen Partei“ (gemeint ist der Freisinn) zu wirken.

Als *praktische* jüdisch-politische Forderungen bezeichnete Kassel die folgenden: Der CV behält das „politische Gebiet inclusive Commune ganz für sich“, unter der Bedingung, daß man den Zionisten entgegenkäme, wenn sie „mit größter Schärfe gegen die Kandidaturen von Taufjuden auftreten und . . . für die Wahl von zuverlässigen Juden in die Parlamente eintreten. (Wir denken zunächst an die Herren Fuchs, Paul Nathan und Klee.)“ Zusammenfassend werden die Forderungen in dem Satz ausgedrückt: Keine das Judentum betreffende Arbeit ohne die Zionisten.

Für Posen speziell postulierte Kassel das folgende positiv-jüdische Programm unter Führung der Zionisten und Beteiligung des CV: „Stellennachweis für Akademiker in der Provinz, die Gründung von Darlehnskassen für Handwerker und kleine Kaufleute.“

Zur Organisierung des Dachverbandes forderte er Vorbesprechung und Durchführung „jeder jüdischen Aktion . . . von den gleichmäßig vertretenen Abgesandten der in Frage kommenden Organisationen“⁶³.

Trotzdem Kassels Programm durch regionale Vorstellungen bestimmt und besonders auf die Posener Verhältnisse zugeschnitten war, enthielt es auch im Landesmaßstabe beachtenswerte praktische Vorschläge, wie vor allem die Teilung der Einflußsphären zwischen dem CV, der in der Politik führend, und den Zionisten, die in „jüdischen Sachen“ tonangebend sein sollten. Außerdem nahm er die Zusammensetzung einer paritätischen Kommission aller jüdischen Verbände, die am Dachverband mitzuarbeiten bereit waren in Aussicht, und darüber hinaus unterbreitete er eine klug zusammengestellte Kandidatenliste. Auf ihr erschien Eugen Fuchs, der zweite Vorsitzende des CV, ein Mann mit dem Mut auch zu unorthodoxen politischen Meinungen. Paul Nathan, dem nächsten Kandidaten, hatte seine Aktivität im „Hilfsverein“ allgemeine Achtung eingetragen, und obwohl er politisch zu den linksbürgerlichen Radikalen neigte und eine Verständigung mit der SPD anstrebte, machte ihn das keineswegs zum Sozialisten. An dritter Stelle schlug Kassel

⁶³ S. Brief im Anhang B 20.

den Zionisten (Territorialisten) Alfred Klee vor, der den Nationalliberalen nahestand und außerdem durch Gustav Witkowsky über gute politische Verbindungen zur konservativen Rechten verfügte⁶⁴.

Gegen Ende des Jahres 1906 hätte demnach alles zur Gründung einer Dachorganisation bereit sein müssen. Anscheinend war sogar eine „sogenannte Kommission“ eingesetzt worden, die die Sache vorwärtstreiben sollte. Dagegen war man sich nicht darüber klar, ob eine Propagierung durch öffentliche Versammlungen zweckmäßig wäre⁶⁵.

Der Wahlkampf vor den Blockwahlen, mit seiner paradoxen Bundesgenossenschaft von Freisinnigen mit Konservativen und Parteiantisemiten, verstärkte das Gefühl der Dringlichkeit eines geschlossenen jüdischen Auftretens derart, daß die Zeitungen von L. Neustadt in Breslau und von Julius Moses in Berlin offen für eine jüdische Front plädierten. Neustadt erklärte rund heraus, daß „zur Durchführung der Gleichberechtigung in konfessioneller Beziehung sowie zur besseren Vertretung der Interessen des Mittelstandes und des kleinen Mannes das Volk sich selbst aufraffen und seine *Vertretung selbst in die Hand* nehmen“ müsse⁶⁶. Noch energischer trat Julius Moses in seinem GAJ für die jüdische Sonderorganisation ein. Er übernahm mehrere der Diskussionsartikel aus der zionistischen Presse in sein Organ und griff die jüdischen Notablen, die als freisinnige Blockkandidaten in das Parlament gewählt worden waren, scharf an⁶⁷. Moses war der einzige, der eine unverhüllte Nachricht über die Verhandlungen zur Gründung der Dachorganisation in seiner Zeitung brachte. Im März 1907 berichtete er im Rahmen eines Leitartikels, der gegen die traditionelle CV-Politik gerichtet war, in Fettsatz von einer „geplanten, ja, wie wir wissen, sogar schon im Entstehen begriffenen *politischen Organisation der deutschen Juden*“⁶⁸.

Diese Ankündigung entsprach jedoch nicht den Tatsachen. Die Organisation kam nämlich nicht zustande. Der Hauptgrund für das Scheitern der Verhandlungen lag in der plötzlichen Abkehr des CV und der ihm nahestehenden Kreise von dem ganzen Vorhaben. Das erste Zeichen für diesen Gesinnungswandel ist eine Erklärung der AZJ, die eine der „Kreuzzeitung“ ent-

⁶⁴ Über Klees politische Stellung s. Anm. 41. 1908 gab Klee in einer Versammlung in Oldenburg die Losung aus: „Heraus aus dem Turm“ des Freisinns (Welt 1908, Nr. 21, S. 10). Witkowsky neigte, wie bereits erwähnt, zum Freikonservativismus. Im Nachlaß Klee (ZZAJ/A-142/139/1) befinden sich Dokumente über die politische Affinität zwischen Witkowsky und Klee. S. auch Denkschrift Witkowsky im Anhang B 21, deren Original sich im Nachlaß Klee befindet.

⁶⁵ S. Brief Witkowskys an Heymann, Anhang B 22.

⁶⁶ JVB 1907, S. 56. Hervorhebung von mir. Dabei blieb Neustadt parteipolitisch weiter liberal.

⁶⁷ Im GAJ 1908, Nr. 4, S. 1 ist ein besonders scharfer Angriff auf jüdische Parlamentarier in Gedichtform enthalten.

⁶⁸ GAJ 1907, Nr. 9, S. 1. Hervorhebungen im Original. Weder diese, noch die nächsten Nummern enthalten weitere Hinweise auf die Organisation.

nommene Nachricht von der Bildung einer jüdischen Partei in einer Form zurückwies, als hätten Verhandlungen nie stattgefunden:

„Obgleich es eigentlich unnötig ist, soll trotzdem mit aller Bestimmtheit erklärt werden, daß die Nachricht von der Bildung einer jüdischen politischen Partei in Deutschland nichts als ein Hirngespinnst sein kann, das vielleicht in einem antisemitischen Kopfe zuerst entstanden ist.“⁶⁹

Da offensichtlich anders lautende Gerüchte anhielten, wurden in der AZJ und in der Zeitschrift des CV auch weiterhin alle derartigen Absichten und Pläne widerrufen. Aus den Dementis läßt sich kaum etwas über die Gründe für den Abbruch der Verhandlungen entnehmen. Einer der führenden Männer des CV, Dr. Hermann Cohn-Dessau, der Landtagsabgeordneter der FVP in Anhalt war, veröffentlichte allerdings in der AZJ einen Aufsatz, der vier Argumente für die Ablehnung des Planes vorbrachte:

1. Die 100 000 jüdischen Wähler könnten keinen Wahlkreis allein erobern; und auch wenn 2 bis 3 Abgeordnete gewählt würden, so käme ihnen kein Einfluß im Parlament zu.
2. Selbst eine Einigung auf zwei Abgeordnete würde infolge der „jüdischen Zersplitterung“ nicht zu erzielen sein.
3. Sollten die Juden jedoch die Parole der kollektiven Wahlenthaltung ausgeben, so könnte man daraus „verdrehen, daß wir damit selbst zugegeben hätten, einen Rechtsanspruch auf Ausübung politischer Staatsbürgerrechte nicht zu haben“.
4. Eine jüdische Partei würde nur einen sicheren Erfolg haben: Sie würde den Antisemitismus in allen bestehenden Parteien verstärken⁷⁰.

Von diesen Argumenten des anhaltischen Abgeordneten sind alle bis auf eines durch die Tatsache entkräftet, daß führende Jüdisch-Liberale eben doch mit den Zionisten über die Gründung einer Dachorganisation verhandelt hatten. Da das außer Frage steht, mußten sie sich auch überlegt haben, wie man den *deutschen* Parteien die jüdische Organisation erklären und wie diese ihren Einfluß geltend machen könne. Jedenfalls sah keiner der ernsthaften Pläne eine reinjüdische Partei oder mehr als zwei bis drei Abgeordnete vor. Von dem anfänglichen Gedanken und der Diskussion um ein „jüdisches Zentrum“ war man sowieso bereits abgekommen, denn schließlich hatte es sich lediglich noch um den Vorschlag einer „Fraktion“ gehandelt, und was die Parole der kollektiven Wahlenthaltung anging, so wurde diese nur von Carl Kassel, der ohne viel Anhang und Wirkung war, als letztes Mittel, wenn alle anderen versagen sollten, vertreten. Der Antisemitismus wiederum war auch ohne die Dachorganisation eine Tatsache, so daß die Drohung mit seiner Zunahme nichts als einen leeren Vorwand darstellte.

Als einzig vertretbarer Ablehnungsgrund blieb die „jüdische Zersplitterung“, also das Eingeständnis der Unmöglichkeit eines Übereinkommens zwischen den Zionisten und dem CV. Weshalb hatte aber der CV den Zersplitterungstendenzen nachgegeben und die Verhandlungen abgebrochen?

⁶⁹ AZJ 1907, S. 134 f.

⁷⁰ AaO, S. 161 f.

Die Zeitschrift des CV gab offiziell keinen Aufschluß und erwähnte selbst intern die ganzen Verhandlungen kaum⁷¹. Auch Cohns Artikel in der AZJ wurde von ihr nur ganz kurz wiedergegeben⁷². Jedoch ist vielleicht eine Bemerkung in anderem Zusammenhang geeignet, einiges Licht auf die wahren Hintergründe des Abbruchs der Verhandlungen seitens des CV zu werfen. Sie lautet:

„Der beständig wachsende Konfessionalismus hat uns viel zu sehr geschädigt, als daß wir durch das Streben nach einem *jüdischen Zentrum und besonderen jüdischen Kandidaturen* selbst ‚Konfessionalismus‘ treiben sollten.“⁷³

„Konfessionalismus“ hatte man stets dem Zentrum vorgeworfen. Konfessionalismus stand im Gegensatz zur liberalen Parteidoktrin. Demgegenüber hatten es Kassel und Julius Bär in der „Welt“ gewagt, offen eine jüdische Interessengemeinschaft mit dem katholischen Zentrum zu propagieren. Einige Befürworter der jüdischen Sonderorganisation waren sogar für eine Annäherung an die SPD eingetreten⁷⁴. Wenn also der freisinnige Landtagsabgeordnete Cohn-Dessau von der „jüdischen Zersplitterung“ sprach, meinte er außer der innerjüdischen Zersplitterung sicher auch die parteipolitischen Differenzen der Juden selber. Da nun bei den Verhandlungen über die geplante Dachorganisation die Frage ihrer parteipolitischen Orientierung natürlich angeschnitten werden mußte, wird wohl die Lösung der Frage einer gemeinsamen Plattform zwischen den Parteigängern des Freisinns an der Spitze der jüdisch-liberalen Organisationen einerseits und den zionistischen Sprechern, die ja gerade die starre Verbindung zum Freisinn brechen wollten, andererseits⁷⁵, einige Mühe gekostet haben. Es ist anzunehmen, daß die jüdischen Freisinnigen die sichere Verbindung zu „ihrer“ Partei nicht dem Wagnis einer jüdischen Dachorganisation zum Opfer bringen wollten. Denn ein solcher Schritt hätte nicht nur für ihren Geschmack allzu betonte jüdische Bindungen, sondern auch nahezu revolutionäre Neuorientierungen in Richtung auf das Zentrum oder die Sozialdemokraten⁷⁶ nach sich gezogen. Aus diesem letzteren Grunde wird sich wohl auch der zum Freisinn neigende Zionist Heinrich Loewe und sein Kreis von den Verhandlungen ferngehalten haben.

Prüft man unter diesem Gesichtspunkt die Ausführungen von Cohn-Dessau, so findet man bei ihm – allerdings in einem anderen Zusammenhang – die volle Bestätigung dafür, daß die *parteipolitische* Frage eine entscheidende Rolle beim Scheitern der Verhandlungen gespielt haben mag. Cohn setzte sich

⁷¹ S. Anm. 57.

⁷² IDR 1907, S. 355.

⁷³ AaO, S. 237. Hervorhebungen im Original.

⁷⁴ Wie z. B. schon 1903 Julius Moses, und wie bei der Diskussion in der „Welt“ in etwas undeutlicher Form S. Bernfeld (s. Anm. 53 f).

⁷⁵ Von all den im Zusammenhang mit den Verhandlungen genannten Zionisten bekannte sich nur Heymann eindeutig zum Freisinn und zog sich darum später ganz von den politischen Sonderbestrebungen zurück, die er schließlich als „Unsinn“ bezeichnete. Vgl. Welt 1908, Nr. 22, S. 7 f.

⁷⁶ Vgl. Aufsatz von Max Besser in JR 1907, S. 141 f.

u. a. mit einem Plan auseinander, jüdische Wanderredner zu Aufklärungsversammlungen zu entsenden, um vor und zwischen den Wahlterminen gegen die Antisemiten aufzutreten. Dieser Plan erschien ihm nicht durchführbar, da besonders zur Wahlzeit, wenn das größte Interesse vorzusetzen war, auch die Aufklärungsredner in den Strudel politischer Parteidiskussionen gezogen werden würden. „Wie soll sich nun . . . der Redner der jüdischen Organisation verhalten? Welchem Kandidaten soll er beispringen? Dem Freisinnigen? Dem Nationalliberalen? Dem Sozialdemokraten?“ – fragt er darauf.

Mit Cohns Schlußfolgerung: „Es ist ohne weiteres klar, daß aus diesem Zwiespalt nicht herauszukommen ist“⁷⁷, war wahrscheinlich das Hauptargument geliefert, das den Plan einer jüdisch-politischen Organisation zum Scheitern brachte. Es hatte sich die Unmöglichkeit herausgestellt, eine gemeinsame Ausrichtung auf eine der deutschen Parteien zu finden. Dadurch verschärften sich dann wohl auch erneut die innerjüdischen Differenzen. Sie führten zum Abbruch der Diskussionen und zur Aufgabe des Planes, ohne daß der Versuch seiner Verwirklichung gemacht werden konnte⁷⁸. Zu einer selbständigen jüdischen Politik in Deutschland kam es nicht⁷⁹. Sie scheiterte schon im Ansatz an der vorwiegenden Bindung an die Freisinnigen.

⁷⁷ AZJ 1907, S. 161 f.

⁷⁸ Die Zionisten waren viel zu schwach, selbständig eine politische Organisation ins Leben zu rufen. Die Diskussion darüber aber setzte sich bis 1908 in der „Welt“ und in anderen Zeitungen und auf dem im selben Jahr stattfindenden Breslauer Delegiertentage der Zionisten Deutschlands fort. Schließlich wurde in Breslau die Resolution angenommen, daß die ZVfD als Organisation jedes Eingreifen in die politischen Kämpfe Deutschlands ablehne. Mit dem in die Debatte geworfenen Ausspruch von Elias Auerbach: „In allen jüdischen Fragen sind wir zuerst Juden, in allen deutschen Fragen zuerst Deutsche“, hatten auch die Zionisten eine ganz ähnliche abschließende Stellung wie der CV bezogen, und der Plan eines „jüdischen Zentrums“ war damit für sie erledigt (s. Bericht in der „Welt“ 1908, Nr. 23, S. 10–13, vgl. aber Anm. 79).

⁷⁹ Die einzige Ausnahme war Posen, das zu der Zeit, da Max Kollenscher dort (am 11. November 1918) den „jüdischen Volksrat“ ins Leben rief, allerdings nicht mehr unter deutscher Herrschaft stand. Kollenscher hatte an der Diskussion über das „jüdische Zentrum“ im Jahre 1908 teilgenommen (s. z. B. GAJ 1908, Nr. 18, S. 1 und Nr. 27, S. 2 sowie JPR 1908, S. 251 f.) und zehn Jahre später gelang es ihm, seine Theorie in die Praxis umzusetzen. Die Monate des „jüdischen Volksrats“ in Posen scheinen vollständig der Vergessenheit anheimgefallen zu sein. S. darüber *Kollenscher*, Jüdisches aus der dt.-poln. Übergangszeit, und meinen Aufsatz „Versuche zur Führung einer selbständigen jüdischen Politik in Deutschland“.

G. DIE PROBLEME DER AUSSEN- UND WEHRPOLITIK

1. DIE POLITIK DER „GEPANZERTEN FAUST“

In Bismarcks Tagen beschäftigte sich das Bürgertum kaum mit Fragen der großen Politik. Selbst die jüdischen bürgerlichen Kreise, die der Innenpolitik des Kanzlers kritisch gegenüberstanden, vertrauten weitgehend auf seine Fähigkeiten in bezug auf die Leitung der Außenpolitik. So sagte man zum Beispiel im Elternhause Gustav Mayers: „Über diese Dinge brauchten wir gewöhnliche Sterbliche uns keine Sorgen zu machen, die verstünden wir auch gar nicht, die könnten wir getrost Bismarck überlassen.“¹ Eindrucksvoll faßte Fritz Mauthner das Gefühl der Epoche im Nachwort zu seinen „Ausgewählten Schriften“ zusammen: „Es war eine Lust zu leben, während Bismarck die Welt zu regieren schien.“² Aus diesem Sicherheitsgefühl heraus ist erklärlich, daß der Zwiespalt zwischen dem „alten Preußentum“ und dem „neuen Deutschland“, die doch beide „nicht in jeder Hinsicht“ übereinstimmten³, erst zur Zeit Wilhelms II. das Augenmerk weiterer Kreise auch auf die Außenpolitik lenkte.

Zwar hatte schon Bismarcks Militärbudget im Jahre 1874 den Reichstag und 1887 das ganze Reich, wenigstens während der Wahlwochen, in Atem gehalten, aber seine Außenpolitik erregte selbst bei unversöhnlichen Gegnern nur selten ein solches Gefühl der Unruhe, wie es sich bereits nach den ersten Reden Wilhelms II. verbreitete. Die Sorge, daß der Kaiser mit „jugendlichem Ungestüm Gefahren heraufbeschwören“⁴ und „die Welt in ebenso unliebbarer Weise, wie er es mit Reden getan hat, mit Taten überraschen“⁵ könnte, beschränkte sich allerdings zunächst nur auf begrenzte Gruppen von Intellektuellen. Die Mehrzahl vertraute weiterhin darauf, daß „Wilhelm II., mit all seinem Sinn für kriegerische Macht“, doch von dem heißen Wunsch durchdrungen sei, „den Frieden zu bewahren“⁶, und das Wort vom „Friedens-Kaiser“ wurde auch von den Juden Deutschlands nur allzu gern geglaubt.

¹ G. Mayer, *Erinnerungen*, S. 5.

² Mauthner, S. 365.

³ Fürstenberg, S. 395.

⁴ *Israelit* 1889, S. 113.

⁵ L. Bamberger in einem Aufsatz für die *New Review*, 1892, *Ges. Schr.* V, S. 436.

⁶ *AaO*, S. 439.

Wenn also die AZJ 1896 schrieb: „Der deutsche Kaiser steht an der Spitze der Welt, weil er die Waage der Gerechtigkeit hält in starker Hand“⁷, wird das für breite Schichten der Leserschaft mehr als nur eine leere Huldigungsphrase gewesen sein. Die etwas naive Einstellung der Mehrheit ist durch das folgende Erinnerungsbild treffend charakterisiert:

„Der erste Kanzler war in der Vorstellung des Volkes durch die Figur des Kaisers in den Schatten gestellt worden. . . Das Vaterland war ein Militärstaat. . . Wir verstanden wenig von der merkwürdigen Situation, in welcher eine vorwiegend konservative Beamtenschaft den Treueid auf die Person des Monarchen abgelegt hatte, und dennoch in einem auf das Naturrecht aufgebauten liberalen Staate Verwaltung und Justiz besorgen sollte. . . Aber eines war kristallklar: Das Vaterland war eine Weltmacht. Es hatte Kolonien und wünschte deren mehr zu erwerben. Im Vergleich zu anderen Staaten war es etwas verspätet auf der Bildfläche erschienen. Darum fühlte es sich benachteiligt und suchte die verlorene Zeit schnell und gründlich einzuholen.“⁸

Allmählich mehrten sich aber die kritischen Stimmen der Intellektuellen, die an Einzelheiten der kaiserlichen Politik ebensolchen Anstoß nahmen wie an ihren allgemeinen Ausdrucksformen. Bereits 1891 warnte Maximilian Harden vor den Folgen der französisch-russischen Annäherung, die in dem Besuch der französischen Flotte in Kronstadt Ausdruck fand: „Von Kronstadt her zieht drohend eine schwere Wolke über Europa herauf.“⁹ Während in Kronstadt die Gegner von einst sich versöhnten, verscherzte sich die kaiserliche Politik wesentliche andere außenpolitische Sympathien, und weder Wilhelms Besuch in London noch die demonstrative und vorzeitige Erneuerung des deutsch-österreichisch-italienischen Dreibundes konnte dem abhelfen. Dazu bemerkt Harden:

„Weniger als je zuvor liebt man uns heute: trotz den Bündnisverträgen und den Fürstenreisen liebt man uns nicht in Italien, nicht in England, nicht in Holland und kaum im kleinsten Teile von Österreich. Zur Bismarckzeit fürchtete man uns; jetzt ist diese Furcht bereits etwas im Schwinden, und die neuen Sympathien, die angeblich die Stelle der Furcht eingenommen haben sollen, die kümmern nur in der papiernen Welt mühselig dahin.“¹⁰

Dabei waren keineswegs alle Intellektuellen, außerhalb des sozialistischen Lagers, jeder Expansionspolitik abgeneigt. Noch im Weltkrieg schrieb Alfred Kerr:

„Man gebe Solchen, die nicht genug haben. Also bin ich für gerechte Verteilung auf dem Erdball. Man gebe Solchen, die nicht genug haben. Deutschland hatte nicht genug.“¹¹

Zwar bezeichnete Kerr den Krieg als „das intellektloseste Mittel“ zu dieser Verteilung der irdischen Güter; er sah ihn aber lange vor Ausbruch des Konfliktes als „sicher“ voraus¹².

⁷ AZJ 1896, S. 26.

⁸ *Spier*, S. 296 f.

⁹ *Harden*, *Apostata I*, S. 65.

¹⁰ *AaO*, S. 61.

¹¹ *Alfred Kerr*, *Aufgaben für die Friedenszeit*, in: *Das Ziel*, Jahrbuch I, S. 70.

¹² *AaO*, S. 67, Zitat nach einem seiner Aufsätze, in: *Pan* vom November 1910.

Während der neunziger Jahre dachte man allerdings noch nicht sehr ernsthaft an einen Krieg. Was die Intellektuellen an Wilhelm abstieß, war seine Veranlagung zum „mystischen Selbstbewußtsein“¹³, die von den vielen Schmeichlern nur allzusehr gefördert wurde. Die Mehrheit des Volkes suchte nur noch bei ihm die „Initiative zu allen Dingen, guten und schlimmen“¹⁴, und wunderte sich daher nicht, wenn er „zu eingebildet“ und „von sich zu durchdrungen“ schien, um sich „in die ihm von der Verfassung gezogenen Grenzen zu bescheiden“¹⁵. Verantwortlich denkende Beobachter mußten als belastend empfinden, daß man den Kaiser nicht kritisieren durfte, „ohne befürchten zu müssen, in die Schlingen des Paragraphen über die Majestätsbeleidigung zu fallen“¹⁶. Wenn daher sogar ein politisch so harmloser Schriftsteller wie Ludwig Fulda nur privat in einem Epigramm seiner Entrüstung darüber Luft zu machen wagte, daß der Kaiser ihn bei der Verleihung des Schillerpreises übergangen hatte, so drückten die von ihm gefundenen Worte die Gefühle all jener Intellektuellen aus, die sich von dem „ekelhaften Byzantinismus“¹⁷ angewidert fühlten:

„Zur lauterer Quelle wird nur kommen,
Wer wacker gegen den Strom geschwommen.“¹⁸

Es war aber nicht nur der Widerwille gegen gewisse Charakterzüge Wilhelms, der die jüdischen Intellektuellen der freisinnigen und sozialdemokratischen Parteien zur Auflehnung gegen die Politik des Kaisers führte. Es scheint um mehr gegangen zu sein, wenn sie eher und heftiger als ihre nicht-jüdischen Parteifreunde ihrer Abneigung gegen Wilhelms Auftreten Ausdruck verliehen. Gustav Mayer schrieb bereits 1897 in seinem oben zitierten Privatbrief, daß er die Abdankung eines Kaisers für wünschenswert hielt, dessen „innerste Natur“ in andere Richtung dränge, „als die überwältigende Mehrzahl des Volkes“.

Mayers Vorstellung vom Gegensatz zwischen Kaiser und Volk beruhte allerdings auf einem Irrtum. Das gilt selbst im begrenzten Bereich der Einstellung *jüdischer* Durchschnittsbürger zu Wilhelm II. Die Juden hatten bald nach seinem Regierungsantritt vor allem erleichtert festgestellt, daß er „in keiner Weise Antisemit war“, ja, daß er zu manchen prominenten Juden freundliche persönliche Beziehungen unterhielt¹⁹. Sie fühlten sich daher unter seinem Regiment sicher, und selbst insoweit sie zu den linken Oppositionsparteien neigten und nicht alle Einzelheiten Wilhelminischer Innen- und Außenpolitik kritiklos akzeptierten, waren sie doch in ihrer großen Mehrheit gut kaiserlich gesinnt und blieben in ihrer Kritik wesentlich zurückhaltender als ihre intellektuellen Politiker.

¹³ *Harden*, *Apostata* I, S. 163.

¹⁴ *AaO*, S. 164.

¹⁵ *G. Mayer* in einem Brief vom Mai 1897, in: *Erinnerungen*, S. 107.

¹⁶ *Harden*, *Apostata* I, S. 168.

¹⁷ *AaO*, S. 164.

¹⁸ *HNB*/Mappe L. Fulda.

¹⁹ Vgl. *Büllo*w I, S. 297.

Die Mehrheit der Juden scheint selbst Wilhelms Machtpolitik zunächst nicht prinzipiell abgelehnt zu haben. Zwar wurde beanstandet, daß seine „systemlose Außenpolitik . . . bald da, bald dort einen Erfolg suchte, ohne doch irgendwo sich mit gutem Gewissen ganz und ungeteilt“ einzusetzen²⁰. Auch bedauerte man, daß „die internationale Politik . . . der Beeinflussung, ja selbst der Kontrolle und Kritik der Nation entzogen“ sei²¹, aber eine grundsätzliche Ablehnung von Wilhelms Expansionspolitik findet sich nur bei den sozialistischen Politikern und den freisinnigen Intellektuellen ausgesprochen. Ludwig Bamberger war als Gegner der Kolonialpolitik bekannt, als „der schreckliche Mann, der nicht will, daß in Ost-Afrika unzählige Millionen ausgegeben werden zum Heil des deutschen Volkes“²², der also aus wirtschaftlichen Gründen gegen „solch' elenden Krams“ in Ost- und West-Afrika zu Felde zog, „wo wir für unseren Handel, für unsere Industrie noch gar keinen Absatz finden, als Pulver und Branntwein, zwei Dinge, mit denen wir nichts weniger als Kultur in jene Länder tragen“²³. Selbst die Sozialdemokraten durchschauten zunächst nicht immer die Fadenscheinigkeit der „Kulturzwecke“ des deutschen Kolonialismus²⁴ und rangen sich erst nach inneren Auseinandersetzungen zu grundsätzlicher Ablehnung der Expansionspolitik durch, als sie merkten, daß sie die „Macht des Parlaments“ aushöhlte „und zugleich die Macht der Bürokratie“ stärkte²⁵. Daher ist wohl nicht allzu verwunderlich, daß die Juden in ihrer großen Mehrzahl Wilhelms Politik der „gepanzerten Faust“²⁶ weniger abgeneigt waren, als es der von ihnen hochgehaltenen „Tendenz der Kultur zum Frieden“²⁷ hätte entsprechen sollen.

Als die AZJ, noch zur Zeit der Kanzlerschaft Bismarcks, zum ersten Male über den Kolonialismus schrieb, lehnte sie ihn nicht ohne weiteres, wie die freisinnigen Ideologen, als „unselige Kolonialpolitik“²⁸ ab, sondern sprach ihm eine gewisse Berechtigung zu, als eine unvermeidliche Phase im „Kampf der Kultur und Humanität gegen die Barbarei und Halbbarbarei“²⁹. Jüdische Finanzmänner unterstützten die ersten Unternehmungen deutscher Kolonialisten³⁰, unter denen auch jüdische Entdecker wie Eduard Glaser³¹ und Emin Pascha³² waren, obgleich sie später weitgehend wieder aus den kolonialen Unternehmungen verdrängt wurden³³.

²⁰ Rosenzweig, Schriften, S. 411.

²¹ Eisner I, S. 332.

²² L. Bamberger über sich selbst in „Rede zu Alzey“ (am 9. 2. 1890), S. 9.

²³ AaO, S. 10.

²⁴ Vgl. E. Bernstein, Lehrjahre, S. 155 f. und besonders S. 157.

²⁵ Radek, S. 147.

²⁶ Eisner I, S. 275.

²⁷ Lasker, Wege und Ziele, S. 371, Anm. 1.

²⁸ L. Bamberger lt. „Zukunft“ vom 11. 3. 1893, S. 434.

²⁹ AZJ 1885, S. 203 im Leitartikel: Einige Betrachtungen zur Weltlage.

³⁰ Vgl. AZJ 1885, S. 275 f. – S. auch Kaznelson, Sammelwerk, S. 737 ff. und 787 f. Ferner: Hallgarten I, S. 201 f.

³¹ Israelit 1892, S. 682. Vgl. auch Kohut II, S. 263 ff.

³² Kohut II, S. 263 ff.

³³ Vgl. H. Arendt, Elemente, S. 213. Ob allerdings die dort angegebenen Gründe

Es scheint sogar, als hätte *ein* deutsches Expansionsprojekt die Aufmerksamkeit der Juden ganz besonders erregt: die Ausbreitung der deutschen Einflußsphäre nach Kleinasien und der Bau der Bagdadbahn. Anlässlich des Besuches des deutschen Kaisers in Konstantinopel und Jerusalem veröffentlichte das eben erst gegründete ISFAM einen Artikel, der deutsche Auslandsinteressen, die Sache der Zivilisation und jüdische Wunschvorstellungen gleichsam in einem Atem nannte. Der Artikel begann mit den deutschen Belangen:

„Deutschland ist heute die einflußreichste Macht in Konstantinopel, weil es die der Türkei befreundetste Macht ist; seine Konzessionäre und Ingenieure bauen mit deutschem Gelde und mit deutschen Arbeitskräften die anatolischen Bahnen, deren voraussichtlicher Endpunkt am Strande des persischen Golfes wird zu liegen kommen. Diese materielle Machtstellung auf dem Wege zwischen dem Mittelmeere und Indien soll jetzt durch die Palästinafahrt Wilhelms II. eine Art moralische Sanktionierung erhalten.“

Dann wird die Ernennung des Vorstehers der jüdischen Gemeinde in Konstantinopel, Bechai Aschkenasi Effendi, zum Haupt des Empfangskomitees als Beweis dafür genommen, „daß Beide, der Kaiser wie der Sultan, den Wunsch hegen, diese Palästinafahrt zu einem Markstein der Zivilisierung des heiligen Landes zu gestalten“. Und schließlich werden nationaljüdische Interessen mit deutscher Orientpolitik unverhüllt verknüpft, indem der Artikelschreiber die Sätze anschoß:

„Wenn wir immer wieder behauptet haben, daß die gesicherte Ansiedlung europäischer Juden in ihrer alten Zionsheimat mit der Verpflanzung des so notwendigen Kulturelements nach Kleinasien gleichbedeutend sei, so ist es uns jetzt nicht mehr so zweifelhaft, daß auch Wilhelm II. und Abdul Hamid diesem großen Gedanken nicht unzugänglich sind. . . Um Palästina wieder in eine Stätte der Kultur zu verwandeln, haben wir Hunderttausende bereit, die sich nach der alten Heimat zurücksehen. . . Sie halten sich dem zivilisatorischen Gedanken Wilhelms II. und dem Rufe Abdul Hamids zur Verfügung.“³⁴

Bereits einige Wochen vorher war anlässlich der bevorstehenden Reichstagswahlen eine anonyme Flugschrift erschienen, die die Juden überreden wollte, von den flottengegnerischen Freisinnigen abzufallen und für die national-liberale Partei und damit für die große Flottenvorlage von Tirpitz einzutreten. Neben anderen Argumenten unterstrich die Schrift den Wert der deutschen Flotte für die jüdischen Interessen in Kleinasien und die Identität deutscher und jüdischer Erfordernisse folgendermaßen:

„Die Juden selbst haben für ihre Glaubensgenossen im Osten Europas allerhand koloniale Pläne in Kleinasien, einige Anfänge sind schon gemacht worden und einige tausend Juden sind in Palästina angesiedelt worden. Aber alle diese Gründungen hängen gleichsam in der Luft, weil dort eine geordnete Landesverwaltung fehlt. . . Wie rasch würde sich dies ändern, wenn es eine stattliche deutsche Flotte

für die Zurückhaltung stichhaltig sind, bleibe dahingestellt. Die Herausstellung der Tatsachen ist überzeugender geglückt als ihre Interpretierung.

³⁴ ISFAM 1898, Nr. 12, S. 1, Leitartikel: Die Palästinafahrt des deutschen Kaisers.

gäbe! . . . Welch ein glänzendes Neu-Deutschland könnte sich auf diesen Stätten einer uralten Kultur erheben. . .“³⁵

Diese recht konstruiert wirkenden Gedankengänge wurden von zionistischer Seite besonders ernsthaft verfolgt und erhielten durch Theodor Herzls Zusammentreffen mit Wilhelm II. in Konstantinopel und Jerusalem den Glanz einer realen Chance. Sogar Nichtzionisten, die zunächst in Herzls Plänen eine „wirkliche Gefahr“³⁶ gesehen hatten, fanden es nun an der Zeit, sich des „längst mit gutem Erfolge begonnenen Kolonisationswerks in Palästina“ anzunehmen³⁷, da sie den Nutzen sowohl für jüdische wie für deutsche Interessen anerkannten. Aus solchen Erwägungen heraus entstand der Plan von Paul Nathan, nach dem Muster der Alliance Israélite Universelle eine deutsch-jüdische Organisation für den Nahen Osten zu gründen. Er wandte sich an das deutsche Auswärtige Amt mit der Frage, ob das Reich die projektierte Organisation und die von ihr geplanten Schulgründungen unter seinen Schutz zu nehmen bereit sei. Nachdem das Auswärtige Amt den Nutzen dieses Planes bejaht hatte³⁸, rief Nathan 1901 den „Hilfsverein der Deutschen Juden“ ins Leben.

Weniger vom jüdischen als vom deutschen Aspekt aus sprach sich dann Theodor Wolff 1907, damals bereits Chefredakteur des „Berliner Tageblattes“, für die deutsche Orientpolitik und namentlich für die Fortführung der Bagdadbahn aus³⁹.

Wenn man neben Theodor Wolff und Paul Nathan noch die Namen derjenigen Juden stellt, deren Tätigkeit irgendwie mit der damaligen kleinasiatischen Expansionspolitik verknüpft war, wie die Bankiers Richard Witting, Eduard Beit von Speyer, Otto Braunfels und die Orientalisten und Mäzene Max von Oppenheim und James Simon, so könnte das den Anschein erwecken, die Orientpolitik oder gar Kolonisationsbegeisterung sei damals unter deutschen Juden allgemein gewesen. Das wäre jedoch eine arge Übertreibung. Kleinasien lag für die meisten Juden Deutschlands „wie in einer fremden Welt“⁴⁰, und die utopisch erscheinenden Kolonisierungsprojekte in Palästina beeindruckten jedenfalls die Nichtzionisten in ihrer Mehrheit ebensowenig wie der ironische Kommentar eines jüdischen Redakteurs, der den Zionisten „glückliche Reise nach dem Orient“⁴¹ wünschte.

Für die anderen deutschen Kolonialprojekte scheint sich die jüdische Öffentlichkeit noch weniger begeistert oder überhaupt interessiert zu haben. Die erwähnte anonyme Schrift zur Reichstagswahl des Jahres 1898 versuchte aller-

³⁵ Die deutsche Flotte und die jüdischen Reichstagswähler, S. 11 f.

³⁶ M. Philippon in: JJGL II, 1899, S. 19 f.

³⁷ AaO.

³⁸ Feder, Paul Nathan, in: YLBI III, S. 66 f.

³⁹ Rogge, S. 176, Brief an Harden v. 2. 7. 1907.

⁴⁰ S. Anm. 35.

⁴¹ S. Anm. 36.

dings, den jüdischen Wählern Kolonien und Flotte auch mit einem reichlich gewagten apologetischen Argument schmackhaft zu machen:

„Schon heute ist der erschwerte Erwerb eine Ursache des Antisemitismus. . . Die allgemeine Unzufriedenheit nimmt den Juden zum Sündenbock. . . Und den Juden wird das Leben auf deutschem Boden nur noch schwerer werden. So wäre es gerade für die jüdische Bevölkerung . . . ein besonderer Gewinn, wenn in einem großen Koloniallande die Aventuriers einen Spielplatz für ihre Geschäftigkeit fänden.“

Das wird kaum überzeugend gewirkt haben. Selbst wenn gewisse jüdische Kreise der Kolonial- und Flottenpolitik nicht von vornherein ablehnend gegenüberstanden, konnten sie sich schwerlich den expansionistischen Organisationen von der Art des Flottenvereins und des Alldeutschen Verbandes anschließen, die nicht gerade judenfreundlich waren, später dann sogar ausgesprochenere antisemitische Tendenzen entwickelten. So blieb es vorwiegend der begrenzten Gruppe von nationalliberalen und freikonservativen Täuflingen, wie den Friedbergs, Dernburgs, Hahns, Otto Arendt, Viktor Schweinburg und Ernst von Halle vorbehalten, aktiv für den deutschen Expansionismus einzutreten. Die jüdische Mehrheit verhielt sich, mit Ausnahme der wenigen angeführten Äußerungen, zurückhaltend, sofern sie nicht überhaupt, den Direktiven des Freisinns und der Sozialdemokratie folgend, die deutsche Flotten- und Kolonialpolitik ablehnte. Besonders seit der Jahrhundertwende scheint sich bei ihnen die kritische Einstellung zu dieser Expansionspolitik mehr und mehr durchgesetzt zu haben. Stimmungsrepräsentativ waren wohl die Schriften und Vorträge von M. J. Bonn, der den wirtschaftlichen wie politischen Wert der Kolonien leugnete und die Methoden der deutschen Kolonialpolitik in Afrika angriff⁴².

Zwei Gründe werden es vorwiegend gewesen sein, die zu diesem Zeitpunkt die Verschärfung der jüdischen Einstellung gegen den Kolonialismus beeinflusst haben: Die Tirpitzsche Flottenpolitik und die deutsche Ostasien-Expedition. Seit 1848/49 war die deutsche Kriegsflotte „das Schoßkind der Liberalen“ gewesen, jetzt aber nahm man auf der bürgerlichen und sozialistischen Linken den Standpunkt ein, „daß wir eine große Flotte, um mit England und Frankreich auf offener See zu wetteifern oder Krieg zu führen, nicht nötig“ hätten⁴³. Würde nämlich Deutschland mit England in Konkurrenz treten, so „wäre das der sichere Weg ins Verderben“⁴⁴, da die „unglückselige Flottenpolitik Deutschland mit Notwendigkeit in einen Krieg mit England verwickeln müsse“⁴⁵. Ähnlich ernste Bedenken erhoben sich seit der „eigentümlichen Pachtung von Kiautschou und dem sich daran anschließenden Weltmächts-

⁴² Über Bonn vgl. seine Autobiographie „So macht man Geschichte“ und seine Druckschriften zur Kolonialfrage, z. B. „Nationale Kolonialpolitik“.

⁴³ L. Bamberger, Rede zu Alzey, S. 9.

⁴⁴ Parvus, Marineforderungen, S. 23.

⁴⁵ F. Oppenheimer, Erlebtes, S. 183, aus einem Artikel in der von ihm redigierten „Welt am Montag“, 1897.

taumel“⁴⁶ gegen den „Rattenkönig politischer Konflikte an allen Ecken und Enden der Welt“⁴⁷. Besonders nach Wilhelms II. „Hunnenrede“, in der er im August 1900 die nach China ziehenden Soldaten aufgefordert hatte, bei der Unterdrückung des Boxeraufstandes keinen Pardon zu geben, keine Gefangenen zu machen, jeden Feind zu töten und nach Beispiel Attilas und der Hunnen dem Osten einen tausendjährigen Schreck einzujagen, begehrten die jüdischen Politiker sowohl der Rechten wie der Linken auf. Der strikt konservative aber antikaiserliche Maximilian Harden veröffentlichte in der „Zukunft“ einen Aufsatz, „Kampf mit dem Drachen“ überschrieben, der ihm eine Festungshaft wegen Majestätsbeleidigung eintrug. Dem Abscheu linker Politiker gab Gustav Landauer in einem Brief Ausdruck, in dem es heißt, daß „unser Volk von seinen Führern in Niedertracht und Verhängnis geleitet wird, wo die Spießbürgerei und die Mordgier triumphieren“⁴⁸. Kurt Eisner schrieb über den „Raubkrieg in China, zu dem die Weltpolitik der gepanzerten Faust geführt hat“ und an dessen „Horizont . . . der Weltbrand“ drohe⁴⁹.

Mochte auch, mit den Worten einer bitteren Kritik an den vorherrschenden Geistesströmungen, der „deutsche Spießbürger im Überschwange seines nationalen Machtbewußtseins“ sich einbilden, „als Herr über das ganze Erdenrund gebieten zu können“⁵⁰, und mochte er dabei auch manchen jüdischen Mitstreiter haben, wie den karikierten „Herrn Kohn“ aus dem Feuilleton des ISFAM⁵¹, der wacker in den Kolonialverein ging und für Buren schwärmte, ohne die Gefahr internationaler Verwicklungen zu erkennen, mochten selbst viele jüdische Soldaten als Freiwillige im Chinafeldzug dem Vaterlande freudig Gut und Leben opfern⁵², so schreckte doch angesichts der immer deutlicher werdenden politischen Isolierung Deutschlands die jüdische Öffentlichkeit mehr und mehr vor der Expansionspolitik zurück. Zwar wurde zunächst die Warnung Bambergers, der bereits 1890 von der „Kriegsgefahr“ sprach⁵³, kaum ernst genommen. Auch Eisners Warnung vor dem „Weltbrand“ fiel zehn Jahre später noch auf taube Ohren. Aber seit 1891 zeigten jüdische Kommentare zur außenpolitischen Situation Deutschlands in immer stärkerem Maße an, daß man sich Sorgen zu machen begann, Sorgen, die noch in den Tagen Bismarcks weitgehend außerhalb des jüdischen Blickfeldes gelegen hatten.

Zunächst präsentierte sich die jüdische Stellung zu außenpolitischen Fragen als recht provinziell und von landläufigen Schlagworten beeinflusst. Vor allem ist unter den Juden damals eine tiefgehende antirussische Stimmung vorherrschend gewesen, die aus dem Haß der liberalen und sozialistischen Par-

⁴⁶ Bernhard, Krach, S. 7.

⁴⁸ Landauer, Briefe I, S. 75.

⁵⁰ Bernhard, Krach, S. 7.

⁵² S. Liste der jüdischen Chinafreiwilligen, IDR 1900, S. 483 f.

⁵³ L. Bamberger, Rede zu Alzey, S. 9.

⁴⁷ Parvus, Gewerkschaften, S. 24.

⁴⁹ Eisner I, S. 282.

⁵¹ ISFAM 1900, Nr. 20, S. 5.

teien gegen die zaristische Autokratie gespeist wurde. Die russischen Judenverfolgungen verschärften natürlich die antirussischen Gefühle noch erheblich. Maximilian Harden, selber prorussisch und antienglisch eingestellt, charakterisierte den Einfluß beider Beweggründe auf die liberale Presse mit den Worten:

„Die Beurteilung der russischen Politik wird ja überhaupt in einem großen Teile der angeblich liberalen Presse nur von der Empörung über die Judenvertreibungen diktiert, und jede englische Korrespondentenlüge, die von neuen antisemitischen Regungen an der Newa zu melden weiß, findet da sofort freundliche Unterstatt.“⁵⁴

Eine Zusammenfassung der traditionellen sozialdemokratischen Haltung gegenüber Rußland gab Eduard Bernstein in seiner Feststellung, daß die großen Vorkämpfer der Sozialdemokratie seit Marx „ihr die Todfeindschaft gegen das zaristische Rußland sozusagen als Erbstück hinterlassen“ hätten. Aber auch er nannte als einen der Gründe für seine Ablehnung des Zarismus die politische und wirtschaftliche Unterdrückung von fünf Millionen Juden in Rußland⁵⁵.

Neben diesen rußlandfeindlichen Empfindungen, die wohl der Mehrheit der deutschen Juden gemeinsam waren, gab es für einen begrenzten Kreis von Wirtschaftspolitikern Erwägungen nüchternerer Art. So ist bekannt, daß einige jüdische Bankiers dem zaristischen Regime Anleihen gewährten. Zwar waren die Chefs der Bankhäuser Mendelssohn und Warschauer, die 1891 die russische Anleihe übernahmen⁵⁶, bereits als Christen geboren, aber auch die von ungetauften Juden geleitete Rothschildsche Bank und die Discontogesellschaft beteiligten sich an dem Geschäft. Andererseits zog sich Fürstenbergs Berliner Handelsgesellschaft zeitweise vom russischen Geldmarkt zurück⁵⁷, und nach einer Notiz aus dem Jahre 1888 knüpfte das Haus Rothschild (höchstwahrscheinlich der Frankfurter Zweig der Familie) eine russische Anleihe an die Bedingung, „daß durch einen kaiserlichen Ukas die Verhältnisse der Juden gesetzlich verbessert würden“⁵⁸. Als die Bedingung abgelehnt wurde, verweigerten die Rothschilds den Kredit⁵⁹. Auch Bleichröders Discontogesellschaft unterbrach wohl eine Zeitlang, gerade während der russisch-französischen Aussöhnung, ihre Tätigkeit auf dem russischen Anleihemarkt, aber weder Fürstenbergs noch Bleichröders Banken wurden hierbei von jüdischen Erwägungen geleitet, sondern folgten vielmehr politischen Direktiven⁶⁰. Fürstenberg betont ausdrücklich, daß seine Bank und die gesamten deutschen

⁵⁴ Harden, *Apostata* II, S. 27.

⁵⁵ E. Bernstein, *Die Internationale*, S. 15 f.

⁵⁶ AZJ 1891, Nr. 40, Beil. S. 1.

⁵⁷ Über die Frage der russischen Anleihen, vgl. Fürstenberg, S. 146–155 und S. 244–247.

⁵⁸ AZJ 1888, S. 776.

⁵⁹ Andeutungsweise auch Corti, *Reign*, S. 412 f., der die Frankfurter Rothschilds nennt und hinzufügt, daß die Pariser Rothschilds später die Anleihe während der russisch-französischen Aussöhnung auflegten.

⁶⁰ Für 1890 belegt in Fürstenberg, S. 247 und *Hallgarten* I, S. 276 f.

Finanzkreise weitgehend „im Einklang mit der deutschen Industrie und der äußeren Politik“ gewirkt hätten⁶¹. Ähnlich hat später Albert Ballin während des russisch-japanischen Krieges durch Abgabe von HAPAG-Schiffen und Kohlenlieferungen an Rußland im Sinne des Auswärtigen Amts und Wilhelms II.⁶² die *deutsche* Politik zu unterstützen gemeint. Jüdische Rücksichtnahmen blieben dabei außer Betracht.

Weder die Artikel der liberalen jüdischen Zeitungen, die für den Schutz der Interessen jüdischer Kaufleute bei den deutsch-russischen Handelsverträgen eintraten⁶³, noch die Karikaturen in der zionistischen Presse, die etwa den Zaren Nikolaus als jüdischen Altwarenhändler vor Ballins Tür erscheinen und nach „ä paar alte Schiffe“ fragen ließen⁶⁴, bewegten die jüdischen Vertreter der „Realpolitik“ zu Schritten, welche den vorwiegend antirussischen Gefühlen der Juden Rechnung getragen hätten.

Für eine ziemlich allgemein verbreitete antirussische Einstellung der Juden spricht auch die Tatsache, daß eine führende jüdische Zeitung den *Dreibund* zwischen Deutschland, Österreich und Italien, als gegen Rußland und Frankreich gerichtet, lebhaft begrüßte und die anders orientierte Haltung einzelner jüdischer Politiker vernehmlich kritisierte, wie das die AZJ in folgender Weise tat:

„Die politische Hauptfrage, welche den Tag dominiert, ist der Dreibund zwischen Deutschland, Österreich und Italien, welchen Rußland und Frankreich gegenüberstehen. Wem gehören unsere Sympathien? Die Antwort kann... nicht zweifelhaft sein. Wir müssen als Juden diejenigen Mächte unterstützen, welche die Träger der Zivilisation, die Hüter der Gerechtigkeit sind und im Geiste des Fortschritts arbeiten... Jeder Jude... wird, wo er kann, in der Presse, im Parlament und auf der Börse den Dreibund stärken... *Es ist daher eine der ärgsten Sünden, die ein Jude begehen kann, wenn er die Barbarei, welche Europa bedroht, finanziell unterstützt und dazu beiträgt, daß ihre Kassen mit jüdischem Gelde sich füllen.*“⁶⁵

Die hier zum ersten Male ausgesprochene Verknüpfung der antirussischen Gefühlsmomente mit einer gegen Frankreich gerichteten Spitze muß als Ergebnis der in deutschen Schulen und in der deutschen Öffentlichkeit gepflegten anti-französischen Stimmung angesehen werden, die auch auf das jüdische Lager ihren Einfluß natürlich nicht verfehlte. So erzählt einer der Politiker aus seiner Jugendzeit in den neunziger Jahren: „Als großer Patriot betrachtete ich Frankreich als unseren Erbfeind. Das hatte man uns in der Schule beigebracht.“⁶⁶

Diese Empfindungen scheinen sich unter dem Eindruck der Wiederaufnahme des Dreyfusprozesses⁶⁷ im Jahre 1898 noch erheblich verstärkt zu haben.

⁶¹ Fürstenberg, S. 344.

⁶² Einzelheiten und Q. bei Rosenbaum, S. 273–275.

⁶³ Z. B. AZJ 1902, S. 410.

⁶⁴ Schlemiel, 1. Juni 1904, auch in GAJ 1904, Nr. 23, 2. Beiblatt, S. 1.

⁶⁵ AZJ 1891, S. 482, Hervorhebung von mir.

⁶⁶ Bonn, Geschichte, S. 31.

⁶⁷ Picard, S. 292.

Jedenfalls verdrängte jetzt deutsch-patriotische Propaganda auch bei den meisten Juden die Reste eines Verbundenheitsgefühls mit der französischen Revolutionsideologie, die ihnen doch seit dem Vormärz Leitlinie auf dem Wege zu Freiheit und Gleichheit gewesen war.

Selbst unter den Politikern bewahrten nur wenige alte Liberale vom Schlage Ludwig Bambergers ihre grundsätzlich positive Einstellung zu Frankreich. Die jüngere Generation der „Realpolitiker“ dagegen suchte und fand, soweit sie einer Annäherung an Frankreich überhaupt das Wort redete, dafür nur politische Nützlichkeitsgründe. Der freikonservative Abgeordnete Otto Arendt etwa begründete 1892 ganz öffentlich ein „deutsch-französisches Bündnis“ mit dem rein utilitaristischen Hinweis, daß Deutschland dadurch eine Garantie für sein mächtiges Reich in Europa und für den Besitz der „deutschen Provinzen Elsaß-Lothringen“⁶⁸ erhalten werde.

Auch am entgegengesetzten Ende der Parteiskala, bei den Sozialisten, fanden sich einige Befürworter der französisch-deutschen Verständigung. So sah Joseph Bloch, der Redakteur der „Sozialistischen Monatshefte“, in der deutsch-französischen Annäherung die Grundlage für eine dem englischen Expansionismus entgegengesetzte „Kontinentalpolitik“⁶⁹. Theodor Wolff, der politisch zwischen Bloch und Arendt stand, vertrat Frankreich gegenüber eine ähnliche Haltung. Wolff wollte weder „auf schmutzigem Wege“ persönlicher Intrigen, noch durch Verzicht auf Elsaß-Lothringen Frankreich versöhnt sehen, versprach sich aber viel von einem „nüchternen Geschäftsvertrag“ auf Grund gegenseitiger Interessen⁷⁰. Ebenso stand er dem Dreibund kritisch gegenüber, besonders seitdem die aus steigendem Mißtrauen gegen Deutschland geborene Tripel-Entente Wirklichkeit zu werden begann.

Seit 1906 begannen die Sozialisten immer häufiger vor der durch Konsolidierung des Bündnissystems heraufbeschworenen Kriegsgefahr zu warnen. Einer von ihnen, Parvus-Helphand, sagte offen, daß „die auswärtige Politik der deutschen Regierung“ die politische Isolierung Deutschlands herbeigeführt habe, so daß es nunmehr der neuen Koalition der Großmächte ohnmächtig gegenüber stehe⁷¹.

Auf dem bürgerlichen Flügel fand der Bankier Carl Fürstenberg die Situation damals gleichfalls kritisch. Er wollte unter allen Umständen Deutschland offiziell in die Kreditverhandlungen mit Rußland einschalten, da „ihnen eine erhebliche politische Tragweite zuzusprechen sei“. Aus solchen Erwägungen heraus schrieb er am 8. April 1906 an die Regierung:

„Mit regstem Interesse erwarte ich die Entscheidung über die Russ. Anleihe, deren Zustandekommen mit Frankreich und England für mich gleichzeitig die Schaffung eines neuen Dreibundes bedeuten würde. Ich würde es für einen irreparablen

⁶⁸ O. Arendt, S. 25.

⁶⁹ Blumenfeld, S. 57. Über Bloch vgl. auch Siemsen.

⁷⁰ Briefe an Maximilian Harden v. 23. 6. 1907 und v. 2. 7. 1907, in Rogge, S. 173 und 176.

⁷¹ Parvus, Reichstagswahlen, S. 25 ff.

Fehler halten, wenn Deutschland, wie es wohl feststeht, draußen bleiben sollte. Wir verstehen es glänzend, unsere Gegner zu vereinigen!“⁷²

Seine Beweisführung blieb ohne Wirkung. Walther Rathenau berichtete ihm, daß der Kaiser sich derart gegen die Russen ereifert habe, „daß das Regierungsverbot“ einer Fortführung der Anleiheverhandlungen „vorauszu- sehen war“ und fügte hinzu: „Ich halte es für einen schweren Fehler, denn es macht die Franzosen souverain“ auf dem russischen Kapitalmarkt und in der Außenpolitik.

Die Schuld an der deutschen Isolierung und am Zustandekommen der Tripel-Entente, die Parvus zu Anfang des Jahres 1907 der deutschen Regierung, Fürstenberg und Rathenau dagegen dem Kaiser persönlich zur Last legten, wurde später der englischen „Einkreisungspolitik“ zugeschoben. Selbst ein radikaler Sozialist wie Karl Radek erging sich in Ausführungen über Englands „Politik der Einkreisung Deutschlands“, als deren Ergebnis die „Tripel-Entente als Gegengewicht zum Dreibund“ anzusprechen sei⁷³.

Eine durch ihr frühes Datum besonders bemerkenswerte Warnung vor der Gefahr einer politischen Isolierung Deutschlands hatte das ISFAM bereits 1902 gedruckt:

„Die Zeiten der Gefahr und der Not können wiederkehren, jene Perioden, in denen auch die für ‚ewige‘ Zeiten geschlossenen Bündnisse mit fremden Staaten versagen, in denen das Reich einer gewaltigen feindlichen Koalition gegenübersteht. . .“⁷⁴

Aus dem Zusammenhang ist nicht ersichtlich, was den Verfasser zu seiner Warnung veranlaßte. Vielleicht wollte er nur zur Eintracht im Innern unter Einschluß der Juden aufrufen. Doch wird er wohl über die internationalen Ereignisse der Wochen beunruhigt gewesen sein, in denen durch den englisch-japanischen Bündnisvertrag und die bevorstehende Beilegung des Burenkrieges Englands internationale Position sehr gestärkt, die Deutschlands aber in gleichem Maße geschwächt wurde. Jedenfalls war hier die Gefahr der politischen Isolierung, ja der „Einkreisung“ Deutschlands bereits vorausgesehen.

Seit 1907 mehrten sich in der jüdischen Presse die Äußerungen politischer Unruhe. Mahnungen, wie etwa die folgende, sind nicht vereinzelt:

„[Es] haben sich auf dem Gebiete der auswärtigen Politik ernste Dinge abgespielt, die geeignet erscheinen, die Staatsleitung zur größten Vorsicht und zur möglichsten Beschwichtigung aller inneren Unstimmigkeiten zu mahnen. Die Ergänzung der russisch-französischen Allianz durch Vereinbarungen Englands mit Frankreich und Rußland kann kaum einen anderen Grund haben, als *ein Gegengewicht gegen den Dreibund* zu schaffen; sie macht auf vaterlandsliebende deutsche Staatsbürger einen unerfreulichen Eindruck.“⁷⁵

Allerdings wurde dieser „Eindruck“ nicht nur durch die schwierige Lage Deutschlands erweckt. Der Artikelschreiber gab zugleich seinem Mißbehagen

⁷² Fürstenberg, S. 390.

⁷³ Radek, S. 102.

⁷⁴ ISFAM 1902, Nr. 22, S. 1 f.

⁷⁵ IDR 1908, S. 430. Hervorhebung im Original.

darüber Ausdruck, „daß die liberalen Westmächte sich nicht vor einer Angliederung an Rußland“ hüteten und mit dem Pogromregime paktierten. Damit trachtete er, die Tripel-Entente ebenso vom allgemeinen deutschen wie vom besonderen jüdischen Standpunkt aus zu diskreditieren und auf diese Weise auch im Außenpolitischen die Identität der Interessen des Reiches und seiner Juden zu unterstreichen.

In einem Punkt der Außenpolitik jedoch scheinen weite jüdische Kreise von Anfang an eigene Wege gegangen zu sein: in ihrem Verhältnis zu England. Wohl vernahm man gelegentlich auch in der jüdischen Öffentlichkeit anti-englische Stimmen⁷⁶, wie die soeben erwähnten, im allgemeinen sahen die deutschen Juden aber in der Verschlechterung der Beziehungen zu Britannien eine große Gefahr für die deutsche Zukunft. Diese englandfreundliche Haltung war mitbestimmt durch „die hohe Meinung . . . von dem Maß der Freiheit in jenem Staate“⁷⁷, die seit den achtziger Jahren die jüdische Sympathie für die Traditionen der französischen Revolution abzulösen begann. Neben dem ideologischen Einfluß der englischen liberalen Lebensformen wirkten persönliche und geschäftliche Verbindungen mit, wie etwa die zwischen Frankfurter und Hamburger jüdischen Familien und ihren nach England ausgewanderten Verwandten. Daher waren auch diese an Zahl geringen, für die jüdische Meinungsbildung aber nicht unbedeutenden Angehörigen des Großbürgertums über den Umfang der „deutsch-englischen Reibungen“ häufig besser informiert als die Regierungskreise und verfolgten die wachsende Spannung „mit der stärksten Besorgnis“⁷⁸. Wenn dann Jakob Riesser in seinen Reden vor dem Hansabund einerseits von dem „Ringem um die wirtschaftliche Weltmachtstellung“, von der „oft übermächtigen Konkurrenz auf dem Weltmarkte“ und von Deutschlands „Friedens- und Kriegsbereitschaft“ sprach⁷⁹, andererseits aber den Wunsch äußerte, „mit dem großen englischen Handelsvolke . . . durchaus in Frieden“ leben zu wollen⁸⁰, illustrierte er damit die typische Ambivalenz der damaligen deutschen Politik, die von vielen Deutschen nicht als solche gesehen wurde, in England jedoch Sorge bereitete. Im öffentlichen Leben stehende Juden wie Theodor Wolff, Ludwig Stein und Georg Solmssen⁸¹ erfaßten das Dilemma der deutschen Politik klarer als die Regierung und bemühten sich darum, die deutsch-englischen Beziehungen vor einer Krise zu bewahren. Das gilt im besonderen für Albert Ballin und Wal-

⁷⁶ So z. B. in einem Aufsatz des ISFAM (1898, Nr. 12, S. 1) über die Palästinafahrt des Kaisers, der die deutsche Orientpolitik als „Keil in das gesamte asiatische Rivalitätsgebiet der Russen und Engländer“ begrüßte.

⁷⁷ *Preuss*, Obrigkeitsstaat, S. 12. Wenn Preuss solchen Empfindungen sogar während des Krieges Ausdruck gab, beweist das wohl zur Genüge, wie stark die englische Tradition auf die deutsch-jüdischen Liberalen eingewirkt hatte.

⁷⁸ *Hallgarten* II, S. 126. Hs. Ausdruck: „deutsch-englisches Judentum“ in diesem Zusammenhang ist allerdings journalistische Übertreibung.

⁷⁹ *J. Riesser*, Reden, S. 7.

⁸⁰ AaO, S. 40.

⁸¹ *Hallgarten* II, S. 3, Anm. 2.

ther Rathenau. Ballins Versuche, den Kaiser und seine Regierung zu einer deutsch-englischen Vereinbarung in der Flottenfrage zu bewegen, sind bekannt⁸². Rathenau, der die Frage der deutschen Seemacht den globalen Problemen der Außenpolitik unterordnete, führte 1908 in einer für Bülow bestimmten Denkschrift aus, daß in England zwei „Sorgen, die industrielle und die koloniale, den Blick der Nation nach Deutschland hinüberlenken“, und daß „sich jede englische Unzufriedenheit im Begriff Deutschland“ konzentriere. „Nur unsere Gesamtpolitik“, schloß er, „ist imstande, England wenigstens diesen Eindruck zu verschaffen, daß von Deutschlands Seite aus keine Verstimmung, keine Furcht, kein Expansionsbedürfnis und keine Offensive besteht.“⁸³

Klarblickenden Männern war es also damals bereits deutlich, wie sehr Deutschland durch seine industrielle Entwicklung, vor allem aber durch seine kolonialen Aspirationen und seine Flottenpolitik, die Beziehungen zu England in gefährlichem Maße überspannte. Rathenau gab die Schuld daran der „Mißwirtschaft“⁸⁴ und der absolutistischen Regierungsweise des Kaisers, ebenso wie der vom Junkertum beherrschten Administration und dem von ihr geförderten politischen „Separatklima“⁸⁵. Es ist möglich, daß dieser letztere Ausdruck Rathenaus auch auf außenpolitische Probleme abzielte, die bald darauf, während der Balkankrise des Jahres 1908, ins Zentrum allgemeiner Aufmerksamkeit rückten.

Die Krisenstimmung wurde durch die Veröffentlichung des Interviews eines Korrespondenten des Londoner „Daily Telegraph“ mit Wilhelm II. verschärft. Ullsteins „BZ am Mittag“ hatte als erste deutsche Zeitung den Text dieses Interviews direkt von London erhalten und wörtlich veröffentlicht, ohne die Version des offiziellen Wolffschen Telegraphenbüros abzuwarten⁸⁶, was der Regierung die Unterdrückung oder Vertuschung der Angelegenheit unmöglich machte.

Die Indiskretionen des Kaisers erschütterten die deutsche öffentliche Meinung in solchem Maße, daß die meisten Politiker ihre Kritik viel weniger gegen die Regierung als gegen die Person des Kaisers richteten. Der Sozialdemokrat Ludwig Frank bürdete sogar in öffentlicher Rede dem Kaiser die Alleinschuld an Deutschlands internationaler Lage auf, als er die Wirkung des Ereignisses mit folgenden Worten charakterisierte:

„Der Kaiser . . . hat es fertig gebracht, eine ganze Reihe großer Mächte vor den Kopf zu stoßen: England, Rußland, Frankreich, Japan, China, Holland und nicht zuletzt auch das eigene deutsche Volk. Wird sich das deutsche Volk den Zustand auf die Dauer gefallen lassen, daß die Laune eines einzelnen über Krieg und Frieden, über das Schicksal von ca. 60 Millionen zu entscheiden habe? Es ist uns zu Mute wie dem Reiter am Bodensee, wir sehen jetzt erst, welche schwere Gefahren in den letzten zwei Jahrzehnten hinter uns liegen. Ist es nicht ein unerhörtes Glück,

⁸² Q. und Darstellung zusammengefaßt bei *Rosenbaum*, S. 278–295.

⁸³ *Kessler*, Rathenau, S. 139.

⁸⁴ AaO, S. 143.

⁸⁵ AaO, S. 137.

⁸⁶ *Mendelssohn*, S. 158 f.

daß durch die verschiedenen internationalen ‚Liebenswürdigkeiten‘ des deutschen Kaisers bisher noch kein europäischer Brand entstanden ist?“⁸⁷

Noch schärfer wandte sich Maximilian Harden in einer Artikelserie „Gegen den Kaiser“⁸⁸:

„Da ist ein Markstein, den der Abendwind nicht umwehen wird. Ist das Ende der Monarchenmystik. Seit dem ersten Novembertag des Jahres 1908 darf kein deutscher Kaiser aussprechen, daß er von Gottes besonderer Gnade erleuchtet sei. Denn der vierte Kanzler des Reiches hat offen gesagt, daß er von seinen vortragenden Räten sicherere Erkenntnis des politisch Notwendigen und Möglichen fordern dürfe als von dem Träger der Krone.“

Für Harden war die politische Misere Deutschlands vornehmlich eine „Kaiserkrisis“. Er formulierte als Frage, was er nicht wagte, öffentlich als *Forderung* zu erheben: „Will der Kaiser und König der Krone entsagen?“⁸⁹ Nur ein mutiger Einzelgänger fand sich bereit, das letzte Wort auszusprechen. Der Schriftsteller Fritz Mauthner verfaßte einen kurzen Aufsatz mit der Überschrift „Abdankung“ und sandte ihn an die größte freisinnige Zeitung, den „Tag“. Er erklärte ausdrücklich, daß er bereit sei, alle strafrechtlichen Folgen einer Veröffentlichung auf sich zu nehmen⁹⁰. Die Hauptsätze seines Aufrufs lauteten:

„Es ist erreicht. Deutschland ist zum Spotte der Welt geworden. Die zwanzig Jahre seit dem Tode des alten Kaisers haben zu diesem Ende geführt. . . Ob dieser oder jener . . . Minister ein Versehen begangen hat oder nicht, darauf kommt es jetzt nicht mehr an. Feigheit wäre es, nichtswürdige sklavische Feigheit, nicht vom Kaiser zu reden. . . Nicht ein einzelner Fehler ist begangen worden, sondern eine Kette von Fehlern. Ihre Ursache ist . . . der unveränderliche Charakter des Kaisers. Die einzige Rettung liegt also in einer Selbsterkenntnis des Kaisers, allein in der großen, der heroischen Selbstaufopferung. . . Führt ihn jetzt Selbsterkenntnis zur Selbstaufopferung, zur Abdankung, so ist ihm ein tragischer Ruhm gewiß, und das unverlöschliche Andenken an einen Fürsten, dessen Seelenstärke noch größer war als seine Fehler.“⁹¹

Durch diesen Appell hoffte Mauthner, „die Abdankung des Kaisers zu erzwingen, ohne Revolution, ohne Drohung“. Aber der Aufruf blieb ungedruckt, und sein Glaube an die Macht des Wortes wurde nicht auf die Probe gestellt.

Gustav Landauer, der von Mauthners Aufsatz wußte, tröstete ihn mit den Worten: „Bisher war es doch fast nur eine Phantasiesache, das mit dem Abdanken . . . jetzt aber scheint mir’s in den Bereich der Möglichkeit gerückt. Nicht diesmal, aber vielleicht bald.“⁹²

⁸⁷ L. Frank, S. 132 (öffentliche Rede in Mannheim am 16. 11. 1908).

⁸⁸ Zukunft 1908, S. 207–215, 245–263, 285–304.

⁸⁹ AaO, S. 213 und 215.

⁹⁰ Landauer, Briefe I, S. 222 und Anm. dort.

⁹¹ Mauthner, S. 366 ff.

⁹² Landauer, Briefe I, S. 222 und Anm. dort.

Es sollten aber noch zehn von Krisen und Krieg erfüllte Jahre vergehen, ehe der Kaiser zur Abdankung gezwungen wurde und eine deutsche „Politik der gepanzerten Faust“, wenn auch nicht zum letzten Male, gescheitert war.

2. VOLLENDETE TATSACHEN

Die nächste Krise ließ nicht lange auf sich warten und korrigierte den Irrtum von der Alleinverantwortlichkeit des Kaisers für Deutschlands politische Isolierung. Während des Marokkokonflikts von 1911 konnte man Wilhelm zwar noch für den „Panther-Sprung“ nach Agadir persönlich verantwortlich machen, aber man gab in jüdischen Kreisen nun zu, daß die weitere Entwicklung der Ereignisse seinen Händen entglitten war. Immer stärker machte sich die Befürchtung breit, daß in der ganzen „Wilhelmstraße“ und sogar in den hinter den Kulissen wirksamen „höchsten Kreisen – gegenüber den allerhöchsten – sich eine bedenkliche Kriegslust äußert“¹. Solche Worte waren aber noch recht entfernt von dem Mut, die Außenpolitik der Kraftdemonstrationen eindeutig zu verwerfen und der Gefahr eines kommenden Krieges entgegenzutreten. Der Artikel der AZJ über das Fazit der Marokkokrise bewegte sich weiterhin zwischen dem „Einerseits und Andererseits“, das damals wohl für die Haltung vieler Juden in bezug auf die Politik Deutschlands typisch war. Ausgehend von der Tatsache der Vergleichsabkommen über Marokko und das Kongogebiet, schrieb die Zeitung:

„Beide Verträge, die in Frankreich allgemeine Befriedigung hervorgerufen, haben den Deutschen arge Enttäuschung bereitet. Aus den verschiedensten Gründen, zunächst deshalb, weil man die Demonstration mit der Entsendung eines Schiffes nach Agadir nicht begriff, wenn sie mit einer Verzichtleistung auf Marokko endigte. Sodann deswegen, weil die Nichtkolonialfreunde überhaupt gegen jede Vermehrung des Kolonialbesitzes eingenommen sind, als eine Quelle dauernder Mißhelligkeiten und unübersehbarer Ausgaben, die Kolonialfreunde der Regierung nicht verzeihen können, daß sie ein Stück deutschen Schutzgebietes abgetreten hat. . . Alle sind aber darüber einig, daß diese Gebiete, zu deren Abtretung Frankreich sich entschlossen hat, trotz ihres außerordentlichen Umfanges für Deutschland keinen Gewinn bedeuten. . . Man hat sogar von einem zweiten Olmütz gesprochen. . . Während aber die Freisinnigen ihren Haupttadel darauf richteten, daß Deutschland überflüssig demonstrierte, . . . sind die Konservativen und Alldeutschen, natürlich auch die Antisemiten, besonders empört darüber, daß Deutschland . . . geradezu einen Krieg vermied. . .“²

Während dieser Aufsatz eine Ablehnung der Regierungspolitik nur zwischen den Zeilen durchblicken ließ, hatten die jüdischen Sozialisten den Mut, erheblich deutlicher zu sprechen. Eduard Bernstein sagte auf dem Höhepunkt der Krise, zur Zeit von Lloyd George's Guildhall-Rede, „daß diese eine sehr

¹ AZJ 1911, S. 543.

² AaO, S. 542 f.

wohlüberlegte Warnung, ja eine verhüllte Kriegsdrohung darstellte, für den Fall, daß die Außenpolitik der Wilhelmstraße nicht vorsichtiger würde“³. Ludwig Frank, der in einer Reichstagsrede die Krise von 1911 mit der des Jahres 1905 verglich, kritisierte besonders, daß man beide Male Frankreich und England vor den Kopf gestoßen und die Wiederanknüpfung freundschaftlicher Beziehungen zu ihnen versäumt habe:

„So wenig jenes erste Abenteuer in seinen Motiven genügend begründet werden konnte, so wenig kann klar gestellt werden, warum denn nun hier plötzlich die Friedensverhandlungen mit Frankreich durch diese Schiffssendung unterbrochen werden mußten. . . Die Rede Lloyd Georges . . . wäre vielleicht nicht gehalten worden, der peinliche Zwischenfall wäre vielleicht vermieden worden, wenn die deutsche Regierung auf die Anfragen, die von London kamen, eine rechtzeitige Antwort gegeben hätte. . . Zu dem Ergebnis des Marokko-Abkommens muß ich noch sagen, daß wir es begrüßen, wenn . . . die offene Tür, die Gleichberechtigung des deutschen Handels, garantiert ist. . . – Nun zu den Kompensationen. Wir haben daran keine Freude. Die einzige Kompensation, mit der wir uns . . . gern befreundet hätten, wäre die Anbahnung eines aufrichtigen freundschaftlichen Verhältnisses zu Frankreich und England gewesen.“⁴

Nicht nur die Sozialisten hatten „keine Freude“ an den Kompensationen des Kongoabkommens und Furcht vor Verschlechterung der Beziehungen zu den Westmächten. Harden schrieb am 22. September 1911 in einem Privatbrief an Fürstenberg: „Ward je etwas ähnlich Aberwitziges gesehen? Wenn man wenigstens die Kongostücke noch im letzten Augenblick ablehnte. Das kann ja Frankreich nie verwinden, und wir gehen üblen Zeiten entgegen.“⁵

Fürstenberg allerdings zeigte sich weniger erschreckt. Er ließ sich auch von der Wilhelmstraße benutzen, um beruhigend auf die Börse einzuwirken, und rechnete sich nachher in einem Briefe an Albert Ballin mit „stiller Genugtuung“ als Verdienst an, „das in der Steigung begriffene Angstgefühl“ vor einem unmittelbar bevorstehenden bewaffneten Konflikt „in der Hauptsache beseitigt“ zu haben⁶. Warburg und Ballin begrüßten ebenfalls das deutsche Nachgeben in Marokko und die Kompensationen im Kongo⁷. Ihnen ging es weniger um die Kolonialinteressen, als vielmehr um die Erhaltung des Friedens. Ballin, der seit 1908 in Verbindung mit Sir Ernest Cassel in England bemüht war, ein englisch-deutsches Flottenabkommen zustande zu bringen und die Spannung zwischen den beiden Ländern zu vermindern⁸, benutzte nach der Marokkokrise die gleichen Kontakte, um durch den Besuch des englischen Kriegsministers Lord Haldane in Berlin einen englisch-deutschen Ausgleich herbeizuführen⁹. Im April 1914 versuchte er dann nochmals, durch Einladung Churchills nach Kiel, eine Aussprache zwischen den deutschen und den englischen Flottenchefs herbeizuführen¹⁰. Sogar in der Woche vor der

³ G. Mayer, *Erinnerungen*, S. 207.

⁴ L. Frank, S. 224 f.

⁵ In: *Fürstenberg*, S. 421.

⁶ AaO, S. 514 f., Brief an Ballin v. 20. 9. 1911.

⁷ *Hallgarten* II, S. 174 und 184, Anm. 4.

⁸ *Rosenbaum*, S. 278–295.

⁹ AaO, S. 284 ff.

¹⁰ AaO, S. 292.

Mobilmachung fuhr er noch einmal nach London zu Verhandlungen über die Flottenfrage mit Haldane, Grey und Churchill¹¹.

Den Anlaß zu diesem letzten Schritt hatte die Enthüllung Theodor Wolffs im „Berliner Tageblatt“ von englisch-russischen Besprechungen über ein Flottenabkommen gegeben. Wolff behauptete, das Material vom Auswärtigen Amt erhalten zu haben, das einerseits dem Abkommen der beiden Mächte entgegenwirken, andererseits dem Extremismus der deutschen Flottenchauvinisten keine neue Nahrung geben wollte und auf diese Weise die englisch-deutschen Beziehungen vor völligem Zusammenbruch zu bewahren suchte¹². Ballin berichtete in Berlin über den beruhigenden Eindruck, den seine Londoner Unterhaltungen auf ihn gemacht hätten, und als deren Ergebnis er glaube, daß weder England noch Frankreich wirklich den Krieg wollten¹³.

Viel pessimistischer hatte Walther Rathenau bereits seit 1911 die Lage beurteilt. Unmittelbar nach der Marokkokrise schrieb er in einem Aufsatz, dem er den Titel „Staat und Judentum“ gab:

„Ich sehe Schatten aufsteigen, wohin ich mich wende. Ich sehe sie, . . . wenn ich die Insolenz unsres wahnsinnig gewordenen Reichtums erblicke; wenn ich . . . von pseudogermanischer Ausschließlichkeit berichten höre. . . Eine Zeit ist nicht deshalb sorgenlos, weil der Leutnant strahlt und der Attaché voll Hoffnung ist. Seit Jahrzehnten hat Deutschland keine ernstere Periode durchlebt als diese.“¹⁴

Rathenau sah den Ausweg aus der Krise in der Einführung von überstaatlichen Organisationsformen, wie einem internationalen Rechnungshof und einem Zollverein, durch die dem nationalistischen Antagonismus der Völker der Stachel genommen werden könnte¹⁵. Aber er fürchtete, daß „die Schicksalsstunde“ das deutsche Volk überraschen und dann „alle Unternehmung ein Spiel der Winde“ bleiben würde, „wenn sie nicht in der Tiefe auf doppelt gefestigtem Fundament beruht: auf starker Politik und gerechter Verfassung“¹⁶. Beide Pfeiler eines solchen Fundaments fehlten jedoch seiner Meinung nach in Deutschland, und darum schien ihm schon 1913 mit Annahme des Gesetzes zur Verlängerung der Militär-Dienstzeit in Frankreich „der Krieg besiegelt“¹⁷.

Rathenaus Pessimismus wurde nicht einmal von den Sozialisten restlos geteilt. Gerade sie hofften, daß sie mit ihren Versuchen, „dem Frieden zu dienen, nicht allein bleiben“ würden¹⁸. Zwar fanden sie, daß alle „bürgerlichen Parteien . . . in den Bann des Imperialismus geraten“ seien, doch sahen sie es als ihre Pflicht an, wie ihr Fraktionsvorsitzender Hugo Haase 1912 auf dem Chemnitzer Parteitag der SPD erklärte, „für die Verständigung der

¹¹ AaO, S. 294 f.

¹² Th. Wolff, Jahrzehnte, S. 259 f.

¹³ Fürstenberg, S. 554 und Rosenbaum, S. 294 f.

¹⁴ Zur Kritik der Zeit, S. 206 f.

¹⁵ Aus Artikeln Rathenaus in der Wiener Freien Presse, zit.: Kessler, S. 153 f., 170 f.

¹⁶ AaO, S. 171.

¹⁷ AaO, S. 170.

¹⁸ Grünebaum, S. 33.

Völker zugunsten des Friedens einzutreten, soweit es in unserer Kraft liegt. Der Weltfriede ist und bleibt das Ideal der Proletarier aller Länder“¹⁹.

Haase und besonders Ludwig Frank waren sehr darum bemüht, französische und deutsche Parlamentarier zu gemeinsamer Friedensaktion zusammenzubringen. Nach einer internationalen Friedenskonferenz in Bern im Mai 1913 rief Frank im Reichstag zur Unterstützung des Friedenswerkes durch die bürgerlichen Friedensfreunde auf, und aus den Kreisen der Nichtsozialisten unterstützte Ludwig Haas diese Bemühungen²⁰ mit Energie. Einen Ehrenplatz in der Friedensbewegung nahm der Nobelpreisträger Alfred Fried ein, wenn auch seiner internationalen Friedensgesellschaft jeder politische Einfluß versagt blieb.

Wie verhielten sich nun die deutschen Juden in den letzten Jahren vor dem Kriege zu den politischen Fragen? Nachdem die Erregung der Marokkokrise abgeklungen war, gaben jüdische Zeitungen wohl ab und zu den schweren Bedenken gegenüber der „Kriegslust“ gewisser Kreise Ausdruck, prangerten dabei besonders Alldeutsche und Antisemiten als Kriegshetzer an²¹, forderten auch gelegentlich auf, nicht „der ‚Machtpolitik‘ der privilegierten Stände länger Vorschub zu leisten“²², im allgemeinen aber scheinen sie erst in letzter Minute vor der Mobilisierung den Ernst der Lage erfaßt zu haben. Wenn selbst Hugo Haase noch am 25. und 26. Juli 1914 meinte, daß Deutschland nicht automatisch durch den Ausbruch des österreichisch-serbischen Konfliktes zur Erfüllung seiner Bündnispflicht gezwungen sei²³, und wenn Ballin sogar noch in den allerletzten Tagen des Juli nicht an den Krieg glaubte²⁴, ist nicht verwunderlich, daß die der politischen Sphäre Fernerstehenden dem Attentat von Sarajewo „keinen bestimmenden Einfluß auf die Gestaltung (ihrer) Sommerpläne“ einräumten²⁵. Was Fürstenberg von sich erzählt, wird wohl auf die Mehrzahl der deutschen Juden zutreffen: „Weder ich noch wohl irgend jemand in meiner Umgebung hat ernsthaft an die Möglichkeit einer derartigen Katastrophe geglaubt, bis es zu spät war.“²⁶

Genau wie der Großteil der Deutschen der Außenpolitik der Regierung hilflos gegenüberstand und selber unfähig „zur Regelung und Verantwortung seiner Geschicke“²⁷ auf den Kaiser und seine Ratgeber vertraute, die „in ihrer Ahnungslosigkeit einen glänzenden diplomatischen Erfolg für gewiß“ hielten²⁸, ebenso gingen die deutschen Juden ohne richtige Einschätzung des drohenden Unheils dem Kriege entgegen. Nur ganz wenige von ihnen befähigte ihre intellektuelle Wachheit zu frühzeitiger Erkenntnis der Lage. Die

¹⁹ Haase, S. 22.

²¹ AZJ 1911, S. 543.

²³ Haase, S. 24 f.

²⁵ G. Mayer, Erinnerungen, S. 211.

²⁷ Worte Rathenaus in Kessler, S. 171.

²⁸ Th. Wolff im Leitartikel des Berliner Tageblattes v. 9. 11. 1918, zit.: *Mendelssohn*, S. 206 f.

²⁰ Schrag-Haas, S. 79.

²² IDR 1912, S. 30.

²⁴ Th. Wolff, Jahrzehnte, S. 259.

²⁶ Fürstenberg, S. 519.

gesamte jüdische Einstellung zu den Fragen der Außenpolitik während der Regierungszeit Wilhelms II. hatte sich kaum je über das provinzielle Maß erhoben, und ihre Kritik an Wilhelm und seinem Regierungssystem erschöpfte sich oftmals im Literarischen und rein Persönlichen. Die Ohnmacht dieser literarischen Politik kam wohl nirgends deutlicher zum Ausdruck als in Fritz Mauthners Märchen „Narr und König“, das von „Wulldis, dem Schönen“ erzählt, der – größtenwahnsinnig und schwachsinnig – zum „vielfach begabten Narren“ heranwuchs und schließlich an seiner eigenen Torheit zugrunde ging²⁹. Der „Simplicissimus“ hatte die Geschichte zur Veröffentlichung angenommen, sie aber wegen des Kriegsausbruches nicht mehr drucken können. Nun wurde nicht nur der Verfasser und sein tragikomischer Held, sondern die gesamte Welt durch die Ergebnisse „einer aberwitzig kurzsichtigen, alle Kräfte und Ideen des Auslands falsch schätzenden Politik“³⁰ jäh vor „vollendete Tatsachen“³¹ gestellt.

Die deutsche Bevölkerung insgesamt war vom Kriegsausbruch überrascht worden. Doch scheint es, als habe der Schock des Unabwendbaren einen Teil der Juden schneller ernüchtert als die Nichtjuden. Mehr als die Versprechungen „herrlicher Zeiten“ und glanzvoller Siege³² wirkte auf sie eine „überstark mit überspanntem Nationalismus“ geladene Atmosphäre, in welcher Chauvinismus und Rassenhaß nur allzu üppig gediehen³³, so daß sich gar manche von dem bei Kriegsausbruch entfesselten „hysterischen Treiben auf der Straße“ nur abgestoßen fühlen konnten³⁴. Später, als der Krieg bereits viele Monate währte, und die erste Begeisterung verrauscht war, fand ein Jude den Mut, die nüchterne Einstellung vieler aus seiner Gemeinschaft zum Kriegserlebnis gerade durch ihre lange leidvolle Geschichte zu erklären:

„Müssen wir denn wirklich leugnen, daß uns Juden der Krieg fremder ist als den anderen? Müssen wir uns wirklich schämen, aus der Zucht einer dreitausendjährigen Organisation der Seelen so hervorgegangen zu sein, daß ‚wir die Welt nicht mehr verstehen‘, wenn sie Krieg führt?... Sind wir wirklich schlimmer, weil wir, ... nicht nur den Feind, sondern auch bei jedem Schritte die uns zur zweiten Natur gewordene Scheu vor Menschenblut besiegen müssen?“³⁵

Doch in ihrer großen Mehrheit wurden auch die Juden des Reichs „von der Begeisterungswelle ergriffen“³⁶, die bei Kriegsausbruch durch Deutschland ging. Nicht allzuviele Juden werden dabei gerade an *jüdischen* hyperpatriotischen Äußerungen³⁷ Freude gehabt haben, wohl alle aber hofften auf den

²⁹ Mauthner, S. 219–357, S. 369–373.

³⁰ S. Anm. 28.

³¹ Titel einer Aufsatzsammlung von Th. Wolff.

³² S. Anm. 28.

³³ JVB 1914, Nr. 31, S. 1.

³⁴ Stampfer, Erfahrungen, S. 169.

³⁵ M. A. in: Der Jude I, 1916/17, S. 54.

³⁶ O. Meyer, S. 86.

³⁷ Ernst Lissauers „Haßgesang gegen England“ ist ein berühmtes Beispiel dafür. Weniger bekannt ist wohl ein Kriegsgedicht in dem orthodoxen Frankfurter Israelitischen Familienblatt, 1914, Nr. 31, S. 1, dessen schlimmster Vers lautete:

„Stürmt auf die Feinde! Drauf und drauf!
Schichtet die russ'schen Kadaver zu Hauf!“

deutschen Sieg³⁸. Denn die große Majorität lebte im Gefühl des „unlöslichen Zusammenhanges“ mit Deutschland und wollte nun nicht mehr sein als „nur Deutsche jüdischen Glaubens“³⁹.

„Innerhalb der jüdischen Richtungen gab es im Hinblick auf vaterländische Pflichterfüllung keinen Unterschied.“⁴⁰ Selbst bei Menschen von kritischem Verstand blieb die „Politik im Futteral der Heldenverehrung“⁴¹ stecken, und sie versicherten wie die meisten Deutschen: „Wir haben wahrlich diesen Krieg nicht gewollt. Wir führen ihn, weil er unvermeidlich war, weil man uns angegriffen hat, weil wir nicht anders konnten.“⁴² Ebenso bedingungslos wie die „Deutschen Staatsbürger jüdischen Glaubens“ bekannten die „Nationaljuden und die Zionisten sich zum deutschen Vaterland und standen mit Gut und Blut dafür ein“. Ähnlich erklärte der zionistische Jugendbund „Blau-Weiß“ in seinem Aufruf zu Kriegsbeginn: „Das Vaterland ruft seine Söhne zu den Waffen. Freudig folgen wir seinem Rufe.“⁴³ Das war ihnen bitter ernst. In gleicher Ausschließlichkeit demonstrierten die sozialdemokratischen Juden ihr Gefühl der Zugehörigkeit zum deutschen Volke als eine „Selbstverständlichkeit“⁴⁴, obschon sie gerade den Kriegsausbruch als das Scheitern all ihrer antimilitaristischen Bestrebungen empfinden mußten.

In gewissem Sinne machten Sozialdemokratie und Juden Deutschlands bei Kriegsausbruch den gleichen Umstellungsprozeß durch: Pflicht erhielt den Vorrang vor Ideologie, die Empfindungen wurden den „vollendeten Tatsachen“ angepaßt. Für diese Umstellung ist Ludwig Frank ein gutes Beispiel, der nun meinte, daß trotz seiner „prinzipiellen Gegnerschaft“ gegenüber dem Krieg „im Augenblick der Gefahr und der nationalen Verteidigung – alle Rücksichten zurücktreten mußten hinter der Notwendigkeit, geschlossen die Grenzen zu schützen“⁴⁵. Entsprechend dieser Gesinnung meldete er sich unter den Ersten als Freiwilliger an die Front. Kaum einer der vielen Juden, die es ihm gleichtaten, drückte die Gedanken, die sie dabei bewegten, besser aus als er. In einem seiner letzten Briefe als Soldat schrieb er:

„Ich bin in der Kaserne einquartiert und schlafe auf dem harten Feldbett wie mein Stammvater Jakob ‚zu Häupten den Stein‘, ... das Blut für das Vaterland fließen zu lassen, ist nicht schwer und umgeben von Romantik und Heldentum. Der feste Vorsatz sich einzuordnen und auch in kleinen und kleinlichen Pflichten *das große Ziel nicht aus dem Bewußtsein zu verlieren*, hilft über alle Hemmnisse hinweg. . . Ich habe den sehnlichen Wunsch, den Krieg zu überleben und dann *am Innenbau des Reiches mitzuschaffen*. Aber jetzt ist für mich der einzig mögliche Platz in der Linie in Reih und Glied, und ich gehe wie alle anderen freudig und siegessicher.“⁴⁶

³⁸ *Rahel Straus*, S. 210. So fühlte sie selbst, betonte aber den Pessimismus ihres Mannes.

³⁹ ISFAM 1914, Nr. 32, S. 1.

⁴⁰ *Feuchtwanger*, S. 6.

⁴¹ *Rosenzweig*, Briefe, S. 239.

⁴² *Bernhard*, Land oder Geld, S. 8.

⁴³ JVB 1914, Nr. 33, S. 2 und *Feuchtwanger*, S. 6.

⁴⁴ *Stampfer*, Erfahrungen, S. 169.

⁴⁵ Brief an Wilhelm Kolb v. 2. 8. 1914, in *Grünebaum*, Faksimile nach S. 32.

⁴⁶ *L. Frank*, S. 356 f. Hervorhebungen von mir.

Als Sozialdemokrat und als Jude wollte Frank ein besseres Deutschland und hoffte darauf, an dessen Aufbau mitwirken zu können. In dieser Beziehung gab es sicherlich keinen Unterschied zwischen den deutschen Juden der verschiedensten Einstellungen. In der Schicksalsstunde des Kriegsausbruches, als „noch einmal das alte Verlangen“ hervorbrach, „von der großen Gemeinschaft beansprucht und als ihr Mitglied anerkannt zu werden“⁴⁷, glaubte die jüdische Öffentlichkeit Deutschlands, aus der Proklamierung des innerpolitischen Burgfriedens und dem kaiserlichen Worte: „Ich kenne nur noch Deutsche“⁴⁸ die Botschaft einer neuen Zeit auch gerade für die Juden Deutschlands heraushören zu können: „Aus der Zeit der Not geboren, soll die Harmonie aller Bürger eine dauernde Errungenschaft unseres Volkes bleiben.“⁴⁹

Die Botschaft aber war trügerisch, und die „Harmonie aller Bürger“, die in Friedenszeiten nicht erreicht worden war, wurde auch aus dem Kriege nicht geboren. Im Gegenteil, je länger der Krieg dauerte, desto deutlicher trat zutage, daß die besondere Gefährdetheit der deutschen Juden auch durch die nationale Sammlungsbewegung nicht aufgehoben war, und daß selbst ihre Blutopfer im Kriege ihnen die restlose Integrierung in Deutschland nicht einbrachten. Sie mußten bald feststellen, wie mißtrauisch sie immer noch angesehen wurden, und daß selbst ihre treue Hingabe sie nicht vor Anfeindungen schützte. Bereits im Jahre 1916 wurde deutlich, daß „der gesteigerte deutsche Rassenchauvinismus“ erneut dem jüdischen Willen „zum völligen Deutschsein“ entgegenstand⁵⁰, und daß „uralte Vorurteile auch durch diesen Krieg nicht“ beseitigt waren⁵¹.

Der Krieg zwang also die Juden – gleichviel ob sie nun loyal zum Alten standen oder auf eine Umgestaltung des Bestehenden hinwirkten, ob sie sich als Deutsche, als international gerichtete Sozialisten oder als Nationaljuden fühlten – erneut zur Konfrontierung mit den Problemen ihres Deutschseins und ihres Judeseins. Gerade die Frage ihrer Bindungen ans Judentum wurde während des Krieges – durch ihre Entdeckung des Ostjudentums⁵² als Quelle vergessener Volkskräfte und durch die Balfour-Deklaration als politische Konkretisierung des Zionismus – in ganz neuer Weise akut und bot ihnen die Chance, „dem Hasse der Welt unseren Stolz“ entgegenzusetzen, „den Stolz darauf, etwas *eigenes*, etwas *ganzes* zu sein“⁵³.

Während nun die Juden Deutschlands noch um ihre jüdische Antwort rangen, wurde eine *deutsche* Antwort von ihnen gefordert. „Das deutsche Kaiser-

⁴⁷ G. Mayer, Erinnerungen, S. 230.

⁴⁸ Der Halbsatz „Ich kenne keine Parteien“ wurde von den jüdischen Zeitungen, zweifellos zur Betonung des Nachsatzes, im allgemeinen weggelassen, vgl. IDR 1914, S. 342 und ISFAM 1914, Nr. 32, S. 1.

⁴⁹ JPR 1914, S. 411. ⁵⁰ Feuchtwanger, S. 64.

⁵¹ Ludwig Haas im Reichstag 1916, zit.: Schrag-Haas, S. 89.

⁵² Vgl. den Aufsatz von Hermann Cohen, Der polnische Jude, in: Der Jude I, 1916/17, S. 149 ff.

⁵³ IDR 1917, S. 298. Hervorhebung im Original.

tum Bismarckscher Schöpfung und Bülow'scher Entfaltung“ wurde „zu Grabe geläutet“⁵⁴, und nun gehorchten sie, die seit 1878 zu Bürgern zweiter Klasse und seit der Judenzählung von 1916 auch zu „Soldaten zweiter Klasse“⁵⁵ gestempelt worden waren, dem in der kritischen Situation Deutschlands aufsteigenden Rufe nach deutscher Neuordnung: „Geistigkeit allein macht auch nicht glücklich. Ohne die Verwirklichung seid Ihr Schemen. Wir brauchen keine Messiasse. Seid *Politiker*, seid *Handelnde!*“⁵⁶

Als im dritten Kriegsjahr die Krise ihnen die Augen über die „verbrecherisch-schmähliche politische Führung“⁵⁷ öffnete, glaubten sie, daß „die innere Gestaltung und *Umgestaltung* der Dinge im Lande“ mindestens ebenso dringlich „für das Gedeihen unseres Reiches wie für das Recht, für die Ruhe und Sicherheit, für Glück und Behagen jedes Einzelnen“ sei, wie eine „etwaige Erweiterung der Grenzen“⁵⁸. Eine „Neuorientierung“⁵⁹ zur Umformung des Wilhelminischen Systems bahnte sich an. Die nahende Niederlage ließ die Frage wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Umgestaltung auf neuen politischen und verfassungsmäßigen Grundlagen akut werden. Es ist nur allzu natürlich, daß viele Juden jetzt eine „gewaltige Umwälzung“⁶⁰ des Bestehenden herbeisehnten und – da wiederum eine Entscheidung zwischen „Hie Sedan“ und „Hie Weimar“⁶¹ von ihnen gefordert wurde – begeistert „Hie Weimar!“ riefen. Verband sich doch für sie der Geist von Goethes Weimar mit dem der Weimarer Verfassung, und aus den „vollendeten Tatsachen“ des Weltkrieges schien die „wunderbarste aller Freiheitsbewegungen“⁶² hervorgehen zu sollen.

Die Juden waren damals mehr als willig, das Ihre zur Errichtung eines neuen Deutschland beizusteuern und verantwortlich „am Innenbau des Reiches mitzuschaffen“⁶³. Denn die Weimarer Republik versprach, Freiheit, Gleichheit und bürgerliche Integration in einem vollständigeren Maße zu verwirklichen, als es im Kaiserreiche je möglich gewesen war.

Was jedoch die Juden als „Neuorientierung“ begrüßten, war von den Erben des „Geistes von Potsdam“⁶⁴ bereits vor ihrer Verwirklichung als „Neu-Orientalisierung“⁶⁵ höhnisch abgetan worden. Unter dem Eindruck des deut-

⁵⁴ Dr. Siegfried Heckscher in einem Brief an Bülow, zit.: *Bülow III*, S. 285 f.

⁵⁵ Ludwig Haas im Reichstag, zit.: IDR 1916, S. 261.

⁵⁶ Ludwig Rubiner in: *Das Ziel*, Jahrbuch I, S. 111. Hervorhebung von mir.

⁵⁷ S. Anm. 54.

⁵⁸ IDR 1916, S. 194.

⁵⁹ Wort des Kanzlers Bethmann-Hollweg.

⁶⁰ Worte aus einem Brief Kurt Eisners vom 12. 11. 1918, s. Anhang B 23.

⁶¹ *G. Mayer*, *Erinnerungen*, S. 103.

⁶² S. Anm. 60.

⁶³ S. Anm. 46.

⁶⁴ *G. Mayer*, *Erinnerungen*, S. 47.

⁶⁵ Nach IDR 1917, S. 493 war dies die antisemitische Umformung des Bethmann'schen Wortes (durch Graefe).

schen Zusammenbruches konnte die „wunderbarste aller Freiheitsbewegungen“ vielen Deutschen den Traum von Sedan nicht ersetzen. Die Weimarer Republik war diesen Chauvinisten eine „Judenrepublik“. Und so schufen sie neue „vollendete Tatsachen“, als sie den Kampf gegen die Republik zusammen mit dem Kampf gegen ihre Juden führten, um dann beide zusammen in den Abgrund des „Dritten Reiches“ zu ziehen.

ANHANG A – TABELLEN

*Tabelle 1: Die geographische Verbreitung der aktiven Politiker im Vormärz
in Prozent*

Es wirkten in	Landespolitiker	Lokalpolitiker	zum Vergleich: Anteil an der Gesamtzahl der deutschen Juden
Rheinpreußen	13	6	7
Hessen	4	4	11
Frankfurt a. M.	7	2	1
Oberschlesien	1	27	4
Niederschlesien	4	2	} 3
Breslau	9	6	
Posen	–	23	20
Berlin	17	4	} 5
Brandenburg	–	1	
Westpreußen und Pommern	–	8	7
Ostpreußen	–	1	} 2
Königsberg	6	4	
Hamburg-Altona	6	–	2
Bayern	6	4	13
Württemberg	6	3	3
Baden	10	1	7
Verschiedene	11	4	15
	100	100	100

*Tabelle 2: Die Berufe der aktiven Politiker im Vormärz
in Prozent*

Es waren im Hauptberuf beschäftigt	Landespolitiker	Lokalpolitiker
Freie Berufe inkl. Studenten	76	18
Verleger	7	1
Handel, Industrie u. Finanz	9	70
Staatsdienst	6	–
Landwirte	–	6
Handwerker	2	1
Verschiedene	–	4
	100	100

Tabelle 3: Die geographische Verteilung der lokalen Tätigkeit 1848/49
absolut und in Prozent

Länder und Provinzen	Aktive
<i>Preußen:</i>	
Posen	39 Aktive = 6,5
Niederschlesien	46 „ = 7,5
Oberschlesien	18 „ = 3,0
Preußisches Rheinland	25 „ = 4,0
West-, Ostpreußen und Königsberg	11 „ = 2,0
Berlin	153 „ = 25,5
Übrige preußische Provinzen	15 „ = 2,5
Wahlmänner an ungenannten Orten	15 „ = 2,5
<i>Preußen insgesamt</i>	<i>322 Aktive = 53,5</i>
<i>Außerpreußische Länder:</i>	
Bayern	31 Aktive = 5,0
Baden	70 „ = 11,5
Hessen	14 „ = 2,5
Freie Städte	98 „ = 16,0
Mecklenburg	12 „ = 2,0
Schleswig-Holstein	30 „ = 4,5
Sachsen	12 „ = 2,0
Württemberg	8 „ = 1,0
Anhalt	6 „ = 1,0
Braunschweig	3 „ = 0,5
Andere Staaten	3 „ = 0,5
<i>Außerpreußische Länder insgesamt</i>	<i>287 Aktive = 46,5</i>
<i>Deutschland insgesamt</i>	<i>609 Aktive = 100,0</i>

Tabelle 4: Die Berufsgliederung der Landespolitiker 1848/49
in Prozent

Freie Berufe inkl. Studenten	76
Verleger	7
Handel, Industrie und Finanz	9
Staatsdienst	1
Handwerker	4
Verschiedene	3
	100

Tabelle 5: Die Stellung der Landespolitiker zum Judentum vom Vormärz bis zur Reichsgründung
in Prozent

	Vom Elternhaus her waren			Nach eigener Entscheidung wurden		
	Vormärz	1848/49	1850/66	Vormärz	1848/49	1850/66
Traditionstreu	33	35	33	5	3	8
Positiv-interessiert	} 60	} 56	} 60	40	29	38
Indifferent				25	40	31
Getaufte	7	9	7	30	28	23

Tabelle 6: Die Betätigungsfelder der Landespolitiker 1850–1866
in Prozent

	1850/58	1858/66
Abgeordnete und Kandidaten	42	42
Publizistik	29	20
Konsular- und Regierungsdienst	14	9
Frauenbewegung	–	3
Partei- und Vereinswesen	15	26
(davon in revolutionären Bewegungen)	(15)	(13)

Tabelle 7: Die geographische Verteilung der Lokalpolitiker 1850–1866
Absolute Zahlen (ohne Wahlmänner)

	1850/58	1858/66
<i>Außerpreußische Länder:</i>		
Baden	1	3
Bayern	9	14
Hannover	11	4
Hessen	10	12
Sachsen	5	2
Württemberg	5	12
Kleinstaaten	6	9
<i>Außerpreußische Länder insgesamt</i>	47	56
<i>Preußen:</i>		
Berlin	7	11
Brandenburg	5	15
Breslau	5	10
Niederschlesien	12	18
Oberschlesien	19	28
Königsberg	1	5
Ostpreußen	4	6
Pommern	4	18
Posen	69	100
Rheinland	7	11
Westpreußen	3	18
Andere Provinzen	3	16
<i>Preußen insgesamt</i>	139	256
<i>Deutschland insgesamt</i>	186	312

Tabelle 8: Die geographische Verteilung der Reichspolitiker 1867–1914
in Prozent

Länder	1867/78	1879/92	1893/1914
Preußen	66	77	85
(davon Berlin)	(40)	(60)	(76)
Baden	7	5	3
Bayern	6	4	2
Hessen	5	3	2
Sachsen	4	1	1
Württemberg	2	1	2
Kleinstaaten	10	9	5
	100	100	100

Tabelle 9: Berufsgliederung der Reichspolitiker 1867–1914
in Prozent

Beruf	1867/78	1879/92	1893/1914
<i>Freie Berufe:</i>			
Schriftsteller (im Hauptberuf)	48	47	57
Verleger	4	11	2
Studenten, Lehrer, Wissenschaftler	4	7	3
Juristen	17	13	17
Mediziner	2	2	2
	75	80	81
Staatsdienst	6	7	5
Bank, Industrie, Handel	12	7	12
Arbeiter, Angestellte	2	2	1
Andere	5	4	1
	100	100	100

Tabelle 10: Die geographische Verteilung der Lokalpolitiker 1867–1914
Absolute Zahlen

	1867/78	1879/92	1893/1914
<i>Außerpreußische Länder:</i>			
Anhalt	7	2	6
Baden	20	19	33
Bayern	46	43	59
Braunschweig	2	6	4
Bremen	–	2	–
Hamburg	32	24	20
Hessen (Großherzogtum)	15	18	21
Lippe	1	3	5
Lübeck	3	3	2
Mecklenburg	6	1	1
Sachsen	11	8	4
Sachsen-Weimar	1	3	3
Württemberg	19	24	14
Andere außerpreußische Länder	2	5	6
<i>Außerpreußische Länder insgesamt</i>	165	161	178
<i>Preußen:</i>			
Berlin Stadtverordnete u. Räte	{ 40	65	{ 146
Berlin Sozialisten		40	
Brandenburg	17	16	25
Hannover	11	10	7
Provinz Hessen	11	27	24
Frankfurt a. M.	17	11	25
Ostpreußen	37	20	61
Pommern	13	12	27
Posen	196	212	500
Rheinland-Westfalen	35	36	68
Provinz Sachsen	14	21	16
Schleswig-Holstein	7	4	3
Niederschlesien	31	36	60
Breslau	15	18	55
Oberschlesien	70	87	121
Westpreußen	26	57	190
<i>Preußen insgesamt</i>	540	672	1328
Elsaß-Lothringen	11	66	37
<i>Deutschland insgesamt</i>	716	899	1543

*Tabelle 11: Die Wirkungsfelder der jüdischen Politiker
absolut und in Prozent*

	1879/92 (185 Aktive)	1867/78 (153 Aktive)
Abgeordnete	38 = 19,0	66 = 38,0
Kandidaten	24 = 12,0	5 = 3,0
Zeitungswesen und Schriftsteller	94 = 47,0	69 = 40,0
Hohe Staatsbeamte	9 = 4,5	9 = 6,0
Parteifunktionäre	30 = 15,0	20 = 11,0
Frauenbewegung	5 = 2,5	4 = 2,0
Wirkungsfelder insgesamt	200 = 100,0	173 = 100,0

*Tabelle 12: Die Betätigungsfelder der jüdischen Politiker 1893–1916
in Prozent*

Art der Betätigung	1893/1916
(398 Aktive in 450 Wirkungsfeldern)	
Abgeordnete und Kandidaten	29,1
Zeitungswesen (bürgerlich)	28,7
Zeitungswesen (sozialistisch)	31,1
Hohe Staatsbeamte	3,8
Frauenbewegung	0,9
Parteifunktionäre und andere Aktive	6,4
	100,0

*Tabelle 13: Regierungstreue und oppositionelle Einstellung
in Prozent*

Jahre	Einstellung aller Aktiven			Einstellung der Parlamentarier		
	regierungstreue	bürgerl. Opp.	Soz. Opp.	regierungstreue	bürgerl. Opp.	Soz. Opp.
1867/1878	54,0	31,0	15,0	76,0	20,0	4,0
1879/1892	37,5–29,5	43,5–51,5	19,0	37,0	46,0	17,0
1893/1916 *	14,5	46,0*	39,5	20,0	51,0*	29,0

* Diese Zahlen gelten nicht für die Zeit des sogenannten Bülow-Blocks 1907–1909, da damals die freisinnigen Parteien dem Block angehörten und somit regierungsnah waren.

ANHANG B – DOKUMENTE

Nr. 1.

BUAFF/Nachlass Jacoby.

Auszug aus einem Brief von Johann Jacoby aus Frankfurt a. M. an Moser, 1848, April 4.

... *Meine* Stellung nahm ich bei der Opposition, nur dass ich im Verein mit Itzstein, Blum, Rechenbach etc. die Hitzköpfe der Partei (darunter Hecker, Struve, Zitz) von Übereilungen und gewaltsamer Erregung eines Zwiespalts abzuhalten suchte. In der Hauptverhandlung habe ich nur zweimal das Wort genommen und mich kurz gefasst; das erstemal wurde ich, ehe ich noch gesprochen von der Versammlung mit Beifallbezeugung begrüsst (dies nur für Sie und Meyerowitz, die wie ich weiss besonderes Interesse daran nehmen).

Dass ich auch mit einer sehr grossen Stimmenmehrheit zu dem Fünzigerausschuss gewählt, ist Euch durch die Zeitungen bekannt. Ausser mir ist *nur* noch Blum, Raveaux, Itzstein von der Opposition in den Ausschuss gekommen. *Deshalb* grossen Theils – und weil ich der einzige Jude in der Versammlung bin, habe ich es für Pflicht gehalten hier zu bleiben. In 3 Wochen sind hoffentlich unsere Arbeiten vollendet und das konstituierende Volksparlament hier zusammen. Die Sitzungen des Ausschusses sind vorerst im Kaisersaal und öffentlich. Ein Manifest an die deutsche Nation wird nächster Tage erlassen ...

Nr. 2.

BUAFF/Nachlass Jacoby.

Brief Johann Jacobys aus Frankfurt a. M. an Berlepsch in Erfurt, 1848, Mai 26.

Geehrter Herr!

Sie haben mich aufgefordert, als Kandidat für die in *Erfurt* vorzunehmende Wahl zur konst. *deutschen* Nationalversammlung aufzutreten. Da ich bereits in *Berlin* zum Abgeordneten für den preussischen Landtag erwählt bin, habe ich mir eine kurze Bedenkzeit von Ihnen erbeten.

Nach reiflicher Überlegung erkläre ich Ihnen nunmehr, dass, falls die Einwohner des *Erfurter* Wahlkreises mich mit ihrem Vertrauen beehren wollen, ich die Wahl für *Frankfurt* mit Freuden annehmen werde.

Den Aufbau einer *einheitlichen* deutschen Verfassung halte ich für ein Werk von so hoher Bedeutung, von so grosser Wichtigkeit namentlich für unser engeres preussisches Vaterland, dass ich die Mitwirkung an diesem Werke *jeder anderen* Pflicht vorziehen würde. Meine Losung ist: *Deutschlands Einheit über alles*.

Hochachtungsvoll Ihr
Dr. Johann Jacoby.

Nr. 3.

BUAFF/Nachlass Pinder.

Brief von Ludwig Walesrode aus Kobulten an Frau Pinder, 1848, Mai 23.

... Sie haben gewiss in Breslau die wunderbarsten, abenteuerlichsten Dinge über mich gehört. Nun denn, ich will Ihnen das Schlimmste selbst erzählen. Urteilen Sie. Dass ich an der letzten französischen Revolution unschuldig bin, das wissen Sie; ebenso an dem Barrikadenkampfe in Berlin – und doch – es mag Ihnen lächerlich unglaublich vorkommen – und doch sprach sich die Wut der durch die gefallenen Staatspapiere ganz kopflos gewordenen Bourgeoisie ganz unverhohlen gegen mich aus, als ob ich mit diesen grossen geschichtlichen Tatsachen, nicht bloss im engsten Zusammenhange stände, sondern geradezu ihr Hebel wäre.

Am Tage, als die erste Kunde von der Berliner Barrikadennacht nach Königsberg kam, wurde ich förmlich in der Börsenhalle (?) und in großer Versammlung zur Rede gestellt – über meinen Republikanismus, den ich nirgends ausgesprochen oder nur auszusprechen Gelegenheit hatte. Man forderte mir ein förmliches politisches Glaubensbekenntnis ab, um sich, wie der Kommerzienrat Schrödter (?) sich mit suaver (?) Stimme ausdrückte, über mich beruhigen zu können. – Bald nach den Berliner Vorfällen veranstaltete ich in der Wachtstube unseres Bataillons, beim dem ich Zugführer bin, eine Sammlung für die Waisen und Wittwen der Gefallenen. – Neues Verbrechen. – Ich sprach es eben daselbst unter der allgemeinsten Akklamation aus, dass die Gesellen und Arbeiter, wenn auch nicht verpflichtet, doch von der Volksbewaffnung nicht ausgeschlossen werden müßten, damit, abgesehen von der Ehre, die jedem gebührt, es nicht aussähe als wäre der Bürger bewaffnet gegen den Arbeiter. Unerhörte Wut gegen mich in der Stadt. Natürlich wollte ich das Volk bewaffnen, um alles umzustürzen. (Jetzt hat der Magistrat selbst die Bewaffnung von Gesellen und Arbeitern beschlossen.)

In einer Nacht, als unser ganzes Bataillon auf der Wache war, liess der Hauptmann der 10ten Kompanie, bei der ich stehe, plötzlich gegen Mitternacht die Kompanie antreten, um die sofortige Freilassung eines im Inquisitoriat gefangenen Kandidaten, der hochverräterische Reden geführt haben soll, gewaltsam zu erwirken. Es gelang mit vieler Mühe lediglich und allein meiner dringenden Beredsamkeit die Leute von diesem gefährlichen Friedensbruche abzuhalten. Wundern Sie sich indes nicht, dass am andern Morgen, obgleich hunderte von Zeugen bei diesem Auftritte gegenwärtig gewesen, das Stadtgespräch gerade mich als denjenigen nannte, der den Sturm aufs Inquisitoriat proponiert hatte.

Von dem Rechte der Assoziation machte ich Gebrauch und kündigte eine Volksversammlung im Böttcherhöpfchen an. – Sofort allgemeiner rumor, es würde dort zu Mord und Totschlag kommen; ich würde mich dort an die Spitze des Volkes stellen, um Gott weiss, welches fürchterliche Attentat in Königsberg zu verüben. Es hatten sich dort einige hundert Leute eingestellt, die Kurage hatten, das Entsetzliche zu erwarten. Unter denselben aber eine nicht unbedeutende Zahl von Arbeitern, die mit Knütteln und Spaten bewaffnet kamen, um, nach ihrem eigenen Geständnisse, tüchtig auf die *Liberalen* loszuschlagen. Ich liess mich nicht stören, hielt eine Anrede an die Leute, in welcher ich sie auf die Bedeutung der Gegenwart, und wie allein durch das *Gesetz* das vom Volke geheiligt wird, der Weg zur Freiheit führte pp. aufmerksam machte. Ich legte es Jedem als Ehrensache ans Herz den Frieden seiner Mitbürger zu ehren, und dafür zu sorgen, daß keine Störung der öffentlichen Ordnung unsere junge Freiheit verdächtige. Mit allgemeiner Akklamation wurde das gelobt. Die Versammlung endete in Ruhe, Einigkeit und musterhafter Ordnung. Ruhig, und auf meine Bitte, einzeln, zogen die Leute nach Hause, ich darf sagen, erfüllt von den wohlthätigen

Eindrücken dieses Tages. – Allein die Königsberger hatten nun einmal Schlimmes prophezeit, und so mußte denn, wo die Wahrheit auch nicht den geringsten Halt darbot, die verlämderische Lüge aushelfen. – Die für die Ruhe der Stadt so fanatisch besorgten Bürger waren jetzt gemein genug im Geheimen und durch Bestechungen, die arbeitenden Klassen gegen alle Liberalen und besonders gegen mich aufzuhetzen, und sie geradezu zu niederträchtigen Attentaten zu ermutigen.

Es wollte sich in Königsberg, nach dem Muster anderer Städte, ein Arbeiterverein bilden. – Die konstituierende Versammlung wurde von einem provisorischen Vorstände an einem Sonntag Nachmittage im altstädtischen Gemeindegarten berufen. Hier zeigte sich denn unsere Bourgeoisie in voller Glorie. Besoffene Arbeiter wurden zu hundert in die Versammlung geschickt, die Herren Steinfurt und Szilnik sprachen's dort offen aus: „Lasst Euch doch von den gelehrten Herren Geld zu Brot geben u. dergl. Es entstand ein wahrhaft dämonischer Tumult, der sich aus dem Kopf an Kopf von dem gemeinsten Gesindel vollgestopften Saale, auf die Strasse hinaus zog. Es war nur ein sehr trauriges, blutiges Ende abzusehen. Da schickte man in dieser Bedrängnis einige Leute zu mir, daß ich versuchen sollte den Aufruhr zu beschwichtigen. Ich ertrorzte mir Gehör und in der Tat gelang es mir, aber unter lebensbedrohlicher Gefahr, die Masse zum Nachhausegehen zu bewegen. Auch dieses Faktum wurde von der systematischen Verläumdungssucht wieder gerade zu meinem Nachtheile ausgebeutet.

Die Kompagnie, bei der ich stehe, erhielt von den Damen unseres Bezirks eine Fahne geschenkt, die feierlich in der deutschen Ressource in Empfang genommen und hinterher nach dem Hause des Kapitäns in militärischem Zuge (?) gebracht wurde. Dass ich dabei an der Spitze meiner Rotte mit gezogenem Säbel marschieren mußte, versteht sich von selbst. Eine Stunde darauf wird in der Stadt erzählt, ich hätte in einer Volksversammlung die Republik erklärt und zöge mit fliegenden Fahnen an der Spitze einer bewaffneten Volksmasse durch die Stadt und Gott weiss wohin. – Und all diese Dummheiten fanden willige leichtgläubige Ohren, und verbreiteten sich in der ganzen Provinz natürlich noch in kolossaler Übertreibung.

Das Entsetzlichste aber, was ich verschuldet, ist, eine bogenstarke Flugschrift geschrieben zu haben, in welcher ich das sogenannte Volk auf die Errungenschaften der neuen Zeit aufmerksam gemacht. Obgleich ich in dieser Schrift auch bloss auf die Verfassung hinwies, die vom Volke selbst beraten und organisiert werden soll, obgleich ich gerade das Proletariat, das überall ungestüm Abhilfe verlangt, darauf aufmerksam machte, daß nur durch das Gesetz, wie es sich unter den Händen der Volksvertreter hoffentlich zum Heile des Staates gestalten wird, Erlösung von den Leiden unseres sozialen Feudalismus erwartet werden darf; so wurde dennoch diese Schrift, die bei weitem nicht so stark ist, als die Ihnen gewidmeten Briefe „Über das Proletariat“ in meinem Königsberger Taschenbuche, förmlich als Mord- und Brandbrief bezeichnet, besonders von denjenigen, die sie nicht gelesen haben; die durch die gegenwärtig locker gewordenen Dienstverhältnisse beunruhigten Gutsbesitzer beten in borniertem Fanatismus diese in Königsberg grassierende Ansicht nach.

Es gibt jetzt kaum bei uns ein patriotischeres, verdienstvolleres Werk als mich geradezu aufzuhängen; und ich glaube, dass selbst zarte Damenhände es nicht verschmähen würden den Strick dazu etwa in schwarz-rot-goldener Seide zu häkeln. – In einer „Königsberg und die Revolution“ betitelten Broschüre, die ich gegenwärtig über diese unsere Zustände in Kobulten schreibe, und die ich Ihnen, sobald sie die Presse verlassen hat, zuschicken werde, werden Sie auch diese verpönte Flugschrift abgedruckt finden, und lachen – wenn Ihnen noch zu lachen möglich sein würde. Dass Ekel und Überdruß vor einem solchen fruchtlosen Kampfe mit der Massengemeinheit mich bei unserm Reinhold die Ruhe der ländlichen Einsamkeit aufsuchen liessen, werden sie wohl erklärlich finden...

Nr. 4.

BUAFF/RMI/ fasc. 22/3.

Brief des Innenministers der (Frankfurter) deutschen Reichsregierung an die Regierung von Württemberg in Angelegenheiten des ausgewiesenen Hausierers Mayer aus Hechingen, 1848, August 24.

(Das Reichsministerium des Innern)... beschränkt sich darauf, *einen* Gesichtspunkt hervorzuheben, von welchem es glaubt, daß er auch bei dem k. württemb. Gesamtministerium Beachtung finden werde. Es ist dies der Gesichtspunkt des allgemeinen deutschen Staatsbürgerrechtes, von dem aus innerhalb Deutschlands die Behandlung eines Deutschen als eines Ausländers wenigstens in dem Grade nicht mehr gebilligt werden kann, dass dem Einwohner eines deutschen Staates die Überschreitung der Gränze eines anderen deutschen Staates förmlich verboten wird. Mögen Heimaths- und Gewerbeberechtigung in den verschiedenen Staaten Deutschlands noch so verschieden sein und bleiben, mögen blosse Polizeivergehen in den einzelnen Staaten noch so verschieden bestraft werden, so ist es doch wünschenswerth, dass sich die Einheit Deutschlands als so weit hergestellt erweise, dass nicht dem Angehörigen eines deutschen Staates die Gränzen eines anderen deutschen Staates auf immer verschlossen bleiben...

Nr. 5.

BUAFF/Nachlaß Heinrich von Gagern.

Brief von Moritz Veit an Heinrich v. Gagern, Berlin, 1849, Juli 30.

Verehrter Freund!

Mit grosser Freude habe ich das erste Lebenszeichen der Frankfurter Freunde erhalten, das mir gestern zugekommen ist und ich benutze sogleich den freien Vormittag, um Ihnen über die Beobachtungen der letzten Woche(n?) einige Bemerkungen zugehen zu lassen.

Die Nicht-Betheiligung der demokratischen Partei bei den Wahlen ist jedenfalls ein beklagenswerthes Ereignis, indem der Ausfall der Berliner Wahlen ein so entschiedenes Überwiegen der rechten Seite ausweist, daß, ein ähnliches Verhältnis auch in den Provinzen vorausgesetzt, die gedeihliche Abwicklung weder des bevorstehenden Revisionswerkes noch der deutschen Sache in Aussicht gestellt werden kann. Die Demokraten lachen sich in's Fäustchen und freuen sich über die derbe Lection, welche die Constitutionellen erhalten haben; sie haben den aufrichtigen Freunden der verfassungsmässigen Monarchie den Beweis liefern wollen, dass diese in der Leidenschaft des Kampfes gegen die Demokratie, sich mit falschen Freunden verbündet haben, von denen sie sich lossagen müssten. Diese schärfere Sonderung der Parteien, die bisher vereinigt unter dem Banner des Conservatismus (sic!) kämpften, ist denn auch in allen vier Wahlbezirken vor sich gegangen, und ich würde sie als einen entschiedenen Fortschritt begrüßen, wenn nicht die const. Partei, sowohl der Zahl als der Geisteskraft nach bis jetzt noch zu schwach wäre, um, ohne den Beistand der demokratischen Partei, den Cader's (?) der Preussenvereine und des Treubundes die Stange zu halten. Denn Sie müssen bedenken, dass sich zu den Nicht-Wählern auch die demokratisch-Monarchischen, unser linkes Zentrum, dies Publikum der National-Zeitung, die beiläufig bemerkt, im Laufe eines Jahres auf 13 000 Abonnenten gestiegen ist, geschlagen

haben. Die Rückwirkung der in den letzten Wochen gemachten Erfahrungen wird sich wohl zunächst in den zahlreichen constitutionellen Vereinen zeigen, in denen Mäusedreck von Coriander sich sondern wird. Constitutionell freilich will ein Jeder sein, seitdem der König die Flagge aufgezo-gen hat, und wenn die Const. de lendemain von denen de la veille sich noch nicht aus eigener Bewegung getrennt haben, wenn sie sich ihrer ehemaligen unconstitutionellen Richtung noch nicht rühmen und zu erkennen geben, dass sie nächstens den Schritt in das ancien regime zu thun entschlossen sind, so hat dies keinen anderen Grund, als die Überzeugung, daß der König aufrichtig die Verfassung will, der König, und ich setze mit Überzeugung hinzu, auch Herr von Manteuffel, der obgleich de lendemain, doch als ein redlicher politischer Charakter sich bewährt hat.

Was nun die deutsche Frage betrifft, so glaube ich die Behauptung wagen zu dürfen, dass die wahrhaft Constitutionellen auch deutsch gesinnt sind. Rechnen Sie dazu die Demokraten, und zwar nur die honetten, denn bei den eigentlichen Wählern ist eine zuverlässige Überzeugung nicht zu vermuthen, so werden wir bei den Wahlen zum Reichstag, an denen sich ja, wie wir wissen, alle Parteien beteiligen, sicherlich ein bedeutendes Übergewicht haben. . .

Nr. 6.

BUAK/Kleine Erwerbungen 23.

Ferdinand Lassalle an Unbekannt [Originalkonzept], 1863, Oktober 21.

Geehrter Herr!

Auf den directen Wunsch einer gemeinschaftlichen Freundin, Mad. Emma Herwegh, übersende ich Ihnen beifolgend die vollständige Serie meiner politischen Flugschriften, die ich ohne diese ausdrückliche Aufforderung zu übersenden fast pretentiös finden würde:

Die Schriften wollen genau in derselben Reihenfolge gelesen sein, in welcher ich sie Ihnen nachstehend aufführe. Sie sind ein genetischer Process, dessen Nothwendigkeit sich eben nur bei schrittweiser Verfolgung rechtfertigt.

1. Herr Julian Schmidt, der Literarhistoriker etc. *Scheinbar* hat diese Schrift mit den folgenden noch keinen Zusammenhang. Aber eben nur *scheinbar*! In der That ist hier wie Ihrem Auge nicht entgehen wird die ganze eine *Hälfte* der Bewegung. Sie ist die Erhebung gegen den literarischen Mob, auf welche mit innerer Nothwendigkeit die Erhebung gegen den politischen und ökonomischen Mob folgen mußte.

Der theologische-politische-ökonomische-literarische Mob – es ist immer ein und derselbe Mob, der seine einheitliche Natur nur nach verschiedenen Seiten hin zur Schau stellt.

2. Vortrag über Verfassungswesen: obgleich derselbe schon durchaus auf meinem social-philosophischen Gesamtstandpunkte beruht, wurde er dennoch von der Bourgeoisie noch ausnehmend beklatscht, weil diese mit dem geistigen Scharfblick der sie kennzeichnet nur die darin ausgesprochenen, nicht die darin enthaltenen Consequenzen erkannte. Diese latenten Consequenzen wurden aber – unter etwas breiterer Entwicklung der social-philosophischen Grundlage scharf gezogen in

3. dem „Arbeiterprogramm“, welches zu einem Criminalprozess Veranlassung gab, in welchem zunächst die Rede

4 a. „die Wissenschaft und die Arbeiter“ erfolgte. In derselben wird, wie Sie sehen, noch vollständig die Allianz mit der Bourgeoisie und den Fortschrittlern festgehalten. Das Gleiche gilt von

4 b. der Gedenkrede: „Die Philosophie Fichte's“, die in diese Zeit fällt und die Konsequenzen in nationaler Hinsicht enthält. Inzwischen entwickelten sich die Ereignisse. Der vollständige Verfassungsbruch, den ich schon in dem ersten Vortrag, fast ein Jahr vorher, als nothwendig und unvermeidlich vorausgesagt hatte, trat ein. Das Ministerium Bismarck kam ans Ruder und hielt die Verfassungsverletzung offen aufrecht. Jetzt – während der Vertagung der Kammern – erschien

5. mein „Was nun?“ Immer noch die Allianz festhaltend, den Fortschrittlern das Einzige angehend, was zu thun war und sie zugleich mit dem offenen Bruch Seitens aller demokratischen Elemente bedrohend, falls sie sich zu Complicen der Regierung und es dieser möglich machten, den äusserlichen Scheinconstitutionalismus aufrecht zu halten, statt durch ein männliches Handeln den Boden zu einer revolutionären Gährung zu legen. Ebenso

6. „Macht und Recht“, schon stärker drängend, als die Fortschrittspartei ihre Entschlossenheit in *Nichtsthun* zu verharren – an der ich übrigens nie gezweifelt – fortgesetzt an den Tag legt(e). Nachdem endlich dieser Entschluss der Fortschrittler zur historischen Thatsache geworden, liess ich eine Seitens des Leipziger Centralcomites an mich ergangene Anfrage (in Folge meines „Arbeiterprogrammes“) benutzend,

7. mein „Antwortschreiben“ erscheinen, in welchem nun der offene Bruch als vollendete Thatsache eintrat. Die ebenso klägliche als thörichte Stellung, welche die Fortschrittspartei und Presse zu demselben einnahm, ist nur Jemandem ganz klar, der die verschiedenen Blätter dieser Presse täglich zu verfolgen das Unglück hatte.

Nun folgen in raschem Lauf:

8. mein „Arbeiterlesebuch“ und

9. meine Vertheidigungsrede vor dem Kammergericht, die indirekten Steuern und die Lage des Arbeiterstandes, darauf

10. meine Rheinische Rede, die Feste, die Presse etc. und endlich:

11. die „Ansprache an die Berliner Arbeiter“, die vor drei Tagen die Presse verlassen hat.

Es ist viel verlangt, sich durch diese ganze Literatur durchzulesen. Ich verlange es auch nicht. Nur das Eine verlange ich, geehrter Herr, dass Sie keine dieser Broschüren ausserhalb der hier angegebenen Reihenfolge lesen und erst urtheilen wenn Sie *Alles* gelesen haben. Die grosse Sorgfalt mit welcher ich, ich möchte fast sagen seit meiner Kindheit Ihre Schriften verfolgt und die liebevolle Wärme, die ich seit dieser Zeit immer für Sie fortbewahrt habe, giebt mir vielleicht ein Recht zu dieser Bitte. Schon im Voraus werden Sie, wenn Ihnen meine philosophischen Werke nicht vielleicht entgangen sind (Philosophie Heraklitos' des Dunkeln, 2 Bde. System der erworbenen Rechte 2 Bde.) nicht zweifeln, daß meine Erhebung (?) auf streng philosophischer Grundlage bei mir erwachsen ist. Die Fortschrittler sind politische *Rationalisten* der seichtesten Sorte und es (ist) *derselbe* Kampf, den Sie in theologischer und den ich jetzt in politischer und ökonomischer Richtung führe. Eben deswegen würde es mir ausnehmend leid thun, von jemand, den ich so verehere wie Sie, diese tiefe innere Identität verkannt zu sehen, die übrigens – verzeihen Sie mir diese Versicherung – selbst trotz einer Verkennung eine historische und philosophische Thatsache bleiben würde.

In politischen Kampfschriften kann das philosophische Element nur eben den Hintergrund bilden und darf nicht als solches hervortreten.

Aber in streng philosophischer Weise ist der Grundgedanke dieses ganzen Kampfes entwickelt in meinem schon 1861 erschienen(en) System der erworbenen Rechte, welches ich mir (scl. Ihnen), da es Ihnen vielleicht entgangen ist, mit warmer Vereherung und als ein schwaches Zeichen des Dankes für alte Erkenntnisschulden, die ich Ihnen abzustatten habe, überreiche.

Der § 7 des 1sten Bandes enthält – in einer freilich erst nach Durchlesen des ganzen Werkes wirklich verständlichen Weise – die *Grundlagen* meiner politischen und ökonomischen Interpretation (?). Orientieren wird Sie übrigens schon das Vorwort.

Und nun erlauben Sie mir Ihnen herzlichst die Hand zu schütteln und Ihnen zu sagen wie angenehm es mir ist, bei diesem Anlass eine persönliche Bekanntschaft mit Ihnen vermittelt zu haben.

Es wird mir natürlich gleich angenehm sein, wenn Sie mir antworten. Aber gestatten Sie mir die Bitte, dass dies nicht früher geschehe als bis Sie das übersandte Material – freilich mit Ausnahme des „Systems d. E. R.“, denn das ist eine saure und nicht schnell zu bewältigende Lecture – durchgelesen haben.

Mit Hochachtung und Verehrung F. L.

d. 21. Oct.

N. B. Falls Sie meinen Heraklit nicht kennen, bitte ich Sie mich davon baldigst kurz zu benachrichtigen. Ich erlaube mir dann, Ihnen denselben zu überschicken, da Sie dort mythologische und religionsgeschichtliche Forschungen finden, sowohl über orientalische Religion als bes. auch über die innere Genesis der christlichen Religion in gelegentlicher Ausführung, die mit dem spezifischen Gegenstande Ihrer Studien und Arbeiten in engstem Zusammenhang stehen.

d. O.

Nr. 7.

HNBj/Schwadron Collection, Mappe Bleichröder.

Brief von Gerson v. Bleichröder an Unbekannt, Berlin, 1872, Februar 11.

Geehrter Herr Oberst!

Ich empfang Ihre gefl. Zeilen vom 6ten, womit Sie mir den Journalisten Herrn Wechsler recommandiren. Derselbe hatte allerdings bereits an mich geschrieben, doch derartig, daß ich eigentlich nicht herausbekommen konnte, was er wollte.

Da nach Ihrer eigenen Aussage der Mann ein sonst anständiger und hilfsbedürftiger ist, so wollen Sie die Güte haben, ihm für meine Rechnung frs. 100 (Hundert Francs) bezahlen, die ich Ihnen hier bei der Discontogesellschaft rebonificiren werde.

Eigenthümlicherweise bin ich ohne Empfangsnachrichten meiner an Sie gerichteten Depesche geblieben, worin es sich darum handelte, ob der dortige Finanzminister hierher kommen würde oder nicht. Selbst meine Nachfragen über diesen Punkt bei der Discontogesellschaft blieben unerledigt, und mache ich Sie heute darauf aufmerksam, dass unser Ministerpräsident Fürst Bismarck wahrscheinlich in den nächsten Tagen einen Urlaub auf einige Wochen antreten wird.

Nachdem wir gestern hier mit den alten Concessionairen uns abgefunden, hoffe ich, daß Sie inzwischen dort die Convention unterzeichnet und durch die eingetroffene Vollmacht des Herrn Regierungsrath Reiner der Gegenstand auch drüben seine Erledigung gefunden hat.

Die Arbeit, welche Sie dort gehabt haben, ist jedenfalls eine anerkennswerthe. – Freund Oberstlieutenant v. Brandt, den ich gestern gesprochen, läßt sich Ihnen auf das Angelegentlichste empfehlen,

und harre ich
mit Hochachtung Ihr ergebener
(eigenhändig) S(?) Gerson Bleichröder

Nr. 8.

HNBJSchwadron Collection, Mappe Bleichröder.

Brief von Gerson v. Bleichröder an Meyer Magnus (?), Berlin, 1874, Juli 1.

Verehrter Freund!

Ich komme heute wiederum, Ihnen ein Schreiben des Central-Comite's der Alliance Israelite Universelle zu unterbreiten und bitte wiederholt darum, dass reiche Sammlungen für diese unglücklichen Armen vorbereitet werden. Nach dem alten Sprichwort: bis dat qui cito dat ist es dringend nothwendig, die Spenden sobald als möglich nach Constantinopel zu übersenden. Ich selbst bin bereit mein Scherflein in beifolgenden 100 mk (Th?) beizusteuern.

Genehmigen Sie, verehrter Freund, den Ausdruck meiner besonderen Hochachtung und Ergebenheit

S(?) G. v. Bleichröder.

Nr. 9.

HUBFF/Nachlass Lazarus Geiger.

Originalkonzept einer Zuschrift von Lazarus Geiger an die Redaktion einer Zeitung, Frankfurt a. M., 1866 (ohne Datum).

„Anfrage an unsere Taktiker“

Wann wird denn nun eigentlich die „Action“ von Seiten Deutschlands einmal beginnen? Man hört tagtäglich von raschen Fortschritten der Preussen, von Erfolgen, umso demütigender für uns, je unblutiger sie sind. Eine deutsche Hauptstadt nach der anderen wird besetzt, eine Hilfsquelle nach der anderen eröffnet, das preussische Heer verstärkt sich jeden Augenblick, so bald es will, aus den in seine Hände gefallenen, vielleicht auch der Gesinnung nach zweideutigen – deutschen Volksstämmen. Und wir, was thun wir? Wir warten, bis sie beisammen sind, und fahren indes spazieren. Sollen etwa noch die Badenser kommen? Und wenn sie nun nicht kommen? Wenn sie sich noch einige Wochen besinnen, bis gewisse Ereignisse am Hofe endlich überwunden sind? Unterdessen liefert man den Preussen Producten (?) aus Bundesfestungen aus und escortirt ihre Marodeurs bewaffnet ins feindliche Lager. Eines schönen Tages werden wir hören, daß die Preussen Mainz genommen haben. Aber nein, so garstig werden sie ja nicht sein, um sich um den Bundesbeschluss betreffs Frankfurts Neutralität nicht zu kümmern. Wenn die Dinge so fortgehen, wenn man beständig *nur* mit sogenannten strategischen Erwägungen Deutschland preisgibt, wenn man vergisst, dass in Deutschland nicht bloß Mauern und Gebirgspässe, sondern auch Menschen und Völker sind, wenn man die Holsteiner, die Hamburger, die Hessen, die Hannoveraner, die Masse (?) einstweilen preussisch machen will, – so sind wir andern leider, leider verloren, falls uns nicht Mächte helfen sollten, die ausser dem Bereiche wohlweiser strategischer Ceremonienmeister liegen.

Nr. 10.

HNBJSchwadron Collection, Mappe Martin Philippon.

Brief an die Eltern, Berlin, 1870, August 7.

... Wer sollte sich jetzt nicht glücklich fühlen in dem Bewusstsein der unvergleichlichen Tüchtigkeit, die unser wackeres Volk eben wieder auf dem Schlachtfeld bewie-

sen hat. Jetzt eben dröhnen die Siegeschüsse wegen der glänzenden Victoria von Wörth in mein Fenster. Es ist doch kein Wahn, was so viele Dichter gesungen, was so Hunderttausende wiederholt haben: „Lieb Vaterland, magst ruhig sein, fest steht und treu die Wacht, die Wacht am Rhein!“

Hat sie doch auch Euch bewahrt vor dem schändlichen Feinde, die treue Wacht am Rhein, welche unser Volk von der Pregel bis zum Bodensee, von der Weichsel bis zum Dollart gehalten hat! Todesmutig stürmen sie auf den Feind, um die gesegneten Fluren der Heimat dem theuren Vaterlande zu erhalten und zu bewahren: „Deutschland, Deutschland über Alles, über Alles in der Welt.“

Entschuldigt, dass ich nur kurz schreibe, aber Thränen der Freude und Rührung füllen mir die Augen. Adieu! lebt wohl und schreibt recht bald über Euer und der theuren Geschwister Befinden

Eurem treuen Sohn Martin

(Für die Zeitung) . . . Die Juden bewähren sich wieder als echte Patrioten. Hoffentlich werden dafür mit dem Kriege die letz . . . (ein halbes Blatt weggeschnitten. Wahrscheinlich zu ergänzen: „ten Beschränkungen verschwinden.“ Nachschrift:) . . . Zum Arbeiten hat man gar keine Ruhe.

Nr. 11.

Privatbesitz E. Rawitz, Haifa.

Feldpostbrief von Unteroffizier L. Rawitz, 5. Comp. 64. Regt. an Max Rawitz, Regisseur und Schauspieler am Stadttheater zu Gross-Becskerek, Ungarn, aus dem C. Q. Vibraye, 1871, Februar 14.

Lieber Max!

Deinen lieben Brief habe ich empfangen und gratuliere Dir wie Deiner Frau von Herzen.

Ich bin Gott sei Dank! bis jetzt wohl und munter!

Wir liegen während der jetzigen Waffenruhe in obigem Städtchen, 6 Meilen von Le Mans, im Quartier und geniessen hier endlich einmal die so lang ersehnte Ruhe. Der liebe Gott gebe nur, dass der Friede zu Stande komme.

Der Monat Januar war sehr schlimm für uns; wir waren vor Le Mans 7 Tage im Gefecht und mussten in den Nächten ohne Feuer bivouakiren.

Mein eisernes Kreuz habe ich für Auszeichnung in dem Vorpostengefecht bei Nancray am 29. November v. J. erhalten, wo es mir gelang, unsere ausgesetzten Doppelposten, die durch eine unserer Compagnie weit überlegene feindliche Abtheilung von uns getrennt worden waren, mitten durch dieselbe zur Compagnie wieder zurück zu bringen. Unsere Lage damals war sehr kritisch, gefangen nehmen wollten wir uns nicht lassen und so gingen wir denn, mit mir im Ganzen 10 Mann, mit lautem Hurrah durch diese Bande (es waren Zouaven und Turcos) mitten hindurch. Die Kerls stiebten wie Spreu auseinander, erst als wir durch waren, sahen sie unser geringes Häuflein und nun gab es einen wahren Kugelregen hinter uns her, wobei leider einer meiner braven Leute seinen Tod fand.

Deine Frau befindet sich hoffentlich recht wohl, grüsse sie unbekannterweise von mir. Schreibe recht bald an

Deinen Bruder! Ludwig Rawitz.

Nr. 12.

BUAK/Nachlass Maximilian Harden.

Brief von Ludwig Bamberger an Maximilian Harden, Berlin, 1889, Dezember 22.

Geehrter Herr!

Ich danke Ihnen herzlich für Ihren freundlichen Brief. Da Sie selbst Schriftsteller sind, so wissen Sie den Werth eines solchen ganz spontanen Echo's für den in die dunkle Öffentlichkeit hinausrufenden gewiss zu würdigen. Es gibt nichts Lohnenderes für Unser Einen, besonders in Deutschland wo der Mensch wenn er nicht Offizier oder Professor ist so selten erfährt, daß er mit Andren zusammenhängt. – Wenn ich Ihnen bei dieser Gelegenheit sagte, dass ich mit wachsendem Vergnügen Ihrer Mitwirkung an der Nation folge, so würden Sie das für ein Gegenkompliment ansehen. Ich verweise sie deshalb lieber an unsere Kollegen Barth u. Nathan, welche ich zu diesem Zweck des Amtsgeheimnisses für die Zeugen-Aussagen entbinde.

Es soll mich freuen, wenn diese schriftliche Begegnung mir Ihre persönliche Bekanntschaft verschafft.

Ihr Ergebener L. Bamberger.

Nr. 13.

BUAFF/Nachlass Pinder.

Brief von Ludwig Walesrode an Frau Pinder, Stuttgart, 1871, Karwoche.

... Sie schelten mich, dass ich Ihnen nicht zu dem Frieden gratuliert, der *Deutschland* einig gemacht hat. Ich fürchte, Sie werden mich noch mehr schelten, wenn ich Ihnen sage, warum nicht. Sie dürfen mir glauben, ich habe mich über den Frieden gefreut, weil er dem Greuel des Krieges ein Ende gemacht – wenn auch das nicht eine Täuschung sein sollte. Aber, dass Deutschland wirklich grösser geworden, weil es sich auf der Karte um ein paar hundert Quadratmeilen mit etwa 1 1/2 Millionen widerwilliger „Seelen“, wie man ehemals in Russland sagte, vergrössert hat, das will mir nicht einleuchten. Ebenso wenig, dass das Ideal eines einigen deutschen Vaterlandes, wie es vordem jedem freien Mann vorgeschwebt, sich unter der preussischen Kaiserkrone glücklich erfüllt habe. Ich sehe nichts weiter, als dass die freie Kraft des deutschen Volkes, an die ich geglaubt, gebrochen ist; dass es mit ohnmächtigen, liberalen Velleitäten sich immer tiefer in das Byzantinertum einlebt. Darin ist es allerdings einig geworden. Und wenn ich bedenke, welche Ströme Menschenblutes für dieses Ziel geflossen sind, mit welchen Opfern, ja mit welchem Heldenmut dasselbe erkämpft worden, dann kann ich wahrlich nicht mit „Ja“! und „Amen“ mich zu dem neuen politischen Glauben bekennen. Gestatten Sie mir nur zu bemerken, dass mit den Blutströmen von 1866 und 1870/71 nicht einmal das Ministerium Mühler hinweggeschwemmt werden konnte. – Doch, Sie werden mir weitere Ausführungen erlassen. Es ist mir nicht darum zu tun, Sie in Ihrem freudigen Glauben an eine neuangebrochene bessere Zeit zu beirren. Aber es wäre ein Verrat an Ihrer Freundschaft für mich, wenn ich es zuliesse, dass Sie sich auch nur einen Moment in meinen Ansichten irrten. . .

Nr. 14.

BUAFF/Nachlass H. C. von Gagern.

Brief von Leopold Zunz aus Berlin an den Minister H. C. v. Gagern, Darmstadt, 1822, März 12.

Hochgeborener Herr Freiherr
Hochgebietender Herr Minister

Unter den Namen der deutschen Staatsmänner, die eine wahrhaft liberale Gesinnung von jeher auszeichnete, und die gleich entfernt von kleinlicher Engherzigkeit, und von leerer und planloser Ungebundenheit dem deutschen Vaterlande schon durch ihr Daseyn Trost und Hoffnung gaben, glänzt vor Allen der Name Ew. Excellenz. Aber zusammenhängend mit dieser Gesinnung und theilweiser Ausfluss derselben ist Ihre Denkwegsweise rücksichtlich der jüdischen Glaubensgenossen. Sie hat sich vor nicht geraumer Zeit in den Verhandlungen der Darmstädtischen Kammer auf eine Weise gezeigt, die zu schönen Erwartungen der Gutgesinnten berechtigen konnte. Damals wünschten Ew. Excellenz Vereine zum Behufe der Bildung des jüdischen Volkes. Ihr Wunsch ist erfüllt durch die Gründung des Vereins, der die wissenschaftliche Seite seiner Thätigkeit durch die Herausgabe der beifolgenden Zeitschrift begonnen hat, und der im Gefühl der innigsten Dankbarkeit gegen Ew. Excellenz mir den Auftrag ertheilt, das eben erschienene 1ste Heft derselben Hochdensenben zu überreichen. In der etwaigen Billigung, die Ew. Excellenz seinen Bestrebungen werden leisten, wird er eine erfreuliche Aufmunterung zu fernem Thun, und eine hinlängliche Belohnung bisheriger Anstrengungen finden. Alle Kräfte, die vereinzelt untergehen würden, finden in einer Vereinigung allein ihre Consistenz, und nur auf diesem Wege ist es möglich etwas für die allseitige bürgerliche Ausbildung der Juden zu thun.

Zugleich aber will ich es wagen, die unaussprechliche persönliche Verehrung an den Tag zu legen, mit der ich zu seyn die Ehre habe

Ew. Excellenz unterthänigster
Zunz, Dr.

Berlin, den 12. März 1822.

(Am Kopf trägt der Brief die Anmerkung H. C. v. Gagerns: „resp. höflich, die ersten Maitage“.)

Nr. 15.

HNBj/Schwadron Collection, Mappe Paul Nathan.

Brief von Paul Nathan an Unbekannt (Datum unleserlich).

Eigene Handschrift, Kürzungen von P. N., Geschenk des Herrn Dr. Robert Weltsch, 1924.

B.(d.?) 17/VII(I?)/1(4?)
N. W. Altonaer Str. 26

Frdl. Dank, sehr geehrter Herr Dr., für Ihren Brief. Es scheint mir doch, dass die ostjüdischen Studenten in Deutschland anders behandelt werden sollten, als die in anderen Ländern u. zwar *nicht* weil sie sich in Deutschland befinden, sondern weil sie z. Theil schon während des Krieges nach Deutschland gekommen sind, in Deutschland bisher über Wasser gehalten wurden u. nun zum *grossen* Theil vor Abschluss ihrer Studien stehen u. vor der Gefahr die Arbeit vieler Jahre zu verlieren; nicht in Rücksicht auf die Deutschen Juden sollte meiner Ansicht nach hier intervenirt werden,

sondern im Hinblick auf die osteuropäischen Juden bei uns, die vor der Vernichtung ihrer Existenz stehen.

Sie werden gewiss in der Lage sein, so wirksame Argumente anzuführen u. Ihr *persönlicher Einfluss* wird vor Allem so gross sein, dass ich auf ein abschliessendes Ergebnis glaube rechnen zu dürfen.

Um die augenblicklichen schlimmsten Nöthe zu beseitigen, ist es mir übrigens bei Dr. Simon gelungen für die Küchen der armen Teufel, die vor dem Eingehen standen, Mk. 2000 aus Hilfs V. Mitteln zu erhalten. Es geht Ihnen u. den Ihrigen hoffentlich gut. Frdlich grüssend

(ein Wort unleserlich) Ihr P. Nathan.

Nr. 16.

HNBJSchwadron Collection, Mappe Paul Nathan.

Konzept eines Briefes von P. Nathan an Aldenhoven (Datum unleserlich).

B.(?)d.(?) 17/1(11?)

Liebster Herr Aldenhoven!

Vielen Dank für den Brief u. für Frl. Minna und Piccola Aldenhoven. Ich war immer der Ansicht, dass man in Abrahams Schoss unmöglich sich bequem befunden hat. Piccola wäre sicher meiner Ansicht; behaglicher als sie kann man es nicht haben. Und vielleicht geht es auch Ihnen selbst behaglich; denn ich selbst bin längst zu der Philosophie gelangt, dass zum Glück des Lebens auch der Ärger gehört – nicht für alle Welt; aber für eine besondere Menschenart, für Sie, für mich, für uns, die, weil sie tiefer geniessen, tiefer verletzt werden. Wenn Sie Ihre Gesundheit haben, Ihre griechischen Götter, Ihre Freunde, Ihr Museum, dann müssen Sie natürlich auch empfinden, dass in deutschen Rath-häusern keine griechischen Götter zu sitzen pflegen. Mir sind die griechischen Götter, und die Götter der Renaissance u. alle göttlichen Götter nicht so besonderer Art – leider – aber ich bin doch meist rasend vor Empörung und Widerwillen in unserem rothen Haus, über diese Cumpanei (?) von Borniertheit, satter Selbstgefälligkeit, Stumpfsinn, Bewegungslosigkeit, philiströsem Hass gegen alles Neue, alles Fremde, was nicht zum Clan gehört; insonderheit diesem Hass gegenüber dem Arbeiterthum –, und das sind Freisinnige – und Freisinnige in der Hauptstadt des Reiches, wo die Dummheit nicht am grössten sein müsste. Sehen Sie, ich schimpfe auch; ich schimpfe mit Genuss. Ach Welch ein Genuss ist das bittere Schimpfen. Und in diesem Communal-Tümpel sind das lebendigste Element noch die Juden – beinahe das einzig lebendige Element; sie führen die Socialdemocratie, sie führen die kleine Schaar die modernen Ideen zugänglich ist; sie führen den satten Bourgeois, der dann eines Tages sich darüber empören wird, dass er nicht genug Energie entwickelt, um seine Dummheiten selbst zu vollführen. Gestern kämpften in einer sehr wichtigen Angelegenheit acht Juden gegen einander u. nicht ein Christ – nicht einer – ergriff das Wort. Und da soll es *möglich sein* in Deutschland Politik zu treiben. Ein Judenreich ginge zu Grunde, weil jeder Itzig sich einbilden würde, regieren zu können; und bei uns will Schulze & Müller nichts besseres als regiert werden, vom Junker, vom Pfaffen und im Notfall vom Juden. Es ist ein sehr komisches Geschäft diesen Deutschen, der sich sehr wohl fühlt, so lange zu peitschen, bis er sich nicht mehr wohl fühlt u. gegen irgendjemand wild wird, gewöhnlich gegen den Fal-schen, und am häufigsten nur von heute bis übermorgen. Nun sehen Sie, daß ich auch meinen vergnüglichen Ärger habe. Freundlichsten Gruss an Frl. Minna und Ihnen den herzlichsten (ein Wort unleserlich) Ihr P. Nathan.

(Am Rand: „Barth und Gattin sind vergnügt von der Riviera zurück.“)

Nr. 17.

HNBj/Ms. Varia, Nr. 298, Nachlass Moritz Lazarus, Briefe A-D.
Brief von Hermann Dachs an Moritz Lazarus, Offenbach, 1892, August 27.

Verehrter Herr Professor!

... Es ist doch traurig, selbst Leute wie E. v. Hartmann auf so lahmen Pferde zu sehen. Aber je tiefer ich in die Materie hineinkomme und je mehr ich die gegen die Juden erhobenen Anklagen mit den tatsächlichen Verhältnissen vergleiche, desto mehr schwindet mir der Glaube, dass wir so bald eine Lösung der „Judenfrage“ finden werden. Viel, ja sogar sehr viel liegt an den Juden selbst, von denen auch Sie, verehrter Herr, zugeben, dass nicht Alles bei Ihnen so ist, wie es sein sollte. Aber jeder ihrer Fehler wird in einer Weise vergrößert, dass wenn man dieses Verfahren bei Christen anwenden wollte, auch nicht einer von ihnen der Bezeichnung „Scheusal“ entginge. Das Grundübel dieses ganz heillosen Unfugs liegt jedoch m. E. in der ganz verkehrten Art unserer religiösen Erziehung. Wir Christen werden von Kindesbeinen an darauf hingewiesen, dass die Juden Christus ans Kreuz geschlagen haben, dass sie zur Strafe dafür aufgehört haben, ein Volk zu sein, dass sie ruhelos umherwandern müssen usw. usw.

So hat man uns von jung auf die naive Kindlichkeit unseres Empfindens gefälscht, hat uns in die Milch der frommen Denkungsart Drachengift geträufelt und uns zu dem Ungeheuer erzogen, das heute als Antisemit hasserfüllt vor uns steht. Denn darüber wollen wir uns keine Illusionen machen: Der Antisemitismus steckt dem deutschen Volke viel tiefer im Blute, als es oberflächlich den Anschein hat, und wenn Spielhagen meint, in jedem Menschen stecke ein Stückchen von einem Sozialdemokraten, so kann man mit demselben Recht sagen, in jedem Deutschen steckt ein Stückchen von einem Antisemiten. Woher das? Eine bornierte christlich-orthodoxe Clerisei (?) hat uns diesen Widerhaken ins Fleisch gerannt, – und die Wenigsten werden ihn wieder los... Mit verehrungsvollem Gruss

Ihr allzeit dankbarer Hermann Dachs.

Nr. 18.

HNBj/Schwadron Collection, Mappe Hugo Haase.
Brief von Hugo Haase an Kurt Eisner, Königsberg, 1905, Oktober 29 (eigenhändig).

Verehrter Genosse Eisner,

erst heute gelange ich in den Besitz meiner Niederschrift über die Beratungen der Jenenser Kommission. Ich sende sie Ihnen mit dem Bemerkten, dass die überklebte Stelle die Äußerungen von Kommissions-Mitgliedern enthält, welche vor der ‚Zeugenvernehmung‘ gemacht wurden. Ich bin selbstverständlich ohne Zustimmung der Kommissions-Mitglieder nicht berechtigt, diese Äußerungen, zumal sie zum Teil nach der Zeugenvernehmung modifiziert wurden, offen zu legen.

Ich bedaure sehr, dass ich Ihr Vorgehen nicht billigen kann. Trotz meiner Ihnen ja wohl bekannten Sympathie für Sie und *Gradnauer* kann ich nicht einsehen, dass Sie die Unabhängigkeit und Würde der Partei zu verteidigen nötig hatten: ich sehe sie in keiner Weise gefährdet. Ob die Zuziehung der Redakteure zu den Sitzungen der Presskommission nicht zu fordern sei, ist eine andere Frage, über die ich nur urteilen könnte, wenn ich einen Einblick in die gesamten Verhältnisse der ‚Vorwärts-

Redaktion' hätte. Sehr peinlich empfinde ich Ihre ‚Aufklärung‘ im ‚Vorwärts‘: ich kann mich des Gefühls nicht erwehren, dass die Redakteure hier den Raum des ‚Vorwärts‘ zur Verfolgung ihrer persönlichen Angelegenheit und nicht zur Wahrung einer Parteisache benutzt haben.

Am unerfreulichsten ist mir in dieser unerquicklichen Affäre, dass die Redakteure unserer Parteiorgane, wie jetzt offensichtlich ist, durch vertrauliche einseitige Mitteilungen über den Verlauf der Jenenser Kommission objektiv falsch unterrichtet und zu einer ungerechten Parteinahme irreführt werden. Ich würde es sehr bedauern, wenn *ich als Mitglied der Kommission* öffentlich das Wort ergreifen müsste, um diese Darstellung zurückzuweisen und dabei auch noch auf den Ursprung des „Volkszeitungs-Artikels“ eingehen müsste.

Ich bitte Sie, mein Protokoll zurückzusenden, so bald Sie es nicht mehr brauchen.
Herzlichen Gruss Ihnen, wie Ihrer verehrten Frau und Gradnauer von

Ihrem Haase.

Nr. 19.

ZZAJ/A-11/32/20/1.

Brief von Hans Gideon Heymann an Arthur Hantke, Berlin, 1906,
November 13.

Geehrter Herr Dr.!

Anbei die gewünschten Leitsätze meines Referates über: Die Stellung der Nationaljuden im politischen Leben Deutschlands.

Genau ebenso wie die zionistische Organisation bestrebt ist, mit den anderen jüdischen Organisationen auf dem Gebiet der allgemeinen jüdischen Politik zusammen zu arbeiten – genau so müssen wir deutschen Nationaljuden danach streben mit den anderen deutschen Juden zusammen unsere besonderen jüdischen Interessen in der innerdeutschen Politik zu vertreten.

Zwischen den Zionisten und den Nationaljuden überhaupt, und zwischen den Nationaljuden und den anderen Juden giebt es keine Unterschiede in der praktisch politischen Arbeit. Ihr gemeinsames Programm muss sein:

1. Absolute Gleichberechtigung
2. Schaffung eine(s) modernen Naturalisation(s) und Asylrechts*
3. Anerkennung der Juden als weit**

Dieses gemeinsame jüdische Programm ist allen politischen Parteien vorzulegen. Naturgemäss werden es nur die Liberalen und Socialdemokraten acceptieren. Von ihnen ist ausserdem zu verlangen, dass sie das Judentum als besondere kulturelle wertvolle Gemeinschaft anerkennen. Thun sie das, so wird sie das organisierte Judentum, dank Geldmittel, Agitationskräfte & Stimmen zu gemeinsamem Kampf gegen die Rechte unterstützen. Als nächste praktische Schritte schlage ich vor:

1. Einberufung einer grossen öffentlichen Versammlung mit diesem Thema.
2. Verhandlungen mit dem Centralverein und dem Verband.

Ich bitte auch die Herren Prof. Warburg, Dr. Israel Auerbach sowie alle Territorialisten einzuladen.

Besten Gruss Heymann

(Am Kopf hinzugefügt: „Dr. Wittkowski*** CHARL. Berlinerstr. 115 einladen.“)

* Im Original verschrieben.

** Im Original durchgestrichen.

*** Gemeint ist Dr. Gustav Witkowsky, Charlottenburg.

Nr. 20.

ZZAJ/A-11/32/20/3.

Brief von Carl Kassel an Arthur Hantke, Posen, 1906, Dezember 4.

Sehr geehrter Herr Rechtsanwalt!

Dem Ihrerseits mir gegenüber geäußerten Wunsche, ich möchte den Versuch machen, das Verhältnis zwischen der zionistischen Bewegung in Posen und den hiesigen Vertretern des Zentralvereins in angenehmere Formen zu bringen, bin ich gern nachgekommen. Ich habe mit den uns nahestehenden Herren Besprechungen gehabt und habe mich auch mit Herrn Dr. Th. Pincus, dem Leiter der zentralvereinlichen Arbeit hier in Verbindung gesetzt.

Ihre und meine Bemühungen werden keinen Erfolg haben, da letzterer, welcher die Stimmung der im Zentralverein Posener *arbeitenden* Herren wiedergibt, die zionistische Bewegung an sich als einen Schädling betrachtet, mit dem ihn daher keinerlei gemeinsamer Gesichtspunkt verknüpft.

Da ich aber weiss, dass die Berliner Zentrale des Vereins anderer Ansicht ist und diese es sehr wohl verstanden hat, für sich und den Zionismus einen gemeinsamen, alle Juden verbindenden Boden zu erkennen, diesen gemeinsam zu bearbeiten und damit dem früheren Kampfe im Judentum Berlins ein Ende zu machen, so gestatten Sie, dass ich die jüdischen Dinge, soweit sie den Osten und speziell Posen betreffen, mit Ihnen eingehend bespreche.

Die gegenseitige Bekämpfung hat hässliche Formen angenommen: die Frage zu untersuchen, wo die Schuld hieran liegt, wer von beiden angefangen, ist ein unfruchtbares Beginnen, da jede der beiden Parteien der anderen diesen Vorwurf macht. Und bei der den östlichen Juden eigentümlichen Hartnäckigkeit in der Behauptung von Ansichten, kommen wir mit einer solchen Untersuchung nicht nur keinen Schritt vorwärts, sondern erzielen sogar mit Sicherheit eine entschieden bedauerliche Verschärfung der Situation.

Dagegen müssen wir der Frage näher treten, ob der Zentralverein in Posen, der mit Rücksicht auf seine grosse Mitgliederschaft sich als *die* Vertretung der Judenschaft fühlt, seine Thätigkeit in einer die Gesamtheit fördernden Art führt oder nicht; denn der Schutz und die Förderung der Juden müssten wie in Berlin so auch hier das gemeinsame Arbeitsgebiet werden.

Die Arbeit des Zentralvereins liegt in den rührigen Händen der Herrn Dr. Pinkus* und RA. Kirschner. Ein grösseres Comité, das vor Jahren eingesetzt wurde, spielt thatsächlich nur Strohpuppenrollen. Die Art der „Ernennung“ der Mitglieder hat s. Z. bedenkliches Kopfschütteln der Fernstehenden hervorgerufen. Auch heut bin ich mir noch nicht klar darüber, nach welchen dem Judentum förderlichen Gesichtspunkten die Geschäftsleitung zusammengesetzt ist.

Soviel aber ist mir klar, dass die streng durchgeführte Personalunion von Zentralverein und freis. Volkspartei besteht, und dass diese für die letzteren wohl von einigem agitatorischen Vorteil ist, die Judenschaft dagegen den Nichtjuden gegenüber, welche sich von den linksbürgerlichen Parteien immer mehr lossagt, in ein immer schlechteres Verhältnis bringt.

Eine die Juden repräsentierende Organisation muss sich von parteipolitischen Organisationen fernhalten.

Der Zusammensturz der hiesigen freisinnigen Macht ist nur eine Frage von wenigen Jahren. Die politische Achtung vor dem Judentum und damit eine gewisse Macht der

* Die verschiedenartige Schreibung dieses Namens auch im Original.

Judenschaft Posens kann aber nur dadurch für die Zukunft gerettet werden, dass die Juden anfangen, ihre Politik als *deutsche Juden* zu treiben, und somit würde dem Zentralverein als der ältesten Organisation eine Rolle zufallen, welche Frieden in die Judenschaft bringt, ohne dass eine der jüdischen Parteien etwas von ihren Prinzipien – auch propagandistisch – aufzugeben brauchte. – Das uns alle Juden Verbindende ist wichtig genug, das Feld ist gross genug, die Judennot gerade im Osten ist schlimm genug, als dass wir uns nicht alle bemühen müssten, unter Hintansetzung persönlicher Gefühle und Interessen die Judenschaft hier so zu organisieren, wie es die Protestanten und Katholiken längst in imponierender Art und Weise unter sich gethan. Meine vor Monaten hier schon in Szene gesetzten Bemühungen wurden schlankweg abgelehnt. Unsere jetzigen werden das gleiche Schicksal haben. Dr. Th. Pinkus ist der Ansicht, dass der Zionismus in Posen sich der quantitativ überlegenen zentralvereinlichen Organisation fügen müsse und von diesem keinerlei Konzessionen erwarten dürfe.

Diese Rolle von Minoritäten mag in kleinen Vereinen wohl die angemessene sein, in grossen Organisationen, von denen jede ihr Programm vertritt, ist ein derartiger Gesichtspunkt unberechtigt. Allerdings muss man sich auf die Höhe freisinniger Weltanschauung durchgerungen haben – pardon, ich denke hierbei natürlich nicht an die moribunde freisinnige Parteianschauung – um Gegensätze zu achten und trotz ihrer das Gemeinsame zu finden und zu pflegen. Aber ernstlich wird man von unserer aufblühenden, der begeistertsten, eifrigsten Arbeiter für das Judentum sich erfreuenden Partei, wenn sie sich auch augenblicklich noch in der quantitativen Minorität befindet, nicht verlangen, dass sie ihre agitatorische Thätigkeit aufgibt, welche im Interesse der Posener Judenschaft und nicht in dem einer dekadenten politischen Partei geführt werden muss, die daher eine ausgedehntere ist als die des hiesigen Zentralvereins.

Trotz dieser gegensätzlichen Auffassung der Lageverhältnisse wird unsererseits jede Schärfe vermieden werden, sobald die Herren vom Zentralverein beginnen, positiv zu arbeiten und nicht eine Bewegung bekämpfen, die wohl ihren politischen Parteiinteressen zuwider sein mag, aber das Judentum zu kräftigen berufen ist.

Sie verlangen von mir oder uns ein positives Einigungsprogramm!

Ich glaube, dass es fürs erste genügen wird, dass die hiesigen Herren vom Zentralverein ihre persönlich feindselige Gesinnung gegen uns revidieren, sich dann etwas eingehender mit der zionistischen Bewegung beschäftigen und sich bemühen, ihr und ihren bisherigen Riesenerfolgen Achtung zu zollen. Dann wird ihre Kampfweise eine uns weniger reizende sein. Sie werden lernen, auch unsere Ansichten wohlwollend zu prüfen und nicht, wie dies von jeher prinzipiell hier geschieht, diese a limine von sich zu weisen.

Vor Monaten formulierte ich gelegentlich einer Unterhaltung unsere Forderungen dahin: Behalten Sie (der Zentralverein) Ihr politisches Gebiet inclusive Commune ganz für sich, da wir kein Interesse hierfür haben – aber keine das Judentum betreffende Arbeit ohne uns.

Inzwischen hat sich an diesen beiden Stellungen infolge der bekannten Vorgänge im Parlament die erste teilweise geändert: wir werden bei *allen* Wahlen mit grösster Schärfe gegen die Kandidaturen von Taufjuden auftreten und gemeinsam mit den Zionisten Deutschlands für die Wahl von zuverlässigen Juden in die Parlamente eintreten. (Wir denken zunächst an die Herren Fuchs, Paul Nathan und Klee.)

Ferner: keine jüdische Sache in Posen ohne den Zionismus.

Hier bietet sich ein reiches Arbeitsfeld. Ich erwähne nur den Stellennachweis für Akademiker in der Provinz, die Gründung von Darlehnskassen für Handwerker und kleine Kaufleute. An solchen Arbeiten müsste sich der Zentralverein hier beteiligen.

Es empfiehlt sich daher, dass von nun an jede jüdische Aktion, wie dies in Berlin schon längst durchgeführt ist und jetzt eben erst bei den akademischen Wahlen dank der zentralvereinlichen Bemühungen erreicht worden, von den gleichmässig vertretenen Abgesandten der in Frage kommenden Organisationen vorbesprochen und durchgeführt wird.

Erreichen wir dies nicht, so wird unsere Agitation eine getrennte, aber desto intensivere unsererseits bleiben. Und, was ja selbstverständlich ist, Missverständnisse sind dann unausbleiblich, ihre Konsequenz die Bekämpfung der Juden durch Juden.

Sie finden, sehr geehrter Herr Rechtsanwalt, in dieser Stellungnahme keinerlei persönliches Moment, nur rein Sachliches im Interesse der jüdischen Gesamtheit. Sie dürfen überzeugt sein, dass wir den Frieden oder besser gesagt die ruhige Arbeit für das Judentum als das einzig Erspriessliche ansehen, dass wir aber die Rolle, welche die hiesigen Herren vom Zentralverein der Judenfrage zuweisen, nie und nimmer dulden werden, solange vor allem diese unserer Arbeit so begegnen, wie sie es bisher gethan haben.

Ich glaube, dass durch Erfüllung unserer überaus begrenzten Ansprüche Ruhe und Friede in Posen einkehren wird. Genehmigen Sie mir die Versicherung meiner Hochschätzung und empfangen Sie

ergebensten Gruß
von Ihrem Freund
Carl Kassel

Nr. 21.

ZZAJ/A-142/139/1.

Aus einer Denkschrift von Gustav Witkowsky, ohne Datum (1908 oder 1909).

... Der Liberalismus war welk und müde geworden, er hatte jüngeren Idealen weichen müssen. Aber wie die Juden einst den ägyptischen Isidor in einen urjüdischen Namen verwandelten und so in ihm Jahrtausende hindurch einer versunkenen und vergessenen Kultur gehuldigt haben, so bewahrten sie auch jetzt einem hinschwindenden Ideal die Treue, verschlossen sich realpolitischen Erwägungen, engten ihren Gesichtskreis ein, schufen sich Presse und Literatur und mit ihrer Hilfe ein neues *geistiges Ghetto*, von dem sie wähten, dass es die grosse Welt bedeute.

Kann es tragischeres geben, als diese Verblendung aus Treue!

In den Fesseln seines Parteidogmas trägt der „liberale“ Jude unbewusst und gewiss ungewollt den Hass einer Welt mit sich. In dem Masse, wie er als eifriger Parteigänger die Macht der Kirche einzuschränken sich bemüht, fordert er den Widerspruch ihrer Anhänger gegen sich heraus; zugleich schädigt er als Gegner der Konfessionsschule den religiösen Sinn seiner eigenen Gemeinschaft, er bekämpft vom Zolltarif bis zur Warenhaussteuer eine Wirtschaftspolitik, die tausenden kleinbürgerlicher jüdischer Existenzen von grösstem Nutzen geworden ist; ein Kosmopolit steht er, da es das Parteiprogramm so will, ohne Sinn für die Ergebnisse der modernen Weltwirtschaft einer Politik der Ausbreitung, des nationalen Ansehens fremd, ja ablehnend gegenüber. Er versteht die Welt nicht mehr, die so anders ist, als sie eigentlich sein sollte. Doch resigniert er nicht, ein unverbesserlicher Optimist glaubt er zuversichtlich an den „Fortschritt“, den Sieg seines unzeitgemäßen Ideals.

In diesen starren Gedankenkreis ist seit wenig mehr als einem Jahrzehnt langsam, aber in immer steigendem Masse der Geist einer neuen Zeit eingedrungen. Die Idee

des *Nationalismus* und seine überragende Bedeutung für die Fortentwicklung menschlicher Kultur wurde allmählich auch von jüdischen Köpfen begriffen. Es war natürlich, dass diese neugewonnene Erkenntnis sie zunächst zu einer Art Selbstbesinnung führte. Sie sahen ihren Stamm, seit Jahrhunderten unter den Völkern zerstreut, sein Dasein um den Preis seelischer und körperlicher Nöte teuer bezahlen. Mit dem gedanklichen Rüstzeug, das sie der Kultur ihres Vaterlandes verdankten, wollten sie vorerst ihrem Volke dienen. Indem sie die Wurzel alles Leids in der Jahrhunderte langen Entfremdung von der eigenen nährenden Scholle suchten, gelangten sie zu der Erkenntnis, dass den Judenmassen, die aus äusseren oder inneren Gründen sich ihren Heimatländern nicht eingliedern konnten, im Lande der Väter, *im heiligen Lande eine Heimstätte* bereitet werden müsste. So schufen sich die Elemente, die Kraft der Phantasie und des Willens genug besaßen, diesem hohen Ziele nachstreben zu können, den *Zionismus*, dessen weltgeschichtliche Bedeutung von seinen Anhängern mit der Kraft eines beseligenden Glaubens gehaut und empfunden, heute sich allmählich dem Bewusstsein der Allgemeinheit zu erschliessen beginnt.

Aus liberalen Ideologen wurden Wirklichkeitspolitiker; die ungeheure Arbeit, die zu leisten war, um wurzellose Menschen zu Bauern umzuformen, um ihnen die Liebe zum Boden zu erwecken, der mühevollen Kampf mit den unzähligen Hemmnissen, die sich jeder Ansiedlungstätigkeit entgegenstellen, schärfte den Sinn für die harte Wirklichkeit. Was galt ihnen, die in Deutschland das schwierige Werk mit ihrer Anteilnahme begleiteten und zu fördern suchten, jetzt noch die liberale Gedankenwelt, in deren Dunstkreis sie so lange gelebt hatten.

Mit wachen Augen lernten sie nun endlich auch in die Verhältnisse ihres Vaterlandes blicken und erkannten, was sie ihm schuldeten. Den Fluch der Jahrhunderte, die körperliche Minderwertigkeit galt es zunächst zu überwinden. Seit einem Jahrzehnt arbeiten jüdische Turn- und Sportvereine an der körperlichen Ertüchtigung und damit zugleich an der Hebung der Wehrfähigkeit deutscher Juden und es darf wohl als ein Beweis für den Wert dieser Arbeit erwähnt werden, dass der „*Bar-Kochba*“ seit einigen Jahren mit einem grösseren Erfolg am Staffetten Lauf Potsdam-Berlin sich hat beteiligen können. Die Loslösung vom liberalen Dogma gab auch die Möglichkeit einer neuen politischen Orientierung, die frühere Gebundenheit war beseitigt und es konnte nunmehr der einzelne lediglich der inneren Veranlagung folgend seine politische Anschauung sich neu erringen. Naturgemäss gingen hier die Wege weit auseinander. Immerhin waren es nicht wenige, von denen dieser plötzlich die Zweckmäßigkeit einer Wirtschaftspolitik begriff, die die „*Harmonie der schaffenden Stände*“ herbeiführen sollte, jener die Notwendigkeit imperialistischen Strebens und intensiver Kolonialpolitik erkannte, einem anderen der *innige Zusammenhang von Staat und Religion* als Notwendigkeit deutscher Geschichte in völliger Klarheit aufging. Jetzt erst erlebten sie die Geschichte ihres deutschen Vaterlandes in ihrer ganzen Grösse. Die nationalen Historiker waren ihre Lehrmeister, durch die sie die grossen historischen Zusammenhänge erkannten, aber zugleich auch sich und ihre Stellung im Volksganzen begriffen. Nicht im Sinn einer mechanischen Assimilation, deren Nutzlosigkeit, ja Schädlichkeit die letzten Jahrzehnte zur Genüge erwiesen hatten, sondern unter Wahrung des eigenen Wesens wollen sie den Anschluss an das Vaterland und dessen aufbauende und erhaltende Kräfte herbeiführen.

Unbedingter Respekt vor allen religiösen, kulturellen und politischen Werten, die sich das deutsche Volk in Jahrhunderten geschaffen, um die es in harten Kämpfen gerungen hat, auf der anderen Seite Bewusstsein der eigenen Art und der Wille, in den Grenzen des Gesamtwohles dieser Art und ihrer Tradition zu leben, das ist das Ergebnis einer Entwicklung, die nach aussen unbemerkt voraussichtlich schon in absehbarer Zeit eine Scheidung der Geister im deutschen Judentum herbeiführen wird...

Nr. 22.

ZZAJ/A-11/32/20/1.

Brief von G. Witkowsky an H. G. Heymann, Charlottenburg, 1907,
Februar 24.

Sehr geehrter Herr Doktor!

Ihr Aufsatz in der ‚Welt‘, dessen optimistische Grundstimmung mich ausserordentlich überrascht hat, veranlasst mich zu der Bitte, recht bald für das Zusammentreten der sog. Kommission sorgen zu wollen. Nach meiner Ansicht müssten wir unbedingt in Berlin in nächster Zeit eine öffentliche *allgemein*-jüdische Versammlung veranstalten mit dem Thema „Die Juden & die Reichstagswahlen“, ohne einstweilen mit einem bestimmten Programm herauszurücken.

Für Ihr freundliches Eingreifen in die Diskussion erlaube ich mir nochmals unseren verbindlichsten Dank zu sagen. Mit bestem Gruss

Ergebenst
Witkowsky

(An Hantke weitergegeben mit Heymanns Anschrift: „Zur gefälligen Kenntnisnahme und Behandlung, Besten Gruss Heymann“.)

(*Rückseite:*) ob die allgemeine Versammlung zweckmässig ist, erscheint mir zweifelhaft. Zuvor müssten wir jedenfalls genau wissen, was wir wollen. Versammeln wäre nur gut, wenn die Assimilanten gar nichts thun wollen.

Nr. 23.

HNBJSchwadron Collection, Mappe Kurt Eisner (Maschinenabschrift der Frau Else Eisner).

Briefkarte an Herrn Kommerzienrat J. Mayer, München, 12. IX. 1918*.

Sehr geehrter Herr!

Die Auffassungen, die Sie haben, sind aus der bewussten oder unbewussten Angst der Juden entstanden, die zwar nicht bereit sind, ihr Leben für eine revolutionäre Sache einzusetzen, die aber besorgen, dass ihr eigenes kostbares Leben darunter leiden könnte, wenn beim Scheitern revolutionärer Erhebungen der Unmut des Volkes gegen sie abgelenkt werden könnte.

Ich bin nicht der Min. Präs.** von Bayern, weil mir das Vergnügen macht; ich werde den Tag segnen, wo ich es nicht mehr bin; aber ich bin der Schöpfer und Repräsentant dieser wunderbarsten aller Freiheitsbewegungen, und damit ist es meine Pflicht als lebendiges Symbol auszuharren.

Das hätte sich wahrhaftig gelohnt, diese gewaltige Umwälzung zu erkämpfen, wenn der neue Geist darin bestehen wollte, darauf Rücksicht zu nehmen, welcher Herkunft dieser oder jener leitende Mann ist. Ich habe größere Sorgen, als auf solche „Taktfragen“ einer überwundenen Zeit nur einen Augenblick Rücksicht zu nehmen.

Nichts für ungut.
Kurt Eisner.

* Datum verschrieben, muss wohl 12. XI. lauten.

** So im Original.

ANHANG C – LISTEN

1. Alphabetische Liste der Parlamentarier jüdischer Abstammung in den deutschen Ländern 1815–1866

Aarons	Mendel	Kaufmann	Mecklenburg, Landtag, 1849/50
Abendroth (?)	(get.)		Hamburg, Bürgermeister, Vormärz
Abendroth	Dr. A. H. (get.)		Hamburg, Bürgerschaft, 1860/62
Abendroth	C. E. (get.)		Hamburg, Bürgerschaft, 1859/71
Adler	Süssmann	Rabbiner	Lübeck, Bürgerschaft, 1855 bis zur Reichsgründung
Arnheim	Dr. Fischel	Jurist	Bayern, Konstituierender Landtag, 1848/49
			Bayern, Landtag, 1849/64
Aronheim	Dr. Adolf	Jurist	Braunschweig, Konstituierender Landtag, 1848/49
			Braunschweig, Landtag, 1849/72
Auerbach	Dr. Berthold	Schriftsteller	(Frankfurt) Vorparlament, 1848
Auerbach	Dr. Wilhelm	Jurist	Frankfurt, Ersatzmann z. Bürgerschaft, 1865/66
Bamberger	Dr. Ludwig	Jurist, Bankier, Schriftst.	(Frankfurt) Nationalversammlung, 1849
Beer	Wilhelm	Bankier	Preußen, Erste Kammer, 1849/50
Beit	Dr. F.		Hamburg, Bürgerschaft, 1865/70
Bendix	L. M.		Hamburg, Bürgerschaft, 1865/71
Blumenthal	Dr. (get.)		Hamburg, Senator, 1858
Blumenthal	Joseph, sen.		Frankfurt, Ersatzmann z. Bürgerschaft, 1866
Braunfels	Dr. Ludwig (get.)	Jurist	Frankfurt, Konstituierende Versammlung, 1848/49
			Frankfurt, Gesetzgebende Versammlung, 1849/50
			Frankfurt, Ersatzmann z. Bürgerschaft, 1857
			Frankfurt, Mitglied d. Bürgerschaft, 1858/66
Brill	Julius	Schriftsetzer u. Daguerreotypist	Preußen, Konstituierender Landtag, 1848
Cahn-Speyer	Simon-Nathan	Handelsm.	Frankfurt, Ersatzmann z. Bürgerschaft, 1857
			Frankfurt, Mitglied d. Bürgerschaft, 1858/60

Crailsheim	Dr. Alexander	Mediziner	Frankfurt, Konstituierende Versammlung, 1848/49 Frankfurt, Gesetzgebende Versammlung, 1849/50 Frankfurt, Ersatzmann z. Bürgerschaft, 1851
Dannenberg	T.		Hamburg, Bürgerschaft, 1865/71
Dejonge	C.		Hamburg, Bürgerschaft, 1865/68; 1869
Detmold	Dr. Johann (get.)		Hannover, Landtag, Vormärz (Frankfurt) Nationalversammlung, 1848/49
Doctor	Leopold	Handelsm.	Frankfurt, Ersatzmann z. Bürgerschaft, 1863/66
Eberty	Felix (get.)		Preußen, Abgeordnetenhaus, 1852 bis zur Reichsgründung
Edenfeld	Moritz	Handelsm.	Frankfurt, Ersatzmann z. Bürgerschaft, 1865
Emden	Dr. Martin	Jurist	Frankfurt, Gesetzgebende Versammlung, 1849/50 Frankfurt, Mitglied d. Bürgerschaft, 1850 Frankfurt, Ersatzmann z. Bürgerschaft, 1851
Erlanger	Carl		Frankfurt, Ersatzmann z. Bürgerschaft, 1862
Frankfurter	Dr. Naphtali	Prediger	Hamburg, Konstituierende Bürgerschaft, 1848/49
Friedenthal	(get.)	Gutsbesitzer	(Frankfurt) Vorparlament, 1848
Friedleben	Dr. Alexander (get.)	Mediziner	Frankfurt, Konstituierende Versammlung, 1848/49 Frankfurt, Gesetzgebende Versammlung, 1849/50 Frankfurt, Mitglied d. Bürgerschaft, 1864/66
Friedleben	Dr. Julius (get.)	Jurist	Frankfurt, Konstituierende Versammlung, 1848/49 Frankfurt, Gesetzgebende Versammlung, 1849/50 Frankfurt, Ersatzmann z. Bürgerschaft, 1857 Frankfurt, Mitglied d. Bürgerschaft, 1858/66 (außer 1865)
Fürst	Dr. Julius	Dozent	(Frankfurt) Vorparlament, 1848
Fürst	J. H. T.		Hamburg, Mitglied d. Bürgerschaft, 1865/71
Fuld	Dr. Salomon	Bankier	Frankfurt, Ersatzmann z. Bürgerschaft, 1859/60; 1863 Frankfurt, Mitglied d. Bürgerschaft, 1861/62; 1864/66
Geisenheimer	Raphael	Handelsm.	Frankfurt, Ersatzmann z. Bürgerschaft, 1865/66
Gerson	Dr. C.		Hamburg, Bürgerschaft, 1865/86
Getz	Dr. Gustav Moritz (get.)	Jurist	Frankfurt, Ersatzmann z. Bürgerschaft, 1866

Goldschmidt	Dr. Karl-Leopold	Mediziner	Frankfurt, Konstituierende Versammlung, 1848/49 Frankfurt, Gesetzgebende Versammlung, 1849/50 Frankfurt, Mitglied d. Bürgerschaft, 1850/57 Frankfurt, Ersatzmann z. Bürgerschaft, 1858
Grossmann (?) Guradze (Guraden?) Haller	P. H. W. Siegfried (get.) Dr. Nikolaus-Ferdinand (get.)	Gutsbesitzer	Hamburg, Bürgerschaft, 1859/60 Preußen, Erste Kammer, 1849/50 Hamburg, Senator, Vormärz Hamburg, Bürgerkomitee z. Verfassungsreform, 1848 Hamburg, Senator u. Bürgermeister, 1858 bis zur Reichsgründung
Hamburg	Julius	Wechselmakler	Frankfurt, Ersatzmann z. Bürgerschaft, 1864/65 Frankfurt, Mitglied d. Bürgerschaft, 1866
Hamburger	Dr. Carl	Jurist	Frankfurt, Ersatzmann z. Bürgerschaft, 1858; 1861 Frankfurt, Mitglied d. Bürgerschaft, 1862/65
Hartmann Heckscher	Moritz Dr. Moritz (get.)	(Österreich) Jurist	(Frankfurt) Nationalversammlung, 1848 Hamburg, Bürgerkomitee z. Verfassungsreform, 1848 (Frankfurt) Vorparlament, 1848 (Frankfurt) Nationalversammlung, 1848/49
Hertz Hertz Hertz Hertz	Dr. Daniel Dr. Gustav (get.) H. D. Hartwig-Samson	Pelzhändler	Hamburg, Bürgerschaft, 1859/69 Hamburg, Bürgerschaft, 1859/68 Hamburg, Bürgerschaft, 1860/62 Hamburg, Konstituierende Bürgerschaft, 1848/49 Hamburg, Bürgerschaft, 1859/77
Hertz	Moritz	Handelsm.	Frankfurt, Ersatzmann z. Bürgerschaft, 1860/61 Frankfurt, Mitglied d. Bürgerschaft, 1864/66
Hohenemser	Wilhelm	Handelsm.	Frankfurt, Ersatzmann z. Bürgerschaft, 1862; 1864 Frankfurt, Mitglied d. Bürgerschaft, 1863; 1865
Horwitz Israel Jacoby	Dr. Julius Samuel Dr. Johann	Mediziner	Hamburg, Bürgerschaft, 1862/68 Hamburg, Bürgerschaft, 1859/65 Preußen, Konstituierender Landtag, 1848 (Frankfurt) Vorparlament, 1848 (Frankfurt) Nationalversammlung, 1849 und (Stuttgart) Rumpfparlament, 1849 Preußen, Abgeordnetenhaus, 1863
Jeitteles Josephy	Dr. Andreas (get.) Rudolph	(Österreich) Kaufmann	(Frankfurt) Nationalversammlung, 1848 Mecklenburg, Landtag, 1849/50

Jüdel	Itzig	Bankier	Braunschweig, Landtag, 1858 bis zur Reichsgründung
Kosch	Dr. Raphael	Mediziner	Preußen, Konstituierender Landtag, 1848 Preußen, Abgeordnetenhaus 1849; 1861/72
Kuranda	Dr. Ignaz	(Österreich)	(Frankfurt) Vorparlament, 1848 (Frankfurt) Nationalversammlung, 1848
Kusel	Dr. Rudolf	Jurist	Baden, Landtag seit 1861
Lasker	Dr. Eduard	Jurist	Preußen, Abgeordnetenhaus seit 1865
Levy	Dr. H. B.		Hamburg, Bürgerschaft, 1865/86
Levysohn	Dr. Fr. Wilhelm	Verleger	(Frankfurt) Nationalversammlung, 1848/49 (Stuttgart) Rumpfparlament, 1849
Maas	Dr. Simon	Jurist	Frankfurt, Bürgerschaft, 1860
Magnus	M. (get.)	Bankier	Preußen, Erste Kammer, 1849/50
Manhayn	Dr. Michael	Jurist	Frankfurt, Konstituierende Versammlung, 1848/49 Frankfurt, Ersatzmann z. Gesetzgebenden Versammlung, 1849/50 Frankfurt, Mitglied d. Bürgerschaft, 1851; 1854/58
Marcus	F. C.		Hamburg, Bürgerschaft, 1865/89
Markus	Dr. Lewis	Jurist	Mecklenburg, Konstituierender Landtag, 1848/49 (Frankfurt) Ersatzman z. Nationalversammlung, 1848
May	G. E.	Handelsm.	Frankfurt, Ersatzmann z. Bürgerschaft, 1859/61; 1863/64
May	Dr. H.		Hamburg, Bürgerschaft, 1865/89
Morgenstern	Dr. David	Jurist, Bankier	Bayern, Konstituierender Landtag, 1848/49 Bayern, Landtag, 1849/55 Bayern, Ersatzmann z. Landtag nach 1855
Neukirch	Dr. Wolfgang	Jurist	Frankfurt, Konstituierende Versammlung, 1848/49 Frankfurt, Ersatzmann z. Bürgerschaft, 1857 Frankfurt, Mitglied d. Bürgerschaft, 1858/66 Frankfurt, Senat, 1865/66
Neuwall	Leopold (von) (get.)	(Österreich)	(Frankfurt) Nationalversammlung, 1848
Odrell (= Oppenheim)	Dr. Leopold	Jurist	Frankfurt, Ersatzmann z. Gesetzgebenden Versammlung, 1848/50
Oppenheimer	Julius-Philipp	Handelsm.	Frankfurt, Bürgerschaft, 1854/57 Frankfurt, Ersatzmann z. Bürgerschaft, 1861
Philippson	Dr. Gustav	Prediger	Braunschweig, Konstituierender Landtag, 1848/49
Philippson	Dr. Ludwig	Rabbiner	Preußen, Ersatzmann z. Konstituierenden Landtag, 1848 (?) (Frankfurt) Ersatzmann z. Nationalversammlung, 1848

Piza	Dr. J.	Literat u. Kantor	Hamburg, Bürgerschaft, 1862/68
Rée	Dr. Anton	Schuldirektor	Hamburg, Konstituierende Bürgerschaft, 1848/49 Hamburg, Bürgerschaft, 1859/71
Reichenheim Reinach	Leonor Adolf	Fabrikant Handelsm.	Preußen, Abgeordnetenhaus, 1858/68 Frankfurt, Ersatzmann z. Bürgerschaft, 1860; 1863 Frankfurt, Mitglied d. Bürgerschaft, 1861/62; 1864/66
Reinganum	Dr. Maximilian (get.)	Jurist	Frankfurt, Mitglied d. Bürgerschaft im Vormärz Frankfurt, Konstituierende Versammlung, 1848/49 Frankfurt, Gesetzgebende Versammlung, 1849/50 (Frankfurt) Vorparlament, 1848 Frankfurt, Mitglied d. Bürgerschaft, 1857/66
Reiss	Isaak-Jacques (get.)	Handelsm.	Frankfurt, Gesetzgebende Versammlung, 1849/50 Frankfurt, Mitglied d. Bürgerschaft, 1850/66 Frankfurt, Senat, 1865/66
Riesser	Dr. Gabriel	Jurist	Hamburg, Bürgerkomitee z. Verfas- sungsreform, 1848 (Frankfurt) Vorparlament, 1848 (Frankfurt) Nationalversammlung, 1848/49 (Erfurt) Unionsparlament, 1850 Hamburg, Bürgerschaft, 1859/62
Robinow Rothschild	S. Isaak	Handelsm.	Hamburg, Bürgerschaft, 1859/62; 1863/65 Frankfurt, Ersatzmann z. Bürgerschaft, 1850 Frankfurt, Mitglied d. Bürgerschaft, 1851
Rothschild Rothschild	Kallmann L. Seligmann	Bankier Handelsm.	Hessen-Homburg, Landtag, 1848/49 Frankfurt, Ersatzmann z. Gesetzgebenden Versammlung, 1849/50
Rütten	Joseph	Verleger	Frankfurt, Konstituierende Versammlung, 1848/49 Frankfurt, Ersatzmann z. Bürgerschaft, 1857 Frankfurt, Mitglied d. Bürgerschaft, 1858/66 Frankfurt, Senat, 1864/66
Salomon	G.		Hamburg, Konstituierende Bürgerschaft, 1848/49
Sanders (?) Schleiden Schlomer	August Dr. H. Abraham	Jurist Pferde- händler	Hamburg, Bürgerschaft, 1859/65 Hamburg, Bürgerschaft, 1859/65 Lübeck, Bürgerschaft, 1863

Schwarzschild	Dr. Heinrich	Mediziner	Frankfurt, Konstituierende Versammlung, 1848/49 Frankfurt, Ersatzmann z. Bürgerschaft, 1862; 1864/66
Simon	Dr. Heinrich (get.)	Jurist	Preußen, Konstituierender Landtag, 1848 Preußen, Abgeordnetenhaus, 1849 (Frankfurt) Vorparlament, 1848 (Frankfurt) Nationalversammlung, 1848/49 (Stuttgart) Rumpfparlament, 1849 (Frankfurt) Nationalversammlung, 1848/49
Simon	Max (get.)	Agronom	(Frankfurt) Nationalversammlung, 1848/49
Simson	Dr. Eduard (von) (get.)	Jurist	(Frankfurt) Nationalversammlung, 1848/49 (Erfurt) Unionsparlament, 1850 Preußen, Erste Kammer, 1849 Preußen, Abgeordnetenhaus, 1850/52 Preußen, Abgeordnetenhaus 1858 bis zur Reichsgründung
Simson	Dr. Georg (get.)	Jurist	(Frankfurt) Nationalversammlung, 1848/49
Stahl	Dr. Friedrich Julius (get.)	Jurist	Preußen, Erste Kammer, 1849/61 (Erfurt) Unionsparlament, 1850
Stahl	Dr. Wilhelm (get.)	Jurist	(Frankfurt) Nationalversammlung, 1848/49
Steinthal Stern	Dr. H. J.	Handelsm.	Hamburg, Bürgerschaft, 1862/65 Frankfurt, Ersatzmann z. Bürgerschaft, 1864
Stern	Dr. Leopold		Frankfurt, Ersatzmann z. Bürgerschaft, 1864
Stern	Dr. Salomon	Oberlehrer	Frankfurt, Ersatzmann z. Bürgerschaft, 1861/62; 1864 Frankfurt, Mitglied d. Bürgerschaft, 1863; 1866
Stiebel	Franz-Isaak (get.?)	Schreinermeister u. Möbelfabrikant	Frankfurt, Gesetzgebende Versammlung, 1849/50 Frankfurt, Ersatzmann z. Bürgerschaft, 1850
Süssmann Veit	A. Dr. Moritz	Verleger	Hamburg, Bürgerschaft, 1859/65 (Frankfurt) Nationalversammlung, 1848/49 Preußen, Konstituierender Landtag, 1848 Preußen, Erste Kammer, 1851/52 Preußen, Abgeordnetenhaus, 1858/61
Warburg Wiesner (= Wiener)	Dr. Moritz Dr. Adolf (get.)	Jurist (Österreich)	Schleswig-Holstein, Landtag, 1848 (Frankfurt) Vorparlament u. Nationalversammlung, 1848
Wolffson	Dr. Isaak	Jurist	Hamburg, Konstituierende Bürgerschaft, 1848/49 Hamburg, Bürgerschaft, 1859/89 Preußen, Abgeordnetenhaus, 1849
Wollheim	Dr. Hermann		

2. Listen der Landtagsabgeordneten jüdischer Abstammung in den deutschen
Ländern 1867–1916

(Nach Ländern und Zeitabschnitten geordnet)

Anhalt

- 1867/78: 1. Friedheim, Kommissionsrat, Cöthen, Partei ungewiß
2. Hagelberg B., Dessau, „liberal“
3. Herz Isidor, Fabrikant, Jessnitz, „liberal“
1879/92: 1. Herz Isidor, Fabrikant, Jessnitz
1893/1916: 1. Cohn Dr. Hermann, Rechtsanwalt, Dessau, Freisinn
2. Meyer, Kommerzienrat, Harzgerode

Baden

- 1867/78: 1. Eller Dr. Elias, Advokat, Mannheim, Demokratische Volkspartei
2. Gutmann Dr. Jakob, Advokat, Karlsruhe, Partei ungewiß
3. Kusel Dr. Rudolf, Advokat, Karlsruhe, nationalliberal
4. Ladenburg Leon (?), Mannheim, nationalliberal
5. Naef Naphtali, Advokat, Freiburg, nationalliberal
6. Schneider Ferdinand, Kaufmann, Mannheim, Demokratische Volkspartei
1879/92: -----
1893/1916: 1. Frank Dr. Ludwig, Rechtsanwalt, Sozialdemokrat
2. Kahn H., Zeitungsexpedient, Schwetzingen, Sozialdemokrat
3. Ladenburg Karl, Kommerzienrat, Mannheim, nationalliberal
4. Lenel, Geh. Kommerzienrat, Mannheim, Oberhaus, nationalliberal
5. Marum Ludwig, Rechtsanwalt, Karlsruhe, Sozialdemokrat
6. Süsskind, Mannheim, Sozialdemokrat

Bayern

- 1867/78: 1. Adler Dr., Bankier u. Rechtskonsulent, Freinsheim, Bayrische Fortschrittspartei (= nationalliberal)
2. Frankenburger Dr. Wolf, Justizrat, Nürnberg, Bayr. Fortschritt
3. Gunzenhäuser Dr. Wolfgang, Justizrat, Fürth, Bayr. Fortschritt
4. Henle Dr. Siegmund (von), Advokat, München, Bayr. Fortschritt
5. Levi Simon, Rentier, Landau/Pfalz, Bayr. Fortschritt
1879/92: 1. Frankenburger Dr. Wolf, Justizrat, Nürnberg, Freisinn
2. Gunzenhäuser Dr. Wolfgang, Justizrat, Fürth, Freisinn
3. Henle Dr. Siegmund (von), Hofrat, München, Bayr. Fortschritt
4. Maison Carl, Kommerzienrat, München, Freisinn
1893/1916: 1. Löwenstein Gabriel, Nürnberg, Sozialdemokrat
2. Maison Carl, Kommerzienrat, München, Freisinn
3. Süssheim Max, Rechtsanwalt, Nürnberg, Sozialdemokrat

Braunschweig

- 1867/78: 1. Aronheim Dr. Adolf, Advokat
1879/92: -----
1893/1916: 1. Glaser E., Blankenburg, „liberal“
2. Jüdel Max, Kommerzienrat, Braunschweig, nationalliberal (?)

Elsaß-Lothringen (seit 1911)

1. Netter, Oberrabbiner, Metz, Erste Kammer
2. Mossner Walther (get.), General, Erste Kammer
3. Ury (oder Uri), Oberrabbiner, Straßburg, Erste Kammer

Hessen, Großherzogtum

- 1867/78: 1. Bamberger Rudolf, Bankier, Mainz, Fortschritt
 2. Dernburg Dr. Friedrich (get.), Hofgerichtsadvokat, Darmstadt, nationalliberal
 3. Edinger Markus, Fabrikant, Worms, Fortschritt
 4. Hirschhorn Dr., Hofgerichtsadvokat, Giessen, Partei ungewiß
 5. Wolfskehl Otto, Bankier, Darmstadt, nationalliberal
- 1879/92: 1. Wolfskehl Otto, Bankier, Darmstadt, nationalliberal
- 1893/1916: 1. Bamberger Dr. Franz, Bankier, Erste Kammer, nationalliberal (?)
 2. Fulda Dr., Rechtsanwalt, Darmstadt, Sozialdemokrat
 3. Langenbach Wilhelm, Fabrikant, Darmstadt, Freisinn
 4. Wolfskehl Otto, Bankier, Darmstadt, nationalliberal

Mecklenburg

- 1867/78: 1. Salomon, Kommerzienrat, Kfm., Rietrgutsbesitzer, Neuendorf, Senat
 2. Sanders Alexander, Kfm., Rittergutsbesitzer, Senat
- 1879/92: 1. Sanders Alexander, Kfm., Rittergutsbesitzer, Senat
- 1893/1916: -----

Preußen

1867/78:

Herrenhaus

1. Dernburg Dr. Heinrich (get.), Professor, Halle, nationalliberal
2. Friedberg Dr. Heinrich (get.), Rat im Justizministerium, Berlin, freikonservativ
3. Friedländer Dagobert, Bankier, Bromberg, nationalliberal
4. Friedländer Dr. Ludwig (get.), Professor, Königsberg, nationalliberal
5. Rothschild Mayer Karl v., Bankier, Frankfurt a. M., parteilos-rechts

Abgeordnetenhaus

1. Burg Dr. Otto, Chemiker, Berlin, nationalliberal
2. Cassel Dr. Paulus (Selig) (get.), Prediger, Berlin, konservativ
3. Cohn-Martinickenfelde Dr., Fabrikant, nationalliberal
4. Eberty Felix (get.), Berlin, nationalliberal
5. Freund Dr. Wilhelm, Justizrat, Breslau, Fortschritt
6. Friedenthal Dr. Carl Rudolph (get.), Rittergutsbesitzer, Breslau, freikonservativ
7. Hirsch Daniel, Kaufmann, Danzig, nationalliberal
8. Horwitz Dr. H. J. (get.), Justizrat, Berlin, Fortschritt
9. Jacoby Dr. Johann, Arzt, Königsberg, Fortschritt / demokratisch
10. Kosch Dr. Raphael, Arzt, Königsberg, Fortschritt
11. Lasker Dr. Eduard, Jurist, Berlin, nationalliberal
12. Lehfeldt Dr. (get.) (weitere Angaben fehlen)
13. Löwenstein Dr. (get.), Appellationsgerichtsrat, nationalliberal
14. Loewe Ludwig, Fabrikant, Berlin, Fortschritt

15. Meyer Dr. Alexander (get.), Redakteur, Berlin/Breslau, national-liberal
16. Reichenheim Leonor, Fabrikant, Berlin/Niederschlesien, national-liberal
17. Simson Dr. Eduard (get.), Appellationsgerichtsvizepräsident, Frankfurt a. O., nationalliberal
18. Strassmann Dr. Wolf, Arzt, Berlin, Fortschritt
19. Warburg Dr. Moritz, Justizrat, Altona, Fortschritt

1879/92:

Herrenhaus

1. Dernberg Dr. Heinrich (get.), Professor, Halle, nationalliberal
2. Friedberg Heinrich v. (get.), Justizminister, freikonservativ
3. Friedenthal C. R. v. (get.), Rittergutsbesitzer, freikonservativ
4. Friedländer Dagobert, Bankier, Bromberg, nationalliberal
5. Friedländer Dr. Ludwig (get.), Königsberg, nationalliberal
6. Rothschild Mayer Karl v., Bankier, Frankfurt a. M., parteilos-rechts
7. Simson Eduard v. (get.), Jurist, nationalliberal
8. Witting Richard (get.), Oberbürgermeister, Posen, nationalliberal

Abgeordnetenhaus

1. Arendt Dr. Otto (get.), Schriftsteller, freikonservativ
2. Ebert Felix (get.), nationalliberal
3. Friedberg Dr. Robert (get.), Professor, nationalliberal
4. Hahn Oscar (get.), Oberregierungsrat, Bromberg, konservativ
5. Horwitz Dr. H. J. (get.), Justizrat, Freisinn
6. Loewe Ludwig, Fabrikant, Berlin, Freisinn
7. Meyer Dr. Alexander (get.), Redakteur, Freisinn
8. Stern Josef, Redakteur, Frankfurt a. M., demokratische Volkspartei
9. Strassmann Dr. Wolf, Arzt, Berlin, Freisinn
10. Warburg Dr. Moritz, Justizrat, Altona, Freisinn

1893/1916:

Herrenhaus

1. Arnhold Eduard, Geh. Kommerzienrat, nationalliberal
2. Dernburg Dr. Bernhard (get.), nationalliberal
3. Dernburg Dr. Heinrich (get.), Professor, nationalliberal
4. Friedberg Heinrich v. (get.), freikonservativ
5. Friedländer-Fuld Fritz Victor v. (get.), Bergwerksbesitzer, Zentrum
6. Loening Edgar (get.), Jurist u. Historiker der Universität Halle, Partei ungewiß
7. Mendelssohn-Bartholdy Ernst v. (get.), Bankier, Partei ungewiß
8. Mendelssohn Franz v. (get.), Bankier, Partei ungewiß
9. Simson Eduard v. (get.), nationalliberal
10. Witting Richard (get.), Oberbürgermeister, Posen, nationalliberal

Abgeordnetenhaus

1. Arendt Dr. Otto (get.), Schriftsteller, freikonservativ
2. Aronsohn Louis, Geh. Kommerzienrat, Bromberg, Kompromißkandidat (Freisinnige Volkspartei)
3. Baerwald Dr. Moritz, Rechtsanwalt, Bromberg, Kompromißkandidat (Fortschritt)
4. Borchardt Julian, Redakteur, Sozialdemokrat

5. Cassel Oskar, Geh. Justizrat, Freisinnige Volkspartei
6. Friedberg Robert (get.), Professor, nationalliberal
7. Gerschel Dr. Hugo, Fabrikdirektor, Freisinnige Volkspartei
8. Gradnauer Dr. Georg, Redakteur, Sozialdemokrat
9. Heimann Hugo, Verlagsbuchhändler, Berlin, Sozialdemokrat
10. Hirsch Dr. Max, Syndikus d. Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine, Freisinnige Volkspartei
11. Hirsch Paul, Sozialdemokrat
12. Levy Dr. Leopold, Hohensalza (= Inowraclaw), Fabrikant, Kompromißkandidat (nationalliberal)
13. Lichtenstein Dr., Justizrat, Königsberg, Freisinnige Volkspartei / Fortschritt
14. Lippmann Julius, Dr. jur. (get.), Stettin, Freisinnige Vereinigung / Fortschritt
15. Meyer Oscar, Dr. jur. (get.), 1915 in Ersatzwahl in Frankfurt a. O. gewählt, Freisinnige Volkspartei / Fortschritt
16. Münsterberg, Kommerzienrat, Danzig, Freisinnige Vereinigung
17. Peltasohn Dr. Martin, Landgerichtsrat, Bromberg, Kompromißkandidat (Freisinnige Vereinigung)
18. Rosenow Leopold, Kfm., Berlin, Freisinnige Vereinigung
19. Waldstein Felix, Justizrat, Altona, Fortschritt
20. Witting Richard (get.), Bankier, nationalliberal
21. Wolff Eduard, Justizrat, Lissa, Kompromißkandidat (Freisinnige Vereinigung)

Sachsen

- 1867/78: 1. Lehmann Dr. Emil, Rechtsanwalt, Dresden, Fortschritt
 1879/92: 1. Goldstein Hermann, Redakteur, Sozialdemokrat
 1893/1916: 1. Goldstein Hermann, Redakteur, Sozialdemokrat

Sachsen-Meiningen

- 1893/1916: 1. Ledermann Dr., Amtsgerichtsrat, Pössneck, liberal
 2. Michaelis Dr., Hildburghausen, liberal
 3. Strupp, Kommerzienrat, Meiningen, liberal

Württemberg

- 1867/78: 1. Pfeiffer Dr. Eduard, Advokat, Ulm
 1879/92: -----
 1893/1916: 1. Elsass Dr. Hugo, Advokat, Cannstadt, Demokratische Volkspartei
 2. Haymann (oder Heymann), Redakteur, Stuttgart, Sozialdemokrat
 3. Mayer Dr. Albert, Advokat, Ulm, liberal

ANHANG D – EXKURSE

1. Zur Definition des „Judentums“ bei Börne und Marx

Vergleich der Kernsätze in Börnes Schrift „Der ewige Jude“ (Schriften II, S. 288 f.) und im Aufsatz „Zur Judenfrage“ von Marx (Werke I, S. 372 ff.), soweit sie das „Judentum“ betreffen:

<i>Marx (original):</i>	<i>Börne (mit leichter Satzverstellung):</i>
Welches ist der weltliche Grund des Judentums? Das praktische Bedürfnis, der Eigennutz.	Diese Sichtbarwerdung des Gelddämons, diese heraufgestiegene Furie der Habsucht...
Welches ist der weltliche Kultus des Judentums? Der Schacher.	Ihr murrst und sprichst, die Juden wären die Priester Merkurs und steckten die Opferpfennige ein...
Welches ist sein weltlicher Gott? Das Geld.	Dieser leibliche Goldteufel...
Nun wohl! Die Emanzipation vom Schacher und vom Geld, also vom praktischen, realen Judentum, wäre die Selbstemanzipation unserer Zeit...	Nicht der Priester, die Anbetung schafft den Götzen. Werft Euren Abgott um, zerstört seine Tempel...
Wir erkennen also im Judentum ein allgemeines, gegenwärtiges antisoziales Element,	Ich habe die Handelswelt nicht zu verteidigen, deren Judentümligkeit ... mir in der tiefsten Seele verhaßt ist,
welches durch die geschichtliche Entwicklung, an welcher die Juden in dieser schlechten Beziehung eifrig mitgearbeitet, auf seine jetzige Höhe getrieben wurde ... auf welcher es sich notwendig auflösen muß.	sie mag in der Gestalt eines Hebräers, eines Muselmannes, oder eines Christen mir entgentreten... Bei den Griechen und Römern war der Handel den Sklaven eigen, Ihr aber seid Sklaven des Handels...
Die Judenemanzipation in ihrer letzten Bedeutung ist die Emanzipation der Menschheit vom Judentum.	Werft Euren Abgott um, zerstört seine Tempel – und die Fleischgabel entfällt den Euch verhaßten Leviten.
Der Jude hat sich bereits auf jüdische Weise emanzipiert ... indem durch ihn und ohne ihn das Geld zur Weltmacht und der praktische Judengeist zum praktischen Geist der christlichen Völker geworden ist. Die Juden haben sich insoweit emanzipiert, als die Christen zu Juden geworden sind.	...daß man daher gar nicht beurteilen könne, ob es mehr Wucherer unter den Juden oder den Christen gibt.

Über Börnes und Marx' Stellung zur Judenfrage und ihre Einschätzung des (konkreten) „Juden“, zum Unterschied vom (abstrakten) „Judentum“, s. oben, Abschnitt A, Kap. 3, Anm. 91.

2. Zur politischen Einstellung von Leopold Zunz

Seit den dreißiger Jahren vertrat Leopold Zunz die Überzeugung, daß nicht die Juden ihre Nützlichkeit dem Staate gegenüber zu beweisen hätten, sondern daß vielmehr der Staat verpflichtet sei, ihnen als gleichberechtigten Menschen und Bürgern die Teilnahme am kulturellen und politischen Leben der Umwelt zu ermöglichen¹. Diese Verpflichtung des Staates bedingte nach seiner Meinung keinerlei Verzicht auf die eigenen, „auf dem geschichtlichen Boden“² erwachsenen und als „ein ererbtes Heiligtum“³ definierten Werte des Judentums. Denn seine *historisch-jüdische* Loyalität war im „gemeingültigen und in lebendiger Überlieferung Hochgehaltenen“ der geistigen Tradition verankert⁴, seine *politische* Loyalität aber gehörte dem preußischen, und später dem deutschen Staate. Der Staat erschien ihm letztlich als „das einheitliche Wesen des mündigen Volkes, welches lebt... Wir sind der Staat.“⁵ Volk und Nation sind hier als Gesamtheit der Bürger im Staat aufgefaßt, da ja „die Nation, d. h. der Staat, Niemandem anders gehorcht, als sich selbst, weil sie selbst den sittlichen Gesamtwillen hat“⁶. Die politische Nationalität ist demnach nichts anderes als das ideale Bürgersein, durch welches Freiheit, Gleichheit und Ordnung im Rahmen des sittlichen Staatswesens verwirklicht werden⁷.

Diese Auffassung des Radikaldemokraten Zunz von der Staats-Nation als Ausdruck des sittlichen Gesamtwillens ermöglichte es ihm, als Bürger und Jude am politischen Leben seines Geburtslandes hingebungsvoll teilzunehmen, ohne daß sich daraus für ihn ein Widerspruch zwischen seiner jüdischen und seiner bürgerlichen Loyalität ergab.

Das besagt nicht, daß er seine doppelschichtige Loyalität immer konsequent durchhielt. In Zeiten politischer Erregung, und insbesondere als seit der Neuen Ära die Frage der deutschen Einigung von neuem an Aktualität gewann, finden sich bei ihm Ansätze zur Lockerung seiner Stellung. Um 1860 definierte er einmal die Nationalität, in beinahe biologisch-genetischer Ausdrucksweise, als ein Zusammenwachsen der Stämme⁸, und in einer Wahlrede bekannte er sich in begeistert klingenden Wendungen zur deutschen Nationaleinheit unter preußischer Führung⁹. Jedoch selbst im Schwunge der Begeisterung kam ihm dann doch zum Bewußtsein, daß jedes Abweichen von seiner Auffassung der sittlichen Staats-Nation ihn als Juden in Widersprüche verwickeln müsse. So konnte er denn auch die Bemerkung nicht unterdrücken, daß trotz des fortschreitenden Vereinigungsprozesses der Stämme bei jedem Vorgang der Einigung ein Residuum des alten Stammeswesens bestehen bleibe, „etwas Ausschließbares“, wie er es nennt¹⁰, das nicht im Ganzen aufgeht.

¹ Vorrede zu „Die Gottesdienstlichen Vorträge der Juden“, Schriften I, S. 33.

² Aus dem von Zunz unterschriebenen Aufruf, zit.: Orient 1848, S. 329.

³ ZA, Mappe F 1, Brief an Abr. Geiger, 4. V. 1845, zit.: Kobler, Juden und Judentum, S. 254 f.

⁴ AaO.

⁵ Schriften I, S. 315.

⁶ AaO, S. 303.

⁷ AaO, S. 315 f.

⁸ In einem Vortrag im Jahre 1860, ZA, Mappe C 8.

⁹ Schriften I, S. 321.

¹⁰ ZA, Mappe C 8.

Seit dem Kriege gegen Dänemark und insbesondere seit der Errichtung des Norddeutschen Bundes fühlte er sich anscheinend mehr und mehr vom Charakter des deutschen Einigungswerkes und von Bismarck, dem „teutschen Pharao“, zurückgestossen¹¹. Jedenfalls vermied er weitgehend eine öffentliche politische Stellungnahme, und auch seine privaten politischen Äußerungen wurden seltener und pessimistischer. Obwohl er sich noch im Jahre 1870 zum Wahlmann machen ließ, bemächtigte sich seiner immer mehr die drückende Überzeugung von der Aussichtslosigkeit seines politischen Weges. Der Sieg des Bismarckschen Machtstaatsgedankens und die hochschlagenden Wogen des Nationalismus hatten ihn wohl davon überzeugt, daß eine Einigung Deutschlands auf romantisch-nationalistischer Grundlage eine doppel-schichtige Loyalität ausschließe und die Juden selbst als „etwas Ausschließbares“¹² zurücklassen müsse.

¹¹ Vgl. das Vorwort zu *Glatzer*: Leopold Zunz. Jude – Deutscher – Europäer, S. 59 bis 61. Der zitierte Ausdruck aaO, S. 438.

¹² ZA, Mappe C 8.

BIBLIOGRAPHIE

Die hierunter aufgeführten Titel sind im Text und in den Anmerkungen ganz überwiegend in stark gekürzter Form zitiert. Für Autoren, die mit nur einem Beitrag oder Buch in der alphabetischen Autorenliste erscheinen, wird lediglich der Familienname des Autors unter Hinzufügung der zitierten Seitenzahl gegeben (z. B. Mann, Seite ... anstelle von Golo Mann, Deutsche Geschichte etc. . . , S. . .). Archive und Zeitungen sind vorwiegend durch Sigel bezeichnet, die in den Teilen I und II der Bibliographie in Klammern vor der vollen Bezeichnung der Quelle erscheinen (z. B. ZA für Zunz-Archiv, oder IR für Israelitische Rundschau). Die für die Zeitschriften angeführten Jahrgänge sind die vom Autor benutzten, nicht die vollständigen Erscheinungsjahre. Wo es die Identifizierung nicht beeinträchtigte, wurde auf Zitierung der Untertitel von Publikationen in der Bibliographie verzichtet.

I. Archivalische Quellen

- | | |
|----------|---|
| (BUAFF) | = Bundesarchiv, Abteilung Frankfurt a. M. |
| (BUAK) | = Bundesarchiv Koblenz. |
| (HNBJ) | = Handschriftensammlung, Nationalbibliothek Jerusalem. |
| (HUBFF) | = Handschriftensammlung, Stadt- u. Universitätsbibliothek Frankfurt a. M. |
| (HUBO) | = Handschriftensammlung, Universitätsbibliothek Bonn. |
| (HUH) | = Handschriftensammlung, Universitätsbibliothek Heidelberg. |
| (IISGA) | = Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis Amsterdam. |
| (STDAFF) | = Stadtarchiv Frankfurt a. M. |
| (ZA) | = Zunz-Archiv, Nationalbibliothek Jerusalem. |
| (ZZAJ) | = Zionistisches Zentral-Archiv Jerusalem. |

II. Zeitungen, Zeitschriften und Jahrbücher

- | | |
|----------------|---|
| (AIW) | = Allgemeine Israelitische Wochenschrift (Hrsg. A. Levin, Max A. Klausner), Berlin 1895–1898, fortgesetzt als: Israelitische Wochenschrift (Hrsg. M. Klausner), Berlin 1899–1906. |
| (Annalen Jost) | = Siehe unter: Israelitische Annalen. |
| (AZJ) | = Allgemeine Zeitung des Judentums (begr. v. L. Philippson). Leipzig/Berlin 1837–1917.
Berliner Zeitung für die gesamten Interessen des Judentums (Hrsg. Rabbiner Simon Naschér). Berlin 1870. |

- (BLBI) = Bulletin des Leo Baeck Instituts. Tel-Aviv 1957 ff.
- (Dt.Isr.Ztg.) = Deutsche Israelitische Zeitung (Hrsg. Rabbiner S. Meyer). Regensburg.
Deutsches Reich: Handbuch für das Deutsche Reich. 1874–1892.
(Frankfurt): Staats- u. Adreß-Handbuch der Freien Stadt Frankfurt, 1848–1867.
Frankfurter Israelitisches Familienblatt, 1914.
- (Frankf.Ztg.) = Frankfurter Zeitung, 1867.
Gegenwart (Die). Berliner Wochenschrift für jüdische Angelegenheiten. Berlin 1867.
- (GAJ) = General-Anzeiger für die gesamten Interessen des Judentums (Hrsg. Julius Moses). Berlin 1903–1910.
- (Hist.Ztsch.) = Historische Zeitschrift.
- (IDR) = Im Deutschen Reich. Zeitschrift des Central-Vereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens. Berlin 1895–1918.
Israelit (Der) (begr. v. Markus Lehmann). Mainz/Frankfurt a. M. 1860–1914.
- (Isr. 19. Jh.) = Israelit des 19. Jahrhunderts (Der) (Hrsg. Mendel Hess). Mannheim/Frankfurt 1842–1848.
- (Annalen Jost) = Israelitische Annalen (Hrsg. Isaak M. Jost). Frankfurt a. M. 1839–1842.
- (IR) = Israelitische Rundschau (Hrsg. M. Wohlberg, Ad. Friedemann). Berlin 1901.
- (ISWOS) = Israelitische Wochenschrift (Hrsg. Abr. Treuenfels, Moritz Rahmer). Breslau/Magdeburg 1870–1894.
- (ISFAM) = Israelitisches Familienblatt. Hamburg 1898–1914.
- (IGB) = Israelitisches Gemeindeblatt (begr. v. Carl Brisch). Mülheim/Köln 1903–1912.
- (IWB) = Israelitisches Wochenblatt (Hrsg. Fabius Schach). Berlin 1911.
- (JJGL) = Jahrbuch für jüdische Geschichte und Literatur. Berlin 1898–1926.
- (Jedidja N.F.) = Jedidja. Allgemeines Archiv des Judenthums (Hrsg. Jeremias Heinemann). Neue Folge. Berlin 1839–1842.
Jeschurun. Zeitschrift für die religiösen und sozialen Interessen des Judentums (Hrsg. S. R. Hirsch). Frankfurt a. M. 1854–1870.
Jeschurun (Hrsg. Rabbiner Dr. Bernhard Königsberger). Pleschen 1901–1902.
Jeschurun (Hrsg. A. Levin). Tilsit 1894. (Vorläufer der AIW)
- (JSS) = Jewish Social Studies. New York 1940 ff.
- (JJS) = Journal of Jewish Studies. London 1949 ff.
Jude (Der). Periodische Blätter f. Religion u. Gewissensfreiheit (Hrsg. Gabriel Riesser). Altona 1832–1835.

- Jude (Der). Eine Monatsschrift (begr. v. Martin Buber). Berlin/Wien 1916–1923.
 Jude in Deutschlands Gegenwart (Der) (Hrsg. Eduard Cohn). Hamburg 1846.
- (JPR) = Jüdische Presse (Die) (begr. v. Esriel Hildesheimer). Berlin 1870 bis 1914.
- (JR) = Jüdische Rundschau (Hrsg. Heinr. Loewe u. a.). Berlin 1903–1914.
- (JVZ) = Jüdische Volkszeitung (Hrsg. J. Klingenstein). Oberingelheim/Leipzig 1872–1875.
 Jüdische Zeitschrift für Wissenschaft und Leben (Hrsg. A. Geiger). Breslau 1862–1875.
- (JVB) = Jüdisches Volksblatt (Hrsg. Louis Neustadt). Breslau 1899–1914 (zeitweilig auch: Jüdische Volkszeitung).
 Kulturkämpfer (Der) (Hrsg. Otto Glagau, antis.). Berlin 1880 bis 1884.
 Menorah (Die). Hamburg 1891.
 Mitteilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus (späterer Name: Abwehr-Blätter). Berlin 1892–1900.
- (MGWJ) = Monatsschrift für Geschichte und Wissenschaft des Judentums (begr. v. Zacharias Frankel). Breslau 1851 ff.
 Neue Deutschland (Das) (Hrsg. Adolf Grabowsky). Orientheft vom 29. Mai 1915.
 Orient (Der) (Hrsg. Julius Fürst). Leipzig 1840–1850.
 Orient (Der). Organ der Allgemeinen Jüdischen Kolonisations-Organisation. Berlin 1913–1915.
 Ost und West (Hrsg. Leo Winz, Davis Trietsch). Berlin 1901 bis 1914.
 (Preußen): Königlich Preußischer Staatskalender. Handbuch über den königlich preußischen Hof und Staat. Berlin 1848–1892.
 Preußischer Staatsanzeiger. Berlin 1849.
- (Ref.Ztg.) = Reform-Zeitung (Hrsg. Aron Rebenstein – Pseud. für: A. Bernstein). Berlin 1847.
 Sabbath-Blatt (Hrsg. Adolf Jellinek). Leipzig 1846.
 Sinai (Hrsg. J. Aub). Erlangen 1847.
 Sulamith (Hrsg. David Fränkel). Neue Folge, Bd. 8 u. 9. Dessau 1835–1846.
- (TZ) = Treue Zionswächter (Der) (Hrsg. Samuel Enoch). Altona 1845 bis 1849.
 Welt (Die). Wien/Köln/Berlin 1897–1914.
- (VDF) = Vorkämpfer deutscher Freiheit (Schriftenreihe). München.
- (YLBI) = Year Book of the Leo Baeck Institute. London 1956 ff.

- (YIVO Annual) = Jahrbuch des Yiddish Scientific Institute. New York.
- (ZGJD) = Zeitschrift für Geschichte der Juden in Deutschland (Hrsg. Ismar Elbogen). Berlin 1929–1938.
Zeitschrift für Politik (Hrsg. Adolf Grabowsky). Berlin 1909 bis 1915.
- (ZRI) = Zeitschrift für die religiösen Interessen des Judenthums (Hrsg. Zacharias Frankel). Berlin 1844–1846.
Ziel (Das). Jahrbücher für geistige Politik (Hrsg. Kurt Hiller). München/Berlin 1916–1918.
Zion. Monatsschrift für die nationalen Interessen des jüdischen Volkes. Berlin 1895–1896.
Zukunft (Die) (Hrsg. Maximilian Harden). Berlin 1892–1914.
Zur Judenfrage in Deutschland (Hrsg. Wilhelm Freund). Berlin/Breslau 1843–1844.

III. Bücher und Aufsätze

- Ackermann, Aron*, Geschichte der Juden in Brandenburg a. H., Berlin 1906.
- Adam, R.*, Johann Jacobys politischer Werdegang, in: Hist. Ztsch. (143), 1931.
- Adler, Georg*, Die Geschichte der ersten sozialpolitischen Arbeiter-Bewegung in Deutschland, Breslau 1885.
- Adler-Rudel, S.*, Ostjuden in Deutschland, 1880–1940 (Schriftenreihe wissenschaftl. Abhandlungen des Leo Baeck Instituts, Bd. 1), Tübingen 1959.
- , –, East-European Jewish Workers in Germany, in: YLBI II, 1957.
- Alexander, Kurt*, Die soziale Unruhe der modernen Juden, in: Preussische Jahrbücher (127), 1907.
- Antisemiten-Spiegel (Hrsg. Verein zur Abwehr des Antisemitismus), Danzig 1892.
- Ära Bleichröder-Delbrück-Camphausen (Die) (anon. = F. Perrot?, antis.), Berlin 1876.
- Arendt, Hannah*, Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, Frankfurt 1955.
- Arendt, Otto*, Ein Deutsch-Französisches Bündnis? Berlin 1892.
- Arnhold, Eduard, E. A.* – Ein Gedenkbuch (Hrsg. Johanna Arnhold), Berlin 1928.
- Arons, Leo*, Bauer und Edelman in Preußen, Frankfurt a. O. 1894.
- Asaria, Zvi*, Die Juden in Köln, Köln 1959.
- Ascher, Saul*, Die Germanomanie, Berlin 1815.
- Athenaeum (Jüdisches). Galerie berühmter Männer jüdischer Abstammung, Grimma/Leipzig 1851.
- Auer, Ignaz*, Nach zehn Jahren (1889–1890), 2. Aufl., Nürnberg 1913.
- Auerbach, Berthold*, Das Judentum und die neueste Literatur, Stuttgart 1836.
- , –, Waldfried, 3 Bde., Stuttgart 1874.
- Bach, Hans* (Hrsg.), Jüdische Memoiren aus drei Jahrhunderten, Berlin 1936.
- Baeck, Leo*, Wandlungen der Weltanschauung und der Parteien, in: YLBI III, 1958.
- Baerwald, Leo und Feuchtwanger, Ludwig* (Hrsg.), Festgabe. 50 Jahre Hauptsynagoge München, München 1937.
- Bamberger, Ludwig*, Gesammelte Schriften, 5 Bde., Berlin 1894–1898 (?).
- , –, Bismarck Posthumus, Berlin 1899.

- , –, Bismarcks großes Spiel. Die geheimen Tagebücher Ludwig Bambergers (Hrsg. Ernst Feder), Frankfurt a. M., 2. Aufl. 1933.
- , –, Deutschthum und Judenthum, 2. Aufl., Leipzig 1880.
- , –, Eduard Lasker. Gedenkrede, Leipzig 1884.
- , –, Erinnerungen (Hrsg. Paul Nathan), Berlin 1899.
- , –, Erlebnisse aus der Pfälzischen Erhebung, Frankfurt 1849.
- , –, Rede . . . in der Wählerversammlung zu Alzey, Mainz 1890.
- Bamberger, Naphtalie*, Geschichte der Juden von Kitzingen, Kitzingen 1908.
- Barbeck, Hugo* (Hrsg.), Geschichte der Juden in Nürnberg und Fürth, Nürnberg 1878.
- Baron, Salo W.*, The Impact of the Revolution of 1848 on Jewish Emancipation, in: JSS 1949.
- , –, Aspects of the Jewish Communal Crisis in 1848, in: JSS 1952.
- Benda, Daniel Alexander*, Die Felicier. Geschichtliche Entwicklung eines Urvolkes, Leipzig 1827.
- , –, Grundsätze, nach welchen der Staat der Felicier gebildet und geleitet wird, Berlin 1863.
- , –, Katechismus für wahlberechtigte Bürger Preußens, Berlin 1843.
- , –, Der Krieg im Osten, o. O. 1829.
- Berg, Alexander*, Judentum und Sozialdemokratie (antis.), Berlin 1891.
- Bergsträsser, Ludwig*, Geschichte der politischen Parteien in Deutschland. 5. Aufl., Mannheim/Berlin 1928.
- Berliner, E.* (Hrsg.), s. unter: Lazarus, M.
- Bernays, Jakob, J. B.* – Ein Lebensbild in Briefen (Hrsg. Michael Fraenkel), Breslau 1932.
- Berndt, R.*, Geschichte der Juden in Gross-Glogau, Glogau 1873.
- Bernhard, Georg*, Land oder Geld, Stuttgart/Berlin 1916.
- , –, Krach, Krisis und Arbeiterklasse, Berlin 1902.
- Bernstein, Aron*, Revolutions- und Reaktionsgeschichte Preußens und Deutschlands, 3 Bde., Berlin 1882.
- Bernstein, Eduard*, Parlamentarismus und Sozialdemokratie, Berlin 1906.
- , –, Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung, 3 Bde., Berlin 1907–1910.
- , –, Die Internationale der Arbeiterklasse und der europäische Krieg, Tübingen 1915.
- , –, Von den Aufgaben der Juden im Weltkriege, Berlin 1917.
- , –, Ferdinand Lassalle, Berlin 1919.
- , –, Von 1850 bis 1872. Kindheit und Jugendjahre, Berlin 1926.
- , –, Sozialdemokratische Lehrjahre, Berlin 1928.
- Bettelheim, Anton*, Berthold Auerbach. Der Mann, sein Werk, sein Nachlaß, Stuttgart/Berlin 1907.
- Bileski, Moritz*, Die deutschen Juden in der deutschen Politik, in: Der Jude I, 1916/1917.
- Blach, Friedrich*, Die Juden in Deutschland, Berlin 1911.
- Bloch, Fritz*, Die Juden in Militsch, Breslau 1926.
- Blumenfeld, Kurt*, Erlebte Judenfrage, Stuttgart 1962.
- Bock, Helmut*, Ludwig Börne. Vom Gettojuden zum Nationalschriftsteller, Berlin (Ost) 1962.
- Börne, Ludwig*, Gesammelte Schriften. Vollständige Ausgabe in 3 Bdn., Leipzig (Reclam) o. J.
- , –, Das Judenthum in Börne's Schriften. Anthologie, Prag o. J. (1852?).
- Boh, Felix*, Der Konservatismus und die Judenfrage (antis.), Dresden 1892.
- Bonn, Moritz Julius*, So macht man Geschichte, München 1953.
- , –, Nationale Kolonialpolitik, München 1910.
- Born, Stephan*, Erinnerungen eines Achtundvierzigers, Leipzig 1898.

- Botzenhart, Erich*, Der politische Aufstieg des Judentums von der Emanzipation bis zur Revolution von 1848, in: Forschungen zur Judenfrage (antis.), Bd. 3, Hamburg 1938.
- Brass, August*, Berlin's Barricaden, Berlin 1848.
- (Bremen), Historische Daten zur Geschichte der Israelitischen Gemeinde Bremen (anon.), Bremen 1926.
- Breslauer, Bernhard*, Die Abwanderung der Juden aus der Provinz Posen, Berlin 1909.
- Breslaur, Emil*, Offener Brief an den Redacteur der Conservativen Niederlausitzer Zeitung, Cottbus 1862.
- Breslauer, Walter*, Jews of the City of Posen, in: YLBI VIII, 1963.
- , –, Der Verband der deutschen Juden (1904–1922), in: BLBI 28, 1964.
- Brisch, Carl*, Geschichte der Juden in Cöln und Umgebung, 2 Bde., Cöln-Mülheim 1879–1882.
- Bülow, Bernhard von*, Denkwürdigkeiten, 3 Bde., Berlin 1930.
- Bürgerliche Gleichstellung der Juden in Preußen (Die): Verhandlungen des Hauses der Abgeordneten vom 24. bis 27. April 1860 und vom 10. Mai 1860, Berlin 1860.
- Bussmann, Walter*, Zur Geschichte des Deutschen Liberalismus im 19. Jahrhundert, in: Hist. Ztsch. (186), 1958.
- Cassel, Paulus (Selig)*, Wider Heinrich von Treitschke – Für die Juden, Berlin 1880.
- , –, (anon.) Die Preußischen Bürger des jüdischen Glaubensbekenntnisses, Leipzig 1847.
- Civis Germanus sum. Von einem Juden deutscher Nation, Berlin 1891.
- Cohen, Daniel J.*, Jewish Records from Germany, in: YLBI I, 1956.
- Cohen, Hermann*, Ein Bekenntnis in der Judenfrage, Berlin 1880.
- , –, Deutschtum und Judentum, Gießen 1916.
- Cohn, Bernhard*, Vor dem Sturm, Berlin 1896.
- Cohn, John*, Geschichte der jüdischen Gemeinde Rawitsch, Berlin 1915.
- Cohn, Willy*, Die Staatsbürgerrolle der Breslauer Juden von 1812, in: ZGJD II, 1930.
- Conze, Werner*, Staat und Gesellschaft in der frührevolutionären Epoche Deutschlands, in: Hist. Ztsch. (186) 1958.
- Corti, Egon Caesar*, The Rise of the House of Rothschild (1770–1830), New York 1928.
- , –, The Reign of the House of Rothschild (1830–1871), New York 1928.
- Curtius, Lorenz*, Der politische Antisemitismus von 1907–1911, München 1911.
- De Jonge, M.*, s. unter: Jonge de.
- Deutsch, Israel*, Proben aus dem literarischen Nachlaß des Herrn Israel Deutsch (Hrsg. Abraham und David Deutsch), Gleiwitz 1855.
- Deutsch-Amerikanische Skizzen (anon.), Leipzig 1857.
- Deutsch-jüdische Kirche (Eine) (anon.), Leipzig 1845.
- Deutsche Flotte (Die) und die jüdischen Reichstagswähler (anon.), Berlin 1897.
- Dietz, Alexander*, Stammbuch der Frankfurter Juden, Frankfurt a. M. 1907.
- Donath, Leopold*, Geschichte der Juden in Mecklenburg, Leipzig 1874.
- Dresler, Adolf*, Jüdische Politik und jüdische Politiker (antis.), Leipzig 1927.
- Duncker, Max*, Politischer Briefwechsel (Nachlaß), Berlin/Stuttgart 1923.
- Eckert, Georg*, Die Braunschweiger Arbeiterbewegung unter dem Sozialistengesetz, Braunschweig 1961.
- Eckstein, Adolf*, Die Bayrischen Parlamentarier jüdischen Glaubens, Bamberg 1902.
- Eichstädt, Volkmar*, Bibliographie zur Geschichte der Judenfrage, Bd. 1, Hamburg 1938.
- Einhorn, Ignaz*, Die Revolution und die Juden in Ungarn, Vorwort Julius Fürst, Leipzig 1851.
- Eisner, Kurt*, Gesammelte Schriften, 2 Bde., Berlin 1919.

- Emrich, Willi*, Bildnisse Frankfurter Demokraten, Frankfurt 1956.
- Erasmus, Siegfried*, Die Juden in der ersten deutschen Nationalversammlung (antis.), Weimar 1941.
- Falkson, Ferdinand*, Die Liberale Bewegung in Königsberg, Breslau 1888.
- Feder, Ernst*, Hugo Preuss. Ein Lebensbild, Berlin 1926.
- , –, Politik und Humanität. Paul Nathan. Ein Lebensbild, Berlin 1929.
- , –, Paul Nathan, the Man and his Work, in: YLBI III, 1958.
- Feiner, Joseph*, Dr. Anton Réée, Hamburg 1916.
- Feuchtwanger, Sigbert*, Die Judenfrage als wissenschaftliches und politisches Problem, Berlin 1916.
- Fraenkel, Michael*, Max Ring, Oppeln 1930.
- , –, s. auch unter: Bernays, Jakob.
- Frank, Ludwig*, Aufsätze, Reden und Briefe (Hrsg. Hedwig Wachenheim), Berlin o. J.
- Frank, Walter*, Hofprediger Adolf Stöcker und die christlich-soziale Bewegung (antis.), Berlin 1928.
- Frankel, Zacharias*, Dr. Bernhard Beer, in: MGWJ (11), 1862.
- (Frankfurt), Geschichte der Handelskammer zu Frankfurt, Frankfurt 1908.
- , (anon.) Geschichte der Judenschaft von Frankfurt (antis.), Berlin 1897.
- , Verhandlungen des Deutschen Parlaments, 1848.
- , Verzeichnis der Abgeordneten zur ersten Reichsversammlung in Frankfurt, 1849.
- Frankfurter Zeitung (Geschichte der) 1856–1906, Frankfurt a. M. 1906 (2. Aufl. 1911).
- Frantz, Constantin*, Der Nationalliberalismus und die Judenherrschaft (antis.), München 1874.
- Freudenthal, Max*, Die Israelitische Kultusgemeinde Nürnberg, Nürnberg 1925.
- Fried, Alfred H.*, Die Grundlagen des revolutionären Pacifismus, Tübingen 1908.
- , –, Gedenkblätter (Hrsg. R. Goldschmidt), Leipzig 1922.
- , –, Jugenderinnerungen, Berlin 1925.
- Friedländer, Fritz*, Das Leben Gabriel Riessers, Berlin 1926.
- Fritsch, Theodor*, Handbuch der Judenfrage (antis.), Letztaufgabe, Leipzig 1944.
- Fürstenberg, Hans* (Hrsg.), Carl Fürstenberg. Die Lebensgeschichte eines deutschen Bankiers, Berlin 1931 (Nachdruck 1961).
- Fuhrmann, Alfred*, Recht und Staat bei Heinrich Heine, Bonn 1961.
- Gedanken eines Juden (anon.), Berlin 1885.
- Geiger, Ludwig*, Zum Andenken an Moritz Veit, in: MGWJ (52), 1908.
- , –, Die deutschen Juden und der Krieg, Berlin o. J. (1915).
- , –, Die deutsche Literatur und die Juden, Berlin 1910.
- , –, Geschichte der Juden in Berlin, 2 Bde., Berlin 1871.
- , –, Zunz im Verkehr mit Behörden und Hochgestellten, in: MGWJ (60), 1916.
- Gemkow, Heinrich*, Paul Singer. Ein bedeutender Führer der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin (Ost) 1957.
- Gerlach, Hellmuth von*, Von Rechts nach Links, Zürich 1937.
- Giese, Wilhelm*, Die Judenfrage am Ende des 19. Jahrhunderts. Mit Anhang von O. H. Böckler: Presse und Judentum (antis.), Berlin 1899.
- Ghillany, Fr. Wilhelm*, Die Judenfrage (antis.), Nürnberg 1843.
- Glagau, Otto*, Der Kulturkämpfer (Broschüre, antis.), Berlin 1879.
- , –, (Hrsg.) Der Kulturkämpfer (Zeitschrift, antis.), Berlin 1880 ff.
- Glanz, Rudolf*, The Immigration of German Jews up to 1880, in: YIVO Annual II/III, 1947–1948.
- Glatzer, Nahum N.*, Leopold Zunz and the Revolution of 1848, in: YLBI V, 1960.
- , –, Leopold Zunz. Jude – Deutscher – Europäer (Schriftenreihe wissenschaftl. Abhandlungen des Leo Baeck Instituts, Bd. 11), Tübingen 1964.
- , –, s. auch unter: Zunz, L.

- Goldmann, Felix*, Der Jude im deutschen Kulturkreise, Berlin 1930.
- Goldschmidt, Lewin*, Zur Reichstagswahl vom 21. 2. und 2. 3. 1887, Berlin 1887.
- , –, Ein Lebensbild in Briefen (Hrsg. Adele Goldschmidt), Berlin 1898.
- Goldstein, Moritz*, German Jewry's Dilemma before 1914, in: YLBI II, 1957.
- Goslar, Hans*, Die Krisis der jüdischen Jugend Deutschlands, Berlin 1911.
- Grabowsky, Adolf*, Einführung in das Politische Denken, München 1915 (?).
- , –, Die polnische Frage, Berlin 1916.
- Grimpen, Albert*, Judentum und Sozialdemokratie (antis.), Hamburg 1914.
- Grinstein, Hyman B.*, The Rise of the Jewish Community of New York. 2nd. ed., New York 1947.
- Grünebaum, S.*, Ludwig Frank, Heidelberg 1924.
- Guttman, Bernhard*, Schattenriß einer Generation, Stuttgart 1950 (?).
- Haarbleicher, Moses Martin*, Aus der Geschichte der deutsch-israelitischen Gemeinde in Hamburg. 2. Aufl., Hamburg 1886.
- Haase, Ernst*, Hugo Haase. Sein Leben und Wirken, Berlin o. J.
- Häusser, Ludwig*, Denkwürdigkeiten zur Geschichte der Badischen Revolution, Heidelberg 1851.
- Hallgarten, George W. F.*, Imperialismus vor 1914. 2 Bde., München 1951.
- Halpern, Felix*, Geschichte der jüdischen Gemeinde zu Guttstadt, Guttstadt 1927. (Hamburg), Hamburgs Entwicklung von 1860–1884, Hamburg o. J.
- Hamburger, Ernest*, Jews in Public Service under the German Monarchy, in: YLBI IX, 1964.
- Harden, Maximilian*, Apostata, 2 Bde., Berlin 1892.
- Hartmann, Eduard von*, Das Judentum in Gegenwart und Zukunft. 2. Aufl., Leipzig 1885.
- Hartung, Fritz*, Deutsche Geschichte 1870–1919. 5. Aufl., Stuttgart 1952.
- Haubrich, Fritz*, Die Juden in Trier, Trier 1907.
- Heine, Heinrich*, Werke. 15 Teile. Goldene Klassiker Bibliothek, Berlin 1927.
- , –, Briefwechsel (Hrsg. Friedrich Hirsh). 3 Bde., München/Berlin 1914–1920.
- , –, Autobiographie (Hrsg. Gustav Karpeles), Berlin 1888.
- , –, Confessio Judaica (Hrsg. Hugo Bieber), Berlin 1925 (2. Aufl., „Jüdisches Manifest“, New York 1946).
- Heinemann, Isaak*, Samson Raphael Hirsch. The formative Years of the Leader of Modern Orthodoxy, in: Historia Judaica (XIII), New York 1951.
- Heppner, Aron*, Jüdische Persönlichkeiten in und aus Breslau, Breslau 1931.
- Heppner, Aron und Herzberg, Isaak*, Aus Vergangenheit und Gegenwart der Juden und der jüdischen Gemeinden in den Posener Landen, Koschmin/Breslau 1904 bis 1929.
- , –, Aus Vergangenheit und Gegenwart der Juden in Posen (Stadt), Koschmin 1914. (*Herwegh, Georg*), Briefe von und an G. Herwegh (Hrsg. M. Herwegh), München 1896.
- Herzberg, Isaak*, Geschichte der Juden in Bromberg, Frankfurt a. M. 1903.
- Hess, Moses*, Die europäische Triarchie, Leipzig 1841.
- , –, Briefwechsel (Hrsg. Edmund Silberner), s'Gravenhage 1959.
- Heyk, Eduard*, Deutsche Geschichte, 3 Bde., Bielefeld/Leipzig 1906.
- Hirsch, Marcus*, Kulturdefizit am Ende des 19. Jahrhunderts, Frankfurt a. M. 1893.
- Hirsch, Max*, Was bezwecken die Gewerkvereine? Berlin 1883.
- Hirsch, Paul*, 25 Jahre sozialdemokratische Arbeit in der Gemeinde, Berlin 1908.
- Hirsch, Samson Raphael* (Ben Usiel), Neunzehn Briefe über Judentum, Frankfurt a. M. 1836.
- , –, Choreb, Versuche über Jissroels Pflichten, 2. Aufl., Frankfurt a. M. 1889.

- , –, Frühling und Freiheit, Frankfurt a. M. o. J.
- , –, (anon.) Die Religion im Bunde mit dem Fortschritt. Von einem Schwarzen. Frankfurt a. M. 1854.
- , –, Worte am Vorabend der Schiller-Feier 1859, Frankfurt a. M. 1905.
- Hirth, Friedrich* (Hrsg.), s. unter: Heine, Briefwechsel.
- Holdheim, Paul*, Die Fusion der liberalen Parteien und die Demokratie, Würzburg 1885.
- Holst, Ludolf*, Das Judenthum in allen dessen Theilen, aus einem staatswissenschaftlichen Standpunkt betrachtet, Mainz 1821.
- Jacobson, Jacob*, Some Observations on the Jewish Citizen's Books of the City of Berlin, in: YLBI I, 1956.
- , –, Die Judenbürgerbücher der Stadt Berlin 1809–1851, Berlin 1962.
- Jacoby, Joel*, Stimme aus Berlin. An die Rheinländer und Westphalen, Berlin 1838.
- Jacoby, Johann*, Gesammelte Schriften und Reden. 2 Bde., Hamburg 1872 (2. Aufl. mit Nachträgen, 1889).
- , –, Heinrich Simon. Ein Gedenkbuch für das deutsche Volk, 2 Bde., Berlin 1865.
- Jöhlinger, Otto*, Bismarck und die Juden, Berlin 1921.
- Joel, Manuel*, Lasker's Resolution den Austritt aus der Synagogengemeinde betreffend, Breslau 1875.
- Jolowicz, Heimann*, Geschichte der Juden in Königsberg i. Pr., Posen 1867.
- Jonge de, Moritz*, Jerusalem oder Mombassa? Berlin 1903.
- , –, Höret Rathenau und Genossen! Berlin 1903.
- Juden im deutschen Kulturbereich, s. unter: Kaznelson, Siegmund.
- Juden in Deutschland (Die), Hrsg. Institut zum Studium der Judenfrage (antis.), München 1935.
- (Judenfrage), Die Judenfrage im Preussischen Abgeordnetenhaus. Wörtlicher Abdruck der stenographischen Berichte vom 20. und 22. November 1880 (Interpellation Hänel), Breslau 1880.
- (Judentum), Das Judentum und seine Aufgaben im neuen Deutschen Reich (anon. = Friedrich Wachtel), Leipzig 1871.
- Jüdisches Athenaeum, s. unter: Athenaeum.
- Jungmann, Max*, Heinrich Heine, ein Nationaljude, Berlin 1896.
- , –, Erinnerungen eines Zionisten, Jerusalem 1959.
- Kaelter, Robert*, Geschichte der jüdischen Gemeinde zu Potsdam, Potsdam 1903.
- Kahn, Ernst*, The Frankfurter Zeitung, in: YLBI II, 1957.
- Kaim, Isidor*, Ein Jahrhundert der Judenemancipation, Leipzig 1869.
- Kaplun-Kogan, Wladimir W.*, Die Wanderbewegungen der Juden, Bonn 1913.
- Kastan, Isidor*, Alt-Kempen, in: JJGL (25), 1923/24.
- , –, Breslauer Erinnerungen, in: JJGL (26), 1925.
- , –, Berliner Erinnerungen, in: JJGL (27), 1926.
- Katz, Jacob*, Die Entstehung der Judenassimilation in Deutschland und deren Ideologie, Frankfurt a. M. 1935.
- , –, Tradition and Crisis, New York 1961.
- Katzenelenbogen, S.*, L'émigration juive, Bruxelles 1918.
- Kaulla, Rudolf*, Der Liberalismus und die deutschen Juden, München/Leipzig 1928.
- Kaysersling, Meir-Moritz*, Gedenkbücher. Hervorragende jüdische Persönlichkeiten des 19. Jahrhunderts, Leipzig 1892.
- , –, Die Juden als Patrioten, Berlin 1898.
- Kaznelson, Siegmund* (Hrsg.), Juden im deutschen Kulturbereich. Ein Sammelwerk, 2. Aufl., Berlin 1959.

- Keim, Anton M.*, Der politische Gehalt des Mainzer Karnevals im deutschen Vormärz. Hambacher Gespräche, in: Veröffentlichungen des Instituts f. geschichtl. Landeskunde d. Universität Mainz, Bd. 1, Wiesbaden 1964.
- Kernholt, Otto*, Vom Ghetto zur Macht (antis.), Leipzig/Berlin 1921.
- Kessler, Gerhard*, Judentaufen und judenchristliche Familien in Ostpreußen, Leipzig 1938.
- Kessler, Harry Graf*, Walther Rathenau. Sein Leben und sein Werk, Berlin 1928.
- Keynes, John Maynard*, Two Memoirs. (Dr. Melchior) London 1949.
- Klausner, Max A.*, Zu Lehr und Wehr! Jüdische Zeitfragen, Berlin 1903.
- Klein, H. R.*, Beiträge zur Geschichte der Juden in Rottweil, o. O., o. J.
- Klein, Tim* (Hrsg.), 1848. Der Vorkampf deutscher Einheit und Freiheit, München/Leipzig 1914.
- Klein-Hattingen, Oskar*, Geschichte des deutschen Liberalismus, 2 Bde., Berlin 1911 bis 1912.
- Kober, Adolf*, Aus der Geschichte der Juden im Rheinland, Düsseldorf 1931.
- , –, Cologne, Philadelphia 1940.
- , –, Die Geschichte der deutschen Juden in der historischen Forschung der letzten 35 Jahre, in: ZGJD I, 1929.
- , –, Jews in the Revolution of 1848 in Germany, in: JSS 1948.
- Kobler, Franz* (Hrsg.), Juden und Judentum in deutschen Briefen, Wien 1935.
- , –, (Hrsg.), Jüdische Geschichte in Briefen aus Ost und West, Wien 1938.
- (Königsberg), Königsberger Beiträge, Festgabe zur 400 Jahr-Feier der Staats- und Universitätsbibliothek zu Königsberg i. Pr., Königsberg 1929.
- Kohler, Max J.*, The German-Jewish Migration to America, Philadelphia 1901.
- Kohut, Adolph*, Berühmte israelitische Männer und Frauen, 2 Bde., Leipzig o. J. (1901?).
- Kollenscher, Max*, Jüdische Gemeindepolitik, Posen 1909.
- , –, Jüdisches aus der deutsch-polnischen Übergangszeit. Posen 1918–1920, Berlin 1925.
- , –, Erinnerungen (unveröff. Manuskript).
- Kopfstein, Marcus-Max*, Geschichte der Synagogen-Gemeinde in Beuthen O/S, Beuthen 1891.
- Kruck, Alfred*, Geschichte des Alldeutschen Verbandes 1890–1939, Wiesbaden 1954.
- Lammfromm, Israel*, Chronik der Markt-Gemeinde Buttenwiesen, Buttenwiesen 1911.
- Landauer, Gustav*, Aufruf zum Sozialismus, Berlin 1911.
- , –, Der werdende Mensch. Aufsätze (Hrsg. Martin Buber), Potsdam 1921.
- , –, Beginnen. Aufsätze über Sozialismus, Köln 1924.
- , –, G. L., Sein Lebensgang in Briefen (Hrsg. Martin Buber), 2 Bde., Frankfurt 1929.
- Landes, David S.*, The Bleichröder Bank, in: YLBI V, 1960.
- Lasker, Eduard* (anon.), Erlebnisse einer Mannes-Seele (Hrsg. Berthold Auerbach), Stuttgart 1873.
- , –, Reden gegen Wagener und über das Eisenbahnkonzessionswesen in Preußen, Berlin 1873.
- , –, Zur Verfassungsgeschichte Preußens, Leipzig 1874.
- , –, Wege und Ziele der Culturentwicklung, Leipzig 1881.
- , –, E. L., Seine Biographie und letzte öffentliche Rede (Hrsg. Karl Baumbach), Stuttgart 1884.
- , –, Aus Eduard Laskers Nachlaß. Fünfzehn Jahre parlamentarischer Geschichte (Hrsg. Wilhelm Cahn), Berlin 1902.
- , –, Aus Laskers Nachlaß, in: Deutsche Revue, Stuttgart etc. 1892.
- , –, Gegen das Sozialistengesetz 1878, VDF, 1910.

- Lassalle, Ferdinand*, Gesammelte Reden und Schriften, 12 Bde. (Hrsg. Eduard Bernstein), Berlin 1919–1920.
- , –, F. L., Der Mensch und Politiker in Selbstzeugnissen (Hrsg. Konrad Haenisch), Leipzig 1925.
- Lazarus, Moritz*, Die sittliche Berechtigung Preußens in Deutschland, Berlin 1850.
- , –, An die deutschen Juden, Berlin 1887.
- , –, Treu und Frei. Gesammelte Reden und Vorträge, Leipzig 1887.
- , –, Lebenserinnerungen (Hrsg. Nahida Lazarus), Frankfurt 1906.
- , –, Aus meiner Jugend (Hrsg. Nahida Lazarus), Frankfurt 1913.
- , –, Was heißt National? Neuauflage, Berlin 1925.
- , –, An Herrn Professor Dr. Lazarus von einem deutschen Juden (anon.), Magdeburg 1887.
- , –, Professor Dr. M. Lazarus und die öffentliche Meinung (Hrsg. E. Berliner), Berlin 1887.
- Lehmann, Emil*, Gesammelte Schriften, 2. Aufl., Dresden 1909.
- Leip, Hans*, Des Kaisers Reeder. Eine Albert Ballin-Biographie, München 1956. (Leipzig), Aus Geschichte und Gegenwart der Juden in Leipzig, Leipzig 1930.
- Leon, S.*, Unser heutiges Judentum, Berlin 1890.
- Leschnitzer, Adolf*, The Magic Background of Modern Antisemitism, New York 1956.
- Lessing, Theodor*, Der Jüdische Selbsthaß, Berlin 1930.
- , –, Einmal und nie wieder. Lebenserinnerungen. Gesammelte Schriften, Bd. 1, Prag 1935.
- Leviné, Eugen*, Skizzen, Rede vor Gericht und Anderes, 2. Aufl., Berlin 1925.
- Levinstein, Levin J.*, Natürliche Staatswirtschaft und ministerielle Verwirschaftung, Berlin 1856.
- , –, Über die vornehmsten Ursachen der zeitigen politischen Strömungen, Berlin 1863.
- Levy, Alphonse*, Geschichte der Juden in Sachsen, Berlin 1900.
- Levy, Meyer*, Der Staat und die Juden im Norddeutschen Bund, Lissa 1867.
- Lewin, Adolf*, Geschichte der badischen Juden, Karlsruhe 1909.
- Lewin, Louis*, Aus der Vergangenheit der jüdischen Gemeinde zu Pinne, Pinne 1903.
- , –, Geschichte der Juden in Lissa, Pinne 1904.
- Liebeschütz, Hans*, Jewish Thought and its German Background, in: YLBI I, 1956.
- , –, Problems of Diaspora History in the 19th Century in Germany, in: JJS (VIII), 1957.
- , –, German Radicalism and the Formation of Jewish Political Attitudes, in: Studies in 19th Century Jewish Intellectual History (Hrsg. Alexander Altmann), Cambridge, Mass. 1964.
- Lips, Alexander*, Über die künftige Stellung der Juden in den deutschen Bundesstaaten, Erlangen 1819.
- Littmann, Ellen*, Saul Ascher, in: YLBI V, 1960.
- (*Löwenfeld, Raphael*), (anon.) Schutzjuden oder Staatsbürger? Berlin 1893.
- Löwenstein (= Loewenstein), Lipmann Hirsch*, An die Hohe Verfassungsgebende Versammlung der Freien Stadt Frankfurt a. M., Rödelheim 1848.
- Lublinski, Samuel*, Nachgelassene Schriften, München 1914.
- Lüders, Gustav*, Die demokratische Bewegung in Berlin im Oktober 1848, Berlin/Leipzig 1909.
- Mann, Golo*, Deutsche Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Frankfurt 1959.
- Marx, Karl*, Zur Judenfrage, in: Marx-Engels Werke, Bd. 1, Berlin (Ost) 1958.
- , –, Kommunistisches Manifest, London 1848 (u. seither viele Auflagen).
- Massing, Paul W.*, Rehearsal for Destruction. New York 1949. (Deutsch unter dem Titel: Vorgeschichte des politischen Antisemitismus, Frankfurt 1959.)
- Mauthner, Fritz*, Ausgewählte Schriften, Bd. 1, Stuttgart 1919.

- Mayer, Bonaventura*, Die Juden unserer Zeit, Regensburg 1842.
- Mayer, Gustav*, Die Lösung der deutschen Frage im Jahre 1866 und die Arbeiter-Bewegung, in: Festgabe für Wilhelm Lexis, Jena 1907.
- , –, Die Trennung der proletarischen von der bürgerlichen Demokratie in Deutschland, Leipzig 1911.
- , –, Die Anfänge des politischen Radikalismus im vormärzlichen Preußen, in: Zeitschrift für Politik (VI), 1913.
- , –, Der deutsche Marxismus und der Krieg, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Bd. 43, Juli 1916.
- , –, Liberales Judentum im Vormärz, in: Der Jude I, 1916/1917.
- , –, Bismarck und Lassalle, Berlin 1928.
- , –, Erinnerungen, Zürich 1949.
- Meinecke, Friedrich*, Weltbürgertum und Nationalstaat, 6. Aufl., München/Berlin 1922.
- Mendelssohn, Peter de*, Zeitungsstadt Berlin, Berlin 1959.
- Meyer, Adolf*, Geschichte der Synagogengemeinde Waldenburg i. S., Waldenburg 1933.
- Meyer, Oscar*, Von Bismarck zu Hitler, New York 1944.
- Michels, Robert*, Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie, Leipzig 1911.
- Moses, Julius* (Hrsg.), Die Lösung der Judenfrage. Eine Rundfrage, Berlin 1907.
- Mosse, George L.*, The Image of the Jew in German Popular Culture: Felix Dahn and Gustav Freytag, in: YLBI II, 1957.
- Mosse, Werner E.*, Rudolf Mosse and the House of Mosse 1867–1920, in: YLBI IV, 1959.
- Mühsam, Erich*, Von Eisner bis Leviné, Berlin 1929.
- , –, Unpolitische Erinnerungen, Neuauflage, Düsseldorf 1961.
- Mun, Richard*, Die Juden in Berlin (antis.), Leipzig 1924.
- Namier, Lewis B.*, 1848 – The Revolution of the Intellectuals, London 1946.
- Neumann, Salomon*, Die Fabel von der jüdischen Masseneinwanderung, Berlin 1880.
- Offenburg, Benno*, Das Erwachen des deutschen Nationalbewußtseins in der preußischen Judenheit, Hamburg 1933.
- Oncken, Hermann*, Rudolf von Bennigsen, ein deutscher liberaler Politiker, 2 Bde., Stuttgart 1910.
- , –, Lassalle, eine politische Biographie, Stuttgart 1920.
- Oppenheim, Heinrich Bernhard*, Studien der innern Politik, Grünberg 1842.
- , –, Über politische und staatsbürgerliche Pflichterfüllung, VDF, 1911.
- Oppenheimer, Franz*, Wir – und die Anderen, Berlin 1915.
- , –, Nationale Autonomie, Haag 1917.
- , –, Mein wissenschaftlicher Weg, Leipzig 1929.
- , –, Erlebtes, Erstrebtes, Erreichtes. Erinnerungen, Berlin 1931.
- Oppenheimer, Moses*, Offener Brief an Herrn Adolf Stöcker, 2. Aufl., Mannheim 1879.
- , –, Semiten und Arier. Zweiter Brief an Adolph Stöcker, 2. Aufl., Mannheim 1880.
- Parvus* (Pseud. für: Helphand, Alexander), Die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie, 3. Aufl., Dresden 1896.
- , –, Marineforderungen, Kolonialpolitik und Arbeiterinteressen, Dresden 1898.
- , –, Die Reichstagswahlen und die Arbeiterschaft, Leipzig 1907.
- Peritz, Moritz*, Aus der Geschichte der jüdischen Gemeinde zu Liegnitz, Liegnitz 1912.
- Perls, Arnold*, Herr Stöcker und sein Prozeß, Leipzig 1885.
- Philagathos*, Die Judenfrage und ihre Lösung, Neustadt O/S. 1890.
- Philippson, Ludwig*, Die Juden, ihre Bestrebungen und ihre Denuncianten, Magdeburg 1838.

- , –, Der Kampf der preußischen Juden für die Sache der Gewissensfreiheit, Magdeburg 1856.
- Philippson, Martin*, Neueste Geschichte des jüdischen Volkes, 3 Bde., Leipzig 1907 bis 1911.
- Picard, Jacob*, Childhood in the Village, in: YLBI IV, 1959.
- Pinoff, Ferdinand*, Der Judenkampf, Leipzig 1845.
- Pinoff, J.*, Der Sozialismus in seiner wissenschaftlichen Berechtigung, Breslau 1848.
- Pinoff, Minna*, Die sozialen Reformbestrebungen unserer Frauen, Leipzig 1868.
- , –, Reform der weiblichen Erziehung als Grundbedingung zur Lösung der sozialen Frage der Frauen, Breslau 1867.
- Pinson, Koppel S.*, Modern Germany. Its History and Civilization, New York 1954.
- Poppelbaum, Karl*, Die Weltanschauung Friedrich Julius Stahls, Frankfurt 1922.
- Preuss, Hugo*, Die Junkerfrage, Berlin 1897.
- , –, Das Deutsche Volk und die Politik, Jena 1915.
- , –, Obrigkeitsstaat und Großdeutscher Gedanke, Jena 1916.
- Pross, Harry*, Literatur und Politik, Freiburg i. Br. 1963.
- Quarck, Max*, Die erste deutsche Arbeiterbewegung, Leipzig 1924.
- Radek, Karl*, In den Reihen der deutschen Revolution 1909–1919, München 1921.
- Ras, Gerhard*, Börne und Heine als politische Schriftsteller, Groningen/Haag 1927.
- Rathenau, Walther*, Gesammelte Schriften. 5 Bde., Berlin 1925.
- , –, Zur Kritik der Zeit. Mit Anhang: Staat und Judentum, Berlin 1912.
- , –, Eine Streitschrift vom Glauben, Berlin 1917.
- , –, Der Kaiser, Berlin 1919.
- , –, Briefe, 2 Bde., Dresden 1926.
- , –, Neue Briefe, Dresden 1927.
- Rée, Anton*, Die Sprachverhältnisse der heutigen Juden, Hamburg 1844.
- , –, Über Gewissensfreiheit, Hamburg 1859.
- Reichmann, Eva G.*, Hostages of Civilization, London 1950.
- Reissner, Hanns G.*, Rebellious Dilemma, in: YLBI II, 1957.
- Repgen, Konrad*, Märzbewegung und Maiwahlen des Revolutionsjahres 1848 im Rheinland, Bonn 1955.
- Riesser, Gabriel*, Gesammelte Schriften (Hrsg. Meier Isler), 4 Bde., Frankfurt a. M. 1867–1868.
- Riesser, Jakob*, Bürger Heraus! Ausgewählte Reden, 3. Aufl., Berlin 1912.
- , –, England und Wir, Leipzig 1914.
- Ring, Max*, David Kalisch, Berlin 1873.
- Rinott, Moshe*, Gabriel Riesser–Fighter for Jewish Emancipation, in: YLBI VII, 1962.
- Rogge, Helmuth*, Holstein und Harden, München 1959.
- Rosenbaum, Eduard*, Albert Ballin, in: YLBI III, 1958.
- Rosenthal, Berthold*, Heimatgeschichte der Badischen Juden, Bühl 1927.
- Rosenzweig, Franz*, Briefe (Hrsg. Edith Rosenzweig und Ernst Simon), Berlin 1935.
- , –, Kleinere Schriften, Berlin 1937.
- Rotenstreich, Nathan*, For and against Emancipation. The Bruno Bauer Controversy, in: YLBI IV, 1959.
- Rülff, Isaak*, Aruchas Bas-Ammi. Israels Heilung, Frankfurt 1883.
- Ruge, Arnold*, Briefwechsel und Tagebuchblätter aus den Jahren 1825–1880, Berlin 1886.
- Samter, Nathan*, Judentaufen im 19. Jahrhundert, Berlin 1906.
- Samuel, Salomon*, Geschichte der Juden in Stadt und Synagogenbezirk Essen, Essen 1913.

- Saphir, Moritz G.*, Dumme Briefe, Bilder und Chargen, Cypressen, Literatur und Humoralbriefe, 2. Aufl., München 1835.
- Scharlau, W. B. und Zeman, Z. A.*, Freibeuter der Revolution. Parvus-Helphand, Köln 1964.
- Schay, Rudolf*, Juden in der deutschen Politik, Berlin 1929.
- Scheuer, O. F.*, Burschenschaft und Judenfrage, Berlin 1927.
- Schiffer, Eugen*, Ein Leben für den Liberalismus, Berlin 1951.
- Schilfert, Gerhard*, Sieg und Niederlage des demokratischen Wahlrechts in der deutschen Revolution 1848/1849, Berlin 1952.
- Schmidt, Helmut D.*, Anti-Western and Anti-Jewish Tradition in German Historical Thought, in: YLBI IV, 1959.
- Schmoller, Gustav*, Walther Rathenau und Hugo Preuss, München/Leipzig 1922.
- Schnabel, Franz*, Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert, 4 Bde., Freiburg i. Br. 1947 bis 1951.
- Schrag-Haas, Judith*, Ludwig Haas, in: BLBI 13, 1961.
- Schwab, Hermann*, The History of Orthodox Jewry in Germany, London 1951 (?).
- Schwarz, Walter*, A Jewish Banker in the Nineteenth Century, in: YLBI III, 1958.
- Schweriner, Artur*, Die Reichstagswahlen vor der Tür, Liebenwerda 1911.
- Sedinus, Johannes*, Press-Israel (antis.), Berlin 1892 (?).
- Sell, Friedrich C.*, Die Tragödie des deutschen Liberalismus, Stuttgart 1953.
- Semi-Kürschner, s. unter: Stauff, Ph.
- Siemsen, Anna* (Hrsg.), Ein Leben für Europa. In Memoriam Joseph Bloch, Frankfurt a. M. 1956.
- Sigilla Veri, s. unter: Stauff, Ph.
- Silbergleit, Heinrich*, Die Bevölkerungs- und Berufsverhältnisse der Juden im deutschen Reich I, Berlin 1930.
- Silberner, Edmund*, Sozialisten zur Judenfrage, Berlin 1962.
- Silberstein, Michael*, Zeitbilder aus der Geschichte der Juden in Breslau, Breslau 1890.
- Simson, Bernhard von*, Eduard von Simson. Erinnerungen aus seinem Leben, Leipzig 1900.
- Sonnemann, Leopold*, Zwölf Jahre im Reichstag. Reichstagsreden (Hrsg. A. Giesen), Frankfurt 1901.
- , –, L. S., Seine Jugendgeschichte (Hrsg. Heinrich Simon), Frankfurt a. M., 1931.
- Spanier, Moritz*, Geschichte der Juden in Magdeburg, Magdeburg 1923.
- Specht, Fritz*, Die Reichstagswahlen von 1867–1897, Berlin 1898 (?).
- Spier, Selmar*, The Fatherland, in: YLBI IV, 1959.
- Stahl, Friedrich Julius*, Der christliche Staat und sein Verhältnis zu Deismus und Judentum, Berlin 1847.
- , –, Reden von Stahl, Berlin 1850.
- Stahl, Rudolf*, Geschichte der Nauheimer Juden, Bad Nauheim 1929.
- Stampfer, Friedrich*, Religion ist Privatsache! Berlin 1905.
- , –, Erfahrungen und Erkenntnisse, Köln 1957.
- Stauff, Philipp* (Hrsg.), Semi-Kürschner oder Literarisches Lexikon (antis.), Berlin 1913.
- , –, Sigilla Veri. 5 Bde., 2. Aufl. (Hrsg. E. Ekkehard) (antis.), Erfurt 1929–1943.
- Steinert, A.*, Geschichte der Juden in Oppeln, Oppeln 1922.
- Steinthal, Heymann*, Über Wilhelm von Humboldt, Berlin 1883.
- Sterling, Eleonore*, Er ist wie Du. Aus der Frühgeschichte des Antisemitismus in Deutschland, München 1956.
- , –, Jewish Reaction to Jew-Hatred, in: YLBI III, 1958.
- Stern, Heinrich*, Geschichte der Juden in Nordhausen, Nordhausen 1927.

- Stern, Sigismund*, Das Judenthum als Element des Staatsorganismus, Berlin 1843.
- , –, Die Aufgaben des Judenthums und des Juden der Gegenwart, Berlin 1845.
- , –, Das Judenthum und der Jude im christlichen Staat, Berlin 1845.
- Straus, Rahel*, Wir lebten in Deutschland, Stuttgart 1961.
- Straus, Raphael*, Regensburg und Augsburg, Philadelphia 1939.
- Süssheim, Max*, Die parlamentarische Tätigkeit Dr. jur. David Morgenstern's, o. O. 1899.
- Tänzer, Aron*, Die Geschichte der Juden in Jebenhausen und Göppingen, Berlin 1927.
- , –, Die Geschichte der Juden in Württemberg, Frankfurt a. M. 1937.
- Tal, Uriel*, Antisemitism in the Second German Reich (Diss. hebr.), Jerusalem 1963.
- , –, The ‚Kulturkampf‘ and the Position of the Jews in Germany (hebr.), in: „Zion“, XXIX, 3–4, Jerusalem 1964.
- , –, Liberal Protestantism and the Jews in the Second Reich 1870–1914, in: JSS 1, 1964.
- Teutsch, Albert*, Geschichte der Juden der Gemeinde Venningen, Karlsruhe 1936 (?).
- Theilhaber, Felix A.*, Deutsche Juden im Auslande und ausländische Juden in Deutschland, in: Ztsch. für Demographie und Statistik d. Juden (I, 12), Berlin 1905.
- Toury, Jacob*, Jüdische Buchhändler und Verleger in Deutschland vor 1860, in: BLBI 9, 1960.
- , –, Jüdische Parteigänger des Antisemitismus, in: BLBI 16, 1961.
- , –, Der Anteil der Juden an der städtischen Selbstverwaltung im vormärzlichen Deutschland, in: BLBI 23, 1963 (s. auch: BLBI 26, 1964).
- , –, Versuche zur Führung einer selbständigen jüdischen Politik in Deutschland, 1893–1918 (hebr.), in: „Zion“, XXVIII, 3–4, Jerusalem 1963.
- , –, ‚Deutsche Juden‘ im Vormärz, in: BLBI 29, 1965.
- Tramer, Hans*, Die Hamburger Kaiserjuden, in: BLBI 11, 1960.
- Treitschke, Heinrich von*, Ein Wort über unser Judenthum, in: Preußische Jahrbücher, Bd. 44–45, 1879–1880.
- , –, Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert, Bd. 5, 4. Aufl., Leipzig 1899.
- Tuch, Gustav*, Der erweiterte deutsche Militärstaat in seiner socialen Bedeutung, Leipzig 1886.
- Ullstein, Herman*, The Rise and Fall of the House of Ullstein, New York 1943.
- Valentin, Heinrich*, Heinrich Bernhard Oppenheim, Korbach-Waldeck 1936.
- Valentin, Veit*, Geschichte der deutschen Revolution 1848–1849, 2 Bde., Berlin 1930 bis 1931.
- Veit, Moritz*, Sendschreiben an meine Wähler, Berlin 1849.
- Volks- oder Salonjudenthum? (anon. = Fabius Schach), Berlin 1893.
- Walesrode, Ludwig*, Glossen und Randzeichnungen zu Texten aus unserer Zeit, Königsberg 1842.
- , –, Unterthänige Reden, Zürich/Winterthur 1843.
- , –, (anon.) Politische Todtenschau, Kiel 1859.
- , –, (Hrsg.) Demokratische Studien, Hamburg 1860.
- Wallach, Luitpold*, Liberty and Letters. The Thoughts of Leopold Zunz, London 1959.
- Warschauer, Adolf*, Geschichte der Stadt Gnesen, Posen 1918.
- Warschauer, M.*, Johann Hermann Detmold in der Opposition (Quellen und Darstellungen zur Geschichte Niedersachsens), Hildesheim/Leipzig 1926.
- Wawrzinek, Kurt*, Die Entstehung der deutschen Antisemitenparteien (1873–1890), Berlin 1927.
- Weil, Gotthold*, Das Zunz-Archiv, in: BLBI 7, 1959.
- Weinryb, Bernard D.*, Prolegomena to an Economic History of the Jews in Germany in Modern Times, in: YLBI I, 1956.
- Werner, Paul*, Eugen Leviné, Berlin 1922.

- Wiener, Max*, Jüdische Religion im Zeitalter der Emanzipation, Berlin 1933.
- Wilhelm II.*, Ereignisse und Gestalten aus den Jahren 1878–1918, Berlin/Leipzig 1922.
- , –, Aus Meinem Leben. 1859–1888, Berlin/Leipzig 1927.
- Wilhelm, Kurt*, The Jewish Community in the Post-Emancipation Period, in: YLBI II, 1957.
- Wilmanns, Carl*, Die ‚goldene‘ Internationale (antis.), Berlin 1876.
- Winger, Salomon*, Große jüdische National-Biographie, 7 Bde., Czernowitz 1925 bis 1936.
- Wolbe, Eugen*, Geschichte der Juden in Berlin und der Mark Brandenburg, Berlin 1937.
- Wolff, Adolf*, Berliner Revolutionschronik. Jubiläums-Ausgabe, Berlin 1898.
- Wolff, G.*, Bernhard Beer, Berlin 1863.
- Wolff, Theodor*, Vollendete Tatsachen, Berlin 1918.
- , –, Der Marsch durch zwei Jahrzehnte, Amsterdam 1936.
- Wuttke, Heinrich*, Die deutschen Zeitschriften und die Entstehung der öffentlichen Meinung, Leipzig 1875.
- Young, Harry F.*, Maximilian Harden – Censor Germaniae, The Hague 1959.
- Zepler, Georg*, Die Sünden unserer Civilisation (Moderne Sünden II), Berlin 1893.
- Zielenziger, Kurt*, Juden in der deutschen Wirtschaft, Berlin 1930.
- Ziemlich, Bernhard*, Die israelitische Kultusgemeinde Nürnberg, Nürnberg 1900.
- Zunz, Leopold*, Deutsche Briefe, Leipzig 1872.
- , –, Gesammelte Schriften, 3 Bde., Berlin 1875–1876.
- , –, Das Buch Zunz (Hrsg. Fritz Bamberger), Berlin 1931.
- , –, Leopold and Adelheid Zunz. An Account in Letters (Hrsg. N. N. Glatzer), London 1958.
- , –, Jude – Deutscher – Europäer, s. unter: Glatzer, N. N.
- Zur Judenfrage in Deutschland, s. unter: Bibliographie II.

NAMENREGISTER

- Aarons, Mendel 60, 345
 Abdul Hamid (Sultan) 299
 Abendroth (Hamburg) 3, 345
 Abendroth, A. H. 345
 Abendroth, C. E. 345
 Ackermann, Aron 361
 Adam, R. 39, 41, 361
 Adler (Dr., Freinsheim) 351
 Adler (Redakteur) 194
 Adler, Georg 14, 361
 Adler, Süßmann 345
 Adler-Rudel, S. 361
 Ahlwardt, Hermann 191
 Aldenhoven, Carl 337
 Aldenhoven, Minna 337
 Aldenhoven, Piccola 337
 Alexander, Kurt 361
 Altmann, Alexander 368
 Apfel, Alfred 267
 Apolant, Jenny 239
 Arco-Valley, Anton (Graf) 236
 Arendt, Hannah 298, 361
 Arendt, Otto 196, 229, 230, 263, 301,
 305, 353, 361
 Arnheim, Fischel 60, 111, 345
 Arnhold, Eduard 178, 234, 239–241,
 353, 361
 Arnhold, Georg 238
 Arnhold, Johanna 361
 Arnim, Adolph Heinrich v. 12
 Aronheim, Adolf 60, 111, 216, 345, 351
 Arons, Leo(n) 213, 236, 361
 Aronsohn, Louis 353
 Asaria, Zvi 361
 Asch, Sigismund 54
 Ascher, Saul 8, 13, 30, 31, 33–35, 361,
 368
 Aschkenasi, Bechai (Effendi) 299
 Assing, Ludmilla 112
 Assur-Russa, David 11, 59
 Attila (König) 302
 Aub, J. 360
 Auer, Ignaz 195, 215, 361
 Auerbach, Albert 194
 Auerbach, Berthold 10, 24, 28, 37, 43,
 54, 59, 62, 63, 71, 72, 111, 117, 135,
 141, 144–146, 151, 153, 158, 177, 345,
 361, 362, 367
 Auerbach, Elias 294
 Auerbach, Israel 288, 339
 Auerbach, Jakob 146, 177
 Auerbach, Wilhelm 111, 345
 Aufhäuser, Siegfried 217
 Bach, Hans 361
 Baeck, Leo 246, 361
 Bailly, Jean Sylvain 31
 Balfour, Arthur James (Lord) 316
 Ballin, Albert 233, 239–241, 304, 307,
 308, 311–313, 370
 Bamberg, Felix 100
 Bamberger, Franz 352
 Bamberger, Fritz 373
 Bamberger, Ludwig 49, 51, 58, 59, 63,
 73, 75, 76, 80–84, 111, 112, 124, 127
 bis 129, 132–134, 138, 148–152, 154,
 156, 157, 161, 162, 171–173, 179, 183,
 189–191, 193, 194, 201, 215, 252, 295,
 298, 301, 302, 305, 335, 345, 361
 Bamberger, Naphtalie 361
 Bamberger, Rudolf 352
 Bamberger, Seligmann Bär 251
 Bär, Julius 287, 288
 Barbeck, Hugo 361
 Baron, Salo W. 54, 71, 361
 Barth, Theodor 202, 245, 335, 337
 Bartholdy, Jacob Salomo 3
 Baruch, Löb s. Börne, Ludwig
 Baerwald, Leo 361
 Baerwald, Moritz 353
 Bauer, Bruno 26, 36, 370
 Baumbach, Karl 367

- Baumgardt, David 22
 Beck, Karl 11, 12, 25, 160
 Becker, J. P. 113
 Beer, Bernhard 81, 132, 364, 372
 Beer, Max 196, 217
 Beer, Moritz 243
 Beer, Wilhelm 62, 99, 345
 Behrend (Köslin) 179
 Behrend, Ferdinand 11
 Behrend, Jakob Friedrich 126
 Beit, F. 345
 Beit v. Speyer, Eduard 300
 Benary, Agathon 56
 Benda, Daniel Alexander 5, 33, 34, 59,
 120, 121, 361
 Bendavid, Lazarus 8
 Bendix, L. M. 345
 Benfey, Julius 111, 126
 Benfey, Rudolf 11
 Bennigsen, Rudolf v. 128, 369
 Ben Usiel s. Hirsch, S. R.
 Berendsohn, Walter A. 7
 Berg, Alexander 362
 Bergsträßer, Ludwig 362
 Berlepsch 63, 326
 Berliner, E. 183, 362, 367
 Bernau, Hermann 100
 Bernays, Isaac 88, 135
 Bernays, Jakob 88, 135, 143, 362, 363
 Berndt, R. 362
 Bernfeld, Simon 226, 288, 293
 Bernhard, Georg 238, 302, 315, 362
 Bernhard, Ludwig 242
 Bernstein, Aron 18, 55, 58, 99, 104, 201,
 360, 362
 Bernstein, Arthur 238
 Bernstein, Eduard 55, 58, 61, 74, 80, 99,
 129, 130, 145, 147, 149, 156, 163 bis
 165, 195, 213, 216, 217, 220, 229, 231,
 232, 244, 269, 298, 303, 310, 362, 367
 Bernstein, Magnus 55
 Besser, Max 293
 Bethmann-Hollweg, Theobald v. 227,
 258, 317
 Bethusy-Huc, Eduard (Graf) 263
 Bettelheim, Anton 54, 72, 362
 Beuthner, H. 113
 Beyfus, M. S. 111
 Bieber, Hugo 365
 Bileski, Moritz 207, 264, 362
 Bismarck, Otto (Fürst) 105, 110, 111,
 113, 114, 116, 118–124, 126–128, 131,
 133–135, 137, 152, 154–158, 163, 165,
 166, 171–173, 175, 178–180, 183–187,
 189–192, 194, 195, 197, 202, 207, 212,
 215, 217, 238, 246–248, 251–253, 255,
 258, 262, 295, 296, 298, 302, 317, 331,
 332, 357, 361, 366, 368, 369
 Bitter (Minister) 176
 Blach, Friedrich 266, 362
 Bleichröder, Gerson v. 127, 133, 178,
 191, 201, 263, 303, 332, 333, 361
 Blind, Carl 114
 Bloch, Fritz 362
 Bloch, Joseph 236, 305, 371
 Blum, Robert 326
 Blumenfeld, Kurt 236, 305, 362
 Blumenthal 55
 Blumenthal (Dr., Hamburg) 345
 Blumenthal, Daniel 229, 231
 Blumenthal, Joseph sen. 345
 Bock, Helmut 362
 Böckler, Otto Heinrich 364
 Bodelschwingh, Karl v. 133
 Bodenheimer, Max 287
 Boh, Felix 362
 Bonn, Moritz Julius 190–192, 268, 269,
 272, 301, 304, 362
 Borchard (Dr., Breslau) 54
 Borchardt, Julian 353
 Born, Stephan 6, 36, 49, 51, 59, 61, 80,
 81, 83, 84, 362
 Börne, Ludwig 4, 6, 8–10, 13, 24, 25,
 32–35, 41–44, 160, 355, 356, 362, 370
 Böse, Heinz Günther 63
 Botzenhart, Erich 362
 Brandenburg, Friedrich Wilhelm v. 61
 Brandt, v. (Oberstleutnant) 332
 Brass, August 55, 362
 Braun, Adolf 196, 217, 236
 Braun, Heinrich 196, 217, 224, 230, 236
 Braun, Lily 224
 Braunfels, Ludwig 3, 11, 111, 345
 Braunfels, Otto 300
 Breslauer, Bernhard 278, 362
 Breslauer, Walter 100, 278, 362
 Breslaur, Emil 362
 Brill, Julius 54, 60, 61, 73, 80, 345
 Briman, Aron 196
 Brisch, Carl 359, 362
 Brodnitz, Julius 288
 Bronner (Baden) 51
 Brünn, Leopold 55
 Buber, Martin 237, 359, 367

- Buchweiler, Saul 51
 Buhl 36
 Bülow, Bernhard (Fürst) 202, 203, 210,
 211, 225, 227, 231, 233, 240, 241, 246,
 255, 258, 297, 308, 317, 325, 362
 Burchardt, B. 57
 Burg, Meno 3
 Burg, Otto 193, 352
 Busmann, Walter 363
- Cabet, Etienne 80
 Cahn, Wilhelm 126, 197, 367
 Cahn-Speyer, Simon-Nathan 345
 Callmann (Anwalt) 194
 Calm, Meyer 48
 Camphausen, Otto v. 57, 263, 361
 Caprivi, Leo (Graf) 191, 242
 Carpin, S. 283
 Cassel, David 57
 Cassel, (Sir) Ernest 241, 311
 Cassel, Oskar 194, 244, 354
 Cassel, Paulus (Selig) 57, 174, 177, 352,
 363
 Churchill, (Sir) Winston S. 241, 311,
 312
 Cohen (Frau, Mannheim) 114
 Cohen, Daniel J. 88, 90, 363
 Cohen, Gottfried 111
 Cohen, Hermann 148, 176, 266, 272
 bis 275, 316, 363
 Cohen, S. B. 11
 Cohen-Blind, Julius Ferdinand 114
 Cohen-Reuss, Emanuel Max 229, 232
 Cohn (Hamburg) 217
 Cohn (Köln) 60
 Cohn, Bernhard 219, 220, 274, 363
 Cohn, Eduard 359
 Cohn, Elias Johann 196
 Cohn, Hermann 244, 273, 292, 294, 351
 Cohn, John 363
 Cohn, Moritz 57, 100, 127
 Cohn, Oscar 229, 232, 233, 244
 Cohn, Willy 363
 Cohn-Martinickenfelde (Dr.) 193, 352
 Cohnfeld (Dr., Berlin) 58
 Cohnstaedt, Ludwig 225
 Collmann 99
 Condorcet, Antoine 31
 Conze, Werner 363
 Corti, Egon C. 4, 133, 303, 363
 Craillsheim, Alexander 346
 Creizenach, Theodor 11
- Cronheim (Redakteur) 196
 Curtius, Lorenz 263, 363
 Czellitzer, A. 271
 Czersky (Kaplan) 24
- Dachs, Hermann 338
 Dahn, Felix 369
 Dannenberg, T. 346
 Davidsohn, Georg 129, 229
 Davidsohn, Robert 129
 Dejonge, C. 346
 de Jonge, Jacob 11
 de Jonge, Morris (Moritz, Christoph)
 196, 268–270, 363, 366
 Delbrück, Rudolf v. 172, 263, 361
 Derenbourg, Joseph 247
 Dernburg, Bernhard 239, 240, 271, 301,
 353
 Dernburg, Friedrich 124, 193, 239, 352
 Dernburg, Heinrich 352, 353
 Detmold, Johann Hermann 3, 63–65,
 100, 346, 372
 Deutsch, Abraham 363
 Deutsch, David 363
 Deutsch, Israel 23, 363
 Dietz, Alexander 363
 Dingelstedt, Franz v. 12, 26
 Doctor, Bernhard 100
 Doctor, Leopold 346
 Dohm, Ernst 58
 Donath, Leopold 363
 Dresler, Adolf 363
 Dreyfus, Alfred 304
 Duncker, Franz 155
 Duncker, Max 135, 363
- Eberty, Felix 114, 346, 352, 353
 Eckert, Georg 185, 195, 216, 363
 Eckstein, Adolf 363
 Edenfeld, Moritz 346
 Edinger, Markus 352
 Ehrenberg, Philipp 72, 78, 92, 101
 Ehrenberg, Samuel Meyer 4, 56
 Eichelberg 14
 Eichelmann, Helene s. Rosenfeld, H.
 Eichstädt, Volkmar 363
 Eichthal, Carl v. 111
 Eichthal, Ludwig v. 111
 Einhorn, Ignaz 18, 102, 104, 363
 Eisner, Else 344
 Eisner, Kurt 232, 236, 238, 274, 275,
 298, 302, 317, 338, 344, 363, 369
 Ekkehard, E. 371

- Elbogen, Ismar 360
Eller, Elias 351
Ellstätter, Moritz 124, 125, 193, 194
Elsass, Hugo 354
Emden, Martin 346
Emin Pascha (eigentl.: Schnitzer, Isaak Eduard) 186, 298
Emrich, Willi 363
Engels, Friedrich 7, 12, 36, 84, 165, 368
Enoch, Samuel 360
Ephraim, David 3
Erasmus, Siegfried 63, 363
Erlanger, Carl 346
- Falk, Bernhard 243
Falkenthal (Dr.) 99
Falkson, Ferdinand 6, 12, 32, 53, 73, 154, 158, 363
Feder, Ernst 57, 189, 243, 300, 361, 363
Feiler, Arthur 238
Feiner, Joseph 157, 363
Feuchtwanger, Ludwig 361
Feuchtwanger, Sigbert 315, 316, 363
Fichte, Johann Gottlieb 331
Fischel (Dr., Berlin) 111
Fischel, Arthur 241
Flatau, Ludwig 194
Fleischer, Moritz 11
Frank, Ludwig 225, 228–230, 232, 233, 239, 308, 309, 311, 313, 315, 316, 351, 363, 364
Frank, Walter 364
Fränkel, David 360
Fraenkel, Michael 362, 363
Frankel, Zacharias 26, 48, 81, 132, 360, 364
Frankenburger, Wolf 124, 201, 351
Frankfurter, Naphtali 346
Franklin, Benjamin 31
Frantz, Constantin 139, 177, 364
Freudenberg, Ika 239
Freudenthal, Max 364
Freund (Brüder) 55
Freund (Frankfurt) 111
Freund, Leopold 7, 54
Freund, Wilhelm (Justizrat) 124, 193, 352
Freund, Wilhelm (Lehrer) 361
Freytag, Gustav 369
Fried, Alfred H. 238, 272, 313, 364
Friedberg, Heinrich v. 57, 126, 176, 194, 263, 301, 352, 353
Friedberg, Robert 230, 353, 354
Friedeberg (Berlin) 111
Friedemann, Adolf 209, 210, 359
Friedemann, Edmund 194
Friedenthal (Gutsbesitzer) 346
Friedenthal, Carl Rudolph v. 62, 124, 125, 176, 194, 201, 263, 352, 353
Friedheim (Cöthen) 351
Friedländer, Dagobert 352, 353
Friedländer, Fritz 76, 364
Friedländer, Julius 193
Friedländer, Ludwig 352, 353
Friedländer-Fuld, Fritz Victor v. 239, 240, 254, 353
Friedleben, Alexander 346
Friedleben, Julius 111, 346
Friedmann, Bernhard 54, 58, 106
Friedrich I. (Großherzog v. Baden) 274
Friedrich II. (König v. Preußen) 84, 143
Friedrich III. (Kaiser) 189, 190, 194
Friedrich Wilhelm III. 21
Friedrich Wilhelm IV. 12, 13, 61, 65, 77, 125
Fritsch, Theodor 364
Fuchs, Eugen 176, 207, 209, 244, 256, 274, 290, 341
Fuchs, Hermann 271
Fuhrmann, Alfred 364
Fuld, Salomon, 346
Fulda (Dr., Darmstadt) 352
Fulda, Ludwig 297
Fürst (Dr., Rothenburg) 111
Fürst, Julius 49, 62, 63, 70, 78, 79, 346, 360, 363
Fürst, J. H. T. 346
Fürstenberg, Carl 178, 239–241, 303, 305, 306, 311, 313, 364
Fürstenberg, Hans 127, 178, 295, 303, 304, 311–313, 364
Fürth, Henriette 236, 239
- Gagern, Hans Christoph v. 336
Gagern, Heinrich v. 76, 329
Geiger, Abraham 29, 30, 54, 59, 247, 249, 356, 360
Geiger, Lazarus 133, 333
Geiger, Ludwig 7, 8, 13, 41, 158, 247, 364
Geisenheimer, Raphael 346
Geisler 99
Gemkow, Heinrich 364

- Gerlach, Hellmuth v. 364
 Gerschel, Hugo 354
 Gerson, C. 346
 Gervinus, Georg Gottfried 23
 Getz, Gustav Moritz 65, 346
 Ghillany, Friedrich Wilhelm 10, 11, 364
 Giese, Wilhelm 364
 Giesen, A. 371
 Glagau, Otto 261, 262, 360, 364
 Glanz, Rudolf 364
 Glaser, E. 351
 Glaser, Eduard 298
 Glatzer, Nahum N. 56, 69, 73, 357, 364, 373
 Glaubrech, Joseph 3
 Goldberger, Ludwig Max 178, 239, 240
 Goldmann (Darmstadt) 111
 Goldmann, Felix 260, 364
 Goldmann, Mordechai-Moritz 55
 Goldschmidt (Bankier) 87
 Goldschmidt, Adele 364
 Goldschmidt, Friedrich Johannes 193
 Goldschmidt, Karl-Leopold 347
 Goldschmidt, Levin, 55, 70, 71, 76, 82, 92, 111, 119–121, 124, 126, 133, 134, 141, 142, 144, 148, 153, 154, 173, 178 bis 180, 182, 185, 187, 216, 217, 247, 248, 364
 Goldschmidt, M. 58
 Goldschmidt, R. 364
 Goldschmidt, Victor 182
 Goldschmidt-Benas, Henriette 112, 239
 Goldstein, Hermann 194, 354
 Goldstein, Moritz 272, 364
 Goslar, Hans 236, 244, 273, 364
 Goethe, Johann Wolfgang v. 273, 317
 Gothein, Georg 230
 Gottschalk, Andreas 11, 25, 36, 53, 76, 80, 84
 Grabowsky, Adolf 264–266, 360, 364
 Gradnauer, Georg 230, 338, 354
 Graefe, Albrecht v. 317
 Graetz, Heinrich 247, 248
 Grelling, Richard 194
 Grey, Edward (Viscount) 312
 Grimpen, Albert 364
 Grinstein, Hyman B. 364
 Groener, Wilhelm 241
 Grossmann, P. H. W. 347
 Grünebaum, S. 225, 228, 232, 312, 315, 364
 Grünfeld, Heinrich 239
 Gumbinner, J. L. 58
 Gumbinner, Moritz 129
 Gumbinner, Sally 11, 58, 129, 179
 Gunzenhäuser, Wolfgang 351
 Guradze, Siegfried 62, 99, 347
 Gutmann, Jakob 351
 Guttmann, Bernhard 183, 188, 364
 Gutzkow, Karl 7, 10
 Haarbleicher, Moses Martin 11, 87, 365
 Haas (Dr., Frankfurt) 11
 Haas, Ludwig 229, 230, 233, 273, 313, 316, 317, 370
 Haase, Ernst 213, 274, 365
 Haase, Hugo 230–232, 236, 274, 312, 313, 338, 339, 365
 Hagelberg, B. 351
 Hagen, Louis 254
 Hahn, Ludwig Ernst 58, 100, 112, 126
 Hahn, Oscar 126, 193, 301, 353
 Haldane, Richard (Viscount) 241, 311, 312
 Halle, Ernst v. 239, 240, 301
 Haller (Frau) 39
 Haller, Nikolaus Ferdinand 3, 347
 Hallgarten, Charles L. 240
 Hallgarten, George W. F. 17, 233, 298, 303, 307, 311, 365
 Halpern, Felix 365
 Hamburg, Julius 347
 Hamburger, Carl 347
 Hamburger, Ernest 365
 Hänel, Albert 186, 249, 366
 Haenisch, Konrad 367
 Hansemann, David 57
 Hantke, Arthur 207, 286–289, 339, 340, 344
 Harden, Maximilian 152, 184, 185, 238, 268, 269, 274, 277, 278, 296, 297, 300, 302, 303, 305, 309, 311, 335, 360, 365, 372
 Hardenberg, Karl August (Fürst) 33
 Hartenau, W. (269) s. Rathenau, W.
 Hartmann, Eduard v. 174, 338, 365
 Hartmann, Moritz 64, 347
 Hartung, Fritz 365
 Hartwig, Otto 152
 Haubrich, Fritz 365
 Häusser, Ludwig 365
 Haymann (Heymann, Stuttgart) 354
 Hecker, Friedrich Carl 326

- Heckscher, Moritz (Johann Gustav) 50, 62–65, 100, 347
 Heckscher, Siegfried 230, 233, 317
 Heilberg, Louis 58
 Heilberg, Rudolf 238
 Heimann, Hugo 243, 354
 Heine (Dr.) 56
 Heine, Heinrich 8–11, 13, 24, 25, 32, 34–36, 41–44, 74, 160, 364–366, 370
 Heinemann, Isaak 2, 365
 Heinemann, Jeremias 359
 Heinemann, Marcus 91
 Hellwitz, L. 11
 Hellwitz, L. L. (8) s. Zunz, Leopold
 Henle (Dr., Frankfurt) 111
 Henle, Jacob 11
 Henle, Jakob 197
 Henle, Siegmund v. 197, 351
 Hepner, Adolf 129, 148, 214
 Heppner, Aron 5, 16, 19, 365
 Heraklit 331, 332
 Hermann, Georg 274
 Hertling, Georg (Graf) 260
 Hertz, Daniel 347
 Hertz, Gustav 347
 Hertz, H. D. 347
 Hertz, Hartwig Samson 347
 Hertz, Moritz 347
 Herwegh, Emma 330
 Herwegh, Georg 25, 26, 365
 Herwegh, M. 365
 Herz (Mannheim) 194
 Herz, Carl 193
 Herz, Isidor 351
 Herz, Wilhelm 239
 Herzberg, Isaak 5, 16, 19, 365
 Herzfeld, Joseph 230, 232
 Herzl, Theodor 204, 265, 300
 Hess, Mendel 359
 Hess, Moses 9, 11, 12, 32, 36, 37, 45, 53, 113, 140, 160, 365
 Hess, Samuel 53
 Heumann, Sigmund 132
 Heyk, Eduard 365
 Heymann (Stuttgart) s. Haymann
 Heymann, Hans Gideon 288–291, 293, 339, 344
 Heymann, Theodor 58
 Hildesheimer, Esriel 142, 249, 360
 Hilferding, Rudolf 217, 236
 Hiller, Kurt 360
 Hinrichsen, Joseph 28
 Hinrichsen, Marcus Wolf 124
 Hinz, Benno 56
 Hirsch, Daniel 193, 352
 Hirsch, Georg 114
 Hirsch, Jenny 112, 239
 Hirsch, Joseph v. 3
 Hirsch, Karl 129, 195
 Hirsch, Marcus 191, 272, 365
 Hirsch, Max 124, 155, 193, 207, 238, 354, 365
 Hirsch, Paul 243, 354, 365
 Hirsch, Samson Raphael 71, 142, 191, 249, 359, 365
 Hirsch, Siegfried 57, 100
 Hirschel (Dr., Dresden) 59
 Hirschhorn (Dr., Gießen) 352
 Hirschmann 56
 Hirth, Friedrich 42, 44, 365
 Hitler, Adolf 207, 236, 369
 Hitzig, Julius Eduard 3, 7, 11
 Hoch, Gustav 230
 Höchberg, Karl 129, 195, 201, 218
 Hochheimer (Ichenhausen) 49
 Hoffmann v. Fallersleben, August Heinrich 12
 Hohenemser, H. 154
 Hohenemser, Joseph 3, 51
 Hohenemser, Wilhelm 194, 347
 Hohenlohe-Schillingsfürst, Clodwig (Fürst) 178
 Holdheim, Paul 99, 365
 Holst, Ludolf 6, 10, 365
 Honigmann, David 54
 Horwitz (Berlin) 58
 Horwitz, Heinrich Joseph 193, 352, 353
 Horwitz, Julius 347
 Horwitz, Maximilian 207, 244
 Huber, V. A. 166
 Humboldt, Wilhelm v. 371
 Isler, Meier 370
 Israel, Samuel 347
 Itzig, Daniel 7
 Itzig, J. E. s. Hitzig, J. E.
 Itzstein, Johann Adam v. 62, 326
 Jacob, Berthold 239
 Jacobi (Dr., Elbing) 194
 Jacobi, Carl Gustav Jacob 59
 Jacobson (Dr., Prenzlau) 100
 Jacobson, Israel 3
 Jacobson, Jacob 365

- Jacoby, Joel 3, 20, 365
 Jacoby, Johann 12, 13, 25, 28, 32–36,
 39–42, 53, 54, 60–65, 73–75, 77, 78,
 80, 82, 89, 92, 111, 114, 121, 124, 129,
 136, 138, 145, 150, 154–159, 161, 163,
 201, 238, 326, 347, 352, 361, 366
 Jaffa, S. 271, 284
 Jaffé, Edgar 238
 Jeitteles, Andreas Ludwig 64, 347
 Jellinek, Adolf 360
 Jeremias, Karl 285, 287
 Joel, Manuel 366
 Johann (Erzherzog) 65
 Jöhlinger, Otto 127, 178, 179, 184, 191,
 366
 Jolowicz, Heimann 366
 Jonas, Emil 11
 Jonas, Max 271
 Jonge de s. de Jonge
 Josephson, Max 217
 Josephy, Rudolph 60, 347
 Jost, Isaak Markus 6, 358, 359
 Jucho, Friedrich Siegmund 62
 Jüdel, Itzig 348
 Jüdel, Max 351
 Julius, Gustav 58
 Jungmann, Max 44, 215, 366
 Justus s. Briman, A.
- Kahn, Ernst 188, 366
 Kahn, H. 351
 Kaim, Isidor 143, 144, 145, 147, 366
 Kalisch, David 9, 58, 370
 Kalisch, Ludwig 9, 51, 58
 Kalischer, Hirsch 140
 Kaliski, Julius 217, 236
 Kaelter, Robert 366
 Kant, Immanuel 272
 Kaplun-Kogan, Wladimir 366
 Karpeles, Gustav 365
 Karpinski 242
 Kassel, Carl 207, 255, 257, 285, 287 bis
 290, 292, 340, 342
 Kastan, Isidor 20, 175, 277, 278, 366
 Katz, Jacob 366
 Katz, Julius 196
 Katzenelenbogen, S. 366
 Katzenstein, J. 111
 Kaufmann, Jakob 49
 Kaulla, v. (Familie) 126, 182
 Kaulla, Rudolf 366
 Kayser, Max 125, 129, 160, 193, 201
 Kayser, Paul 197, 239
 Kayserling, Meier-Moritz 366
 Kaznelson, Siegmund 7, 57, 234, 238,
 298, 366
 Keim, Anton Maria 366
 Kempner, Maximilian 239
 Kernholt, Otto 366
 Kerr, Alfred 211, 296
 Kessler, Gerhard 366
 Kessler, Harry (Graf) 241, 308, 312,
 313, 366
 Keudell, Robert v. 156
 Keynes, John Maynard 366
 Kirsch, Karl 11
 Kirschner (Anwalt) 340
 Klausner, Bernhard 16–18
 Klausner, Edith 129
 Klausner, Max Adalbert 129, 179, 250,
 270, 358, 366
 Klee, Alfred 179, 244, 280, 285, 287,
 288, 290, 291, 341
 Klein, H. R. 366
 Klein, Tim 366
 Klein-Hattingen, Oskar 366
 Klingenstein, J. 143, 360
 Klötzl, C. Z. 269
 Kober, Adolf 17, 47, 54–56, 59, 366
 Kobler, Franz 29, 37, 45, 117, 135,
 141, 146, 177, 356, 367
 Kohler, Max J. 367
 Kohn, Moritz 55
 Kohner, Moritz 49
 Kohut, Adolph 298, 367
 Kokosky, Samuel 129, 185, 195, 216
 Kolb, G. F. 153
 Kolb, Wilhelm 315
 Kollenscher, Max 206, 207, 285, 294,
 367
 Königsberger, Bernhard 282–285, 359
 Kopfstein, Marcus-Max 367
 Koreff, David Ferdinand 3
 Kosch, Raphael 53, 60, 61, 111, 114,
 116, 138, 149, 150, 201, 348, 352
 Kossak, Ernst 9
 Krämer, Eduard 126
 Kronacher (Dr., Fürth) 126
 Kruck, Alfred 367
 Krupp, Friedrich Alfred 240, 243
 Kuhn, Carl Ludwig 56
 Kuranda, Ignaz 49, 63, 64, 348
 Kusel, Rudolf 149, 150, 152, 348, 351
 Kuttner (Göppingen) 113

- Lachmann (Berliner Archivar) 56
 Ladenburg, Julius 111
 Ladenburg, Karl 351
 Ladenburg, Leon 51, 100, 351
 Ladendorf (Dr.) 99
 Lammfromm, Israel 367
 Landau, Paul 7
 Landauer, Gustav 213, 214, 235, 237,
 268, 302, 309, 367
 Landes, David S. 127, 367
 Landsberg, Otto 230
 Langenbach, Wilhelm 244, 352
 Lasker, Eduard 20, 40, 54, 71, 111, 112,
 114, 117, 122, 123, 125, 127, 128,
 136–138, 148–151, 154, 162, 163, 171
 bis 173, 179, 181, 183, 185, 193–195,
 201, 215, 248, 249, 270, 298, 348, 352,
 361, 366, 367
 Lasker, J. 11
 Lassalle, Ferdinand 80, 112, 113, 116,
 155, 160, 164–166, 215, 232, 330,
 332 (F. L.), 362, 367, 368, 369
 Latte, Max 283
 Laube, Heinrich 36
 Lax, Louis 11
 Lazarus, Moritz 21–23, 56–58, 78, 117,
 118, 178, 182–184, 186–188, 203, 239,
 275, 338, 362, 367
 Lazarus, Nahida 367
 Ledermann (Dr., Pössneck) 354
 Lehfeldt (Dr.) 352
 Lehfeldt, J. 58
 Lehmann, Emil 130, 146, 354, 367
 Lehmann, Joseph 8, 17, 21–23
 Lehmann, Markus 139, 201, 246, 251,
 359
 Leip, Hans 368
 Lenel (Kommerzienrat, Mannheim) 351
 Lenel, Moritz 51
 Lenin, Wladimir I. 237
 Leon, S. 176, 368
 Leschnitzer, Adolf 273, 274, 368
 Lesser, Ludwig 11
 Lessing, Theodor 218, 236, 239, 268,
 269, 368
 Levi, Simon 351
 Levin, A. 358, 359
 Leviné, Eugen 213, 217, 236, 237, 368,
 369, 372
 Levinsohn, Friedrich Wilhelm 56
 Levinstein, Levin Jacob 100, 168, 169,
 368
 Levy (Beuthen) 28
 Levy, Alphonse 368
 Levy, Ernst s. Halle, E. v.
 Levy, H. B. 111, 348
 Levy, Leopold 354
 Levy, Meyer 143, 263, 368
 Levy, S. 99
 Levy-Rathenau, Josephine 239
 Levysohn, Arthur 112, 184
 Levysohn, Friedrich Wilhelm 7, 63–65,
 75–77, 83, 184, 348
 Lewald, August 8, 9, 12
 Lewald, Fanny 112, 158
 Lewin, Adolf 6, 18, 51, 72, 368
 Lewin, Louis 95, 368
 Lewy (Dr., Breslau) 262
 Lewy, Gustav 113, 165
 Lexis, Wilhelm 368
 Lichtenstein (Dr., Königsberg) 354
 Liebermann, Benjamin 239
 Liebeschütz, Hans 1, 24, 368
 Liebknecht, Wilhelm 163
 Limann, Paul 196
 Lipinski, Richard 196, 217
 Lippmann, Julius 354
 Lips, Alexander 368
 Lissauer, Ernst 273, 314
 Littmann, Ellen 8, 368
 Lloyd George, David 310, 311
 Löbenstern (Dr., Hanau) 62, 111
 Loening, Edgar 353
 Loening, Karl F. s. Löwenthal,
 Zacharias
 Louis Philippe (v. Frankreich) 9
 Loewe, Heinrich 210, 215, 256, 280,
 281, 286, 287, 293, 360
 Loewe, Ludwig 113, 186, 187, 193, 195,
 201, 352, 353
 Löwenberg (Dr., Berlin) 56, 74
 Löwenfeld, Raphael 203, 273, 368
 Löwenstein (Dr.) 352
 Löwenstein, Gabriel 129, 195, 351
 Löwenstein (Loewenstein), Lippmann
 Hirsch 11, 17, 23, 50, 55, 368
 Löwenstein, Rudolf 9, 58
 Löwenthal, Eduard 113
 Löwenthal, Raphael (?) 51
 Löwenthal (Loening), Zacharias 7, 83,
 111
 Löwi, I. 59
 Löwinsohn, M. 56, 74
 Löwinson 56

- Lublinski, Samuel 174, 185, 214, 219,
 271, 274, 368
 Lucius-Ballhausen, v. (Dr.) 176
 Ludendorff, Erich 241, 243
 Lüders, Gustav 368
 Ludwig I. (v. Bayern) 49
 Ludwig II. (v. Bayern) 171
 Luxemburg, Rosa 217, 236, 237
- Maas, August 196
 Maas, Simon 348
 Magnus, Friedrich Meyer 62, 99, 126,
 333, 348
 Maison, Carl 351
 Mamroth, Moritz 100
 Mandelstamm 217
 Manhayn, Michael 348
 Mann, Golo 120, 158, 358, 368
 Manteuffel, Otto v. 168, 330
 Marcus, F. C. 348
 Marcus, M. J. 57
 Markus, Lewis 60, 63, 348
 Marr, Wilhelm 193
 Marum, Ludwig 351
 Marx (Brüder, München) 59
 Marx, Heinrich 28, 29
 Marx, Karl 7, 11, 12, 36, 37, 40, 42,
 44, 45, 58, 80, 84, 165, 215, 247, 303,
 355, 356, 368
 Massing, Paul W. 175, 264, 368
 Mauthner, Fritz 137, 268, 295, 309,
 314, 368
 May, G. E. 348
 May, H. 348
 May, Simon Michael 196
 Mayer (Hechingen) 329
 Mayer, Albert 354
 Mayer, Bonaventura 368
 Mayer, David 197
 Mayer, Gustav 12, 35, 36, 40, 137, 165,
 166, 183, 188, 190, 219, 220, 240,
 241, 272, 295, 297, 311, 313, 316, 317,
 368
 Mayer, J. 236, 344
 Mayer, Richard 179
 Meier, Gustav 238
 Meinecke, Friedrich 368
 Meisel-Hess, Grete 239
 Melchior, Carl 241, 366
 Mendel, Emanuel 125, 193
 Mendelssohn (Schwestern = Dorothea
 u. Henriette) 11
- Mendelssohn, Abraham 57
 Mendelssohn, Franz v. 239, 240, 241,
 303, 353
 Mendelssohn, Peter de 157, 179, 308,
 313, 368
 Mendelssohn-Bartholdy, Ernst v. 353
 Menzel, Wolfgang 10
 Meschelsohn (Dr.) 194
 Metternich, Clemens (Fürst) 17
 Metz, August 111, 125, 151, 152
 Metz, Isaak 88
 Mevissen, Gustav v. 17
 Meyer (Harzgerode) 351
 Meyer, Adolf 369
 Meyer, Alexander 353
 Meyer, Julius Wolf 57
 Meyer, Oscar 207, 219, 314, 354, 369
 Meyer, S. 359
 Meyerowitz 326
 Michaelis (Dr., Hildburghausen) 354
 Michels, Robert 369
 Mirabeau, Honoré 31
 Mirbach, v. (Regierungspräsident) 106
 Mohl, Moritz 143
 Mommsen, Theodor 152
 Montez, Lola 49
 Morel, M. 11
 Morgenstern (Dr.) 196
 Morgenstern, David 60, 149, 348, 371
 Morgenstern-Bauer, Lina 112, 239
 Moser, Moses 44, 326
 Moses, Julius 219, 221–223, 231, 259,
 280, 283, 291, 293, 359, 369
 Mosse, Albert 197
 Mosse, George L. 369
 Mosse, Marcus 52
 Mosse, Rudolf 129, 188, 197, 221, 226,
 238, 248, 256, 283, 369
 Mosse, Werner E. 52, 369
 Mossner, Walther 352
 Motteler, Julius 125, 129, 195, 216
 Mugdan, Otto 230, 233
 Mühler, Heinrich v. 335
 Muhr, A. 5
 Mühsam, Charlotte 239
 Mühsam, Erich 369
 Mühsam, Hans 280, 284, 285, 286, 288
 Mühsam, Paul 239
 Mun, Richard 369
 Münsterberg (Danzig) 354

- Nachod, Jacob 178
 Naef, Naphtali 351
 Namier, Lewis B. 369
 Napoleon I. 3, 4
 Napoleon III. 110, 132
 Naschér, Simon 358
 Nathan, Paul 57, 196, 200, 243, 290,
 300, 335, 336, 337, 341, 361, 363
 Nauen, Abraham sen. 51
 Naumann, Friedrich 202, 205, 207, 221,
 240, 243, 269
 Neo 99
 Netter (Oberrabbiner) 352
 Neukirch, Wolfgang 111, 348
 Neumann, Louis 113
 Neumann, Salomon 369
 Neustadt, Louis 280, 283, 284, 291, 360
 Neuwall, Leopold v. 64, 348
 Nikolaus II. (Zar) 304
 Nordmann (Leipzig) 49
 Normann (Dr., Berlin) 111
 Nossig, Alfred 239, 286
- Ochse-Stern, Abraham 11
 Odrell (Oppenheim), Leopold 348
 Offenburg, Benno 369
 Ohm, Joseph (?) 100
 Ollendorff, Paula 239
 Oncken, Hermann 128, 165, 166, 369
 Oppenheim, Abraham 16–18, 23, 53
 Oppenheim, Dagobert 11
 Oppenheim, Heinrich Bernhard 12, 37,
 56, 58, 59, 64, 80–84, 112, 119, 120,
 125, 148, 151, 157, 369, 372
 Oppenheim, Leopold s. Odrell, L.
 Oppenheim, Max v. 300
 Oppenheimer, Franz 183, 213, 219, 235,
 248, 267, 273, 274, 301, 369
 Oppenheimer, Joseph 4
 Oppenheimer, Julius-Philipp 348
 Oppenheimer, Moses 129, 148, 160, 194,
 214, 248, 250, 369
- Paine, Thomas 31
 Pape 99
 Parvus-Helphand, Alexander 217, 225,
 236, 301, 302, 305, 306, 369, 370
 Peltasohn, Martin 207, 282, 354
 Peritz, Moritz 369
 Perls, Arnold 113, 194, 369
 Perrot, F. 361
 Pfeiffer, Eduard 126, 354
- Philagathos (Pseud.) 185, 369
 Philippsborn, Carl Heinrich 3
 Philippson, Gustav 60, 78, 348
 Philippson, Ludwig 21–23, 25, 38, 47,
 60, 63, 78–81, 89, 90, 92–94, 97, 100
 bis 105, 107–109, 114, 118, 119, 122,
 134, 141, 145, 147, 161, 162, 167, 168,
 170, 171, 173, 174, 178, 185, 201, 217,
 247, 249, 250, 262, 276, 348, 358, 369
 Philippson, Martin 5, 188, 248, 273,
 278, 300, 333, 369
 Picard, Jacob 182, 304, 369
 Pincus, Th. 340, 341
 Pinder (Frau) 35, 54, 89, 156, 158, 327,
 335
 Pinhas, Jacob 11
 Pinkus, Lazare Felix 222
 Pinkus, Th. s. Pincus, Th.
 Pinoff, Ferdinand 2, 11, 59 (?), 369
 Pinoff, J. 59 (?), 369
 Pinoff, Minna 112, 369
 Pinson, Koppel S. 190, 369
 Piza, J. 349
 Poppelbaum, Karl 369
 Prager (Journalist) 111
 Preuss, Hugo 4, 194, 243, 307, 369,
 370
 Pross, Harry 369
 Proudhon, Pierre 83
- Quarck, Max 196, 230, 370
- Raab, Friedrich 209
 Radek, Karl 225, 236, 237, 298, 306,
 370
 Radowitz, Joseph Maria v. 58
 Rahmer, Moritz 160, 359
 Rambach, J. A. 161
 Ras, Gerhard 8, 9, 35, 41, 370
 Rathenau, Emil 239, 240
 Rathenau, Walther 40, 239–241, 267 bis
 270, 306, 308, 312, 313, 366, 370
 Raveaux, Franz 326
 Rawitz, Ernst 334
 Rawitz, Ludwig 334
 Rawitz, Max 334
 Rebenstein, Aron s. Bernstein, Aron
 Rechenbach (= Reichenbach, O.H.v.?)
 326
 Rée, Anton 34, 125, 153, 157, 193, 349,
 363, 370

- Reichenheim, Leonor 58, 107, 114, 125, 349, 353
 Reichenheim, Theodor 125
 Reichensperger (August oder Peter Franz?) 248, 249, 253
 Reichmann, Eva G. 370
 Reichstein, A. 56
 Reinach, Adolf 349
 Reinach, Arnold 51
 Reiner (Regierungsrat) 332
 Reinganum, Maximilian 3, 11, 50, 59, 62, 111, 349
 Reis, Eduard 11
 Reiss, Isaak-Jacques 349
 Reissner, Hanns G. 370
 Reitenbach (= Reichenbach, O. H. v.?) 156
 Remak, Robert 113
 Repgen, Konrad 72, 76, 80, 370
 Reuter, Paul Julius 7
 Richter, Eugen 177, 186, 202, 206, 207, 210, 254, 278
 Rickert, Heinrich 186, 202, 206, 210, 254
 Riesser, Gabriel 4, 8, 20, 25, 30, 31, 33, 34, 38–42, 50, 62–65, 69, 71, 74–79, 81, 82, 85, 87–89, 111, 138, 143, 150, 201, 349, 359, 364, 370
 Riesser, Jakob Eduard 227, 230, 233, 307, 370
 Rindskopf, Joseph s. Rütten, J.
 Ring, Max 11, 363, 370
 Rinott, Moshe 39, 370
 Robinow, S. 349
 Rogge, Helmuth 300, 305, 370
 Ronge, Johannes 24
 Rosenbaum, Eduard 241, 304, 308, 311, 312, 370
 Rosenfeld, Helene 55
 Rosenow, Emil 230
 Rosenow, Leopold 230, 354
 Rosenthal, A. B. 100
 Rosenthal, Berthold 370
 Rosenzweig, Edith 370
 Rosenzweig, Franz 176, 273, 298, 315, 370
 Rotenstreich, Nathan 370
 Rothschild (Frankfurter Bankhaus) 133, 303
 Rothschild (Pariser Bankhaus) 303
 Rothschild, Amschel Mayer 4
 Rothschild, Isaak 349
 Rothschild, Kallmann L. 60, 349
 Rothschild, Mayer Amschel 4
 Rothschild, Mayer Karl v. 125, 133, 201, 263, 352, 353
 Rothschild, Seligmann 349
 Rousseau, Jean Jacques 32
 Rubiner, Ludwig 317
 Rubino, J. (Karl Friedrich) 28
 Ruge, Arnold 13, 370
 Ruehs, Friedrich 30
 Rülff, Isaak 176, 274, 370
 Rütten, Joseph Jakob 7, 349

 Sabor, Adolf 129, 160, 193
 Sachs, Arthur 266
 Sachs, Michael 59, 71, 145
 Sachs, Salomo 3
 Sachse, Heinrich s. Loewe, H.
 Saint-Simon, Claude Henri 36
 Salomon (Neuendorf) 352
 Salomon, Alice 239
 Salomon, G. 349
 Salomonsohn, Siegfried 283
 Salomonsohn-Solmssen (Familie) 178
 Samter, Nathan 370
 Samuel, Salomon 370
 Sanders, Alexander 352
 Sanders, August 349
 Saphir, Moritz Gottlieb 9, 370
 Schach, Fabius 359, 372
 Schade, E. 236
 Schapira, Leopold 129
 Scharlau, W. B. 236, 370
 Schay, Rudolf 164, 189, 370
 Scheffer 14
 Scheidemann, Philipp 234, 245
 Scherbel, Moritz 160–162, 164
 Scheuer, O. F. 14, 28–30, 370
 Schey (Anwalt) 194
 Schiff, David 11
 Schiffer, Eugen 230, 234, 370
 Schilfert, Gerhard 370
 Schiller, Friedrich v. 273, 365
 Schleiden, H. 349
 Schlesinger, Maximilian 129
 Schlesinger, Nathan-Wilhelm 196
 Schlomer, Abraham 349
 Schmidt, Hans 96
 Schmidt, Helmut Dan 184, 188, 370
 Schmidt, Julian 330
 Schmidt, Julius 3
 Schmoller, Gustav 243, 370

- Schnabel, Franz 370
 Schneider, Ferdinand 351
 Schönlank, Bruno 129, 196, 229–231
 Schottländer, Adolf 266
 Schrag-Haas, Judith 233, 273, 313, 316, 370
 Schreiber, Moritz 54
 Schrödter (Kommerzienrat) 327
 Schüddekopf, Otto-Ernst 237
 Schwab, Hermann 370
 Schwabach, Felix 230
 Schwadron, Abraham 332, 333, 336 bis 338, 344
 Schwarz, Leo W. 219
 Schwarz, Walter 371
 Schwarzschild, Heinrich 350
 Schweinburg, Viktor 196, 240, 301
 Schwerin, Jeanette 239
 Schweriner, Artur 371
 Sedinus, Johannes 129, 371
 Sedlatzek, K. 191
 Seelig, Wilhelm 194
 Seiffert, Isaac 56
 Seligmann (München) s. Eichthal, C. v. und L. v.
 Sell, Friedrich C. 128, 171, 371
 Sensburg, Ernst Philipp v. 3, 20
 Siemsen, Anna 236, 305, 371
 Silberfarb 217
 Silbergleit, Heinrich 371
 Silberner, Edmund 365, 371
 Silberstein, Michael 371
 Simion, M. 57
 Simon, Berthold 55
 Simon, Ernst A. 370
 Simon, Heinrich 3, 13, 33, 40, 54, 60, 62–65, 73, 76–78, 82, 350, 366, 371
 Simon, Hugo 218, 236
 Simon, James 239, 240, 300, 337
 Simon, Louis 11
 Simon, Ludwig 63, 153
 Simon, Max 63, 64, 125, 159, 350
 Simson, Bernhard v. 78, 371
 Simson, Eduard Martin v. 32, 53, 62–65, 77, 114, 125, 149, 150, 176, 350, 353, 371
 Simson, Georg Bernhard 63, 64, 350
 Singer, Paul 129, 160, 193, 195, 214, 218, 229–231, 364
 Sittenfeld, Julius 59
 Solmssen (Salomonsohn), Georg 239, 307
 Sondheimer (Rabbiner) 182
 Sonnemann, Leopold 74, 80, 82, 83, 92, 100, 111, 113, 121, 125, 126, 129, 133, 154–157, 161, 181, 188, 190, 193, 194, 218, 238, 371
 Sontzeff, Sophie 144
 Spanier, Moritz 371
 Specht, Fritz 371
 Spielhagen, Friedrich 338
 Spier, Selmar 90, 188, 296, 371
 Stadthagen, Arthur 193, 229–231
 Stahl (Berliner Arbeiter) 129, 148, 195
 Stahl, Friedrich Julius 3, 20, 40, 57, 62, 99, 114, 115, 350, 369, 371
 Stahl, Rudolf 371
 Stahl, Wilhelm 63, 64, 112, 350
 Stampfer, Friedrich 211, 217, 225, 228, 229, 233, 236, 258, 314, 315, 371
 Stauff, Philipp 371
 Stein (Dr., Breslau) 54
 Stein, August 238
 Stein, Ludwig 307
 Steiner, Kilian v. 126
 Steinert, A. 371
 Steinfurt (Königsberg) 328
 Steinheim, Salomo Ludwig 146
 Steinschneider, Moritz 55
 Steinthal, H. J. 350
 Steinthal, Heymann 126, 253, 272, 371
 Steinthal, Max 178, 239
 Sterling, Eleonore 24, 37, 44, 55, 72, 88, 371
 Stern, Heinrich 371
 Stern, J. (Rabbiner) 194, 214
 Stern, Josef 248, 350, 353
 Stern, Klara 237
 Stern, Leopold 350
 Stern, Salomon 350
 Stern, Sigismund 27, 57, 59, 371
 Sternberg (Dr., Marburg) 62
 Stettenheim, Julius 112
 Stettiner, A. 238
 Stibel, Franz-Isaak 350
 Stobbe, Otto 247
 Stöcker, Adolf 126, 173, 174, 181, 185, 194, 196, 214, 231, 262, 263, 364, 369
 Strassmann, Wolf 195, 201, 353
 Straus, Rahel 190, 239, 273, 274, 315, 371
 Straus, Raphael 371
 Strauss, Abraham 113
 Streckfuss, K. 40

- Strousberg, Henry Bethel v. 125, 263, 264
 Strupp (Meiningen) 354
 Struve, Georg v. 326
 Stumm, Karl Ferdinand v. 264
 Süsheim, Max 351, 371
 Süsskind (Mannheim) 351
 Sussmann (Köln) 53
 Süßmann, A. 350
 Szilnik (Königsberg) 328
- Tal, Uriel 170, 175, 371
 Tänzer, Aron 2, 371
 Teutsch, Albert 371
 Theilhaber, Felix A. 371
 Tirpitz, Alfred v. 239, 240, 299, 301
 Toller, Ernst 219
 Toeplitz, Simon 100
 Tramer, Hans 239, 372
 Treitschke, Heinrich v. 141, 152, 174, 175, 177, 363, 372
 Treuenfels, Abraham 359
 Trietsch, Davis 360
 Tuch, Gustav 138, 179, 215, 372
- Ullmann (Frankfurt) 112
 Ullstein, Herman 372
 Ullstein, Leopold 129, 157, 179, 188, 190, 238, 308
 Ury (Uri) (Oberrabbiner) 352
- Valentin, Heinrich 372
 Valentin, Veit 72, 81, 372
 Varnhagen, Joseph 196
 Varnhagen, Rahel 11
 Varnhagen von Ense, Karl 42, 112
 Veit, Moritz 7, 11, 33, 60, 63, 64, 75–77, 79, 101, 107, 111, 114–117, 138, 149, 150, 329, 350, 364, 372
 Venedey, Jacob 63, 64, 83
 Vogt, G. 154
 Vohsen, Ernst 186
 Vosberg, Fritz 242
- Wachenheim, Hedwig 363
 Wachtel, Friedrich 141, 366
 Wagener, Hermann 367
 Waldeck, Eduard Julius 12, 35, 36, 37, 89, 92, 124, 136
 Waldeck-Manasse 196
 Wälder (Rabbiner) 59
 Waldstein, Felix David 229, 230, 354
 Walesrode, Ludwig 9, 12, 25, 26, 35, 53, 89, 153, 156, 158, 327, 335, 372
 Wallach, Luitpold 372
 Warburg, Max M. 239–241, 311
 Warburg, Moritz 194, 201, 350, 353
 Warburg, Otto 288, 339
 Warschauer (Bankhaus) 303
 Warschauer, Adolf 372
 Warschauer, M. 372
 Warschauer, Wilhelm 283
 Washington, George 31
 Wassermann, Angelo v. 252
 Wassermann, Ludwig 259
 Wawrzinek, Kurt 193, 372
 Wechsler (Journalist) 332
 Weil (Baden) 51
 Weil (Bruder von Karl W.) 51
 Weil, Gotthold 372
 Weil, Karl 9, 23, 32, 33, 51, 58
 Weill, Georges 230, 231
 Weinryb, Bernard D. 1, 372
 Weiss, Guido 155, 157, 158
 Weiss, Levin 55
 Weltsch, Robert 70, 336
 Wentzcke, Paul 28
 Werner, Paul 213, 237, 372
 Westarp, Kuno v. 263
 Wiener (Darmstadt) 112
 Wiener, Arnold 255
 Wiener, Max 372
 Wiesner (Wiener), Adolf 63, 64, 350
 Wilhelm I. 57, 110, 125, 136, 137, 190, 215
 Wilhelm II. 190–192, 194, 197, 202, 229, 238–241, 295–300, 302, 304, 308, 310, 314, 372
 Wilhelm, Kurt 372
 Wilmanns, Carl 372
 Windthorst, Ludwig 129, 246, 250, 252, 253
 Wininger, Salomon 372
 Winz, Leo 360
 Witkowski, Arnold 56
 Witkowsky, Gustav 265–267, 288, 289, 291, 339, 342, 344
 Witting, Richard 238, 243, 300, 353, 354
 Wohlberedt, W. 55
 Wohlberg, M. 359
 Wolbe, Eugen 57, 372

- Wolfenstein, Alfred 239
Wolff, Adolf 55–57, 74, 83, 89, 372
Wolff, Bernhard 7, 58
Wolff, Eduard 282, 354
Wolff, G. 372
Wolff, Theodor 228, 238, 241, 300, 305, 307, 312–314, 372
Wolff-Thüring, Theodor 271
Wolffson, Isaak 50, 125, 179, 184, 193, 350
Wolfskehl, Karl 274
Wolfskehl, Otto 181, 352
Wollheim, Hermann 59, 61, 350
Wurm, Emanuel 193, 229–232
Wuttke, Heinrich 372
Wydenbrugk, Oscar Wilhelm v. 112
York (Lassalleaner) 165
Young, Harry F. 372
Zeman, Z. A. 370
Zepler, Georg 213, 214, 372
Zepler, Margarete 239
Zielenziger, Kurt 127, 373
Ziemlich, Bernhard 373
Zitz, Franz Heinrich 326
Zitzlaff, Franz 242
Zunz, Adelheid 4, 31, 56, 71, 72, 78, 92, 93, 96, 101, 373
Zunz, Leopold 4, 8, 13, 31, 55, 56, 59, 69, 71–73, 78, 81, 82, 92, 93, 96, 101, 114, 140, 145, 159, 336, 356–358, 364, 372, 373

